

„Friedensliste": Chance oder Flop? -S.46

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
Jg. 15, Nr. 257, 9. 4. 85
4 DM Förderpreis DM 5,-
C 21734 E



Südafrika
Monolog der Waffen

Seit September 1984 erlebt Südafrika eine Protestwelle, wie es sie seit den Soweto-Aufständen 1976 nicht mehr gegeben hat. Entsprechend hart setzten die Rassisten Polizei und Militär ein. Mindestens 1.000 Menschen wurden nach Angaben kirchlicher Quellen in den letzten sechs Monaten getötet, unzählige verletzt. Eine ganz besondere Provokation bedeutete das Gemetzel, das am 21. März unter den Teilnehmer/inne/n eines Beerdigungszuges in dem Township Langa bei Uitenhage angerichtet wurde. Mehrere tausend Menschen, die sich zu einer Trauerfeier für die Opfer vorangegangener Auseinandersetzungen versammelt hatten, wurden brutal zusammengeschossen. Die Zahl der Toten betrug mindestens 43; Verletzte wurden nachträglich umgebracht; von etlichen Verschwundenen ist nicht bekannt, ob sie in den Gefängnissen gefoltert werden oder ob sie in den Untergrund geflohen sind.

Seit in Südafrika öffentliche Versammlungen für Schwarze generell verboten sind und automatisch unter die Gesetze gegen „Terrorismus" und „komunistische Verschwörung" fallen, sind Beerdigungen der Opfer der Rassisten die einzige Möglichkeit für einen Ausdruck des Protests. Aber selbst diese offenkundig allerfriedlichste Form ist heute eine lebensgefährliche Aktion. Zudem war der 21. März der 25. Jahrestag des berüchtigten Massakers von Sharpeville. Die zynische Erinnerung an das, was 1960 geschah, bedeutet auch eine Drohung an den gesamten noch legalen gewaltfreien Widerstand.

20.000 Menschen hatten sich damals an einem erklärtermaßen gewaltfreien

Fortsetzung auf Seite 3

Auf zum Gipfel nach Bonn!

„Über allen Gipfeln ist Unruh", unter diesem Motto ruft per Plakat der „Trägerkreis des Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel" am 3. Mai zu einem Tribunal gegen das Gipfeltreffen der Regierungschefs aus sieben kapitalistischen Ländern auf und am 4. Mai zur Demonstration nach Bonn.

Nach zum Teil nervenaufreibenden, anfänglichen Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Aktionen, sind die Planungen in ein konkretes Stadium eingetreten. Trotz der gespaltenen Situation — wer geht dahin, wo Reagan ist und wer geht dahin, wo Reagan garantiert nicht ist — erfreut sich die Aktion mittlerweile erstaunlichen Zuspruchs. ‚Prominenz' aus allen Teilen der Friedensbewegung hat die Unterstützung angekündigt, Ärzte und ehemalige Generäle bereiten für den 4. Mai nachmittags ein Treffen in Bonn vor, viele wollen auch an der Demonstration teilnehmen. Das Tribunal am 3. Mai findet inzwischen so großen Zulauf, daß es schwierig werden dürfte, alles im Programm unterzubringen. Aus Tansania, derzeit Sprecher der Organisation Afrikanischer Staaten, wird ein Vertreter der Regierungspartei erwartet. Aus Nicaragua ein Vertreter der FSLN; Susan George, die schon beim Gegengipfel in London mitgewirkte, wird zur Ausbeutung der Dritten Welt und zu den Problemen der Frauen sprechen; ein Bericht über den gewerkschaftlichen Kampf bei VW in Brasilien ist angekündigt; Sprecher der Kanaken aus Neukaledonien und von den Balearen, der einzigen Insel im Pazifik, die sich für atomwaffenfrei erklärt hat und nicht NATO-Stützpunkt werden will, haben sich angemeldet; ebenso ein Sprecher der britischen Bergarbeiter; dazu kommen eine Reihe von Fachreferenten u.a. wird Karl-Heinz Roth aus Hamburg zum 8. Mai referieren. Bemühungen laufen noch um eine/n Sprecher/in von Überlebenden des Nazi-Vernichtungsprogramms „Vernichtung durch Arbeit" aus Auschwitz/Manowitz. Schwierigkeiten bereitet derzeit noch der fehlende Platz für Arbeitsgruppen (man bemüht sich um Zelte). Rechtzeitiges Bemühen um Eintrittskarten (10 DM, siehe nebenstehende Kontaktadresse oder örtliche Verkaufsstellen) scheint sinnvoll.

Fortsetzung auf Seite 2

Damit weiter für Deutschland gestorben wird

Eine Jugendsendung im 3.Programm nahm sich kurz vor Ostern des überdimensionalen Anstoß-Steins am Hamburger Dammtor-Bahnhof an: Jenes

Dänemark vor dem Generalstreik?

Fast eine halbe Million Menschen haben sich in Dänemark seit dem 24.3. an Streiks für sechs Prozent mehr Lohn, die 35-Stunden-Woche und zuletzt für den Sturz der konservativen Regierung Schlüter beteiligt. Die Hauptstadt Ko-

schaftspolitischen Sparkurs gegen die arbeitende Bevölkerung massiv durchsetzen 2% Lohnerhöhung 1985 (bei 6% Inflationsrate) und 1,5% 1986; an

1987 die 39-Stunden-Woche sowie Zwangssparen für 320.000 Besserver-

Fortsetzung auf Seite 3

Nazi-Vernichtungsprogramms „Vernichtung durch Arbeit" aus Auschwitz/Manowitz. Schwierigkeiten bereitet derzeit noch der fehlende Platz für Arbeitsgruppen (man bemüht sich um Zelte). Rechtzeitiges Bemühen um Eintrittskarten (10 DM, siehe nebenstehende Kontaktadresse oder örtliche Verkaufsstellen) scheint sinnvoll.

Fortsetzung auf Seite 2

Damit weiter für Deutschland gestorben wird

Eine Jugendsendung im 3.Programm nahm sich kurz vor Ostern des überdimensionalen Anstoß-Steins am Hamburger Dammtor-Bahnhof an: Jenes *„Kriegerdenkmal"* aus dem Jahre 1936 in Gestalt eines größenwahnsinnigen Maggi-Würfels mit der aufmunternden Inschrift *„Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen"*. Im rotierenden Verfahren wird dieses Unding mal mit antimilitaristischen Parolen bearbeitet, mal von rechtsradikalen Saubermännern blankgeschrubbt. Ein Sprengversuch von allzu bescheidenen Ausmaßen wurde auch schon unternommen. Die Fernsehleute waren zur Abwechslung auf den Einfall gekommen, den Schandklotz von spontan mobilisierten Hamburgerinnen und Hamburgern mit mitgebrachten Laken, Tüchern etc. einhüllen zu lassen. Danke, Herr Christo. Wer sich da als leidgeprüfter Hamburger vor der Glotze fragte, „wo eigentlich die Bullen bleiben", die sonst ein ganz wachsames Auge auf den Klotz haben, erfuhr anderentags aus der Presse: das charmante kleine Happening war ordnungsgemäß angemeldet und genehmigt worden.

CDU und Springerpresse waren mal wieder aus dem Häuschen: *„Denkmalschändung !"* (BILD). Ein ganz schlimmer Skandal, dessen Hintergründe untersucht werden müßten und der Konsequenzen haben müsse (CDU-Chef Perschau). Sie lieben den Schandklotz, denn seine Devise gilt schließlich heute wie damals: Wenn das Vaterland zu großen Taten aufbricht und seine Männer zu den Fahnen ruft, muß halt auch mal wieder gestorben werden.

Der politische Sachverhalt ist offensichtlich: Die zentrale Aussage des *„Kriegerdenkmals"* am Dammtor besteht in der katastrophalen deutschen Lebenslüge. Daß nämlich zwei Weltkriege geführt worden seien, weil Deutschland **„leben"** mußte, andernfalls also in seiner Existenz entscheidend bedroht gewesen wäre. Diese Lüge ist schon für den 1.Weltkrieg sachlich nicht zu rechtfertigen. Sie ist für den 2.Weltkrieg, in dessen propagandi-

Fortsetzung auf Seite 3

Dänemark vor dem Generalstreik?

Fast eine halbe Million Menschen haben sich in Dänemark seit dem 24.3. an Streiks für sechs Prozent mehr Lohn, die 35-Stunden-Woche und zuletzt für den Sturz der konservativen Regierung Schlüter beteiligt. Die Hauptstadt Kopenhagen erlebte die größten Demonstrationen in der Geschichte des Landes: eine halbe Million, das sind zehn Prozent der fünf Millionen Einwohner (im „Jahrhundertkampf" um die 35-Stunden-Woche in der BRD — 55 Millionen Einwohner — streikten 57.500 Metaller, 350.000 Metaller wurden ausgesperrt). Nahezu alle Bereiche der Wirtschaft wurden von den Streiks erfaßt, Teile der öffentlichen Versorgung mit Benzin und Bier, Rundfunk und Fernsehen, Teile des öffentlichen Nahverkehrs, des Flug- und Fährverkehrs, Teile der Energieversorgung, der Müllabfuhr und Krankenhäuser waren lahmgelegt. Seit dem 1.4. sind die Streiks illegal und durch die Osterfeiertage vorübergehend abgeschwächt. Nach Ostern soll über ihre Fortführung und möglicherweise einen Generalstreik beraten werden.

Nach fünf Monaten Verhandlungen zwischen Gewerkschaften (die „Landesorganisation", LO) und Unternehmerverband scheiterte die Schlichtung. Am 24.3. wurden 300.000 Beschäftigte der Privatwirtschaft zum Streik aufgerufen. Die Angestellten im öffentlichen Dienst schlossen sich eine Woche später an. Die Regierungskoalition aus der Konservativen Volkspartei (24,3%) und drei kleineren Koalitionspartnern, die sich im Parlament nur auf 42,8% der Stimmen stützen kann und von den Sozialliberalen (5,5%) in der Wirtschaftspolitik gestützt wird, handelte schnell: Sie verordnete die staatliche Zwangsschlichtung, die nach dänischem Gesetz seit dem 1. Januar 1933 möglich ist. Unter dem Eindruck der damaligen (weltweiten) Depression wurde diese Ausschaltung der Tarifautonomie als Gesetz beschlossen und ist seitdem gültig. Sie wurde in den zurückliegenden Jahren auch wiederholt angewandt. Sozialdemokratische Nachkriegs-Regierungen machten in aller Regel die Schlichtungsergebnisse zum Gesetz, die LO akzeptierte. In diesem Fall aber stand es anders. Die Konservativen wollten ihren wirtschaftspolitischen Sparkurs gegen die arbeitende Bevölkerung massiv durchsetzen 2% Lohnerhöhung 1985 (bei 6% Inflationsrate) und 1,5% 1986; an 1987 die 39-Stunden-Woche sowie Zwangssparen für 320.000 Besserver-

Fortsetzung auf Seite 3



Kollektion Bahro
Grün, Braun, Schwarz

Strauß nimmt Schlammbäder, Geißler schmeißt mit Schlamm, und ein Grüner stellt sich in die Wurfbahn. Wonnevoll hat Rudolf Bahro des Familienministers Stichwort von Grün und Braun aufgegriffen und zum Kernpunkt seines neuen „Entwurfs" gemacht. Auf der Suche nach fundamentalistischen Wurzeln hat er sich auf Volk und Geschichte als Ganzes besonnen, ohne besonders wählerisch zu sein. Grün und Braun, verkündet Bahro, seien zwei Pole einer Bewegung, weshalb man fraternisieren solle, statt im „ohnmächtigen" und „historisch unproduktiven" Antifaschismus zu verharren. Auf diese originelle Weise und mit Gottes Hilfe soll die „Volkserhebung" zum Ausstieg aus dem Industriesystem gewaltfrei verlaufen. Und dann fangen wir (mindestens) da noch einmal an, wo das Mittelalter aufhörte, weil dessen Überwindung ihm als „satanische Rebellion" erscheint.

Die Message ist auch an die Gentlemen Gruhl und Springmann gerichtet, welche Bahro heim in die Partei holen will, weil sie von Ökologie „unendlich mehr begriffen" hätten als die realpolitischen Reformisten. Mittelfristig peilt der Meister die schwarz-grüne Koalition als „Doppelherrschaft" an. So lange allerdings will man im hessischen Mainhausen nicht warten, wo die totale wertkonservative Perspektive schon mal mutig ausprobiert wird. Nach ihren ersten Wahl-Enttäuschungen stellt sich die grüne Partei ungemein attraktiv dar.

Der AK hat die post-moderne Farbkreation mit spitzen Fingern angefaßt: Seite 11.

Aus dem Inhalt:

Fortsetzung von Seite 1

Auf zum Gipfel nach Bonn!

Am 3. Mai: Tribunal
Am 4. Mai: Demonstration

Die Demonstration am 4. Mai

Der Bonner Polizeichef hat der Presse gegenüber sein Konzept erläutert. *„Die Invasion der Regierungschefs"* sowie deren Troß von ca. 4000 Personen schaffe *„erhebliche Sicherheitsprobleme"*. Man wolle auf die angekündigten Demonstrationen *„wie 1982"* (der letzte Reagan-Besuch) *„flexibel und nicht martialisch reagieren"*. Allerdings finde dies da die Grenze, wo *„Demonstrationen in Gewalt umschlagen"* und der Ablauf des Weltwirtschaftsgipfel gefährdet sein könnte. Die Möglichkeit, daß einzelne Gruppen *„nach Guerilla-Manier zu provozieren versuchen"*, sei nicht ausgeschlossen.

Aus den USA wurde ein erstes Vorkommando von Sicherheitspolizisten angekündigt, die die Vorbereitungen überprüfen sollen. Dabei wird an das Revolverattentat auf Reagan in den USA 1981 erinnert; allerdings sind auch noch die Erfahrungen vom Bush-Besuch in Krefeld 1982 in Erinnerung. Reagan soll vom Schloß Gymnich aus im gepanzerten Hubschrauber umhergeflogen werden, so auch ins Kanzleramt, dem Ort des Gipfels. Um das Kanzleramt herum soll eine *„doppelt gesicherte Sperrzone"* der Polizei gelegt werden, die ansonsten *„so dezent wie möglich"*, aber natürlich auch so *„effektiv wie nötig"* auftreten soll (Angaben nach FR, 27.3.).

Nach Polizeiangaben wird die Demonstration nördlich des Regierungsviertels erlaubt, der Münsterplatz wurde als Kundgebungsort bereits genehmigt. Wie zu erwarten war, wurde die Demonstrationsroute auf der Bundesstraße 9 am Kanzleramt vorbei verboten. Die Veranstalter haben eine Route von Süden her am Regierungsviertel vorbei angemeldet, die möglicherweise auch noch verboten wird. Nach dem bisher bekannten Polizeikonzept sieht es so aus, daß ein Totalverbot wegen des offenbar befürchteten Solidarisierungseffektes vermieden werden soll. Gefeilscht wird also darum, wie nahe an den Ort des Gipfels eine legale Demonstration herangeführt werden darf.

Einige Schwierigkeiten bereiten noch zeitlicher Beginn und Abschluß der Aktion, da niemand von der Teilnahme ausgeschlossen sein soll. Berücksichtigt werden müssen die Demonstration der VVN in Köln, wo die Abschlußkundgebung um 13 Uhr beginnt und der Kongreß der Ärzte und Generäle, der um 16 Uhr anfangen soll. Derzeitiger Demonstrationsbeginn ist um 13 Uhr. Genaues muß noch abgewartet werden.

Sozialdemokratischer Spaltungsdruck

Angeblich gehört es zur „Kultur" der Friedensbewegung, sich nicht gegen Aktionen bestimmter Teile abzugrenzen und zu demobilisieren. Aber genau das ist das Ziel mindestens der Jusos und von Teilen der SPD. Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Persönlichkeiten aus dem sozialdemokratischen Spektrum, die sich ganz offen mit der Aktion in Bonn solidarisieren und dazu aufrufen.

Inzwischen haben diejenigen Kräfte, die für einen Gegengipfel in Bonn sind, aber auf gar keinen Fall in irgendeine Nähe der Bonner Demonstration kommen und sie am liebsten verhindern wollen, ihrerseits einen Appell für einen „internationalen Gegengipfel" am 2.5. in Bonn gestartet. Diese Initiative wolle natürlich mit niemanden *„kollidieren noch konkurrieren"*. Aber einen Tag vor dem Tribunal sollen am 2.5. Sprecher/innen aus Nicaragua, Südamerika, der Sahel-Zone, den USA, Westeuropa und Südafrika zu Wort kommen. Als Initiatoren treten bekannte Sprecher/innen der DFG/VK, der VVN und des KoFAZ, der Jusos, sozialdemokratischer Frauen, der Gustav-Heinmann-Initiative, dem BBU und anderen auf. Eine endgültige Entscheidung soll allerdings erst Mitte April fallen. Einige der Initiatoren gehen davon aus, daß dies lediglich ein Versuchsballon war, andere wollen die Sache durchziehen.

Die Jusos in NRW haben mittlerweile die Aufnahme in den Veranstaltungskreis der Kölner Demonstration beantragt. Dort haben sie ohne Umschweife gefordert, daß alle Beziehungen zum Bonner Trägerkreis gegen den Weltwirtschaftsgipfel abgebrochen werden müssen. Für die DKP und ihr nahestehende Kräfte könnte das eine weitere Blamage für ihre Bündnispolitik gegenüber der SPD werden. Immerhin hatten sie sich in einem „Offenen Brief" an die Bonner Veranstalter gewandt und ihren Wunsch ausgedrückt, es möge zu keiner Spaltung kommen. Dementsprechend hatten sie einen Redneraustausch auf den verschiedenen Kundgebungen vorgeschlagen, eine gemeinsame Erklärung sowie eine abgestimme Zeitplanung, die die Teilnahme an beiden Demonstrationen ermöglichen sollte. Der Bonner Trägerkreis hatte dies positiv beantwortet.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die DKP umfallen wird, falls die Jusos bei ihrer Bedingung bleiben. Die DKP hat sich zwar bemüht, flexibel zu agieren, letzlich sich aber immer auf die Seite der Sozialdemokraten geschlagen. Maßgeblich der DKP-Parteivorstand hat wegen des befürchteten Drucks der SPD-Bündnispartner dafür gesorgt, daß der auch in DKP-Kreisen populäre Vorschlag, die Kölner Demonstration nach Bonn zu legen, abgeblasen wurde. Das hat aber bis heute nicht verhindert, daß das Bonner Friedensplenum nach wie vor an der Vorbereitung der Aktionen beteiligt ist, das Kölner Friedesplenum zu beiden Demonstrationen aufruft; ähnlich verhält es sich in Bielefeld und in Münster tragen maßgeblich DKP-nahe Kräfte die Mobilisierung für Bonn.

Beide Aktionen will auch die Friedensliste unterstützen, die nach langem Zögern den Antrag auf Aufnahme in den Bonner Trägerkreis gestellt hat. Der war dumm genug, diesem Antrag nicht einfach stattzugeben. Einerseits standen dagegen die Grünen, die offen erklärten, daß sie mit der DKP nichts zu tun haben wollten und am liebsten eine Ausgrenzung sähen. Der Rest des Trägerkreises hält zwar nichts von solcher grundsätzlicher Abgrenzungspolitik, „rächte" sich aber andererseits für die von der DKP mitverschuldete Spaltungssituation. Mit drei gegen drei Stimmen bei vier Enthaltungen wurde eine Aufnahme der Friedensliste abgelehnt und diese lediglich aufgefordert, als Beobachter an den Vorbereitungen des Trägerkreises teilzunehmen. Es ist bislang unklar, ob und wieweit die Friedensliste tatsächlich nach Bonn mobilisieren wird. Ganz sicher wird in DKP-Kreisen dieser Vorgang wiederum genutzt werden, um Leute aus den eigenen Reihen von einer Beteiligung in Bonn abzuhalten.

Weiter weg von Bonn wird von der DKP schon längst in diesem Stil agiert; in Hamburg behauptete die DKP schon Anfang März, daß die Aufnahme der Demokratischen Sozialisten und der Friedensliste vom Bonner Trägerkreis abgelehnt worden sei. Ziel der DKP in Hamburg ist es, in ihren Reihen die Aktion am 4. Mai in Hamburg ohne solche Auseinandersetzung durchziehen zu können. In Bremerhaven versuchte die DKP im dortigen Friedensplenum eine Mehrheitsabstimmung für Bonn damit zu sabotieren, daß sie mit einer Spaltung drohte; ein ebenso dreister wie aussichtsloser Versuch der Erpressung.

Hambach: Wenn Reagan kommt, waren SPD und DKP schon da

Am Vormittag des 6. Mai will Reagan zusammen mit dem heimatverbundenen Bundeskanzler Kohl auf dem Hambacher Schloß eine „Rede an die deutsche Jugend" halten, der dann die Schüler bundesweit am Fernseher folgen sollen. Das Hambacher Fest 1832 war eine Großdemonstration für bürgerliche Freiheiten, Abschaffung feudaler Rechte, Beendigung der deutschen Kleinstaaterei und für Volkssouveränität. Damit Reagan seine Karikatur auf solche Freiheiten ungestört abhalten kann, wird eine extra ausgesuchte Jubeljugend in mehreren Tausend Exemplaren herangekarrt (die Junge Union macht's möglich).

Da darf dann auch am 5.5. die SPD nicht fehlen. Im nahegelegenen Neustadt sollen Lafontaine und Wischnewski reden, DKP und SPD rufen auf. Udo Lindenberg, der für Hambach angekündigt war, hat abgesagt, nachdem er erfahren hat, daß dort eine reine SPD-Veranstaltung durchgeführt wird. Mittlerweile soll er seine Teilnahme in Bonn überlegen.

Am Abend des 6. Mai, wenn Reagan wieder abgereist ist, planen örtliche Friedensinitiativen, Jusos, Ostermarschierer und kirchliche Gruppen eine Veranstaltung und Kundgebung.

Einige Gruppen und die Grünen wollen am 6. Mai morgens gegen Reagan in Hambach demonstrieren. Die Planungen laufen noch.

Gleiches gilt für den Auftritt Reagans am Vortag in Bitburg. U.a. ist dort eine Blockade geplant.

Auszüge aus dem Aufruf

Auszüge aus dem Aufruf

Für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Intervention:

Deshalb kommen wir am 4. Mai alle nach Bonn!

Wir werden anklagen und Widerstand leisten.

Wir werden auf einem Tribunal am 3. Mai in der Godesberger Stadthalle die menschenverachtende Politik, für die der Weltwirtschaftsgipfel symbolisch steht, entlarven!

Eine Demonstration am 4. Mai wird unseren Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen!

Es wird an allen Tagen des WWG dezentrale Aktionen geben.

Im Gegensatz zu den Herrschenden der Weltwirtschaftsordnung wird von uns keine Gewalt ausgehen.

Die Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel sind für viele mittragende Aktionsgruppen Ausdruck aktiven, gewaltfreien Widerstands!

Wir werden uns unsere Anwesenheit in Bonn am 4. Mai nicht verbieten lassen!

Freitag, 3. Mai 85: ca. 10 Uhr **Tribunal** in der Stadthalle Bonn/Bad Godesberg.
Samstag, 4. Mai 85: **Demonstration in Bonn.** Beginn der Auftaktkundgebung ca. 12 Uhr, Abmarsch ca. 13 Uhr, Abschlußkundgebung ca. 16.30 Uhr, Münsterplatz.

Wir fordern:

- **Stopp den aggressiven Außenwirtschaftsstrategien der Industrieländer!**
- **Vollständiger Schuldenerlaß und Wiedergutmachungszahlungen an die Länder der sogenannten 3. Welt.**
- **Keine Interventionen gegen und Unterdrückung von Befreiungsbestrebungen!**
- **Stoppt die Kriegspläne der NATO! Keine Stationierung der Pershing II und Cruise missiles, Abbau der bereits stationierten Raketen! BRD raus aus der NATO!**
- **Abschaffung aller ABC-Waffen!**
- **Stoppt die Atomtests, Rüstungsexporte und Weltraumrüstung!**
- **Abschaffung der weltweit doppelten Unterdrückung der Frauen durch die herrschende Weltwirtschaftsordnung und das Patriarchat! Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung!**
- **Keine Unterdrückung und Kriminalisierung von Widerstandsbewegungen!**
- **Endgültiger Verzicht auf die Wiedervereinigungsansprüche seitens der BRD. Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft.**
- **Für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung!**

Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel
Trägerkreis
Siegburger Str. 11
5300 Bonn 3
Tel. (0228) 47 44 00

Spendenkonto:
Bernd Perlinger, Sonderkto. WWG
Nr. 100 954 748
Sparda-Bank Köln (BLZ 370 605 90)

Schlesien bleibt polnisch!

Vorbereitungen zum Schlesiertreffen

„Geburts,- Erb- und Bekenntnisschlesier" (so der offizielle Aufruf), 150.000 an der Zahl, werden vom 14. — 17. Juni in Hannover zum Treffen unter dem Motto *„40 Jahre nach der Vertreibung — Schlesien bleibt unsere Heimat in einem Europa freier Völker"* erwartet. Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht wird reden. An welchem Tag „Birne" Kohl versuchen wird, Volker Rühes eher versöhnliche, für das Ausland bestimmte, Bundestagsaussagen zur „Respektierung der Grenzen Europas" mit Hupkas aggressiven Forderungen nach Revision der Grenzen zu einer Einheit zu verschlingen, ist noch nicht bekannt.

In der hannoveraner Linken und der Friedensbewegung, bei den Grünen und bundesweit werden Ideen debattiert, wie dieses Ereignis gebührend zu würdigen ist.

Die „Friedensversammlung Hannover", das örtliche Bündnis der verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung, hat in einer Resolution erklärt: *„Die These des Weiterbestehens des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und der faktische Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung für ‚alle Deutschen' sind gefährliche Elemente einer Politik, die dazu geeignet ist, rechte, rechtsradikale und revanchistische Positionen politisch wieder akzeptabel werden zu lassen.*

Ohne die völkerrechtliche Anerken-

net ist, rechte, rechtsradikale und revanchistische Positionen politisch wieder akzeptabel werden zu lassen. Ohne die völkerrechtliche Anerken-

nung der Grenzen in Europa, wie sie seit Ende des zweiten Weltkrieges bestehen und ohne eine Politik der Bundesregierung, die auch praktisch keinerlei Gebietsansprüche auf die DDR und die ehemaligen ‚deutschen Ostgebiete' erhebt, wird es dauerhaft keine Friedenssicherung in Europa geben können."

Die „Friedensversammlung" ruft deshalb zur Vorbereitung von *„Protestaktionen (wie z.B. Demonstration, internationale Kulturveranstaltung)"* auf und begrüßt es, *„wenn sich ein bundesweit organisierter Widerstand gegen Revanchismus und Nationalismus zusammenfindet"*.

Allerdings wollen sozialdemokratische und DKP-Kreise die Aktion vom Ort des Geschehens wegführen. Nach den Erklärungen von Rühe und Kohl im Bundestag und positiver Resonanz aus Polen und Osteuropa schwindet in diesen Kreisen erstaunlich rasch das Interesse an dieser Diskussion. Man will keine „unnötige Polarisierung" mehr und gibt sich mit den verbalen CDU-Floskeln offensichtlich eher zufrieden, ohne natürlich auf Pflichtübungen in Sachen Protest verzichten zu wollen.

Bundesweit eingreifen wollen auch die Grünen. Während Lukas Beckmann vom Bundesvorstand (beschlußmäßig unterstützt vom alten Grünen-Fraktionsvorstand) die Idee einer Tagung zur „Deutschen Frage" am 17.Juni in Bonn verfolgt, wollen die GABL (Grün-Alternativ-Bunte Liste) und Grünen Hannover sowie die Bundes-AG Frieden der Grünen Aktionen am Ort des Geschehens. In einem Flugblattentwurf von GABL und Grünen wird u.a. gefordert: *„Schlesien bleibt polnisch"* und: *„Vollständige völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Westgrenze Polens durch die Bundesrepublik! Aufgabe des faktischen Alleinvertretungsanspruchs für ‚alle Deutschen'! Auflösung der Erfassungsstelle* (für in der DDR begangene Straftaten — Anm. AK) *in Salzgitter!"*

Als Aktionen schlagen GABL/Grüne vor: *Eine größere Kulturveranstaltung ..., eine Demonstration mit möglichst überregionaler Mobilisierung zum Messegelände (dem Ort des Schlesiertreffens) und eine inhaltliche Veranstaltung (Ost-West-Forum) zur Verdeutlichung und Diskussion unterschiedlicher Positionen in der Friedensbewegung (und darüber hinaus) zur Auseinandersetzung u.a. mit den Problemkreisen ‚Deutsche Frage', Revanchismus in der BRD usw."*

Abgesehen davon, daß der unvermeidliche, blockübergreifende grüne Ost-West-Kram (der offensichtlich der inner-grünen Befriedung dienen soll) in diesem Zusammenhang mehr als fehl am Platz ist — und damit auch nicht Bestandteil bündnispolitischer Überlegungen werden sollte — kommt der Auseinandersetzung um Zeitpunkt (Kohl-Rede) und Ort der Aktion (Messegelände) eine erhebliche Bedeutung zu. Sowohl von der bundesweiten Mobilisierungswirkung her (wozu soll man sonst von weither nach Hannover fahren), als auch von der politischen Öffentlichkeits-Resonanz liegt in der unmittelbaren Konfrontation der Forderung nach Anerkennung der Grenzen mit den unterschiedlich akzentuierten Beschwichtigungsreden der rechten

unmittelbaren Konfrontation der Forderung nach Anerkennung der Grenzen mit den unterschiedlich akzentuierten Beschwichtigungsreden der rechten

Politiker die eigentliche Würze einer solchen Aktion. Da kann sich ja zeigen, ob Schlesien nach ihren Vorstellungen polnisch bleiben soll.

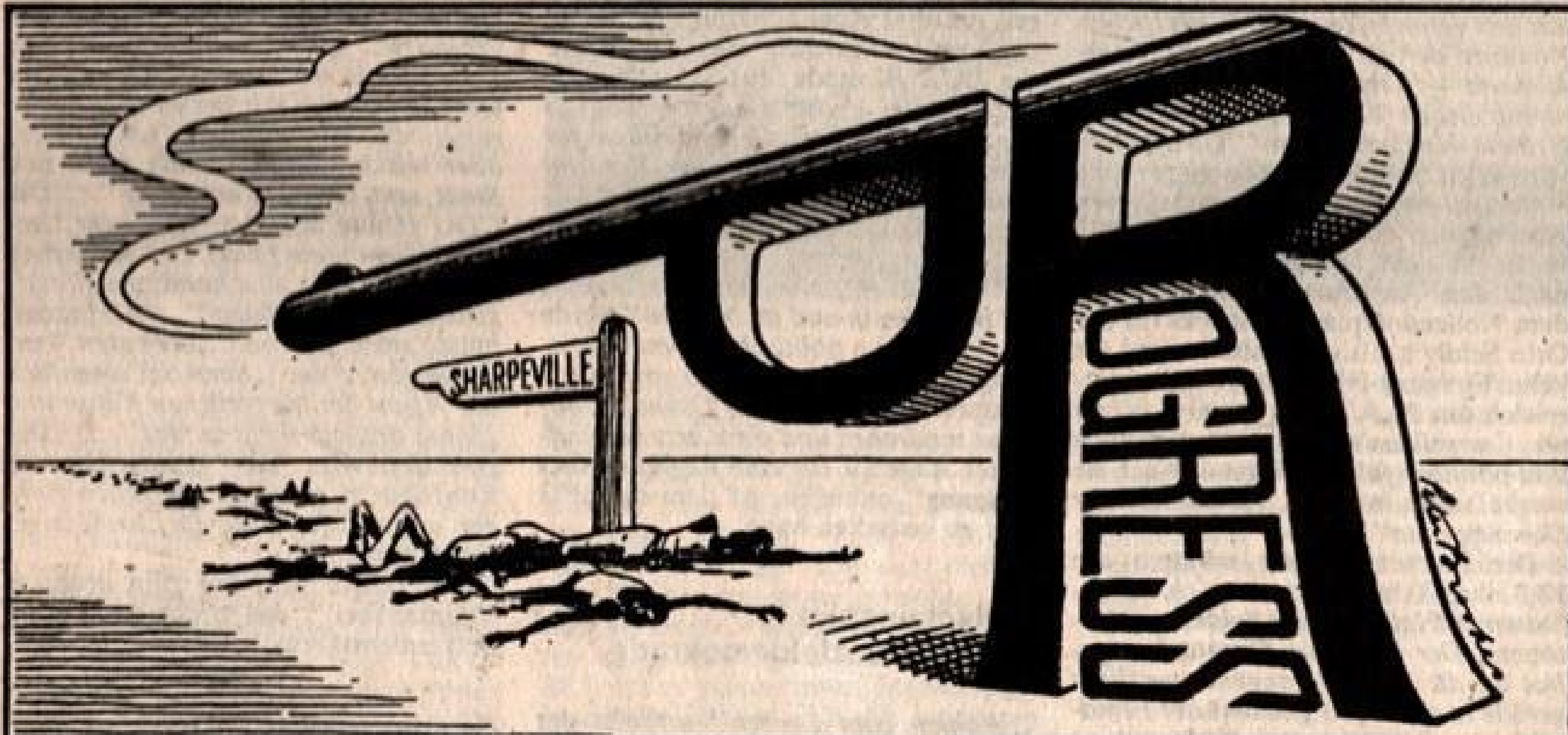
Für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung ist es zudem ein Gewinn, wenn ihr bisheriger, eher auf neue Waffen begrenzter Friedenskampf ausgedehnt wird und auch im Offenhalten der Anerkennung der Grenzen eine mögliche Kriegsgefahr erkannt und bekämpft wird.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von Seite 1

Monolog der Waffen



Protesttag gegen neue Paßgesetze beteiligt, der in einem Blutbad endete. Alle kurzfristig zur Verfügung stehenden militärischen Ressourcen wurden gegen diese ,,kommunistische Verschwörung'' eingesetzt. ,,Es war der Tag, an dem die Friedenstaube abstürzte'', hieß es später in der liberalen Presse. Die schwarzen Massenorganisationen African National Congress (ANC) und seine Abspaltung Pan African Congress (PAC), für die dieses Ereignis der endgültige Anlaß war, den gewaltfreien Weg zu verlassen, wurden nachträglich dafür verantwortlich gemacht und verboten. Mehr als 10.000 Oppositionelle wurden verhaftet.

Ähnlich wurde vorgegangen bei den Schüler-Aufständen in Soweto 1976. Diese waren zwar nicht mehr gewaltfrei, aber mit nicht viel mehr als ein paar Steinen in der Hand nie eine ernsthafte Gefahr für das Regime. Auch hier gab es massenhafte Erschießungen, Verschleppungen und Folterungen. Und im Zuge dieser Eskalation wurde die Gesamtheit der vielfältigen neu entstandenen Organisationen der Black Consciousness Movement verboten und ihre Führer verhaftet oder in den Untergrund gedrängt — die meisten darunter mit einem gewaltfreien Selbstverständnis.

Heute richten sich die Angrife der Rassisten gegen Gewerkschaftsführer, einige neu belebte Black Consciousness Organisationen und vor allem gegen die United Democratic Front (UDF). Die UDF, ein Oppositionbündnis, das im September 1983 als Boykottbewegung gegen die neue Verfassung entstanden war, entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit zu einer breiten Massenorganisation. Sie repräsentiert heute ca. 700 verschiedenste Verbände und Basisorganisationen und hat ca. 1,5 Millionen Mitglieder. Hatten die rassisten gehofft, daß sich dieses Bündnis nach den Verfassungswahlen in Richtungsstreits verlieren und gegenseitig lähmen würde, so ist das gerade Gegenteil eingetreten. Und es ist offensichtlich, daß jetzt auf eine vollständige Kriminalisierung der UDF hingearbeitet wird. Die große Breite der Bewegung, ihre demokratisch-gewaltfreie Ausrichtung und ihre internationalen Verbindungen besonders auf kirchlicher Ebene haben bislang ein direktes Verbot erschwert. Zudem sollte gerade mit der neuen Verfassung ,,Dialogbereitschaft'' demonstriert werden. Das Regime ist dazu übergegangen, die UDF als direkten Arm des ANC zu bezeichnen und ihre Repräsentanten als Rädelsführer der von ihm selbst inszenierten Auseinandersetzungen zu bezichtigen. So wurde beispielsweise nach der Großrazzia in Sebokeng im November 1983 ein Teil der UDF-Führung verhaftet. Das gleiche geschah im Zuge der Auseinandersetzungen in Crossroads. Und auf das Massaker von Langa folgten ebenfalls mindestens 24 Verhaftungen von UDF-Aktivisten. Ihnen drohen Prozesse wegen ,,Hochverrat'' — der erste hat gerade begonnen. ,,Hochverrat'' heißt nicht nur lebenslange Gefängnisstrafen oder sogar Todesurteile für die Betroffenen, sondern könnte auch die Handhabe sein, die gesamte UDF zur ,,terroristischen Organisation'' zu erklären und zu verfolgen. Für die kommenden drei Monate ist bereits ein Versammlungsverbot für die UDF und 28 weitere Organisationen in weiten Teilen des Landes verhängt. Versammlungsver-

ker von Langa folgten ebenfalls mindestens 24 Verhaftungen von UDF-Aktivisten. Ihnen drohen Prozesse wegen ,,Hochverrat'' — der erste hat gerade begonnen. ,,Hochverrat'' heißt nicht nur lebenslange Gefängnisstrafen oder sogar Todesurteile für die Betroffenen, sondern könnte auch die Handhabe sein, die gesamte UDF zur ,,terroristischen Organisation'' zu erklären und zu verfolgen. Für die kommenden drei Monate ist bereits ein Versammlungsverbot für die UDF und 28 weitere Organisationen in weiten Teilen des Landes verhängt. Versammlungsver-

bot bedeutet — da öffentliche Zusammenkünfte ohnehin nicht erlaubt sind — daß alle internen Kontakte und Beratungen von mehr als zwei Personen unter die Sicherheitsgesetze fallen. (Die südafrikanischen Sicherheitsgesetze sind den hiesigen ,,Terroristengesetzen'' vergleichbar, nur teilweise noch schärfer. Sie erlauben beispielsweise 90 Tage Inhaftierung ohne anwaltlichen Schutz.) Auch wenn es immer weniger Schwarze gibt, die noch an die Möglichkeit glauben, daß sie ihre Rechte auf friedlichem Weg erreichen können, mag dies verdeutlichen, welche Bedeutung die Existenz von legalen, gewaltfreien Organisationen hat. Denn trotz dieses legalen Spielraums zählte das Jahr 1984 mit 115 Hinrichtungen, 1.100 Verhaftungen unter Sicherheitsgesetzen, über 60 Anklagen wegen ,,Hochverrat'' und ,,Terrorismus'' zu den repressionsreichsten Phasen der neueren südafrikanischen Geschichte.

Eine neuerliche Zerschlagung dieser Bewegung wäre ein empfindlicher Schlag und würde für die nächste Zeit jeden Ansatz von kollektivem Protest zum Abschuß frei geben. Denn trotz wachsender Unruhe und Widerstandsbereitschaft sind die Bedingungen für die Schwarzen längst nicht reif, um die Machtfrage stellen zu können. Die Sympathien für den ANC und seine bewaffneten Aktionen nehmen zu, die Gewerkschaftsbewegung gewinnt an Stärke und politischer Schärfe, aber es wird noch viele Schritte bis zu einer einheitlichen, entschlossenen Strategie geben müssen.

Um einen solchen Prozeß zu verhindern, reagieren die Rassisten fast nur noch militärisch; von ihrer sog. ,,Dialogpolitik'' ist nicht viel übrigblieben. Es dürfte ihnen allerdings weniger leicht gelingen, eine kontrollierbare Situation herzustellen als nach den politischen Krisen 1960 und 1976, denen lange Jahre verhältnismäßiger Ruhe folgten. Der Widerstand ist bislang nicht gelähmt, sondern versucht, die Provokation politisch zu nutzen. Der Beerdigung von vier der Opfer von Langa folgten 35.000 Menschen — trotz massenhaftem Polizeiaufgebot. Am 1.4. fand eine Demonstration von 50 Kirchenleuten im Regierungsviertel von Johannesburg statt. Der Präsident des südafrikanischen Kirchenrats rief zum zivilen Widerstand auf ... Für südafrikanische Verhältnisse sind dies Unge-

tuation herzustellen als nach den politischen Krisen 1960 und 1976, denen lange Jahre verhältnismäßiger Ruhe folgten. Der Widerstand ist bislang nicht gelähmt, sondern versucht, die Provokation politisch zu nutzen. Der Beerdigung von vier der Opfer von Langa folgten 35.000 Menschen — trotz massenhaftem Polizeiaufgebot. Am 1.4. fand eine Demonstration von 50 Kirchenleuten im Regierungsviertel von Johannesburg statt. Der Präsident des südafrikanischen Kirchenrats rief zum zivilen Widerstand auf ... Für südafrikanische Verhältnisse sind dies Unge-

heuerlichkeiten, die das Regime schon längst ausgerottet zu haben glaubte.

bt., Hamburg

Das Kind

Das Kind ist nicht tot, nein
das Kind hebt die Fäuste gegen seine Mutter
die Afrika schreit schreit der Geruch
von Freiheit und Heide
in den Ghettos des umzingelten Herzens

Das Kind hebt die Fäuste gegen seinen Vater
in dem Zug der Generationen
der Afrika schreit schreit der Geruch
von Gerechtigkeit und Blut
in den Straßen seines bewaffneten Stolzes

Das Kind ist nicht tot, nein
weder in Langa noch in Nyanga
noch in Orlando noch in Sharpeville
noch auf der Polizeistation in Philippi
wo es liegt mit einer Kugel durch den Kopf

Das Kind ist der Schatten der Soldaten
auf Wache mit Gewehren Sarazenenpanzern und Knüppeln
das Kind ist da in allen Versammlungen und beim Beschluß der Gesetze
das Kind schaut durch die Fenster der Häuser und in die Herzen der Mütter
das Kind das jetzt in der Sonne bei Nyanga spielt ist überall
das Kind das zum Manne geworden ist zieht durch ganz Afrika
das Kind das zum Riesen geworden ist reist durch die ganze Welt

Ohne Paß

Ingrid Jonker

Fortsetzung von Seite 1

Damit weiter für Deutschland gestorben wird

stischer Vorbereitung der Dammtor-Klotz gesehen werden muß, eine Ungeheuerlichkeit. Wahr ist, daß Deutsche in beiden Kriegen sterben **„mußten"** (und übrigens in weit größerem Umfang selbst andere töteten), weil Groß-

Fortsetzung von Seite 1

Damit weiter für Deutschland gestorben wird

stischer Vorbereitung der Dammtor-Klotz gesehen werden muß, eine Ungeheuerlichkeit. Wahr ist, daß Deutsche in beiden Kriegen sterben „mußten" (und übrigens in weit größerem Umfang selbst andere töteten), weil Groß-

machtsziele mit extremen Mitteln durchgekämpft werden sollten. Damit Deutschland **„leben"** konnte, wurden auch 6 Millionen Juden und 2o Millionen sowjetische Menschen getötet. Beispielsweise.

Man sollte sich über die CDU und die BILD nicht allzu sehr wundern, die diesen Schandklotz nicht missen wollen. Wundern könnte man sich aber in diesen Wochen vor dem Jahrestag des 8.Mai, warum man nicht gleich am Morgen des 9.Mai 1945 das von der Moral und von der Vernunft Gebotene getan hat: Das Unding in die Luft zu jagen. Oder es notfalls mit Händen und Werkzeug in Krümel zu zerlegen. Hier hätten gleich die britischen Besatzungsbehörden ein gutes Werk tun können. Und wenn diese schon das Zweckmäßige aus Nachlässigkeit oder falscher Pietät unterließen: Warum ist nicht, sobald es wieder deutsche Behörden gab, die in Hamburg regierende SPD unverzüglich an die Arbeit gegangen? Interessant wäre auch eine weitere Frage: Die KPD war anfangs in Hamburg noch an der Regierung beteiligt. Was hat sie damals unternommen?

Sicher ist doch: Man hätte bei der damaligen Stimmung der Bevölkerung den Schandklotz weghauen können, ohne daß es öffentlichen Widerspruch gegeben hätte. Damals hätte auch die CDU lieber den Mund gehalten. Aber so geht es zu im Leben: Mit der Hinterlassenschaft des NS-Staates hätte man gründlich aufräumen müssen, solange die Erinnerung noch frisch war und die Rechten gehörig kleinlaut waren. Was damals versäumt wurde, läßt sich 40 Jahre später kaum nachholen. Und Dinge wie das *„Kriegerdenkmal"* am Dammtor gehören noch zum harmloseren Teil der Hinterlassenschaft.

Fortsetzung von Seite 1

Dänemark

dienende ließ die am 30. und 31. März mit 85 gegen 80 Stimmen im Parlament verabschieden. Der Streik hätte nach dieser Entscheidung am 1. April abgebrochen werden müssen, ging aber tatsächlich jetzt erst richtig los. Mit ihrem Gesetz blieb die Regierung unter einem (von den Unternehmern nicht akzeptierten) Schlichtungsspruch von 4% mehr Lohn und Einstieg in die 38,5-Stunden-Woche, ja sogar noch unter einem Unternehmerangebot von 2,5% mehr Lohn. Dies und Schlüters Aufkündigung der Sozialpartnerschaft (*,,Die Zeit, da Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Einmischung Vereinbarungen treffen konnten, ist vorüber''*) brachte die sonst so friedlichen dänischen Arbeiter und Angestellten auf die Barrikaden.

Seit dem vierten Streiktag — die Regierungsparteien standen in den Beratungen über das Zwangsschlichtungsgesetz — radikalisierte sich der Streik: Demonstranten drangen ins Fernsehstudio ein und entrollten in den Abendnachrichten ein Transparent für die 35-Stunden-Woche. Am Donnerstag, dem 28.3., wurden in Kopenhagen neun Brücken auf Zufahrtsstraßen zum Parlament von 15.000 Demonstranten besetzt. Sie blockierten das Parlament, auch Schlüter und einige Minister kamen nicht hinein. Erstmals wurde massiver Polizei eingesetzt, und es gab Festnahmen, um den Parlamentariern den Zugang zu verschaffen. Die Sitzung begann mit zwei Stunden Verspätung. Außer den Linkssozialisten (VS) verurteilten alle Parteien, einschließlich der größten, die Sozialdemokraten (31,6%) die Blockade.

Sozialdemokraten und die Führer der Gewerkschaften in der LO hatten für Freitag, den 29.3., zur Demonstration nach Kopenhagen aufgerufen. Sie sollte Abschluß des Streiks sein. Doch es kam anders. Etwa 150.000 versammelten sich in Kopenhagen. Die LO ließ eine Erklärung verabschieden, in





der es u.a. hieß: ,,*Das bürgerliche Dänemark soll wissen, daß während des Konflikts Zusammenhalt und Solidarität gewachsen sind. Die neue Kraft wird sich in Form gewerkschaftlicher Aktivitäten in den einzelnen Betrieben zeigen*''. Das war indirekt die Aufforderung, die zentrale Aktion abzubrechen. Als dann noch LO-Führer Christensen erklärte, die Gewerkschaften würden keine unerlaubten Mittel anwenden, regte sich Widerspruch. Tausendfach wurde in Sprechchören ,,Generalstreik'' gefordert. Nur eine linksradikale Minderheit?

Die Bürgerlichen hatten schon in den Tagen zuvor die Hetze gegen den Streik verschärft. Schlüter begründete das Regierungshandeln damit, daß er nicht tatalos zusehen könne, ,,*wie ältere und kranke Menschen in Aalborg Geiseln eines Arbeitskonfliktes sind*'' (80.000 Aalborger waren aufgrund des Streiks von der Fernwärmeversorgung abgeschnitten). ,,*Einen bedrohlichen Zug zu einer anarchistischen Radikalisierung*'' machte die Zeitung ,,Der Nordschleswiger'' am 30.3. aus.

Diese Anarchie muß nach den parlamentarischen Beratungen vom Wochenende ausgebrochen sein. Während die Gewerkschaften der LO stillhielten, hatten Vertrauensleute, kleinere Gewerkschaften, linke Gewerkschaftsgruppen, die DKP und die Linkssozialisten (VS) zur Fortführung des Streiks und zu Demonstrationen im ganzen Land am 1.4. aufgerufen. Der Hauptvorstand der stärksten parlamentarisch vertretenen Linksgruppierung, der VS, rief auf: ,,*Ein Generalstreik ist das einzige Mittel, um den Eingriff wieder rückgängig zu machen, die Streikkassen müssen auch nach Montag für die Lohnempfänger geöffnet sein. Der Streik muß ausgeweitet und die Gewerkschaft lahmgelegt werden*'' (zitiert nach: ,,Der Nordschleswiger'', 1.4.85). Die Gegenseite reagierte mit der Mobilisierung der Polizei, die in Kopenhagen verstärkt wurde. Mehr als 200.000 Menschen beteiligten sich an Demonstrationen im ganzen Land. Die Streiks wurden fortgeführt. Zum Teil wurden sie unterbrochen, zum Teil neue aufgenommen. Erstmals wurden in größerem Umfang Betriebsblockaden durchgeführt, wobei es wiederholt Auseinandersetzungen mit der Polizei gab. Als in Odense die Polizei die Demonstration von fast 5.000 Teilnehmern stoppen wollte, mußte sie sich nach kurzer Zeit zurückziehen. Einsatzfahrzeuge wurden umgestürzt, eine Übung, die Schule machte. In Kopenhagen demonstrierten erneut über 100.000 Menschen auf dem Schloßplatz. Ein Teil der Demonstranten versuchte das Parlament zu stürmen, die königlichen Schilderhäuschen wurden dabei als Rammblöcke benutzt, Fensterscheiben gingen zu Bruch. An diesem Tag wurde eine größere Zahl Demonstranten verhaftet, und es gab auch Verletzte Polizisten.

Vor den 100.000 forderten verschiedene Sprecher, den Generalstreik auszurufen, die LO sollte sich nicht mehr an die ,,Friedenspflicht'' gebunden fühlen und die Streikkassen öffnen. In einer Abschlußerklärung der Versammlung heißt es: ,,*Wir halten an unserem demokratischen Recht fest, selbst zu entscheiden, zu welchem Preis wir unsere Arbeitskraft verkaufen wollen. Die Haltung der Regierung in der Vertragsfrage enthält schreckliche faschistische Tendenzen, die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Falls die gesamte Gewerkschaftsbewegung nicht begreift, daß der Kampf zu Ende geführt werden muß, steht die Berechtigung des Gewerkschaftswesens auf dem Spiel*'' (zitiert nach ,,Der Nordschleswiger'', 2.4.).

Die Linken trafen sich am 2.4. zu einer Konferenz von 4.000 Vertrauensleuten und Betriebsräten. Zwar wurde kein Aufruf zum Generalstreik beschlossen. Doch sollen die Aktionen auf jeden Fall nach Ostern weitergehen. Am 9.4. ist ein erneutes nationales Treffen der betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre angesetzt, der 10.4. soll dann ein nationaler Aktionstag sein, der Aufschluß über die Stärke der Bewegung geben könnte. Viel dürfte auch weiterhin von der Haltung der Sozialdemokraten und der LO-Führung abhängen, ob sie beginnt, offen zu demobilisieren. Die Sozialdemokraten — lt. neuen Umfragen im Aufwind — orientieren auf mehr Wählerstimmen. Doch dazu müßte erstmal die derzeitige Regierung gestürzt werden, was mittlerweile auch erklärtes Ziel der Streikenden ist.

Erstaunlich ist in diesem Streik die Kraft der zum Teil selbständig organisierten Basiszusamnarbeit der Vertrauensleute und Betriebsräte, die sich Organisationsringe mit erheblichem Einfluß geschaffen haben, und die anders als wir es hierzulande gewohnt sind, nicht einfach an das Gängelband des nächstgelegenen Ortsvorstands der Gewerkschaft hängen. Dazu kommt, wie die ,,taz'' schreibt, daß ein weitverzweigtes System ,,Freier Radios'' für die gute Kommunikation der Streikenden untereinander sorgt. Zwei Gewerkschaften, die Drucker und Keramiker, haben übrigens die Öffnung der Streikkassen beschlossen.

In ihrer Annahme, den Streik schnell beenden zu können, hat sich die Regierung Schlüter gründlich geirrt. Ob die spontan entstandene Empörung in Dänemark zur Ausrufung des Generalstreiks reicht, werden die Tage nach Ostern zeigen. Es ist einiges faul im Staate Dänemark.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Grüne Wege der Realpolitik

Frühlingsszenen über die GRÜNEN zwischen Bomben, Wahlen, Kindersex und wieder Wahlen

Am 6. März veröffentlicht das ZDF den Brief der grünen Bundestagsabgeordneten Christa Nickels und Antje Vollmer an fünf Gefangene aus der RAF. Am 7. März stießen die BILD-Zeitung und andere Presseorgane nach. In diesem Brief wird um ein Gespräch nachgesucht und Kritik an der Diskussion in der Grünen Bundestagsfraktion geübt, mit der die beiden Frauen „*sehr unzufrieden*" waren. Insbesondere kritisieren sie die Aufforderung zum Abbruch des Hungerstreiks und die Versäumnisse der Grünen bei der „*Auseinandersetzung mit der Lage der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik*". Schließlich „*bitten*" sie, ihnen „*die Gelegenheit zu einem Besuch bei Dir einzuräumen und und uns nicht für eine Mehrheitsentscheidung verantwortlich zu machen, der wir unterlegen sind*".

„*Dieser Brief ist ein Dokument des Kniefalls vor Terroristen und Mördern*", schreibt BILD am 7.3., drei Tage vor den Landtagswahlen im Saarland und Westberlin und vor den hessischen Kommunalwahlen. Der Brief, den die beiden persönlich verantworten, stammt vom 29. Januar 1985, dem 56. Tag des Hungerstreiks der Gefangenen. Er existiert bis dahin in 5 Exemplaren bei den angeschriebenen Gefangenen und je einem bei den Schreiberinnen. Preisfrage: Zufall oder Staatsschutz, daß er und wann er an die Öffentlichkeit kommt?

Die Bomben und der Distanzierungs-Tango

Ebenfalls am 7. März explodiert bei Hertie in Dortmund eine Bombe und verletzt acht einkaufende Menschen zum Teil schwer. Klar, daß es die RAF war, zumal ein „Kommando Christian Klar" sich dazu bekennt. Klar auch, daß die einmal begonnene Hetze gegenüber der „geistigen Mittäterschaft" der Grünen neue Nahrung erhält. Die Grünen machen sich zum „*Herold terroristischer Propaganda*". Wer an RAF-Gefangene in dieser Weise schreibe, „*macht sich mitschuldig an den bereits vergangenen und etwaigen zukünftigen Terrroranschlägen*", zeige „*unverhohlen Sympathie für den Hungerstreik der inhaftierten RAF-Terroristen und die damit verbundenen Ziele*", betreibe „*Solidarisierung mit Verbrechern*" (CDU-Pressedienst, 6.-8.3.85).

Am 8.3.85 explodienren erneut drei Bomben und richten Sachschaden an. Die „Revolutionären Zellen" erklären glaubhaft, daß diese Anschläge im Zusammenhang mit dem britischen Bergarbeiterstreik gegen Einrichtungen durchgeführt wurden, die auf bundesrepublikanischer Seite am Streikbruch beteiligt waren. Und wieder wird die Linie zu den Grünen gezogen:„*Die geistige Verbindung zwischen grüner Politik und politisch motivierter Gewalt wird an den jüngsten Anschlägen dokumentiert*", erklärt CDU-Spitze Worms in NRW, denn — so seine verbindende Logik —:„*Im Wahlkampf für die nordrheinwestfälischen Landtagswahlen am 12. Mai propagieren die*
kumentiert", erklärt CDU-Spitze Worms in NRW, denn — so seine verbindende Logik —:„*Im Wahlkampf für die nordrheinwestfälischen Landtagswahlen am 12. Mai propagieren die*
Grünen in den Braunkohlenrevieren den Ausstieg aus der Braunkohle, IG Bergbau und Bergbau-Verband werden mit Bomben angegriffen" (zitiert nach einer Erklärung von Christa Nickels).

„*Der Einfluß ehemaliger Terroristen bei den Grünen wächst zusehends*", schreibt der „Bayernkurier" am 16.3. „*Was die Grünen mit der RAF verbindet, das ist das gemeinsame Ziel, der gemeinsame Kampf gegen unseren Staat. Und aus dieser Gemeinsamkeit und der Verantwortung, die sich daraus ergibt, können sich die Grünen mit noch so vielen Erklärungsversuchen nicht davonstehlen.*" Am 9.3.85, einen Tag vor den Wahlen, weiß jeder und spricht auch keiner mehr in den Medien davon, daß der Dortmunder Kaufhausanschlag nicht von der RAF ausgeführt wurde. Wozu auch, war doch der wesentliche Zweck erreicht. Und auch „taz"-Kommentator Klaus Hartung, der — zu spät gekommen — am 9.3. forderte, Christian Klar „*kann nicht nur antworten, er muß antworten. Er ist in die öffentliche Pflicht genommen*", schwieg nach seinem staatsmännischen Appell.

Die Stunde des Otto Schily

Mit ihrem „*unbedachten Brief*" hätten Antje Vollmer und Christa Nickels „*großen politischen Schaden angerichtet*", läßt Otto Schily, ebenfalls grüner Bundestagsabgeordneter, am 8.3. verlauten. „*Unverantwortlich*" sei ein Gesprächsersuchen „*in nahezu devotem Ton gegenüber Personen, die in gewissenloser und aberwitziger Realitätsverkennung Mord und Gewalt propagieren und praktizieren*". Nicht daß er einen Menschen aufgeben wolle, „*selbst wenn seine Menschlichkeit vom Gewaltwahn verdunkelt ist*". Ebenso müßten „*humane Haftbedingungen selbstverständlicher Bestandteil unserer rechtsstaatlichen Ordnung sein*". Doch dürfe „*keine Unklarheit darüber entstehen, daß Personen oder Gruppierungen, die mit Mord und anderen Gewaltmaßnahmen den Staat und die Gesellschaft bekämpfen, mit den gebotenen staatlichen Sanktionen entgegengetreten werden muß*", spricht der liberale Rechtsstaat aus ihm. Das Ganze garniert mit sozialdemokratischem Antifaschismus liest sich dann so: „*Wer die grauenhafte deutsche Genickschußtradition fortsetzt, zerstört die Möglichkeit des politischen Dialogs*", für die, so mag man fortsetzen, der bundesdeutsche Berufsverbote- und Polizeistaat der Linken gegenüber immer seine Offenheit demonstriert hat.

Undank ist der Welt Lohn. „*Nur verbale Distanzierungen genügen nicht*", Herr Schily, schreibt der parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Friedrick Bohl, am 9.3. Den „*Saubermann im Flick-Untersuchungsausschuß*" spielen, aber für eine politische Gruppierung tätig sein, „*die ein so gebrochenes Verhältnis zu rechtsstaatlichen Prinzipien und zur Gewalt hat*", das passe nun mal nicht zusammen. Der Mann ahnte zu dem Zeitpunkt nicht, zu welchen Höhenflügen Otto Schily vielleicht noch in der Lage ist.

Die christliche Gegenoffensive: Von Jesus und Barabas

Antje Vollmer und Christa Nickel setzen sich couragiert zur Wehr. Ihre christlich-ethische Motivation müssen wir genauso ernst nehmen, wie sie die „Naivität als Waffe" ernst meinen. Nur: Wer nimmt diese Waffe ernst? Warum sollen die beiden nicht Klar und Mohnhaupt besuchen, wenn Bischof Scharf, Sartre und Böll mit Gefangenen sprachen, wenn Baum mit Mahler, wenn Gollwitzer Ensslin und Meinhof besuchte, Heinemann an Meinhof schrieb, Moros Tochter die Mörder ihres Vaters besuchte und sogar der Papst mit seinem Attentäter Ali Agca sprach, fragt Antje Vollmer auf der Pressekonferenz am 8.3.

In der Linken von heute scheint das anzukommen. Die beiden befänden sich „*in bester christlicher Tradition*", schreibt Kuno Kruse in der taz vom 11.3. „*Oder redete Jesus nicht mit Ba-*
In der Linken von heute scheint das anzukommen. Die beiden befänden sich „*in bester christlicher Tradition*", schreibt Kuno Kruse in der taz vom 11.3. „*Oder redete Jesus nicht mit Ba-*
rabas, dem Raubmörder?" „*Unser Herr Jesus Christus wurde zwischen zwei Verbrechern hingerichtet und hat mit ihnen gesprochen*", erinnern Albert Gollwitzer, Scharf und Böll am 15.3., rechtzeitig zu Ostern. Möge den Grünen dieses Schicksal erspart bleiben.

Ist die Linke, und ein großer Teil von ihr wird heute durch die Grünen repräsentiert, so weich-distanziert, daß sie nicht mehr wagt, sich gegen diesen Staat zu stellen, daß sie berechtigte Anliegen, inklusive dem der politischen Auseinandersetzung mit Strömungen, deren Politik man ablehnt, nur noch im Geiste christlicher Ethik vorzutragen wagt, oder politisiert sie bereits in diesem Geiste?

Otto Schily, ganz Realpolitiker, trifft den Geist dieses Staates eher, wenn er auf der Grünen-Fraktionssitzung am 12.3. knallhart fragt:„*Wieviele Menschen muß man umbringen, um als politischer Mensch legitimiert zu sein?*" Eindeutige Distanzierung ist gefragt, kein christliches Brimborium, um in diesem Staat als Gesprächspartner akzeptiert zu sein. Ganz richtig, nur so ist das realpolitische Spielchen mitzumachen.

Einschub

Es gab andere grüne Stimmen. Die Grünen im Bundestag solidarisieren sich am 13.3. mit Christa und Antje. „*Jede Chance muß genutzt werden, um eine Eskalation der Gewalt zu verhindern und der bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken, die weiterhin Menschen zu politischen Gewalttaten zu treiben droht*" ... „*Es entspricht dem Charakter einer gewaltfreien Bewegung und demokratischen Traditionen, alles zu tun, um Feindbilder auf allen Seiten zu überwinden*".

Weniger ‚parlamentarisiert' der Bundesvorstand am 12.3.:„*Es wäre fatal, den verordneten staatsbürgerlichen Konsens, der — wie Kanzler Kohl formulierte — Terroristen außerhalb der menschlichen Zivilisation stellt, in die Grünen hineinzutragen.*" Otto Schily wird kritisiert als „*Kronzeuge für eine Anklage, wo es nichts anzuklagen gibt*". Auch die AL Westberlin, 1982 selber in eine heftige Gewaltdebatte nach den Auseinandersetzungen auf dem Nollendorfplatz verstrickt (in der Otto Schily kräftig mitmischte und die keine Einigung erbrachte), solidarisierte sich am 25.3. und kritisierte Schily als „*unsolidarisch, unverantwortlich und politisch falsch*" liegend. Auch sie sorgte sich um eine „*Eskalation der Gewaltspirale*".

Die Bremer Grünen erklären am 12.3. ihre Achtung vor der „*christlich-humanen Haltung*" der beiden und betonen:„*Der Mut zum Gesprächsangebot an die RAF-Gefangenen verdient gerade in einer Zeit gnadenloser Feindbilder und hetzerischer Verleumdung besondere Achtung. Er ist ein Beitrag zur De-Eskalation der Gewalt und steht deshalb einer Partei wie den Grünen gut an*".

Das Wort hat der Souverän: Wahlen am 10. März

„*Das ist die Stunde des Parlaments*", schreibt Thomas Mehr in der „taz" vom 9.3. Bei den Wahlen im Saarland, Hessen und Westberlin werde sich entscheiden, „*ob die derzeitigen Machtverhältnisse stabilisiert werden, oder ob tatsächlich eine* **andere Kultur des Regierens entsteht**". „*Darin drückt sich eine gewisse Reife des politischen Wahlvolkes aus, das sich nicht mehr abschrecken läßt von wechselnden Mehrheiten.*" Und so wechselte denn im Saarland der Wähler von CDU auf SPD, in Westberlin von CDU auf CDU/FDP und SPD auf AL und in Hessen auf mehr SPD.

Und die Grünen? Sie wurden im Saarland vernichtend geschlagen, sie gewannen in Hessen eher mäßig hinzu, ihre Position gegenüber der Mehrheitspartei SPD hat sich verschlechtert. Sie gewannen in Westberlin viel hinzu; aber, so scheint es, die Freude über den Sieg wird durch den Verlust einer möglichen Regierungsteilnahme mit der SPD getrübt: 55% christlich-liberal gegen 43% sozialdemokratisch-alternativ
aber, so scheint es, die Freude über den Sieg wird durch den Verlust einer möglichen Regierungsteilnahme mit der SPD getrübt: 55% christlich-liberal gegen 43% sozialdemokratisch-alternativ
sind meilenweit von der Mehrheit entfernt. Vier Hungerjahre im Saarland, vier Jahre nicht-geforderter Bündnisbereitschaft (?) in Westberlin und eine hessische Hängepartie ohne König und Dame — ein Rückschlag für Mehrs „andere Kultur des Regierens". Was Wunder, daß die sich auf Hessen kapriziert.

Doch zunächst die real-fundamentale Wahlauswertung. Erster Schlag: Jutta Dittfurth vom Bundesvorstand der Grünen in der „Bonner Runde", weitausholend, fundamental daneben. Überall dort hätten die Grünen verloren, sagte sie, wo sie die Unterschiede zur SPD verwischen wie in Hessen (wo es ebensolche Belege für Gewinne gibt) und im Saarland (wo die Grünen eher hilflos als anbiedernd gegenüber der SPD waren). Gewonnen hätten sie dort, wo die Abgrenzung fundamental war, wie in Westberlin (eine Charakterisierung, die Insider in der AL bezweifeln).

Die Mehrheitserklärung des Bundesvorstandes fällt moderater, vorsichtiger aus. Auch er stellt fest:„*Eine Anbiederung an die SPD könnte uns am ehesten verschlingen*", sieht aber die Ursachen differenzierter: Einmal in der Politik Lafontaines, dann in der eigenen Schwäche an der Saar und schließlich in den Grenzen leichten Wählerwachstums: „*Wir stabilieren uns auf dieser Basis, ein Zuwachs verlangt aber von uns mehr Anstrengung*". Wenngleich sie es nicht lassen können: „*Wenn wir Vergleichbares vergleichen, dann hat uns das Machtangebot an Volker Hauff in Frankfurt 8% beschert und die Machtabstinenz in Berlin über 10%*". Schon mal was von Apel gehört? „*Ein Berliner Lafontaine hätte die AL deutlich zusammengestaucht*", kontert der grüne Vorstands-Realo Norbert Kostede. Bislang hat die AL sich nicht durch eine definierte Politik gegenüber der SPD ausgezeichnet, sondern eher durch ausgesprochene Verwirrung, deren Resultat Apel allerdings nicht einzuklagen vermochte, zum Glück für die AL. Kostede fordert vielmehr „*ernsthafte Verhandlungsbereitschaft mit der SPD*" um „*die Spielräume für eine ökologische und soziale Reformpolitik*" auszutesten. Realos in der Offensive? Lukas Beckmann, ein weiterer Bundesvorständler, blickt auf die NRW-Wahlen:„*Nur mit den Grünen im Bewußtsein und im Nacken*" werde die SPD „*zur politischen Umorientierung bereit sein*". Deshalb sollten die Grünen „*den Spieß von Oskar Lafontaine umdrehen und ein klares verbindliches Angebot für eine* **Regierungsbeteiligung**" anbieten, zu dem die SPD sich zu verhalten habe.

Zwischenspiel über die Sozialdemokratie

„*Wahlen zum Lernen*" schreibt der BILD-Kommentator am 11.3.85: „*Die SPD kann eine Lehre ziehen: Flirts mit den Grünen zahlen sich nicht aus. Selbstbewußt* ***eigene*** *Positionen vertreten, wie Lafontaine es vorgemacht hat, ist richtig. Falsch ist es, wie Börner nach grünen Hilfs-Krücken zu schielen.* ***Oskar Lafontaine zeigt der SPD den Weg***".

Die „FAZ" (vom 13.3.) glaubt ein weiteres sozialdemokratisches Geheimnis entdeckt zu haben: Mit Leinen präsentierte Lafontaine „*einen Kandidaten, der vor noch gar nicht so langer Zeit geäußert hatte, dieses Land müsse unregierbar gemacht werden. Solche Reden können die Grünen nicht übertrumpfen*".

Erneut: Die Stunde des Otto Schily

Zurück zu Schily. Die Debatte um den Nickels/Vollmer-Brief veranlaßte ihn zu der Aussage: „*Irgendwann ist die Schmerzgrenze erreicht*" ... „*Auf die Dauer könne ‚das so nicht weitergehen'* ". Was kann er gemeint haben? Will er die Grünen verlassen, geht er zur SPD? Mutmaßungen der bürgerlichen Presse. Schily zum Wahlergebnis: „***Machtabstinenz wird vom Wähler nicht honoriert.*** *Ich denke, daß gerade das saarländische Ergebnis die innerparteiliche Diskussion in dieser Richtung bewegen wird*" ... „*Diese mögli-*
chen Presse. Schily zum Wahlergebnis: „***Machtabstinenz wird vom Wähler nicht honoriert.*** *Ich denke, daß gerade das saarländische Ergebnis die innerparteiliche Diskussion in dieser Richtung bewegen wird*" ... „*Diese mögli-*
che Mehrheit aus SPD und Grünen liegt sehr nahe. Ich glaube, daß genau diese Perspektive etwas ist, was den Horizont der Grünen ausmachen sollte" (Interview in „Hannoversche Neue Presse", 11.3.85).

Schily selber hat wenig später allen Mußmaßungen eine Richtung gegeben: Er will der Koalitionsfähigkeit der Grünen (mit der SPD) den Preis des absoluten Bekenntnisses zu diesem Staat vorschalten. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob und wann er den Zug wechselt. Derzeit hat er sich eindeutig dafür entschieden, diesen Strauß bei den Grünen auszufechten. Und wenn nicht alles täuscht, ist ein grüner Schily, der für sozialdemokratische Grundpositionen bei den Grünen kämpft, für die SPD erheblich wertvoller, als ein Überläufer Schily, der als grüner SPD-Minister (oder Staatssekretär) viel Furore mit schnell verblassendem (Grün-)Glanz machen dürfte. Eine Spekulation sei erlaubt: Gespräche Schilys mit SPD-Schröder (Schily im „Stern"-Interview am 28.3.: „*Wir reden bisweilen miteinander. Es gab aber kein konkretes Gespräch über eine Regierungsbildung*") und mit Börner (der „Spiegel" vom 1.4. behauptet ein Treffen der beiden im Bierkeller der hessischen Landesvertretung in Bonn, auf dem Einigung erzielt worden sein soll: „*Nur wenn Grüne in die Ämter rücken, könne es mit Bündnissen klappen*") dürften ergeben haben, daß es eine Gemeinsamkeit gibt: Die „Schmerzgrenze" liegt in der uneingeschränkten Anerkennung des staatlichen Gewaltmonompols.

Im Streitgespräch Schily/Vollmer („Spiegel", 25.3.) fordert der ehemalige Anwalt von RAF-Angeklagten „*die Härte des Staates*" gegen die RAF, eine Forderung, die Klaus Hartung (dem selten zuzustimmen ist) in der „taz" den verwunderten Ausruf abverlangt: „*Als ob es je daran gefehlt hätte*". „*Das mag ja manchen Grünen erschrecken*" (hoffentlich!), so Schily, doch bei manchen Grünen gäbe es „*noch im Bewußtsein eine Art von Revolutionsmythos*" und sie täten sich schwer „*mit ihrem Verhältnis zum Staat*". „***Die Grünen dürfen aber überhaupt keinen Zweifel daran lassen, daß sie das Gewaltmonopol des Staates anerkennen*** *— für mich die Voraussetzung für eine demokratische, rechtsstaatliche Ordnung, für den Wettbewerb politischer Meinungen*". Bei aller Kritik: „*Wir verdanken den Polizeibeamten eine Menge von Frieden in diesem Land*" ... Bei vielen Grünen „*wird alles in ein Konglomerat verwurstet: Staat, Regierung, System. Da erscheint der Staat, als ob er unser Gegner wäre ... Wir haben eine Regierung, die wir politisch bekämpfen,* ***aber wir bekämpfen doch nicht den Staat und unsere Verfassung***" ... Die CDU gehöre abgelöst, „*aber die Union ist nicht mein Feind*" ... Absterben des Staates sei „*eine komische altmarxistische Verheißung*" ... Abgrenzen müsse man sich von „*obskuren Vorstellungen*", der „*Staat sei eigentlich nur Agent der bürgerlichen Klasse und gehöre deshalb nicht zu uns*" ... „*Der Grundkonsens, daß gesellschaftliche Konflikte in staatlich geregelten Bahnen auszutragen sind, darf nicht angetastet werden*".

Das reicht nicht nur zum Prädikat „ministrabel", das reicht für's Bundesverdienstkreuz.

Ökolibertäre wollen grüne Volkspartei

Der realpolitische Trend bei den Grünen — der Trend zur Mitgestaltung in diesem System — reicht über den Realo-Flügel weit hinaus. Er speist sich zum einen aus einer Mehrheitsmeinung grüner Wähler, die derzeit keine radikalen Veränderungen wollen (oder auch nur keinen Weg dahin sehen), sondern Veränderungsschritte an der Seite der SPD. Und zum anderen aus dem Wollen eines wachsenden Teils führender Grüner, die aus dem Schattendasein der ewigen Minderheit heraustreten wollen. Der Traum, endlich einmal selber an der Macht zu schnuppern, bereitet heute nicht nur der verkorksten Frankfurter Sponti-Szene Lust.

Otto Schily dürfte viele Freunde mit seiner Aussage haben: „*Aber wenn sich eine Linie durchsetzen sollte, die im Regieren oder Mitregieren eine politische Unzucht sieht, muß ich mir natürlich überlegen, ob ich in der richtigen politischen Organisation bin*" („Stern"-Interview, 28.3.).

Auf der Ebene dürfte er keine Probleme mit den Ökolibertären oder Max Thomas Mehrs „anderer Kultur des Regierens" haben. Nur hat Schily sich sehr einseitig (und realistisch) auf die sozialdemokratische Option festgelegt.

Die andere grüne Ungeduld wünscht sich lieber, in das „*gefestigte Wählerreservoir der Regierungskoalition ein-*
Regierens" haben. Nur hat Schily sich sehr einseitig (und realistisch) auf die sozialdemokratische Option festgelegt.
Die andere grüne Ungeduld wünscht sich lieber, in das „*gefestigte Wählerreservoir der Regierungskoalition ein-*
zubrechen". Man habe z.B. in Westberlin „*der SPD mehr Stimmen abgenommen, als wir eigentlich wollten. Wir waren wohl nur eine radikalere SPD, aber nicht die andere Partei*" (Rita Hermanns von der AL laut „taz", 11.3.). Noch deutlicher der Ober-„Libertäre" Thomas Schmid: Für ihn ist das AL-Wahlergebnis „*trostlos*"; beruht es doch „*wesentlich auf einer Umgruppierung im Lager links von CDU und FDP, mithin in einem deutlich minoritären Lager*" („taz", 23.3.). Der träumt tatsächlich von Mehrheitsbildungen über den Weg der Grünen zur „*Volkspartei*" (die grüne Partei „*muß bereit und willens sein, in das sogenannte bürgerliche Lager — dem sie ohnehin schon angehört — entschieden einzudringen*").

Für ihn sind die Wahlergebnisse vom 10. März, „*diese Flexibilisierung der Wählervoten ... ein erfreulicher Beitrag zur politischen Kultur der Bundesrepublik*".

Gott bewahre uns vor dieser politischen Kultur (und es spricht viel dafür, daß er es tut). So minoritär die Ökolibs selber mit ihrer Position sind (vor allem auf der Basis fehlender Wählerströme), so ernstzunehmen sind sie weiterhin als verläßlicher Bündnispartner der Realos in entscheidenden politischen Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel.

Sozialdemokratisches Zwischenspiel

Ein Ei wird härter, je länger man es kocht, eine Kartoffel dagegen wird mit zunehmender Kochdauer weicher (alte Volksweisheit).

„Oskar, Oskar, Oskar", scholl es

am 2.3. in der Dortmunder Westfalenhalle. ,,Oskar, Oskar'' riefen auch Hermann Rappe, Jo Leinen und Erhard Eppler gemeinsam vor 1.200 sozialdemokratischen Funktionären. Ein saarländischer Wahlsieg und ein Wahlkampfkongreß ,,Arbeit und Umwelt'', seither ist die SPD die ,,Partei des Friedens und des Friedens mit der Natur'', wie jeder sozialdemokratische Wahlkämpfer diensteifrig betont. ,,*Reden ist grün, Handeln ist rot*'', schlagwortet Rau unermüdlich. ,,Brüder zur Sonne, zur Freiheit'', hieß es gemeinsam und froh. (Daß Adolf Schmidt und Hermann Rappe die ,,Internationale'' gesungen haben sollen, ist ein Gerücht. Hans Apel hat damit immerhin einen Wahlkampf verloren).

Juso-Chef Ulf Skirke sieht — endlich — die Grünen auf dem absteigenden Ast und träumt von der Aufwertung der Jusos und ihrem Heraustreten aus dem Schattendasein der letzten Jahre.

Das neue sozialdemokratische Selbstbewußtsein bricht sich Bahn. Mit Rücksicht auf die NRW-Wahlen verschieben die Südhessen ihren Energieparteitag auf eine Woche nach der Wahl. Dann soll, je nach Wahlausgang, d e r ,,Abschied von der Kernenergie'' vorgenommen werden, den die Nuklearindustrie vorgenommen hat (Anerkennung des status quo) und der Konflikt gewagt werden, der todsicher Geklapper ermöglicht, ohne daß der status quo verändert wird: keine Landesgenehmigung für Alkem und kein Neubau bei Nukem. Das macht dann Zimmermann, der Böse. Das alles würden wir auch ohne die Grünen machen, nörgelt Wirtschaftsminister Steger. Psst, psst, sagen die schlauen linken Sozialdemokraten. Nicht verraten, sonst merken die Grünen das noch. Keine Angst!

Und dann der Oskar-Gerhard Schröder in Niedersachsen. Am 25.3. meldet er seine neue Linie, ganz originell. Nicht nur Zusammenarbeit, nein, Koalition bietet er den Grünen an. Allerdings: ein möglicher Koalitionspartner (das hat er wirklich so geheimnis-
meldet er seine neue Linie, ganz originell. Nicht nur Zusammenarbeit, nein, Koalition bietet er den Grünen an. Allerdings: ein möglicher Koalitionspartner
(das hat er wirklich so geheimnisvoll gesagt) müsse auf die Rotation verzichten (damit könnte die CDU im Rennen bleiben) und die folgenden Prioritäten akzeptieren: 1. ,,*Die Zukunft der Arbeit in der Industriegesellschaft*'' und 2. ,,*Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen*'' (das würde mit der CDU gehen, solange 1. befolgt wird). Die Themen ,,*Frieden, Arbeit und Umwelt*'' würden in Niedersachsen ,,*auch personell glaubwürdig repräsentiert*'', soll Oskar Schröder gesagt haben. Den grünen Koalitionsbefürwortern Neddermeyer und Lippelt soll abwechselnd koalitionsheiß und fünf-prozent-kalt geworden sein, verlautet aus der Landeshauptstadt Hannover ...

Hessen vorn: Riesenschritt in Richtung Koalition

Die Versager aus dem saarländischen Grünen-Landesvorstand werden am 24.3. gegen eigenen Wunsch von der Landesmitgliederversammlung abgewählt. Von ,,*fundamentalem Schwachsinn*'' und ,,*antiquiertem Seminarmarxismus*'' ist laut ,,taz'' die Rede gewesen. ,,*Es komme darauf an, ,praktische, realistische Politik zu machen'* ''. Immerhin gab es eine glaubwürdige Ausrede: ,,*Wir mußten zur Koalition Nein sagen, weil wir personell und inhaltlich zu nichts anderem in der Lage waren*'' (alle Zitate aus ,,taz'', 25.3.85).

Ganz anders die Hessen am selben Tag. Ran an die Tröge der Macht, hieß hier die Devise. Zwar ließ man das wenige noch vorhandene Eis schmelzen, aber schließlich lernt man vom großen Bruder. Die Entscheidung wurde vertagt: Nicht nur nach der NRW-Wahl, sondern auch noch vierzehn Tage nach der SPD. Listig, listig. Wer zweifelt noch an der Mehrheitsfähigkeit von Roland Kerns Antrag: ,,*Aufgrund der erkennbaren Bewegung innerhalb der SPD Hessen ... sehen die Grünen erstmals die Möglichkeit am Horizont, daß sich in einem Bundesland SPD und Grüne auf eine tragfähige Grundlage zur Behandlung anstehender Entscheidungen im Atombereich ... einigen. Um diese positive Perspektive, deren Einlösung mehr als nur symbolhaften Charakter für einen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie hätte, zu fördern und die Umsetzung der mit der SPD getroffenen und noch zu treffenden Vereinbarungen optimal zu gewährleisten, bieten die Grünen Hessen der SPD eine Koalition an für den Fall, daß tatsächlich eine Einigung in der Atomfrage zustandekommt*''.

Laut Joschka Fischer hätten die Grünen zu viel ,,*Angst, die richtigen Inhalte selbst zu realisieren*''. ,,*In langwierigen Verhandlungen*'', so die Realos, sei viel erreicht worden. ,,*Die Umsetzung und das ,personelle Sichtbarmachen' habe man aber der SPD überlassen. Einiges sei auf dem Weg durch die Verwaltungen auf der Strecke geblieben, ohne daß die Grünen hätten eingreifen können*'' (,,taz'', 26.3.). Mit ,,Tolerierung'' soll jetzt Schluß sein. Sie habe nicht ausgereicht, ,,*um den ,gesamten Apparat' mitkontrollieren zu können*'' (Iris Blaul in ,,taz'', 26.3.). Und schon rotiert das Ministerkarussell: Werden sich die lancierten Bundes-Grünen Minister Schily, Ehmcke und Schoppe mit den hessischen Staatssekretären Kerschgens, Koenigs und Fischer (Sport) vertragen, gibt es neue Konkurrenzen?

Karl Kerschgens sorgt sich heute schon weitblickend: ,,*Grüne Minister dürften nicht ... die ,Fußabtreter' der grünen Basis sein, denen man mit permanentem Mißtrauen begegne*'' (FAZ, 25.3.). Hat er das Schicksal Helmut Schmidts vor Augen? Auf jeden Fall bleibt also auch nach der Koalitionsbildung noch Arbeit für Zieran und Freunde. Kein Grund zur Weltuntergangsstimmung.



Pannen mit und ohne Pannen

Über 5% grüne Stimmen bei den Bundestagswahlen 1983, satte 8% bei den Kommunalwahlen 1984 in NRW schienen den Durchbruch der Grünen im größten Bundesland zu signalisieren. Noch Ende vergangenen Jahres lagen sie im Land bei Meinungsumfragen um 10%, zum Jahresanfang um 8%, und auf einmal behaupten die Umfragenden: um die 6% bei sinkender Tendenz. Den NRW-Grünen pfeift Saar-Wind um die Ohren. Unmittelbar nach den Wahlen vom 10. März nahmen die den Vorstand und die Landesgeschäftsstelle beherrschenden Realos das Szepter in die Hand.

Landesgeschäftsführer Martin Pannen wertete das Saar-Ergebnis der Grünen als ,,*dicken Denkzettel für die fundamentalistische Verweigerungshaltung*'' des Bundesvorstands. Die derzeitige Bündnispolitik sei verfehlt und eine Absage an ,rotgrüne' Bündnisse eine ,,*fatale Fehleinschätzung, mit der die Existenz der Grünen aufs Spiel gesetzt*'' werde (1.3.85). Entsprechend läßt er für NRW erklären, daß die Grünen Verhandlungen mit der SPD von ,,**keinerlei Vorleistungen abhängig machen**''. Pressesprecher Matthias Happe behauptet am 14.3., ,,*der Lüdenscheider Beschluß* (Anm.: Landespolitische Erklärung vom 10.3.85), *Verhandlungen mit der SPD nicht mehr von Vorleistungen abhängig zu machen, signalisiere den deutlichen Willen der Grünen, zu ernsthaften Übereinkünften*'' mit der SPD zu kommen, da diese ,,*allein nicht in der Lage ist, die Probleme des Landes zu lösen*''. Pannen erklärt die Grünen zur ,,*Übernahme von Verantwortung bereit*'' (,,WAZ'', 18.3.) und in einem Interview mit dem WDR am 14.3.: ,,**Wir wollen in die Regierungspolitik hinein** *und wollen da unsere Fragen stellen an die SPD*''.

Pannen hat sich mit seinen Vorstößen massiver Kritik ausgesetzt. Mit Presseerklärung vom 14.3. stellte sich der Landesvorstand hinter seinen Geschäftsführer. Auf der Landeshauptausschußsitzung am 20.3. wurde eine Mißbilligung Pannens, daß er ,,*in krasser Form gegen basisdemokratische Beschlüsse verstoßen (hat) und der Landesversammlung mehrfach in den Rücken gefallen (ist)*'' mit 17 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Seitdem herrscht Waffenstillstand zwischen den grünen Flügeln. Die bevorstehende Wahl macht's möglich. Ganz im Stile des ,,großen Bruders'' SPD erklärt der Landesvorstand in einem Schreiben an alle Delegierten: Man habe sich ,,*kläglich in die Ecke manövriert*''. ,,*Aus dieser Defensive müssen wir unter allen Umständen wie-*

Fortsetzung nächste Seite

Linke Grüne in der Zwickmühle

Linke Grüne in der Zwickmühle

In der ,,Hamburger Rundschau'' vom 4.4.85 sagt die ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete der GAL, Thea Bock: ,,*Unsere Ziele sind wichtiger, als das Schielen nach dem Wähler.*'' Und: ,,*Wir sollten wieder etwas davon abkommen, ... unser politisches Wollen von der Reaktion des Wählers abhängig zu machen. Wir müssen zuallererst unsere Politik in den Vordergrund stellen (...) Und, ich muß es ganz ehrlich sagen, wenn es uns nicht gelingt, das was wir wollen, dem Wähler zu vermitteln, dann habe ich nichts dagegen, wenn wir auch mal eine Zeit lang nicht mehr im Parlament sitzen. Das ist mir jedenfalls lieber, als Stück um Stück unsere Inhalte aufzugeben. Denn schließlich sind es unsere Inhalte, die uns von den anderen Parteien unterscheiden und nicht der Umstand, daß wir im Parlament sitzen.*''

Sie spricht damit einer ganzen Reihe von Leuten bei den Grünen aus dem Herzen, denen angesichts der realen Entwicklung dieser Partei, insbesondere auch in den letzten Monaten, angst und bange wird. Und mal Hand aufs Herz: Wem ist diese Haltung nicht allemal sympathischer, als der prinzipienlose Schacher hessischer Realos, als die ,,law and order'' Töne des Rechtsstaatlers Otto Schily, als der hemmungslose Drang grüner Prominenz an die vermeintlichen Tröge der Macht? — Gleichzeitig drückt diese Sorge auch das Dilemma der linken Grünen aus.

Thea Bock: ,,*Ich habe keine Lust, Wahlanalyse so zu betreiben, indem ich schaue, was der Wähler will, um mich dann beim nächstenmal entsprechend zu verhalten.*'' Bislang ist der grüne Weg aber genauso gelaufen: Der Erfolg dieser Partei ist in erster Linie und mit zunehmender Tendenz von Wählerstimmen, Wahlprozenten und parlamentarischer Vertretung abhängig. Erst in zweiter Linie und mit abnehmender Tendenz hat er etwas mit außerparlamentarischer Bewegung zu tun. Der bei den Grünen beliebte Verweis auf den außerparlamentarischen Bezug sagt mehr über die Entstehungsgeschichte der Grünen aus, als über ihre Gegenwart. Grüne Realität ist, daß die Partei ehemals außerparlamentarische Aktivist/inn/en absorbiert hat, die zwar viel von ihren Erfahrungen in diese Partei einbringen, die heute aber vor allem im weiten Feld parlamentsorientierter Tätigkeit engagiert sind und die einer außerparlamentarischen Tätigkeit fehlen. Die Grünen haben es nie geschafft, ihre parlamentarische Tätigkeit durch Basis-und Massenarbeit außerhalb des Parlaments zu fundieren (da läuft ihnen die DKP hundertmal den Rang ab), sie sind als Partei mit mehr als 30.000 Mitgliedern und mehreren Millionen Wählern absolut nicht in der Lage, eigenständig Massenaktivitäten zu organisieren.

Die Wählerstimmen, auf die man ,,nicht schielen'' soll, begründen überhaupt erst die grüne Existenz, so daß sich hinter den zitierten Aussagen auch ein ganzes Stück Hilflosigkeit verbirgt. Zu ändern wäre dies nur, wenn einerseits die außerparlamentarische Massen- und Basisarbeit der Grünen ein anderes Gewicht bekäme. Dafür fehlen allerdings fast alle Voraussetzungen in der Partei, im Apparat ebenso wie im Bewußtsein der grünen Basis, die allzugerne Wahlerfolge und das aufwendige Rumwühlen in den Parlamenten aller Art zum Gradmesser gesellschaftsverändernder (?) Politik nimmt. Andererseits müßte die Politik gegenüber der SPD und der sozialdemokratischen Ideologie im eigenen Wählerpotential andere Formen annehmen, als der bisherige Hauptstrang der Debatte zwischen sogenannter Realpolitik und Fundamentalismus, wie er insbesondere auf dem Hamburger Parteitag diskutiert wurde.

Ein Blick auf die Wahlauswertung in Westberlin und im Saarland erhellt einiges von dem, was grüne Realität heute ausmacht: Für Westberlin schreibt die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, daß die dortige AL derzeit nur 35 % konstantes Wählerpotential hat, der Rest sind Wechsel-, bisherige Nicht- und Neuwähler. 89 % der AL-Wähler, dieser eher linken grünen Liste, befürworteten eine Koalition der AL mit der SPD, 55 % waren für AL-Senatoren und gegen an die Koalition geknüpfte Bedingungen. Im Saarland, wo die Grünen in Richtung ihres Anhängerstamms geschrumpft sind, befürworteten dennoch zwei Drittel der Grünen-Wähler eine Koalition mit der SPD. 80 % wollten Lafontaine als Ministerpräsidenten sehen. Mit + 2,4 (Höchstnote + 5) hatte er einen Sympathiewert bei grünen Wählern, wie kein zweiter Politiker vor ihm. Nun mag man diese Daten im Detail bezweifeln, vom Trend her stimmt das allerdings mit ähnlichen Untersuchungen bei anderen Wahlen überein.

Daraus folgt nun nicht, daß man mit anbiederischer Politik an die SPD mehr Stimmen machen könnte, als mit fundamentaler Abgrenzung. Für das Saarland muß bezweifelt werden, daß dies gegenüber Lafontaine gelungen wäre. Solche Überlegungen machen die Rechnung ohne den sozialdemokratischen Wirt. Denn die Sozialdemokratie weiß sehr wohl von der Labilität im grünen Wählerpotential und versucht dementsprechend ihre Politik darauf auszurichten. Aber eines folgt mit Sicherheit daraus: daß die Sozialdemokratie nicht passé ist, wie Rudolf Bahro nahelegen will, und daß die Grünen-Anhänger nicht auf einem fundamentalen Weg des Ausstiegs aus dem System der Industriegesellschaft oder woraus auch immer sind. Im Gegenteil, das Spannungsfeld linksgrüner Politik liegt heute mehrheitlich in der Auseinandersetzung mit Menschen, die beginnen, sich von diesem System abzuwenden, und der Wiederhinwendung zur Sozialdemokratie. Diese Menschen machen das Mehrheitspotential der Grünen aus und nicht fundamentale Aussteiger, wie Bahro und die grünen Fundis verheißen oder Einbrüche ins konservative Lager, von denen die Ökolibertären träumen. Wer die grüne Entwicklung der letzten Jahre als wichtiges Stadium bei der Herausbildung einer radikaldemokratischen Opposition begreift, die tatsächlich einmal dauerhaft die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beeinflussen könnte, dem zeigt der ,,schielende Blick auf den Wähler'', daß in dessen Bewußtsein und Erwartungshaltung die Basis für das liegt, was sich heute bei den Grünen ,,Realpolitik'' schimpft. Der sogenannte fundamentale Weg bei den Grünen verzichtet auf die Auseinandersetzung im reformorientierten Wählerpotential und lebt zunehmend von der Verheißung einer aus dem System herausstrebenden Volkserhebung (Rudolf Bahro) oder einer zwangsläufigen Entwicklung als Resultat des unvermeidlichen ökologischen Zusammenbruchs (Trampert/Ebermann).

Wird dieser Weg auch von maßgeblichen linken Grünen beibehalten, so ist die Stärkung des ,,realpolitischen'' Weges fast unvermeidlich. Das aber kann nur heißen: Abrücken von eigenen inhaltlichen Grundpositionen (was die Realos ja bereits vorführen) und Einschwenken auf bürgerliche Positionen (Otto Schily hat mit seiner Haltung zum ,,staatlichen Gewaltmonopol'' einen großen Schritt in diese Richtung getan). Bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen ist real anders gar nichts durchzusetzen. Die hessische Position, ,,wir wollen jetzt mal selber unsere Ziele verwirklichen'' bedeutet in Wahrheit die eigenen Ziele verändern. Jeder anständige Realo hat den flotten Spruch parat: ,,Wir wollen keine Revolutionsverheißungen, wir wollen der Katastrophe hier und heute konkret zuleibe rücken.'' Dieser Weg wird die Grünen schneller als gedacht als Hoffnungsträger für eine andere Politik und als Oppositionskraft zerstören. Schallmauer für diese Entwicklung ist grüne Regierungsmitverantwortung, sind grüne Minister und Senatoren, die den Scheiß zu verkaufen haben. Zwei Verlaufsformen sind denkbar: Zerfall und Verschleiß grüner Oppositionspolitik im Arrangement mit der tatsächlichen Macht in diesem Staat (der wahrscheinlichere Verlauf) oder Etablierung der Grünen als möglicher Mehrheitsbeschaffer und Koalitionspartner mit einigermaßen umreißbarer eigener Klientel, die ,,grüne FDP'' (der derzeit unwahrscheinlichere Verlauf angesichts des geringen Stammpotentials der Grünen).

Auf dem Hamburger Parteitag wurde das seltsame Bündnis der Ökosozialisten mit den Fundamentalisten gegen die Realos geschmiedet. Bahro hat dazu erklärt, daß er auf seinem Weg die Idee einer Tolerierungspolitik gegenüber der SPD im gemeinsamen Antrag mit Trampert als ein Stück vergangener Politik geduldet hat, mit der Perspektive, sie völlig aufzugeben. Maßgebliche Sprecher der Ökosozialisten sind in den vergangenen zwei Jahren im Ansatz diesen Weg gegangen. Wenn heute bei den Grünen über Tolerierungspolitik gesprochen wird, dann im wesentlichen in drei Varianten:
— der hessischen, die konkrete Ergebnisse verspricht und real darin besteht, Scheiße zu vergolden; d.h. gerade nicht darüber aufklärt, was mit der Sozialdemokratie heute machbar ist, und vor allem was nicht;
— der saarländischen, die wesentlich vom grünen Bundesvorstand betrieben wurde, Dämme gegen den Kurs vermeintlicher Machtbeteiligung und Lafontaines Offensive zu errichten;
— und neuerdings der nordrhein-westfälischen, die sich sehr schnell in ein Instrument der Anbiederung an die SPD umbiegen läßt.

Nahezu vollständig verschüttet ist bei den Grünen eine Tolerierungspolitik, wie sie 1982 in Hamburg versucht wurde, die die eigenen gesellschaftsverändernden Zielsetzungen mit dem Willen nach Reformen im sozialdemokratischen Wählerpotential zu verbinden versuchte. Eine solche Bündnispolitik ist zwar kein Rezept für Wahlerfolge, sie ermöglicht aber einen konkreten Meinungsstreit um die Inhalte der Politik, die Bedingungen für ein Bündnis wären, statt die Diskussion darum zu führen, ob ein Bündnis erlaubt ist.

Dieser Weg sollte wieder reaktiviert und in der Auseinandersetzung konkretisiert werden. Das heißt aber auch, das unsinnige Bündnis mit dem ökologischen Fundamentalismus à la Bahro und seinen Grün-Braun-Assoziationen, die jede linksgrüne Politik diskreditieren und die schwankenden Grünen geradezu ins Realo-Lager treiben müssen, aufzugeben, soll überhaupt noch eine Chance bestehen, den ,,realpolitischen'' Kurs der Grünen aufzuhalten.

In einem sind die Realos realistischer als viele Fundamentalisten: An der Auseinandersetzung mit der SPD und dem Wählerwunsch nach ,,rot-grünen'' Bündnissen wird kein grüner Weg vorbeiführen.

hr.

Fortsetzung von vorheriger Seite

der herauskommen. Diesem Zweck dienten auch die Presseaktivitäten von Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle während der vergangenen zwei Wochen — auch wenn ihr Niederschlag in der Presse wie üblich wieder von neuen **Mißverständnissen** *zeugte''.* Man wolle aus der Ecke der ,,*Totalverweigerung*'' heraus, um ,,*erneut in die Offensive (zu) kommen*''. ,,*Mißverständnisse*'', ,,*Falschmeldungen*'' — darüber jetzt noch lange zu reden, sei nicht die Zeit: ,,*Der Landesvorstand appelliert an alle Mitglieder und Kreisverbände, alle Mandatsträger und Fraktionen und an alle politischen Strömungen im Landesverband, sich jetzt auf die vorhandene programmatische und bündispolitische Grundlage zu stellen*'', die Lüdenscheider Erklärung. ,,**Es ist jetzt nicht an der Zeit, daran noch im Großen und im Kleinen Kritik zu üben und sie um politischer Rechthaberei willen in irgendeinem Punkt zu relativieren.** *Koalitionsgerede wie auch Absagen an jede Form von Zusammenarbeit sind gleichermaßen unsinnig: beides vernebelt nur den* **vorhandenen Konsens** *in diesem Punkt*'' (Delegiertenrundbrief, 28.3.).

Diese Art Schulterschluß kommt bekannt vor. Und so spielte denn auch die Kritik an Pannens und anderer Vorstöße im Namen der Partei auf der Landesdelegiertenkonferenz am 30.3. keine Rolle mehr. Dabei war in Lüdenscheid am 10. März, dem Tag der Wahlen, noch der folgende Text verabschiedet worden: ,,*Wir sind bereit, einen Ministerpräsidenten mitzuwählen, wenn zuvor in folgenden zentralen Bereichen der Landespolitik* **unverzichtbare Kurskorrekturen verbindlich vereinbart werden.** *Wir betrachten die Kurskorrekturen als Mindesforderungen an eine Politik, die wir mitverantworten können. Während wir also bereit sind, über die mögliche Tolerierung einer SPD-Regierung zu verhandeln,* **schließen wir eine Regierungsbeteiligung (Koalition) der Grünen für die Dauer der gesamten Legislaturperiode aus**''. Neben den vier ,,*Schlüsselforderungen*'' zur Energiepolitik, Entgiftung der Chemieindustrie, Eindämmung der Armut und Ablehnung der Kommerzialisierung von Rundfunk und Fernsehen werden in den ,,*übrigen Politikfeldern Vereinbarungen*'' verlangt, ,,*die vom Grundverständnis grüner Politik her tolerierbar sind*''.

Seit Ende März gibt es jetzt ein Flugblatt des grünen Landesverbandes, in dem sich die Lüdenscheider Beschlüsse erheblich abgeschwächt so anhören: ,,*Bei einer* **Einigung mit der SPD über diese unverzichtbaren Forderungen** *sind wir bereit, den Ministerpräsidenten mitzuwählen und danach über eine längerfristige Zusammenarbeit zu verhandeln. Dabei ist uns klar, daß die Umsetzung der vier Schlüsselforderungen allein noch nicht den nötigen Kurswechsel in der Landespolitik garantiert. Es handelt sich vielmehr um politische Notbremsen, die gezogen werden müssen, um nicht wiedergutzumachende Fehlentwicklungen gerade noch rechtzeitig aufzuhalten.*'' Es folgen die Forderungen. Von der Koalitionsabsage ist keine Rede mehr...

Der Opportunismus blüht: Sexualitätsdebatte

,,*Grüne ohne Pannen, niemals*'' ließ der NRW-Landesvorstand am 14.3. erklären. ,,*Wir fabrizieren leider immer noch zu viele Pannen*'' erklärte Otto Schily dem STERN am 28.3. zur Lage in NRW. Heftige Widersprüche im Realo-Lager?

Nein, nein. Die in NRW geforderte ,,*Freigabe der Sexualität mit Kindern*'' sei, so Schily, ,,*kompletter Unsinn*''. ,,*Jedenfalls sage ich sämtliche Wahlveranstaltungen ab, wenn dieser Wahnwitz nicht wieder rauskommt*'' (,,Spiegel''-Interview, 25.3.). Und damit war er sich mit Pannen einig: das Ding muß vom Tisch.

Was war geschehen? Eher müde und lustlos hatte der Landesparteitag in Lüdenscheid am 9.3. den Programmabschnitt ,,Sexualität und Herrschaft'' mit 76 gegen 53 Stimmen als Arbeitspapier verabschiedet. Darin heißt es u.a.: ,,*Gewaltfreie Sexualität muß frei sein für jeden Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder anderen Merkmalen*'' ... ,,*Gewaltfreie Sexualität darf niemals Strafgegenstand strafrechtlicher Verfolgung sein. Sie ist im Gegenteil von allen Restriktionen zu befreien, die ihr in dieser Gesellschaft auferleg sind. Daher sind alle Straftatbestände zu streichen, die gewaltfreie Sexualität mit Strafe bedrohen.*''

Die Paragraphen 176 (,,Sexueller Mißbrauch von Kindern'') und 174 (,,Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen'') sollen gestrichen werden. Stattdessen soll der § 240a (,,Sexuelle Nötigung'') zukünftig lauten: ,,*(1) Einvernehmliche Sexualität ist eine Form der Kommunikation zwischen Menschen jeglichen Alters, Geschlechts, Religion oder Rasse und vor jeder Einschränkung zu schützen*''. ,,*Sexuelle Nötigung ... im Rahmen eines Abhängigkeitsverhältnisses*'' soll strafbar sein, wenn Abhängige ,,*gegen ihren erkennbaren oder vermuteten Willen sexuelle Handlungen zu begehen oder zu erdulden*'' haben.

So weit, so schlecht und undifferenziert. Was dann einsetzte, war die bekannte, sensationsgeile, voyeuristische Sex-and-Crime-Hetze der Boulevardpresse. ,,**Sex-Aufstand bei den Grünen — Viele Parteimitglieder drohen mit Austritt**'' schlagzeilt der Kölner ,,Express'' am 15.3. ,,**Straffreier Sex mit Kindern und Sex in aller Öffentlichkeit als Konkurrenz zu Peep-Shows**'' drohten. Mit ,,**Vater: 'Ich habe Angst um meinen Sohn!'** '' wird die Volksseele zum Kochen gebracht. Von Wahlkampfverweigerung, angedrohten Parteiaustritten ganzer Kreisverbände ist die Rede. Das Kind werde ,,*als Lustobjekt freigegeben*'', warnt der Deutsche Kinderschutzbund. Die SPD wittert Wahlkampfmunition: ,,*Abscheu beim überwiegenden Teil der Bevölkerung*'' registriert Arbeitsminister Farthmann. Bundesjustizminister Engelhard mahnt, daß die Grünen wollten, daß ,,*schon sechsjährige Jungen und Mädchen auf dem Schulweg nicht mehr sicher*'' (wären) und ihnen ,,*seelisch nachhaltige*'' Schädigungen drohten.

Da sei Pannen davor. ,,*Idiotisch und unverantwortlich*'' nennt er den Beschluß der eigenen Basis. ,,*Das hält die Partei nicht durch*'' zitiert der ,,Express'' Pressesprecher Happe.

Die Kampagne der geilen Saubermänner zeigt Wirkung. Hektische grüne Aktivität: Am 16.3., eine Woche nach Verabschiedung, setzt der Landeshauptausschuß mit 40 gegen 4 Stimmen den Parteitagsbeschluß aus. Für den 30.3. wird ein Sonderparteitag einberufen, der ein neues Programm in aller Eile verabschiedet. Die gleiche Kreisverbandsbasis, die vorher kein Interesse am Thema zeigte und vor allem unter dem Eindruck der öffentlichen Hetze rebellierte, war in diesem Fall kompetent genug, in Rekordzeit das Thema zu bewältigen. Es ist dieser Opportunismus, dieses totale Reagieren auf völlig überzogene öffentliche Vorwürfe, die den ganzen Vorgang mehr als fraglich machen. Hier wurde eindeutig unter dem Eindruck von Distanzierung gehandelt und nicht ernsthaft an den Problemen entlang nach Lösungen gesucht.

Die Vorgabe machtem am 21.3. die Bundestags-Grünen, die in einer Presseerklärung einen Gesetzentwurf zur Streichung des § 175 (Kriminalisierung der Homosexualität) ankündigten und gleichzeitig die Beibehaltung der §§ 174 und 176 als grüne Grundposition ausgaben. Im neuen Programmteil ,,Sexualität und Herrschaft'' der NRW-Grünen wird nun vorrangig die Notwendigkeit, ,,*Schutzgesetze zugunsten von Frauen und Kindern zu erlassen*'' betont. Dieses mitaufzunehmen, ist zweifellos erforderlich und ein schlimmes Versäumnis des ersten Entwurfs, der eindeutig von den Interessen erwachsener Pädophiler der ,,Indianer-Kommune'' bestimmt war, denen das grüne Desinteresse zum ,,Sieg'' verholfen hatte. Zurecht schreiben die NRW-Grünen jetzt, daß es ,,*gesetzliche Regelungen geben muß zum Schutz von Kindern vor Nötigung und Gewalt in allen Lebensbereichen. Wir wenden uns aber gegen die herrschende Doppelmoral, die sexuelle Minderheiten unter Sondergesetze stellt bzw. kriminalisiert und gleichzeitig die ,gewöhnliche' Gewalt gegenüber Kindern — insbesondere gegenüber Mädchen— permanent verharmlost*''. Und: ,,*Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß durch die Beibehaltung der Schutzaltersgrenze der sexuelle Mißbrauch von Kindern eingedämmt wird*''. Doch dann wird gleich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: ,,*Zum Schutz von Kindern (d.h. Personen unter 14 Jahren) bleiben weiterhin die §§ 174 und 176 bestehen*'' heißt es nur vierzehn Tage nach der entgegengesetzten Beschlußfassung.

Damit aber wird einer notwendigen Debatte nach Veränderung des Sexualstrafrechts ein Bärendienst erwiesen, wenngleich das Wahlkampfgewitter über den Grünen ansatzweise befriedet sein dürfte (wobei dieser Vorgang ähnlich wie der um die SPD-Diskussion die grüne Glaubwürdigkeit nicht sonderlich gefördert haben dürfte).

Auf der Strecke bleibt bei diesem Vorgehen, daß diese Paragraphen eben nicht nur den notwendigen Schutz von Kindern und Jugendlichen gewährleisten, sondern auch Formen der Sexualität kriminalisieren, die der herrschenden Moral zuwiderlaufen. Den Grünen NRW ist nicht vorzuwerfen, daß sie im Hauruck-Verfahren keine eingängige Programm-Lösung für diese Probleme gefunden haben. Offenhalten hätten sie dies aber auf jeden Fall müssen, um hieran ernsthaft zu arbeiten (siehe auch untenstehende Anmerkung). Der ganze Vorgang war ein ziemliches Trauerspiel. Die Chance, zu beweisen, daß die Grünen mit ihren Fehlern anders umgehen als die anderen Parteien, wurde hier vertan. Ob's den NRW-Grünen bei den Landtagswahlen am 12. Mai nutzt?

Vom Tag X

Viele, allzu viele Wege der Grünen führen seit dem Hamburger Parteitag vom Dezember 1984 in die ,,Realpolitik''. Eng verknüpft sind sie derzeit mit grünen Wahlerfolgen. Möglicherweise rückt Antje Vollmers Vision aus der April-Ausgabe von ,,konkret'' näher: ,,*Der Tag, an dem wir Ebermänner und Vollmer-Frauen wieder mal von vorne anfangen werden, ist genau zu beschreiben: Am Tag X, wenn die Grünen ihre selbständige Existenz zugunsten einer historisch überholten sozialdemokratischen Dauerklamotte aufgegeben hätten*''.

hr, Hamburg

Anmerkung: Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Forderung nach ersatzloser Streichung der §§ 174 und 176 ist im ARBEITERKAMPF 202 vom 25.5.81 enthalten.

Ökologische Modernisierung der Sozialdemokratie

Politisch-programmatisch ist die SPD weiter auf der Suche. Vorbild für verschiedene Kampagnen zur Rückgewinnung von ,,Meinungsführerschaft'' (Glotz) ist die CDU/CSU, die es seinerzeit mit den suggestiven Slogans von der ,,Staatsverschuldung'' und dem ,,Rentenbetrug'' verstanden hatte, die Wähler aus der ,,Mitte'' in Panik zu versetzen. Argumentieren ist in diesem Geschäft nicht gefragt. Glotz will nicht zuletzt der ,,Vereinheitlichung unserer Semantik größere Aufmerksamkeit widmen'' (,,taz'', 24.1.).

An der Spitze der ständig zu wiederholenden Floskeln rangiert derzeit die von der ,,Gleichberechtigung von Umweltschutz und Arbeitsplätzen'' oder auch ,,Arbeitsplätze durch Umweltschutz''. Weniger für Massenwirkung als für den innerparteilichen Gebrauch vorgesehen ist die Formel von der ,,**ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft**'' — ,,*eine Kreation, an der die SPD lange ziseliert hat: (...) Industriegesellschaft als feste Grundlage, die Ökologie als guter Vorsatz. Der 'Kanaler' Rappe: ,Damit können wir als Gewerkschaften leben'* '' (,,FAZ'', 18.12.84).

Rappe war es auch, der auf dem ,,parteitagsähnliche Ausmaße'' (,,taz'', 25.3.) annehmenden Forum ,,Arbeit und Umwelt'' am 23.3. in Dortmund Seite an Seite mit dem frischgebackenen Umweltminister Jo Leinen den ,,Brückenschlag zwischen Arbeit und Umwelt'' (Rau) vollzogen hat.

Mit dem Komplex ,,Arbeitsplätze durch Umweltschutz'' eng verknüpft ist das Thema soziale Sicherheit. Während die Bundesregierung als Folge von Dauerarbeitslosigkeit ,,Ausgrenzung in die neue Armut'' (schon semantisch vereinheitlicht? — Anm. AK) tatenlos hinnehme, forderte ein SPD-Forum im Dezember einen ,,zweiten Arbeitsmarkt'' und — namentlich Lafontaine — Besinnung auf die ,,reiche Erfahrung mit Arbeiterselbsthilfe und Genossenschaften'' (,,FAZ'', 6.12.84). Dies dürfe man nicht den Grünen und Alternativen überlassen.

Außenpolitische Themen spielen in den sozialdemokratischen Profilierungsversuchen — weil nach dem Abflauen der Friedensbewegung im Wählerinteresse abgerutscht — nur eine untergeordnete Rolle. Hier wird vor allem auf regierungsamtliche Pannen und Peinlichkeiten (Schlesier-Treffen) reagiert. Eine Ausnahme bildet die sozialdemokratische 8. Mai-Kampagne, die — wenige Tage vor der NRW-Wahl — vor allem Personality-Show für Johannes Rau ist und in Abgrenzung zu Kohls ,,Pannen-Regierung'' deutschland- und ostpolitische Kontinuität demonstrieren soll.

Godesberg — hin und zurück

,,Geh mit der Zeit — geh mit der SPD'' hieß das Motto des Godesberger Programmparteitags von 1959. Das damals vollzogene Bekenntnis zur ,,sozialen Marktwirtschaft'' ist mittlerweile — in seinen von Naivität und Aufschwungsoptimismus geprägten Formulierungen — nicht mehr zeitgemäß: ,,*Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen*''. Heute sind nachdenklichere Sprechblasen gefragt.

Die von Willy Brandt zusammen mit Erhard Eppler, Hermann Rappe und Inge Wettig-Danielmeier geleitete Godesberg-Kommission hat im Januar als Zwischenergebnis der Arbeit an einem neuen sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramm einen Katalog von weit über 100 Fragen zusammengestellt, der in den Parteigliederungen breit beraten werden soll. Die wesentlich von Eppler formulierten Fragen bedienen sich, wie die BWK-Zeitung ,,Politische Berichte'' (5/85) schreibt, ,,*grüner Programmbestandteile in einer Weise, die verständlich macht, warum Grüne vor der SPD erschauern*''. Die Anleihen gehen bis in die Wortwahl: ,,**Frieden mit der Natur**'', ,,**Partnerschaft mit der Dritten Welt**'', ,,**Diktat des Weltmarktes**'', ,,**Dezentralisierung**'', ,,**Eigenarbeit**'' sind Begriffe, die auch dem in grüner Programmatik nur oberflächlich bewanderten Leser bekannt vorkommen. Gleichzeitig verlassen sie nicht den von der Formel ,,ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft'' vorgegebenen Rahmen.

Eine der übergreifenden Grundsatzfragen, zu denen die Partei Stellung nehmen soll, berührt ein neu entdecktes menschliches Grundbedürfnis: ,,*Ist es möglich, dem menschlichen Grundbedürfnis des Bewahrens auch im Programm einer progressiven Partei gerecht zu werden?*'' Aus der Sicht der ,,Ökosozialisten'' (kein Witz, sondern eine Klassifizierung des ,,Spiegel'') Eppler und Strasser ist das kein Problem, auch nicht für Oskar Lafontaine. Dessen sozialpolitischer Rückgriff auf ,,Arbeiterselbsthilfe'' und ,,christliche Tradition'' wurde schon zitiert. Godesberg - Kommissionsmitglied Strasser sagt das gleiche noch deutlicher: ,,**Ein ökologisch aufgeklärter Sozialismus hat Abschied zu nehmen von der Vision einer wohlfahrtsstaatlichen Betreuung aller Gesellschaftsmitglieder.**'' Stattdessen sollten die Bürger ihre Freizeit zu ,,schöpferischer Tätigkeit'' nutzen: ,,**Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe oder Selbsthilfe in Gruppen und karitative Projekte**'' (,,Spiegel'', 7.1.85).

Hier trifft sich die ökologisch modernisierte SPD-Linke nicht nur mit der Kritik der Grünen an der ,,*zentralisierten und bürokratischen Verwaltung der Menschen durch Sozialeinrichtungen*'' und ihren Forderungen nach ,,*Ausbau von Selbsthilfemöglichkeiten*'' (Sindelfinger Programm der Grünen). In der CDU/CSU hat eine so geartete ,,Anti-Staatlichkeit'' eine noch viel längere Tradition. Sozialpolitisch gebe es — so der abgesägte CDU-Ideologe Biedenkopf — zwischen seiner Partei und den Grünen Berührungspunkte im Eintreten für ,,*Selbsthilfeprojekte und Formen ehrenamtlichen Engagements*'' (,,FAZ'', 24.9.84). Sogar grundsätzliche Gemeinsamkeiten sieht der nach allen Seiten gesprächsbereite Professor: ,,*Die CDU ist in ihrer Grundstruktur auch eine konservative Partei im Sinne von ,konservieren', von ,erhalten', von ,beschützen'* '' (,,Spiegel'', 8.10.84).

Mit der Entdeckung des konservativen menschlichen Grundbedürfnisses gesellt sich die SPD zu den Bewahrern. Der Zeitgeist, der vor 15 Jahren den inflationären Gebrauch des Zauberwortes ,,Reform'' ratsam erscheinen ließ, ,,kennt keine Parteien mehr'', nur noch Konservative.

Woher der ,,FAZ''-Kommentator die These nimmt, in der sozialdemokratischen Programmdebatte würden sich ,,Relikte marxistischen Denkens wieder aus(breiten)'' (14.11.84), weiß der Himmel. Kritik am neuen Konservatismus der sozialdemokratischen Linken äußerte öffentlich bislang nur die jeglicher marxistischer Neigungen unverdächtige Kanalarbeiter-Fraktion in Gestalt ihres Programmatikers Rappe: ,,*So etwas ist mit den Gewerkschaften nicht zu machen. Es kann nicht jeder den Öko-Bauern Baldur spielen*'' (,,Spiegel'', 7.1.).

Krach in der Fraktion

Mitunter drängt sich der Eindruck auf, die inhaltlich blasse sozialdemokratische Opposition, im Wettstreit um politische Profilierung oft genug zweiter Sieger hinter den Grünen, inszeniere ihre koalitionspolitischen Zerwürfnisse von der Kommandozentrale in der Bonner Baracke aus, um überhaupt noch in die Schlagzeilen zu kommen. Wenn Vogel ,,Kooperation mit Grünen'' will, fordert Brandt ,,Besinnung auf die Arbeiterbewegung'' und ,,Schluß mit der Debatte über die Grünen''; Glotz ,,warnt vor rot-grüner Diskussion''. Dann wieder signalisiert Brandt ,,Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Union'', und ,,auch Vogel bietet der Regierung Kooperation an''. Das Parteipräsidium ,,bekräftigt den hessischen Weg''. Nach der hessischen Kommunalwahl ,,sieht Börner rot-grün''; auch Schröder ,,hofft weiter auf ein Bündnis mit den Grünen''. (Alle Zitate aus Artikelüberschriften der letzten Monate — von ,,taz'' über ,,Hamburger Abendblatt'' und ,,Frankfurter Rundschau'' bis hin zur ,,FAZ'').

Wie die SPD mit solchen ,,Zerreißproben'' fertig wird, veranschaulicht die jüngste Auflage des ,,Dauer-Disputs'' (,,FAZ'', 30.1.):

— Am 14.1. veröffentlicht Vogel seine 17 Seiten lange Halbzeitbilanz mit dem kaum anstößigen Satz: ,,*Mit den Grünen, wenn und wo sie sich entgegen den in letzter Zeit wieder gestiegenen Zweifeln als realitätsoffen, kompromiß-, abrede- und verantwortungsfähig zeigen, sonst gegen sie.*''

— Die regierungstreue Presse macht daraus die Schlagzeile ,,Vogel will Koalition mit den Grünen'' (,,Hamburger Abendblatt'', 15.1.).

— Die Kanalarbeiter machen mobil. Ex-Minister Haack schreibt einen Protestbrief an den ,,lieben Hans-Jochen'' und besteht auf Unvereinbarkeiten in drei zentralen Bereichen: ,,*Die Grünen wollten Wanderer zwischen West und Ost sein und leugneten die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Wertegemeinschaft der freiheitlichen westlichen Demokratien*''; sie wollten den ,,Ausstieg aus der Industriegesellschaft''; ,,*sie begegneten der parlamentarischen Grundordnung mit Vorbehalten und lehnten das staatliche Gewaltmonopol ab*'' (zitiert nach ,,FAZ'', 23.1.). Deshalb dürften ,,die Grünen für die SPD auf Bundesebene kein Partner sein''. Ähnlich äußert sich Annemarie Renger: ,,*Der Unterschied, der mit aller Trennschärfe betont werden muß, liegt eben darin, daß die Sozialdemokratie aus erlebter und langer Erfahrung diesen Staat, den sie aus ihren geschichtlich begründeten Überzeugungen mitgeschaffen hat, trägt, die grüne Bewegung aber nicht*'' (ebd.).

— Am 23. Januar findet eine fünfstündige Debatte in der Bundestagsfraktion statt mit Diskussionsbeiträgen von 27 Abgeordneten (beides für die technokratisch verwaltete Fraktion sehr ungewöhnlich). Ergebnis:

— Vogel sieht ,,*überhaupt keinen Anlaß zu Koalitionsüberlegungen mit den Grünen*'' (,,FAZ'', 24.1.);

— Haack wertet die Diskussion als ,,intensiv und sehr sachlich'': ,,*Es habe niemand vom linken Flügel der Fraktion für die früher vom SPD-Vorsitzenden Brandt angestrebte ,neue Mehrheit' diesseits der Union mit Hilfe der Grünen geworben*'' (ebd.);

— Renger: ,,*Im Ergebnis gibt es keine Meinungsverschiedenheiten*'' (,,FR'', 24.1.).

Womit man sich auf Brandts Anfang Januar für das Jahr 85 ausgegebenes Motto geeinigt hat: ,,**Die Grünen**

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sind überflüssig'' oder — in der etwas zurückhaltenderen Diktion des Geschäftsführers Glotz: Es gehe darum, die Grünen überflüssig zu machen und eine Politik zu betreiben, **,,die keinen Raum für die dauernde Etablierung einer Partei links oder halblinks von der SPD bietet''** (,,FAZ'', 24.1.).

Die ,,Grünen-Freunde'' Eppler und Schröder sehen ihrerseits keinen sozialdemokratischen Handlungszwang. Die Frage einer Zusammenarbeit sei *,,zuerst eine Frage an die Grünen und erst dann eine Frage an uns''* (Eppler laut ,,taz'', 18.3.); sie ist an Bedingungen geknüpft: Die ,,Realos'' müssen sich bei den Grünen durchsetzen, es müssen bindende Vereinbarungen für vier Jahre geschlossen werden, die Rotation muß vom Tisch (Schröder, ,,FR'', 16.3.).

Einheit in der Vielfalt

Bei der Einigkeit im Grundsätzlichen können regional durchaus unterschiedliche Akzente gesetzt werden. *,,Über die Machtfrage ist man sich, bei allen Unterschieden in den strategischen Ansätzen, allemal einig in der SPD. ,Mir geht es im Prinzip ja nur um ein Offenhalten', sagt folgerichtig der Kanaler-Gewaltige Rappe''* (,,FAZ'', 18.12.84). Offengehalten werden folgende Varianten:

— Fortsetzung ,,Rot-Grün'' in Hessen, eventuell mit direkter grüner Regierungsbeteiligung.

— SPD-Minderheitsregierung mit parteilosen, von den Grünen vorgeschlagenen Ministern — mit dem Hintergedanken, so Schröder in Niedersachsen, der im übrigen Lafontaines Schachzug mit dem scheinheiligen Koalitionsangebot an die Grünen ,,absolut perfekt'' findet, ,,daß die von den Grünen vorgeschlagenen Personen im öffentlichen Bild dann der SPD zugerechnet werden könnten'' (,,FAZ'', 30.1.). Schröder ist sogar so undogmatisch, daß er gleichzeitig Kontakte zur FDP pflegt, um vor allem den Grünen vorzuführen, *,,die Führungen von SPD und FDP könnten sich gar eine Neuauflage der vor neun Jahren zerbrochenen sozial-liberalen Koalition denken''* (,,FAZ'', 1.2.).

— Nicht abgeneigt ist man auch dem seinerzeit von Dregger formulierten Gedanken stillschweigender wechselseitiger Tolerierungsbündnisse mit der CDU. So war es für Westberlin geplant, so könnte es — andersherum — in NRW praktiziert werden, falls die Grünen sich als widerspenstig erweisen sollten.

Letzteres Modell könnte, falls die Regierungskoalition 1987 ihre Mehrheit verliert, auch auf Bundesebene angewandt werden. *,,Bei den Bundestagswahlen dann, so rechnen sich schon jetzt nicht nur die Konservativen in der SPD aus, könne das Modell andersherum* (als möglicherweise in NRW — Anm. AK) *funktionieren (...). Die SPD, deren Führer es in Wirklichkeit vor dem Gedanken rotgrüner Duldungswirren schaudert, überläßt der Union als der vermutlich weiterhin stärksten Fraktion die Bildung einer Minderheitsregierung. Eine große Koalition, die, so sieht es heute aus, ein Sprengsatz wäre für die SPD, wäre vermieden. Die Parteirechte könnte unterdessen den ihr seit langem lieben Hintergedanken pflegen, mit der Zeit komme es dann doch zu einer Koalition (...). Die Linken hingegen, auch starke Kräfte in der Parteiführung, könnten dem Gedanken weiter huldigen, die Früchte müßten erst noch recht reifen, bis zum wahren Sieg 1991, bei den Bundestagswahlen darauf''* (,,FAZ'', 18.12.84).

Oskar denkt, Willy lenkt

Oskar Lafontaines deutlicher Sieg bei den saarländischen Landtagswahlen bewirkte — wie könnte es anders sein? — allerhand Spekulationen über einen kräftigen Linksruck der Bundes-SPD, zumal am selben Tag Apel, *,,einer der letzten Getreuen von Schmidt''* (,,FAZ'', 12.3.), total unter die Räder gekommen war. Brandt sprach sogleich von Lafontaines nun auch im Parteivorstand gewachsenen Einfluß und von einer notwendigen Verjüngung der sozialdemokratischen Führungsriege durch Heranziehung seiner politischen ,,Enkel'' und ,,Enkelinnen''. Springers ,,Welt'' (12.3.) reagierte mit einer hübschen Sammlung besonders schändlicher linksradikaler Lafontaine-Aussprüche, um keinen Zweifel darüber zu lassen, was auf unsere Republik demnächst zukommt (*,,Politischer Streik ist ein legitimes Mittel gegen weltweite Aufrüstung''*, hat er z.B.mal gesagt).

Lafontaine selbst macht ganz auf Landespolitiker und kündigt zur sozialdemokratischen Strategiedebatte *,,in gewohnter Weise meine Diskussionsbeiträge''* an (,,Spiegel'', 18.3.). Vor der Landtagswahl in NRW ist er außerdem bestrebt, *,,Schulterschluß mit Rau''* (,,FR'', 13.3.) zu demonstrieren, der aller Voraussicht nach 1987 Kanzlerkandidat werden dürfte.

Daß die von Brandt geforderte Verjüngungskur allein die Attraktivität der Partei bei den kommenden Wahlen erhöhen soll und mit Linkswende rein gar nichts zu tun hat, wird deutlich, wenn man die immer wieder penetrant in den Vordergrund gespielte Personaldebatte beiseite läßt und die gerade in den letzten Wochen von der SPD-Führung einheitlich betriebene Annäherung an die CDU/CSU betrachtet. Ausgerechnet in der Endphase der Wahlkämpfe vor dem 10.3. kam das Signal zu mehr Gemeinsamkeit mit der Regierungskoalition. Und ausgerechnet die Aschermittwochsrede von Strauß wurde von Brandt und Glotz als *,,insgesamt recht maßvoll''* (,,FAZ'', 22.2.) gewertet und als Beweis dafür angeführt, daß auch die andere Seite zu Kooperation bereit sei. In der Tat eine ,,maßvolle'' Rede, in der Strauß eine Verschärfung des Demonstrationsrechts forderte und den ,,Linksliberalismus'' (was es alles gibt!), die *,,Ermunterungen führender Grüner zu Rechtsbrüchen''* und die Sozialdemokraten geißelte, weil sie die — eigentlich bedeutungslosen — Grünen *,,umschwärmen, umschmeicheln, umflattern''* würden (,,FAZ'', 21.2.).

Frankreich: Vierter Wahlsieg der Rechten

Über 2.000 Sitze sind anläßlich der französischen Kantonalwahlen (10. und 17. März) neu zu besetzen gewesen. Die Rechten haben hierbei ihren vierten Wahlsieg seit Mitterrands Regierungsantritt im Mai '81 davongetragen: 1982 bei den Kantonalwahlen, 1983 bei den Gemeindewahlen und 1984 bei den Europa-Parlamentswahlen. Bei weit weniger Enthaltungen als anläßlich der EP-Wahlen im letzten Juni, an denen sich nur jeder dritte Wähler beteiligte, ist die Linke nach wie vor eine Minderheit im Lande. Am ersten Wahltag erhielt die rechte Opposition, faschistischer Zweig inklusive, 57,79 % der Stimmen; beim zweiten Wahlgang 53,51 %. Die Linke (Linksradikale, Ökologen etc. hinzugerechnet) bekam am 10. März 41,04%, am 17. März 46,28% der Stimmen. Zehn Départements hat die Rechte hinzugewonnen, sodaß sie jetzt in insgesamt 69 über die Mehrheit verfügt, während die Linke in 26 Départements dominiert. Neu hinzugekommen sind für die Linke die zwei sogenannten Übersee-Départements Guyana und Guadelupe.

Im nationalen Durchschnitt erreichte die faschistische Front National (FN) 8,69 %; in 28 Départements liegen ihre Ergebnisse weit höher. Entgegen ihren Erwartungen brachte sie nur einen Kandidaten, in Marseille, durch. Wie mittlerweile traditionell verzeichnet die FN ihre besten Wahlergebnisse im Süden, das heißt in der Provence, im Languedoc-Roussillon, in der Rhône-Alpen-Region, an der Côte d'Azur, aber auch oben im Norden, im Pas-de-Calais (um Dünkirchen). In den drei südlichen Départements Var, Bouches-du-Rhône und Alpes-Maritimes erreichte die FN jeweils 20,40%, 19,46% und 17,32% der Stimmen. In manchen Kantonen stand die FN nach dem ersten Wahlgang an der Spitze der Rechtsopposition. In Marseille-Stadt bekam sie insgesamt 26% der Stimmen.

Bis kurz vor dem zweiten Wahltag hatte die FN ihrer rechten Konkurrenz damit gedroht, keinen einzigen Kandidaten zurückzunehmen. Kurzfristig änderte sie dennoch ihre Haltung, denn: *,,Die ungerechte Verfolgung, deren Opfer wir sind, darf uns nicht zu Rache und Repressalien verleiten''*. Die Hauptaufgabe, so FN-Chef Jean-Marie Le Pen, sei ohnehin, ,,Frankreich vom Marxismus'' zu befreien. Und: *,,Worauf es ankommt, ist die Anzahl der Fälle, in denen die parlamentarische Opposition das Bündnis akzeptiert, oder in denen sie es vorzieht, die Linke durchkommen zu lassen''* (Zitate: ,,Le Monde'', 15.3.).

Alles in allem sah PS-Generalsekretär Jospin die Dinge nicht so schwarz: *,,Mit 26 % der Stimmen sind wir die erste politische Kraft im Lande''* (,,LM'', 12.3.). Politik soll ja auch eine Kunst sein ... Auch Yves Montand meldete sich mal wieder zu Worte. In einem Interview mit der rechtslastigen Wochen-Illustrierten ,,Paris Match'' (die beispielsweise seinerzeit Hetzartikel über Henri Curiel, kurz vor seiner ungeklärten Ermordung, sowie über Jean-Pierre Vigier, kurz vor einem Anschlag der Gruppe ,,Ehre der Polizei'' auf ihn, publizierte) erklärt der Schauspieler, es wäre die ,,ideale Lösung'', wenn, nach den Parlamentswahlen 1986, Mitterrand *,,Präsident der Republik* (bleibe) *und die Männer der Opposition sich um die Wirtschaft kümmerten''*. Mitterrand will er behalten, denn F.M. sei *,,der einzige Staatschef in Europa,* (der) *zu den Sowjets ,nein' sagt''*. Drum solle er sich, so wär's jedenfalls ,,ideal'', nach 1986 nur noch um Außenpolitik kümmern (,,Paris-Match'', 14.3.).

Man kennt sich, man versteht sich

Nach dem ersten Wahlgang erklärte der Pariser Bürgermeister und RPR-Chef Chirac, FN zu wählen, hieße, Mitterrand zu unterstützen. In dieser Frage lehne er vor allem Belehrungen durch die PS ab. Schließlich habe sich die PS mit den Kommunisten verbündet, die *,,unvergleichbar gefährlicher als die französische extreme Rechte sind, was Menschen- und Völkerrechte betrifft''* (,,LM'', 13.3.). Auch Giscard (UDF) lehnt weitere Debatten um Le Pen und seine FN ab — das seien reine Fallen, diese ständigen Diskussionen, die man der Rechten aufzwänge (,,LM'', 20.3.). Der Pariser Bischof, Kardinal Lustiger, liebt nicht jeden Bruder. Marxismus sei ganz klar mit Christentum ,,unvereinbar'', während die Ideologie der FN ein ,,Konglomerat verschiedener Ideen'' sei, ,,wovon manche im Widerspruch zum Evangelium stehen'' (,,LM'', 26.3.). Na immerhin manche ...

Die Banalisierung zieht weite Kreise. In einem Leitkommentar heißt es in ,,Le Monde'' unter der Überschrift ,,Le Pen vergessen'': *,,...Man ist weit von einem Triumphmarsch entfernt. Dennoch hat Le Pen sämtliche Schlagzeilen für sich. Man hat zuviel von ihm gesprochen ... Sogar die Bekanntmachung seiner Aktivitäten während des Algerien-Krieges hat ihm letztendlich genutzt und ihm, in den Augen einiger Verirrter, noch mehr Glanz verliehen ... Vergessen wir Le Pen ... Lassen wir ihn seine Kraft auf seiner Tour durch kleine Manegen verschwenden, ohne mitschuldige Gefälligkeit aber auch ohne übertriebene Schreierei''* (20.3.).

Nach dieser Devise handeln die rechten Parteien schon lange. De Gaulle, seine Bürgerwehren (,,SAC''), die faschistische Parallelarmee ,,OAS'' (zur Zeit des Algerien-Krieges), die Gründung der entsprechenden Gewerkschaft ,,CFT'' (die beispielsweise letztes Jahr im Automobilbau-Betrieb Talbot mit Fleischerhaken auf ausländische Arbeiter losging), sollen an dieser Stelle nicht zum x. Mal behandelt werden. Auch nicht Giscards Vorliebe, in seinem Ordnerdienst Neo-Mazis oder OAS-Sympathisanten zu beschäftigen, wenn er sie nicht als Abgeordnete kandidieren läßt oder als Minister nimmt (wie z.B. den ehemaligen Finanz- und Innenminister Poniatowski). Auch Chiracs Sympathien für den gleichen Personenkreis brauchen nicht schon wieder groß ausgeführt werden. Erinnert werden soll nur daran, daß zum Beispiel der ehemalige Führer der Neonazi-Gruppe ,,Ordre Nouveau'' (73 aufgelöst), Alain Robert, Mitglied des ZKs und Abgeordneter der RPR ist, während der ,,Kommandant'' des Ordnerdienstes von Chirac, der OAS-Aktivist Dupont, ansonsten auch als Verbindungsmann zur faschistischen Untergrund-Organisation ,,Kommando Delta'' agiert (die im Laufe der Jahre die Verantwortung für zahlreiche Anschläge übernahm).

Ein Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre reicht für Klarheit über die Beziehung der Rechten untereinander aus. Anläßlich der Kommunalwahlen in Dreux 1983 bewirkte ein Wahlabkommen zwischen RPR und FN viel Aufsehen. Im zweiten Wahlgang hatte die RPR den FN-Kandidaten auf ihrer Liste kandidieren lassen. Ohnehin war 1983 das Jahr des Durchbruchs für die FN. War Le Pen bis zur Regierungsübernahme durch das Linksbündnis PS/KPF nie aus der Position einer Ein-Prozent-Partei herausgekommen, erreicht die FN im Herbst 83 anläßlich kommunaler Nachwahlen mehrfach spektakuläre Erfolge von über 10 %. Die Parteizentralen der etablierten Rechten gaben dem Wahlbündnis in Dreux ausdrücklich ihren Segen. ,,Le Pen ist doch ein guter Franzose, jedenfalls ein Besserer als die Moskowiter in der Regierung'', so der Tenor. Laut Umfragen des vergangenen Jahres befürworten von 100 Sympathisanten der UDF 35 und von 100 RPR-Sympathisanten 56 eine Aktionseinheit mit der FN (Sondernummer von ,,Le Monde'', Mai 1984). Bei den Europa-Parlamentswahlen kandidierten im übrigen auf der FN-Liste das ehemalige Gründungsmitglied der PR (Giscard), Le Chevallier, sowie das ehemalige UDF-Mitglied D'Ormesson. Freunde hat der frühere Fallschirmjäger Le Pen nicht allein bei der sogenannten etablierten Rechten. 1974 kandidierte für die FN ('72 gegründet) der Chef der im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Synagoge in der Rue Copernic bekannter gewordenen Nazi-Gruppe ,,FANE'', Mark Frederiksen ...

Auch jetzt, anläßlich der Kantonalwahlen, gab es wieder Verhandlungen und Bündnisse zwischen UDF-RPR und FN (in den Bouches-du-Rhône, im Département Hérault und in der Region von Belfort). In Belfort unterstrich eine gemeinsame Erklärung von UDF-RPR die Notwendigkeit der Anerkennung der FN als ,,eigenständige Oppositionsströmung'', während der UDF-Fraktionsvorsitzende in der Nationalversammlung, Gaudin, betonte: *,,Herr Jean-Marie Le Pen ist nicht mein Gegner Nummer eins, mein Gegner, das ist die Linke''* (,,LM'', 14.3.).

SOS! Rassismus!

In der Nacht vom 20. auf den 21. März wurde in der südfranzösischen Stadt Menton ein 28jähriger junger Marokkaner erschossen sowie sein aus Martinique stammender Freund schwer verletzt. Die Schützen erklärten die Tat damit: *,,Wir mögen keine Araber''* (,,LM'', 26.3.). Am 22. März explodierte eine Bombe in einem Pariser Kino; der Anschlag galt dem dort stattfindenden ,,Internationalen Festival des jüdischen Films''. 18 der 50 anwesenden Menschen wurden verletzt. Verschiedene faschistische Organisationen haben sich bislang die Verantwortung hierfür untereinander streitig gemacht (von einer Gruppe Pfeiffer, nach dem SS-Offizier Pfeiffer genannt, der 1978 in Frankreich sein Leben gewaltsam beenden mußte, bis zu einer ,,Weltunion der Nationalsozialisten''; dazu hat sich jetzt eine ,islamische Geheimorganisation ,,Heiliger Krieg'' angeblich gesellt). Die Bewegung ,,SOS-Racisme'', die jetzt auch ein wöchentliches Bulletin veröffentlicht, rief zu einem nationalen Aktionstag am 26.3. auf. In Paris demonstrierten am 23.3. mehrere Tausende gegen Rassismus.

Frankreich-Kommission



Offener Brief
an Francois Léontard Generalsekretär der Republikanischen Partei

,,Am 14. Februar 1985 haben Sie während einer Fernsehdebatte erklärt: 'Wir sind ein Land, wo, in gewissen Regionen, es heute muselmanische Minderheiten gibt, was ein Problem schafft, weil sie einen Glauben haben, der sie zu Praktiken und Verhaltensweisen führt, die oft nicht die Menschen- und die Frauenrechte respektieren'.

Keine einzige Religion hat das Monopol der Verteidigung der Menschen- oder Frauenrechte. Keine einzige religiöse Zugehörigkeit schützt vor Angriffen auf diese Rechte. Leider! Der Islam ist die am zweitmeisten praktizierte Religion in Frankreich. Mehr als anderthalb Millionen französischer Bürger berufen sich auf ihn. Es ist inakzeptabel, daß eine Religion zu ausländerfeindlichen oder Wahlzwecken diffamiert wird.

Wir Unterzeichnenden, Atheisten oder Gläubige aller möglichen Konfessionen, fordern Sie öffentlich dazu auf, klar zu machen, ob ihre Rede, die in der aktuellen politischen Debatte schlimme Folgen haben kann, vielleicht ihre Gedanken überholt hat''.

(,,Le Monde'', 15.3.85)

»Und wenn ihre Tochter einen Araber heiraten würde?«

15 Politiker wurden von,,SOS-Racisme'' befragt. Eine Frage hieß: ,,Ist die FN eine rassistische Partei?'' Le Pen lehnte übrigens eine Beantwortung der Fragen ebenso ab wie Raymond Barre. Nett sind besonders die Antworten von Jean Lecanuet (CDS/UDF) und Claude Labbé (RPR). *,,Frage: Wenn morgen eines Ihrer Kinder Ihnen seine Absicht kundtun würde, einen Schwarzen, einen Juden oder einen Araber zu heiraten, wie würden Sie reagieren?*

Lecanuet: Mit einem Schwarzen wäre es meiner Meinung nach keine dauerhafte Ehe, denn in den Ehen dieser Sorte, die ich kennengelernt habe, endete es immer, früher oder später, mit einem Scheitern. Ich würde mich also nicht freuen. Ich hätte Angst, daß es sich um eine schmerzliche Episode handeln würde mit den bekannten Folgen (...). Bei einem Juden ist das anders, denn ich habe während des Kriegs eine jüdische Frau geheiratet. Mit einem Araber wünschte ich mir das auch nicht, denn auch in diesem Fall würden notgedrungenerweise Antagonismen zutage kommen.

Frage: Ist Ihrer Ansicht nach die Front National eine rassistische Partei?

Labbé: Die Front National entwickelt Themen, denen ich zugeneigt bin, die eine gewisse Zahl nationaler Werte betreffen. Aber gleichzeitig entwickeln auch einige ihrer Vertreter leider einen primitiven Rassismus, der umso verurteilenswerter ist, als er zur politischen Demagogie gehört und die unterprivilegierten Schichten beeinflussen kann.

Lecanuet: Mit einem kategorischen Urteil zögere ich ... denn sie (die FN) schreibt und formuliert keine rassistischen Dogmen so, wie sie aus dem 19. und dem 20. Jahrhundert, aus dem Hitlerismus geerbt wurden. Doch weist ihre Art, sämtliche Arbeitsmarktschwierigkeiten oder die Unruhen, die weniger Sicherheit bedeuten, auf die Ausländer in Frankreich zurückzuführen, in der Tat Anflüge von Rassismus auf.''

(Aus: ,,SOS-Racisme. Touche pas à mon pote'' Nr. 1., 14.3.85).

CDU-Parteitag im Zeichen der Frau
Ist Geißler ein Feminist?

Welch ein Aufruhr! Geißlers Coup, die neuen „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" und der „Frauen"-Parteitag der CDU scheinen das Weltbild vieler aus den Fugen zu bringen. Kritik von rechts, Zustimmung von links für eine christdemokratische Familienpolitik?!

Geißler, der „gewandelte Mann", wie er von sich selbst gern sagt, hat schon häufiger für Überraschung und Verunsicherung bei denen gesorgt, die — je nachdem — nach der Wende ein schnelles Rollback konservativer Familienideologie befürchtet bzw. erhofft hatten. So wählte er letztes Jahr mit Bedacht den 8. März, um der Presse seine familienpolitischen Vorstellungen zu präsentieren. Mehrere Male nahm er an frauenpolitischen Veranstaltungen teil, auf denen er sich auch Feministinnen zur Diskussion stellte. Aus einer Fernsehdiskussion mit Alice Schwarzer (am 19.3. im WDR III) ging er fast als — zumindest rhetorischer — Sieger heraus. Geißler — ein Feminist?

Absolutes Glanzstück von Geißlers Wandlung scheinen jetzt die Leitsätze zu sein. „*Wir müssen Abschied nehmen von einer Gesellschaft, in der die Männer dominieren.*" Welches Frauenherz schlägt da nicht höher! Die CDU werde mit den in den Leitsätzen enthaltenden Programmpunkten „*die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag bis zum Ende dieses Jahrhunderts im wesentlichen ... erreichen.*"

Mit markigen Sätzen prangert Geißler die Diskriminierung von Frauen im öffentlichen Leben an, beschuldigt, ja beschimpft fast die Männer wegen ihres Paschatums und fordert, daß Haushalt und Kindererziehung endlich zwischen Mann und Frau geteilt werden müsse. „*Es ist der Ausdruck eines überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgaben des Mannes auf die der Erwerbstätigkeit beschränken zu wollen.*" Wichtigste Forderung der Leitsätze: ein 10-monatiges Erziehungsgeld für Mutter oder Vater verbunden mit einer Arbeitsplatzgarantie.

Mit Spannung wurde der CDU-Parteitag, der vom 20. bis 22. März in Essen stattfand, erwartet. Würden die Leitsätze („*das fortschrittlichste Frauenprogramm aller deutschen Parteien, Grüne inbegriffen*" — „Spiegel", 13/85) von der gesamten Partei abgesegnet werden? Sollte sich hier neben dem „gewandelten Geißler" auch eine

13/85) von der gesamten Partei abgesegnet werden? Sollte sich hier neben dem „gewandelten Geißler" auch eine

gewandelte CDU präsentieren? Mann befürchtete Schlimmstes: hatte die CDU doch für den Frauentag des Parteitages 500 Gäste („mit vollem Rederecht") eingeladen, von „Aufstand der Emanzen" war die Rede. Auf der anderen Seite waren inzwischen etliche aus den eigenen Reihen dem Feministen Geißler in den Rücken gefallen:

Stein des Anstoßes Nr. 1 war die Arbeitsplatzgarantie beim Erziehungsgeld. Mittelstandsvereinigung und Wirtschaftsrat wollen da nicht mitziehen, die Arbeitsplatzgarantie könne höchstens auf freiwilliger Basis gegeben werden. In der FAZ wird die Forderung nach Erziehungsgeld mit Arbeitsplatzgarantie gar als „Geißlers Sündenfall" kommentiert. Aber auch das „Menschenbild", das dem Leitantrag zugrundeläge, wurde heftigst kritisiert. Neben der Jungen Union beantragten vor allem die Sozialausschüsse — zum Teil mit Erfolg —, die „*besondere Verantwortung der Frau als Mutter für das Leben der Kinder*" aufzunehmen und sich „*gegen die Austauschbarkeit von Vater und Mutter in ‚Rollen'* " auszusprechen. Insgesamt 400 Änderungsanträge soll es zu den Leitsätzen gegeben haben, „CDU vor Streit über Frauen" kündigt die Presse den Parteitag an.

Aber ach: der Streit blieb aus, „*Frauen hetzten nicht gegen Frauen, und auch die Männerwelt blieb relativ ungeschoren*", berichtet die CDU-nahe „Westfälische Nachrichten" sichtlich beruhigt. Die Diskussion in den Frauenforen, in denen die geladenen Gäste ihre Meinung zu den Leitsätzen zur Diskussion äußern konnten, soll, so hört man, ruhig, teilweise sogar langweilig verlaufen sein.

Die Leitsätze wurden an einigen Stellen tatsächlich geändert, gestrichen wurde aber nichts, und trotzdem: mit einer Stimme Enthaltung wurden sie zum neuen Frauenprogramm der CDU.

Die Leitsätze ...

„*Norbert Blüms Thesen zur ‚Neuen Mütterlichkeit' scheinen in den eigenen Reihen in Vergessenheit geraten zu sein*", bewertet die taz (25.2.) die neue Qualität der Leitsätze.

So scheinen es auch die CDU-Frauen zu empfinden: protestierten sie noch 1981 heftigst gegen die Diktion der „Sanften Macht der Familie", preisen sie die jetzigen Leitsätze als „Meilenstein wie das Frauenwahlrecht". Schon deshalb lohnt es sich, die neuen Leitsätze mit Blüms altem



Frauenrolle auf dem Essener Parteitag der CDU

Frauenrolle auf dem Essener Parteitag der CDU

Familienpapier zu vergleichen. Tatsächlich sind **für die CDU-Frauen** wesentliche Änderungen erreicht worden: die Ideologisierung der Rolle der Frau als Mutter und Hausfrau ist einer realistischeren Darstellung der Doppelrolle von Frauen gewichen. Die Erwerbstätigkeit der Frau wird als Faktum anerkannt und nicht (nur) als Übel beklagt. Gute Gründe hat die CDU: „*Wir haben festgestellt, daß sich das traditionelle Rollenmuster der Frau als (Nur)Hausfrau und Mutter offensichtlich nur bei einer — vorwiegend älteren — Minderheit der Frauen erhalten hat,*" ist das Ergebnis einer vom Familienministerium bestellten Studie über „Junge Frauen zwischen 15 und 30".

Biologistische Passagen, wie sie noch in Blüms Papier enthalten waren („*Sie (die Mutter, Anm.) ist ... in besonderer Weise dem Leben und seiner Entfaltung verbunden.*") fehlen völlig. Neue Bereiche sind aufgegriffen worden, die sonst in familienpolitischen Aussagen der CDU fehlen: So die Situation von Frauen in Hochschulen und Wissenschaft, die Benachteiligung ausländischer Mädchen und Frauen, und: die Frauenbewegung findet Erwähnung: „*In den letzten Jahrzehnten sind erhebliche Fortschritte zur Durchsetzung der Gleichbrechtigung von Mann und Frau gemacht worden. Die Frauenbewegung hat daran einen entscheidenden Anteil.*" Wie die Gegenüberstellung von Aussagen aus Geißler- und Blüm-Papier im nebenstehenden Kasten jedoch zeigt, gibt es keinerlei Anlaß, die Leitsätze als „*feministischen Teilsieg*" (Alice Schwarzer) zu feiern: in **wesentlichen** Aussagen hält das neue Frauenprogramm nach wie vor unerbittlich am Bild der heilen Familie als einziger Lebensform fest, nicht mal eine Tolerierung der „Ehe auf Probe", wie vom RCDS gefordert, fand Eingang in die Leitsätze, obwohl die Lebensrealität der meisten Menschen alles andere als Familienidylle bedeutet (zwei von drei Ehen werden geschieden).

Arbeit im Erwerbsleben und Arbeit in der Familie sollen gleichwertig sein. Auch darin hat sich die CDU nicht geändert. Um die Hausfrauen endlich richtig anerkennen zu können, sollen vom Statistischen Bundesamt „Kriterien für die Bewertung der Tätigkeiten in Haushalt und Familie" entwickelt werden. Ein Ausbau von staatlichen Einrichtungen für Kinderbetreuung/-erziehung und andere Dienstleistungen ist an keiner Stelle erwähnt.

Ehrenämter sind für Frauen immer noch gefragt. Genau wie bei Blüm sind



CDU-Parteitag 1979 in Kiel

in den neuen Leitsätzen Stichworte wie Selbsthilfe, Eigeninitiative, Nachbarschaftshilfe zu finden, wenn es um unbezahltes Arbeiten von Frauen geht. Nuancierte Unterschiede zwischen damals und heute finden sich am Punkt Wahlfreiheit. „*Es ist die freie Entscheidung von Ehepartnern, wie sie Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kindererziehung unter sich aufteilen, ohne daß von außen bestimmte Aufgaben dem Mann oder der Frau zugeordnet werden*", heißt es in den neuen Leitsätzen, während Blüm auch heute noch gerne die „natürlichen Grenzen" der Wahlfreiheit betont sehen möchte. Nichtsdestotrotz können sich die beiden vermeintlichen Kontrahenten einmütig dem Parteitag präsentieren, weiß doch Blüm, daß solch schöne Sätze vielleicht einige selbstbewußtere Frauen besänftigen, der Partei aber solange nichts kosten, wie ihnen keine Taten folgen. Und von Taten ist in den Leitsätzen wenig die Rede.

Interessant werden die Leitsätze noch an Stellen, die für ein CDU-Papier ungewohnt anmuten, vom „Spiegel" gar als „*feministischen Programmpunkten der letzten 10 Jahre nachempfunden*" tituliert werden. Z.B. zu Frauenhäusern: „*Es ist engagierten Frauen und Frauenverbänden zu verdanken, daß das Problem der Gewalt gegen Frauen öffentlich diskutiert wird und daß zahlreiche Frauenhäuser und Aufnahmeheime für Frauen existieren.*" Bezahlt werden sollten die autonomen Frauenhäuser trotzdem nicht.

Oder das Thema Frauenstudien: Frauenforschung an Hochschulen und außerhalb dieser solle zu einem „anerkannten Forschungsschwerpunkt" werden. Aber, bitte, alles unter der Ägide des CDU-geführten Instituts „Frau und Gesellschaft" in Hannover!

Erziehungsgeld und Arbeitsplatzgarantie

Daß das Erziehungsgeld keine neue und auch keine typisch Geißlersche Erfindung ist, mußten die CDU-Frauen mehrfach betonen. Auch die Möglichkeit, das Erziehungsgeld dem Vater zu gewähren, steht seit 1978 im Programm der CDU-Frauenvereinigung. Aufgeschreckt hat die Forderung nach Erziehungsgeld die Öffentlichkeit jetzt durch die geschickte Kampagne von Geißler und das Versprechen der Arbeitsplatzgarantie. Am unglücklichsten über die Erziehungsgeldforderung ist die Wirtschaft. Logisch, denn sie würde es am meisten kosten: Selbst wenn, wovon offensichtlich ausgegangen werden kann, 50% der Frauen, die Erziehungsgeld beziehen könnten, nach dem Jahr nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren würden, dadurch also eine Entlastung des Arbeitsmarktes erreicht würde, muß erstmal eine Arbeitsplatzgarantie gegeben und der Arbeitsplatz freigehalten werden. Außerdem sorgen sich die Kapitalisten auch um die Gelder, die der Staat doch besser für anderes ausgeben könnte: So beklagt der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, „*die CDU lasse (mit ihrer Familienpolitik, Anm.) gegenüber anderen, ebenso hochrangigen Zielen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die Einordnung in eine ‚Prioritätenskala' vermissen*" (WAZ, 25.3.). Zuerst ans Wachstum denken, fordert die FAZ (15.3.), „*dann erst darf geträumt werden*". Geißler begründet seine Forderung nach Erziehungsgeld mit der neuen Realität vieler Frauen, die die Erwerbstätigkeit nicht aufgeben und auf die Familie nicht verzichten wollen.

Das Neue am Erziehungsgeld gegenüber dem Mutterschaftsurlaub (der durch ersteres abgelöst werden soll) ist nicht die Arbeitsplatzgarantie, sondern

durch ersteres abgelöst werden soll) ist nicht die Arbeitsplatzgarantie, sondern

die Tatsache, daß auch Männer es in Anspruch nehmen können und daß es 6 Monate länger gewährt werden soll. Da mensch die erste „Verbesserung" vergessen kann (mit 600 DM läßt sich kein Mann an den Herd locken) bleibt als reale Veränderung: Ein Jahr zu Hause für monatliche 600 DM gegenüber einem halben Jahr für 750 DM, bevor das Mutterschaftsurlaubsgeld von CDU/CSU/FDP gekürzt wurde. Es ist nicht zu übersehen, daß — bei aller Wahlfreiheit — die Kindererziehung, mit einem Bonbon versehen, den Frauen wieder allein aufgehalst wird. „*Jedes Kind hat ein Recht auf persönliche Zuwendung , Begleitung und Liebe seiner Eltern. Diese Zuwendung kann ihm* **nur** (Betonung d. Verf.) *gegeben werden, wenn Mutter und Vater sich ihrem Kind vor allem in den ersten Lebensjahren intensiv widmen.*" Wie gut, daß es da bei den meisten Frauen nicht bei einem Jahr zu Hause bleiben wird.

Und Geißler rechnet seinen Parteifreunden aus der Wirtschaft auch vor, daß er letztendlich mit der Erziehungsgeld-Investition billiger fährt: „*Es ist nicht nur humaner, sondern auch ökonomischer, einer Mutter oder einem Vater die Möglichkeit zu geben, das eigene Kind selbst zu erziehen. ... es geht nicht an, aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen beide zur Berufstätigkeit zu zwingen und dann das eigene Kind von Sozialmüttern — möglicherweise mit Universitätsabschluß — in gesellschaftlichen Einrichtungen unter hohen Personalkosten erziehen zu lassen und dann hinterher die schweren seelischen Schäden, die sogenannten Deprivationsschäden, ... mit noch höheren Kosten — meist vergeblich — in anderen gesellschaftlichen Einrichtungen — Kinderheimen, Sonderschulen bis hin zu den Jugendgefängnissen — wieder reparieren zu müssen. Das ist nicht nur unmenschlich gegenüber der Familie, sondern auch ökonomisch ein Unsinn ersten Ranges.*" (aus Geißlers Rede vom 21.3.).

Nach dem Parteitag, der ja selbst die Arbeitsplatz- in eine Beschäftigungsgarantie abgeschwächt hat, machte die FDP unmißverständlich klar, daß mit ihr keine Arbeitsplatzgarantie, in welcher Form auch immer, durchzusetzen ist. Aber auch innerhalb der CDU ist nicht mal das Erziehungsgeld ab 1.1.86, wie es vor der Presse immer wieder angekündigt wird, sicher. Stoltenberg ließ in Hinblick auf die Essener Beschlüsse durchblicken, „*daß in dieser Legislaturperiode keine Mehrausgaben mehr zu verkraften seien*" (FAZ, 23.3.). Und Kohl erwähnte in seiner Parteitagsrede das Erziehungsgeld nur nebenbei, die Arbeitsplatzgarantie überhaupt nicht.

Geißler wird von diesen Widerständen gewußt haben. Mensch darf gespannt sein, was aus dem familienpolitischen „Meilenstein" Erziehungsgeld noch wird.

Reaktionen aus der Opposition

Die SPD-Frauen tun sich äußerst schwer, eine eigene Position zu diesem Frauenfeldzug der CDU zu finden. Mal verweisen sie darauf, die Leitsätze seien eh „von SPD-Frauen vorgedacht und vorkonzipiert" worden, ein anderes Mal treten sie die Flucht nach vorn an und fordern — recht halbherzig — die 25- bzw. 30-Stunden-Woche, nur so könne wirkliche Gleichberechtigung in Haushalt und Familie erreicht werden. Das einzige Argument, das sie konsequent gegen die Leitsätze anführen, ist die „geradezu peinliche" Kluft zwischen Leitsätzen einerseits und Regierungspolitik andererseits. Im wesentlichen überwiegt die schon fast beleidigte Betonung, ihre Partei habe be-

gierungspolitik andererseits. Im wesentlichen überwiegt die schon fast beleidigte Betonung, ihre Partei habe be-

reits 1975 all das beschlossen, was jetzt in den Leitsätzen stünde. Peinlich ...

Die einzig interessante Abgrenzung zum Erziehungsgeld, nämlich die Forderung nach einem Elternurlaub mit 75%-iger Lohnfortzahlung und Arbeitsplatzgarantie, der entfällt, wenn ein Elternteil ihn nicht in Anspruch nimmt, im übrigen ein AsF- und keine SPD-Forderung, wird nur am Rande eingebracht.

GRÜNE/Frauenbewegung

Recht klar und deutlich äußert sich Waltraud Schoppe (Bundestagsfraktion der GRÜNEN) zu den Leitsätzen: „Geißlers frauenpolitisches Windei" (Kommune 3/85). Unter Verweis auf die fehlenden frauenpolitischen Handlungen der CDU verweigert sie den Leitsätzen das Attribut feministisch.

Das ist nicht selbstverständlich: Die krasseste Position vertreten in diesem Spektrum Gisela Erler und Monika Jäckel, Altfeministinnen und erstere außerdem inzwischen bei den Ökolibertären. Sie beurteilen das Erziehungsgeld, „*diesen Einstieg in eine differenziertere Familienpolitik positiv, da er der komplexen Identität von Frauen zwischen Beruf und Familie eher Rechnung trägt*" (Kommune 3/85), und kritisieren die Frauen, die gegen das Erziehungsgeld einen auf jeden Fall zu teilenden Elternurlaub stellen. „*Solange wir weiterhin Wunschmodelle der Spezies Mensch oder Frau gegen deren reale Interessen oder Bedürfnisse stellen, werden wir weiterhin zusehen müssen, wie solche politischen Kräfte Themenklau begehen, auf deren Konto wir dieses Plus lieber nicht sähen.*"

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Mit „ungläubigem Staunen", schreibt Claudia Pinl in der taz (9.3.), verfolgen „*Frauen jedweder politischen Couleur die familienpolitischen Eskapaden des neuen Obefeministen der Nation, Heiner Geißler*". Das stimmt auch für große Teile der Frauenbewegung. Unter den 500 geladenen Parteitagsgästen waren auch, wenige zwar, Feministinnen, Grüne und andere Fortschrittliche. Abgelehnt hat die Einladung allerdings nur die Zentrale Informationsstelle für autonome Frauenhäuser. Die anderen „Gästinnen" (so Geißlers Anrede) aus Grüner Partei und Frauenbewegung kamen offensichtlich nicht auf die Idee, ihre Anwesenheit in den heiligen (Gruga-)Hallen für einen deutlichen Protest gegen die Leitsätze zu nutzen. Das mußten Frauen von draußen besorgen: ein Essener Frauenbündnis erschien mit Parolen und Transparenten.

CDU-Frauen — die Bündnispartnerinnen der Frauenbewegung?

Es war schon immer ein besonderes Steckenpferd von Alice Schwarzer, überparteiliche und interfraktionelle Fraueninteressen zu entdecken und dick herauszustreichen. Unter der Überschrift „Wird die CDU feministisch?" erschien in zwei Ausgaben der EMMA vor dem Parteitag eine ausführliche CDU-Damenkür, in der wenig zu den Inhalten von Leitsätzen und CDU-Politik, viel aber zu den Möglichkeiten, eine zweite Ministerin durchzusetzen, gesagt wurde.

Grüne Frauen hatten ebenfalls im wesentlichen die Stellung der Frauen innerhalb der CDU im Auge, als sie diesen in einem offenen Brief („Liebe Kolleginnen von der CDU") viel Erfolg und fruchtbare, die Position der Frauen in der CDU stärkende Ergebnisse" wünschen.

Auf einer Pressekonferenz, zu der Gaby Potthast als Grüne anläßlich des CDU-Parteitages Frauen aus unterschiedlichen Strömungen der Frauenbewegung eingeladen hatte, ging es ihr u.a. um die Frage: Können wir mit den CDU-Frauen zusammenarbeiten, um das Positive an den Leitsätzen durchzusetzen?

Was hat der Parteitag nun gebracht?

Erschreckend ist, daß es der Frauenbewegung (auch wenn nur noch wenig davon da ist) so wenig gelungen ist, ihren entschiedenen Protest gegen diese Leitsätze und gegen diese Partei zum Ausdruck zu bringen. So wird fast nirgends angemerkt, daß zu ganz wesentlichen Bereichen von Frauenleben und essentiellen Punkten der Frauenbewegung, nämlich Abtreibung, Sexualität und Verhütung nicht ein Wort geschrieben wird in den Leitsätzen. Und zwar wohlbedacht:

Geißler will, das gibt es selbst zu, mit den Leitsätzen neue Frauen für die CDU gewinnen, jüngere Frauen, die mit dem traditionellen „Heimchen am Herd" nichts mehr gemein haben. Frauen sollen erwerbstätig sein dürfen — das will auch die Wirtschaft so — und ihre Klagen über die Doppelbelastung sind nicht mehr zu überhören. Aber damit soll's auch gut sein. Wesentliche Bestandteile christdemokratischer Familienideologie werden in keinster Weise angekratzt. Dazu gehört auch und vor allem, daß sich an den reaktionären CDU-Standpunkten zu Abtreibung, Verhütung und Sexualität nichts ändert.

Und noch etwas: Nicht nur Leben und Bewußtsein von Frauen haben sich verändert; die Wirtschaft verlangt eine andere Beschäftigungsstruktur, die Frauen unbedingt einbezieht, aber: flexibel müssen sie sein. Da kommt das Erziehungsgeld im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz, das u.a. befristete Beschäftigungsverträge ganz wesentlich erleichtert, da kommt das Gerede von flexibleren Arbeitszeiten, die „*die Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Familie vermindern*" können, gerade recht. „*Bestimmte berufliche Tätigkeiten*", heißt es noch in den Leitsätzen, sind dank der neuen Technologien „*zunehmend auch zu Hause ... möglich*".

„*Die verabschiedeten Leitsätze*", urteilt die Westfälische Nachrichten am Ende des Parteitages, „*verbinden Grundsatztreue und Beweglichkeit einer großen Volkspartei*". (23.3.) Ja, die CDU hat ihren Parteitag gut über die Bühne gebracht. Die Frauenbewegung sollte sich schleunigst überlegen, wie sie der Zufriedenheit der CDU ein Ende bereiten kann.

Li.

„Leitsätze für eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau" Heiner Geißler, 1985	„Die sanfte Macht der Familie" Norbert Blüm, 1981
„Leitsätze für eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau" Heiner Geißler, 1985	„Die sanfte Macht der Familie" Norbert Blüm, 1981
„Die Pflege (von Kranken/Alten, Anm.) in der häuslichen Umgebung ist in der Regel menschlicher und sinnvoller, weil der Pflegebedürftige weiter in der gewohnten Umgebung leben kann."	„Der alte Mensch ... wird verdrängt in die Einsamkeit des Krankenhauses, der „altengerechte" Wohnghettos. ... Solidarität der Generationen macht einen Teil der staatlichen Hilfen überflüssig."
„Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Arbeit ist nicht nur Arbeit, und Leistung ist nicht nur Leistung, wenn sie im Rahmen der Erwerbsarbeit erbracht werden. Arbeit gibt es nicht nur im Erwerbsleben, sondern auch in der Familie, im sozialen Dienst und im öffentlichen Leben."	„Eigenarbeit, Hausarbeit, private, soziale Arbeit innerhalb und außerhalb der Familien sind keine Nebentätigkeiten."
„Das Grundgesetz verpflichtet den Staat zum besonderen Schutz von Ehe und Familie. Die Ehe ist auf Dauer angelegt und gibt den Ehepartnern und ihren Kindern Halt, Geborgenheit und verläßliche Lebensbedingungen. ... Nichteheliche Lebensgemeinschaften können die Institution der Ehe nicht ersetzen."	„Die Familie ist auf dauerhafte Paarbindung angewiesen. Ihre Regelform ist die Ehe, die auf Kinder angelegt ist. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat zum besonderen Schutz der Ehe und Familie. Nichteheliche Lebensgemeinschaften können die Institution der Ehe nicht ersetzen."
„Die CDU tritt für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben ein, aber sie kämpft ebenso für die Gleichberechtigung zwischen der nichterwerbstätigen und der erwerbstätigen Frau und Mutter."	„Wir kämpfen für die Gleichberechtigung von Frau und Mann im Erwerbsleben. ... setzen wir uns auch ein für die Gleichberechtigung der nichterwerbstätigen Frau und Mutter mit der erwerbstätigen."
„Das Kind braucht die Zuwendung der Eltern. Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar."	„Vater und Mutter bringen je Eigenes in die Familie ein. Sie sind nicht beliebig auswechselbar."

Dokument



Die Haftbedingungen von Volker Staub

Im folgenden dokumentieren wir einen Brief von Volker Staub, den er am 18.2.85 zu seinen Haftbedingungen in München-Stadelheim geschrieben hat. Der Brief wurde uns von den Anwälten zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

(...) jetzt aber zu stadelheim: die verschubung hierher lief am 17.12.84, also während dem streik an meinem 10. Tag, und zwar ziemlich überraschend, auch für die knäste, kam die order der baw(*Bundesanwaltschaft*), wie ich den eindruck hatte. hier haben sie dann erstmal nen zahn zugelegt (z.b, beim ersten besuch meines bruders bei mir ne arschloch-kontrolle gemacht gemacht, die so schnell ging (ich war schon nackt), daß ichs gar nicht geschnallt hab — naja, das kam nicht wieder vor); fünf tage wußte ich nicht, was los war und wie es weitergehen sollte. erst als der herr dietl (abteilungsleiter für vollzugsangelegenheiten beim bayerischen justizministerium) kurz in meine zelle kam, wurde mein anwalt zugelassen.

zwischendurch hat sich dann die ganze knasthierarchie vorgestellt, die ärztin frau dr. lange, die für mich, helga und christa während dem streik das medizinische-kommando hatte (und mich nicht angerührt hat, bis auf, daß sie mich mit nem flash runterkriegen wollte und am 46. tag (21.1.) tabak/-kaffee/tee-entzug bei mir anordnete, zusammen mit dem externen internisten dr. schmitz (von der uni-klinik herangezogen) — nach einer woche reden und intervention vom anwalt etc pp wurde das wieder aufgehoben und zwar für alle drei hier (ich glaub die beiden hatten von aichach her schon tabak-entzug von anfang an gehabt.).

dann der leiter der abteilung wo ich sozusagen verbunkert bin, herr dr. psych wagner; der schielt etwas, ein älterer mit diesem historischen oberlippenbärtchen, in grau allerdings. der
den und intervention vom anwalt etc pp wurde das wieder aufgehoben und zwar für alle drei hier (ich glaub die beiden hatten von aichach her schon tabak-entzug von anfang an gehabt.).
dann der leiter der abteilung wo ich sozusagen verbunkert bin, herr dr. psych wagner; der schielt etwas, ein älterer mit diesem historischen oberlippenbärtchen, in grau allerdings. der
kommt jede woche bei sogenanten „einzelinhaftierten" auf die zelle und hat quasi das „zellen-kommando" auf knastebene.

wie zufällig schlich auch der al (*Abteilungsleiter*) mal übern hof. — gut.

die ganze sache mit dem streikabbruch hat der stellvertretende al, herr schülein/schielein gemacht. war knallhart und hat meine forderungen nach telefonaten, bis auf mit helga, abgeblockt und das noch unterbrochen, zugelassen hat er die telefonate mit helmut und rolf, die aber mich angerufen haben.

jetzt aber zur zelle und allem, was bestimmend für meine abschottung ist — manchmal klingts vielleicht etwas unwahrscheinlich — aber auf jeden fall fällt das ganze hier unter sämtliche uno-menschenrechts- und antifolterdeklarationen — ums mal so auszudrücken...

die zelle liegt am ende eines zellenganges mit ca. 30 — 40 zellen beidseitig. das ende vom gang bilden also 2 zellen, zuerst meine, dahinter noch eine ganz am ende, die durch ein gitter (flacheisen, mit ca. 10x20 cm-raster) vom rest abgetrennt sind. 2 zellen bis zum nächsten gefangenen sind leer, auch die nächste schräg gegenüber, die von meiner ca. 4 meter weg ist. bin im ersten stock. 4 zellen unter und ebenso über mir sind leer, um die akustische abschottung zu vervollständigen wurden die gitterraster mit kleinen, durchsichtigen glasplatten abgedichtet (22.1.85). man muß sich das so vorstellen in der wirkung: gleich neben diesem gitter ist ne treppenhaustür, wo morgens und so die anderen gefangenen durchpoltern, wenn sie zur arbeit gehen und das ging immer recht laut zu. seit dem glas höre ich das nicht mehr, obwohls gerade 3 meter von meiner zellentür weg ist. was ich von draußen höre (fenster) sind nur geräusche: flugzeuge in ca. 2 - 300 meter höhe donnern hier rüber, zu hauptzeiten 10 stück die stunde (einflugschneise) und autos, die hier auf dem gelände herumfahren. ganz selten stimmen.

dann gibts hier durch die heizung verursacht einen permanenten lärm und krach — rund um die uhr, 24 stunden.

vom charakter her vergleichbar mit möbelrücken, so ein gepoltere wie beim umzug; oder auch wie klopfen oder hämmern auf metallrohren; es ist auch nicht genau festzumachen, woher es genau kommt, denn ursache liegt im heizungssystem, und der krach wandert sozusagen um meine zelle herum; mal oben, nebenan usw. ich hab mehrere beschwerden gemacht, ein installateur war bereits da — nichts zu machen; wagn. letzte antwort war: kein anderer gefangener beschwert sich. — iss also nix, sorum dagegen vorzugehen. ist auch klar, daß dieser lärm tagsüber in den hintergrund tritt, durch die geräusche meines alltags, radio, tippen, geräusche von draußen etc. als nachts, oder wenn ich tagsüber mal nen nickerchen wage — unweigerlich permanent. durch die 90%ige akustustische abschottung, besonders wie gesagt durch die glastür auf dem gang, ist das natürlich verstärkt, hinzu die flugzeuge — also das paradoxe und gefährliche zugleich: akustische iso und permanent unnatürlicher krach oder lärm in die stille rein. hinten bimmelt vom friedhof her noch so ne glocke n paar std. am nachmittag. es ist ne art lärmstress, weil es auch immer das ist, selbst wenn ich mich daran gewöhne, ist es ja ein die sinne bestimmendes phänomen, das durch die stille eher potenziert wird. geräuschlosigkeit — krach ergänzen sich da in der wirkung.

in dem buch „psychokrieg" von peter watson, econ 1982, steht in kap. 13 „verhören/körperliche und geistige folter" eine foltermethode, wo lärm eingesetzt wird, die sogenannte „ulster methode": da werden die versuchspersonen (er beschreibt experimentelle folterforschung der yanks usw.) mit kapuze übern kopf mit den händen an
krach ergänzen sich da in der wirkung.
in dem buch „psychokrieg" von peter watson, econ 1982, steht in kap. 13 „verhören/körperliche und geistige folter" eine foltermethode, wo lärm eingesetzt wird, die sogenannte „ulster methode": da werden die versuchspersonen (er beschreibt experimentelle folterforschung der yanks usw.) mit kapuze übern kopf mit den händen an
der wand lehnend täglich 16 std. einem lärm in hubschrauberlautstärke in warmen räumen ausgesetzt; wirkung nach 24 std: erste symptome, verlust des zeitgefühls, störungen der sinnlichen wahrnehmungsfähigkeit als ursache für das auftreten von halluzinativen zuständen, stark ausgeprägte angst- und depressionszustände und wahnvorsellungen ... u. noch einiges anderes zählt er auf lt. times v. 96 73. ich hab schon watte vom sani bestellt. aber unternommen wird da nichts mehr. —

ist klar, sie sagen, das sei im ganzen bau so, keiner beschwert sich. sei es so — im nv ists nachts für jeden gefangen unangenehm und störend. bei mir eben extrem, weil neben diesem gegensatz stille-lärm noch die 100%ige optische abschottung hinzu kommt also es ist ja auch nicht (wie ulster-meth) angelegt — sondern auf langzeitwirkung — neben dieser optischen abschottung, die einfach durch ein wirklich milchiges milchglas erreicht wird, das auf die senkrechten gitterstäbe direkt draufmontiert ist und so ein eingegossenes drahtgeflecht enthält; kann so grad unterscheiden, obs bewölkt oder blauer himmel ist. funktion klar — gut; aber die wirkung für den luft/kälte/wärmeaustausch hat mich doch überrascht: das glas füllt den ca. 60 cm hohen und zellenbreiten fensterstreifen bis auf 5 cm rundherum vollständig aus, der noch für die luftzufuhr übrig bleibt; wenn der wind draufsteht, dringt der hauptsächlich durch die ritzen, die dünne wand selber und diese 5 cm. — bei windstille, das ist wichtig, tut sich überhaupt nichts mit luftaustausch: jetzt ist es ja gerade sehr kalt draußen, minus 10 grad tags u. bis zu minus 20 nachts, aber windstill. im zwischenraum von gitter und fenster (ca. 10 - 15 cm) hab ich so einige lebensmitteldeponiert, milch, jogurt, tee. nachts ist die milch folgerichtig ein eisblock, also unmittelbar hinter der blende herrscht frost — aber im raum selber ist es so warm, daß ich im pyjama mit jacke drüber in ca. halbem mtr. abstand unter dem offenen Fenster sitze, manchmal, im moment halt, schlafstörungen ... und ich penne auch bei offenem fenster, eben wegen dieses effekts. im moment, dieser jahreszeit, ists erträglich — im frühjahr oder sommer muß es die hölle sein! denn — nachmittags siehts genau umgekehrt jetzt schon aus: dann scheint (wiederum windstille, bei wind und sonne kenn ich die wirkung noch nicht) die sonne auf die blende und die lebensmittel wie joghurt verflüssigen sich etc es entsteht eine hitzesteigernde wirkung wie im brutkäfig — also alle klamotten runter — und das obwohl draußen minus 5 bis 10 grad minus sind! während der extrem kalten zeit anfang januar wars natürlich eiskalt in der zelle und ich mußte zeitungen unterm fenster anbringen, wegen der ca. kühlergroßen heizung, die noch zu allem überfluß um 20 Uhr abgeschaltet wird (angeblich automatisch im ganzen bau) war von der seite nichts zu erwarten.

da kommt also schonmal ne ganze menge an physischer und psychischer kaputtheiten zusammen zum mürbemachen — aber noch kurz zur zellenstruktur selber; ist ne sicherheitszelle: kein netzanschluß, ist aber glaub ich nirgends, kein eigener lichtschalter drin, das wird durch die wärter von außen an und aus gemacht, abends um 22 uhr; soll es früher aus, mußte über gegensprechanlage nen nachtwärter holen und der kommt dann evtl. mal in ner 1/2 std. also gegensprechanlage kombiniert mit radio gibts, mit festen sendern. klo und waschbecken sind generell in so nem kleinen von der Zelle durch ne art eternitwand abgetrennten kabuff, was dem grundriß ca. 1/3 grundfläche nimmt, mit licht drin und ner lüftung (abzug-) — immer an, also son saugendes, sausendes und leicht brummendes geräusch tag und nacht. inventar aus blech, wasser nur auf knopfdruck, wenn du zu doll drückst
sendern. klo und waschbecken sind generell in so nem kleinen von der Zelle durch ne art eternitwand abgetrennten kabuff, was dem grundriß ca. 1/3 grundfläche nimmt, mit licht drin und ner lüftung (abzug-) — immer an, also son saugendes, sausendes und leicht brummendes geräusch tag und nacht. inventar aus blech, wasser nur auf knopfdruck, wenn du zu doll drückst
kracht es ewig aufs blech und lärmt. spiegel ist n stück blech, was die gesichtsfarbe verfälscht (ich war beim friseur neulich) und das gesicht breiter un voller macht, sodaß ich immer gleich dick aussah. der boden ist mit so nem plastikzeugs ausgegossen, glatt und permanent statisch aufgeladen, sodaß die fusseln etc. pp. drauf kleben bleiben und die haare bei einem ständig knistern, wenn man mit den fingern durchgeht. bett ist fest eingebaut. soweit dazu.

ist klar — diverse anträge für inventar (briefwaage, spiegel, 2. pinnwand für bilder (80x80) (krieg ich nur wenn ich die bilder vom schrank und klowänden abmach usw. etc. pp.) alle abgelehnt. da könnt ich noch tausend so kleine sachen aufzählen — bringt aber nicht viel denke ich.

1x nächtens ist ne kontrolle: fressklappe in der tür wird geräuschvoll geöffnet, licht aufgerissen und der wärter klopft und ruft mich, ob ich da bin und alles ok ist und wartet (vergebens) auf ein zeichen von mir. kommentar wgn: licht muß sein, er habe sich persönlich davon überzeugt; die ironie, neulich kam die kontrolle und ich saß bei meiner nachtschicht am tisch und schrieb grad was auf — denn durch außenlicht ists nachts hier drinne so hell, daß das bequem geht (war auch begründung meiner beschwerde, dieses außenlicht, nachts gearbeitet hatte ich im januar noch nicht — da konnte ich noch durchpennen, was momentan schwierig ist.

(...) so — jetzt noch kurz zu den besuchen: also mein ra (*Rechtsanwalt*) kam während des streiks ca. 1 - 2x die woche, jetzt ca. 1x die woche. dann kommt noch die .... aus hh 1x monatlich ne 1/2 manchmal 1 std. und mein bruder alle drei wochen. drei anträge von antiimps sind abgelehnt, weiß jetzt nicht, ob sie sie spez. an mich nicht ranlassen wollen usw. ... und jetzt hat einer aus mü nen antrag gestellt, der noch nicht entschieden ist.

Rund um das Schlesier-Treffen

Gut Ding braucht Weile : Am 12.12. 84 war den Medien zu entnehmen, daß Kohl als erster Bundeskanzler seit 1965 auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier 1985 sprechen wird. Das Motto dieses Treffens — **„40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser"** — wurde weithin sofort als anstößig empfunden. Wenig später begannen öffentliche Spekulationen, ob das Motto geändert würde und ob davon vielleicht sogar das Erscheinen Kohls abhängig sei. Um „Fehlinterpretationen" auszuschließen, befürwortete der CDU-Fraktionsvorsitzende Dregger, *„über das Motto noch einmal nachzudenken"*. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Helmut Sauer, hatte auch schon einen Gegenvorschlag : **„Heimat Schlesien — Vaterland Deutschland — Zukunft Europa"**. Und morgen die ganze Welt ? ...

Kohl selbst hielt sich wochenlang bedeckt. Erst am 17.1. vertraute er dem ZDF an, er hätte es besser gefunden, wenn man ihm das Motto vor der öffentlichen Bekanntgabe mitgeteilt hätte. Nun, da das Kind schon in den Brunnen gefallen war, nehme er an, daß das Motto noch geändert werde, da man ihm wohl nicht zumuten wolle, unter so einer „mißverständlichen" Parole zu sprechen. Am 22.1. traf sich Kohl mit dem Schlesier-Vorsitzenden Hupka, der zugleich für die CDU im Bundestag sitzt. Danach wurde das neue Motto bekanntgegeben : **„4o Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unsere Zukunft — ‚im Europa freier Völker"**. Um keinerlei freundliches Mißverständnis zuzulassen, erläuterte der Vorstand der Landsmannschaft : Schlesien sei *„rechtlich und politisch Teil Deutschlands in seinen Grenzen von 1937'*. Die „deutsche Frage" sei nach wie vor offen. Der Warschauer Vertrag von 197o bedeute nicht die Anerkennung der polnischen Grenze. Erst in einem Friedensvertrag könne endgültig über ganz Deutschland und seine Grenzen entschieden werden. (3)

Dem „Neuen Deutschland" der SED ist in diesem Fall vorbehaltlos zuzustimmen: *„Das neue Motto ... gleicht dem alten wie ein Ei dem anderen"*. Die ursprüngliche revanchistische Forderung sei lediglich durch eine noch weitergehende ersetzt worden. (4) Sehr viel diplomatischer drückten sich führende SPD-Politiker aus : auch das geänderte Motto schaffe nicht die erforderliche Klarheit. Kohl solle dem Schlesier-Treffen fernbleiben. (5)

drückten sich führende SPD-Politiker aus : auch das geänderte Motto schaffe nicht die erforderliche Klarheit. Kohl solle dem Schlesier-Treffen fernbleiben. (5)

Kohl selbst scheint mit dem neuen Motto dennoch sehr gut leben zu können. In einem Brief an Hupka (23.1.) beklagte er sich lediglich noch einmal, daß man bei der Festlegung des Mottos von Anfang an Mißverständnisse hätte vermeiden sollen. Zugleich gab er in diesem Brief die strategische Hauptrichtung für Veränderungen des Status quo in Europa an : **„Die Teilung Deutschlands kann nur überwunden werden, wenn die Spaltung Europas überwunden wird. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Wir werden dabei die Geduld nicht verlieren, aber wir dürfen nicht selbst Hindernisse aufbauen."** (6) Dregger vertiefte das einige Tage später : **„Nationalitätenkampf im Stile der Vergangenheit öffnet uns nicht die Zukunft. Heute ist die Freiheitsfrage für beide Völker wichtiger als die Grenzfrage. Polen gilt nach seinem Selbstverständnis als Teil des Abendlandes. Unsere gemeinsame Zukunft kann daher nur ein einiges und freies Europa sein, dessen Grenzen an Bedeutung verlieren, so wie es in Westeuropa der Fall ist."** (7)

Um Freiheit geht es dabei nicht wirklich, wie die positive Haltung der CDU/CSU zu sämtlichen Diktaturen dieser Welt zeigt, sofern sie nur prowestlich ausgerichtet sind. Wenn Dregger von Polens Freiheit spricht, so meint er ein Polen, das erstens kapitalistisch sein muß und zweitens zur westlichen Werte- und Verteidigungsgemeinschaft gehören sollte. Diesem strategischen Ziel ist die Frage des formalen Eigentums und der Regierungsgewalt über die „deutschen Ostgebieten" auf jeden Fall untergeordnet.

Was Kohl wirklich sagte

Im Sinne dieser Prioritätensetzung fielen in der Aktuellen Stunde des Bundestags am 6.2. einige interessante Aussagen. Friedrich Vogel, Staatsminister im Kanzleramt, erklärte in Beantwortung einer SPD-Anfrage : die Bundesregierung betrachte die Gebiete östlich von Oder und Neiße als Ausland. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Rühe, bewegte sich auf eine Anerkennung der Grenzziehung als endgültig

Revanchismusstreit

Ruhe vor dem Sturm

Eine „ebenso gefährliche wie überflüssige Diskussion" (1), „diese unfruchtbare Grenzdiskussion" (2), hat fürs erste ihren Abschluß gefunden. Kann sein, daß es noch eine Neuauflage gibt, wenn das Schlesier-Treffen (Juni) näherrückt, oder daß spätestens der Auftritt Kohls zu diesem Anlaß für neuen Wirbel sorgt: Direkt widersprechen kann Kohl da den Vertriebenenfunktionären nicht, ohne einen weltöffentlichen Eklat zu riskieren. Einfach zustimmen kann er ihnen aber erst recht nicht. Also eine Situation, in der der Kanzler eines seiner wenigen Talente entfalten kann : Es allen recht zu machen, und zu reden, ohne etwas zu sagen.

Die Ansichten über das Ergebnis des zwischen September 84 und März 85 lebhaft ausgetragenen Revanchismus-Streits gehen weit auseinander. Hat sich die Bundesregierung letztlich in die Kontinuität der sozialliberalen Entspannungspolitik von Brandt bis Schmidt begeben ? Hat Kohl die polnische Westgrenze als endgültig anerkannt oder hat er sich wieder alle Hintertüren offengehalten ? Weisen die heftigen propagandistischen Ausbrüche der Vertriebenenfunktionäre auf ein durch die Kohl'sche „Wende" ermuntertes Come Back revanchistischer Politik hin ? Oder sind sie eher verkrampfte Rückzugsgefechte einer Politik, die von der ersten Stunde an anachronistisch war und die jetzt kurz vor ihrer offiziellen Preisgabe durch die CDU/CSU steht ? Oder liegen die Wahrheiten mal wieder da, wo sich in dieser Republik sowieso alles zusammenballt : in der Mitte ? Eine Zwischenbilanz soll hier versucht werden.

zu: *„Wir haben Verständnis für den Wunsch des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen in einem territorial lebensfähigen Staat zu leben. Diesem berechtigten Interesse des polnischen Volkes hat die Bundesrepublik Deutschland im Warschauer Vertrag Rechnung getragen. Sie konnte dabei rechtlich nur im eigenen Namen handeln und einem Friedensvertrag nicht vorgreifen. Das ist die rechtliche Lage. Wer nüchtern und illusionslos nachdenkt, der weiß, daß der Warschauer Vertrag eine politische Bindewirkung hat, die auch von einem wiedervereinigten Deutschland nicht ignoriert werden könnte."* Wer eine europäische Friedensordnung wolle, in der Grenzen ihre Bedeutung verlieren, der müsse wissen, daß nur „politisch unumstrittene Grenzen" bedeutungslos werden könnten. (8) Anerkennen, um aufweichen zu können.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, wiederholte einige Tage später die Aussage Rühes über die „Bindewirkung" des Warschauer Vertrags noch einmal wörtlich. (9)

Die FAZ kommentierte den Vorgang ohne Umschweife: **„Die Union verschafft sich Manövrierraum in der Polen-Politik"**. In diesem Sinn markiere die Rede von Rühe *„in einem mühevollen Prozeß einen weiteren Schritt ... Sein Beitrag erhielt Gewicht durch die Versicherung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag, daß Windelen und Rühe, wie er sagte, ‚meine Position noch einmal aus der Sicht der Union sehr klar unterstrichen'*

durch die Versicherung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag, daß Windelen und Rühe, wie er sagte, ‚meine Position noch einmal aus der Sicht der Union sehr klar unterstrichen'

hätten." Es gehe darum, einerseits *„die von allen Parteien unbestrittenen Rechtspositionen"* nicht aufzugeben, aber andererseits *„eine pragmatische Politik des Machbaren mit Polen"* nicht länger zu blockieren. Wenn die CDU/CSU „diese Kurve nehmen" wolle, dürfe sie dabei jedoch nicht die Vertriebenenverbände „herausfordern". Die hätten sich gerade von der Ablösung der sozialliberalen Koalition eine außenpolitische Wende — im Sinne ihrer eigenen revanchistischen Ansprüche — erwartet. Ihnen müsse die Politik der Regierung Kohl „in feinen Dosierungen" nach und nach verabreicht werden. *„Nur allmählich sollen wohl die Betroffenen an die neuen Töne gewöhnt werden ... Der Streit um das Schlesier-Motto hat einen Klärungsprozeß notwendig gemacht und in Gang gebracht."* (10)

Man harrte vor diesem Hintergrund mit einiger Spannung der Dinge, die Kohl am 27.2. in seinem ‚Bericht zur Lage der Nation' vortragen würde. *„Nicht Grenzen zu verschieben, sondern sie zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn, das ist der Kern unserer Ost- und Deutschlandpolitik."* — *„Wir bekräftigen jetzt und für die Zukunft den Warschauer Vertrag und die darin zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen verankerte Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen als eine grundlegende Bedingung für den Frieden."*

Dies konnte bei Unkenntnis der reichlich verworrenen „Rechtslage" bzw. deren Interpretation durch die BRD so mißverstanden werden, als habe Kohl die polnische Westgrenze wirklich ohne Wenn und Aber endgültig anerkennen wollen. Daß dies jedoch nicht wirklich gemeint war, machte Kohl deutlich, indem er sich ausdrücklich positiv auf eine Reihe von Dokumenten bezog, die den bundesdeutschen „Friedensvertragsvorbehalt" festschreiben sollen. Das heißt: Die Bundesregierung kann zwar „jetzt und in Zukunft" den Status quo anerkennen. Daraus würde sich jedoch für ein „wiedervereinigtes Deutschland" keine Bindung im rechtlichen Sinn ergeben. Die BRD beharrt im Sinne eines Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1973 darauf, daß „Deutschland in den Grenzen von 1937" weiterexistiert. Daher seien die seit 1945 in den polnischen Staat integrierten „deutschen Ostgebiete" rechtlich immer noch „deutsch" und sollen es mindestens bis zu einem Friedensvertrag bleiben.

Um dies unmißverständlich zu machen, hatte Kohl am Tag vor der Bundestagsdebatte seinen Kanzleramtsminister Schäuble erklären lassen: In der Deutschland- und Ostpolitik stünden *„Rechtspositionen nicht zur Disposition". „In den rechtlichen Fragen sind wir uns völlig einig. Wir sind uns auch einig in der Wahrung der Einheit der Nation ... Unsere Politik ist völlig eindeutig: Die deutsche Frage ist nach wie vor offen. Solange wir keinen Friedensvertrag haben, solange die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes fortbestehen, ist niemand befugt, die Grenzen Deutschlands neu zu definieren.'* (11)

Diese Lage der Dinge hinderte einige notorische Gesundbeter nicht, Kohls Ausführungen als Abkehr von den traditionellen Positionen der CDU/CSU



aufzuputzen. Am Weitesten ging dabei der „Spiegel" (4.3.): Kohl habe sich *„erstmals ohne Umschweife zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze bekannt. Der CDU-Chef verzichtete, auf den dringenden Rat von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble, in seiner Rede zur ‚Lage der Nation' auf die bei ihm sonst üblichen schwammigen Formulierungen, die es den Vertriebenenfunktionären leicht machten, die Bonner Polen-Politik in Zweifel zu ziehen."*

Dieser falsche Eindruck wurde noch verstärkt durch einen lauten Fraktionsstreit in der CDU/CSU am Abend vor der Bundestagssitzung: Eine Hardliner-Riege von angeblich rund 2o Abgeordneten hatten der Regierung Abkehr von der Politik Adenauers und „Preisgabe der deutschen Rechtspositionen" vorgeworfen. Zu dieser Gruppe gehören u.a. Hupka, Czaja (Präsident des Bundes der Vertriebenen), Abelein und Graf Huyn. Ihnen hatte Volker Rühe richtungsweisend zugerufen: **„Wenn wir mit der Betonung von Rechtspositionen überziehen, dann schaden wir unserem Anliegen, diese Rechtspositionen zu wahren; dann verlieren wir die politische Unterstützung unserer Freunde und Verbündeten für unser Bestreben, die deutsche Frage offenzuhalten, damit wir eines Tages die deutsche Einheit wiedergewinnen können."** (12)

Kohl selbst dementierte gleich in der „Zeit" alle wohlwollenden Fehlinterpretationen seiner Rede. Auf die Frage, ob man den Polen nicht endlich sagen sollte, daß die Grenze ohne jeden Zweifel endgültig sei, antwortete Kohl: *„Das ist natürlich nicht das beste Mittel, weil damit eine andere, die entscheidende Frage verbunden ist: Ist die deutsche Frage offen ?"* Kohl lehnte es ausdrücklich ab, sich der Formulierung Rühes von den „Bindewirkungen" des Warschauer Vertrags wörtlich anzuschließen: **„Wir können nicht ohne jeden Friedensvertrag endgültige Regelungen treffen. Ich kann das ganze Deutschland nicht binden. Die deutsche Frage ist offen."** (13)

„Die deutsche Frage bleibt offen"

Die „Deutschland- und Ostpolitik" der Wende-Regierung entzieht sich einer eindeutigen, unkomplizierten Interpretation. Das ist so beabsichtigt. Es ergibt sich nicht nur aus dem vielbeschriebenen Naturell des Bundeskanzlers, wenn er heute mehr dieser und morgen mehr der entgegengesetzten Ausdeutung Vorschub leistet. Diese Regierung will sich von niemandem auf eindeutige Aussagen festlegen lassen. Sicher ist nur, daß die Bundesregierung auf der verbalen Ebene absolut uneingeschränkt an der bekannten „Rechtsposition" festhält: Bis zu einem Friedensvertrag (den es wahrscheinlich nie geben wird und der von keiner Bundesregierung überhaupt angestrebt wurde) gelten die Reichsgrenzen von 1937. Alle von Bundesregierungen abgeschlossenen Verträge sind daher nicht grenzanerkennend, sondern garantieren nur einen „modus vivendi", eine Übergangslösung bis zur endgültigen Regelung in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland.

Was mit dieser zumindest in der CDU/CSU völlig unumstrittenen „Rechtsposition" in der praktischen Politik anzufangen ist, bleibt allerdings von den aktuellen Umständen und von unterschiedlichen taktischen Vorstellungen abhängig. Nur dies ist die Ebene, auf der es überhaupt Kontroversen gibt. Die Vertriebenenfunktionäre und eine Minderheit in der CDU/CSU sind offenbar der Meinung, daß die bloße „Rechtsposition" im Laufe der Jahre mehr und mehr verblaßen wird, wenn der Revanchismus nicht ständig durch eine offensive, aggressive Propaganda wachgehalten wird. Die Entwicklung seit den Ostverträgen der Regierung Brandt scheint diese Ansicht zu bestätigen. Im Übrigen wird diese Einschätzung vermutlich, aus entgegengesetzter Zielsetzung, auch von den Regierungen der Sowjetunion und Polens geteilt: Die Ostverträge, auch wenn sie mit juristischen Kunstgriffen als „nicht grenzanerkennend" interpretierbar sind, könnten in der praktischen Politik und im allgemeinen Bewußtsein zu einer Anerkennung der entstandenen Situation werden.

Gegenüber diesen Befürchtungen hebt die große Mehrheit der Regierungsparteien hervor, daß eine offensive revanchistische Propaganda keinen Schritt näher an die Verwirklichung expansiver Ziele heranführen würde, wohl aber den eigenen Spielraum einengen und politische Barrieren errichten würde. Das von Dregger ausgesprochene Argument, die Systemzugehörigkeit Polens sei wichtiger als der Grenzverlauf, befindet sich im Einklang mit den Bedingungen imperialistischer Politik heute. Man kann dies, wenn man will, als einen Stufenplan verstehen: Ein kapitalistisches Polen ohne militärische Protektion der Sowjetunion wäre vielleicht deutschen Gebietsforderungen so ausgeliefert, daß dann wieder an die Realisierung großdeutscher Träume gegangen werden könnte. Man könnte aber auch im Gegensatz dazu argumentieren, daß sich in der Aussage Dreggers ein Bedeutungswandel territorialer Fragen widerspiegelt: Die direkte Regierungsgewalt über Territorien hat für imperialistische Politik heute sicher nicht mehr den Stellenwert, der ihr zur Zeit des 1. und 2.Weltkriegs noch gegeben wurde. Wenn Politiker davon sprechen, sie wollten Grenzen nicht verschieben, sondern sie immer „durchlässiger" machen, bis sie schließlich weitgehend ihre Bedeutung verlieren, so drückt sich darin eine strategische Größenordnung aus, die es mit den Zielen des NS-Staates zumindest aufnehmen kann.

Mit dem „Friedensvertragsvorbehalt" hält sich die CDU/CSU trotzdem weiterhin die Option offen, unter gewandelten europäischen und globalen Rahmenbedingungen irgendwann doch wieder Territorialforderungen unmittelbar vorzubringen. Daß an dieser abstrusen juristischen Konstruktion festgehalten wird, hat eine Funktion, die weit über den Ewigkeitsanspruch auf die „deutschen Ostgebiete" hinausreicht: Es geht um das „Offenhalten" s ä m t l i c h e r von der Bundesregierung eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen, die eben nur die BRD, nicht aber ein „wiedervereinigtes Deutschland" binden sollen. Man kann da beispielsweise auch an den Atomwaffensperrvertrag denken ebenso wie an eine Reihe anderer Verpflichtungen, die die militärische und politische Machtentfaltung des deutschen Imperialismus einschränken.

Man sollte darum das Festhalten an dem „Friedensvertragsvorbehalt" und das „Offenhalten der deutschen

tungen, die die militärische und politische Machtentfaltung des deutschen Imperialismus einschränken.

Man sollte darum das Festhalten an dem „Friedensvertragsvorbehalt" und das „Offenhalten der deutschen

Frage" nicht bloß als propagandistische Pflichtübung der CDU/CSU gegenüber ihrem rechten Wählerpotential mißdeuten. In dieser Sache müßte auch die SPD viel stärker gefordert und in die Pflicht genommen werden, als das bisher geschehen ist. Schließlich kann sich der „Friedensvertragsvorbehalt" und die Interpretation der Ostverträge als nur-modus-vivendi-Regelungen auf die Politik der Regierung Brandt selbst und auf von der SPD mitgetragene Bundestagsbeschlüsse stützen. Die SPD müßte also dazu gezwungen werden, eindeutig von ihren eigenen früheren Aussagen abzurücken, statt die Deutung offenzulassen, daß sie mit einer viel flexibleren und geschickteren Taktik als die CDU/CSU im Prinzip doch von den gleichen „Rechtspositionen" ausgeht. Die Grünen hätten da eine ganz große politische Chance, aber auch Verpflichtung gehabt, die sie so souverän verpennt haben wie fast alle Gelegenheiten zum Politik-Machen: Ein juristisch gut durchdachter, politisch klug formulierter Resolutionsantrag im Bundestag — Anerkennung der Endgültigkeit der polnischen Westgrenze ohne Wenn und Aber, Absage an die Hintertür des „Friedensvertragsvorbehalts" — hätte klärend und polarisierend gewirkt. Die SPD hätte sich zu einem solchen Antrag verhalten müssen. Eindeutige Festlegungen wären nicht zu vermeiden gewesen. Mit dem Erkennen und Wahrnehmen einer solchen Chance war die grüne Bundestagsfraktion anscheinend überfordert.

Kt., Hamburg

Anmerkungen:

1) FDP-Präsidium; nach WELT, 29.1. 85
2) Volker Rühe, stellvertr. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU; nach Hamb. Abendblatt, 30.11. 84
3) Archiv der Gegenwart, S.28461
4) ND, 24.1. 85
5) Hans-Jochen Vogel; nach Archiv der Gegenwart, S. 28462
6) Archiv d. Gegenw., S. 28462
7) Archiv d. Gegenw., S. 28465
8) FAZ, 13.2. 85
9) WELT, 11.2. 85
10) FAZ, 13.2. 85
11) WELT, 27.2. 85
12) FR, 8.2. 85
13) zit. nach FAZ, 29.2. 85

GRÜN & BRAUN & Bahro

Daß Rudolf Bahro auf einem neuen Trip ist, hat sich wohl herumgesprochen. Seine rasanten Ausflüge ins Jenseitige hat er um ein profanes Paket politischer Empfehlungen an die Partei der Grünen ergänzt: Sie möge sich nicht nur der zum ,,Wert'' hochstilisierten Konservativen annehmen, sondern sich auch ums braune Lager kümmern. Diesen weisen Ratschlag begründet der Guru schlitzohrig mit christlicher Nächstenliebe. Tatsächlich wendet er eher das Prinzip der Ärger-Optimierung an. Als Antipartei-Partei hassen die Grünen nichts so sehr wie Sympathie-Werbung. Vielmehr gehen sie von einem grundlegenden Ärger-Bedürfnis ihrer Anhängerschaft aus, das es möglichst täglich zu befriedigen gilt — schon um sich stets ins Gedächtnis der Massen zu bringen (natürlich nur unangenehm!). Daß die Ärger-Quantität in Wut-Qualität umschlagen könnte, ist bislang nicht absehbar.

Um das Thema etwas einzugrenzen, aber auch um darzustellen, wie ein fundamentaler Gedanke so allmählich Konturen annimmt und eine Farbe löffelweise angereichert wird, sei Bahros O-Ton in einigen Zitaten vorangestellt. Sie sind zunächst dem als Papier verbreiteten vollständigen Text seiner Hamburger Parteitagsrede entnommen (in entsprechender Reihenfolge; siehe auch AK 253, S. 13f). Bemerkenswerte Zugaben finden sich dann in einem Bahro-Nachtrag, abgedruckt in ,,Kommune'' 1/85 — einem Heft, welches sich den Kopf darüber zermartert, ob konservative Motive in sozialen Bewegungen ,,nur Nährboden für Reaktion und Faschismus sein (können), oder... notwendigen Bestandteil jeder sozialen und politischen Opposition gegen Kapitalismus und Industrialismus'' bilden. Einmal Paradigmenwechsel bitte, es wird postmodern.

„Jetzt haben die moderaten Leute noch einen viel schöneren Hammer. Das Volk — und mit ihm als einer autonomen Kraft umgehen zu wollen — das ist nämlich ‚totalitär'. Sie haben es nötig, dem Hitler diesen letzten Sieg zuzuschanzen, daß man nun endgültig in Deutschland das Volk nicht mehr rufen dürfe."

„Wo die Menschheit neu anzufangen sucht, ist immer Tausendjähriges Reich das Ziel, bei Marx als ‚Reich der Freiheit', bei Hölderlin ‚Reich Gottes'. Soll jetzt behauptet werden, dabei könne — zumal in Deutschland — nie etwas anderes herauskommen als jener zur Unheilsbewegung entartete Aufbruch nach den plötzlichen Zusammenbrüchen von 1918, 1923,1929-32 — das wäre eben wieder Hitlers Sieg. Seid Euch klar darüber, die Ökopaxbewegung ist ein Versuch, im nächsten Wellental der kapitalistischen eisernen Ferse ein ganz analoges Problem zu lösen. Es kann und es muß diesmal anders gehen. Je bewußter wir uns sind und je klarer uns wird, jedem von uns, daß der Abfall vom Auftrag und die Entartung des Prozesses mit dem Satz beginnt: ‚Und ich beschloß, Politiker zu werden.' — umso bessere Geister werden wir rufen, werden uns entgegenkommen. Wo es die Bewegung damals machtmaterialistisch nach außen angegangen ist, expansiv und aggressiv, macht die Ökopax-Bewegung eine Wende nach innen. Sie geht tendenziell davon ab, die Gefahr nach außen zu projizieren, sondern sucht sie in den Innereien der eigenen Kultur auf."

„Lest ruhig mal nach, nicht zufällig genau darin, in dieser Gier, sich durch Aufstieg zur politischen Macht zu verwirklichen, gibt es formale Ähnlichkeiten zu den Vorgängen in der aufsteigenden Nazipartei und -bewegung."

„Auf der Ebene der sozialen Bewegungen ist in Deutschland schon seit der Jahrhundertwende Grün der — zunächst hoffnungslos unterlegene, auch übertölpelte, in manchen Fällen aber auch vereinnahmte — Gegenpol zu Braun. Bei den Grünen dominieren andere, nichtautoritäre Charakterstrukturen. Die beiden von Deutschland ausgegangenen Kriege haben einen seelischen Umbruch eingeleitet, der in den Nachkriegsgenerationen von Weltkrieg II seine Früchte trägt. Auch ist den verbliebenen aggressiven Potentialen die Flucht nach vorn in militärische und industrielle Aufbrüche unmöglich . Das Ressentiment äußert sich eher defensiv, besonders in diesem üblen Ausländerhaß. Es gibt keine faschistische Bewegung, sondern eine Ökopax-Bewegung, die sich nicht nur programmatisch, sondern auch praktisch immer mehr in Richtung Gewaltfreiheit entwickelt. Dennoch gibt es Aspekte, unter denen sich der Gegensatz von Grün und Braun bis zu einem gewissen Grade innerhalb der Ökopax-Bewegung reproduzieren kann — und reproduziert."

„Im Falle der tatsächlich hereinbrechenden Katastrophe würde sich auch der Mobanteil im allgemeinen Bewußtsein ‚grün' verstehen. Es sollte bis dahin unbedingt mehr als bloß politische Strukturen geben, um die sich eine Alternative kristallisieren kann. Ein und dieselben Menschen können in der Notsituation sehr verschiedenes Vehalten an den Tag legen, je nachdem welche Kräfte in ihnen praktisch angesprochen werden. Hier vorzuarbeiten, ist gerade deshalb so ungeheuer bedeutsam, weil wir es uns angesichts der ökologischen Krise nicht leisten können und dürfen, das Erwachen im Volke sogleich als ‚völkisch' zu denunzieren. Wir müssen uns ernstlich auf diese Ambivalenz einlassen, dürfen sie also nicht verdrängen und für nichtexistent erklären. Wir müssen uns selbst und die grüne Bewegung — tatsächlich die erste deutsche Volksbewegung seit den zwanziger Jahren und immerhin in einer formell ähnlichen Konfrontation wie die Nazis mit einem versagenden Parteiensystem — vorurteilslos im Spiegel betrachten."

„Wir überlassen es am liebsten dem Herrn Geißler, auf seine Weise anzusagen, wer wir sind oder vielmehr sein sollten. Denn was wir sind, ist ein Gesäusel im Vergleich zu dem stetigen starken Wind, der wir sein könnten und müßten."

„Wer schon die Worte ‚deutsch' und ‚national' scheut wie der Teufel das Weihwasser, wird genau vor den damit indizierten Gefahren versagen, kann sie leicht abwehrend sogar noch vergrößern helfen. Es gibt natürlich nirgends einen kläglicheren Antifaschismus als in Deutschland."

(Die folgenden Passagen sind dem ,,Kommune''-Artikel entnommen).

„Vorausgesetzt ist dabei natürlich, daß sich die Nazibewegung nicht von vornherein auf das imperialistische Instrument reduziert, das die Nazipartei nachher war, daß dahinter — wie es in einem mir eben zugehenden Text von Arnim von Gleich heißt — auch ‚eine weitverbreitete, auf unmittelbare und unverarbeitete Erfahrung gestützte Kritik an Verstädterung, Maschinisierung, Rationalisierung und Verwissenschaftlichung (konservative bis reaktionäre Kapitalismuskritik)' stand."

„Grün und Braun — zwei Pole einer Bewegung."

„Wollen wir verantwortlich sein, so lautet die Anforderung an uns, einen Begriff der Bewegung zu riskieren, der nicht von vornherein, sondern erst immanent links und rechts unterscheidet. Wir müssen uns die Bewegung als eine Ellipse denken, deren Achse zwei Pole hat (die ich mir mit Hilfe von Wilhelm Reichs Unterscheidung zwischen Panzerung und biologischem Kern erkläre), einen braunen und einen grünen."

„Allerdings gibt es keine dämlichere Strategie des Umgangs mit dem Gegenpol als die von eigenen Abwehrmechanismen gesteuerte Berührungsangst und die Verleugnung seiner Repräsentanz in der eigenen Seelenverfassung. Wir haben im Gegenteil alles zu gewinnen (‚alles' in dem hier besprochenen Bezuge), wenn wir unsere nicht dominanten Braunanteile als Antennen benutzen, die uns über die entsprechenden Positionen am anderen Pol den Zugang zu den dortigen — und zwar vorhandenen! — Grünanteilen eröffnen. Da diesmal Grün die insgesamt stärkere Instanz ist (jedenfalls, wenn wir kühn damit umgehen), können wir uns die Aufgabe stellen, unser Grün mit dem des Gegenpols zu assoziieren und auf dieser Grundlage die Braunanteile herunterzuarbeiten. Bedingung ist, daß wir das Pharisäertum à la Haußleiter völlig beiseitelassen. Wichtigste Sicherung wäre, beim Kontakt mit dem ganzen Potential, das uns gegenübersteht, die Regel zu befolgen: auf der grünen Welle fraternisieren, auf der braunen Welle analysieren, d.h. die Selbsteinsicht benutzen, um die andere Position aufzudecken und unter der Bedingung der Nichtdiskriminierung entschärfen zu können. Eine intellektuelle Bereitschaft, sich für Grün als Grün zu öffnen, ist am Gegenpol da."

„Der Erkenntnisfehler, ich meine die Fehlstelle liegt wie gesagt darin, daß die Grün-Braun-Polarität nicht zunächst einmal als innerhalb quasi des einen Phänomens ‚soziale Bewegung' gesehen wird. (Die) ... Annahme zweier sozialer Bewegungen, einer grünen und einer braunen, nimmt erstens nicht wahr, daß es auch in den zwanziger Jahren nur eine zugleich grüne (das dominierte sogar vor 1914) und braune (was nach 1918 verheerend dominierte) Bewegung gab, und konstituiert zweitens zumindest den ‚notwendigen Platz' für eine selbständige, konsistente braune Bewegung uns gegenüber. Genau das dürfen wir nicht zulassen."

„Die Einheitsfrontidee auf 1933 (kam) schon von vornherein in einer Form auf, wo sie bloß Ausdruck der schon vorentschiedenen Niederlage war. Die beiden Arbeiterparteien hatten schlicht keine attraktive Alternative zu den Nazis anzubieten."

Das darf doch alles gar nicht wahr sein. Eigentlich mag man lieber die Augen verschliessen vor der grellen Peinlichkeit, die von grüner ,,Prominenz'' dem erschreckten Publikum vorgeführt wird. Aber vielleicht sind solche Reaktionen eine Entschuldigung dafür, daß grüner Aufruhr gegen Bahros Thesen bislang ausgeblieben ist. Man muß erstmal eine innere Ekel-Barriere überwinden, um sich mit der Behauptung grün-brauner Affinitäten rational auseinandersetzen zu können.

Da reist also einer in die Vergangenheit, um einen anfangs nur formalen Vergleich aufs Inhaltliche auszudehnen (Grün im Braun), kehrt mit der Erkenntnis in die Gegenwart zurück, daß Grün und Braun Pole ein und derselben Bewegung seien, und empfiehlt für die Zukunft, Braun im (eigenen) Grün spielen zu lassen, um Grün bei den Faschisten zu mobilisieren. Unausweichlich wird folgen: Grün und Braun ziehen sich, wie das bei Polen so üblich ist, an. Aber all das natürlich nur aus hochmoralischer Motivation: Die ,,Volkserhebung'' zum Ausstieg aus Neuzeit und Industrialismus soll (möglichst) gewaltfrei verlaufen.

Bahros historische Parallelen haben so gut wie keinen Erkenntniswert; sie sind vordergründig zweckgebunden, rein agitatorisch im üblen Sinn. Daß beispielsweise Grün dem Braun einmal ,,seit der Jahrhundertwende... hoffnungslos unterlegen'' gewesen sei, ein andermal dagegen vor 1914 ,,sogar dominiert'' haben soll, stört den Propheten bei seiner weitausholenden Geste nicht. Mal paßt es so, mal so. Der Zweck heiligt die Mittel: Historische Ereignisse werden nur als Bilder verwandt, um eine vorab festgelegte politische Orientierung (,,Neudefinition'' des grünen Fundamentalismus) kenntlich und vertretbar zu machen.

Kein Wunder, daß in diesem alternativ-pfälzischen Gesamtkunstwerk (Bahro hat Worms zum neuen Standort erwählt) die Realität in riesigen schwarzen Löchern verschwindet, d.h. daß die Wahrheit schon durch die Auslassungen maßlos verbogen wird. In der Darstellung fehlen genau jene ,,Sonderinteressen'' und ,,Klassenpsychologien'', von denen die Weimarer weit heftiger erschüttert wurde als die Bundesrepublik. 1918 bis 33 als fehlgeleitete ,,Jahrtausendbewegung'', als e i n ,,Erwachen'', als Aufstieg e i n e r — irgendwie sich entartenden — ,,Volkserhebung'' zu interpretieren, unterschlägt nicht nur, was jeder weiß (daß nämlich ,,das Volk'' mehr denn je untereinander, aufeinander, gegeneinander einschlug), es annulliert geradezu die Existenz von Arbeiterbewegung und anderer Opposition — nur weil sie unterlegen waren.

Nicht eine Volkserhebung spülte die Nazis an die Macht, sondern ein intaktes Bündnis der Rechten mit den Rechtsradikalen besiegte das Lager der Linken und Linksradikalen, die es nicht zum Bündnis brachten. Nicht ,,antiparlamantarisch'', wie Bahro hervorhebt, verlief der Durchmarsch Hitlers, sondern die Mehrheit des Parlaments wählte ihn zum Reichskanzler (nur eine vorübergehende, aber für die Machtübernahme unverzichtbare Fassade). Nicht ,,Industriefeindlichkeit'' zeichnete die Nazis aus, sondern Nazifreundlichkeit die Industrie. Und um auch diese historische Tatsache nicht im plumpen, naturfarbenen Gemälde Bahros untergehen zu lassen: Die lautesten Propagandisten des Volksganzen und Gemeinnutzes waren die radikalsten Vertreter imperialistischer Sonderinteressen.

Sofern wirklich von einem ausschließlichen, gleichgerichteten ,,Sturm'', ,,Menschenbeben'', ,,Vulkan'' etc. gesprochen werden kann, von einfarbigen (meist organisierten) Massenaufmärschen, die keine andere Bewegung neben sich duldeten, trifft das auf die Zeit n a c h 1933 zu und beruhte nicht zuletzt auf gewaltsamer Formierung der Gesellschaft von oben — mithilfe eben jener staatlichen Macht, mit der das Kapital die Nazis ausgestattet hatte (schlimm genug die Wahlergebnisse, die sie vor '33 erzielten, katastrophal sogar: doch damit allein waren sie nicht stärker als das Lager der Arbeiterparteien).

Daß diese Zeit in Bahros ,,voll durchdachtem'' Text aufs Allerbehutsamste der Erörterung entzogen wird (,,Unheil''), ist kein Zufall, müssen doch aus seiner Sicht die Opfer, die es kostete, damit der NS überhaupt als Bewegung des ganzen Volkes erscheinen konnte, in besonderer Weise sinnlos gewesen sein: Nicht weil das mörderische Wüten unbegreiflich erscheint, sondern weil sie dem losbrechenden Volkssturm nicht angehörten. Nur so läßt sich die Kritik an SPD und KPD verstehen, sie hätten nicht zuwenig, sondern zuviel Antifaschismus betrieben (salopp gesagt: von außen kritisiert, statt mitzumachen) und daher keine ,,attraktive Alternative'' bieten können. Schwacher Trost, daß beim nächsten Mal gewaltfreie Milde walten soll.

Um es also auf den Punkt zu bringen: Nicht weil die Nazis auch antiparlamentarisch waren, gibt es Gemeinsamkeiten mit ihnen. Sondern umgekehrt: Weil sich die bürgerliche Demokratie den Nazis öffnete, bleibt sie für uns anfällig, verdächtig, FDGO mit integrierter Diktatur (Notstandsgesetze!), Drahtseilakt, der auf Befehl der Mächtigen beendet werden kann, also zu wenig und keine wirkliche Demokratie. Nicht weil die Nazis (mit verbaler Bauernschläue) auch ,,antikapitalistisch'' waren, entdecken wir bei ihnen eine Art richtigen Kern. Sondern weil der Kapitalismus den Faschismus zuließ und zuläßt, parat hielt und parat hält, zur Folge hatte und immer noch zur Folge haben kann, gerade deshalb — wenn auch keineswegs nur deshalb — muß der Kapitalismus weg. Daß es ein erklärter Ökologe fertigbringt, mit der schlimmsten Variante des Imperialismus, mit dem größtmöglichen Vernichtungspotential, das sich mobilisieren läßt, mit dem Exterminismus in seiner reinsten Form gegen die bürgerliche Demokratie zu blasen, ist immerhin beachtlich. Hierfür ist die Bezeichnung ,,Selbstausrottungslogik'' wirklich einmal angebracht. Im Vergleich dazu ist man fast geneigt, die ,,Sozialfaschismus''-Theorie der KPD für entschuldbar zu halten, denn sie entstand immerhin vor der Katastrophe.

Daß Bahro es schließlich fertigbringt, in die deutsche Volksseele einzutauchen und dabei Auschwitz zu übersehen, daß er in einem fort faschistische Inhalte eingrünt (aus seiner Sicht also: belobigt), ohne zu Rassenlehre, Blut-Reinhaltung und Antisemitismus ein einziges Wort zu verlieren — dies zu bewerten, fehlen mir die Worte. Klar ist aber, warum er so vorgehen muß. Einmal natürlich, weil die angestrebte Kontaktaufnahme mit Braun nicht belastet werden soll, zum anderen, weil sonst seine dürftige These einer angeblichen ,,Wende'' des NS von der Bewegung zur Partei, vom ökologischen ,,Auftrag'' zur Machtgier usw. wie ein Kartenhaus zusammenbricht.

Denn Rassismus und Krieg waren ja von Anfang an im NS-Programm drin und — da kann man nun rummogeln, soviel man will — derjenige ,,Auftrag'', der wirklich mit letzter Konsequenz zuende geführt wurde. Aber bestimmt wird demnächst jemand darauf kommen, den Hitler, der ,,immerhin'' die Autobahnen gebaut hat, endlich durch den Hitler zu ersetzen, der ,,leider'' — und entgegen seiner ursprünglichen Absicht!! — Feuchtbiotope beeinträchtigte.

Auch die allzu dezente Abhandlung des aktuellen Rassimus läßt Bahros dringenden Wunsch erkennen, sich mit den Trägern desselben zu verbinden. Ob der Ausländerhaß die verschämte Bemäntelung als ,,defensiv'' wirklich verdient? Wenn es denn so unendlich schwerfällt, in der guten deutschen Kartoffelsuppe auch nur ein Haar zu entdecken, mag zunächst ein Blick ins westliche Nachbarland riskiert werden. Le Pen contra Lalonde — wer ist offensiv, wer defensiv? Vor allem aber: Wo ist im Kampf der Front National ,,gegen die Überfremdung'' das Stückchen gutes Grün? Kann man Bahro noch die mildernden Umstände zubilligen, die man für religiöse Sektierer gemeinhin bereithält, oder ist das eine versuchte Manipulation von Leuten, denen er mit dem Schlagwort Ökologie alles verkaufen zu können glaubt?

Es gibt Umfragen, nach denen über die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung zu ausländerfeindlichen Stimmungen neigt. Diese werden heute weitgehend von CDU/CSU absorbiert, treten also bisher nicht als eigenständige Massenbewegung auf. Hinzu kommt, daß das rassistische Potential nicht rückläufig, sondern immer noch im Anwachsen begriffen ist. Es hängt derzeit in erster Linie von den Herrschenden ab, ob und inwiefern dieses Potential mobilisiert wird. Bevor man überlegt, auf einem Tiger zu reiten, ist es möglicherweise angebracht, sich vor Augen zu halten, was das Tier von einem Esel unterscheidet...?

Von der Gattung zur Volksgemeinschaft

Bahros neue Farbspiele, vom Ex-Kommunarden Rainer Langhans in der ,,taz'' begierig aufgegriffen *(,,Der braungrüne Ring der Kraft'')*, haben ihren Ursprung in einer radikalen Volksgemeinschafts-Ideologie. Schon sein Ausflug in die Weimarer Republik läßt sich anders nicht erklären: Nur noch das Volk als (fiktives) Ganzes, seine Bewegung, Entwicklung, seine Windungen und Wendungen und Irrungen werden wahrgenommen. Von



Foto: PAN Foto

wem dieses Bild dann ausschließlich besetzt wird, ist klar: the winner takes it all — alles dreht sich um Braun.

Ich kenne keine Sonderinteressen mehr, ich kenne nur noch elliptische Bahnen einer Volksbewegung um zwei Pole — ist das die Erweiterung des ökologischen Kreislaufdenkens?? Nicht schwer zu erraten, welche partikulären Abweichungen vom völkischen Konsens Bahro besonders zuwider sind:

„Lohnarbeit und Kapital bilden eben zusammen diese mörderisch effektive industriell-kapitalistische Formation."

„Die Arbeiter der kapitalistischen Welt sind — in der Eigenschaft als Lohnarbeiter, d.h. mit ihrem besonderen Klasseninteresse — in erster Linie nicht Opfer, sondern Täter, sind geniun Mitimperialisten, Mitkolonialherren, genuin mitbeteiligt und mitinteressiert an der Kaputtindustrialisierung der Welt."

„Wir, wenn wir es ernst meinen mit der Rettungsabsicht, müssen die Menschen durch das Beispiel unserer eigenen Entschlossenheit aus der Loyalität zu diesen beiden reichsinternen Blöcken herausreißen, d.h. aus ihren Klassenpsychologien."

Nun muß man nur noch wissen, daß nach Bahros Prophezeiung (freilich: diese wurde vor der Saarland-Wahl getätigt) SPD und Gewerkschaften ,,ideologisch zuerst zerfallen'' — ein ,,Vorzug'' dieses Lagers — um sich plastisch vorstellen zu können, wo der
,,ideologisch zuerst zerfallen'' — ein ,,Vorzug'' dieses Lagers — um sich
plastisch vorstellen zu können, wo der Meister den Hebel anzusetzen gedenkt: Beim Rot selbstverständlich, was immer er darunter versteht.

Bahro hat den — zwar nicht gerade fernliegenden, aber auch nicht logisch zwingenden — Sprung vom Gattungs- zum Volksbegriff vollzogen. ,,Volk'' versteht er dabei keineswegs im Sinne von Mao (kämpferische Einheit einer überwältigenden Mehrheit von Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker) oder von mir aus John Lennon (,,Power to the People'' — womit das Gleiche gemeint war), sondern im Sinne der Volksgemeinschaft. In dieser aber wird das, was die Unterdrückung im Sinne Maos/Lennons ausmacht, als Spezialproblem, als Anliegen von Sonderinteressen (schädlich für die große Rettungsaktion) ausgegrenzt.

Vielleicht steckt dahinter die Befürchtung, daß man auf der Gattungsschiene als Menschheitsbeglücker milde belächelt wird, während andere die Politik machen. Der Gedanke, dieses Manko durch die Mobilisierung völkischer Energien ausgleichen zu wollen, wäre unglaublich skrupellos. Bahro verfährt im offenkundigen Widerspruch zu seiner (im Parteitagstext enthaltenen) Aussage, mit ,,links(?)nationalistischen Fisimatenten'' hätten die Grünen in der Friedensbewegung mehr Schaden als Nutzen angerichtet. Der Schaden, der sich mit völkischen Ressentiments etwa in der Ökologiebewegung anrichten liesse, dürfte kaum geringer sein.

Der Rückgriff auf derart reaktionäres Gedankengut ist kaum mit einer Bahro'schen Vision der transzendentalen Art zu erklären. Volksgemeinschaft hat Hochkonjunktur, denn wir sind nach offiziellen Erklärungen des Regierungsoberhaupts wieder ,,stolz, Deutsche zu sein''. Das gemeinschaftliche (in grün: ganzheitliche) Denken, oder besser Fühlen, das Vereinigen, das Zusammenfügen, das Händchenhalten und Wohlfühlen bei Verdrängung aller Klassen-Konflikte ist Teil der Oggersheimer Wende. Ob sich die Grünen einmal dazu durchringen, dieses ganze Spielzeug spätpubertärer Männer — eben nicht nur Rasse, sondern auch Nation, Volk, Europa, Abendland, Tradition, Erbe, Religion, usw. — für nicht recycling-fähig zu erklären, darf bezweifelt werden (das unterscheidet sie halt von der antiautoritären Bewegung). Wenigstens sollte es sie nicht länger gleichgültig lassen, wie rasant die demokratische (!) Selbstverständlichkeit, Widersprüche anzuerkennen, zu analysieren und in Widersprüchen zu denken, kurz: das Trennungsvermögen als Voraussetzung kritischen Denkens, und dieses als Voraussetzung für Demokratie — aus der Mode kommt. Wie schnell also aus postmodern wieder praemodern wird.

Linke Grüne müssen hoffentlich nicht erst aufgefordert werden, ihr Ökologieverständnis darauf hin zu prüfen, inwieweit es solchen Konsequenzen Vorschub leistet. Nur ein Beispiel: *,,Die Menschheit zerstört gegenwärtig ihre natürlichen Lebensgrundlagen''* (These Nr. 1 im Ebermann/Trampert-Buch). Die Menschheit? Ist es nicht ein Teil der Menschheit, der zerstört? Oder noch präziser: Ist es nicht ein zerstörender Teil, der zum Teil seine eigenen Lebensgrundlagen, vor allem aber die Lebensgrundlagen anderer Teile zerstört?? Mit solchen Sätzen zahlt man die halbe Miete im fundamentalistischen Tempel.



Wohin steigen wir hinab?

Bahro ist kein Spinner — er hat (bislang) beträchtliche politische Wirkungen im grünen Lager erzielen können. Mutmaßungen müssen erlaubt sein, welchem Zweck seine Provokationen dienen, mit denen er in Hamburg ,,den Beton durchbrechen'' wollte. Darunter kann man zunächst verstehen, daß er den vielfach totgesagten, aber immer noch nicht totgekriegten Antifaschismus — und sei es auch nur als moralische Abscheu vor der jüngsten deutschen Vergangenheit — durchbrechen wollte.

Denkbar ist aber auch, daß er mit einem Vorstoß weit hin zu Braun-grün dem Schwarz-grün die Türen öffnen wollte. Denn es ist einfach nicht zu leugnen, daß hinter mancher fundamentalistischen Maske manches wertkonservativ schwadronierenden Grünen die Hoffnung steht, mit der CDU einmal so selbstverständlich zusammenarbeiten zu können, wie es andere mit der SPD tun. Ich sage nur Zieran und bin wie üblich gespannt, ob er dementiert. Ein zweites, von Bahro explizit benanntes Motiv ist der Versuch, mit Kräften wie Gruhl/Springmann wieder ins Geschäft zu kommen, um den rechten Flügel der Grünen gegen die Schily/Fischer-Gang zu stärken. Vielleicht denkt er sogar schon an eine mögliche Spaltung und baut vorsorglich Brücken, um seine Anhängerschaft nicht zu verprellen, wenn er dann dazu aufrufen sollte, sich mit den Blut und Boden-Grünen zu vereinen.

So oder so: Für jene Linke, die Bahros Empfehlung von 1979 (Offenbacher Kongreß) folgten, ihre Organisationen zu verlassen, weil Rot und Grün gut zusammengehen würden, müßte die Enttäuschung, die eine Realpolitik als Juniorpartner der SPD zwangsläufig mit sich bringt, eigentlich dazu führen, daß man sich als Rot (unter Rot verstand man damals noch nicht Orange) wieder stärker zusammenschließt (und sei es auch als Flügel innerhalb der grünen Partei). Bevor auch nur der Gedanke daran artikuliert ist, ruft Bahro dazu auf, die innerparteiliche Opposition an einem Punkt zu sammeln, der weit rechts von den Realos liegt, und er garniert sein Treiben mit reichlich radikalem Vokabular, um außerparlamentarisch engagierte Grüne auf sich zu ziehen oder wenigstens zu verwirren. Den Freund(inn)en ist zu sagen: Auch wenn heute ja nix mehr sicher ist und alles so kompliziert, und überhaupt die Ökologie und die Fehler der Linken, die fundamentale Problematik der Tierversuche nicht zu vergessen — **rot und grün und braun geht jedenfalls nicht zusammen.**

sen — **rot und grün und braun geht jedenfalls nicht zusammen.**

Der Realo-Flügel hat auf Bahro heftig reagiert (s.a. AK 254). Was ihn an der Propaganda der Volkserhebung stört, ist allerdings nicht das, was Bahro unter Volk versteht, sondern das Stichwort Erhebung. Auf Realo-Seite nimmt man die günstige Gelegenheit wahr, antiparlamentarische Volksgemeinschafts-Ideologie (,,Volkserwachen'' und ,,Sturmlosbrechen'') mit Revolution und Aufstand durcheinanderzurühren, um sich in einer verlogenen ,,antifaschistischen'' Geste dem staatlichen Gewaltmonopol in die Arme zu werfen, als ob es nicht gerade dieses Monopol (und das Fehlen einer demokratischen Widerstandstradition gegen dasselbe, das fatale Obrigkeitsdenken also) war, welches den Nazi-Terror zu so einer perfekten Maschine werden ließ. Die Ökolibertären stimmen mit Bahro darin überein, konservative Motive viel stärker in die grüne Politik einzubringen, aber bitte nur im Nadelstreifen-Anzug, also im Rahmen seriöser bürgerlicher Politik. Beide geben Bahro im Kern recht, daß nämlich Massenbewegungen letztlich nur im braunen Gewand denkbar seien. Tatsächlich: Hitler bekommt einen letzten Sieg zugeschanzt...

Die Fundis sollen sich selber von Bahro distanzieren. Für die Ökosozialisten aber gilt, daß Trampert es noch lange bereuen dürfte, mit Bahro zusammen den Leitantrag auf dem Hamburger Parteitag eingebracht zu haben. Als Nicht-Grüner sage ich das diesmal ohne Häme, man schämt sich fast ein bißchen mit — Relikt ehemaliger Gemeinsamkeiten. Länger in diesem Zweckbündnis zu verweilen, länger den Bahro als zwar versponnenen, aber doch interessanten und produktiven Vordenker zu bagatellisieren, hieße jedoch, nicht einmal mehr Mitleid zu verdienen. Das wäre als Taktik so bodenlos, wie es als Dummheit unverzeihlich wäre.

de./Frankfurt

Genfer Zusatzprotokoll:

BRD besteht auf Atomwaffenvorbehalt

,,Der Vorbehalt würde die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, nötigenfalls auf Atomwaffen zurückzugreifen, in noch krasserer Weise zum Ausdruck bringen, als dies die USA, die in der BRD allein über Nuklearwaffen verfügen, selber zu tun gewillt sind.''
Ministerialdirigent Dr. Schneider, Leiter des Völkerrechts-Referats des Bundesverteidigungsministeriums

,,Auch die humanitären Ideale des Roten Kreuzes stoßen an die Grenzen, die von der politischen und militärischen Sicherung des Friedens gesetzt werden.''
Dr. Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Seit acht Jahren haben die SPD- und Unionsgeführten Bundesregierungen die Ratifizierung (d.h. parlamentarische Absegnung) der beiden Zusatzprotokole zu den Genfer Rot-Kreuz-Abkommen von 1949 verzögert. In diesen Protokollen (1974-77 verhandelt, 1977 von der BRD unterschrieben) verpflichten sich die Unterzeichner, keine Waffen, Geschosse und Material sowie Methoden der Kriegsführung zu verwenden, die geeignet sind, *,,überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden''* zu verursachen. Art. 35, Abs. 3 des Abkommens verbietet, im Krieg *,,langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt''* zu verursachen, Artikel 51 verbietet den *,,unterschiedslosen Angriff''*, was definiert ist als *,,ein Angriff, bei dem damit zu rechnen ist, daß er auch Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung ... verursacht, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittebaren militärischen Vorteil stehen.''* (BT-Drucksache 10/406)

Über die reale Bedeutung derartiger Abkommen, die die SPD als *,,bedeutende Weiterentwicklung des humanitären Kriegsvölkerrechts''* feiert, kann man streiten. Die USA haben sicher nicht zufällig an den Genfer Zusatzprotokollen aktiv mitgearbeitet und zugleich ihr Programm der Miniaturisierung von Atomwaffen — von Waffen also, die angeblich den Gefer Anforderungen entsprechen würden — vorangetrieben. Andererseits steht
forderungen entsprechen würden — vorangetrieben. Andererseits steht
fest, daß diese Regelungen des *,,humanitären Kriegsvölkerrechts''* unvereinbar sind mit den Richtlinien der NATO: der einkalkulierte Atomwaffenersteinsatz der NATO in Mitteleuropa soll ,,unterschiedslos'' vernichten, ganz ab gesehen von der geplanten nuklearen Eskalation im Rahmen der ,,flexible response''.

Die Atomwaffenstaaten der NATO haben diesen Widerspruch durch Nichtunterzeichnung (Frankreich) oder durch ergänzende Interpretationen, wonach der Atomwaffeneinsatz auch nach diesem Protokoll nicht unter allen Umständen verboten sein dürfe (USA, Großbritannien), zu umschiffen versucht. NATO-Staaten ohne Atomwaffenoption, wie Dänemark und Norgwegen, haben das Zusatzprotokoll rasch und ohne Vorbehalt ratifiziert.

Allein die Bundesrepublik legt sich seit 1977 quer, um mit deutscher Gründlichkeit festschreiben zu lassen, daß dem künftigen Atomkrieg durch diese Zusatzprotokolle keine Grenzen gesetzt sein sollen. Als erster und bisher einziger (derzeitiger) Nichtatomwaffenstaat plant die Bundesregierung mit der Ratifiezierung die Erklärung abzugeben, daß nach ihrem Verständnis *,,die vom ersten Zusatzprotokoll eingeführten Kampfführungsbestimmungen in der Absicht aufgestellt worden sind, auf konventionelle Waffen Anwendung zu finden, unbeschadet sonstiger, für andere Waffenarten anwendbarer Regeln des Völkerrechts.* **Insbesondere beeinflussen, regeln oder verbieten die so eingeführten Bestimmungen nicht den Einsatz von Nuklearwaffen.''**

Diese Erklärung ist schon alleine deshalb eine Unverschämtheit, weil sich der Vertragstext ausdrücklich *,,auf jede Art von Kampfführung''* bezieht, keineswegs also allein auf den konventionellen Krieg.

Darüberhinaus macht die BRD mit ihren Vorbehalten mehreres deutlich: 1. Die BRD behält es sich vor, im Konflikfall Atomwaffen einzusetzen. 2. Die BRD erklärt ihre Bereitschaft, auf den Schutz von Zivilbevölkerung (auf eigenem oder fremden Territorium) im Atomkrieg zu verzichten.

Das hat mehrere Hintergründe: Bekanntlich hat die BRD auf das Ziel, eigene bzw. eine Mit-Verfügung über Atomwaffen zu erreichen, niemals verzichtet. Seit Anfang der 60er Jahre verfügt die Bundeswehr über zahlreiche Atomwaffenträger und über bis zu 1.000 Atomwaffen, die teilweise in ständiger Alarmbereitschaft, d.h. für den Abschuß innerhalb von 15 Minuten bereit gehalten werden. Allerdings könmnen diese Waffen nur mit US-Zustimmung bzw. über einen speziellen US-Code geschärft werden.

Bekannt ist weiterhin, daß die Atomeinsatzpläne der NATO auch vor dem Einsatz auf dem Bundesgebiet nicht halt machen. Dazu gehören nicht nur die Atomminen, die jetzt angeblich nach und nach ausgemustert werden sollen, denn 60 % der Atomwaffen in der BRD haben eine Reichweite von unter 50 km. Anfang der 60er Jahre wurden NATO-Einsatzpläne bekannt, die einen Atomminengürtel längs der DDR-Grenze vorsahen und der OPLAN-Plan, der die atomare Sprengung von Kiel, Gesthacht, des Nordostseekanals und vielen anderen strategischen Einrichtungen vorsah, falls sowjetische Truppen entsprechend auf BRD-Territorium vorrücken sollten. Mit diesen abenteuerlichen Plänen sollte ein weiteres Vorrücken aufs Ruhrgebiet in jedem Fall und sei es zum Preis der eigenen atomaren Vernichtung verhindert werden.

Darüberhinaus führt der Vorbehalt international zu *,,möglicherweise sehr schwerwiegenden Konsequenzen''*, die *,,weder vom Auswärtigen Amt noch vom Verteidigungsministerium verkannt werden.''* (So der SPD-Entwurf einer Stellungnahme des Bundestag-Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle vom 19.9.84) In dieser SPD-Stellungnahme mit dem Aufdruck ,,Verschlußsache — Nur für den Dienstgebrauch'' heißt es weiter: *,,Die Bundesregierung könne ... nicht verhindern, daß andere Vertragspartner Konsequenzen zögen. Für den Fall, daß ein Vertragspartner die Erklärung als Vorbehalt werte und daraufhin die*
daß ein Vertragspartner die Erklärung als Vorbehalt werte und daraufhin die
Feststellung träfe: ,Ich schließe hiermit das Vertragsband aus,' würden die Zusatzprotokolle insgesamt keine Anwendung finden, (Prot. 10/11 f). Minister Wörner hat im Unterausschuß diese Einschätzung bestätigt, (vgl. Wortprotokoll, S. B 36).'' (S. 9) Und weiter vorne: *,,Die Bundesregierung schließt als sowjetische Reaktion auf eine deutsche Nuklear-Erklärung nicht aus, daß dann der Vertrag insgesamt nicht zustandekommt.''* (S. 20)

Damit erinnert die Konstellation um das Genfer Zusatzprotokoll an die Vorphase der Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags (NPT) — auch hier machte die Sowjetunion den Akt der Ratifizierung (und damit faktisch das Zustandekommen des NPT) von der Ratifizierung dieses Vertrags in der Bundesrepublik abhängig. Die Bundesregierung, damals die Große Koalition unter Einschluß der SPD, machte ihrerseits die Zustimmung von zahlreichen Vorbehalten abhängig (u.a. Vorbehalt für eine europäische Atomstreitmacht). Auch hier war — ebenso wie heute beim Nuklearvorbehalt — die Position der totalen Blockade in den Kreisen der Unionsparteien umstritten. Mit 100 Gegenstimmen seitens der CSU und des ,,gaullistischen'' CDU-Flügels wurde der Atomwaffensperrvertrag unter Brandt/Scheel 1974 schließlich ratifiziert. In der Frage des Nuklearvorbehalts hingegen hat sich bislang die harte Linie von Todenhöfer, Wörner & Co auch gegen die Kritik einzelner Abgeordneter der CDU und selbst Stimmen aus dem Verteidigungsministerium (s.o.) durchsetzen können.

Daß die SPD ihre Kritik hieran lieber hinter verschlossenen Türen der Bundestagsausschüsse als ,,Verschlußsache'' und nur ,,für den Dienstgebrauch'' vorträgt, ist allein aus ihrer alten Verstrickung in diese Politik verständlich. Gerade deshalb gehört auch diese Frage an die Öffentlichkeit bzw. auf das geplante Tribunal.

ms, Bonn

Zerbricht der Atomwaffensperrvertrag?

Überprüfungskonferenz in Genf vor Problemen

Es ist hierzulande weitgehend unbekannt, daß die Atommächte USA, Sowjetunion und Großbritannien mit dem Atomwaffensperrvertrag ein Abkommen unterzeichnet haben, das sie in Artikel VI dazu verpflichtet, *,,so früh wie möglich ernsthafte Verhandlungen über effektive Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstug zu führen.''* Praktisch hat man sich darum einen Dreck geschert. Allein in den letzten fünf Jahren wurden die Arsenale der Atomwaffenstaaten ,,explosionsartig'' aufgestockt — bis 1992 will Reagan 17.000 neue Atomwaffen in Stellung haben, 5-6 werden derzeit täglich in den USA neu produziert.

Dementsprechend betrogen müssen sich die meisten der übrigen 120 Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages fühlen, die *ihren* NPT-Verpflichtungen nachgekommen sind und bis heute auf den Erwerb bzw. die Herstellung von Atomwaffen verzichtet haben. Es steht also ein großer Krach ins Haus, wenn Anfang September 1985 alle Unterzeichnerstaaten des NPT in Genf für etwa einen Monat zur 3. Überprüfungskonferenz zusammenkommen, um über die Zukunft oder Nichtzukunft des Atomwaffensperrvertrags zu beraten.

Die Bundesregierung hat bereits erklärt, ein mögliches Zerbrechen des Vertrages (der 1995 ohnehin ausläuft) verhindern zu wollen. Abgesehen davon, daß sich derartiges immer gut macht, spielt der Sperrvertrag tatsächlich eine nicht unbedeutende Rolle bei der Vertuschung des untrennbaren Zusammenhangs von ziviler und militärischer Atomtechnik und hat im übrigen genügend Schlupflöcher, um keine Option zu verbauen (vgl. AK 243).
Und, mit der Gewißheit, im entscheidenden Augenblick doch die Finger an den Atomwaffen zu haben (über die NATO), lassen sich solche Aussagen selbst von dem machen, der weit davon entfernt ist, ganz auf die Atomwaffe zu verzichten.

Andererseits gibt es in der Bundesregierung genügend Stimmen, die diesen Vertrag als ,,Diskriminierung'' bewerten.

Im folgenden ein knapper Ausblick auf die Genfer Konferenz und die angelaufenen Kampagnen der Atomwaffen- und AKW-Gegner(innen).

Schon die 1. Überprüfungskonferenz drohte 1975 wegen der Kontroverse um den Abrüstungsartikel VI ohne Schlußerklärung zu enden. Eine Reihe von Nichtatomwaffenstaaten waren über die mangelnden Fortschritte erbost und forderten ein Atomtest-Moratorium und eine Reduzierung der Trägerraketen, während die USA und die UdSSR auf SALT I verwiesen. (Am Rande: In der Abschlußerklärung dieser Konferenz war die Vereinbarung enthalten, bei Nuklearexporten in Nichtunterzeichnerstaaten deren gesamtes Atomprogramm unter die Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) zu stellen.

Nur drei Wochen nach Abschluß der 1. Überprüfungskonferenz schloß die SPD-geführte Bundesregierung das spektakuläre Atomgeschäft mit dem Nichtunterzeichnerstaat Brasilien ab — ohne entsprechende Kontrollen, versteht sich ...)

Die 2. NPT-Überprüfungskonferenz endete ohne gemeinsame Schlußerklärung. Zu massiv waren die Widersprüche insbesondere in Sachen Artikel VI. *,,Die Atomwaffenstaaten präsentierten das nicht ratifizierte SALT II Abkommen und kleinere Fortschritte in den trilateralen Verhandlungen für den ,Vollständigen Nuklearen Teststopp-Vertrag' (CTBT — Comprehensive Test Ban Treaty) als große Errungenschaft im ,fortlaufenden Verfahren im Sinne von Artikel VI'. Diese Interpretation des Artikels VI war völlig unakzeptabel für die neutralen, nicht angeschlossenen Länder. Sie verlangten ein sofortiges Atomtest-Moratorium bis zum Abschluß eines CTBT. Wie schon 1975 verweigerten die Atomstaaten jegliche Zugeständnisse. Die anderen Länder schlugen vor, die Konferenz bis 1981 zu vertagen, um den Atomstaaten Zeit zu geben, Fortschritte hinsichtlich SALT II und des CTBT zu zeigen. Dieser Vorschlag wurde von den USA stark bekämpft.''* (Aus einem ,,Greenpeace-Info)

Was ist der NPT noch wert?

In den letzten fünf Jahren wurden die Geschäftsgrundlagen des NPT nicht allein durch die nukleare Aufrüstung der Atomwaffenstaaten zerstört. Auch der Artikel IV dieses Vertrages, in dem sich alle Vertragsparteien dazu verpflichten, den ,,weitestgehenden Austausch'' von Atomtechnologie ,,zu erleichtern'', hat sich mittlerweile als energiepolitisch total anachronistisch entpuppt sowie als absolut kontraproduktiv, was die abrüstungspolitischen Zielsetzungen des NPT anbelangt.

So wird der Versuch einer Trennung von ziviler und militärischer Atomenergienutzung zunehmend überlagert von Anstrengungen der Atomwaffenstaaten, auch die Plutoniumbestände ziviler Herkunft der nuklearen Waffenproduktion einzuverleiben. USA, Frankreich und BRD stecken derzeit enorme Gelder in die Forschung der Laser-Isotopentrennung, mit der in einigen Jahren das im AKW anfallende Plutonium auf höchste Waffenreinheit angereichert werden soll.

In allen westlichen Atomwaffenstaaten und in der BRD wird zudem die energiepolitisch unsinnige Schnelle-Brüter-Technik vorangetrieben, die in Frankreich (Stichwort: Malville) in erster Linie die sonst im Militärhaushalt anfallenden Kosten auf die Stromverbraucher umlenken soll: der teure Brüter erzeugt gleichzeitig Strom und (im Brutmantel) hochkarätiges Waffenplutonium.

Speziell die Bundesrepublik hat den Sperrvertrag konterkariert durch besonders privilegierte Nuklearbeziehungen zu den Ländern, die diesem Vertrag aus unzweideutigen Gründen nicht beigetreten sind (Südafrika, Brasilien, Argentinien, Pakistan usw.). Kein anderes Land der Welt hat zudem die besonders sensiblen Bombentechnologien (WAA — und Urananreicherungstechnik) mit vergleichbarer Großzügigkeit in alle Welt verschickt. Und allein 115 Nuklearforscher aus Ländern der Dritten Welt, die dem Sperrvertrag nicht beigetreten sind, arbeiten — mit Stand Oktober 1984 — in bundesdeutschen Kernforschungszentren, darunter Nukleartechniker aus Südafrika, Pakistan, Argentinien und Brasilien. Schließlich aber nicht zuletzt wird der Atomwaffensperrvertrag seit einigen Jahren ganz entscheidend ausgehöhlt durch das Bestreben Bonns, sich über die französisch-deutsche Achse der langersehnten ,,Europäischen Atomstreitmacht'' Stück um Stück zu nähern.

Zwar haben in der Vergangenheit Bonner Größen wie der ehemalige Europapolitiker Bangemann gerne zum Besten gegeben, daß eine Europäische Atomstreitmacht, da sie *,,ja sogar zu einer Verminderung der Zahl der Atomwaffenstaaten führen würde, dem Vertragswerk selbst nicht widersprechen''* könne, sondern *,,vielmehr geradezu im Sinne dieses Vertrages''* liege (so am 20.2.1974 anläßlich der NPT-Ratifizierung im Bundestag), aber Tatsache ist, daß die Voraussetzungen für eine ,,Europäische Atomgemeinschaft'' im Rahmen des NPT (über einseitige US-Interpretationen) außerordentlich hoch geschraubt wurden, um genau dies zu verhindern. (Schon Mitte der 60er Jahre blockierte die UdSSR solange die NPT-Gespräche mit den USA, bis diese schließlich erklärt hatte, ihr Projekt einer Multinationalen Atomstreitmacht (MLF) unter Einschluß der BRD ersatzlos fallenzulassen.)

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß der Atomwaffensperrvertrag gescheitert ist: a) an seiner widersprüchlichen Konstruktion (Verhinderung der Atomwaffenausbreitung durch Ausbreitung der Atom(waffen)technologien) und b) an der Weigerung der Atommächte (insbesondere USA und Großbritannien), den Artikel VI dieses Vertrages ernst zu nehmen.

Internationale Kampagnen zu Genf

Ein erstes internationales Treffen zur Vorbereitung auf ,,Genf'' wurde im Januar 1985 in den Brüsseler Räumen des Europaparlaments auf Einladung von WISE (World Information Service on Energy) und der grün-alternativen Allianz (GRAEL) durchgeführt. Unter den ca. 60 Teilnehmern aus neun westeuropäischen Ländern und den USA waren als Organisationen insbesondere WISE, Greenpeace und Friends Of The Earth, sowie Anti-Proliferations-Organisationen aus den USA und Großbritannien vertreten. Aus der Bundesrepublik nahmen Vertreter der Atommüllzeitung, der Grünen und der BI Hanau an dem Treffen teil. In der komplizierten Materie ,,Atomwaffensperrvertrag'' einigte man/frau sich darauf, diesen Vertrag — trotz seiner klar zu benennenden Schwächen und Widersprüche — dennoch als ,,Instrument im Kampf für die weltweite Abschaffung von Atomwaffen und als Ansatzpunkt zur Aufklärung über den Doppelcharakter der Atomenergie'' nutzen zu wollen. In der Frage des konkreten Herangehens an die Genfer Konferenz konnte kein Konsens erzielt werden:

Greenpeace und andere Organisationen vornehmlich aus den USA und Großbritannien werden in den Mittelpunkt ihrer internationalen Kampagne die Forderung nach einem umfassenden Teststoppvertrag (CTBT - Comprehensiv Test Ban Treaty) stellen. Über eine gezielte Lobbyarbeit bei diversen Regierungen und vor Ort in Genf will Greenpeace die USA mit dem Problem konfrontieren, entweder Schritte in Richtung auf den CTBT anzusteuern oder den Bruch des NPT zu riskieren.

Dieser Ansatz ist insofern naheliegend, als bereits 1975 und 1980 die Forderung nach Beendigung aller explosiven Atomwaffenversuche im Zentrum dessen stand, was als minimale Bedingung für die Einwilligung der Atommächte in Artikel VI gefordert wurde. Greenperace schreibt hierzu in seinem ,,NPT-Hintergrundbericht Nr. 2'': *,,Die dem NPT angeschlossenen Nichtatomstaaten halten aus folgenden Gründen einen CTBT für unbedingt erforderlich:*

1.) Ein CTBT würde das Wettrüsten der Supermächte durch die Beschränkung vor qualitativen Fortschritten in den Atomarsenalen bremsen. Für die Atomwaffenländer sind Explosionsversuche grundlegend für die Entwicklung von neuen und die Modifikation von alten Kernwaffen. Obwohl beim Entwerfen von Waffen heutzutage Computeranalysen und Laborsimulatoren verwendet werden, würden ohne Versuchsexplosionen neue Waffen nie produziert und stationiert werden.

2.) Ein CTBT wäre eine wirksame Kontrollmaßnahme gegen die Verbreitung von Kernwaffen in weitere Länder. Kein Staat kann sich auf die Tauglichkeit seiner Atomwaffen verlassen, ohne sie vorher erprobt zu haben.

3.) Sollte der politische Wille vorhanden sein, würden ein CTBT und ein Moratorium für Versuche mit atomaren Sprengköpfen in einer relativ kurzen Zeit zustandekommen. Man sieht dies als ,wichtige erste Schritte', die ein günstiges Verhandlungsklima für Abrüstungsverhandlungen schaffen würden.''

Nicht berücksichtigt werden kann bei dieser Kampagne, daß die Bundesrepublik und andere Staaten mit großen Krokodilstränen Kritik an der Nichteinlösung des Artikels VI vorbringen (womögich vordergründig gewendet gegen die Sowjetunion), um dahinter die eigenen Untaten in Sachen Weiterverbreitung zu verstecken. Zudem wird eine Lobby-Arbeit im Greenpeace-Stil Rücksicht zu nehmen haben auf die Pro-AKW-Position der meisten der in Genf versammelten Delegationen. Der andere Ansatz (organisatorisch repräsentiert durch WISE und dem Comite Paix Geneve) beabsichtigt, im Vorfeld und parallel zur Genfer Konferenz gleichermaßen unter Anklage zu stellen
— die Aufrüstungspolitik der Großmächte (hier ist die konkrete Stoßrichtung der Kritik unklar)
— die militärischen, ökonomischen, sozialen und politischen Konsequenzen der Atomexporte in 3.-Welt-Länder
— die Ansätze zur Errichtung einer Westeuropäischen Atomstreitmacht.

Bundesweite Alternativkonferenz am 6.-8. September 1985

Der Kurs der Bundesregierung bzgl. Genf ist schon abgesteckt: Betonung der Notwendigkeit weiterer Atomexporte, Betonung der originellen Parole ,,Frieden schaffen mit immer weniger Waffen'' bei größtmöglicher Unterstützung der US-Position, ansonsten möglichst unschuldig gucken und Genf unauffällig über die Bühne bringen.

Um diese Rechnung zu durchkreuzen, bereiten seit Januar 1985 diverse Organisationen und einzelne Initiativen aus der Friedens-, Anti-AKW- und 3. Welt-Solidaritätsbewegung eine tribunalähnliche Konferenz vor zum Thema: ,,Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die Bundesrepublik Deutschland.''

Der Unterstützerkreis für diese Konferenz umfaßt bisher zwar eine Reihe namhafter Gruppen aus dem grünen und links-sozialdemokratischem Spektrum — die nötige Verankerung und Resonanz in den diversen anzusprechenden Bewegungen scheint aber bisher zu fehlen. Dies sollte sich möglichst rasch ändern — in absehbarer Zeit wird sich kaum eine bessere Gelegenheit bieten
— die militärische Dimension der Hanauer Anlagen, der Plutoniumfabrik in Wackersdorf und des Kalkar-Brüters
— die Kriegsvorbereitungen im westeuropäischen Rahmen und
— die unvergleichbar skrupellose Nuklearexportpolitik der Bundesregierung herauszustellen und zu diskutieren.

ms, Bonn

Nächstes Vorbereitungstreffen zur bundesweiten Alternativkonferenz: Samstag, den 20.4.1985 ab 11.00 in Bonn, Kessenicher Hof, Mechenstr. 55 (Tel.: 0228/238530) Kontakt: M. Küntzel, Tel. 0228/169112.

Hintergrundpapiere zum NPT und zur Genfer Konferenz sind erhältlich über Greenpeace, Hohe Brücke 1, 2000 Hamburg 11, Tel.: 040/3612080.

Ein umfangreicher Reader zum Thema (incl. einer Zusammenstellung der internationalen Aktivitäten) ist erhältlich über WISE Amsterdam, P.O. Box 5627, 1007 AP Amsterdam, NL.

...TRETEN WIR WEITERHIN FÜR DIE SOGENANNTE NULL-NULL-LÖSUNG EIN. WIR FORDERN ALSO DEN RADIKALEN ABBAU SÄMTLICHER ATOMWAFFEN, SOWOHL IN DER SOWJETUNION ALS AUCH IN DER UDSSR!!...

KIEF

Raus aus der NATO oder Alternative zur NATO?

Zur Diskussion in der Friedensbewegung um die Forderung nach einem einseitigen NATO-Austritt der BRD

„BRD — raus aus der NATO" — diese so logische wie überlebensnotwendige Forderung hat sich bislang in der Friedensbewegung nicht durchsetzen können. Angezweifelt wird die „Realitätstüchtigkeit" der Forderung; befürchtet wird ein Vordringen nationalistischer Strömungen in der Friedensbewegung; Debatten werden geführt, ob nicht zuvörderst für die „Auflösung der Blöcke" gestritten werden müsse und Debättchen über „alternative Verteidigung". Der folgende Text enthält eine Auseinandersetzung a) mit diesen und anderen populären Einwänden aus dem Milieu der Friedensbewegung gegenüber der Forderung nach einem einseitigen Austritt der BRD aus der NATO bzw. Annahme dieser Forderung durch die gesamte offizielle Bewegung und b) mit einigen friedens- und sicherheitspolitischen Alternativen, die z.T. bewußt in Konkurrenz zum Austritt aus der NATO formuliert wurden und verstanden werden. In diesem Zusammenhang wird geprüft, inwieweit diese Konzepte tatsächlich alternativ zum NATO-Austritt stehen. Abschließend werden die mit der Austrittsforderung verbundenen politischen Perspektiven für die Friedensbewegung erörtert.



Raus aus der NATO! — Nur eine Parole für eine Minderheit?

Was ist heute „realistisch"

Der zweifelsohne heute populärste Einwand lautet, daß es der Forderung „Raus aus der NATO" sehr an Realitätstüchtigkeit mangele. Dies soll nicht bestritten werden. Bestritten werden soll jedoch, daß eine politische Forderung *per se* unrealistisch sein kann sowie, daß der Vorwurf mangelnder Realitätstüchtigkeit heute ein taugliches Kriterium für die Annahme oder Ablehnung einer politischen Forderung darstellt. Die Realitätstüchtigkeit einer Forderung wird durch das politische Bewußtsein der Bewegung, die für ihre Realisierung eintritt, durch das Ausmaß der Bereitschaft und Fähigkeit dieser Bewegung, ihre Vorstellungen gegen den politischen Kontrahenten durchzusetzen sowie durch die Entwicklung des (nicht nur politischen) Kräfteverhältnisses zwischen Oppositionsbewegung und „herrschendem Block" bestimmt. Eine politische Vision darf für sich das Etikett der Realitätstüchtigkeit beanspruchen, wenn ihre Einlösung als konkrete Realität erfolgt oder aber unmittelbar bevorsteht und damit absehbar wird.

Stimmt mensch der hier skizzierten Definition von Realitätstüchtigkeit zu, so darf ketzerisch angemerkt werden, daß auch der alte „Minimalkonsens" der Friedensbewegung, gemessen an dem, was sie real davon einlösen konnte, nicht gerade realitätstüchtig war. Zwischen dem Anfang 1980 von der

dem, was sie real davon einlösen konnte, nicht gerade realitätstüchtig war. Zwischen dem Anfang 1980 von der

Bewegung postulierten Ziel und den von der Gegenseite bislang geschaffenen Tatsachen besteht eine unübersehbare Kluft. „Realistische Kreise" der Friedensbewegung hatten bereits nach den Wahlen vom 6. März, die die „Wende-Koalition" eindrucksvoll bestätigten, konstatiert, daß die Stationierung nicht mehr zu verhindern sei. Jedenfalls nicht mit *dieser* Bewegung. Obwohl diese Bewegung seither weiter an Kraft und Durchsetzungsvermögen verloren hat, ist noch niemand auf den Gedanken verfallen, die Forderung nach einem Stopp des Stationierungsprozesses und dem Abbau der bereits stationierten Systeme (eine Forderung, die heute hinsichtlich der Möglichkeiten ihrer Durchsetzung unrealistischer als jemals zuvor anmutet) als „utopisch" und für die Bewegung „unannehmbar" zu denunzieren. Wer über die Realitätstüchtigkeit von politischen Forderungen und Visionen diskutieren will, der muß sich zuallererst mit dem Zustand der Bewegung befassen. Denn allein daran läßt sich messen, wie realitätstüchtig die jeweilige Forderung und Vision ist.

Das Dilemma, mit dem sich die Friedensbewegung konfrontiert sieht, ist seit ihrer Entstehung, daß sich alle ihre Vorstellungen — jedenfalls soweit sie reale Abrüstungsschritte beinhalteten — gemessen an dem, was davon eingelöst werden konnte, als unrealistisch erwiesen haben. Dies gilt gleichermaßen für Forderungen nach einseitiger *Abrüstung* wie für Forderungen, die lediglich den Stopp weiterer (einseitiger) *Aufrüstung* zum Gegenstand hatten. Auch Vorstellungen, die auf Abrüstung als in Ost und West parallel zu erfolgendem Prozeß abstellten, war kein Erfolg beschieden, ja nicht einmal eine neue Runde „kooperativer Rüstungssteuerung" (d.h. „limitierte *Aufrüstung*") ist in Sicht.

Erfolge konnte die Friedensbwegung bislang lediglich auf der propagandistischen Ebene erzielen. Hier gelang es ihr z.T., Brüche im ideologischen Massenkonsens in Sachen Sicherheitspolitik zu erzeugen. Nichts anderes kann in den nächsten Jahren mit der Forderung nach einem NATO-Austritt intendiert werden.

den nächsten Jahren mit der Forderung nach einem NATO-Austritt intendiert werden.

Der Logik des Einwands, die Austrittsforderung sei nicht realitätstüchtig und *deshalb* für die Bewegung nicht annehmbar, folgend, sowie in Anbetracht der aktuellen Schwäche der Bewegung könnte mensch nur noch solche Vorstellungen postulieren, die mit den Umrüstungsplänen der NATO-Militärs korrespondieren (etwa den Abzug aller Atomraketen und nuklearen Systeme kurzer und kürzerer Reichweite aus der Bundesrepublik — eine Maßnahme, die von der NTAO im Rahmen ihrer Bemühungen um eine weitgehende „Konventionalisierung" der grenznahen Kriegsführung bereits wiederholt angekündigt wurde und die zwar „nukleare Abrüstung" in einem bestimmten Bereich der Kriegsführung bedeutet, jedoch zugunsten der Wiedererlangung von Kriegs*führungsfähigkeit* entlang der „europäischen Zentralfront"). Solche Forderungen sind in der Tat realitätstüchtig, nur ist ihre Realisierung nicht Ausdruck einer „Stärke" der Friedensbewegung. Sie haben nicht nur keinen friedenspolitischen Wert, sondern sind vielmehr Produkt der Suche nach neuen Kriegsführungspositionen.

Droht ein neuer Nationalismus?

Von Teilen der Friedensbewegung wird kritisch angemerkt, daß mit der Forderung „Raus aus der NATO" nationalistische Geister in der Bewegung geweckt werden könnten bzw. eine Austrittsbewegung unter rechtsnationalistische Hegemonie geraten könnte.

Dem ist entgegenzuhalten:

— Das Problem des Nationalismus besteht für die Friedensbewegung seit der Verkündung des „Nach"rüstungsbeschlusses. Es war in gewissem Ausmaß sogar Bestandteil des alten „Minimalkonsenses". Mensch erinnert sich vielleicht noch an die zahllosen Pamphlete, in denen von *amerikanischen* Raketen, der („nicht souveränen") *deutschen* Regierung *aufgezwungen* bzw. von einer *Geiselfunktion* der BRD gegenüber der NATO-Vormacht USA die Rede war.

ner Geiselfunktion der BRD gegenüber der NATO-Vormacht USA die Rede war.

— Niemand im „herrschenden Block" erwägt heute einen NATO-Austritt der Bundesrepublik, etwa um eine eigenständige Großmachtpolitik verfolgen zu können. Mit dem Nationalismusverweis eng verquickt ist ja die Befürchtung, ein NATO-Austritt der Bundesrepublik könnte eine nuklear gerüstete deutsche Großmacht auf den Plan setzen. Im Gegenteil: Es ist gerade die konservative Rechte, die die Zustimmung zur NATO-Einbindung der BRD zu einer Frage der Staatsräson erhebt.

Eine Bewegung gegen die NATO-Einbindung der Bundesrepublik wird sich somit notwendigerweise gegen den „herrschenden Block" und die politische Rechte zu wenden haben und unter systemoppositionellen progressiven Vorzeichen formieren. Dabei läßt sich natürlich nicht mit letzter Gewißheit ausschließen, daß sich unter eine Austrittsbewegung auch nationalistische Elemente mischen könnten. Nur: wie „realitätstüchtig" ist dieser Nationalismus und inwieweit ist er für die großmachtpolitischen Ambitionen des „herrschenden Blocks" instrumentalisierbar, angesichts der Tatsache, daß er die Voraussetzungen für bundesrepublikanische Großmachtpolitik in der Welt von heute infrage stellt? Denn NATO- und EG-Mitgliedschaft schaffen erst den außenpolitischen (und darüber vermittelt auch außenwirtschaftlichen) Spielraum, den die BRD gegenüber der „Dritten Welt" und der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) besitzt und genießt. Ein Austritt würde die BRD von den militärischen Potentialen (und wahrscheinlich auch von den politischen und ökonomischen Potenzen) der anderen westlichen Staaten abkoppeln sowie sie aus der internationalen „sicherheitspolitischen" Arbeitsteilung der NATO (insbesondere gegenüber der „Dritten Welt") auskoppeln. Das Ergebnis wäre eine *Schwächung* der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt und der WVO, durch Verlust außen- und weltpolitischer Druckmittel.

Aus der Sicht des „herrschenden Blocks" ist somit ein NATO-Austritt keine erwägenswerte Option und Alternative zum Status Quo. Und die Nationalisten, die sich eventuell einer Austrittsbewegung anschließen wür-

ternative zum Status Quo. Und die Nationalisten, die sich eventuell einer Austrittsbewegung anschließen wür-

den, wären wahrscheinlich weniger Nationalisten aufgrund großmachtpolitischer Ambitionen, denn aus Furcht um die Vernichtung ihres „Vaterlandes" in einem kommenden Krieg, von dem sie meinen, daß er nicht im „natürlichen Interesse ihres Volkes" sein könnte. Mit einem derartigen Nationalismus läßt sich aber keine Großmachtpolitik betreiben; er darf also sowohl seitens des „herrschenden Blocks" als auch seitens der „Linken" getrost vernachlässigt werden.

Auch im Vokabular der Graswurzelbewegung entdeckte mensch manches Mal nationalistische Töne. Aber was will der „herrschende Block" mit Leuten anfangen, die noch nicht einmal verstehen, daß die Androhung (und gegebenenfalls auch Anwendung) militärischer Gewalt Voraussetzung für die Durchsetzung außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessen ist?

Selbst eine *außerhalb* der NATO nuklear aufgerüstete BRD — abgekoppelt von den nuklearen Arsenalen der USA und der westeuopäischen NATO-Staaten — stünde heute weltpolitisch *schwächer* da, als eine NATO-integrierte „konventionelle BRD". Nicht umsonst forderte Koller in der „Europäischen Wehrkunde", daß die USA und die anderen NATO-Staaten der BRD die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen gewähren (was einen erheblichen Unterschied bedeutet zu einem bundesrepublikanischen *Austritt* aus der NATO, dem *dann* die nukleare Bewaffnung, *abgekoppelt* von der NATO, folgt) und CSU-Todenhöfer eine „europäische Nuklearstreitmacht mit *amerikanischem Kern*".

Soll die nukleare Aus- und Aufrüstung der BRD den Zweck verfolgen, ihr *zusätzliche* außenpolitische Druckoptionen zu verleihen, so gibt sie nur einen Sinn, wenn sie im Rahmen der NATO und angekoppelt an das eurostrategische Arsenal der NATO erfolgt. In Anbetracht des globalen und eurostrategischen nuklearen Kräfteverhältnisses dürfte die BRD selbst bei allergrößten Anstrengungen bestenfalls dazu in der Lage sein, eine stark eingeschränkte Zweitschlagskapazität aufzubauen (mit begrenztem Abschreckungswert). Wahrscheinlich würde nicht einmal dies gelingen. Selbst die Westeuropäer zusammengenommen, d.h. vor allem die westeuropäischen Nuklearmächte Großbritannien und Frankreich zuzüglich einer nuklear bewaffneten Bundesrepublik, hätten nie die Chance, abgekoppelt von den USA gegenüber der Sowjetunion eine nukleare Streitmacht aufzubauen, die über strategische Flexibilität und Eskalationsdominanz verfügen würde, was jedoch die Voraussetzung für eine offensive politische Anwendung atomarer Macht („Abschreckung") ist. Selbst Frankreich hat ja seine Pläne einer von den USA unabhängigen europäischen Nuklearstreitmacht vor dem Hintergrund der Entwicklung des nuklearen Kräfteverhältnisses zwischen „den Großen" weitgehend aufgegeben und den „Doppelbeschluß" im Sinne der Wiederherstellung einer „Verkoppelung" zwischen dem europäischen Kriegsschauplatz und den USA bzw. ihrem nuklearstretegischen Arsenal ausdrücklich begrüßt. Spätestens mit der sowjetischen Modernisierung im eurostrategischen Bereich wurde die Krise der französischen Nukleardoktrin und der französischen Nuklearstreitkräfte evident.

Gibt es eine Alternative zum NATO-Austritt?

Nahezu sämtlichen alternativ zum NATO-Austritt diskutierten Vorstellungen ist gemein, daß sie bei näherer Betrachtung das vorherige Ausscheren der BRD zumindest aus der militärischen Integration zur *Voraussetzung* haben. Im folgenden soll dies anhand einiger dieser Vorstellungen nachgewiesen und erläutert werden.

Das Modell der „Sicherheitspartnerschaft" geht davon aus, daß aufgrund der militärtechnisch gegebenen Situation in Mitteleuropa der Krieg als Fortsetzung der Politik jeglichen Sinn verloren hat, da hier jeder militärische Konflikt schon nach wenigen Tagen zu einem Krieg eskalieren dürfte, der zumindest die weitgehende Vernichtung der „frontnahen" europäischen Staaten bedeuten würde. Ein Dilemma an dem im übrigen auch die beabsichtigte weitgehende „Konventionalisierung" der grenznahen Kriegsführung bzw. das „Airland-Battle"-Konzept wenig ändern dürfte. Bloße Umrüstung und Strategiemodifizierung nützt diesbezüglich wenig, zumal bis zum Kriegsausbruch selbst unklar bleiben dürfte, ob, und wenn ja, inwieweit sich der Gegner auf die Logik der eigenen Kriegsführung tatsächlich einläßt.

ob, und wenn ja, inwieweit sich der Gegner auf die Logik der eigenen Kriegsführung tatsächlich einläßt.

„Airland-Battle" ist zunächst einmal eine „Reißbrettstrategie" und zudem ein konzeptioneller Versuch, aus einem Dilemma auszubrechen aus dem zumindest die westeuropäischen NATO-Staaten gar nicht mehr ausbrechen können.

Das Streben nach strategischer Superiorität gegenübr dem Kontrahenten, wie es z.Zt. offizielles Programm der amtierenden US-Administration ist und wie es von den westeuropäischen Staaten unterstützt wird (da nur die Fähigkeit der USA zur erfolgreichen Kriegsführung gegen die Sowjetunion, auch für den Fall eines nuklearstrategischen Schlagabtausches, den US-„Sicherheitsgarantien" — inklusive der „Nukleargarantie" — für Westeuropa „Glaubwürdigkeit" verleiht), widerspricht dem Gedanken der „Sicherheitspartnerschaft" und ist seiner Realisierung abträglich. Es wird ergo keine „Sicherheitspartnerschaft" mit den USA geben können. Notwendig ist aber auch ein Bruch mit der offiziellen bundesrepublikanischen „Sicherheitsdoktrin", die „Sicherheit" nur im Falle der Verkoppelung mit den USA gewährleistet sieht, die wiederum, soll sie „glaubwürdig" sein und „funktionieren", die Überlegenheit der USA und der NATO gegenüber der Sowjetunion und der WVO voraussetzt, um ein „sicherheitspartnerschaftliches" Verhältnis zwischen Westeuropa und Osteuropa und der Sowjetunion zu etablieren. „Sicherheitspartnerschaft" fordert somit die Abkoppelung von der NATO-Vormacht USA und den Bruch mit der bundesrepublikanischen „Sicherheitsdoktrin". Beides würde jedoch zumindest einer Aufkündigung der bundesrepublikanischen Mitgliedschaft in der militärischen Integration der NATO gleichkommen.

Nicht von ungefähr haben die europäischen Staaten, die heute schon ein „sicherheitspartnerschaftliches" Verhältnis zur Sowjetunion unterhalten (Finnland, Österreich) gemeinsam, daß sie *nicht* Mitglied der westlichen Militärallianz sind. Eine auch nur „Österreichisierung" der Bundesrepu-

Fortsetzung nächste Seite

Antimilitarismus

blik ist bei Aufrechterhaltung der NATO-Mitgliedschaft undenkbar. „Sicherheitspartnerschaft" wird es mit der NATO und den USA nur unter der Voraussetzung geben — und dann eben nicht als gegenseitig akzeptiertes System —, daß es der Sowjetunion gelingt, jeden Aufrüstungsschritt der NATO erfolgreich zu paralysieren, jede neue Kriegsführungsoption (z.B. „Star Wars") glaubwürdig ad absurdum zu führen. Genau besehen wäre dies ein Votum für ein weiteres Wettrüsten zwischen Ost und West, aber sicherlich kein Ausweg aus der tödlichen Rüstungsdynamik der Blockstruktur.

Auch eine „defensive Umrüstung" der Bundeswehr würde die Mitgliedschaft der BRD in der militärischen Integration der NATO infrage stellen. Denn die enge Truppenverzahnung in der NATO-Integration, die multinationale „frontnahe" „Vorneverteidigung" gegen die „erste WVO-Welle" auf dem Territorium der Bundesrepublik, quasi das Kernstück der Bündnisstrategie und der Bündnissolidarität verlangt eine zumindest ähnliche Bewaffnung aller hier eingesetzten Korps. Eine „defensive Umrüstung" der Bundeswehr innerhalb der NATO wäre nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die USA ihre hier stationierten Expeditionsverbände ebenfalls zu einer defensiven „Heimatschutzarmee" umrüsten würden.

Eine partielle „Defensivierung" der NATO-Strategie und der Bundeswehr, abgekoppelt von der Aufkündigung der NATO-Mitgliedschaft zu fordern, läuft zudem Gefahr, von der NATO für offensive und Kriegsführungsabsichten vereinnahmt zu werden. In den NATO-Stäben interpretiert und rezipiert man derartige Vorstellungen als (willkommene) Ergänzungen zu den Vorhaben der „Falken". Jede Offensivstruktur und -strategie benötigt auch defensive Komponenten, um etwa gegen Gegenangriffe auf die Flanken und den Nachschub gewappnet zu sein. Die Fähigkeit zur Defensive wird somit zur Voraussetzung für eine mit Erfolgsaussichten geführte Offensive. Gerade die Kombination von defensiven und offensiven Komponenten führt zur erheblichen Verstärkung von Kriegsführungskapazitäten und erhöht auf diese Weise die Möglichkeit des Kriegsausbruchs, wenn sich eine Seite dazu in der Lage sieht, das „System der gegenseitigen Abschreckung" zu unterlaufen. Dies erschwert wiederum die Etablierung eines „sicherheitspartnerschaftlichen" Verhältnisses. Weit von den Hebeln der Macht entfernt werden SPD und Friedensbewegung keinen Einfluß auf das Wie einer defensiven Umrüstung und ihr Verhältnis zu anderen Elementen der NATO-Strategie nehmen können. Die SPD und die Friedensbewegung würden somit Gefahr laufen, zum unverhohlenen Propagandisten eines bestimmten Teils eines insgesamt viel umfassenderen Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungsprogramms zu avancieren.

Die „defensive Umrüstung" der Bundeswehr innerhalb der NATO und

gesamt viel umfassenderen Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungsprogramms zu avancieren.

Die „defensive Umrüstung" der Bundeswehr innerhalb der NATO und

d.h. auch bei Beibehaltung der „fremden" Truppenkontingente, der Nuklearwaffen etc. auf dem Territorium der BRD würde des weiteren die Gefahr einer „negativen Arbeitsteilung" in sich bergen. Theoretisch wäre ja ein Kompromiß denkbar, wie er z.Zt. bezüglich FOFA und „Airland-Battle" in der NATO ohnehin diskutiert wird: der Bundeswehr würde die „defensive" Aufgabe der Bekämpfung der „ersten Welle" der WVO zufallen, während die USA und andere NATO-Staaten für Offensiven in die Tiefe des gegnerischen Raumes verantwortlich zeichnen könnten. An einer offensiven Ausrichtung der NATO würde die vermeintliche „defensive Umrüstung" der Bundeswehr von daher nichts ändern.

Wahrscheinlich würde jedoch schon die „defensive Umrüstung" der Bundeswehr, jedenfalls dann, wenn sie konsequent verstanden wird, die Auflösung der militärischen Integration der NATO zur Folge haben, zumal die Bundeswehr die wichtigste europäische NATO-Armee ist. Das Konzept der multinationalen integrierten „Vorneverteidigung" wäre nur noch schwerlich zu praktizieren; NATO-Truppen anderer NATO-Staaten, die heute auf dem Territorium der Bundesrepublik stehen, wären im Rahmen eines konsequenten Defensivkonzeptes dysfunktional.

Einer faktischen Abkoppelung von den anderen westeuropäischen NATO-Staaten und insbesondere den USA sowie einer Auflösung der multinationalen integrierten „Vorneverteidigung" käme der Abzug der „fremden Truppen" aus der BRD gleich. Daß ein solcher Rückzug von NATO-Truppen auf ihre jeweiligen Heimatterritorien die Auflösung der militärischen Integration der NATO bedeuten würde, versteht sich von selbst. Gleiches gilt wahrscheinlich selbst schon für den Fall des vollständigen Abzugs aller Nuklearwaffen vom Boden der Bundesrepublik, eine Forderung, die ja Bestandteil des neuen Minimalkonsenses der Friedensbewegung ist. Zum einen würde ein Abzug aller Nuklearwaffen eine Ändeng der NATO-Strategie erzwingen, da ein Teil der „euronuklearen Ebene" der Triade wegfallen würde. Des weiteren würde ein solcher Abzug die Bundesrepublik von der US-„Nukleargarantie" weitgehend abkoppeln, das konventionelle Potential der Westeuropäer und das nuklearstrategische Potential der USA wären auf dem Territorium der BRD faktisch entkoppelt. Damit würde jedoch ein zentrales Kettenglied der transatlantischen deutsch-amerikansichen Allianz wegfallen, was wiederum zumindest eine Relativierung der militärischen Integration zur Folge haben dürfte. Wahrscheinlich ist dieses Ansinnen ohne Aufkündigung der NATO-Mitgliedschaft und -loyalität nicht zu realisieren, weil schon die vollständige Entnuklearisierung des „Frontstaates" BRD das militärische Bündnis NATO im Kern angreifen würde.

Selbst unter der Voraussetzung eines Festhaltens an der Notwendigkeit einer militärischen „Landesverteidigung" für die Bundesrepublik müssen Alternativen (eben auch militärische wie die „defensive Umrüstung" oder die „nicht-nukleare Verteidigung") den Bruch mit der NATO und ihren Institutionen, d.h. das Ausscheren aus der westlichen Militärallianz, zum Inhalt haben. Konzepte konsequent gewaltfreier Verteidigung (aber auch solche, die Elemente sozialer Verteidigung mit Elementen defensiver militärischer Verteidigung kombinieren) blieben hier bewußt unberücksichtigt. Denn daß diese mit den USA und der NATO nicht zu realisieren sind, dürfte unstrittig sein.

Für eine Strategie konsequenter einseitiger Abrüstung

Eine Strategie konsequenter einseitiger Abrüstung wird zwangsläufig auch die NATO-Mitgliedschaft der BRD thematisieren und infrage stellen müssen. Unter einer Strategie konsequenter einseitiger Abrüstung (die nur national und nicht von der gesamten NATO in Angriff genommen werden kann) wären — was die Friedensbewegung betrifft — Abrüstungsforderungen zu verstehen, deren Einlösung nicht an entsprechende „Gegenleistungen" der „anderen Seite" gekoppelt werden, auch wenn damit mittel- bis langfristig die Initiierung eines multinationalen und „mehrseitigen"/„blockübergreifenden" Abrüstungsprozesses intendiert sein mag. Es versteht sich von selbst, daß es hierzu keiner Verhandlungspolitik bedarf. Über einseitige Abrüstungsmaßnahmen muß man nicht und kann man nicht verhandeln. Diesbezügliche Verhandlungen würden nur dann einen Sinn geben, wenn einseitige Maßnahmen als politisches Druckmittel verstanden werden, die die „andere

maßnahmen muß man nicht und kann man nicht verhandeln. Diesbezügliche Verhandlungen würden nur dann einen Sinn geben, wenn einseitige Maßnahmen als politisches Druckmittel verstanden werden, die die „andere

Seite" zu entsprechenden (oder gar, etwa „bedingt" durch divergierende Bedrohungsanalysen bzw. Analysen des militärischen Kräfteverhältnisses, darüber hinausgehenden) „Gegenleistungen" zwingen sollen (per Entzug der „Legitimität" ihrer Rüstungs- und Militärpolitik), in dem Wissen und mit dem bewußten Kalkül, daß die „andere Seite" politisch, ökonomisch und militärisch schwächer dasteht und folglich für sie „entsprechende" Abrüstungsmaßnahmen eine viel einschneidendere Wirkung zeitigen könnten.

Die Strategie der einseitig-unabhängigen Abrüstung wird die Frage der NATO-Mitgliedschaft jedoch nicht umschiffen können. Theoretisch wäre natürlich ein Vorgehen denkbar, daß, in Form etwa eines Etappenmodells, der Forderung nach einem einseitigen „Einfrieren" des Rüstungshaushaltes die Forderungen nach Abzug aller Nuklearwaffen vom Boden der Bundesrepublik, dem Abzug aller „fremden" Truppen und einer defensiven Umrüstung der Bundeswehr folgen läßt, ohne dabei deutlich zu machen, daß spätestens der zweite Schritt die NATO-Mitgliedschaft zwangsläufig zur Diskussion stellen würde. Ein derartiges Vorgehen („von hinten durch die Brust ins Auge") ließe sich dergestalt begründen, daß die Forderung etwa nach Atomwaffenfreiheit der BRD erheblich populärer und für viele Menschen eher zugänglich sei, als die „barsche" Forderung nach einem NATO-Austritt, andererseits jedoch schon die Atomwaffenfreiheit den NATO-Austritt auf die Tagesordnung setzen könnte. Dabei wird jedoch vergessen, daß unabhängig davon, ob die Friedensbewegung die NATO-Frage propagandistisch aufwirft, die Gegenseite dies auf jeden Fall tun wird, allein schon aus dem simplen Grund, daß ihr natürlich nicht entgangen ist, welche etwaigen Auswirkungen die Einlösung dieser Forderungen auf die NATO-Integration der BRD zeitigen könnten. Zudem hat ja auch die Denunzierung und Stigmatisierung des politischen Gegners als „Neutralisten" etwas „abschreckendes" an sich. Wir haben dies alles bereits anläßlich der „Nach"rüstungsdebatte im Herbst '83 verfolgen können, als selbst die SPD, bedingt durch ihr laues „Nein" zum Einstieg in den Stationierungsprozeß, sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen mußte, der NATO-Mitgliedschaft als Kernstück westdeutscher Staatsräson abzuschwören. Es ist ja auch gar nicht zu leugnen, daß der Nichtvollzug der Stationierung durch den bedeutenden NATO-Partner BRD zumindest eine schwere Krise im Bündnis provoziert hätte. Wahrscheinlich hätte sogar in einem solchen Fall die Militärorganisation der NATO zur Disposition gestanden, zumal natürlich die anderen Stationierungsländer (insbesondere die „kleineren" NATO-Staaten Niederlande und Belgien) dann wohl ebenfalls keinen „Sinn" mehr in der Stationierung der Raketen auf ihren Territorien gesehen hätten.

Die Friedensbewegung täte gut daran, die Bündnisfrage offensiv aufzugreifen. Durch die reale Entwicklung der NATO und ihrer Strategie wird sie in den nächsten Jahren ohne-

Die Friedensbewegung täte gut daran, die Bündnisfrage offensiv aufzugreifen. Durch die reale Entwicklung der NATO und ihrer Strategie wird sie in den nächsten Jahren ohne-

hin gestellt werden. Die Friedensbewegung sollte deutlich machen: ihr könnt die Atomwaffenfreiheit haben, aber ihr müßt euch darüber im Klaren sein, daß wir damit an die Grenzen der NATO-Mitgliedschaft stoßen, wenn nicht gar sie überschreiten. Ihr könnt auch ein „sicherheitspartnerschaftliches" Verhältnis gegenüber und mit der Sowjetunion pflegen, aber es muß euch bewußt sein, daß dies bei Beibehaltung der NATO-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik ein kaum zu bewerkstelligendes Unterfangen bleibt. Abkoppeln und Ausscheren ist die erste Voraussetzung für eine „andere Sicherheitspolitik".

Jedenfalls sollte man sich davon hüten, die Strategie einseitig-unabhängiger Abrüstung in Konkurrenz und alternativ zur Forderung nach einem NATO-Austritt der BRD zu betrachten. Man sollte vielmehr anerkennen, daß spätestens der zweite Schritt dieses Konzeptes die Frage der NATO-Mitgliedschaft aufwirft. Und auch die Ersetzung der existierenden Blockstruktur durch eine Europäische Friedensordnung und ein Europäisches System Kollektiver Sicherheit, als denkbare letzte Etappe einer Strategie unabhängig-einseitiger Abrüstung, setzt ja voraus, daß zunächst einmal diesseits der „Blockgrenze" etwas in Bewegung und Erosion gerät. Denn solange wie die geballte supranational organieserte Bedrohung der WVO und der Sowjetunion durch die NATO in Europa weiterexistiert, solange wird die Sowjetunion jedes Aufbegehren im eigenen Block, ganz gleich ob restaurativen oder progressiven Charakters, primär durch die sicherheitspolitische Brille betrachten und auch entsprechend behandeln.



Massenbewegung für den Frieden in Bonn: Kein Bock auf NATO-Austritt?

„Westeuropäisierung" statt „Europäisierung" der Friedensbewegung

Woran es der Friedensbewegung — und hier insbesondere dem „unabhängigen" und „linken" Spektrum — mangelt, ist eine Strategie, die sich weniger „blockübergreifend" und „gesamteuropäisch" („Europäisierung Europas"), denn explizit westeuropäisch versteht. Wenn nun Teile der Friedensbewegung bezüglich der NATO-offiziellen „Europäisierungspolitik" anmerken, diese verharre in der Blocklogik und sei deshalb abzulehnen, während hingegen die Basisbewegung „gesamteuropäisch" und „blockübergreifend" denken und agieren würde, so laufen sie in das offene Messer der NATO. Denn auch die NATO-Politik und -Strategie intendiert die Auflösung der Blockstruktur, nur eben unter den gesellschaftspolitischen Vorzeichen des Westens. Und dies geht eben wiederum nur mittels einer Strategie der Kombination von militärischer Stärke mit politisch-ideologischen und bisweilen ökonomischen Offensiven (Überwindung der „östlichen Bedrohung") durch Liberalisierung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse im „Ostblock", abgesichert durch militärische Stärke und Kriegsführungsfähigkeit, die die Sowjetunion abhalten soll, der Destabilisierung zugunsten des Westens mit militärischen Mitteln Einhalt zu gebieten. Schlägt diese offensive

block", abgesichert durch militärische Stärke und Kriegsführungsfähigkeit, die die Sowjetunion abhalten soll, der Destabilisierung zugunsten des Westens mit militärischen Mitteln Einhalt zu gebieten. Schlägt diese offensive

„Abschreckung" fehl, muß die NATO dazu in der Lage sein, einen militärischen Konflikt erfolgreich zu bewältigen).

Dies erklärt auch, warum die „Entspannungspolitik" mit einer vehementen Aufrüstung einher ging. Seinerzeit wurde die sogenannte Zwei-Säulen-Theorie formuliert, die sich als Gleichung wie folgt schreiben läßt: Verteidigung plus Entspannung = Sicherheit. Diese mathematische Schreibweise sagt allerdings nichts darüber aus, wie es um den Stellenwert und die Priorität beider „Säulen" in bezug auf die „Sicherheit' und um die Beziehungen, die zwischen den beiden Faktoren bestehen, bestellt ist. „Verteidigung" war und ist das „Standbein", „Entspannung" das „Spielbein", „Entspannung" ohne militärische Stärke nicht denkbar, militärische Stärke ohne „Entspannung" zwar „unsicher" und unvollkommen, aber keineswegs unmöglich. Die Politik der „Entspannung" war und ist nicht einmal die Fortsetzung des Ost-West-Konfliktes mit neuen Mitteln, sondern mit zusätzlichen Mitteln, die die traditionelle Funktion militärischer Macht und den militärischen Konflikt nicht ausschließt. Militärische Stärke bleibt das bestimmende Element, die Politik der „Entspannung" wird so zu einer militärisch abgesicherten Aufweichungsstrategie.

Die Antwort der Friedensbewegung auf die „Europäisierung der NATO" bzw. Militarisierung Westeuropas kann nach Lage der Dinge nur politische Schlagkraft und in bezug auf den Bündniszusammenhalt Sprengkraft entwickeln, wenn sie explizit westeuropäischen Charakters — anstatt aufgesetzt „gesamteuropäischen" Charakters — ist. Sie muß den Bemühungen um die Etablierung eines NATO-integrierten westeuropäischen „Sicherheitskartells" einen westeuropäischen „Abrüstungsinternationalismus" entgegensetzen, der sich wiederum aus den verschiedenen nationalen Abrüstungsalleingängen zusammensetzt. Von den südlichen Regionen (Spanien, Griechenland) bis zu den nördlichen Regionen (Dänemark, Norwegen) des europäischen NATO-Geltungsbereiches könnten die verschiedenen und in ihrer konkreten Ausprägung z.T. unterschiedlichen Desintegrationstendenzen zusammenfließen und das Bündnis in seiner Kohärenz und Funktionstüchtigkeit erheblich beeinträchtigen. Motor und Katalysator dieses Prozesses bliebe jedoch der „nationale Alleingang". Von daher bringt es auch hier wenig, etwa den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO davon abhängig zu machen, ob die Niederlande, Belgien, Großbritanien oder irgendein anderes westeuropäisches Land sich bereit finden, diesen Weg ebenfalls einzuschlagen. Der Ost-West-Ausgewogenheit darf nicht die West-West-Ausgewogenheit folgen. Dies würde lediglich die Selbstparalysierung der verschiedenen westeuropäischen Friedensbewegungen zur Folge haben. Der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO (bzw. die Forderung nach Austritt durch die hiesige Friedensbewegung) erscheint somit auch als die geeignete politische Antwort auf die „Europäisierung der NATO", zumal ein einseitiger Austritt

republik aus der NATO (bzw. die Forderung nach Austritt durch die hiesige Friedensbewegung) erscheint somit auch als die geeignete politische Antwort auf die „Europäisierung der NATO", zumal ein einseitiger Austritt

dort ansetzt, wo Bruchstellen (innen- wie außenpolitisch) einen Sinn ergeben und einen dynamischen Prozeß in Richtung Abrüstung und Auflösnug der Blockstruktur anfachen können.

NATO-Austritt und „Systemfrage"

Es soll nicht geleugnet werden, daß die Durchsetzung eines bundesrepublikanischen NATO-Austritts eng verbunden ist mit einer tiefgreifenden Veränderung der hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Dies ergibt sich allein schon aus der schlichten Tatsache, daß niemand im „herrschenden Block" Interesse an einem NATO-Austritt der BRD bekundet, sondern vielmehr die NATO-Mitgliedschaft zu einer Frage unbedingter und höchster Staatsräson erklärt wird. Die Durchsetzung der Forderung wird also zwangsläufig eine Veränderung der existierenden Machtstrukturen und einen direkten Zugang der Friedensbewegung zur „Sicherheitspolitik" — durch Vergesellschaftung derselben — zur Voraussetzung haben. Als Einwand gegen die Annahme der Forderung taugt der Verweis auf ihren „systemsprengenden" Charakter allerdings kaum: denn jede reale einseitig-unabhängige Abrüstung (d.h. alles, was sich an diesbezüglichen Vorstellungen oberhalb eines „einseitigen Einfrierens" des BRD-Rüstungshaushaltes bewegt) ist nur bei Veränderung des vorherrschenden gesellschaftlichen Bewußtseins und der existierenden Machtstrukturen denkbar. Der Kampf um direkte

Fortsetzung nächste Seite

Demokratie, und diese impliziert auch die Vergesellschaftung des Militärs (anstatt der Militarisierung der Gesellschaft) wie der „Sicherheitspolitik" überhaupt, wird also bezüglich der Durchsetzung einer „anderen Sicherheitspolitik" eine hervorragende Rolle spielen müssen. „Sicherheitspartnerschaft", „defensive Umrüstung" etc. sind unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen und Machtstrukturen überhaupt nicht zu realisieren — ganz gleich, ob eine SPD- oder CDU-geführte Regierung des Amtes waltet. Das Problem ist deshalb in erster Instanz gar nicht einmal die Frage, wie denn die NATO-Vormacht USA auf ein Ausscheren der BRD aus dem westlichen Bündnis antworten würden (wie dies von Gegnern der Austrittsforderung in der Friedensbewegung suggeriert wird), sondern die Tatsache, daß mit dem „herrschenden Block" und den etablierten Parteien sowie unter Beibehaltung der hiesigen Machtstrukturen, ein einseitiger NATO-Austritt gar nicht zu bewerkstelligen ist.

Erst der Herbst 83 hat gezeigt, daß selbst die Durchsetzung eines „Verzichts" auf weitere Aufrüstung alsbald an die von den Machtverhältnissen eng gezogenen Grenzen stößt. Daß mit der CDU die „Nach"rüstung nicht zu verhindern war, dürfte schon vorher ziemlich klar gewesen sein (von daher war die Stationierung mit dem 6. März ohnehin gelaufen). Aber was wäre anders gewesen, wenn aus den Wahlen vom 6. März eine rot-grüne Mehrheit hervorgegangen wäre? Wahrscheinlich wäre die SPD in einem derartigen Fall nach dem „Berliner Modell" verfahren, d.h. sie hätte der stärkeren Fraktion den Vortritt bezüglich der Regierungsbildung gelassen, um diese dann in allen für das staatliche Gemeinwesen elementaren Fragen zu tolerieren (auf jeden Fall hätten sich in den Reihen der SPD immer genug Rechte gefunden, die bereit gewesen wären, die Stationierung gemeinsam mit der CDU im Bundestag zu beschließen).

Die Wahlen 1987, auf die schon jetzt Teile der Friedensbewegung hoffnungsfroh orientieren, werden in dieser Hinsicht nichts Neues bringen. Eine grün-rote Regierungskoalition kommt ohnehin nur unter der Voraussetzung zustande, daß die GRÜNEN sich mit der bundesrepublikanischen NATO-Mitgliedschaft und mit der bis dahin erfolgten Stationierung abfinden. Ansonsten wird wieder nach dem „Berliner Modell" verfahren werden oder aber eine große Koalition gebildet werden müssen (immer unter der Annahme, es käme eine grün-rote Mehrheit zustande). Die Probleme beginnen somit bereits auf der Ebene parlamentarischer Mehrheiten. Wobei zudem zu beachten ist, daß a) arithmetische Mehrheiten nicht unbedingt mit politischen Mehrheiten identisch sein müssen (das Spektrum einer rot-grünen Mehrheit würde sich ja vom rechten pro-NATO und Aufrüstungsflügel der SPD bis zum — relativ schwächeren — linken Anti-NATO-Flügel der GRÜNEN erstrecken) und b) das Parlament — wie uns die „Flick-Affäre" noch einmal dankenswerterweise belehrt hat — nicht das Zentrum politischer

linken Anti-NATO-Flügel der GRÜNEN erstrecken) und b) das Parlament — wie uns die „Flick-Affäre" noch einmal dankenswerterweise belehrt hat — nicht das Zentrum politischer

Macht und Machtausübung ist. Eine Veränderung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse ist aloso noch lange nicht gleichbedeutend mit einer Umwälzung der politischen Machtstrukturen. Das Organisieren und dann Konservieren von politischen Mehrheiten ist „lediglich" die erste Voraussetzung für die Veränderung von Machtstrukturen (zu den politischen Mehrheiten zählen nicht nur die parlamentarischen: eine direkte Abstimmung — etwa über die Frage der NATO-Mitgliedschaft oder über irgendein zentraleres Rüstungsprojekt — könnte eventuell, selbst dann, wenn die Abstimmung nur konsultativen Charakters ist, von erheblich brisanterer, weil direkt polarisierender Bedeutung für die weitere Entwicklung des politischen Systems sein).

Die mit Verweis auf den „systemsprengenden" Charakter begründete Ablehnung der Forderung nach einem NATO-Austritt offenbart zudem einen eklatanten Widerspruch zwischen theoretischer Analyse bzw. getätigter Erkenntnis und politisch-praktischer Schlußfolgerung: das in den letzten Jahren aus den z.T. unterschiedlichsten Federn produzierte Arsenal an Schriftgut, das die Gefahr einer ökologischen, sozialen und „sicherheitspolitischen" Katastrophe konstatiert, hat mittlerweile einen kaum mehr überschaubaren Umfang erreicht. All diesen Schriften, von welchem ideologisch-theoretischen Standpunkt sie auch immer verfaßt wurden, ist das Plädoyer für eine grundsätzliche Umorientierung im Denken und Handeln der „Gattung Mensch" gemeinsam. Die adäquate Konsequenz für die politische Praxis hat allerdings bislang noch keine der hiesigen sozialen Bewegungen aus ihrer Analyse der Mißstände gezogen. In der Friedensbewegung ist dieser eklatante Widerspruch zweifelsohne am ausgeprägtesten vorhanden, zumal wenn man bedenkt, daß hier individuelle Lösungswege noch weniger Ausssicht auf einen erfolgreichen Absprung vom „sinkenden Schiff" bieten, als dies vielleicht noch in der Ökologiefrage beschränkt der Fall sein mag. **Es entbehrt nicht einer gewissen Schizophrenie, wenn einerseits die Gefahr eines auf Europa begrenzten Nuklearkriegs beschworen wird, der vom „Ergebnis" her zumindest die Auslöschung eines großen Teils dessen bedeuten würde, was man gemeinhin unter dem Sammelbegriff „deutsches Volk" zu erfassen versucht, aber andererseits die Reaktion hierauf über das Organisieren von Menschenketten und Abfassen von Appellen im wesentlichen nicht hinausgeht. Nicht minder schizophren ist es, die Ursachen der Kriegsgefahr einerseits in der Blockstruktur und der Konfrontationspolitik der NATO zu orten (wobei es hier ziemlich unerheblich ist, ob es sich bei dem Übeltäter allein um die Reagan-Administration oder um die NATO insgesamt handelt), und andererseits sich mit Händen und Füßen gegen die aus der Analyse logisch resultierende Konsequenz, nämlich Austritt aus der NATO und Ausscheren aus der Blockstruktur, zu widersetzen.**

Im Zusammenhang mit der Erörterung des „systemsprengenden" Charakters der Forderung seien auch noch einige Anmerkungen bezüglich Logik und Gehalt sogenannter „juristischer Einwände" erlaubt. So kommt z.B. Mechtersheimer, der in seinem jüngsten Buch „Zeitbombe NATO" ansonsten ausgezeichnet herausarbeitet, warum z.B. die „Defensivierung" der Bundeswehr bei Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in der militärischen Integration schlicht ein Unding ist, zu dem Schluß, daß ein NATO-Austritt der Bundesrepublik aufgrund der diversen Vertragswerke aus der Nachkriegszeit, die der BRD eine Beschränkung ihrer Souveränität auferlegen, nicht möglich sei. Tatsächlich existiert jedoch eine derartige „eingeschränkte Souveränität" lediglich in der Frage der bundesrepublikanischen Verfügungsgewalt über den Einsatz von Nuklearwaffen (was die BRD dennoch keineswegs daran hindert, dagegen anzugehen bzw. auf Besitz und Verfügungsgewalt von/über Nuklearwaffen hinzuarbeiten).

Jedenfalls sind der „herrschende Block" und die etablierten Parteien nicht der Auffassung, daß es sich bei der BRD um einen lediglich eingeschränkt souveränen Staat handeln würde. Selbst der „Nationalist" Egon Bahr hat wiederholt erklärt, daß „wir" selbstverständlich und jederzeit aus der NATO aussteigen könnten, wenn wir dies nur wollten. Er lehnt dies jedoch ab, nicht aufgrund einer eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik bzw. juristischen Nichtmachbarkeit, sondern weil er die NATO heute für den geeigneten Rahmen hält, in dem die BRD ihre außen- und „sicherheitspolitischen" Interessen verfolgen sollte. Es handelt sich also bei

barkeit, sondern weil er die NATO heute für den geeigneten Rahmen hält, in dem die BRD ihre außen- und „sicherheitspolitischen" Interessen verfolgen sollte. Es handelt sich also bei

der Frage des NATO-Austritts für den „Herrschenden Block" und die etablierte Politik nicht um eine Frage des Könnens, sondern allein des Wollens. Außerdem müßte eigentlich spätestens seit den Anfängen der bürgerlichen Aufklärung bekannt sein, daß Recht nicht vom Himmel geschissen, sondern von Menschenhand geschaffen wird. Nationales Recht (Verfassungen, Gesetzbücher etc.) ist nicht mehr und nicht weniger als ein Ausdruck des innenpolitischen Kräfteverhältnisses, internationales Recht reflektiert wiederum auch nicht mehr als den Stand des weltpolitischen Kräfteverhältnisses (und mittelbar natürlich der „Gesamtsumme" innenpolitischer Kräfteverhältnisse). Recht ist somit, ob auf nationaler oder internationaler Ebene, eine veränderbare Größe. Die relative Bedeutung von Recht in der internationalen Politik wird am eindruckvollsten durch die Außenpolitik der USA dokumentiert. Es ist noch gar nicht solange her, da verurteilte der internationale Gerichtshof in Den Haag die USA ob der ihrerseits durchgeführten Verminung der Häfen Nicaraguas. Die USA sahen jedoch keinen Anlaß dafür, sich diesem Urteil des „machtlosen" Gerichtshofes zu beugen. Sie entgegneten vielmehr, daß sie ohnehin in den nächsten zwei Jahren nicht beabsichtigen würden, irgendeinen Spruch des Gerichtshofes anzuerkennen. Wenn Malta dazu in der Lage ist, einen britischen Stützpunkt zu schließen, dann dürfte es für die Bundesrepublik nicht völlig unmöglich sein — gesetzt den Fall, sie will — aus der NATO auszusteigen.

dsm

Eine Initiative zur Abschaffung der Armee

Werden die Schweizer wehrlos?

Der Frühling dieses Jahres beginnt in der Schweiz mit der Einleitung eines Volksbegehrens für eine Schweiz ohne Armee. Seit vier Jahren ist diese Initiative vorbereitet worden. Inzwischen hat sich die „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" (GSoA) mit 1.200 Mitgliedern und 1.000 Symphatisanten gebildet. Damit es zu einer Volksabstimmung kommen kann, müssen im ersten Schritt 100.000 Unterschriften gesammelt werden.

Das mag insbesondere jemand außerhalb der Schweiz verwundern, gilt doch die Schweiz als das Paradeland für Wehrbereitschaft, das einzige kapitalistische Land, das es seinen Mitbürgern erlaubt, zwar nicht den Panzer, aber doch ihre Sturmgewehre mit nach Hause zu nehmen. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es in der Schweiz nicht, die 745 Kriegsdienstverweigerer im Jahre 1983 erwartete im Durchschnitt neun Monate Knast (1). Ein Sprecher der Initiative äußerte, man habe vor zehn Jahren noch 99% Zustimmung für die Armee erwarten können (2). Inzwischen ergeben die Umfragen ähnliche Ergebnisse wie etwa auch für die BRD (80% Zustimmung für die Armee bzw. ihre Verteidigungsrolle). Die letzte Stabsübung im vergangenen Jahr nahm aber den Aufbau und die Stärkung der Ablehnungsfront gegenüber der Armee in einem Kriegsszenario für 1985 vorweg. Danach haben sich eine starke Pro-NATO-Strömung, gestärkt durch den Druck der USA und eine Anti-Armee-Strömung ausgebreitet und die öffentliche Meinung „zersplittert": „*Eine dritte Kraft sucht den ‚Frieden durch Verweigerung' und fordert den Verzicht auf sämtliche Verteidigungsmaßnahmen. Die verschiedenen Tendenzen machen sich nicht nur mit Demonstrationen, sondern auch mit Ausschreitungen und in unkonventioneller Form bemerkbar ... Das Klima bei den aufgebotenen Truppen ist zufriedenstellend, jedoch häufen sich politisch-publizistiscvhe Angriffe gegen die Armee. Die Verweigerungen nehmen zu. Der Zivilschutz kann Schutzräume und Anlagen trotz örtlichem Widerstand größtenteils betriebsbereit machen*". (3) Zwar wurde der Stabschef Däniker, gleichzeitig verantwortlich für dieses Kriegsszenario, von Gegnern der Initiative zur Abschaffung der Armee immer wieder zitiert, weil er behauptet hatte, daß eine solche Initiative die Verteidigungsbereitschaft der Schweiz nur stärken könne, jedoch wandten sich prompt nach der Einreichung 13 Standes- und 65 Nationalräte mit dem „Aufruf ans Schweizervolk", die Initiative „auf keinen Fall" zu unterzeichnen; die einen qualifizierten eine Unterstützung der Initiative als Aufgeben der Schweizer „Neutralität", für den FDP-Nationalrat Cincera ist die Initiative „getarnt als angeblich nationale Frage ... in Wahrheit Teil des revolutionären Krieges" (Moskaus natürlich), (4).

Initiative „getarnt als angeblich nationale Frage ... in Wahrheit Teil des revolutionären Krieges" (Moskaus natürlich), (4).

Die Schweizer Armee

Mit ca. acht Mrd. DM werden jährlich 20% der Staatsausgaben (= 2% des Bruttosozialprodukts) ins Militär gesteckt (5). Das Milizheer unterhält einen ständigen Führungsstab mit 1.500 Berufsoffizieren und rund 10.000 Mann „Zivilpersonal", es werden jährlich 35.000 Rekruten (mit erheblich kürzerer Dienstzeit als in der BRD) ausgebildet, gleichzeitig werden 400.000 Mann zu dreiwöchigen „Wiederholungskursen" herangezogen. Wehrpflicht besteht bis zum 50., bei Offizieren bis zum 55. Lebensjahr. Die Personalreserve der Armee beträgt 13% der Bevölkerung, innerhalb von Stunden können jederzeit 625.000 Mann zur Verfügung stehen. Hinzu kommen Wehrpflichtige, die dann die kriegswichtigen Betriebe besetzen sollen.

Die Militärplanung beruht vor allem darauf, in der Schweiz befindliche natürliche Geländesperren auszunutzen, wo z.T. atomsichere Depots für Waffen und Munition und Versorgung angelegt sind. Die Totallänge der Munitionskammern beträgt rund 80 km. Ebenso sind die Kommandostellen und auch Teile der Kriegsproduktion verbunkert. Weil mit dieser Militärstruktur eine offensive Kriegsführung nicht möglich ist, wird die Schweizer Armee vielfach gelobt. Zu ihren Fans gehört auch der norwegische Friedensforscher Galtung (6). Die Schweiz unterhält zudem ein Bunkersystem für rund 70% der Bevölkerung (nicht für antiatomaren Schutz), und gab für solche Bauten in den letzten zehn Jahren an die vier Mrd. DM aus. Das Zivilschutzkorps ist mit der Armee integriert, hat Zugriff auf die computermäßige Erfassung der Schweiz für den Kriegsfall (PISA) und ein eigenes System für seine Bevölkerungszuweisungspläne (Zupla). Tatsächlich können damit auch in Notstandszeiten bewaffnete Armee-Einheiten flächendeckend die Bevölkerung lenken (7).

Ansonsten gibt es auch in der Schweiz die Debatte über die Einbeziehung der Frauen ins Militär, über Rüstungsbeschaffungsskandale wie zuletzt beim Kauf von 420 Leopard-Panzern. Die Schweiz verdient ebenso kräftig mit beim internationalen Rüstungsgeschäft und ist eben nicht nur eine zivile Drehscheibe für internationale Wirtschafts- und Kapitalgeschäfte des Imperialismus.

Die Schweiz hat den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen unterschrieben. Zwei Volksabstimmungen Anfang der 60er Jahre, in denen der verfassungsmäßige Verzicht auf Atomwaffen gefordert worden, sind mehrheitlich abgelehnt worden. Sollte eine allgemeine „Demokratisierung" der Atomwaffen einsetzen, formulierte der Schweizer Stabschef Däniken, „könnte die Schweiz ihre Haltung aufgrund der geltenden Voraussetzungen indessen durchaus noch einmal überprüfen".

Die Ziele und der Streit um die Initiative

Um die Initiative vorzustellen, drucken wir ein Dokument (mit unwesentlichen Kürzungen) ab.

Der Verfasser Roger Kabel ist ein ehemals aktiver Juso und Sozialdemokrat und heute im Vorstand der GSoA. Ein anderer Fürsprecher ist Andi Gross, zehn Jahre (bis 1982) im Präsidium der Jusos; er behauptet sogar, daß die Initiative seinerzeit von den Jusos ausgegangen sei (8).

Heute unterstützen immer noch einige Parteigliederungen der Sozialdemokraten, die sich auch in der Schweiz schon vor Jahrzehnten mit der Armee ausgesöhnt haben, die Initiative; Prominenz aus der SP hat sich aber weitgehend zurückgezogen.

Inzwischen haben die Jusos ein kräftiges „Jein" zu der Initiative beschlossen, auch wenn dieses sehr knapp ausgefallen ist. Man unterstütze „prinzipiell" die Initiative, halte aber den Zeitpunkt der Einleitung für falsch (der schon 1984 noch einmal verschoben worden war). Der heutige Juso-Präsident Lanzendorfer demagogisierte, zum heutigen Zeitpunkt würde die Initiative „zu einer starken Polarisierung" führen, man könne „*fast gradso gut eine Initiative zur Abschaffung der Alpen lancieren*". (9) Trotzdem ist eben rund die Hälfte der Jusos für diese Initiative.

Aktiv unterstützt wird die Initiative von der trotzkistischen SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) und ihrer Zeitung „Bresche", bei der POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) gehen die Meinungen bunt durcheinander, ei-

Fortsetzung nächste Seite



Schweizer Kavallerie

Ingrid Schmidt, POCH-Zürich

Ingrid Schmidt, POCH-Zürich

Zusammenfassung der Position von Ingrid Schmidt, Zürcher Gemeinderätin und Mitglied der POCH, die sie im Rahmen eines Streitgespräches des TELL Nr. 12, vom 7.Juni 1984 gemacht hat (die Zusammenfassung ist dem TELL entnommen)

Ingrid Schmidt ist nicht der Meinung, daß mit der Abschaffung der Armee viel geändert wäre, solange die allgemeinen Herrschaftsverhältnisse noch dieselben wären. Andere Unterdrückungsinstrumente — Polizei, Schule, Zwang zur Arbeit — würden weiter bestehen. Auch international wäre nicht viel geändert, habe doch die Schweiz international gesehen keine große Bedeutung. Der Rüstungswettlauf würde dadaurch kaum beeinflußt. Ingrid Schmidt fände es wichtiger, wenn die Schweiz eine aktivere Außenpolitik betreiben würde, sich vor allem stärker für die Interessen der Dritten Welt einsetzen würde.

Ihr persönliches Engagement für den Frieden sieht Ingrid Schmidt im Engagement für die Veränderung der Gesellschaft. Hier hat die POCH-Vertreterin auch ihre Zweifel, ob eine Abschaffung der Armee überhaupt wünschbar wäre: Wenn die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse in der Schweiz eines Tages überwunden wären, könnte die Schweiz nach Ansicht von Ingrid Schmidt in eine ähnliche Situation kommen wie beispielsweise Nicaragua, und dann wären auch wir vielleicht froh um unsere Armee.

Ingrid Schmidt stellt eine positive Entwicklung fest in der Schweiz, die grünen und alternativen Kräfte sind stärker geworden, auch die Kritik an der Armee habe zugenommen, es gebe heute eine breite Basis von Leuten, die durchaus für eine Kürzung der Rüstungsausgaben zu mobilisieren wären. Die Initiative für eine Schweiz ohne Armee werde sich hier kontraproduktiv auswirken, denn das Abstimmungsergebnis steht heute schon fest: Bestimmt würden sich neunzig Prozent für das Militär und gegen die Initiative aussprechen. Das EMD hätte dann die Legitimation, seine Projekte forciert durchzusetzen: Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung, neue Rüstungsprogramme, höhere Militärbudgets ... Die Initiative würde einen Rückschlag für die gesamte fortschrittliche Bewegung bedeuten, man erreiche das Gegenteil von dem, was man wolle, die Initiative werde zu einem Plebiszit für die Armee. Ingrid Schmidt fragt, ob das verantwortbar sei.

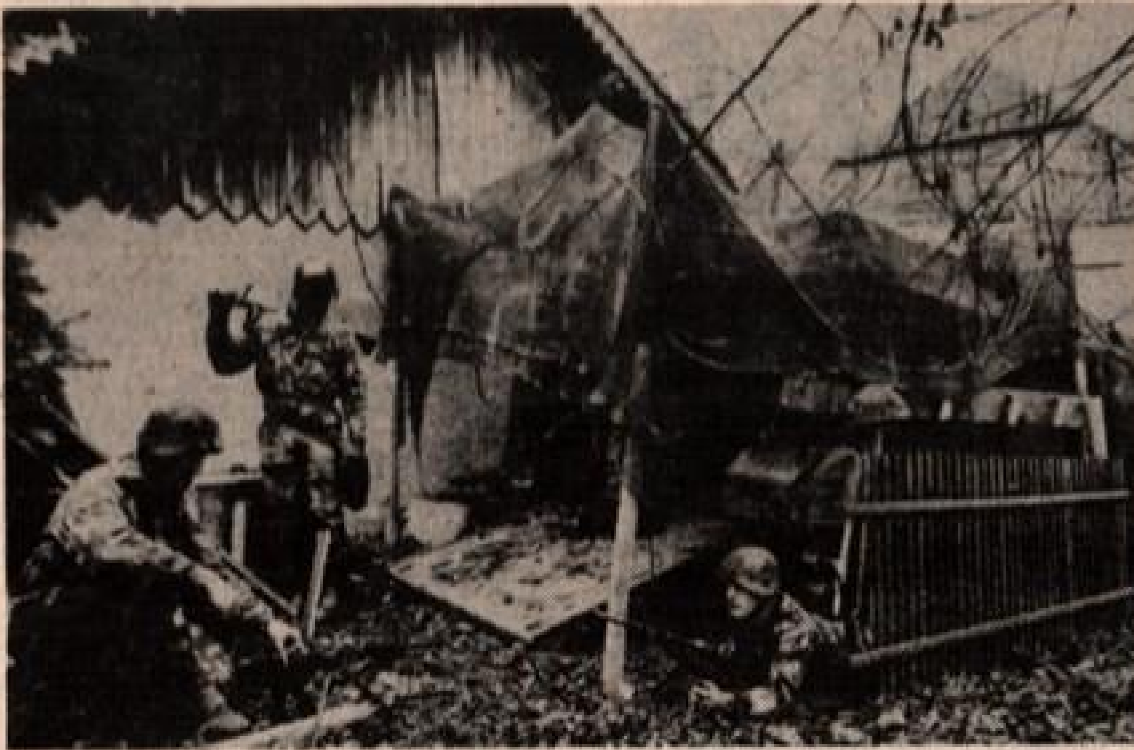
Die POCH-Vertreterin warnt davor, das herrschende Kräfteverhältnis außer acht zu lassen, ist aber der Meinung, die POCH werde die Initiative für eine Schweiz ohne Armee letztlich doch — wohl oder übel — unterstützen, wenn sie lanciert sei. (Die sozialistische Arbeiterpartei SAP hat ihre Unterstützung bereits beschlossen.) Eine Konsultativabstimmung in einer Sektionsversammlung der POCH Zürich habe ergeben, daß sich ein Viertel der Anwesenden für die Initiative, die Hälfte dagegen ausgesprochen habe; das restliche Viertel habe sich der Stimme enthalten.

Fortsetzung von vorheriger Seite

ne Mehrheit in der POCH-Führung ist dagegen. In ihrer Zeitung wird das Pro und Kontra offen diskutiert (Eine Kontra-Position geben wir wieder).

Aus den uns vorliegenden Materialien läßt sich deutlich erkennen, daß die GSoA sowohl von grundsätzlich pazifistischen als auch grundsätzlich antimilitaristischen Argumentationen getragen wird. Schon heute bis zur Lancierung der Initiative ist es geschafft worden, in der Linken, der Friedensbewegung in der Schweiz, über die Jusos bis hin in die Reihen der SP eine Diskusssion über die Haltung zur Schweizer Armee hineinzutragen, der sich niemand entziehen konnte. Dies ist ein hervorragendes Fundament, um die Ablehnungsfront gegenüber dem Militär im Rahmen der Einleitung des Volksbegehrens verbreitern zu können. Anfangs hätte offenbar niemand der Initiative zugetraut, 100.000 Unterschriften zu bekommen, solche Stimmen scheinen inzwischen verstimmt zu sein.

HH



Manöver in den Bergen

Anmerkungen:
(1) Wochenzeitung (WoZ), 27.7.84
(2) Andi Gross im TELL, 2.8.844
(3) WoZ, 30.11.84
(4) Basler Zeitung, 25.3.85
(5) Die Angaben des folgenden Abschnitts über das Schweizer Militär entstammen im Wesentlichen einem Artikel des Stabschefs Gustav Däniker („Das Schweizer Modell ist kein Export-Produkt") aus der Europäischen Wehrkunde 8/84
(6) Es gibt ein Buch von Johann Galtung mit dem Titel „Das Schweizer Modell".
(7) Inzwischen gibt es auch ein Komitee gegen die Zivilschutzkorps, 1982 gab es offiziell 1315 Zivilschutzverweigerer, Bresche 254 und 255, 1. und 15.10.84
(8) s. 2.
(9) Basler AZ, 14.3.85

Roger Kobel in »Basler Zeitung«(22.2.85):
Utopie als realpolitisches Werkzeug

Roger Kobel, geb. 1952, Allschwil. Gymnasiallehrer in Geschichte und Geografie; zurzeit Klassenlehrer an einer Kleinklasse. Fünf Kinder. Früher aktiv als Juso und in der SP, jetzt Vorstand GSoA-Ch.

Warum die Armee abschaffen?

— Seit Ende des Zweiten Weltkieges wechselte in Europa kein Quadratmeter Boden kriegsmäßig vom Ostblock zum Westblock oder umgekehrt. Die gewaltsame Veränderung dieser starren Blockgrenzen (der „Einmarsch der Russen" in die BRD oder die „Überfliegung Österreichs" etc.) führt zu einer Konfrontation mit dem Westblock (Nato). Die enorme Atomwaffenhäufung in Mitteleuropa sowie die Einsatzdoktrin der Nato lassen mit großer Wahrscheinlichkeit jeden mitteleuropäischen Krieg zu einem Atominferno eskalieren. Ja sogar die offiziellen EMD-Planspiele, wie die letzte Gesamtverteidigungsübung mit dem Griechenland-Szenario, planen Atomanschläge ein (zwei A-Bomben auf die Schweiz). Jeder (ABC)-Krieg zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen (Boden, Wasser, Luft). Die Überlebenschancen für die Zivilbevölkerung sind schlecht. Es gibt heute bekannte Zivilschutzfunktionäre, die sich dagegen wehren, daß der Zivilschutz vom EMD als Atomschutz „verkauft" wird (...)

— Auch ein moderner konventioneller Krieg, in Europa unwahrschienlich, führt bei der hiesigen Bevölkerungsdichte und bei der Häufung von technischen Anlagen (Chemie, AKW etc.) zu unvorstellbaren Schäden und Ket-

— Auch ein moderner konventioneller Krieg, in Europa unwahrschienlich, führt bei der hiesigen Bevölkerungsdichte und bei der Häufung von technischen Anlagen (Chemie, AKW etc.) zu unvorstellbaren Schäden und Ket-

tenreaktionen. Dazu einer, der es wissen muß: „... ein zwei Monate dauernder konventioneller Krieg würde Deutschland völlig verwüsten." (Generalinspektor Altenburg, höchster Soldat der BRD). Was wäre in der Schweiz da anders?

— Die immer wieder heraufbeschworene Gefahr der militärischen Besetzung steht in keinem Verhältnis zu ganz anderen Bedrohungen unserer Menschlichkeit und unseres Lebens: der fortschreitenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der weltweiten Ausplündereung der Rohstoffreserven und den damit entstehenden Konflikten, den staatlichen Einschränkungen der individuellen Freiheiten (Winterthurer Flächenverhaftung etc.), der Verelendung ganzer Erdteile und des Hungertodes und der dauernden Unterernährung von Millionen Menschen, des weltweiten Aufrüstens (schweizerischer Beitrag: Leopard-Offensivrüstung) und der damit verbundenen Kriegsgefahr. Afghanistan muß dazu herhalten, die weit realistischeren Bedrohungen wegzuputzen.

— Die ca. acht Milliarden Franken, die heute jährlich für Gesamtverteidigung ausgegeben werden, weil man/frau glaubt, mit dieser militärischen Versicherungspolice vor allem ausländischen Bösen gefeit zu sein, sind sinnlos verschwendete Milliarden. Wieviel Menschen könnten mit diesem Geld ein menschenwürdiges Dasein erleben? Welche ökologischen Maßnahmen könnten damit finanziert werden? (....)

Wir haben die Institution Schweizer Armee zum Inhalt der Initiative genommen, weil in ihr die Destruktivität und Sinnlosigkeit am anschaulichsten konzentriert sind. Mit ihr stellen wir auch andere Zwänge und Verhaltensweisen in Frage. Die Armee ist die sichtbare Spitze des Eisberges Schweiz. Wer detailliertere Begründungen und Dokumente zur Armeeabschaffung wünscht, dem sei unser Argumentenkatalog sowie die „Anstöße zum Frieden" empfohlen (zu bestellen bei GSoA, Postfach 152, 4005 Basel).

Warum eine Volksinitiative?

Mit einer Volksinitiative allein läßt sich diese Armee nicht abschaffen. Jeder lange Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Auch Proporzwahlrecht, AHV und Frauenstimmrecht brauchten mehrere Anläufe. Seit dem Zweiten Weltkgrieg ist die Grundsatzdiskussion zur Armee beim überwiegenden Teil der Bevölkerung, bei Linksparteien und Friedensorganisationen zu einem Tabu erstarrt. Die Initiative ist ein sanfter, legaler Zwang, Fragen auf den Tisch zu bringen, die sonst verdrängt und verschwiegen erden. Ziel der Initiative ist es, einen Diskussions- und Bewußtseinsprozeß auszulösen. Der institutionelle Hebel Initiative soll gleichzeitig durch außerparlamentarische Hebel (Aktionen) verstärkt werden. Was wird nun der Initiative vorgeworfern?

Einwand 1

„Die kommt nie durch!"

Einwand 1

„Die kommt nie durch!"

— Seit 1891 bis heute wurden bald 160 Initiativen eingereicht. Die letzte linke Initiative (Proporzwahl) wurde 1918 angenommen. Die Initiative ist heute nicht mehr das Mittel, Reformvorschläge per Abstimmungsieg und Ständemehr in der Verfassung zu verankern. Sie wird genützt, um Druck auf Behörden zu erzeugen oder um ein Thema in die politische Auseinandersetzung zu bringen. Genau das tun wir auch. Den Erfolg messen wir nicht, wie die anderen Initianten, am Abstimmungsergebnis, sondern daran, ob es uns gelungen ist, den grundsätzlichen Prozeß in Gang zu bringen und eine Volksbewegung gegen die Armee aufzubauen.

Einwand 2

„Die Forderung stößt Menschen vor den Kopf und verunmöglicht realisierbare Reformen (Rüstungsreferendum, Rothenthurminitiative, Zivilschutzreferenden etc.)"

— Reformschritte, die auf die helvetischen Kompromißverhältnisse zurechtgebürstet wurden, erleiden Schiffbruch (Banken-, Mutterschafts-, Mitenand- und Zivildienstinitiative). Gleichwohl steigen die Organisatoren immer wieder auf die dieselbe Bühne. Die zuvor verbreitete Hoffnungsstimmung weicht nach der quasi automatisch eintretenden Abstimmungsniederlage jedesmal einem Katzenjammer. Eine realistische Einschätzung des politischen Mittels Initiatve ist dringend geboten.— Die Zivildienstinitiative belegt das Scheitern dieser Art von Kozessionspolitik. Mit Hoffnung auf Abstimmungssieg wurde aus taktischen Gründen der Grundsatzfrage Armee ausgewichen. Was hat es genützt?

— Nur die radikale Infragestellung der Armee kann ein qualitatives Umdenken bewirken. Die äußeren Umstände erzwingen rasche grundsätzliche Kurskorrekturen.

— Wir müssen dazu stehen, sagen zu können, welche Entwicklung uns eine Zukunft ermöglicht. Die Armee wird nicht abgeschafft, indem man sie nie grundsätzlich in Frage zu stellen beginnt.

Einwand 3

„Die Initiative spaltet die Friedensbewegung"

— Einige Organisatoren und Aktive der Friedensszene haben heute zur GSoA ein ähnliches Verhältnis wie damals die offizielle Schweiz zur Jugendbewegung. Die GSoA mit ihren 1000 Mitgliedern, 1000 Sympathisanten und 20 Regionalgruppen verdankt ihre Existenz der „Realpolitik" den bestehenden Friedensorganisationen und ihrer teilweise perspektivelosen Tagespolitik.

— Wir können nur spalten, was vorhanden ist. Wenn die Medien von einer Friedensbewegung sprechen, belegt dies noch nicht deren Existenz. Waren die Engagierten, die nach Frauenfeld, Basel (Ostermarsch 1982) und Bern (1981 und 1983) zu Großkundgebungen kamen, nicht im Kern dieselben, wie wir sie von anderen Aktivitäten her kennen? Wenn ja, wo ist da die Eigenständigkeit? Wo geht die friedenspolitische Aktivität über die Demonstration hinaus? Die Existenz einiger nationalen Organisationen reicht vielleicht für die Friedensverwaltung und für einen Marsch an Ostern, aber noch nicht für eine Bewegung.

— Wenn bei der von Ruedi Epple („Forum", Nr. 11) georteten neuen nalen Organisationen reicht vielleicht für die Friedensverwaltung und für einen Marsch an Ostern, aber noch nicht für eine Bewegung.

— Wenn bei der von Ruedi Epple („Forum", Nr. 11) georteten neuen Friedenbewegung die „internationale Rüstungssituation" Priorität genoß, warum hatte dann beim Höhepunkt der Auseinandersetzung (Menschenkette bei Stuttgart, Blockade in Mutlangen) diese neue schweizerische Friedensbewegung in wenigen DB-Extrawagen Platz? Warum waren es nur die Regionalgruppen Zürich und Basel der GSoA, die auf diese wichtigen Anlässe hin mobilisierten?

Einwand 4

„Die GSoA-Initiative behindert oder schädigt andere Friedensarbeit in der Schweiz."

— Dazu Ruedi Tobler (Präsident des Schweizerischen Friedensrates): „Dies ist wohl nur vordergründig richtig — und berechtigt wäre der Vorwurf erst, wenn die Armeeabschaffung zur Richtschnur aller Friedensarbeit in der Schweiz würde." Dem können wir zustimmen. Unsere Initiative ist nicht das friedenspolitische Ei des Kolumbus. Wir spielen nur ein neues Instrument im hiesigen Friedensorchester.

— Die meisten Aktiven der GSoA wurden durch unsere Idee politisiert und motiviert. Der „Staubsaugervorwurf", wir würden die radikalsten Kräfte von anderen Aktionen wegsaugen, entbehrt jeder Grundlage.

Wir stehen erst am Anfang

Seit die Volksinitiative GSoA 1981 auf den helvetischen Kompromißtisch geworfen wurde, hat schon die Lancierung eine inhaltliche Grundsatzdiskussion begonnen, die vorher undenkbar schien. Warum sollten wir sie stoppen?

Belgien:
(K)eine Stationierung

An der europäischen „Nach"rüstungsfront ist ein neuer Rekord zu verzeichnen: Drei Stunden nachdem die belgische Regierung der Stationierung zugestimmt hatte, landeten US-Transporter im belgischen Stationierungsort Florennes mit sechzehn Cruise Missiles an Bord.

Dem sogenannten NATO-Doppelbeschluß von 1979 entsprechend sollten in Belgien 48 Cruise Missiles stationiert werden, die ersten 16 Mitte März 1985, die verbleibenden 32, wenn bis 1987 die Genfer Verhandlungen noch nicht beendet sein sollten. Die belgische Regierung hatte sich allerdings vorbehalten, halbjährlich die internationale Lage in Hinblick auf Abrüstungsverhandlungen und -ergebnisse zu überprüfen und davon die definitive Entscheidung über die Stationierung der Cruise Missiles auf belgischem Boden abhängig zu machen.

Im Dezember 1984 war von der Christlichen Volkspartei (CVP), die zusammen mit den Liberalen und zwei weiteren Parteien die Regierung stellt, der Zeitpunkt Mitte März als Termin für die Stationierung *„unumwunden zurückgewiesen"* worden, die Entscheidung solle *„bis zum Juni 1985"* vertagt werden; tatsächlich jedoch, meldete die „FR" aus Belgien, glaube niemand im Ernst daran, daß diese Entscheidung tatsächlich im Sommer fallen werde, da im Dezember 1985 die nächsten Parlamentswahlen anstehen (1). Immerhin sind einer von der US-Botschaft in Auftrag gegebenen Umfrage zufolge 76% der belgischen Bevölkerung gegen die Stationierung (2), darunter auch ein erheblicher Teil der CVP-Wähler (insbesondere aus der christlich orientierten Arbeiterschaft).

Mitte Januar 1985 weilte Premier Martens in Washington. Im Gespräch mit Reagan bekannte er sich zwar zum NATO-Beschluß von 1979, wollte *„sich aber auf keinen Zeitplan für dessen Verwirklichung in seinem Land festlegen lassen"*. Vor der Presse bezeichnete Martens es als ein Mißverständnis zu glauben, Belgien sei zum Beginn der Stationierung im März verpflichtet; er habe Reagan *„sehr deutlich"* gemacht, daß von einem „Automatismus" nicht die Rede sein könne. (3)

US-Offizielle hingegen versicherten, ebenfalls vor der Presse, daß die Stationierung in Belgien nur eine Zeitfrage sei. Ein FR-Kommentator weissagte dennoch: Die belgische Regierung *„stellt die auf sie entfallenden Mittelstreckenraketen nicht auf, im März nicht und vielleicht auch später nicht"* (3). Das „Handelsblatt", zu sozialdemokratischer Illusionsmache nicht ver-

dennoch: Die belgische Regierung „stellt die auf sie entfallenden Mittelstreckenraketen nicht auf, im März nicht und vielleicht auch später nicht" (3). Das „Handelsblatt", zu sozialdemokratischer Illusionsmache nicht ver-

pflichtet, kommentierte Martens Washington-Visite weitaus realitätstüchtiger: *„Da David heute nicht mehr einfach zur Schleuder greifen kann, braucht Goliath auch nicht zuzuhören."* (4)

Eben! So sah das auch Jan Reifenberg in der „FAZ", als er Ende Februar bekanntgab: *„Die belgische Entscheidung (...) wird in Kürze fallen."* Martens wisse, *„daß weiteres Zögern der Einheit des atlantischen Bündnisses einen erheblichen Schlag gerade vor Beginn der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen versetzen müßte. Es scheint, daß er entschlossen ist, der Bündnistreue Belgiens den Vorrang vor innenpolitischen Schwierigkeiten zu geben."* Belgiens wichtigste Allianzpartner — die USA, Britannien und die BRD — hätten *„seit Wochen betont, daß der einzige Nutznießer eines weiteren Schwankens in Brüssel die Sowjetunion wäre. Deren Ziel in Genf bleibt es, in der Frage der militärischen Erfüllung des NATO-Doppelbeschlusses Keile zwischen die Westeuropäer zu treiben."*

Da ist dann wieder alles beisammen: die *„Bündnistreue"*, notwendig um die *„Glaubwürdigkeit des Westens in Genf"* zu erhalten, auf daß Westeuropa für *„nukleare Erpressung"* nicht anfällig werde, *„Moskau"* somit sein *„Ziel der Abkoppelung des alten Kontinents von Amerika"* verfehle, wo doch nun gerade das *„Scheitern der psychostrategischen Offensive Moskaus gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen"* verzeichnet werden könne.

Soweit der Schmus. Die Fakten: *„In Florennes ist alles bereit. Die amerikanischen Vorkommandos sind seit Wochen dort. Sie haben guten Kontakt zur Bevölkerung (...)"*. (5)

Drei Monate nach der „unumwundenen Zurückweisung" der Stationierung Mitte März wurde dann auch Mitte März stationiert. Premier Martens gab am 15. März die Regierungsentscheidung zur Stationierung gemäß „Nach"rüstungsplan bekannt — drei Stunden nach Martens Mitteilung landeten in Florennes US-Großraumtransporter mit 16 Cruise Missiles, mit deren Aufstellung unverzüglich begonnen wurde (6). Dies „impliziere", konstatierte „Die Welt", *„daß Martens zuerst Washington und nicht, wie er angekündigt hatte, das Parlament von seiner Entscheidung in Kenntnis setzte"* (7).

In der (35stündigen!) Parlamentsdebatte einige Tage später, in der Martens die Zustimmung zur Stationierung mit der Vertrauenfrage für seine Regierung verband und die mit *„überraschend deutlicher Mehrheit"* — 116 zu 93 Stimmen — für die Stationierung endete (8), spielte, von der Opposition vorgebracht, Martens Informationspolitik eine wesentliche Rolle. Der Fraktionsvorsitzende der flämischen sozialdemokratischen Partei warf Martens vor, er sei ein Untergebener der Amerikaner (9).

In der Empörung über Martens Verhalten, das auch andererorten in Belgien und in der linken BRD-Presse gebrandmarkt wurde, geht jedoch die nüchterne Überlegung unter, daß es — was das Faktische angeht — recht irrelevant ist, wen und wann Martens zuerst „informiert" hat, da kaum anzunehmen ist, daß binnen dieser drei Stunden nach Martens Bekanntgabe die Transportkapazitäten bereitgestellt, die Raketen eingepackt, nach Florennes eingeflogen und die Transporter dort gelandet sind. Viel näherliegend ist, daß der NATO-Spitze zumindest schon Wochen zuvor (s. z.B. den oben zitierten „FAZ"-Artikel von Reifenberg) zugesichert worden war, daß die Regierung Belgiens am 15.3. der Stationierung zustimmen werde. Oder sollte man annehmen, daß Premier Martens im Laufe des 15.3. einen Anruf in englischer Sprache erhalten hat, in dem ihm mitgeteilt wurde, im Laufe des Abends würden die Cruise Missiles in Florennes eintreffen, er also noch ein paar Stunden Zeit habe, sich mit seiner Regierung für die Stationierung zu „entscheiden" und das belgische Volk entsprechend zu informieren?

Zwei Tage nach dem Stationierungsbeschluß, am 17.3., demonstrierten in der Brüsseler Innenstadt rund 120.000 Friedensbewegte (10). Zur Demonstration gegen die Stationierung aufgerufen hatten Friedensorganisationen, Gewerkschaften und Parteien.

Friedensbewegte (10). Zur Demonstration gegen die Stationierung aufgerufen hatten Friedensorganisationen, Gewerkschaften und Parteien.

Auf der abschließenden Kundgebung erklärte der Präsident des flämi-

Auf der abschließenden Kundgebung erklärte der Präsident des flämischen Aktionskomitees gegen Kernwaffen, die Stationierung der Cruise Missiles richte sich gegen die Unabhängigkeit Belgiens. Der Vorsitzende des Allgemeinene Belgischen Gewerkschaftsbundes teilte mit, die Gewerkschaften hätten den Stationierungsbeschluß mit Empörung aufgenommen. Während der Vorsitzende der wallonischen Sozialdemokraten (PS) darauf orientierte, *„alle Möglichkeiten der Verhandlung"* zu nutzen, äußerte der Vorsitzende der flämischen Sozialdemokraten (SP), seine Partei *„werde alles untenehmen, damit die Raketen wieder entfernt werden"*. (11)

Erwartet wird, daß Martens CVP, insbesondere im flämischen Teil Belgiens, bei den Wahlen im Dezember die Quittung für den Stationierungsbeschluß bekommt. Die Stationierung wird aber auch bei einer Wahlniederlage von Martens nicht rückgängig zu machen sein. Sowenig, wie die Entscheidung für die Stationierung tatsächlich im Parlament getroffen worden ist, sowenig wird auch über die Entfernung der Atomraketen aus Belgien tatsächlich im Parlament entschieden werden.

K., Hamburg

Quellen und Anmerkungen:
(1) FR, 6.12.84
(2) taz, 16.3.85; was tun, 28.3.85
(3) FR, 16.1.85
(4) zit. n. DVZ/Die Tat, 22.3.85
(5) FAZ, 28.2.85
(6) taz, 19.3.; Die Welt, 19.3.; FAZ, 21.3.85
(7) Die Welt, 19.3.85
(8) FR, 21.3.85
(9) FAZ, 21.3.85
(10) taz, 19.3.85; lt. „UZ", 19.3., waren es 150.000; lt. „was tun", 28.3., 220.000; „Die Welt" konzediert „mehrere zehntausend Menschen"
(11) UZ, 19.3.85

Tod eines Neonazis

Eineinhalb Tage, nachdem er verurteilt worden war, nahm sich Walther Kexel (23) das Leben. Am 15.3. endete der Prozeß gegen eine NS-Gruppe, die sich aus Mitgliedern der verbotenen VSBD und WSG zusammensetzte, vor dem Frankfurter Staatsschutz-Senat. Kexel erhielt 14 Jahre, Helge Blasche, Hans-Peter Fraas und Dieter Sporleder Freiheitsstrafen von jeweils zehn, achteinhalb und sieben Jahren. Ulrich Tillmann (22) kam mit einer Jugendstrafe von fünf Jahren davon. Am Morgen des 17.3. wurde Kexel tot in seiner Zelle in Frankfurt-Preungesheim aufgefunden. Er hatte, wie die Anstaltsleitung bekanntgab, seinen Ledergürtel an einem Spind befestigt und sich daran erhängt. An seine Eltern hinterließ er einen kurzen, und wie es heißt „abgebrochenen", also nicht mit einer Unterschrift versehenen, Abschiedsbrief. Davon zitieren die Tageszeitungen nur soviel, daß er nicht bereit sei, „für diese Justiz in diesem Land zu büßen". Das hessische Justizministerium (geleitet von Herbert Günther, SPD) ist der Ansicht, diese Aussage sei „konfus". Die Anstaltsleitung erklärte: „Man kann so etwas letztendlich nicht verhindern." Aus Kreisen seiner ehemaligen „Kameraden" der NS-Szene, unter denen er lange Zeit eine ziemliche Führungsrolle einnahm, von denen er sich aber vor Gericht lossagte (ob nun ernstlich oder nicht), gibt es bislang keine Reaktion. Kein schöner Abgang, zumal nach einer verheerenden Laufbahn.

Kexel soll sich 1979 der NPD angeschlossen haben, welche auch für den Rest seiner Truppe politische Ausgangsstation war. In Frankfurt war er in der „Meute Ulrich van Hutten" aktiv, geleitet vom NPD-Mann Horst Graefe, der später nach Südafrika ging. Bald wechselte er zur radikaleren VSBD über, als deren Frankfurter Chef er zusammen mit Frank Schubert ein stadtbekanntes Schläger-Duo bildete. Besonderes Aufsehen erregten die beiden, als sie zusammen mit ca. 20 weiteren Neonazis im Januar 1980 an der Frankfurter Hauptwache wild prügelnd über Antifaschisten und Passanten herfielen. Die Polizei zog es damals vor, sich aus der Schlägerei herauszuhalten. Unter Kexels rabiater Führung wurde ein Mitglied einer Antifa-Initiative in der U-Bahn überfallen, zwei ausländische Teilnehmer von „Rock gegen rechts" angegriffen, Veranstaltungen gestört usw.usf.

Während er in Frankfurt natürlich mit allen NS-Kadern eng kooperierte — Arndt-Heinz Marx (heute Knast wegen Folterpraktiken), Wolfgang Koch (Knast wegen Bankraub), Peter Müller (heute in Kühnens ANS/NA), Henri Baier („Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener") —, öffnete ihm sein einschlägiger Ruf auch überregional, und schließlich ebenso im Ausland alle Türen im neofaschistischen Lager. Damals schon wegen diverser Straftaten vor Gericht kam er mit Bewährung davon.

Prägendes Ereignis dürfte für ihn der Tod seines Freundes Schubert gewesen sein, der sich am 24.12.80 an der bundesdeutsch-schweizerischen Grenze angeblich selbst erschoß, nachdem er zwei schweizer Zöllner getötet hatte. Zumindest bis kurz vor dem Schußwechsel muß Kexel dabeigewesen sein; die beiden waren unterwegs, um im Nachbarland Waffen zu besorgen. Schubert und noch ein weiterer hatten schon am 15.10.80 eine Bank in Zwingenberg überfallen und dabei 34.000 DM erbeutet — einiges spricht dafür, daß Kexel der zweite Mann war.

Einen weiteren Mitstreiter verlor

Schubert und noch ein weiterer hatten schon am 15.10.80 eine Bank in Zwingenberg überfallen und dabei 34.000 DM erbeutet — einiges spricht dafür, daß Kexel der zweite Mann war.

Einen weiteren Mitstreiter verlor

Kexel im Oktober 1981. Kurt Wolfgram wurde neben Klaus Ludwig Uhl, der aus Paris angereist war, in München von der Polizei erschossen; mit zwei WSG-Mitgliedern (Faber, Hamberger) und einem französischen Faschisten war der VSBD-Trupp zu einem Bankraub unterwegs. (Diese Zusammensetzung bestätigte VSBD-Kontakte zur französischen FANE-/FNE). VSBD-Chef Busse wurde festgenommen, seine Partei Anfang 1982 verboten.

Bemerkenswert ist die Teilnahme des Peter Hamberger, der bei dieser Aktion Glück hatte und unverletzt blieb. Dieser war im Juni 1981 gemeinsam mit Odfried Hepp, Fraas und Stefan Dupper aus dem Lager der Wehrsportgruppe Hoffmann im Libanon geflohen. Mit Ausnahme von Fraas hatten die anderen drei schon im September 1980, unmittelbar vor dem Münchner Attentat, in Beirut einen (gescheiterten) Fluchtversuch unternommen. Der zweite Anlauf gelang und zwar, wie von der Presse wiederholt und undementiert berichtet wurde, mit Hilfe des BKA. „*Über Mittelsmänner bekam das BKA den Hinweis, Hepp sei bereit, Beweismaterial gegen Wehrsport-Hoffmann zu liefern. Daraufhin schleusten BKA-Agenten Hepp, Fraas und einen dritten Neonazi aus einem Palästinenserlager in die Bundesrepublik. Hepp wurde wegen seinen guten Diensten, die zur Festnahme Hoffmanns führten, im Oktober 1981 zu einer milden Strafe von 16 Monaten verurteilt.*" (Hannoversche „Neue Presse", 21.2.82) Aber auch Faber war gerade erst von der WSG Libanon zurückgekommen.

Hepp beschuldigte Hoffmann übrigens nicht nur der Taten, die der WSG-Chef jetzt vor Gericht zu verantworten hat (Ermordung von Levin/Poeschke in Erlangen, Folterpraktiken im Libanon), sondern auch wegen des Münchner Attentats. Schon nach drei Monaten kam er wieder frei, um mit Fraas Kontakt zu Kexel aufzunehmen. Dieser brachte aus der verbotenen VSBD Sporleder (vorher hessischer Landesvorsitzender dieses Vereins), Blasche und den allein bis dahin unbekannten Tillmann mit ein. Die sechs sollen eine „undogmatische" Variante des NS diskutiert haben. So gibt es ein von Hepp und Kexel unterzeichnetes Flugblatt „Abschied vom Hitlerismus", das angeblich schon im Som-



Walter Kexel

mer '82 erschienen ist, worüber aber erst im folgenden Jahr spektakulär berichtet wurde (Erwähnung im „stern" v. 24.2.83, Abdruck in der „taz" v. 11.4.83), um im Prozeß 1985 merkwürdigerweise überhaupt keine Rolle mehr zu spielen.

Rechts-links-Kiste

Die beiden Verfasser verteidigen darin im Sinne des Strasserismus die „richtigen und guten Ansatzpunkte des historischen Nationalsozialismus", distanzieren sich aber vom „Amoklauf Hitlers" und insbesondere vom Überfall auf die Sowjetunion 1941. Sie seien weder rechts noch links, sondern würden stattdessen den gemeinsamen „antiimperialistischen" Kampf rechter und linker jugendlicher Aktionisten gegen die amerikanischen „Besatzer" befürworten. Das Papier erinnert durchaus an die Thesen, die M. Kühnen damals aus der Gefängniszelle — u.a. in Briefen an Kexel — verbreitete („der westliche Imperialismus ist zur Zeit unser Hauptproblem"); andererseits könnte man auch meinen, auf solche Positionen zielt ein Bahro ab mit seinen neuen grün-braunen Umarmungsversuchen. Es gibt aber auch andere Deutungen. So oder so: Die Autoren waren alles andere als gewaltfrei.

Hepp, der sich häufig in Westberlin aufhielt und dort Beziehungen zu einer „Deutschen Arbeiterjugend" pflegte, soll die Idee gehabt haben, Sprengstoff-Anschläge auf US-Einrichtungen durchzuführen. So stellten es die Angeklagten später im Prozeß dar. Zu diesem Zweck traf man sich im Sommer '82 in der Lüneburger Heide, übungshalber. Daran soll auch ein Andreas Hagen teilgenommen haben, vormals Westberlin, dann Wiesbaden. Mit Unkraut-Ex, Feuerlöschern und einfachen Schalt-Vorrichtungen sollen dann Kexel, Tillmann und Sporleder in der Wohnung des Letzteren bei Gießen Sprengsätze gebastelt haben.

1982 war die Zeit des Höhepunkts der Friedensbewegung mit ihrem Protest gegen die Raketen-Stationierung. Massen hatten in Bonn gegen den Besuch des US-Präsidenten Reagan demonstriert; zum gleichen Anlaß hatte es auch ein paar militante Aktionen Revolutionärer Zellen gegeben. Im September fand die politisch bedeutsame Hessenwahl statt, kurz zuvor platzte die sozialliberale Koalition in Bonn, kurz danach trat die Kohl-Regierung ihre Ämter an — zunächst allerdings nur für eine Übergangsperiode bis zur Bundestags-Neuwahl im März '83.

Günstige Bedingungen, um die politische Lage „aufzumischen". Im September explodieren in der Frankfurter Innenstadt drei Bomben vor Reisebüros, angeblich weil sie Reisen nach Israel vermittelten. Ein Hausmeister stirbt. Im Oktober sind PKWs in US-Siedlungen von Frankfurt und Gießen Ziele von Anschlägen; Menschen kommen nicht zu Schaden. Am 15.11. wird in einem Wohnblock in Ffm-Eschborn, in welchem hauptsächlich Amerikaner wohnen, eine 7-Kilo-Bombe entdeckt und rechtzeitig entschärft; sie war unmittelbar an den Gas- und Stromleitungen deponiert und hätte nach offizieller Darstellung

Eschborn, in welchem hauptsächlich Amerikaner wohnen, eine 7-Kilo-Bombe entdeckt und rechtzeitig entschärft; sie war unmittelbar an den Gas- und Stromleitungen deponiert und hätte nach offizieller Darstellung

ein Massaker angerichtet, wenn sie zur Explosion gekommen wäre. Am 14. und 15. Dezember (alles 1982) explodieren in Butzbach und Darmstadt Sprengsätze in dem Moment, wo sich GIs hinter's Steuer ihrer Wagen setzen; zwei Soldaten werden verletzt. In Frankfurt ein ebensolcher Fall, bei dem der unter dem Rücksitz plazierte Explosionskörper aber nicht hochgeht.

Obwohl zu all diesen Aktionen keine Bekennerschreiben eingingen, und obwohl sie sich wahllos gegen beliebige Angehörige der US-Armee, unabhängig von ihrer Funktion, richteten, machten Staatsschutz und bürgerliche Presse die RZ verantwortlich. Die Linke reagierte wohl hauptsächlich verunsichert, einige mißtrauten dieser Version, einige wenige reagierten sogar mit anfänglichem Zuspruch für die RZ.

Zur Aufklärung wurde eine „Sonderkommission Rhein-Main" aus BKA, hessischem LKA und Frankfurter Polizei gebildet, welche eigenen Angaben zufolge die Täter im linken Spektrum vermutete. Vor den Attentaten hatte es eine Serie von Banküberfällen gegeben; auch hierbei ging man von „linksterroristischen" Urhebern aus. Schließlich bekam die Polizei „aus der Bevölkerung" den Tip, in der Hanauer Landstr. 497 in Frankfurt befände sich eine „*konspirative Wohnung*". Die Beamten, die die Wohnung über längere Zeit, offenbar mindestens zwei Wochen, observierten, gingen zunächst davon aus, „*daß nicht Rechte, sondern Linke die Miete bezahlten*" („FR", 26.2.83). „*Nichts deutete für die Polizei darauf hin, daß andere als Linksextremisten die Bewohner waren*" (ebenda) — zumal das Quartier vom Typ ganz ähnlich angelegt gewesen sei wie von früheren RAF-Zeiten gewohnt. Und so lobte denn auch der frischgebackene Innenminister Zimmermann später die „Umsicht und Ausdauer", mit der die Polizei die Überwachung vorgenommen habe, „*ohne vorher zu wissen, welche Täter ihr möglicherweise ins Netz gehen*" („Welt", 21.2.83).

Zimmermann kann man das kaum verübeln — er leidet gelegentlich an Denkschwäche wegen zerebraler Durchblutungs-Störungen im Gehirn. Daß aber die „Sonderkommission" überhaupt den Versuch unternahm, die Öffentlichkeit mit einer derart windigen story an der Nase herumzuführen, sagt viel über den Arbeitsstil in Wiesbaden, Karlsruhe und Frankfurt. Daß in der Hanauer Landstr. 497 früher der Kexel-Kumpan Schubert hauste, ist in Frankfurt weder einem Staatsschützer noch der Presse ein Geheimnis. Dies wurde von Antifaschisten bereits vor Jahren publiziert.

Am 15.2.83 griff die Polizei zu und nahm dort Sporleder, Blasche und Fraas fest. Drei Tage später wurden in Poole/Südengland Kexel und Tillmann gefaßt; sie hatten beim ehemaligen britischen Fallschirmjäger-Major Ian Suitor Clarence Unterschlupf gefunden — dieser ist als Schlüsselfigur und Ausbilder der westeuropäischen NS-Szene bekannt. Odfried Hepp konnte sich dem Zugriff der Fahnder bis auf den heutigen Tag erfolgreich entziehen. Daß auch zwei bis drei weitere Neonazis fliehen konnten („Welt", 19.2.83; „Abendpost-Nachtausgabe", 20.2.83), wird später nicht mehr erwähnt. Fortan geht es nur noch um die angeblich sechsköpfige Hepp-Kexel-Gruppe, ersterer zur internationalen Fahndung ausgeschrieben.

Schon einen Tag nach Kexels Festnahme gelang der „Sonderkommission" wieder ein Erfolg. In Dietzenbach nahe Frankfurt wurde eine weitere Wohnung ausgehoben, die sich aber

Schon einen Tag nach Kexels Festnahme gelang der „Sonderkommission" wieder ein Erfolg. In Dietzenbach nahe Frankfurt wurde eine weitere Wohnung ausgehoben, die sich aber

schlecht als konspirative darstellen ließ. Hier hatten nämlich Kexel und Hepp, obwohl sie sich angeblich „im Untergrund" bewegten, ihren schlichten Hauptwohnsitz. Auch diese Wohnung war zuvor observiert worden, angeblich aber erst nach den ersten Festnahmen (sonst liesse sich auch allzu leicht beweisen, daß die Ermittler sehr wohl wußten, nach wem sie suchten). In einem nahegelegenen Waldstück wurde ein Waffenversteck entdeckt — nur zwei Kilometer von der Position eines ehemaligen RAF-Depots entfernt, wo Ende 1982 B. Mohnhaupt und A. Schulz überrascht worden waren. (Später fand sich noch ein weiteres Versteck der Kexel-Gruppe).

Desinformation

Nun könnte man kombinieren: So beschissen sind die Hessen dran — nach dem Bau der Startbahn findet sich kaum mehr ein zusammenhängendes Stück Wald, um ein paar Knarren einzubuddeln. Nicht so der Staatsschutz: Konspirative Wohnungen in anonymen Blocks, Erddepots, Untergrund, Ausbildung im PLO-Lager, Antiamerikanismus, Terror hier, Terror da, nebeneinander und durcheinander, gleiche Methoden, gleiche Gegner usw. Die Rechten hätten sogar versucht, Kontakt mit der RAF aufzunehmen, was von dieser aber abgelehnt worden sei („Frankfurter Neue Presse", 23.2.83). „**Hier schließt sich der Kreis zwischen Links- und Rechtsextremismus**", erklärte Zimmermann („AN", 23.2.83), dessen Durchblutungsstörungen wenigstens nicht den Riecher zu beeinträchtigen scheinen, denn er brachte es prompt fertig, nur eine Woche später den VS-Bericht '82 vorzule-



NS-Aktion gegen US-„Besatzer"

Fortsetzung nächste Seite

beeinträchtigen scheinen, denn er brachte es prompt fertig, nur eine Woche später den VS-Bericht '82 vorzule-

Fortsetzung nächste Seite

Auffallend

Im Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz 1982 heißt es: „*Auffallend war die Zunahme der Selbstmorde bei jungen Rechtsextremisten, die regelmäßig der neonazistischen Szene zuzuordnen waren. Außer Oxner ... und dem oben ... genannten 21-Jährigen (Stefan Wagner; Anm. AK), der mit einem Gewehr auf Passanten schoß und sich dann das Leben nahm, wurden noch fünf weitere Selbstmorde bekannt, darunter die zweier ehemaliger Angehöriger der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann' (WSG) und eines 16-Jährigen, der sich in einer mit NS-Emblemen geschmückten Uniform erschoß. Diese Selbstmorde zeigen eine Neigung, sich angesichts persönlicher Ausweglosigkeiten für politische Ideen ‚aufzuopfern'.*"

Sieben als Selbstmord bezeichnete Todesfälle also allein 1982. Am 24.12.1980 hatte sich als erster Frank Schubert nach einem Schußwechsel an der Schweizer Grenze angeblich selbst erschossen — vergleichbar den Situationen, in denen Wagner (Rodgau, Hessen) und Oxner (Nürnberg) umkamen. Am 1.11.81 wurde der Waffenbeschaffer Heinz Lembke (Lüneburger Heide) erhängt in der Gefängniszelle aufgefunden — vergleichbar dem Tod Kexels. Lembke hatte zuvor den Wunsch geäußert, mit BKA-Leuten zu sprechen, möglicherweise um auszupacken. Ebenfalls 1981 soll sich angeblich Hoffmanns rechte Hand, Uwe Behrend, der als Mörder von Levin/Poeschke gilt, im Libanon das Leben genommen haben; hierzu existiert nicht einmal eine identifizierte Leiche.

Vor kurzem erschoß sich in Westberlin Michael Abbas Jacoub unter erstaunlichen Umständen: Die Polizei führte bei ihm gerade eine Wohnungsdurchsuchung durch, bei der ein umfangreiches Waffenlager zutage gefördert wurde. Jacoub soll zur „Deutschen Arbeiterjugend" Kontakte unterhalten haben. Noch erstaunlicher ist, daß sowas nicht mal ein Einzelfall ist. Einer der sieben Selbstmorde von 1982 wird im VS-Bericht so geschildert: „*Im Zusammenhang mit der Gründung einer ‚Wehrsportgruppe' in der Pfalz wurden am 27.1. bei Hausdurchsuchungen eine Maschinenpistole, ein Gewehr und sonstige Schußwaffen und Waffenteile sowie mehrere hundert Schuß Munition gefunden. Einer der Beteiligten erschoß sich während der Durchsuchung.*" —

Mehrere Neonazis fielen ihren eigenen „Kameraden" zum Opfer, so z.B. Johannes Bügner (Mai 81 bei Hamburg), Kay-Uwe Bergmann (vermutlich '81 im Lager der WSG-Libanon) oder Christian Michel (Febr. 82 in Westberlin).

Kampf dem Faschismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

gen. Konjunkturgerecht sozusagen und rechtzeitig zur Endphase des Bundestagswahlkampfs. Jetzt war auch der Zeitpunkt gekommen, um das Hepp-Kexel-Papier gegen den Hitlerismus und ihr ,,Bündnisangebot'' nach links bekanntzumachen und wirken zu lassen.

Im nachhinein kann man sich nur wundern, wie gut die rechts-links-Masche funktionierte. Unter der neuen Regierung, so die ,,Welt'' (19.2.83), werde eben nichts mehr ,,verschlampt'' wie beim Entführungsfall Schleyer. Freilich durfte der Schlag gegen die Neonazis nicht der Behauptung widersprechen, das linke Gewaltpotential sei zehnmal so groß wie das rechte. So erfand Zimmermann flugs eine ,,neue Terror-Gruppe im Rhein-Main-Gebiet'', welche die ,,*ideologischen Vorstellungen der RAF mit der Taktik der Revolutionären Zellen*'' verbinde (zitiert nach ,,AN'', 23.2.83). Von dieser Formation hat man seither nichts mehr gehört, aber das ist halt Ausgewogenheit.

Nur spärlich waren die Hinweise darauf, daß es sich in Wirklichkeit anders verhalten haben könnte; schon gar nicht dachten die Medien daran, das breite Wählerpublikum mit derart komplizierten Überlegungen zu behelligen. Der Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, Lochte, gab beispielsweise am 21.12.82 in einem Fernsehmagazin zu bedenken, die Anschlagsserie (die erst sechs Tage zuvor zuende gegangen war) könne entgegen der allgemein verbreiteten RZ-Hypothese auch von rechts gekommen sein. Laut ,,stern'' (24.3.83) erntete er damit ,,*bei den Sicherheitsbehörden in Wiesbaden nur Kopfschütteln*''. Ob das wohl eine faustdicke Lüge der ,,stern''-Informanten war?

So groß kann die Überraschung der ,,stern''-Informanten war?

So groß kann die Überraschung der Polizei nicht gewesen sein, als sie feststellte, wer ihr da in die ,,*sorgfältig vorbereitete Falle*'' (,,Zeitung am Sonntag'', 20.2.83) ging. Die ,,Süddeutsche'' berichtete am 21.2.83 unter Berufung auf ungenannte Fahnder, Festnahmen von Neonazis in England, Spanien, Italien und der Bundesrepublik hätten gezeigt, ,,**daß Informationen von rechtsgerichteten Überläufern zu Zugriffen der Polizei geführt hätten.**'' Der ,,Spiegel'' meldete am gleichen Tag, die Sonderkommission habe ,,*schon vor Wochen gezielte Hinweise auf Rechtsextremisten als Tatverdächtige*'' erhalten. Zwei Tage später verwies die ,,FAZ'' (Regionalbeilage) auf ,,sichere Quellen'', wonach die Frankfurter Polizei noch vor Bildung der Sonderkommission ,,*die vermutlich richtigen Spuren entdeckt*'' habe. Aufschlußreich ist auch eine, zunächst verwirrend anmutende, völlig andere Darstellung über den Hergang der Festnahme, die ,,Bild'' zwei Jahre später (anläßlich des Prozeßbeginns) brachte: ,,*Polizisten schnappten drei Neonazis, als sie 1983 US-Ziele ausspionierten.*'' (Ausg. v. 12.2.85).

Kexel war jedenfalls schon am 6.10.82 vorläufig festgenommen, aber wieder freigelassen worden, als er sich ,,*auffällig in der Nähe eines US-Offiziersklubs in Heidelberg herumtrieb.*'' (,,tat'', 25.2.83) **Es muß also von Anfang an mindestens ein handfester Verdacht gegen die NS-Szene bestanden haben, über den der Staatsschutz (einzige Ausnahme: Lochte, das Hamburger Alibi) ein Vierteljahr lang nicht ein Sterbenswörtchen verlor, um stattdessen munter die Mär von den Revolutionären Zellen hochzukochen, die ,,jetzt die Grenze zum eiskalt geplanten Mord überschritten'' hätten.** Die geheimdienstmäßig durchorganisierte Desinformation hob Zimmermann als ,,*strikte Geheimhaltung bei den laufenden Aktionen*'' lobend hervor (,,Welt'', 21.2.83). Angesichts unvergessener Erfahrungen gerade mit hessischen Sonderkommissionen dürfen sich beunruhigte AK-Leser an dieser Stelle durchaus fragen, welches Spiel eigentlich bei den Ermittlungen zum Karry-Mord (1981; vermutete Täter: RZ) getrieben wurde.

Die zweite große Irreführung der Öffentlichkeit, um rechts und links kräftig durcheinanderzurühren, war die Geschichte von Hepps und Kexels neuem Braun. Daß sich die beiden verbal von der in ihren Augen sektiererischen NS-Bewegung lossagten, gemeinsame Sache mit Linken und sogar ,,antiimperialistischen Ausländern'' machen wollten, die ,,antibürgerliche Stoßkraft des Bolschewismus'' anerkannten und ihren Wunsch ausdrückten, ,,*als neutrales Deutschland in Friede und Freundschaft mit Sowjetrußland zu leben*'', war gar nicht mal dumm formuliert — hinderte sie aber nicht daran, in ihren Verstecken große Mengen an VSBD-Propaganda zu horten, wohl kaum zu nostalgischen Sammlerzwecken. Noch klarer wird die Angelegenheit, wenn man die ,,undogmatische'' Addresse näher beleuchtet, bei der Kexel und Tillmann in England festgenommen wurden. Mr. Clarence unterhielt 15 Jahre lang ein Ausbildungslager und ist eine einschlägig bekannte Anlaufstelle (Organisation ,,**Edelweiß**'') für NS-Gruppen vom europäischen Festland. In einem ,,Überlebenstraining'' bringt er den boys bei, wie man mit bloßen Händen tötet. Neben derlei Fitness sind Patriotismus, Antikommunismus und Rassismus die Leitwerte des 60-Jährigen, der der rechtsradikalen ,,League of St. George'' nahesteht.

Zwei Jahre ist das nun her, und nichts hat man seitdem im Sinne der neuen ,,Linie'' von der Hepp-Kexel-Gruppe gehört. Der Schachzug war auf einen bestimmten Zeitraum und einen eingegrenzten Zweck hin ausgelegt; entsprechend schnell konnte er wieder vergessen werden. Den Faden eines irgendwie anderen NS spinnt heute, umsichtiger und ohne den scheinbaren Bruch mit seiner Szene, Michael Kühnen weiter.

„Verwirrte Abenteurer"

So lautet heute der Plural des ,,verrückten Einzelgängers''. Im Prozeß wurde alles gaaanz, gaaanz tief gehängt, zumal die Politik. Die Bundesanwaltschaft brachte die Bildung einer terroristischen Vereinigung, fünf Banküberfälle mit einer Gesamtbeute von 650.000 DM, die drei Anschläge auf US-PKWs vom 14./15.12.82 und einen gefährlichen Eingriff in den Schienenverkehr (Sommer '81 bei Gießen) zur Anklage. Die Reisebüro-Anschläge sowie insbesondere die nicht explodierte Bombe in einem Eschborner Hochhaus sind damit weiter unaufgeklärt. Die fünf Angeklagten gaben an, die Banküberfälle hauptsächlich unternommen zu haben, um sich persönlich zu bereichern. Nur ein Fünftel der Beute sei, von Hepp verwahrt, für den Aufbau einer politischen Organisation zurückgelegt worden.Sie hätten damals nur diffuse Vorstellungen gehabt; auch davon seien sie inzwischen abgerückt. Kexel: ,,*Heute sehe ich es gelassener. Ich strebe nach keiner Änderung mehr.*'' (,,FNP'', 14.2.85) Die GIs hätten auch nicht getötet, sondern nur verunsichert werden sollen. Fraas allerdings, der es beim Deponieren seines Sprengsatzes in Frankfurt aus Widersprüchen unterlassen hatte, den auslösenden Schalter anzuschliessen, belastete die anderen: ,,*Die Amis sollten in die Luft fliegen.*'' (,,FR'', 23.2.85)

Es war keiner der üblichen Neonazi-Prozesse. NS-Anhänger tauchten nur sporadisch im Zuhörerraum auf, und mit dem Bild von ,,*abenteuerlichen Burschen*'', die nur nebenbei eine vage politische Motivation gehabt hätten, mühte sich eine ,,*Riege bekannter Frankfurter Strafverteidiger*'' erfolgreich, ihre Mandanten ,,*am Lebenslang vorbeizubringen*'' (,,FAZ'', 14.2.85). Bekannt ist vor allem einer der Anwälte: **Egon Geis taucht schon mal als Verteidiger auf, wenn sich Polizeibeamte ausnahmsweise für ihr Treiben vor Gericht verantworten müssen.** Zur Zeit betreut er den mutmaßlichen Juwelenräuber, aber sicheren Villennachbarn unseres Bundeskanzlers in Oggersheim, FDP-Scholl. (Nebenbei: Als der NS-Söldner, Drogenschmuggler und BKA-Mitarbeiter Fiebelkorn hinter Gitter mußte, lehnte Geis die Übernahme des Mandats ab — was gar nicht für Fiebelkorn spricht ..)

Da die Angeklagten durch die Bank geständig waren, konnte der Prozeß in vier Wochen über die Bühne gebracht werden. Nur zwei der vorgesehenen 75 Zeugen traten auf. Schließlich blieben die Richter mit den verhängten Strafen etwas unter den Anträgen der Bundesanwaltschaft. In puncto terroristischer Vereinigung sprachen sie jedoch frei: Allein Kexel wurde des Versuchs der Gründung einer solchen für schuldig befunden.

Keine Beachtung fand in der Öffentlichkeit, daß die Bundesanwaltschaft an einem Prozeßtag beantragte, den Bundeswehrausweis von Blasche einzuziehen sowie Bundeswehrabzeichen und ,,**Polizeiausweise**'', die sich auch noch gefunden hätten.

Trotz des verhältnismäßig glimpflichen Ausgangs — mehr Hoffnungen dürfte ihm Geis wohl nicht gemacht haben — scheint Kexel nun selbst das Handtuch geworfen zu haben. Immerhin hätte er im Alter von ungefähr dreißig die Chance gehabt, wieder freizukommen. Kein Mensch kann im Kopf eines anderen — am wenigsten in dem seines Feindes — lesen, aber müssen seine letzten Gedanken eigentlich notwendigerweise ,,konfus'' gewesen sein? Wäre es nicht möglich, daß er die ganze Geschichte nochmal durchging? Wie Hepp, Fraas, Hamberger und Faber erstmal die Mühle von BKA und Justiz durchliefen, als sie aus dem Libanon zurückkehrten. Wie sie in ihren eigenen Prozessen mit erstaunlich geringen Strafen davonkamen, um sich alsbald den VSBD-Resten zuzuwenden — zwei nach München, wo prompt die Polizei zugreift, zwei nach Hessen, wo es etwas länger dauert. Wie Hepp, der zwischendurch immer verschwand, die Marschrichtung angab, um sich dann zufälligerweise der Festnahme entziehen zu können. Wie es wiederum Fraas ist, der im Prozeß ihn selber anschwärzt. Da mag man schon mal auf die Idee kommen, daß etwas oberfaul war. Eigentlich müßte Kexel seit langem klargeworden sein, welches Spiel er mitspielte. ,,Verrat'' werden die Rechten sagen. ,,Counterinsurgency'' wäre der richtige Begriff, wenn man an den Zusammenhang Friedensbewegung, Widerstand, Wahlen denkt. Bei dem Manöver — Beweise gibt es natürlich nicht, Indizien um so mehr — ging es den Urhebern ja weniger darum, eine NS-Gruppe dingfest zu machen, als vielmehr darum, sie zu benutzen: Ihre Aktionen wurden mit Bedacht Linken in die Schuhe geschoben. Was immer Kexel nach der Urteilsverkündung empfunden haben mag — er hatte eine beschissene Zeit hinter sich und keine bessere vor sich.

,,**Ich bin nicht bereit, für diese Justiz zu büßen.**'' Das ist ein sehr klarer Angriff auf dieselbe. Es kann gar nichts anderes bedeuten als: Ich bin nicht bereit, meinen Kopf für andere hinzuhalten. Die anderen bringt er in Zusammenhang mit ,,dieser Justiz''. Man kann über Kexels Schicksal denken, wie man will. Daß das hessische Justizministerium diese Aussage als ,,konfus'' erledigen will, ist zu billig.

P.S.: ,,*Der Tod muß zwischen 23 Uhr und zwei Uhr eingetreten sein. An der Leiche wurden keine Zeichen äußerer Einwirkung festgestellt*''. ,,Bild'' (18.3.85) müht sich als einziges Blatt, ausdrücklich klarzustellen, daß zu Zweifeln kein Anlaß bestehe. Alle anderen bürgerlichen Medien halten das für selbstverständlich.

Zwei Frankfurter Genossen

Vorschlag für ein Gesetz gegen Nazi-Lügen

Am 11. April 1984 wurde von der Bundesregierung der Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes in den Bundestag eingebracht, der in der Öffentlichkeit unter dem Stichwort ,,Verbot der Ausschwitz-Lüge'' bekannt wurde und zu einer heißen Debatte im Bundestag als auch in der Öffentlichkeit führte. Intention dieses Gesetzentwurfes, der ein ganzes Bündel an Neuerungen und Veränderungen des Strafgesetzbuches beinhaltet, soll eine Strafrechtsverschäarfung für neonazistische Agitation und Propaganda — insbesondere der Nazi-Lüge über Auschwitz und andere nationalsozialistische Verbrechen, die erstmals generell unter Strafe gestellt werden soll — sein.

Daß es nicht allein darum geht, wird bei näherer Betrachtung der Geschichte des Gesetzentwurfes und der Debatte darum, deutlich.

Der erste Entwurf wurde bereits 1982 von der damaligen SPD-Minderheitsregierung eingebracht. Danach sollte (u.a.) neben dem Belohnen und Billigen anderer Straftaten auch das Belohnen, Billigen, Verharmlosen und Leugnen des nationalsozialistischen Völkermordes unter Strafe gestellt werden.

Nach der ,,Wende'' lag der Entwurf erst einmal brach und wurde erst zwei Jahre später von der CDU-FDP-Regierung — aber immerhin noch rechtzeitig, um bis zum 8. Mai 85 alles unter Dach und Fach zu bringen — wieder eingebracht. Allerdings mit einer inhaltlichen Erweiterung, die den Entwurf zu einem Skandal werden ließ: Das Leugnen und Verharmlosen des nationalsozialistischen Völkermordes sollte nicht mehr oder weniger strafbar ein, wie das Leugnen oder Verharmlosen von Straftaten, die ,,unter einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft gegen Deutsche begangen'' wurden.

Was hier womit aufgerechnet werden soll, stellt der Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, Götz, in der ersten Lesung des Gesetzentwurfes unverblümt klar: ,,*Wer die an Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg als normale Maßnahmen im Rahmen einer Umsiedlungsaktion bezeichnet, darf nicht anders behandelt werden als jemand, der die Hitler-Greuel zu rechtfertigen versucht.*'' (Dt. Bundestag, 10. Wahlperiode, 67. Sitzung, Sten. Prot.S.4759).

Dennoch erdreistet sich BMJ Engelhardt, den Entwurf als ,,*ganz konkret ein Teil von Vergangenheitsbewältigung*'' darzustellen, als Ausdruck für das ,,*besondere historische Bewußtsein von den Dimensionen der nationalsozialistischen Verbrechen*'' (ebd, S.4754). Mitnichten geht es also bei dem Regierungsentwurf um ein schärferes staatliches Vorgehen gegen Neonazismus; vielmehr wird die Forderung nach strafrechtlicher Sanktionierung der Nazi-Lüge über Ausschwitz dazu benutzt, einer Aufarbeitung des Nationalsozialismus durch Aufrechnung entgegenzusteuern. Auf einer subtileren Ebene wird dem entsprochen, was Teil neonazistischer Propaganda ist: Nationalsozialismus zu verharmlosen.

Die SPD hat als Gegenvorschlag ihren alten Gesetzentwurf wieder eingebracht. Aber auch dieser Entwurf richtet sich nicht — wie in der Öffentlichkeit dargestellt — ausschließlich gegen den Neonazismus. So werden z.B. ,,links- und rechtsextremistische Schriften'' unmittelbar gleichgesetzt, und die Nazilügen werden in einem Straftatbestand mit der ,,Billigung und Leugnung'' anderer Straftaten (wie z.B. schwerer Landfriedensbruch, Hochverrat, Geld- und Wertpapierfälschung) abgehandelt.

Die Grünen lehnen demgegenüber das 21. STrÄG als Alibi-Gesetz ab, ,,*weil es besondere Aktivität in der Bekämpfung des Neonazismus vortäuscht, während es tatsächlich Versäumnisse in der Aufarbeitung jüngster Geschichte aber auch hinsichtlich aktueller Gesellschaftspolitik vertuschen soll*'' (Mit Strafrecht gegen Neonazismus? Ergebnisse eines öffentlichen Diskussionsforums am 30. November 84 veranstaltet von der Fraktion der Grünen im Bundestag).

Aus dieser richtigen Einschätzung der von CDU/CSU-FDP und SPD vorgelegten Gesetzentwürfe ziehen sie jedoch die fatale Konsequenz, ein Strafgesetz gegen Nazi-Lügen grundsätzlich abzulehnen, um *statt* dessen eine geistig-politische Auseinandersetzung zu fordern. Sicherlich kann ein Strafgesetz als repressive Antwort auf die Nazi-Lügen nicht das entscheidende Mittel in der Bekämpfung des Neonazismus sein, denn die gesetzliche Normierung eines Verhaltens — hier die Leugnung und Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen — als gesellschaftlich unakzeptabel und gefährlich, bewirkt allein noch keine gesellschaftliche Bewußtseinsentwicklung. Schon gar nicht bewirkt Knast eine Umkehrung des einzelnen Neonazis ...

Der nebenstehende Gesetzesvorschlag — der bisher von der Bundesarbeitsgemeinschaft ,,Behindertenpolitik bei den Grünen'' unterstützt wird — geht aber davon aus, daß ein Strafgesetz gegen Nazi-Lügen über nationalsozialistische Verbrechen, *im Rahmen* einer geistig-politischen Auseinandersetzung, die Funktion einer eindeutigen antifaschistischen Zeichensetzung haben kann. Dabei geht es nicht darum, die Bekämpfung des Neonazismus auf formale Ebene zu verlagern und ,,ein paar Leute ins Gefängnis zu verfrachten'' (Schily), sondern es geht darum, eine gesetzgeberische Wertentscheidung zu fordern, die sich zur historischen Wahrheit bekennt und diese schützen will. Eine Wertentscheidung, für die die Zeit mehr als überreif ist, und die der Aufrechnungstendenz etwas entgegensetzen würde. Eine derartige Wertentscheidung ist auch Intention des §131b des Entwurfs. Diese Nebenstrafe (das Strafgesetzbuch läßt so eine Strafe nur als Nebenfolge zu), bewirkt, daß die verurteilte Person u.U. für die Dauer von 2-5 Jahren ihrer sogenannten ,,politischen Grundrechte'' benommen ist, und damit für diesen Zeitraum keine staatsbürgerlichen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten hat. D.h., mit der Verabschiedung dieses Paragraphen würden die Gesetzgeber sagen: Die Anerkennung der historischen Wahrheit, daß unter dem Nationalsozialismus planmäßig industrieller Völkermord und andere Verbrechen betrieben wurden, ist Grundvoraussetzung für die Mitwirkung an der Gestaltung des bundesrepublikanischen demokratischen öffentlichen Lebens.

Tatsächlich ist mit einem derartigen Gesetz auch eine Strafbarkeitsausdehnung verbunden, denn das geltende Strafrecht stellt Lügen nur unter Strafe, soweit damit eine Beleidigung verbunden ist (was eben auch zur Folge hat, daß die Neonazi-Lüge über Auschwitz nur auf Antrag eines unmittelbar Betroffenen eventuell verfolgt wird).

Dies widerspricht zwar der fortschrittlichen kriminalpolitischen Forderung nach Zurückdrängung des Strafrechts als repressive Sozialkontrolle menschlichen Verhaltens. Diesen Widerspruch, — der ebenso für die Debatte um Vergewaltigung und um Umwelt- und Wirtschaftsstrafrecht gilt — aber in der gegenwärtigen Diskusion um die Verharmlosung und Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen auflösen zu wollen, mutet absurd an, weil es bedeutet, das Feld der gesetzgeberischen Tätigkeit denjenigen zu überlassen, die die deutschen Naziverbrechen gegen die Vertreibung der Deutschen aufrechnen wollen, bzw. denjenigen zu überlassen, die die Nazi-Lügen unter ,,ferner liefen'' mit der Billigung und Leugnung anderer Straftaten abhandeln wollen. Strafrecht abzuschaffen ist eine gute Forderung, wenn sie an der richtigen Stelle ansetzt, denn sonst bedeutet die Ablehnung eines Strafgesetzes gegen Nazi-Lügen eben auch, daß der Wertungswiderspruch akzeptiert wird, der besteht, wenn in dieser Gesellschaft ein Ladendieb strafrechtlich verfolgt wird, die Verharmlosung und Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen aber erlaubt ist.

thr., Ffm

Vorschlag für einen Gesetzestext:

§ 131 a
Leugnen, Verharmlosen und Billigen des nationalsozialistischen Völkermordes

(1) Wer eine in § 220a genannte, gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte, oder durch körperliche, seelische oder geistige Merkmale bestimmte Gruppe, gerichtete Handlung, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangen wurde
1. belohnt
2. öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§11 Abs. 3) billigt, leugnet oder absichtlich verharmlost
wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Gelstrafe bestraft.

(2) Wer Schriften (§11 Abs.3) des in Absatz 1 nr.2 bezeichneten Inhalts
1. verbreitet
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht,
3. einer Person unter 18 Jahren anbietet, überläßt oder sonst zugänglich macht, oder
4. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, in den räumlichen Geltungsbereich einzuführen oder daraus auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 3 zu verwenden oder einem anderen zur Verwendung zu ermöglichen,
wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Ebenso wird bestraft, wer eine Darbietung des in Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Inhalts verbreitet.

(4) In den Fällen der Absätze 2 und 3 gelten §86 Abs.3 und §131 Abs.4 entsprechend.

§ 131 b
Nebenfolgen

Neben einer Verurteilung gemäß § 131a zu Freiheitsstrafe oder Geldstrafe kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen und das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, aberkennen (§ 45 Abs. 2 und 5).

... und kein bißchen weise

Unfreundliches zu Ernst Jüngers Geburtstag

Ernst Jünger ist neunzig geworden. Für die pluralistische bundesdeutsche Presselandschaft Anlaß genug, sich unkritisch mit dem neuesten Elaborat aus der Hand des „*Virtuosen des faschistischen Stils*" (Armin Mohler über seinen ehemaligen Arbeitgeber) zu beschäftigen. Für uns Anlaß zu einer Rundschau durch die Feuilletons.



Der „Pflasterstrand" allerdings, das sei bedauernd vorweggeschickt, anläßlich der Debatte um die Verleihung des Goethepreises an den nicht geläuterten Faschisten noch ein heftiger Verfechter von Jüngers Schreibkünsten, hat sich nicht bei den Gratulanten eingereiht. Dafür hat sich diesmal die „taz" heftig engagiert. „*A Travers zu Ernst Jünger*" schlägt am 30. März Jörg Becker den Leserinnen und Lesern der einstmals linksradikalen Tagespostille vor und überläßt es den mehr oder weniger perfekten Französischkenntnissen der Leserschaft, ob sie das nun wörtlich nimmt. „Hindurch (?, F.) zu Ernst Jünger" oder vielleicht lieber etwas freier: „Das ganze Werk im Blicke habend...". Ist vermutlich aber auch egal. Eine Woche vorher assoziierte ein „Spiegel"-Redakteur eher englisch: „*Jack the Ripper in Paris*". Allein die „FAZ" blieb wenigstens in der Überschrift zu ihrem Geburtstagsartikel für den „*Methusalem*" („Spiegel") — fast — nüchtern-deutsch: „*Wunderwerk und Kolportage*".

Birne fällt nicht weit vom Stamm

„Ein Plauderstündchen mit dem Jubilar" — was hätte sich Ernst Jünger schöneres wünschen können, als mit dem vielbelesenen Kanzler eine ganze Stunde über Krieg, Gott und Tod zu plauschen. Kein Wunder, daß da schon die Begrüßung besonders herzlich ausfallen mußte. Die „FAZ" war dabei: „,... *und zwischen den herandrängenden Kindern begrüßten sich Kanzler und Autor mit der Herzlichkeit von Leuten, die das Leben in großen Gruppen und Gemeinschaften auf sehr einfache Weise früh kennengelernt haben.*" Gemeinschaft also erzieht zur Herrlichkeit. Gut, daß der Kanzler seine Jugend in einem so gemeinschaftssinnigen Kreis von Menschen wie den deutschen Faschisten verbringen durfte: was Helmutchen gelernt, beherrscht Helmut perfekt.

Nicht nur das Leben in Horden haben Kohl und Jünger gemeinsam. „*Da war von beiderseitigen Lesegewohnheiten die Rede — ‚gern abends im Bett, dann bis tief in die Nacht' —, dann kam man auf den gemeinsamen Freund Francois Mitterand — in diesem Ton hätte man ebensogut von dem Fabrikbesitzer im Nachbarort reden können.*" So weit, man wird doch immer wieder mit der Nase drauf gestoßen, sind Kapital, Sozialdemokratie und Großbourgeoisie nicht voneinander entfernt. Wenn man in einer Stunde alles Verbindende einmal angesprochen haben will, muß man springen können. Der Mut zur Lücke ist gefragt, Birne und der Weltkriegsheld sind schnell beim Thema. Jünger ist schließlich Naturliebhaber: „*Jetzt muß — wer hat damit angefangen — die Rede auf das Waldsterben kommen. Jünger bemerkt, daß er hier wenig davon zu Gesicht bekommen habe.*" Gesunde Bäume hat eben auf die Dauer nur der Tüchtige.

Über die Käfer kommen Kohl und Jünger zum Krieg. Ach ja, das waren noch Zeiten ... Jünger war Offizier und erinnert sich an seine alten Kameraden. Kohl hat Menschen weinen gesehen: „*Das sind Gesprächsteile, die die Zuhörer im Raum noch enger versammeln.*" Um so weiter können sie sich dann eine „FAZ"-Zeile später wieder erheitert zurücklehnen. Birne berichtet aus seinem Parlamentarierleben: „,... *wie er als junger Fraktionsvorsitzender in Mainz den bargeldlosen Zahlungsverkehr für Landtagsabgeordnete initiierte*". Man stelle sich vor, Kohl hätte nicht so vorausschauend gehandelt. Was das Schleppen der Flick'schen Spendensäcke für Kraft gekostet hätte ...

Zum Schluß dann Nationalhymne, Wein, Weib und Gesang — in Wilfingen, dem Wohnort Jüngers, wäre auch für Mayer-Vorfelder die Welt noch in Ordnung. Wenig später wird Jünger für seine Geduld belohnt. Wer sich eine Stunde intensiv mit dem Kanzler beschäftigt, hat das große Bundesverdienstkreuz am Band allemal als Belohnung zu beanspruchen.

Wer den Jünger nicht ehrt

Literatur hat ihren ständigen Platz in den Feuilletonspalten, und wenn einer ihrer Hervorbringer über seinem Werk auch noch neunzig wird, kann man, speziell als Jungredakteur, nur noch hemmungslos loben. Jungendsünden — bei einem neunzigjährigen (Deutschen) geht die Jugend bis zum 50. — kann man da leicht mal außer Acht lassen. Was kümmert den „taz"-Schreiber Jörg Becker der Jünger der späten zwanziger Jahre, der geschrieben hat: „*In diesen Zusammenhang gehört auch die Trockenlegung jenes Sumpfes der freien Meinung, in den sich die liberale Presse verwandelt hat.*" Was kümmert den Feuilleton-Schreiber Jüngers nie widersprochene Äußerung: „*Ich hasse die Demokratie wie die Pest*".

Jörg Becker will nämlich weiter hinaus und deshalb weniger wissen: „*Der Begriff des ‚konservativen Anarchisten' ist ein noch gültiger, geläufiger, er ist gleichsam fixiert. Weiter ist mit Hilfe dieser Terminologie nicht vorzudringen*" — was nicht weiter schlimm, weil sowieso nur verschroben ist. „*Der Dichter bleibt weiterhin ‚terra incognita'.*" Was schön klingt, nur eben allzufalsch ist. Wie auch, nochmal zum Kanzler zurück. Jüngers Reaktion auf dessen Geburtstagsbesuch zeigt: „*Für einen alten Veteranen ist das* (vom Kanzler besucht zu werden, F.) *nichts ungewöhnliches.*" Ein Veteran der Literatur. Und zwar ein Unabhängiger. Jörg Becker über Ernst Jünger: „*Als entscheidende Bedingung erscheint bei Jünger die besondere Autonomie eines Autors; dieser muß sich beständig gegen die Vereinnahmungen seiner Zeit zur Wehr setzen.*" Und wie verhemmt der sich zur Wehr setzte. Jünger: „*Im gleichem Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein.*"

Vorbei ist vorbei. Im Gedächtnis behalten die ehrenden Journalisten wichtigeres als diese wortklauberisch zusammengestückelten Zitate. Im legendären „Spiegel"-Archiv ist das wichtigste aus Jüngers Leben dokumentiert: „*Als die Engländer die französische Hauptstadt angriffen, begab sich Jünger nicht in den schützenden Keller, sondern in die oberste Etage des Hotels ‚Raphael' und begrüßte die Bomber mit einem Glas Burgunder in der Hand.*" Ein antifaschistischer Tausendsassa, der Herr Jünger, dem etwas nachzutragen wirklich kleinlich wären. Wie wird der „*elitäre alte Herr*", „*galante Zyniker*", „*dieser ‚Anarch' ... ohne Leidenschaften*", „*der Patriarch der deutschen Literatur*" (alles „Spiegel" v. 25.3.85) doch am Ende des Artikels zustimmend zitiert: „*Von einem gewissen Format an hat jeder seinen Verfolger vom Dienst.*" Für Mengele stimmt das, für Barbie ... manchmal, das läßt hoffen, haben diese Verfolger sogar Erfolg. Bei Jünger allerdings scheint das ausgeschlossen. Schade.

Wegbereiter des Faschismus gewesen zu sein ist hierzulande schließlich nichts Schlimmes.

Mord und Totschlag — hurra

„*Altmodisch im besten Sinne*" nennt Andreas Eisenhart in der „taz" vom 30.3.85 Jüngers Krimi „Eine gefährliche Begegnung". Was er damit meint, verrät der Alternativkritiker am Ende seines dreispaltigen Elaborats: „*höchst lesbar*". Eisenharts Kritik wäre demnach modern und seine Eindrücke über die Moderne möchte ich lieber nicht zu Gesicht bekommen. „*Die Charaktere seiner* (Jüngers) *Personen erschließen sich dem Leser nicht aus ihren Handlungen und Reaktionen, sondern umgekehrt, Charakter, soziale Stellung, Eigentümlichkeiten und Gewohnheiten der Personen fügen sich zu einer Konstellation, die in bestimmte Handlungen mündet.*" Und wenn dann Konstellation und Handlung zusammengeflossen sind mündet der Kritikerwortschwall in ungefüge Unbestimmtheiten, die andersherum auch wieder nicht lesenswert sind. Die Technik ist klar: „*Jünger beschreibt und analysiert diese Konstellationen*", die aus Eigentümlichkeiten, Charakter u.a. gefügten, „*so, wie in einem Schachbuch Stellungen erläutert werden, aus denen mehr oder weniger zwangsläufig gewisse Züge resultieren.*" Oder auch, irgendwie irdendwo, etwas herausgezogen oder hineingefügt wird, was niemand genau weiß und vor allem wohin ...

„*Aber wie zwingend sind solche Konstellationen? Wie verweben sich Determinanten und Willensfreiheit?*" Wir hoffen: möglichst fest und zwingend sei vor allem, daß unsägliche Autoren auch weiterhin unsägliche Lobhudler aufs Auge gedrückt bekommen. Besser kann man keinem Autor schaden.

Fassanbass

Quellen: taz 30.3.85, FAZ 30.3 und 31.3.85, Spiegel 25.3.85, FR 30.3.85

Buchbesprechung

Menschen und ihre Schicksale

„Bergen-Belsen: Menschen und ihre gen ist es, aus der abstrakten Zahl der über die „Hölle von Bergen-Belsen
Buchbesprechung
Vorbei ist vorbei. Im Gedächtnis behalten die ehrenden Journalisten wichtigeres als diese wortklauberisch zusammengestückelten Zitate. Im legendären „Spiegel"-Archiv ist das wichtigste aus Jüngers Leben dokumen-
den.
Fassanbass
Quellen: taz 30.3.85, FAZ 30.3 und 31.3.85, Spiegel 25.3.85, FR 30.3.85
Buchbesprechung
Menschen und ihre Schicksale

„*Bergen-Belsen: Menschen und ihre Schicksale*" lautet der Titel einer Broschüre, die der Lehrer und Ex-Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN Julius Krizsan aus Winsen/Aller erarbeitet hat, und die dieser Tage von der kommunalen Monatszeitung „Celler Zündel" herausgegeben wird.

40 Jahre ist es am 15. April her, daß die britischen Truppen das KZ Bergen-Belsen befreiten. Sie fanden 10.000 Leichen vor, 40.000 Kinder, Frauen und Männer, von denen 13.000 in den nächsten Tagen an den Folgen des Hungers, an Typhus oder anderen Krankheiten starben.

In Bergen-Belsen wurden zehntausende Menschen nahezu aller Nationalitäten und Weltanschauungen, ausgemergelte Arbeitssklaven der NS-Rüstungsindustrie von den Nazis dem Hunger, Epidemien und Seuchen preisgegeben. Allein zwischen Anfang Januar und April 1945 starben etwa 44.000 Menschen einen schrecklichen Tod.

Auf der nahegelegenen Kriegsgräberstätte Hörsten sind annähernd 50.000 sowjetische Kriegsgefangene begraben — von den Nazis erschossen, erschlagen, zu Tode gequält oder verhungeert. Weitere 16.000 auf diese Weise von den Nazis ermordete Sowjetbürger liegen in Wietzendorf bei Bergen. Der 15. April 1945 bedeutete für die Überlebenden des KZ Bergen-Belsen die Befreiung aus der Schreckensherrschaft der Nazis.

Bergen-Belsen — das sind zehntausende Überlebende aus fast allen europäischen Ländern, dem Tod, der Vernichtung knapp entronnen, mit tief sitzenden körperlichen und seelischen Schäden, mit Erlebnissen, die sie erst jahrelang danach wagten, niederzuschreiben. Julius Krizsan hat die ihm bekannten Quellen im Dezember 1984/Januar 1985 durchgesehen und das Heft zusammengestellt. Sein Anliegen ist es, aus der abstrakten Zahl der Ermordeten, die unser Denken und Mitfühlen zugleich lähmt und entsetzt, Leid und Größe der Menschen im Konzentrationslager Bergen-Belsen sichtbar zu machen. An Einzelschicksalen wird das Gesamtschicksal der Opfer des Konzentrationslagers nachgezeichnet und damit eindringlicher, erfaßbarer, wie etwa in den Kapiteln „Austauschjuden, der große Menschenhandel", „Kinder im Inferno Bergen-Belsen" oder „Vernichtung durch Arbeit".

Die Träume, die Hoffnungen, die Erwartungen all derer, die im April 1945 in der Hölle von Bergen-Belsen leben mußten, waren auf einen einzigen Tag gerichtet: den Tag der Freiheit. Zehntausende haben ihn nicht erlebt. Wie ihn die anderen erlebten und welche Verhältnisse die Engländer im KZ vorfanden, schildert Julius Krizsan im Kapitel „Befreiung", Dem britischen Oberleutnant Derrick Sington, der zusammen mit den ersten Panzern der 23. Husaren in seinem Lautsprecherwagen als erster das Lager betrat, erschließt sich in diesen April-Tagen das Elend, die Not, also die „Hölle von Bergen-Belsen". Die britische Armee sieht sich der fast unlösbaren Aufgabe gegenüber, etwa 60.000 Überlebende, Kranke, Hungernde und Sterbende zu versorgen. Helfer waren u.a. 3.000 britische Soldaten und Sanitäter, 96 britische Medizinstudenten, Schweizer Rote-Kreuz-Helferinnen und -Helfer, eine US-amerikanische Einheit. Die Kasernen der nahegelegenen Panzertruppenschule werden in ein Lazarett umgewandelt und zehn Tage nach der Befreiung beginnt die Evakuierung der Überlebenden und Kranken aus der Hölle. Die Baracken werden wegen Thyphusgefahr abgebrannt.

Wer sich mit der Geschichte Bergen-Belsens von 1935 bis 1951 beschäftigt, stellt schnell fest, daß es viele Quellen über die „Hölle von Bergen-Belsen 1944 bis 1945" gibt, daß die Zeit davor und danach jedoch im Dunkeln bleibt. Julius Krizsan erhellt diese Zeit in dem Kapitel „Die Überlebenden — die jüdische Gemeinschaft in Bergen-Belsen". In den Kasernen, die heute von den Briten, Niederländern und der deutschen Standortverwaltung/Truppenübungsplatzkommandantur genutzt werden, regte sich schnell neues Leben. Eine erste Zeitung in jiddisch erscheint, ein Theater-Studio beginnt seine Arbeit, schon bald bilden sich Fußball-, Box- und Volleyballmannschaften ...

Das Heft schließt nicht nur mit diesem Kapitel eine Lücke; es sollte darüber hinaus allen Besuchern der Gedenkstätte Bergen-Belsen zugänglich sein, die mit der von der niedersächsischen Landesregierung herausgegebenen Broschüre, die nur auf Anfrage beim Hausmeister der Gedenkstätte erhältlich ist, äußerst unzureichend informiert werden.

Julius Krizsans beharrliche Aufklärungsarbeit über das ehemalige KZ Bergen-Belsen stößt im Landkreis Celle nicht auf ungeteilte Zustimmung, kratzt er doch damit an der aus Schweigen bestehenden Emaille-Schicht, die über der Gegend liegt. Er besudele den Ruf des Kreises, wird ihm — nicht nur von Ewiggestrigen — vorgeworfen, und in einem Brief an die „Cellische Zeitung" schreibt ein Einwohner Bergens: „Sorgen Sie dafür, daß wir in unserer Gegend keine Ortsgruppen von Lügenbaronen bekommen, auch für 'Symboliker' besteht kein Bedarf. (...) Ist Ihr Günstling etwa ein Sinti, Roma oder Jude?"

Julius Krizsan, *Bergen-Belsen: Menschen und ihre Schicksale*, hrsg. und zu beziehen (gegen DM 3,50 in Briefmarken) durch Celler Zündel, Kommunale Monatszeitung, Postfach 404, 3100 Celle

Buchbesprechung

Alte Bekannte

Als das ehemalige NSDAP-Mitglied Bundespräsident Karl Carstens im Juni 1984 die Begnadigungsurkunde für den niedersächsischen Nazi und VS-Agenten Hans-Dieter Lepzin unterschrieb, konnte er wohl kaum wissen, daß er damit das Schlußwort zu dem hier besprochenen Buch schrieb.

Denn genau dies ist das Thema dieser Erzählung: die Verbindungen zwischen Verfassungsschutz und Neonazis.

Die Details, an denen dies erzählt wird, werden dem ganz langjährigen AK-Leser von Seite zu Seite immer bekannter vorkommen: Es ist die Geschichte der frühen „Hansa"-Bande, jener Nazi-Gang um Michael Kühnen, die 1977/78 bundesweit von sich reden machte. Erzählt wird die Geschichte aus der Perspektive zweier — sagen wir mal: erfundener — Personen, der Halbjüdin Hannah und des Journalisten Benno, die mehr zufällig und voll Illusionen in diesen Sumpf geraten.

Doch so ganz erfunden sind beide nicht: Sie vereinen in sich verschiedene reale Personen von damals, Antifaschisten und Journalisten, die damals eben diese „Jagd" auf die „Hansa"-Bande organisierten.

So weit könnte es eine ganz spannende Geschichte werden (wobei sich die beiden dann am Ende eben „gekriegt" hätten, wie es das Happy-End vorschreibt).

Doch sie kriegen sich eben nicht und das liegt an der zweiten Ebene der Geschichte, einer Ebene, die in ihrer ganzen Tragweite erst Jahre später der interessierten Öffentlichkeit bekannt wurde: die Rolle des Verfassungsschutzes.

Parallel zu Hannahs und Bennos Bemühungen um demokratische Aufklärung laufen nämlich die völlig anders motivierten Handlungen dieser Herren des Morgengrauens, denen Hannah und Benno als störende „Amateure" äußerst lästig sind. Beide Ebenen der Geschichte kreuzen sich mehrmals, doch es bleibt offen, ob Hannah und Benno am Ende alles durchschauen, was da gespielt wird.

Genützt hätte es ihnen dann sowieso nichts mehr; beweisen hätten sie am Ende sowieso nichts mehr können.

Ein Arbeitskollege, dem ich das Buch zum Lesen gab, erklärte dem Rezensenten Tage später: „Spannende Geschichte, und wer denn auf die Idee mit dem VS gekommen wäre?" Offenbar wollte er nicht glauben, was die Geschichte da erzählte. Und das ist eine der Stärken der Geschichte: Alles, was an Tatsachen, Akten und Ereignissen geschildert wird, hat sich in Wirklichkeit so zugetragen, auch wenn die handelnden Personen nicht so hießen. Und was sich hinter den Mauern des VS in Hannover wirklich abgespielt hat, ist ja auch nur durch seine Auswirkungen wirklich von Bedeutung.

Wer von dem Buch nicht mehr erwartet als eine spannende Lektüre, die zudem eine wahre Geschichte ist, der wird als Leser auf seine Kosten kommen. Und wer (auch die Linke kommt in die Jahre) jemanden kennt, der gerade zum ersten Mal entdeckt, daß es Nazis gibt, der hat mit dem Buch ein Geschenk, das weit mehr an politischer Wirklichkeit der BRD deutlich macht als so manches, was zum Thema von der hohen Kanzel der politischen Erörterung herunter verkündet wird.

Ute Scheub. Alte Bekannte — Den neuen Nazis und ihren geheimen Freunden auf der Spur. rororo panther 5507. DM 7.80

Die Affi als Ausbeuter der 3. Welt

Wenn man „Affi" hört, denkt man an Arsen, an vergiftetes Gemüse aus deutschem Acker, man denkt an Menschen, die hier in ihrer Gesundheit durch diesen Betrieb gefährdet werden. Aber nicht nur dies ist die „Affi". Am Beispiel Papua-Neuguinea wollen wir zeigen, woher dieser Konzern seine Rohstoffe bekommt, unter welchen Bedingungen sie gewonnen werden, wie mit den Menschen dort umgegangen wird. Und es soll damit der Blick darauf gelenkt werden, daß Umweltschutzpolitik sich nicht darauf beschränken darf, saubere Luft hier zu fordern.



Bewohner der Hauptstadt Port Moresby

Papua-Neuguinea: Kupferabbau und Widerstand

Es gibt wohl kaum ein anderes Land in der Welt mit so stark ausgeprägten kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Kontrasten wie Papua-Neuguinea. Die Inselrepublik im Südpazifik — dreimal so groß wie die Fläche der BRD und eine Bevölkerung von ca. 3 Millionen — trägt noch schwer am kolonialen Erbe, an Armut und ökonomischer Rückständigkeit.

Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden beläuft sich die Kindersterblichkeit auf 90%, die Müttersterblichkeit auf 9% und nur 20% der ländlichen Bevölkerung haben eine angemessenen Trinkwasserversorgung. (1)

Die Folge: 53% der Landbewohner leiden an Malaria; Lepra, Tuberkulose und eingeschleppte Geschlechtskrankheiten grassieren. Die 200 Ärzte reichen zur medizinischen Betreuung nicht aus. (2) Hinzu kommt die mangelhafte Ernährungslage. Nach Angaben der UNO-Wirtschaftskommission sind über 30% der Einfuhren Papua-Neuguineas Nahrungsgüter. (3)

Auf der anderen Seite verfügt das Land zwar über reiche Bodenschätze an Kupfer, Gold, Silber und Mangan sowie über enorme Wasserkraft- und Holzressourcen, jedoch sind diese weitgehend unerschlossen geblieben. Dort wo sie genutzt werden, fließt der Profit in die Taschen eines Konsortiums multinationaler Gesellschaften Australiens, der USA und der BRD.

An der kürzlich angelaufenen Goldförderung im Bergwerk Ok Tedi im westlichen Bergland Neuguineas — mit 410 Millionen Tonnen Erz die größte Gold-Kupfermine der Welt — ist das Land lediglich mit 20% beteiligt.

Streiks und Aussperrungen in Papua-Neuguinea

Streiks und Aussperrungen in Papua-Neuguinea

		1975	1977	1978	1979	1980
Fälle	Anzahl	105	64	63	89	53
Beteiligte Arbeitnehmer	Anzahl	10.205	7.713	3.726	12.191	11.311
Verlorene Arbeitstage	Anzahl	14.839	23.671	12.046	47.586	21.395

(Quelle: Statistisches Bundesamt 1982)

Ihre derzeit beste Einnahmequelle hat die Regierung noch mit der „Kupferinsel" Bougainville im Nordosten des Landes.

Von dieser größten Kupfertageabbaustätte der Welt bezieht u.a. die Norddeutsche Affinerie in Hamburg per Schiff (natürlich Billigflaggen-Länder) über ein Drittel (230.000 t) ihrer Jahrestonnage an Kupferkonzentraten. Das sind 40% der Jahresfördermenge dieser Mine!

Im folgenden soll die Raubbaupolitik der westlichen Industrieländer untersucht werden, die unter dem Schlachtruf „Zivilisation" die **Entwicklung zur Unterentwicklung** des Landes vorantreiben.

Vorgeschichte

Australien übernahm 1906 das Papua-Territorium von den Briten, erhielt nach dem Ersten Weltkrieg vom Völkerbund (später Vereinten Nationen) das Mandat über das ehemalige deutsche Kolonialgebiet Neuguinea und schloß beide Teile 1949 administrativ zusammen. Damit wurden rund 1 000 Stämme, die über 700 Sprachen sprechen und zum Teil unter steinzeitähnlichen Bedingungen leben, zusammengefaßt.

Die Papuas, die, vor allem durch die anglikanischen Missionen der Briten und Australier bedingt, eine gut ausgebildete und englisch sprechende Eingeborenenelite hervorgebracht haben, beherrschen nach wie vor den gesamten öffentlichen Dienst des Landes.

Papuas, die die Neuguineer als „barbarische Hinterwäldler" betrachten, werden andersherum wegen ihrer helle Hautfarbe als „Rothäute" geächtet. Der Konflikt schwelte und verschärfte sich Anfang der 70er Jahre, als die erste Kupfermine des Landes — auf der Insel Bougainville — erschlossen wurde. Die infrastrukturellen Maßnahmen hierzu (Straßenbau, Hafenerweiterung etc.) erforderten kurzfristig massive Arbeitskräfte. Eine Landflucht — überwiegend Neuguineer — setzte ein, und eine zunehmende Arbeitslosigkeit ließ die Städte verslumen. Die Konfrontation der Papuas, die sich gegen diese „Überfremdung" wehrten, mit den Neuguineern erreichte im Juli 1975 einen derartigen Höhepunkt, daß zweitweise die Wirtschaft völlig lahmgelegt wurde. (4)

Hinzu kam, daß der stetige Personalabbau in der 1973 angelaufenen Kupfererzförderung auf Bougainville (5) (innerhalb von vier Jahren von 10 000 auf 4 000 Arbeiter) zu einer derartigen Verschärfung der Lage führte, daß im Mai '75 die Minenarbeiter in den Streik traten und neben besseren Arbeitsbedingungen mehr Lohn forderten. Die Zentralregierung unter Premierminister Michael Somare (selbst aus Neuguinea stammend) entsandte daraufhin die Armee zur „Kupferinsel" und ließ den Streik unter Tränengaseinsatz auflösen. (6)

Die Bewegung „Hände weg von Papua" rief nur wenige Tage später die „Republik der nördlichen Salomonen" aus und forderte die Unabhängigkeit ihrer Region. Die Bewegung (250 000 Mitglieder) lehnte jede politische Gemeinschaft mit Neuguinea, den „Barbaren des Nordens" ab und forderte ein „Papua für die Papuas".

Hintergrund war die kurz bevorstehende Entlassung von Papua-Neuguineas in die Unabhängigkeit. Ferner forderten sie die Abgaben der Lizenzgebühren, um somit der wirtschaftlichen Ausbeutung von Bougainville entgegenzutreten.

Die Zentralregierung suspendierte die dortige Bezirksverwaltung, um somit die Autorität des Landes wiederherzustellen. Es kam erneut zu Streiks, zu denen die Gewerkschaft aufgerufen hatte, als die Regierung den Ausnahmezustand verhängen wollte. (7)

Diese Widersprüche machten sich die Kupferkonzerne, die in der Bergbaugesellschaft „Bougainville Copper Company" zusammengeschlossen sind, zu eigen, um mit Hilfe der Separatisten die Forderung der Regierung von PNG nach einer gerechteren Gewinnbeteiligung aus dem Abbau der Bodenschätze zurückzuweisen. Ein Führer der Separatisten, die die Kupferkonzerne unangetastet ließen, erklärte, seine Leute seien aus den Gesprächen mit der „Bougainville Copper" gestärkt hervorgegangen. (8)

Zwar konnte die Regierung den Widerstand vorerst eindämmen, jedoch nicht ohne Folgen. Im Juni 76 mußte sie beim Internationalen Währungsfond (IWF) einen Kredit zur Finanzierung von Exporterlösausfällen einholen. (9)

Kupfer lockt bundesdeutsche Unternehmen an

Die Ok Tedi Mining Ltd., ein Firmenkonsortium bestehend aus dem größ-

Die Ok Tedi Mining Ltd., ein Firmenkonsortium bestehend aus dem größten australischen Stahlkonzern Broken Hill Property (30%), der amerikanischen Amoco-Mount Company (30%) und der bundesdeutschen Kupferexplorationsgesellschaft GmbH (25%), ein Konsortium aus Siemens, Kabelmetall, Metallgesellschaft und Degussa (letztere sind Aktionäre der Norddeutschen Affinerie), hat in den letzten Jahren mit der Erschließung der wohl größten Gold-Kupfermine der Welt, in Ok Tedi nahe der indonesischen Grenze, begonnen.

Das Besondere an der Mine in Ok Tedi ist, daß die obere Schicht des Berges aus einer Goldkappe besteht (Goldgehalt im Erz bis zu 80%).

War das Projekt im Jahre 1976 mit 760 Millionen US-Dollar anvisiert worden, haben sich die Kosten für die Erschließung der Grube auf 1,6 Mrd. US-Dollar mehr als verdoppelt. (10)

Ein Grund dafür waren ständige Auseinandersetzungen der Bergwerksgesellschaft mit den dort ansässigen Stämmen. Die Eingeborenen fühlten sich verschaukelt, weil ihnen Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Schulen (Analphabetenrate von 90%!) und Krankenhäuser für den Fall versprochen worden waren daß sie die Kupferkonzerne auf ihr Gebiet kommen lassen. Sie überfielen kurzerhand die Minenunterkünfte. Die Kämpfe veranlaßten die Bergwerksgesellschaften, Frauen und Kinder zu evakuieren. Die Regierung ließ daraufhin eine spezielle Polizeitruppe in das unwegsame Gelände einfliegen, die versuchte, „Ruhe und Ordnung" mit 2 000 Festnahmen wiederherzustellen. Paul Tohain, Kommandeur der Spezialtruppe, rechtfertigte dies als Einschüchterungsfestnahmen und erklärte am 14. Februar gegenüber Reportern, daß „...*die Spezialeinheit der Polizei als Kriegspartei (von den Stämmen)...angesehen wird.*"(11)

Doch zwei Monate später, im Mai 83, traten 3 000 Arbeiter der Ok Tedi Mine in den Streik und unterstützten diese Forderung u.a. mit einer 300%igen Lohnforderung. Die Regierung, die wegen dieser wichtigen Einnahmequelle auf einen baldigen Förderbeginn der Mine angewiesen war, gab auf. Sie erfüllte die Forderungen der Arbeiter weitgehend und legte somit den Streit bei. (12)

Das Ok-Tedi-Projekt platzt

Ein halbes Jahr später war die Erschließung der Mine erneut gefährdet, da das Ok-Tedi-Management nicht bereit war, gegenüber der Regierung die minimalsten Umweltauflagen zu erfüllen. Der Streit hatte sich an einem Auffangdamm entwickelt, der die Abfälle aus der Konzentration der Erze durch Zyanid sammeln sollte. Die Gesellschaft erklärte u.a., daß das Entgiftungsverfahren der bundesdeutschen Degussa, die das Zynid mit Hilfe von Wasserstoffsuperoxyd neutralisieren soll, „keine Gefahr für die Fischerei" darstelle. (13)Die „geklärten" Abwässer sollten der Planung nach über den Ok Ma-Fluß in den Golf von Papua,

darstelle. (13)Die „geklärten" Abwässer sollten der Planung nach über den Ok Ma-Fluß in den Golf von Papua,

der „Fischkammer" des Landes, fließen.

Am 15. Dezember 1984 lehnte das Regierungskabinett die Vorschläge aus Umweltschutzgründen ab. Das traurige Beispiel der verseuchten Flüsse in Bougainville haben bei der Entscheidung Pate gestanden.

Welche Folgeschäden aus dem Kupfertageabbau entstehen, mag daraus ersehen werden, daß eine Fläche von mindestens 100 Quadratkilometern wegen Übersäuerung des Bodens nicht mehr zu rekultivieren ist.

Die weiteren Diskussionen um dieses Ok-Tedi—Projekt wurden am 5. Januar zur „grauen Theorie". Durch tagelange heftige Regenfälle war ein Erdrutsch ausgelöst worden und 50 (fünfzig!) Millionen Tonnen Gestein ins Tal gerauscht. (14)

Die Bauarbeiten an der Mine wurden dennoch erneut aufgenommen und es kam vorübergehend sogar zur Goldförderung.

Im Februar 1985 jedoch beschloß die Regierung die endgültige Schließung der Mine, da sie die Umweltauflagen nach wie vor nicht erfüllt sah. Des weiteren befürchtete sie, daß die Gesellschaft lediglich an der Goldkappe interessiert sei und deshalb die infrastrukturellen Maßnahmen (Schulen und Krankenhäuser) bis 1989 — dem Ende der Goldförderung — hinauszögerte, um anschließend das Kupfererz wegen Unrentabilität nicht mehr abzubauen.

Premierminister Somare lehnte weitere Gespräche mit der Bergwerksgesellschaft ab und erklärte: daß es darum ginge, der Welt klarzumachen, daß Papua-Neuguinea „keine Bananenrepublik sei". (15)

Kapitalistische Arbeitsteilung

Die Absatzkrisen und Preisschwankungen auf dem Kupfermarkt haben zu einer Arbeitsteilung auf dem kapitalistischen Weltmarkt geführt.

In jüngster Zeit versuchen die Industrieländer die Kosten der Kupfererzeugung dadurch aufzufangen, daß kostenintensive Bereiche (z.B. der Kupfererzabbau) noch mehr als bisher in die Dritte Welt ausgelagert werden. Die Produktionskapazitäten im Kupfererzabbau wurden vor allem in den USA und Kanada drastisch reduziert. Der damit für die Norddeutsche Affinerie (NA) verbundene Engpaß bei Konzentraten hatte das NA-Vorstandsmitglied Kartenbeck auf einer im September 1983 stattfindenden Betriebsversammlung zu folgender Stellungnahme veranlaßt:

„*So wurden 1982 Kupfererzgruben mit einer Kapazität von fast 800 000 t jährlicher Kupferförderung stillgelegt. 800 000 t Kupfer entsprechen überschlägig 3,2 Millionen t Konzentraten ... In diesem Jahr sind weitere Gruben stillgelegt worden. Da ist zum Beispiel die Grube Twin Buttes in den USA zu erwähnen, die jährlich rund 400.000 t Konzentrate gefördert hat.*" (16)

Auf der gleichen Versammlung erklärte er, daß ferner die Kennecott Corporation in den USA 1983 Hüttenbetriebe mit einer Kapazität von rund 300 000 t stillegen mußte, weil sie nicht dem „heutigen technischen Stand entsprechen."

Ferner beklagte er, daß der Aufbau von nationalen Industrien den Versorgungsengpaß verschärfe. So wurde z.B. auf den Philippinen eine Kupferhütte mit einer Kapazität von 150 000 t

gungsengpaß verschärfe. So wurde z.B. auf den Philippinen eine Kupferhütte mit einer Kapazität von 150 000 t

Kupfer pro Jahr in Betrieb genommen.

Etwas deutlicher noch sprach sich der NA-Aufsichtsratsvorsitzende Hofmeister in einem Interview gegenüber der Hauspostille „NA-Intern" aus. Hofmeister, der zugleich Vorsitzender des Ausschusses für Rohstoff-Fragen der Metallindustrie der BRD und damit direkter Gesprächspartner der Regierung ist, erklärte auf die Frage nach dem Schwerpunkt seiner Tätigkeit u.a.:

Als Schwerpunkt meiner Tätigkeit in der Rohstoffpolitik sehe ich die Aufgabe, daß die Bundesrepublik — und damit auch die NA — einen freien Zu-

Fortsetzung nächste Seite



Moderner Kolonialismus: Affi-Aufsichtsratsvorsitzender Hofmeister und eingeborene Papuas, ein Foto für's Familienalbum

Die Affi-Kapitalisten mißachten die Menschenrechte in Südafrika

Rassismus und Ausbeutung sind ein profitables Paar. Dies führt die Norddeutsche Affinerie in ihrer Tochterfirma „Transvaal Alloys'' in Südafrika drastisch vor.

Am 21.11.1983 trat die schwarze Mehrheit der Belegschaft in der Vanadiumgrube geschlossen in den Streik (240 Schwarze und 95 weiße Beschäftigte), nachdem sie sich zuvor in der Metallgewerkschaft MAWU organisiert hatten. Sie forderten die drastische Erhöhung ihrer Hungerlöhne und Verbesserung der sozialen Leistungen. Umgehend entließ die Unternehmensleitung, die ihre Weisungen aus der Bundesrepublik von der Norddeutschen Affinerie erhält, 232 schwarze Arbeiter. Die Klage der MAWU auf Wiedereinstellung wurde von südafrikanischen Gerichten ohne Anhörung von Zeugen und Revisionsrecht abgewiesen. Nach diesen Auseinandersetzungen wandte sich die MAWU an die Brüsseler EG-Kommission und die Internationale Arbeitsorganisation ILO. Sozialdemokratische Europa-Abgeordnete (darunter der ehemalige DGB-Chef Vetter) bemühten über mehrere Monate die europarlamentarischen Institutionen und später auch den Bundestag über Anfragen Stellung zu nehmen. Am 20. März veröffentlichten sie auf einer Pressekonferenz die Ergebnisse ihrer Recherchen. Fazit der Abgeordneten: Die „Affi'' verstößt eklatant gegen die Menschenrechte und den sogenannten „EG-Verhaltenskodex'' von 1977.

Die „Affi'' hatte zunächst die Vorwürfe rundheraus bestritten. Die Entlassungen seien wegen „wilder Streiks'' erfolgt, die Rechtmäßigkeit der Entlassungen wurde unter Berufung auf die Rassistengerichte verteidigt und das Lohnniveau entspräche *„den örtlichen Gegebenheiten in einem industriefernen, ländlichen Gebiet''* (FAZ, 27.3.85).

In Wahrheit versucht die südafrikanische Unternehmensleitung der „Transvaal Alloys'' jede gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern, setzen Aufseher gegen schwarze Arbeiter Nilpferdpeitschen ein und spottet die Lohnhöhe jeder Beschreibung. Einer Aufstellung der SPD-Europaabgeordneten ist zu entnehmen, daß 227 der Entlassenen unter dem (völlig unzureichenden) „gesetzlichen Mindestlohn'' lagen, der allerdings nur als Orientierungsstandard gilt. Er lag in dieser Industrie bei 68,85 Rand/Woche. Das Existenzminimum einer 5-köpfigen Familie wurde im November 1983, zum Zeitpunkt der Entlassungen mit 89,18 Rand/Woche errechnet, die Lohnhöhe nach dem „EG-Verhaltens-Kodex'' hätte bei 133,77 Rand/Woche liegen müssen. Im November 1983 erhielten:

	Rand/ Woche	in % vom Mind.lohn	in % vom EG-Kodex
83 Arbeiter	20	20	15
31 Arbeiter	27-33	37	25
51 Arbeiter	34-40	45	30
36 Arbeiter	40-50	56	38
26 Arbeiter	50-64	72	48

Die „Affi'' hatte zunächst jedes Bemühen um Veränderungen bei „Transvaal Alloys'' abgeblockt, auch als die IG Chemie unter Berufung auf den Schaden, der dem *„deutschen Ansehen''* in der Welt zugefügt werde, intervenierte. Mittlerweile soll nach neuesten Meldungen die südafrikanische Unternehmensleitung abgesetzt sein und die Zusage der „Affi'' vorliegen, innerhalb eines halben Jahres alle reklamierten Mißstände abzustellen. Weit her dürfte es ohne weiteren Druck damit allerdings nicht sein, wenn man von der Zusage hört, mit den Gewerkschaften im Betrieb zu verhandeln, nur sei niemand organisiert (offensichtlich waren die Neueinstellungen mit der Auflage verbunden, nicht in die Gewerkschaft einzutreten). Schließlich soll das Abkommen (an dessen Aushandelung auch der Hamburger Betriebsratsvorsitzende, das Aufsichtsratsmitglied, Eierwerfer Oldach beteiligt war) den 1983 Entlassenen nur zugesichert haben, im Fall von Neueinstellungen diese bevorzugt zu berücksichtigen.

(* Der „EG-Verhaltenskodex'' für europäische Unternehmen in Südafrika appelliert an die Unternehmen, keine Rassentrennung vorzunehmen, schwarze Gewerkschaften, Gewerkschafts- und Tarifrechte zuzulassen, Löhne zu zahlen, die 50% über dem Mindeststandard liegen, freiwillige Sozialleistungen wie z.B. Wohnraumbeschaffung, Fahrten zum Arbeitsplatz und Gesundheitsvorsorge zu garantieren).

Fortsetzung von vorheriger Seite

gang zu den Rohstoffressourcen der

der und vergiftet dort lediglich die dortige Bevölkerung durch den „freien Zugang zur Elbe''.

Die Stillegungsforderung der GAL zur Norddeutschen Affinerie b e g r e n z t das Problem auf den Um-

Fortsetzung von vorheriger Seite

gang zu den Rohstoffressourcen der Erde hat, und zwar zu gleichen Start- und Wettbewerbsbedingungen. Dieses Ziel steht dem Wunsch einiger Entwicklungsländer und Politiker entgegen. Denken Sie zum Beispiel an den Nord-Süd-Dialog und die Forderungen der Entwicklungsländer auf den internationalen Rohstoffkonferenzen. Erfreulicherweise steht das Bundeswirtschaftsministerium voll — und etwas eingeschränkt stehen auch unsere EG-Partner — hinter unseren Bemühungen...''(17)

Die jetzige „enge'' Rohstofflage der NA ist nicht dem Niedergang der natürlichen Ressourcen geschuldet, sondern einzig und allein der Tatsache, daß die Länder der Dritten Welt nicht gewillt sind, sich der totalen Ausbeutung zu unterwerfen.

Der Aufbau nationaler Industrien wie z.B. in Brasilien und Philippinen, bei gleichzeitiger Stillegung „unrentabler''Kupfergruben in den kapitalistischen Ländern (USA und Kanada), haben den Handlungsspielraum auf dem Kupfermarkt begrenzt. In dieser Situation wird die totale Ausbeutung zur „Pflicht''.

Die Norddeutsche Affinerie, die sich u.a. in Papua-Neuguinea als Brandstifter aufführt und selbst die minimalsten Interessen der Bevölkerung nach verbesserter Umwelt und mehr Ausbildung dem „freien Rohstoffzugang'' opfert, gibt sich in Hamburg ganz bieder und vergiftet dort lediglich die dortige Bevölkerung durch den „freien Zugang zur Elbe''.

Ob das jetzt in Papua-Neuguinea vorerst geplatzte Ok Tedi-Projekt ein Beitrag zur Unabhängigkeit des Landes werden kann, bleibt fraglich. Denn ein Absinken der Exportraten von 40% sowie eine Milliarden-Verschuldung des Staatshaushaltes haben diese junge Republik an den Rand des Ruins gebracht.

Durch langfristige Lieferverträge der Vorstoffe (Konzentrate) hat sich die Regierung Somare der Möglichkeit beraubt, eigene integrierte Industrien oder zumindest eigene Kupferhütten aufzubauen.

Dort, wo solche Bestrebungen gar nicht zu verhindern sind, versucht die NA diese in ihre Geschäftspolitik „einzubinden''. So wurde der chilenische Kupferkonzern Codelco zum Beispiel 1975 an dem Bau des bundesdeutschen Drahtwerks in Emmerich von der NA mitbeteiligt, um somit die weiteren Konzentratlieferungen zu sichern.

Solche Lieferschwierigkeiten u.a. durch Streiks mit zum Teil mehrjähriger Produktionsunterbrechung — zuletzt in Namibia — in den Kupfergruben dagegen, engen den Spielraum der Industrieländer erheblich ein. Daß es u.a. die Norddeutsche Affinerie bisher immer wieder geschafft hat, den Widerstand —notfalls mit Nilpferdpeitschen — zu brechen, darin liegt die politisch-wirtschaftliche Macht dieses Kupferkonzerns.

Die Stillegungsforderung der GAL zur Norddeutschen Affinerie b e g r e n z t das Problem auf den Umweltschutz in Hamburg und kann beim derzeitigen Diskussionsstand dem Unternehmen nur ein müdes Lächeln über einen schlecht trainierten Sparringspartner abringen. Die Grünen sollten den gesamten Arsen-Produzenten mehr Beachtung schenken und dabei die Folgen der Erzgewinnung in der 3. Welt nicht aus dem Auge verlieren.

SM, Hamburg

Quellen: 1) Länderkurzbericht Papua-Neuguinea, 1982, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, S.7
2) Neues Deutschland, 29.5.74
3) ND, 7.3.83
4) Neue Züricher Zeitung, 11.8.73
5) Die Kosten des Bougainville-Projektes von 460 Mio. US-Dollar hatte ein internationales Konsortium von 34 Banken — darunter auch die Dresdner Bank — übernommen. Allein 36% des Geldes wurden für Erschließungskosten verausgabt.
6) Süddeutsche Zeitung, 13.5.75
7) Handelsblatt, 23.8.76
8) ND, 7.2.76
9) Körner u.a., „Im Teufelskreis der Verschuldung", S. 245
10) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.3.80
11) Auslands-Informationen, Bonn, 30.5.83, Verfasser: Alexander Papenberg
12) ebenda
13) FAZ, 1.2.84
14) ebenda
15) NZZ, 9.2.85
16) NA-intern, Werkszeitung, 49/83
17) NA-intern, 40/81



Norddeutsche Affinerie Hamburg:

Gewerkschafter fordern: Stoppt die Vergiftung!

Unter diesem Motto haben am 13. März 96 Gewerkschaftsmitglieder eine Anzeige in der Hamburger Morgenpost veröffentlicht, in der es u.a. heißt: *''...Die öffentlich gewordenen Meßergebnisse liegen bis zur 50fachen Menge über den 'erlaubten' Arsenbelastungen. Aber die Reaktionen der Behörde und des SPD-Senats sind empörend. Da wird vertuscht, gemauschelt und verniedlicht, daß man glaubt, eine 'Vergiftungs-Mafia' vor sich zu haben. Um von den Umweltverbrechen abzulenken, soll die Öffentlichkeit schnell gegen die 'Unruhestifter' aufgebracht werden. Die GAL — natürlich diese Umweltschützer...''*

Und weiter heißt es: *''Als Gewerkschafter möchten wir besonders die bei der Affi beschäftigten Kolleginnen und Kollegen ansprechen. Die Schornsteine des Werkes bringen ein Drittel aller anfallenden Schadstoffe in die umliegenden Gebiete. Zwei Drittel aller Affi-Gifte bleiben auf dem Gelände. Sie quellen aus allen möglichen Ritzen, durch Fenster, Dächer und Rohre und wirken direkt auf die Beschäftigten ein. Deutlich wird dies auch durch die betriebseigenen Straßenkehrfahrzeuge, die täglich das Gelände befahren und große Mengen an Stäuben einsammeln. Diese werden — nach entnommenen Proben — wieder in die Öfen geschoben. Der Arbeitsschutz ist absolut ungenügend, und die betriebseigenen Gesundheitsuntersuchungen erweisen sich als unzureichend, um etwa langfristige Arsen- und Bleivergiftungen nachzuweisen. Aktuelle Informationen sprechen von mindestens 30 Arsenerkrankungen und (davon) 6 als Berufskrankheit anerkannten (Lungen) Krebsfällen von Affi-Beschäftigten.''*

Die Unterzeichner fordern, den Be-
trieb umgehend zu sanieren um die
senerkrankungen und (davon) 6 als Berufskrankheit anerkannten (Lungen) Krebsfällen von Affi-Beschäftigten.''

Die Unterzeichner fordern, den Betrieb umgehend zu sanieren, um die Affi-Produktion akzeptabel zu machen. Abschließend heißt es:*''Als Beschäftigte in Hamburg fordern wir gesicherte Arbeitsplätze durch sozial und ökologisch sinnvolle Arbeit. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und Umweltschutz gehören zusammen. Die Diskussion, ob Umweltschutz Arbeitsplätze gefährdet oder schafft, lenkt von dieser notwendigen grundsätzlichen Neuorientierung ab.''*

Die Reaktion

Am 25. März verteilten dann Vertrauensleute der Affi vor dem Werk ein von der IG-Chemie verfaßtes Flugblatt. Unter ihrem Motto *''HÖRT AUF MIT DER PANIKMACHE''* wurde ausdrücklich betont, daß die Anzeige in der „Morgenpost'' *„k e i n e offizielle Stellungnahme irgendeiner Gewerkschaft innerhalb des DGB''* darstelle.

Wörtlich:*''In dieser Anzeige wird uns vorgeworfen, in den 'Filz von Industrie und Staat' eingebunden zu sein und zu einer 'Vergiftungs-Mafia' zu gehören. Es ist unmöglich, auf alle Verdrehungen und Unwahrheiten dieser Anzeige im einzelnen einzugehen. Tatsache ist: Wir haben wiederholt erklärt, daß Betriebsräte und Vertrauensleute der NORDDEUTSCHEN AFFINERIE und die IG CHEMIE-VERWALTUNGSSTELLE alle Bemühungen der Behörden unterstützen, Emissionen des Werkes auf ein Minimum zu reduzieren. Wir lassen uns nicht mit dem Argument: 'Arbeitsplätze oder Umwelt- und Arbeitsschutz' erpressen!''*

Die IG Chemie gesteht zwar ein, daß die NA technologischen Verbesserungen verpflichtet sein muß, lehnt jedoch eine Schließung des Werkes unter dem Hinweis, daß das Problem der Arsen-Altlasten damit nicht gelöst werde, eindeutig ab. Besonders der Eindruck des in der Anzeige vermittelten ''ungenügenden Arbeitsschutzes'' hat es den Gewerkschaftsfürsten angetan:*''Die Behauptungen, der Arbeitsschutz für die Beschäftigten der NA und die Gesundheitsuntersuchungen seinen absolut ungenügend und unzureichend, entbehren jeder Grundlage und wir weisen das als polemische Panikmache entschieden zurück. Als Betriebsrat und Arbeitssicherheitsausschuß arbeiten wir mit der werksärztlichen Abteilung und der Gewerbeaufsicht eng zusammen und hinsichtlich der Einhaltung der MAK-Werte (Maximale Arbeitsplatzkonzentration — Anm. Verf.) gibt es auch keine Beanstandungen. Die Unterzeichner der Anzeige wollen die Schadstoffabgaben der NORDDEUTSCHEN AFFINERIE auf Null reduzieren, und das bedeutet Stillegung! Hierfür gibt es für 'Alternative' eben keine Alternative!''*

Und dann wird richtig ausgeholt:*''Ihnen geht es nicht darum, in überschaubaren Zeiträumen die Emissionen so weit wie möglich zu reduzieren. Wer solche Maximalpositionen bezieht, macht deutlich, daß er etwas anderes will: Langfristig den Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Wollen sie das 'Agrarland Bundesrepublik', das von den Anliegerstaaten mit seinen Industrien, für die unsere gesetzlichen Auflagen nicht gelten, eingeräuchert wird?''*

Die Betriebsversammlung

Die Grünen, die die Gewerkschafteranzeige mitgetragen haben, haben mit ihren Ausführungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz auf der Affi genau den Nerv des Betriebsrates und der IG Chemie getroffen. In dieser Weise sollte mit Informationen in den Betrieb hineingewirkt werden, um der Sozialpartnerschaft entgegenzutreten.

Ein verbesserter Arbeits- und Umweltschutz leuchtet heute vielen Kollegen ein, die sich ihre Gesundheit nicht abkaufen lassen wollen.

Bislang gelingt es den sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären aber noch, diese Probleme mit Hetze zu verdecken.

Die Betriebsversammlung, die am gleichen Tag der Verteilung des IG Chemie-Flugblattes stattfand, glich denn auch mehr einer SPD-Wahlveranstaltung gegen die Grünen.

Die Betriebsversammlung, die am gleichen Tag der Verteilung des IG Chemie-Flugblattes stattfand, glich denn auch mehr einer SPD-Wahlveranstaltung gegen die Grünen.

Die Grünen, so der Betriebsratsvorsitzende Oldach, die vom *''Rotieren ganz schwindelig''* geworden seien, sollten sich erstmal mit *''manueller Arbeit beschäftigen''*, bevor sie *„nackt über Schreibtische''*springen. Unter Beifall konnte Oldach denn auch sein ''Eier-Attentat'' gegen das GAL-Bürgerschaftsmitglied Oestmann abfeiern lassen.

Mittlerweile hat dieses „Rührei'' kein juristisches Nachspiel, was die GAL zu der folgenden ironischen Erklärung veranlaßte:*''Wir begrüßen es außerordentlich, daß im Falle des gestandenen Sozialdemokraten Oldach erstmals eine Protestaktion entkriminalisiert wurde. Überaus demutsvoll ersuchen wir den Präsidenten* (d.Bürgerschaft — Anm. Verf.)*seine neuentwickelte Milde auch auf Nicht-Sozialdemokraten auszudehnen und eine Amnestie zu erlassen.''* (''Hamburger Morgenpost'', 26.3.85)Auf der erwähnten Betriebsversammlung gab es auch vereinzelte kritische Stimmen, die das ''Eier-Attentat'' als „bedenklich'' einstuften und eine Verbesserung der Produktion durch Wegsanieren der Altanlagen forderten.

Die Geschäftsleitung, die sich zu Recht beim Betriebsrat für die „Versachlichung'' der Diskussion bedanken konnten, ist zu einer Sanierung des Werkes lediglich dann bereit, wenn aus dem „Altanlagensanierungsfond'' der Bundesregierung — sprich Steuergeldern — genügend „finanzielle Anreize'' geschaffen würden. Ansonsten betreibt die NA eine Verharmlosung, die ihresgleichen sucht. Da werden die erhöhten Arsen-Werte als geringfügig angesehen, weil in Heilquellen zum Beispiel mehr Arsen gefunden worden sei als in den Beobachtungsbrunnen der Affi.

Wie weit die Verhetzung allerdings vorangeschritten ist, mag daraus ersehen werden, daß die Norddeutsche Affinerie plant, ihre Häuserzeile an der Hovestraße mit Panzerglas (!) zu versehen. (Der Betriebsrat sollte sich beeilen, damit er noch 'ne Scheibe abbekommt). Die Hauptgefährdung gehe dabei von einer über öffentliches Gelände führenden Ölleitung aus, die gesprengt werden könnte. Anlaß für diese „Befürchtung'' war ein Anschlag auf einen Hochspannungsmast, der die Stromversorgung durch das AKW Krümmel lahmlegte und zu einer Mangelsituation bei der NA geführt hatte. Genau hiervor fürchtet sich das Unternehmen.

Sm, Hamburg

Entwicklungspolitik der EG:
Bindung Afrikas an Westeuropa

Im Dezember 1984 wurde in Lomé (Togo) des 3. Lomé-Abkommen zwischen der EG und 65 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP)-Staaten abgeschlossen. Mit diesem Abkommen sollen die unterzeichnenden Entwicklungsländer für weitere fünf Jahre fest an die EG gebunden werden.

Die AKP-Politik der EG ist vor allem Afrika-Politik. Unter den 65 Unterzeichnern aus dem AKP-Raum befinden sich außer Angola alle unabhängigen Staaten Schwarzafrikas, in das rund 90 Prozent der im AKP-Vertrag vorgesehenen Kapitalmittel fließen werden.

Neokolonialismus von Anbeginn

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Position der europäischen Imperialisten in der „3. Welt" erheblich geschwächt worden. Ursachen dafür waren der Aufschwung der Befreiungsbewegungen und Kräfteverschiebungen zugunsten der USA, die vielfach das Erbe der Westeuropäer antraten. Bei der Gründung der EWG 1957 war es deshalb zu einer Notwendigkeit geworden, sich dem allmählichen Zerfall der alten Kolonialreiche zu stellen und eine Neuordnung mit den vereinten Kräften der EG-6 zu betreiben.

Immerhin besaßen Frankreich und Belgien zum Zeitpunkt der EWG-Gründung noch eine große Zahl von Kolonien in Afrika. Davon findet sich in den „Römischen Verträgen". der westeuropäischen Demokratien kein Wort, wohl aber davon, wie sich zukünftig gemeinsam die Ausbeutung der „Überseeischen Länder und Hoheitsgebiete" (ÜLG) bewerkstelligen ließe. Insbesondere die westdeutschen Imperialisten, die mit der Niederlage des Faschismus fast ihr gesamtes Auslandskapital verloren hatten, drängten auf Assoziierungsvereinbarungen, die gleiche politische Rahmenbedingungen für alle EG-Staaten schaffen. In den Artikeln 131-136 des EWG-Vertrages wurden

— die Niederlassungsfreiheit,
— jdie Investitionsfreiheit,
— die Nicht-Diskriminierung bei Zollerhebungen
— und die Freizügigkeit der Arbeitskräfte für alle EG-Staaten gegenüber den ÜLG vereinbart.

In den Jahren nach 1957 erlangte eine große Zahl der Kolonien Frankreichs und Belgiens die Unabhängigkeit.

Die EG sah sich deshalb veranlaßt, nun direkt mit den unabhängigen Staaten zu verhandeln und Assoziierungsabkommen zu vereinbaren. Dies geschah mit den beiden Abkommen von Jaunde (1963 Jaunde-I; 1969 Jaunde-II) mit 17 Staaten Afrikas und Madagaskar sowie dem Arusha-Abkommen von 1969 mit den ehemals britischen Kolonien Kenia, Uganda und Tansania. Diese Verträge waren alle darauf ausgerichtet, die hohe wirtschaftliche Abhängigkeit der afrikanischen Staaten von ihren ehemaligen „Mutterländern" derart auszunutzen, daß allen EG-Ländern gleichermaßen Vorteile gegenüber anderen imperialistischen Nationen eingeräumt werden mußten.

Mit dem Beitritt Großbritanniens in die EG (1973) mußte die EG-Entwicklungspolitik eine Änderung erfahren, denn der britische Imperialismus wollte seine Vorzugsbeziehungen zu den Commonwealth-Staaten bewahren und in neue EG-Assoziierungsabkommen einbringen. Die anderen EG-Staaten waren vor allem aus finanziellen Erwägungen dagegen, bevölkerungsreiche Länder wie Indien, Pakistan und Sri Lanka in weitreichende „Hilfs"abkommen miteinzubeziehen. Deshalb wurde neben dem angestrebten Abkommen mit den ehemaligen Kolonien Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums ein differenziertes Instrumentarium der finanziellen und technischen Hilfe für Nicht-Assoziierte und allgemeiner Zollpräferenzen für Entwicklungsländer entwickelt, das in den vergangenen Jahren durch den euro-arabischen Dialog und Abkommen mit den ASEAN- und den Andenpakt-Staaten ergänzt wurde. Ziel dieser unterschiedlichen Maßnahmen ist es, die real bestehenden Interessenunterschiede zwischen Schwellenländern und wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten hervorzuheben und die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung „auf dem Wege regionalisierter Kooperation zu neutralisieren" (Dauderstädt u.a., S. 21).

Die Politik gegenüber den AKP-Staaten

Das Lomé-III-Abkommen bildet die Fortführung der mit den Abkommen Lomé-I (In Kraft getreten: 1.4.76) und Lomé-II (1.1.81) begonnenen Politik, die darauf abzielt, der EG insbesondere Afrika als strategisches Hinterland und Rohstofflieferanten zu sichern Afrika ist die Weltregion, „*in der Europa mit ganz besonderem Nachdruck seine Präsenz zu festigen versucht hat*" (Memorandum der EG-Kommission, 1982). Den westeuropäischen Imperialisten ging und geht es nicht darum, ein „Modell für die Nord-Süd-Beziehungen" zu entwickeln, sondern handfeste materielle Interessen durchzusetzen. Vor dem Abschluß von Lomé-I war „*die Nachfrage in Europa nach Rohstoffen (vor allem nach Erdöl, Kupfer, Kobalt, Phosphat, Holz und Uran) gestiegen und neue Konkurrenten — die Sowjetunion und die USA — schienen die traditionell engen Beziehungen zwischen beiden Kontinenten (Europa und Afrika) zu bedrohen*" (Tetzlaff/Bley, 276). Diesem Prozeß Einhalt zu gebieten, waren die einzelnen EG-Staaten längst nicht mehr in der Lage (vgl. Krohn in: „Europa-Archiv 6/75), so daß es der erweiterten EG überlassen blieb, ein „interkontinentales Vertragswerk" zu schaffen, „*das eine Gruppe von Entwicklungsländern mittels materieller Konzessionen, aber auch — als Gegenforderung — durch Verpflichtungen zu Wohlverhalten und zur Achtung der privatwirtschaftlichen Gewinninteressen der ‚Marktteilnehmer' (Art. 38), am stärksten und exklusivsten an einen Block von Industriestaaten assoziiert*" Tetzlaff/Bley, 267).

Afrika (soweit nicht anders vermerkt, ist im folgenden die Region südlich der Sahara gemeint) gehört zu den Schwerpunkten westdeutscher Entwicklungshilfe.

Die bundesdeutschen Zielsetzungen sind in einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes von 1979 formuliert. Trotz einiger Auseinandersetzungen um die Afrika-Politik in der Kohl-Genscher-Koalition gelten offiziell diese Grundsätze bis heute fort. Im Zusammenhang wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessenwahrung wird dem Lomé-Abkommen eine „richtungsweisende" Bedeutung zugesprochen. Die störungsfreie Versorgung der „*deutschen Wirtschaft mit z.T. nicht oder nur schwer ersetzbaren Rohstoffen und der deutschen Verbraucher mit Halb- und Fertigwaren*" und „*expandierende Märkte für den deutschen Export*" sollten „*langfristig gesichert werden*". Daneben vertrete die Bundesregierung *vitale sicherheitspolitische Interessen der BRD, wenn sie durch Stärkung der Unabhängigkeit der Staaten Afrikas ... zu verhindern sucht, daß außerafrikanische Mächte in Afrika gegen den Westen gerichtete Macht- und Einflußsphären aufbauen und so in die Lage kommen, europäische Handelsrouten im Südatlantik und im Indischen Ozean zu bedrohen. (...) Dabei hält es die Bundesregierung für erforderlich, im Rahmen ihrer afrikapolitischen Prinzipien auch mit sozialistischen afrikanischen Regierungen, ungeachtet deren gegenwärtiger Bindung an die SU zusammenzuarbeiten, um ihnen den Weg zu echter Blockfreiheit offenzuhalten, den eine Reihe ehemals eng mit der SU verbundener Staaten in Afrika schon gegangen sind oder dabei sind zu gehen (z.B. Ägypten, Somalia, Ghana, Guinea, Mali)*" (Bundestags-Drucksache 8/3463).

Tatsächlich überwiegen diese strategischen Gründe, denn als Handelspartner haben die schwarzafrikanischen Staaten weder für die BRD noch die EG besonderes Gewicht; nur 6,7 % der BRD-Ausfuhren in Entwicklungsländer gehen in die afrikanischen AKP-Staaten und mit einem knapp zwölfprozentigen Anteil an den EG-Ausfuhren in Entwicklungsländer ist das Verhältnis nur unwesentlich besser. — Auch als Empfänger westdeutscher Direktinvestitionen sind außer Nigeria die AKP-Staaten ohne größere Bedeutung für die Gesamtwirtschaft. Im Gegenteil sind neben Südafrika nur die nordafrikanischen Staaten bzw. Ölförderländer als Anlageorte interessant (s. Tabelle 1).

Wenn die BRD dennoch den Schwerpunkt staatlicher Entwicklungshilfe auf Schwarzafrika legt und sich mit der höchsten Quote am Europäischen Entwicklungsfond (EEF), der die finanziellen Zusagen aus dem AKP-Abkommen abwickelt, beteiligt, findet dies seine wirtschaftliche Begründung wesentlich darin, daß weit über 60 % der Kapitalhilfe in Form von Aufträgen an die westdeutsche Wirtschaft zurückfließen und die bewilligten Mittel gezielt dafür eingesetzt werden, infrastrukturelle Maßnahmen durchzuführen und Wirtschaftssektoren zu erschließen, die für die Kapitalverwertung durch imperialistische Konzerne von Interesse sind.

Ausgleichszahlungen für Exportverluste als politisches Druckmittel

Das von bürgerlicher Seite am meisten gepriesene Instrumentarium des AKP-Abkommens ist das System zur Stabilisierung der Exporteinnahmen rohstoffabhängiger Staaten (Stabex), in dem rund 50 agrarische und industrielle Rohstoffe (keine Mineralien) erfaßt sind. Den AKP-Staaten, deren Exporterlöse für einen der klassifizierten Rohstoffe um 7,5 Prozent unter den Durchschnitt der letzten vier Jahre sinken (bei den LLDC (Less Developed Countries) um 2,5%), soll mit Stabex ein Finanztransfer aus der EG gesichert werden. In der Regel besteht eine Verpflichtung zur späteren Rückzahlung der Gelder, von der die LLDC allerdings ausgenommen sind. In der Bestimmung weiterer Zahlungsmodalitäten hat „*sich der Gemeinschaftsstandpunkt stärker durchgesetzt*", der beinhaltet, „*daß in Zukunft ein transferberechtigtes AKP-Land sich vor Ausführung des Transfers zu einer präzisen Verwendung der Mittel verpflichten muß. Die (bisher mangelhafte) Berichterstattung über die verpflichtungskonforme Verwendung der Mittel wird einer strengen Disziplin unterworfen, die bis zur A u s s e t z u n g k ü n f t i g e r Z a h l u n g e n führen kann*" (Frisch, 66; Hervorhebg. — fo.).

Dies deckt sich exakt mit der im März 1983 erhobenen Forderung der westdeutschen Kapitalisten, eine „*Verbesserung der Verwendungskontrolle*" durchzusetzen (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer — Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind u.a. der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag).

Die Forderung der AKP-Staaten, neben den Rohstoffen auch weiterverarbeitete Waren in Stabex einzubeziehen, wurde von der EG ebenso abgelehnt wie der Wunsch, für eine ausreichende finanzielle Ausstattung zu sorgen. Diese wäre notwendig gewesen, da durch das Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt die Transferanträge seit Anfang der 80er Jahre immens stiegen, aber nur noch zu 40% (1981) erfüllt werden. Bei den gezahlten Beträgen taucht zudem das Ungleichgewicht auf, daß allein afrikaniche Staa-

Fortsetzung nächste Seite

Partner der EG
(AKP-Staaten)
Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik (AKP-Staaten), mit denen die EG Abkommen über handelspolitische und industrielle Zusammenarbeit und über Finanzhilfe hat.
(Abkommen von Lomé)
AFRIKA
KARIBIK
PAZIFIK
© Globus

Die Funktion der „Nahrungsmittelhilfe"

Die Berichte über die Lage der Verhungernden in vielen schwarzafrikanischen Staaten haben den vielfachen Ruf nach Transporten von EG-Agrar-Überschüssen in die Hungergebiete laut werden lassen. Dabei wird oft übersehen, daß die EG und die BRD ständig „Nahrungsmittelhilfe" leisten und diese im Rahmen imperialistischer Kapitalverwertungsstrategien eine spezifische Rolle spielen.

Die Nahrungsmittel werden in den Empfängerländern zu Niedrigpreisen in den Städten verkauft und drücken auf diese Weise die Preise für die Produkte der einheimischen Produzenten, soweit diesen der städtische Markt nicht gänzlich abgejagt wird. Verbunden mit hohen Steuerlasten, die die Regierungen durchweg zuerst der ländlichen Bevölkerung aufdrücken, werden die Kleinbauern ins Elend getrieben und die Subsistenzproduktion vernichtet. Die Männer sind gezwungen, ihr Land zu verlassen und sich in den Bergwerken, Fabriken und auf den Plantagen der Imperialisten zu verdingen. Dadurch erhalten die Plantagenbesitzer, oft imperialistische Konzerne, die Möglichkeit, die Anbaufläche für ihre Produktion auszudehnen. Die Bebauung der Plantagen ist aber nicht im geringsten an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet und trägt zur Eigenversorgung der afrikanischen Staaten nichts bei, sondern es handelt sich um Monokulturen (Kaffee, Erdnüsse, Kakao usw.), die ausschließlich nach den Absatzmöglichkeiten des Weltmarkts errichtet werden. Der Versuch der afrikanischen Staaten, über den vermehrten Export dieser Produkte gegen die ständig wachsende Schuldenlast anzukommen, ist spätestens mit dem erheblichen Fall der Rohstoffpreise in der Weltwirtschaftskrise gescheitert.

Ein Mittel der Imperialisten, die Abhängigkeit der afrikanischen Länder weiter zu erhöhen, besteht darin, irgendwann eine marktgerechtere Bezahlung der Nahrungsmittellieferungen zu verlangen, die die Empfängerstaaten kaum verweigern können, da eine Eigenversorgung längst unmöglich ist; neue Kredite müssen also aufgenommen werden. Die Abhängigkeit von importiertem Getreide betrug bereits 1978 in „*Elfenbeinküste, Ghana, Zaire, Senegal und Nigeria ein Fünftel bis ein Drittel ihres Getreidebedarfs*" („Politische Berichte", 4/85).

Die Eingliederung der „Nahrungsmittelhilfe" in das imperialistische Konzept und der weitere Rückgang der Fördermittel für Projekte der landwirtschaftlichen Eigenversorgung zeigen, daß die isolierte Lieferung von überschüssigen Nahrungsmitteln aus den Speichern der EG in keiner Weise den Verhungernden dient, sondern im Gegenteil ihr Elend erst herbeigeführt hat.

Tabelle 1

Bundesdeutsche Direktinvestitionen in Afrika (ohne Kanarische Inseln) 1971, 1976, 1981 (in Millionen DM)

	1971[1]	1976[2]	1981[3]
Afrika	1.199,6	1.907,8	4.645,0
darunter:			
Südafrika	241,7	549,2	1.855,0
Lybien	445,2	326,7	198,0
Algerien	51,5	146,2	388,0
Ägypten	20,1	101,0	441,0
Nigeria	29,2	179,8	1.089,0
Subsahara-Region (einschl. Marokko und Tunesien)	411,9	604,9	674,0
Welt[4]	22.631,0	47.048,2	87.537,0

Anmerkungen:
1) nach: Krämer u.a., Afrika Wirtschaft 1973/74
2) nach: Krämer (Hrsg.), Afrika Wirtschaft 1976/77
3) nach: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Monatsbericht Mai 1983
4) nach: Bundsministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Leistung in Zahlen 1983

Die obenstehende Tabelle gibt nur T e n d e n z e n an, da die Deutsche Bundesbank nur „Beteiligungen von mindestens 25% am Nominalkapital von Unternehmen mit einer Bilanzsumme von (umgerechnet) mehr als 500.000 DM" erfaßt hat. Die geringe und sogar sinkende Bedeutung der Subsahara-Region für westdeutsche Investoren wird aber deutlich.

Tabelle 2

Anteil der EG-Staaten am Handel mit den AKP-Ländern (in Prozent)

	Importe der EG			Exporte der EG		
	1972	1977	1983	1972	1977	1983
Frankreich	24,2	26,3	27,0	28,0	29,7	33,9
England	26,7	18,1	15,6	30,9	25,6	24,0
BRD	18,7	22,1	21,7	14,3	20,2	14,2
Niederlande	9,9	14,8	10,4	7,4	7,6	8,2
Italien	10,0	8,9	15,3	10,4	9,6	10,2
Belgien/ Luxemburg	8,4	8,0	7,9	6,2	5,2	6,2
Dänemark	1,2	1,3	1,0	2,6	1,5	1,8
Irland	0,5	0,6	0,4	0,3	0,6	0,9
Griechenland	-	-	0,7	-	-	0,5

Quellen:
Stetter, Die Assoziierung der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten an die EG unter besonderer Berücksichtigung des Systems der Stabilisierung der Exporterlöse
Eurostat, Außenhandelsstatistik 1983
eigene Berechnungen

Die Statistik weist aus, daß der Anteil der BRD am Handel der EG mit den AKP-Staaten nur geringfügig gestiegen ist, bei den Exporten sogar stagniert. Dagegen ist der Anteil Frankreichs an den EG-Exporten um fast 6 Prozentpunkte gestiegen.

Tabelle 3

EG-Hilfen im Rahmen der Lomé-Abkommen (in Mrd. DM)

	Lomé-I	Lomé-II	Lomé-III
EEF-Mittel	7,0	10,7	16,5
EIB-Mittel	0,9	2,0	2,5
Gesamte Mittel	7,9	12,7	19,0
Steigerung (in%)		60,7	49,6

Quellen: Amtsblatt der EG C 348 vom 31.12.1984; EIB (Hrsg.), EIB 1958 - 1983; „Neue Zürcher Zeitung", 10.12.84; eigene Berechnungen

ist der Anteil Frankreichs an den EG-Exporten um fast 6 Prozentpunkte gestiegen.

Tabelle 3

EG-Hilfen im Rahmen der Lomé-Abkommen (in Mrd. DM)

	Lomé-I	Lomé-II	Lomé-III
EEF-Mittel	7,0	10,7	16,5
EIB-Mittel	0,9	2,0	2,5
Gesamte Mittel	7,9	12,7	19,0
Steigerung (in%)		60,7	49,6

Quellen: Amtsblatt der EG C 348 vom 31.12.1984; EIB (Hrsg.), EIB 1958 - 1983; „Neue Zürcher Zeitung", 10.12.84; eigene Berechnungen

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten (Elfenbeinküste, Ghana, Senegal, Kenia, Kamerun) über 70% der gezahlten Gelder erhielten.

Um die Versorgungssicherheit der EG auf dem Sektor mineralischer Rohstoffe zu erhöhen, wurde mit dem Lomé-II-Abkommen das System zur Aufrechterhaltung der Mineraliengewinnung (Sysmin) geschaffen. *„Ziel ist die Aufrechterhaltung einer an sich rentablen Bergbaukapazität in den betreffenden AKP-Staaten, wenn diese infolge von Katastrophen, schwerwiegenden politischen Ereignissen oder Erlösverfall gefährdet ist. Die Hilfe ist rückzahlbar"* („EA" 21/79, D 581).

Von Sysmin werden 7 Mineralien erfaßt: Kupfer, Phosphate, Bauxit, Aluminium, Mangan, Eisenerz und Zinn. Mögliche Zahlungen kommen westeuropäischen Unternehmen insoweit unmittelbar zugute, als sie einen großen Anteil bei der Mineraliengewinnung in Afrika halten. Weil die Mineralienvorkommen Afrikas bisher nicht umfassend erschlossen wurden, sollen weitere EG-Gelder auch in diesen Bereich fließen.

Die bereits zitierte Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer forderte zudem ein *„Vorkaufsrecht"* für *„EG-Nachfrager nach Rohstoffen, für die AKP-Staaten eine Förderung erhalten"*. Dies wurde zwar in Lomé-III nicht festgeschrieben, ein Abnahmemonopol der EG-Staaten existiert außer für Rohöl und Roh-Aluminium bei fast allen Rohstoffprodukten aber faktisch, so gingen u.a. „82% der Eisenerzausfuhr, 62% der Kupferausfuhr und 67% Ausfuhr an Rohphosphaten aller AKP-Staaten" 1980 in die EG (Politische Berichte 20/83).

Die EG bestimmt die Handelsbeziehungen

Der Anteil der AKP-Staaten an der Rohstoffversorgung und am Gesamthandel der EG ist gesunken. Damit ist auch die Abhängigkeit der EG vom Warenaustausch mit den AKP-Ländern weiter vermindert, was der EG in hohem Maß erleichtert, Preise und Lieferbedingungen für Waren aus den AKP-Staaten zu bestimmen.

Dieses Verhältnis findet seinen Ausdruck in den Handelsvereinbarungen von Lomé-III, die bisherige Regelungen festschreiben. Danach können AKP-Staaten in der Regel ihre Produkte zollfrei in die EG einführen, die eine entsprechende Regelung für ihre Exporte nicht fordert, sondern allein die Gleichbehandlung aller EG-Staaten auf den AKP-Märkten und die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel.

Die ungleiche Handelsstruktur zwischen den beiden Regionen ist durch die bisherigen Lomé-Abkommen nicht aufgelöst worden; die AKP-Länder exportieren zu 90% Rohstoffe in die EG, die ihrerseits zu 80% Fertigwaren in die AKP-Regionen ausführt. Die zollfreie Einfuhr von Rohstoffen ist ganz zum Vorteil der westeuropäischen Konzerne, die so einen kostengünstigen Zugriff auf Rohstoffe erhalten, die sie innerhalb des EG-Binnenmarktes nicht gewinnen können. Da die EG sich zugleich vorbehält, bei Störungen in einzelnen Wirtschaftszweigen eine Schutzklausel anzuwenden, hat dies in der Vergangenheit dazu geführt, daß in den meisten Fällen, in denen AKP-Staaten begannen, Fertigwaren in die EG einzuführen, diese Produkte mit Zöllen belastet wurden. Selbst wohlwollende Betrachter der EG-Entwicklungspolitik kommen deshalb zu dem Urteil, daß *„die AKP-Staaten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, aus den ihnen ... eingeräumten Privilegien im Handel, bei der Rohstofferlös-Stabilisierung ... nur wenige substantielle Vorteile ziehen können"* (Hedrich/Ropp in: Außenpolitik 4/83).

Der Politik-Dialog: Neokolonialistisches Zwangsinstrument

Auf dem Gebiet der finanziellen und technischen Zusammenarbeit hat eine Schwerpunktverlagerung von den Neuinvestitionen hin zur Instandhaltung bestehender Infrastrukturen stattgefunden. Nicht einzelne Projekte sollen zukünftig gefördert werden, sondern in einem „Programmierungsverfahren" soll die Politik der AKP-Länder für einzelne Wirtschaftssektoren für die Dauer des Abkommens festgelegt werden. Dazu will die EG einen umfassenden Politik-Dialog mit den Empfängerländern führen. Nicht zu Unrecht vermuteten die AKP-Staaten dahinter den Willen der EG, i h r e Vorstellungen den AKP-Regierungen aufzuzwingen. Unüberhörbar wird damit gedroht, daß *„die Bereitschaft zu einem längerfristigen kalkulierbaren Engagement"* der EG-Staaten von einem zufriedenstellenden Verlauf dieses Dialoges abhängig ist (vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hrsg., Politik der Partner). Das EG-Ziel, freie Märkte für westeuropäische Kapitalisten durchzusetzen, konstatiert die „Neue Zürcher Zeitung" (10.12.84) unverhohlen: *„Natürlich geht es Brüssel darum, E i n f l u ß zu nehmen — gegebenenfalls auch über die politischen Rahmenbedingungen in den Empfängerländern"* (Hervorhebg. i. Orig.). Für das Kräfteverhältnis zwischen beiden Lagern ist es bezeichnend, daß sich die AKP-Staaten trotz ihrer ablehnenden Haltung zur Unterschrift gezwungen sahen.

Schutz für westeuropäische Privatinvestitionen

Die Schaffung eines guten Investitionsklimas in den AKP-Staaten und der Investitionsschutz sind neuralgische Punkte bei allen Lomé-Abkommen gewesen. Nach einer eher allgemeinen „Klima-Klausel" in Lomé-I und einer Meistbegünstigungsklausel in Lomé-II (ein bilaterales Investitionsabkommen zwischen einem EG- und einem AKP-Staat müsse auf alle anderen EG-Staaten Anwendung finden) wurde in Lomé-III nach Ansicht des Generaldirektors Entwicklung bei der Kommission, Frisch, die „wichtigste Neuerung" in eben diesem Bereich durchgesetzt: Ergebnisse, *„die in einem multilateral ausgehandelten Kooperationsabkommen bisher nicht ihresgleichen*

Die Schaffung eines guten Investitionsklimas in den AKP-Staaten und der Investitionsschutz sind neuralgische Punkte bei allen Lomé-Abkommen gewesen. Nach einer eher allgemeinen „Klima-Klausel" in Lomé-I und einer Meistbegünstigungsklausel in Lomé-II (ein bilaterales Investitionsabkommen zwischen einem EG- und einem AKP-Staat müsse auf alle anderen EG-Staaten Anwendung finden) wurde in Lomé-III nach Ansicht des Generaldirektors Entwicklung bei der Kommission, Frisch, die „wichtigste Neuerung" in eben diesem Bereich durchgesetzt: Ergebnisse, *„die in einem multilateral ausgehandelten Kooperationsabkommen bisher nicht ihresgleichen kennen: Anerkenntnis der Bedeutung der Privatinvestitionen beim Entwicklungsprozeß; Notwendigkeit ihrer Eingliederung in die Entwicklungsprioritäten des Empfängerlandes; Verpflichtung zu gerechter und fairer Behandlung der Investoren; Erfordernis eines sicheren und vorausschaubaren Investitionsklimas transparenter, stabiler und förderlicher Investitionsbedingungen; Bereitschaft zum Abschluß von allgemeinen Investiotionsschutzabkommen zwischen einzelnen Staaten (...). Der interessante Ansatz scheint in der Bereitschaft zu liegen, die Schaffung eines gemeinsamen AKP-EG-Garantiesystems gegen politische Investitionsrisiken zu prüfen ..."* (Frisch, in Europa-Archiv, 3/85). Besondere Betonung liegt dabei auf der Errichtung eines g e m e i n s a m e n Garantiesystems, also einer Regelung, bei der die ausgebeuteten AKP-Staaten auch noch das Kapital der Imperialisten versichern sollen.

Realer Fall der EG-Hilfen

Die Finanzhilfen der EG (Zuschüsse, Kredite) werden über den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und die Europäische Investitionsbank (EIB) abgewickelt. Der EEF ist nicht Bestandteil des EG-Haushalts durch Anteilszahlungen der EG-Mitgliedsländer finanziert. Sowohl beim EEF wie bei der EIB hält die BRD mit rund 25% bzw. knapp 22% den höchsten Kapitalanteil und kann sich damit einen erheblichen Einfluß auf die Vergabe der Gelder sichern. Im Lauf der letzten Jahre ist der Anteil westdeutscher Firmen, die Lieferaufträge aus Mitteln des EEF erhielten, von 10 auf über 27 Prozent gestiegen, im Bausektor sogar von 6 auf 22 Prozent.



Kupferabbau in Sambia

Die nebenstehende Tabelle zeigt, daß die Gesamtmittel des 6.EEF für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Lomé-III-Vertrag um 49,6% erhöht wurden. Dem stehen aber folgende Fakten entgegen:
— gestiegene Bevölkerungszahlen in den AKP-Staaten;
— der Beitritt Mozambiks zum AKP-Abkommen;
— hohe Inflationsraten in den AKP-Staaten.

Ergebnis dieser Entwicklungen ist ein reales Absinken der EG-Hilfen, die zudem ihre veranschlagte Höhe nur mit dem Trick erreichten, daß die zu erwartenden Beiträge Spaniens und Portugals, die bekanntlich noch gar nicht Mitglieder der EG sind, in das EEF-Volumen eingeplant wurden.

Natürlich hat sich die EG bei der Festlegung der Finanzhilfen gegenüber den AKP-Ländern durchgesetzt, die in Kenntnis der Probleme eine Erhöhung der Mittel auf fast 27 Mrd. DM gefordert hatten, damit aber genausowenig durchdrangen wie die EG-Kommission oder die französische Regierung, die für höhere Zusagen eingetreten waren. Die westdeutsche und die englische Regierung hatten dagegen seit Beginn der Verhandlungen auf möglichst geringen Steigerungsraten, mindestens unter 50%, beharrt (vgl. „Neue Zürcher Zeitung", 3.7.84).

Quellen:

„Politische Berichte", lfd.
Europäische Investitionsbank (Hrsg.), EIB 1958-1983
„Europa-Archiv", lfd.
Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer, Stellungnahme vom 10.3.83
Dauderstädt u.a., EG-Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, 1982
Wirtschafts- und Sozialausschuß der EWG-EAG, Bericht der Fachgruppe Außenbeziehungen zum Thema „Das Abkommen von Lomé ...", Brüssel, 15.2.1983
Kommission der EG, Memorandum zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft, 4.10.1982
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1984
Dass., Politik der Partner, 1983
Gerth-Wellmann, Das AKP-EG-Abkommen von Lomé, 1979
Krämer u.a. (Hrsg.), Afrika Wirtschaft 1973/74
Krämer (Hrsg.), Afrika Wirtschaft 1976/77
Bley/Tetzlaff (Hrsg.), Afrika und Bonn, 1978

fo.

EG-Süderweiterung:
Der Weg ist frei

Am 30. März wurde auf einer Sitzung der 10 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel endgültig die Tür für den Beitritt Spaniens und Portugals in die EG geöffnet. Ab 1. Januar 1986 wird die EG mit den iberischen Ländern 12 Staaten Westeuropas umfassen. Die Angleichung von NATO- und EG-Europa schreitet voran.

Neben den unmittelbaren wirt-

gendverband der PSOE nicht offiziell an der Demonstration beteiligt hatten (vgl. „Le Monde", 26.3.1986).

Zu Protesten führte auch der EG-Beschluß, denn viele spanische Landwirte sehen nun ihre Existenz akut gefährdet. Allein im Baskenland wird damit gerechnet, daß der Struktur-„Bereinigungspolitik" der EG 500.000 Höfe zum Opfer fallen könnten (vgl. „Süddeutsche Zeitung", 30.3.85).

EG-Süderweiterung:
Der Weg ist frei

Am 30. März wurde auf einer Sitzung der 10 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel endgültig die Tür für den Beitritt Spaniens und Portugals in die EG geöffnet. Ab 1. Januar 1986 wird die EG mit den iberischen Ländern 12 Staaten Westeuropas umfassen. Die Angleichung von NATO- und EG-Europa schreitet voran.

Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen kommt dieser Einigung ein großes politisches Gewicht zu. In rund 10 Monaten soll in Spanien eine Volksabstimmung über den weiteren Verbleib des Landes in der NATO stattfinden. Diese, die Regierung nicht bindende Volksabstimmung ist der klägliche Rest eines Wahlversprechens, das die seit Dezember 1982 regierende sozialistische Partei (PSOE) gegeben hatte. Der Austritt Spaniens aus der NATO hatte zu den zentralen Leitsätzen der PSOE gehört. Nachdem zunächst die Regierung mit Ministerpräsident Gonzales davon nach den Wahlen nichts mehr wissen wollte, schwenkte im Dezember 1984 die gesamte Partei auf diesen Kurs um (vgl. AK 254). Mit der Volksabstimmung soll die nachträgliche Bestätigung für diesen Positionswechsel eingeholt und ein neuer „gesellschaftlicher Konsens" durchgesetzt werden.

Sicherlich sind die Chancen dafür durch die Brüsseler Einigung etwas gestiegen. Denn bisher war zu dem großen Teil der spanischen Bevölkerung mit einer grundsätzlichen Anti-NATO-Haltung noch ein Teil Unzufriedener gestoßen, die nicht einsahen, weshalb Spanien einen militärischen Beitrag zur Sicherung des imperialistischen Blocks beitragen sollte, ohne zugleich in den Wirtschaftsblock EG aufgenommen zu werden. Diese Hürde haben Westeuropas Staatsführer mit dem Brüsseler Beschluß beseitigt.

Zu Hoffnungen auf einen erfreulichen Ausgang der Volksabstimmung sind Spaniens NATO-Gegner/innen aber weiter berechtigt. Eine Woche vor dem Brüsseler Treffen beteiligten sich am fünften Anti-NATO-Marsch vor der nahe Madrid gelegenen US-Basis Torrejon mehr als 100.000 Menschen — ein Rekordergebnis! Dies zählt um so mehr, als sich erstmals die sozialistische Gewerkschaft UGT und der Jugendverband der PSOE nicht offiziell an der Demonstration beteiligt hatten (vgl. „Le Monde", 26.3.1986).

Zu Protesten führte auch der EG-Beschluß, denn viele spanische Landwirte sehen nun ihre Existenz akut gefährdet. Allein im Baskenland wird damit gerechnet, daß der Struktur-„Bereinigungspolitik" der EG 500.000 Höfe zum Opfer fallen könnten (vgl. „Süddeutsche Zeitung", 30.3.85). Doch nicht nur die spanischen Landwirte und Fischer, sondern auch die besonders großen Industriesektoren Stahl- und Schiffsproduktion, die die in der EG herrschende Überproduktion noch vergrößern würden, sollen in den nächsten Jahren stetig verkleinert werden (vgl. AK 254). Gegen die dort bereits eingeleiteten Maßnahmen hat es in der Vergangenheit heftige Massenproteste und Sabotageakte gegeben.

Auch im wirtschaftlich noch weit schwächeren Portugal, das der sozialistische Regierungschef Soares nach dem EG-Beitritt in fünf Jahren in ein „völlig anderes Land" mit moderner Industrie verwandeln will, hat die Bevölkerung das richtige Gespür: lediglich 27% sind dort für den EG-Beitritt („SZ", 30.3.85). Letzte Errungenschaften der „Nelken-Revolution" werden in Portugal abgebaut; aktueller Schritt war die erste Wiederzulassung einer privaten Bank. Mit dem „freien Markt" nimmt die EG es nämlich sehr genau, wenn es um die Freiheiten des Finanzkapital geht. Anders dagegen ist es mit der oft gepriesenen Freizügigkeit für die Arbeitskräfte: Erst nach einer Übergangszeit von sieben Jahren werden spanische und portugiesische Arbeiter sich in den anderen EG-Staaten Arbeit suchen können.

Die führenden EG-Mächte, allen voran die BRD, können zufrieden sein: Mit dem Beitritt der iberischen Staaten wird eine Markterweiterung um 50 Millionen Menschen vollzogen werden. Wenn in einigen Jahren die letzten Zollschranken abgebaut werden, können die kostengünstig produzierenden Industrien der EG-Zentren Spanien und Portugal mit ihren billigeren Waren überschwemmen und dem Zerstörungsprozeß der einheimischen Industrien einen neuen Schub verleihen.

fo.

USA 1945 bis 1955:
Vom »New Deal« über Jalta zur McCarthy-Ära

Am 3. August 1948 beschuldigte ein gewisser Whittaker Chambers einen Menschen namens Alger Hiss in einer öffentlichen Sitzung des Komitees gegen unamerikanische Umtriebe (HUAC) der Spionage für die Sowjetunion. Whittaker Chambers gab an, selbst Kommunist gewesen zu sein und 1937 mit der kommunistischen Partei gebrochen zu haben. Alger Hiss war 1948 Präsident der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden. Als junger Mann, wie man so schön sagt, aus gutem Hause, Absolvent der Eliteuniversität Harvard (Jura), hatte er im New Deal (US-amerikanische Politik nach der Weltwirtschaftskrise gegenüber der Arbeiterschaft; vergleichbar der ,,sozialen Marktwirtschaft'') eine glänzende Karriere begonnen. Im Februar 1945 war er Sonderberater des Präsidenten auf der Konferenz von Jalta. Im Sommer 1945 leitete er als Generalsekretär die Konferenzen, die zur Gründung der Vereinten Nationen führten. Seine gesamte Karriere stempelte ihn als den Vertreter des New Deal.

Chambers hatte acht weitere Namen genannt. Alle acht nahmen das Recht auf Aussageverweigerung wahr. Allein Alger Hiss verlangte eine sofortige Anhörung vor dem HUAC, die am 5. August ebenfalls öffentlich stattfand. Die Presse war günstig für ihn, und HUAC beriet, den Fall fallen zu lassen. Lediglich ein Mitglied, ein junger Abgeordneter aus Kalifornien, 1946 auf einem antikommunistischen Programm gewählt, Richard M. Nixon, gab nicht auf. Ende November tauchten unter dramatischen Umständen, in einem Kürbis versteckt, nach zehn Jahren Dokumente und drei Filmrollen aus dem Außenministerium auf, die Chambers von Hiss erhalten haben will. Alle datiert ab 1938, obwohl Chambers angeblich alle Verbindungen mit den Kommunisten 1937 abgebrochen haben will.

Am 15. Dezember wurde Alger Hiss von einer Grand Jury wegen Meineids angeklagt. Seine Glaubwürdigkeit war angeschlagen, da er zunächst Chambers auf Bildern nicht wiedererkannte, bei einer Gegenüberstellung diesen jedoch als einen früheren Untermieter mit anderem Namen aus den 30er Jahren bezeichnete. Anklage wegen Spionage war aus Verjährungsgründen nicht möglich. Die Jury konnte sich nicht einigen. Im Januar 1950 endete ein zweites Verfahren mit einheitlichem Spruch: Schuldig! Alger Hiss verbrachte vier Jahre im Gefängnis.

Zweieinhalb Jahre brachte der Fall Hiss Schlagzeilen gegen die Außenpolitik des New Deal und insbesondere die Abmachungen von Jalta, die mit der Verurteilung von Alger Hiss abgeurteilt wurden. Sie brachten Richard M. Nixon die Nominierung und Wahl zum Vizepräsidenten unter Eisenhower.

Mit dem Watergate-Skandal, der als Abhörskandal des Büros der Demokratischen Partei, initiiert durch Präsident Nixon, 1972 begann und 1974 mit seiner forcierten Abdankung endete, haben sich die vielen ungelösten Fragen des für die Reaktion wichtigsten politischen Prozesses des Kalten Krieges erneut erhoben: War die Auffindung der berüchtigten Kürbis-Dokumente ein abgekartetes Spiel, inszeniert von Nixon mit Hilfe des FBI? 1978 reichte Alger Hiss erneut eine Petition ein, um sein Verfahren wieder aufzurollen.

Diese Schilderung wirft ein Schlaglicht auf die Zeit der US-amerikanischen Innenpolitik, die mit dem berüchtigten Namen McCarthy verbunden ist. Im folgenden soll auf die Verbindung zwischen Außen- und Innenpolitik der USA in diesem Zeit raum eingegangen werden, und es wird gezeigt werden, daß die McCarthy-Ära keine Zeit der durchgeknallten Reaktionäre war, sondern der innenpolitische Reflex auf die ,,Neuorientierung'' der Außenpolitik der USA nach dem Ende des 2. Weltkriegs.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die USA zu **der** Weltmacht aufgestiegen. Ihre imperialistischen Konkurrenten und die Sowjetunion hatten im Krieg schwerste wirtschaftliche und Menschenverluste erlitten. Die alten Kolonialmächte waren am Ende. Die USA hatten eine unversehrte, auf Hochtouren laufende Industrie, noch nicht demobilisierte Armeen in der ganzen Welt stehen, waren Gläubiger vieler Länder und hatten als einzige die Atombombe. Die Erde lag, so schien es, zu ihren Füßen. Jedoch gab es einige Hindernisse. Außenpolitisch waren ihnen durch die gerade getroffenen Abmachungen von Jalta mit der Sowjetunion die Hände gebunden. In der Welt standen die Zeichen auf sozialer Revolution und Befreiung vom Kolonialjoch. Und im Inneren war die vorherrschende ,,new deal''-Ideologie für einen globalen Imperialismus nicht dienlich. Die Arbeiter befanden sich in oder planten Streiks, und leicht konnte die Forderung nach Sozialismus in den Kämpfen der europäischen Arbeiter auf die USA übergreifen. Soldaten der US-Armee in verschiedenen Teilen der Welt führten große Demonstrationen für sofortige Rückkehr und Demobilisierung durch, die öffentliche Meinung war für Frieden und friedliche Regelungen zwischen Staaten, und ein beträchtlicher Teil der Öffentlichkeit war für die Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Die US-Imperialisten hatten Krieg gegen die Sowjetunion im Auge.

New Deal

gen die Sowjetunion im Auge.

New Deal

Nach dem Zusammenbruch 1929 der ,,laisser-faire''-Ära (uneingeschränkte Entwicklung des Kapitalismus), der die große Depression einleitete, stieg die Mitgliederzahl in den sozialistischen und kommunistischen Parteien der USA. In der Bourgeoisie gewannen Kräfte, die für eine Reform des Kapitalismus eintraten, um Schlimmeres zu verhüten, an Einfluß. 1932 gewann Franklin D. Roosevelt mit seinem ,,new deal''-Programm die Präsidentschaft gegen den republikanischen Kandidaten. Auf Wahlkampfreise befragt, was ihn am meisten beschäftige, sagte er, die Sowjetunion und die Arbeiter. Er werde sofort nach seiner Wahl die Sowjetunion anerkennen. Er habe seinen Freund Fred gefragt — Fred ist Chef einer großen Eisenbahn im Westen — worüber die Arbeiter sprechen, und Fred habe geantwortet: ,,Ich muß leider sagen, die Leute hier draußen reden von Revolution.''

Das New Deal wurde wesentlich geprägt und geformt durch zwei große Massenbewegungen: die Revolte gegen die große Depression und der Kampf gegen den faschistischen Umsturz. Hitler hatte in Deutschland gerade die Macht ergriffen, fünf Tage vor Roosevelts Amtsantritt brannte der Reichstag. Gleich in den ersten hundert Tagen wurden eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die dem Walten des Kapitals gewisse Schranken auferlegten. Die wichtigsten sind: Die Aufsicht über die Banken und ein Arbeitsgesetz, das zum ersten Mal die Kapitalisten zwang, mit der Gewerkschaft ihres Betriebes Tarifverträge abzuschließen, und das Streikrecht gab. Später kam das Sozialversicherungsgesetz (1935) und ein gesetzlicher Minimallohn (1938) dazu, aber auch der rapide Aufbau einer Geheimpolizei und der Aufstieg von J. Edgar Hoover gehört zum New Deal.

Die Arbeitsgesetze gaben der Arbeiterbewegung zwar keine Mittel sie durchzusetzen, dennoch konnten die Gewerkschaften, insbesondere die jungen Industriegewerkschaften, die sich nach dem Ausschluß aus dem AFL im CIO zusammengeschlossen hatten, den erreichten Bewegungsraum zur raschen Organisierung der ungelernten Industriearbeiter nutzen. Sie erkämpften sich 1937 die Anerkennung durch die Kapitalisten der Auto- und Stahlindustrie. Breite Teile der organisierten Arbeiterbewegung wurden so ideologisch an den New-Deal-Reformkapitalismus gebunden. Selbst sozialistische und kommunistische Kräfte unterstützten Roosevelt in drei Wiederwahlen zuungunsten eigener Kandidaten.

Gleich 1933 wurde die Sowjetunion anerkannt. Das New Deal propagierte den friedlichen Handel zwischen den Nationen. Probleme zwischen Staaten, so Roosevelt öffentlich, sollten durch Verhandlungen und nicht durch Krieg gelöst werden. Roosevelt und die New-Deal-Anhänger waren die Initiatoren für die Gründung der Vereinten Natio-

Deal-Anhänger waren die Initiatoren für die Gründung der Vereinten Natio-

nen.

Liberale und Intellektuelle fühlten sich zum New Deal hingezogen. New-Deal-Liberale waren in der Administration und in den Medien tätig. Das alles bewirkte einen Wandel im öffentlichen Klima. Sozialismus war ,,in'' bei Intellektuellen, Künstlern und in Hollywood-Zirkeln.

Gegenangriff der Reaktion

1935 befand das Oberste Bundesgericht das Arbeitsgesetz von 1933 für nicht verfassungsmäßig. Die Reaktion hoffte, daß Roosevelt nun beigeben werde. Tatsächlich brachte er aber innerhalb von vier Wochen ein neues Arbeitsgesetz im Kongreß durch. Damit war für die Reaktion klar, daß das New Deal vernichtet werden mußte. Zur Infiltration und Zerschlagung der Gewerkschaften engagierten die Kapitalisten Hunderte von Spitzelfirmen (die Pinkertons und die Burns), die auch die Streikbrecher — Mörderbanden — lieferten. Zur Terrorisierung in den Wohnorten wurden faschistische Terrorbanden (an vorderster Stelle die American Legion) von den Kapitalisten ausgehalten. Einige der Industriebosse waren offene Faschisten. General-Motors-Chef Knudsen pries 1933 Hitler als das Wunder des 20. Jahrhunderts.

Mit dem Beginn des Aufrüstungsprogramms 1940 saßen die Kapitalisten gegenüber der Regierung am Drücker. Sie zogen die Verhandlungen über die Kriegsproduktion über ein halbes Jahr hin, bis die Regierung alle ihre Preis- und sonstigen Forderungen akzeptiert hatte. Statt der ,,New Deal''-Liberalen kamen die ,,Wirtschafts''liberalen in die Administrationen. Auf einem Treffen der nationalen Fabrikanten-Assoziation 1942 erklärte Dupont: *,,Wir werden den Krieg gewinnen durch a) Senkung der Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen und mehr Steuern auf niedrige Einkommen, b) durch Entledigung der Gewerkschaften von jeder Macht ...; c) durch Zerstörung jeglicher Regierungsagenturen, die dem freien Unternehmertum im Wege stehen.''*

Unter der Parole ,,Besiegt den Faschismus'' gelang es der Bourgeoisie, die Gewerkschaften in den großen Kriegspakt einzuwickeln: Sie gaben alle ein Kein-Streik-Versprechen ab. In Zukunft saßen sie mit den Kapitalisten in der nationalen Kriegsarbeitskammer zusammen. Die Kommunistische Partei (CPUSA) und die meisten sozialistischen Parteien unterstützten diesen Pakt. Auf Betriebsebene allerdings fanden während des ganzen Krieges große Streiks statt.

Gesetzeswerke zur Unterdrückung

Erst 1938 erreichte die Reaktion die Einrichtung des (Repräsentanten-) ,,Hauskomitees zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe'', kurz HUAC. 1939 folgte die Verschärfung der ,,Sicherheitsvorschriften'' im öffentlichen Dienst durch den Hatch Act: Verbot der politischen Betätigung der im öffentlichen Dienst (des Bundes) Beschäftigten, speziell Verbot von Kommunisten im öffentlichen Dienst. 1940 folgte der Smith-Act: Verbot der Marxschen Lehre und der Propagierung des gewaltsamen Umsturzes.

Kaum ist der Krieg zu Ende: neue Kriegsvorbereitungen

Obwohl die Reaktion in den USA während des Krieges die Initiative übernommen hatte, war zu Kriegsende die

rend des Krieges die Initiative übernommen hatte, war zu Kriegsende die

Arbeiterbewegung im Aufschwung. Die Gewerkschaften erreichten 1945 ihren höchsten Organisationsgrad, und 1946 war das Jahr der höchsten Streikaktivität. Die Stimmung in der Welt war für Revolution und Frieden. Die Reaktion plante den Krieg gegen die Sowjetunion. Schon 1944 hatte der Präsident von General Electric vorgeschlagen, die Kriegswirtschaft nach dem Kriege weiterzuführen. Nun ging die Reaktion zum Zangenangriff an zwei Fronten über: außenpolitisch die Revision der Abmachungen von Jalta und innenpolitisch die Beseitigung der Gesetze, die den Arbeitern nützten.

Schon 14 Tage nach Jalta wurde im Repräsentantenhaus eine Vorlage zur Verurteilung der Geheimdiplomatie Roosevelts eingebracht, kam aber nicht zur Abstimmung. Ein Etappenziel an dieser Front wurde 1947 mit der Truman-Doktrin erreicht, in der sich die USA zum Weltpolizisten und Richter erklärten. Der Kongreß bewilligte Militärhilfe für Griechenland und die Türkei zur Niederschlagung der revolutionären Kräfte und 4 Mio. Dollar Waffenhilfe für Tschiang Kai Tschek. 700.000 Kuo-Min-Tang Truppen wurden von den USA ausgebildet. Nach dem ,,Verlust'' Chinas 1949 führte diese Politik geradewegs zum Korea-Krieg 1951. Der Kongreß bewilligte nach anfänglichen Widerständen das Europäische Wiederaufbauprogramm (ERP, Marshall-Plan), was u.a. zur Gründung der BRD und Teilung Deutschlands führte.

1945 wurden über 100 Gesetzesvorlagen gegen Arbeiterrechte in den Kongreß eingebracht. Die Vorlagen wurden im Taft-Hartley-Gesetz von 1947 zusammengefaßt, das die Arbeitsgesetze von 1935 praktisch aufhob. Z.B. wurde das Steikrecht ganz entschei-



Richard Nixon mit dem Film aus dem Kürbis, das ,,Beweismaterial'' zur Verurteilung Alger Hiss'



Eine Demonstration gegen das HUAC wird von der Polizei aufgelöst (San Francisco, City Hall)

Das Ende des HUACS 1974

Der Angriff auf drei prominente Gegner des Vietnamkriegs läutete endlich das Ende des HUACs ein. Das Foto der gewaltsamen Entfernung des Anwalts der Geladenen ging 1966 durch Fernsehen und Presse. Die Geladenen verweigerten die Aussage vor der Presse und wurden prompt — wie es bewährte Praxis aus der Zeit des Kalten Krieges war — wegen Mißchtung des Kongresses vor Gericht gestellt. Im Sommer 1969 entschied ein Berufungsgericht, einen Prozeß zuzulassen, in dem die Anwälte die 30jährige Praxis des Komitees als Verletzung der Verfassung anprangern wollten. 1973 wurden daraufhin zunächst die Anklagen wegen Mißachtung des Kongresses fallengelassen und ein Jahr später das HUAC aufgelöst. Es hatte nämlich schon vorher aufgehört, seinen Zweck zu erfüllen. Revolutionäre aus der Antivietnamkriegs- und Black-Panther Bewegung hatten vor dem HUAC schon länger den Spieß umgedreht. Sie verteidigten sich nicht gegen Vorwürfe, verweigerten auch nicht die Aussage, sondern griffen das Komitee an und propagierten ihre politischen Ansichten und Ziele in den heiligen Hallen des amerikanischen Kongresses.

Quellenhinweis: A. Kinoy, Rights on trial.

dend eingeschränkt, und es wurden „Ich-bin-kein-Kommunist"-Erklärungen der Führer einer Gewerkschaft zur Voraussetzung der Anerkennung und Zulassung zu Tarifverhandlungen gemacht.

Seitenangriffe der Reaktion zur Unterstützung der beiden Hauptfronten richteten sich gegen fortschrittliche linke Kräfte und gegen die New Deal-Leute in der Administration. Anfang 1945 wertete das Repräsentantenhaus das HUAC von einem temporären zu einem ständigen Ausschuß auf, trotz der offensichtlichen Unbeliebtheit des HUAC, sichtbar in den Niederlagen der HUAC-Mitglieder bei den Wahlen von 1944 (Richard Nixon war der einzige Politiker, der aus der Tätigkeit im HUAC eine Karriere aufbauen konnte). Anfänglich waren die Einschüchterungskampagnen nicht immer erfolgreich. Die Hollywood-Schauprozesse 1947 mußte das HUAC nach zehn Tagen wegen Protesten abbrechen. 1951 war die Lage so verändert, daß das HUAC die Hollywood-Prozesse wieder aufgreifen konnte.

Die Unterdrückung und Ausrichtung im öffentlichen Dienst wurde 1947 mit dem Loyalitätsprogramm in Gang gesetzt. Einen nützlichen Anlaß bot die Aufdeckung eines Spionageringes in Kanada. Alle Beschäftigten waren auf zuverlässige Gesinnung zu überprüfen und mußten sich Fingerabdrücke abnehmen lassen. Einen Monat nach Einführung des Loyalitätsprogramms hatte im Dezember 1947 der Bundesgeneralstaatsanwalt seine erste Schwarze Generalliste mit 78 Organisationen veröffentlicht. Unloyal waren die Mitglieder dieser Organisationen, unloyal war aber auch, wer Umgang mit einem solchen pflegte, eine entsprechende Veranstaltung besuchte, eine entsprechende Publikation bezog. Erst nach der Wahl Nixons zum Präsidenten wurde diese Generalliste 1970 als unhandlich abgeschafft. Zielgruppe der Säuberung 1947 waren die New-Deal-Anhänger. 1948 wurde Alger Hiss, ein wichtiger Beamter im Außenministerium unter Roosevelt, von HUAC als angeblicher Kommunist verhört.



Mc Carthy im HUAC mit „Beweismaterial"

McCarthy am Ende

Nach Eisenhowers Amtsantritt fand die „Entdeckung von Kommunisten" in hohen Regierungsämtern nicht mehr den ungeteilten Beifall der Republikaner im Kongreß. Daraufhin begann McCarthy im Sommer 1953, die Armee mit „rotem" Dreck zu bewerfen. Zwei Monate nach der Hinrichtung von Julius undEthel Rosenberg im Juni 1953 als angebliche Atomspione für die Sowjetunion nahm sich McCarthy die Armeeforschungseinrichtung vor, in der J. Rosenberg angestellt war. Nach anfänglicher Kooperation verlangte die Armee Anhörungen vor dem Senat gegen Anschuldigungen, daß sie McCarthys Untersuchungen gegen einen angeblichen sowjetischen Spionagering sabotiere. Diese Anhörungen fanden schließlich vor McCarthys eigenem Komitee statt; kein anderes Senatsgremium wollte dieses heiße Eisen anpacken. Millionen Fernsehzuschauer verfolgten gespannt, wie McCarthys Untersuchungsmethoden enthüllt wurden und er selber, seit seinem Aufstieg 1950 zum ersten Mal in der Defensive, immer ausfallender gegen seine Senatskollegen wurde. Am 2. Dezember 1954 wurde er deswegen mit 67 gegen 22 Stimmen im Senat wegen ungebührlichen Verhaltens gerügt. Seine politische Karriere war damit am Ende. Seine Methoden wurden jedoch nicht offiziell verurteilt und seine zahlreichen Opfer nie offiziell rehabilitiert oder gar entschädigt. Die Propaganda von einer angeblichen sowjetischen Verschwörung in den USA, deren Exponent McCarthy war, wurde nie zurückgenommen.

Quellenhinweis: „Without Precedent", J.A. Adams, 1983

Die Reaktion entfesselt den Propagandakrieg

Es ist unmöglich, hier auf die Methoden im einzelnen einzugehen, mit denen diese Programme und weitere Maßnahmen durchgesetzt wurden. Die Sensationspresse, monopolisiert im Hearst-Konzern, führte die Propagandaschlacht zur Umkehrung der Stimmung im Lande an, gefolgt von Pamphleten der Handelskammern und der katholischen Kirche sowie volksnaher Schriften des HUACs wie die Reihe „100 Dinge, die Sie über Kommunisten in ... wissen sollten". Für die Verschwörungstheorie, nach der die Kommunisten im Lande der Sowjetunion hörig seien und den Umsturz vorbereiteten, wurde durch „Enthüllungen" von Leuten, die von sich behaupteten, früher Kommunisten gewesen zu sein und in Spionageringen gearbeitet zu haben, ständig neue Schlagzeilen geliefert. Irgendwelche faßbaren Tatsachen traten äußerst selten zutage.

Der Propaganda folgten die Schlägertrupps auf dem Fuß. Demonstrationen gegen das HUAC wuren von ihnen und der Polizei auseinandergeprügelt. Daß es sich um eine landesweit organisierte Front der Reaktion handelte, zeigte sich in der Wahlkampagne von H.C. Wallace in der Präsidentschaftswahl 1948. Wallace, ein New Dealer mit Leib und Seele, war von Anfang an dabei gewesen. Um ihn sammelten sich Anfang 1948 noch einmal die Kräfte des New Deal. Mit dem ganzen Arsenal von Einschüchterungen, Verleumdungen und Bedrohungen, das der Reaktion zur Verfügung stand, wurde seine Kandidatur bekämpft. Wallace, anfänglich auf fünf bis zehn Millionen Stimmen geschätzt, erhielt am Wahltag etwa über eine Million.

Diese Niederlage war jedoch nicht allein der massiven Störung der Wahlkampagne zuzuschreiben. Frühzeitig angelegte Spaltungslinien in der Arbeiterbewegung und in der fortschrittlichen Intelligenz konnten nun Früchte tragen. Der AFL hatte das Hartley-Gesetz mit seinen Kommunisten-Reversen akzeptiert. Die Ablehnungsfront der CIO-Gewerkschaften zerbrach dann auch, nachdem der AFL begann, mit Hilfe dieses Gesetzes die CIO-Gewerkschaften aus den Betrieben zu verdrängen. Bis 1949 hatte der CIO dann alle Mitgliedsgewerkschaften, die sich Taft-Hartley nicht beugen wollten, unter Verlust von 20% seiner Mitglieder ausgeschlossen. Truman hatte gegen Taft-Hartley sein Veto eingelegt und versprach 1948 in seinem Wahlkampf ein besseres New Deal, das er Fair Deal nannte. Die Gewerkschaften unterstützen ihn.

Die Intelligenz war schon vorher in fortschrittlich aber antikommunistisch gespalten worden. In den späten 30er und Anfang der 40er Jahre hatte das HUAC ausdrücklich darauf geachtet, Organisationen, in denen sich Liberale und Kommunisten befanden, von seinen Verfolgungen auszusparen. Um ihre Haut zu retten, begannen fortschrittliche liberale Organisationen nach 1945 nicht nur, Kommunisten aus ihren Reihen auszuschließen, sondern reichten auch entsprechende Listen beim FBI ein. Einige dieser Fortschrittlichen kaprizierten sich darauf, General Eisenhower zu überreden, als unabhängiger Kandidat aufzutreten, schließlich hatte er in Europa den Faschismus bekämpft. Viele von ihnen machten sich vor, Trumans Fair Deal wörtlich nehmen zu können. Sie unterstützten ihn.

Mit der Wiederwahl Trumans war das New Deal als soziale Bewegung nicht nur endgültig gestorben, sondern das New Deal wurde nun ohne Rücksicht wie Kommunismus verfolgt. Daß es mit Rücksichtnahme auf die frühere Allianz mit der Sowjetunion endgültig vorbei war, hatte Truman schon im März 1947 mit der Begründung seiner Doktrin amtlich gemacht. Noch im selben Monat trommelte das Justizministerium eine Grand Jury zusammen, die zwölf Führer der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA) unter Anklage stellte. Rechtzeitig in der Mitte des Wahljahres 1948 kam die Jury zu einem Schuldspruch. Die Anklage beruhte auf dem Smith-Act und warf der CP vor, geleitet von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus sich verschworen zu haben, „den gewaltsamen Sturz und die Zerstörung der Regierung der USA zu lehren und zu propagieren". Konkrete Handlungen bezüglich Umsturz brauchte es nicht zu geben.

Der Angriff hatte die CPUSA in einer schwierigen Lage getroffen. In den sozialen Kämpfen der 30er Jahre hatte die CP an Ansehen und Kräften gewonnen und an einer Einheitsfront gegen den Faschismus gearbeitet. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 zog sie sich aus dieser Front zurück und velor dabei etwa die Hälfte ihrer Mitglieder, insbesondere aus der Intelligenz. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion warf sie sich wiederum ganz auf die antifaschistische Front. Sie forderte den Kriegseintritt der USA und unterstützte dann während des Krieges z.B. aktiv das Streikverbot. 1944 unterstützte sie die Wiederwahl Roosevelts. Sie ging dabei sogar soweit, sich als Partei in die große antifaschistische Front aufzulösen. 1945 wurde die CP wieder als Partei gegründet. Gegen die Kommunistenhetze in den Gewerkschaften trat sie defensiv auf — politische Überzeugung sei Privatsache. Der Angriff über die Justiz, der praktisch ein Verbot ohne formale Verbotserklärung darstellte, konnte nicht mehr zurückgeschlagen werden. Als der Oberste Gerichts-

ne formale Verbotserklärung darstellte, konnte nicht mehr zurückgeschlagen werden. Als der Oberste Gerichts-

hof 1951 die Verurteilungen bestätigt hatte, leitete die Reaktion sogleich einezweite Verhaftungswelle ein. Über 120 Funktionäre wurden verurteilt. Der Kampf an der Seite „ihrer" Bourgeoisie in dem „gerechten" Krieg, den die US-Imperialisten angeblich gegen den Faschismus führten, hat der CPUSA keine Lorbeeren eingebracht und, soweit wir sehen können, zur ideologischen Wehrlosigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber neuen Kriegsplänen beigetragen.

Damit waren die Weichen gestellt. Die Reaktion setzte ihre gewaltige Terrormaschine in Gang. Über 13 Millionen Menschen von etwa 65 Millionen Lohnabhängigen wurden von 1947 bis 1955 auf Loyalität überprüft. Loyalitätskammern verbreiteten sich über das Land. Jeder Bundesstaat hatte noch seine eigenen Loyalitätsgesetze und Kammern. Die Kongreß-Komitees waren an keine juristische Verfahrensordnung gebunden. Die Mitglieder konnten, geschützt durch ihre Abgeordneten-Immunität, jeden Unflat verbreiten. Wer die Aussage verweigerte, wurde von den Gerichten wegen Mißachtung des Kongresses zu Gefängnis verurteilt. Wessen Name genannt wurde, war am nächsten Tag entlassen. Über die Verträge mit der ausgedehnten Rüstungsindustrie wurde dieser Verhörterror in die Privatwirtschaft eingeführt.

Es gibt nicht wenige Beispiele auch organisierter Gegenwehr, aber eine einheitliche Front aller Kräfte gegen den Terror durch die politische Unterdrückung durch die Reaktion bildete sich nicht. Insbesondere war die Industriearbeiterschaft nicht in der gleichen Weise betroffen wie die Beschäftigten in öffentlichen Diensten und die Angehörigen des akademischen Berufsstandes. Der öffentliche Dienst, das Militär sowie alle Kommunikationseinrichtungen (Rundfunk, Film, Fernsehen, usw.) waren fast zu 100% und Akademiker (an Universitäten, Vorschuleinrichtungen usw.) zu etwa 50% Loyalitätsüberprüfungen ausgesetzt, zusammen etwa neun Millionen Beschäftigte, das Industrieproletariat, wie alle anderen Lohnabhängigen, jedoch nur zu etwa 11% (4,5 Millionen), eingeschlossen die Verkäuferinnen nach dem Taft-Hartley-Gesetz. Eine Schätzung, die von rund 11.500 Entlassungen bzw. Nichteinstellungen in direktem Zusammehang mitLoyalitäts-/Staatssicherheitsbestimmungen ausgeht, ordnet der privaten Wirtschaft davon 1.200 zu. Falls diese Zahlenverhältnisse annähernd richtig sind, erklären sie zum Teil auch die trotz schärfster politischer Unterdrückung gleichbleibend hohe Streikaktivität der Arbeiterklasse, die für wirtschaftliche Verbesserungen kämpfte. Politische Streiks waren das nicht, auch wenn einzelne Belegschaften gegen politische Entlassungen streikten. Wahrscheinlich ist auch, daß die Arbeiterbewegung mit McCarthyismus nicht von ihren Kämpfen abzuhalten war. Sie hatte sich in den 30er und 40er Jahren unter großen Opfern gegen die brutalste Unterdrückung — Einsatz von Streikbrecherheeren, Polizei und Militär — behauptet. Erst nach 1952 gingen die Streiks um fast die Hälfte zurück. Nicht nur, weil die politische Unterdrückung auf ihrem Höhepunkt war, sondern auch weil zu dieser Zeit in den wichtigsten Branchen Inflationsausgleichsklauseln in den Tarifverträgen untergebracht waren, die einen Teil der wirtschaftlichen Streikkämpfe überflüssig machten. Die Reaktion hatte damit in dieser für sie wichtigen Frage des Kalten Krieges zwar wirtschaftliche Zugeständnisse machen müssen, aber verhindern können, daß die Arbeiterklasse den Kampf um ihre politische Emanzipation aufnahm und den Kampf gegen die politische Unterdrückung anführte. Die Intelligenz, auf die sich der politische Angriff der Reaktion konzentrierte, war auf sich allein gestellt, und nach anfänglich breitem Widerstand arrangierte sie sich.

Schon nach der Wahl Eisenhowers 1952 war klar, daß sich die Welteroberungspläne trotz Aufrüstung und wirksamer Unterdrückung im Inneren nicht so einfach mit Überfall und Einmarsch, z.B. in die UdSSR oder China, würden durchführen lassen. Eisenhower mußte im Wahlkampf versprechen, den Koreakrieg zu beenden. Zuvor war General McArthur abgesetzt worden, nachdem er von Korea in die VR China einmarschiert war, allerdings zurückgeschlagen wurde. Der Koreakrieg endete, wie er begann, mit Teilung. In Asien waren keine Siege zu erringen. China blieb „verloren". Indien bewahrte seine Unabhängigkeit und war Motor in einer erstarkenden Blockfreien-Bewegung. Die Sowjetunion, durch die aggressive Politik der USA zu Aufrüstung statt Aufbau gezwungen, hatte kurz nach den USA eine eigene Wasserstoffbombe entwickelt. Die Gründung des NATO-

zwungen, hatte kurz nach den USA eine eigene Wasserstoffbombe entwickelt. Die Gründung des NATO-

Kriegsbündnisses hatten die sozialistischen Länder mit dem Warschauer Pakt beantwortet.

Den vorläufigen Schlußpunkt unter Versuche im Kongreß, die Abmachungen von Jalta offiziell zu revidieren, setzt eine von der Eisenhower-Regierung 1953 eingebrachte Vorlage. Darin mußte auch die neue republikanische Regierung die Abmachungen von Jalta akzeptieren. Die Republikaner, die seit 1945 im Kongreß als Opposition diese Abmachungen angegriffen hatten, ließen die neue Vorlage stillschweigend unter den Tisch fallen. Aber auch im Innern begann sich die Lage zu ändern. Die Rassenunterdrückung war zu dieser Zeit auf die Spitze getrieben. Am 5. Dezember 1945 beschloß Rosa Parks, eine Hausfrau aus Montgomera, Alabama, sich im Bus nach vorne zu setzen, auf die für die Weißen reservierten Plätze. Sie wurde verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Ihre mutige Tat wurde zu einem Fanal für die Bürgerrechtsbewegung, mit der sich in dieser Zeit der Unterdrückung die am meisten unterdrückten und am schlechtesten gestellten Schichten des Volkes zu erheben begannen.

her, ger

Quellenhinweis: A.E. Kahn, High Treason, The Plot against the People, 1950; A.G. Theoharis, The Yalta's Myths, 1970.

Dieser Artikel wurde von den Autoren für die „Politischen Berichte" (Zeitschrift des BWK) geschrieben und uns freundlicherweise zum gleichzeitigen Abdruck angeboten. Wir danken hierfür.



Demonstration „Freiheit für Gus Hall" (Vorsitzender der KP USA)

Interview mit Tomas Borge (Nicaragua)

»Der prekäre Frieden der Welt steht auf dem Spiel«

Wunderbar wäre es, sagt Tomas Borge, wenn im Falle eines Angriffs der USA auf Nicaragua die Armee Frankreichs, der UdSSR oder Cubas uns verteidigen würde. Aber, fügt er hinzu, es ist unmöglich, steht doch der Frieden der Welt auf dem Spiel: „Wenn die Existenz unseres Landes die Zerstörung der Menschheit kostet, werden wir ohne zu zögern sagen, daß man unser Land zerstören soll, damit die Menschheit überlebt. Wir können uns nur selbst verteidigen, um den Preis unseres Blutes."
Das Interview mit Tomas Borge, Anfang Dezember 1984 von einem schweizerisch-französischen Freien Radio geführt, entnahmen wir (in Auszügen) dem Informationsdienst El Salvador (ides) vom 8.3.85.

Tomas Borge Martinez wird 1930 in Matagalpa geboren. Auf dem Gymnasium lernt er Carlos Fonseca kennen und durch ihn die Schriften von Augusto C. Sandino, die ihn stark beeinflussen. In diesem Jahr wird er zum ersten Mal verhaftet. In den folgenden Jahren arbeitet er aktiv in der Studentenbewegung und ist Mitherausgeber verschiedener regimekritischer Zeitungen.

1956 wird Somoza ermordet und Tomas Borge als Anstifter und Komplize zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Ein nationales Komitee erzwingt seine Freilassung, und Borge flieht nach Honduras.

Im Juli 1961 gründen Carlos Fonseca, Silvio Mayorga und Tomas Borge die FSLN.

1967, nach den betrügerischen Wahlen und einem Massaker an der Bevölkerung durch die Nationalgarde, geht die FSLN in die Berge, Borge wird in der Folgezeit Verantwortlicher der Guerilla. Nach einem militärischen Zusammenstoß mit einer Militärpatrouille wird Borge verhaftet, gefoltert und zu 180 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach zweieinhalb Jahren Isolationshaft werden er und andere Sandinisten im Austausch gegen die bei der Besetzung des Nationalpalastes gefangenen Abgeordneten und Familienangehörigen Somozas freigelassen. Er kehrt zurück in die Berge.

1979 wird Tomas Borge Innenminister. Dieses Amt hat er bis heute inne. Er ist der einzige Gründer der FSLN, der den Sturz Somozas erlebt hat.

Welche Folgen zeitigen die durch den CIA unterstützten Angriffe der konterrevolutionären Kräfte?

Ich denke, eine Sache ist die Konzeption und die andere das konkrete Resultat der Aggression. Wir müssen eine strategische Konzeption mit oder ohne Aggression erarbeiten. Auf dieser Ebene hat der Angriff keinen Einfluß, obwohl die Entwicklung der Grundnahrungsmittel ein Element der Verteidigung vor einer nordamerikanischen Intervention ist. Der Angriff hat uns noch mehr in Rückstand gebracht, durch seine wachsenden und harten Schläge auf das wenige, was wir machen konnten. Die wenigen Kooperativen, die wir aufgebaut haben, alles, was vorher schon da war, die landwirtschaftlichen Kaffeebetriebe, die kleinen Verarbeitungseinheiten, die Tabakfabriken, die Infrastruktur, die Schulen, all das wird in den Kampfzonen zerstört, d.h. eine beharrliche Kampagne, um uns auf der wirtschaftlichen Ebene zu schaden.

Für ein armes und auf wirtschaftlichem Gebiet rückständiges Land wie das unsere ist das Abbrennen eines kaffeeproduzierenden Bauernhofes ein harter Schlag. Dies wäre nicht das gleiche wie für ein reiches Land. Jeder Schlag, den wir erhalten, ist ein harter Schlag für ein armes Land. Dazu kommt, daß wir viele Mittel für die Verteidigung des Landes abziehen müssen, anstatt sie für den Aufbau der Wirtschaft verwenden zu können. Dies alles verkörpert eine wichtige verpaßte Gewinnchance. Alle Angriffe, die wir durch die Vereinigten Staaten erleiden müssen, z.B. die Verminung der Häfen, der Brand des Hafens von Korintho sind wirtschaftliche Verluste, die nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verluste an sich, aber auch für alle Überschüsse, die wir dadurch nicht realisieren können, für alle verpaßten Gewinnchancen stehen. Der nordamerikanische Angriff hat uns wirtschaftliche Schäden beigebracht, die — sollte die heutige Lage sich verlängern — nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Vietnam z.B. wurde in seiner Wirtschaft irreversibel geschädigt, und wenn die Schäden wieder rückgängig gemacht werden können, so braucht es sehr lange, trotz der Hilfe aus den sozialistischen Ländern, um sich von seinen Verletzungen zu erholen. Wir sind in Nicaragua noch nicht in dieser extremen Lage, doch habe ich den Eindruck, daß, wenn der Angriff gegen unser Land in unverminderter Stärke noch einige Jahre weiterdauert, wir sehr ernsthafte Schwierigkeiten haben werden, um uns in der Zukunft zu erholen.

Im Gespräch, das ich mit dem Comandante Omar Cabezas hatte, stellte sich das klar heraus, daß die Contras in keiner Hinsicht eine politische Alternative darstellen, doch verursachen ihre ständigen feindseligen Handlungen einen beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden und kommen dem Land sehr teuer zu stehen.

Die konterrevolutionären Aktivitäten sind keine historische Perspektive, sie sind eine Ergänzung zum globalen



Die Zeit der „Hurensöhne" ist vorbei — aber kein Friede für Nicaragua in Sicht!

Plan der Vereinigten Staaten gegen Nicaragua. Dieser Interventionsplan hat eine Grundlage und Bedingungen. Ei-

für die USA.

Zögern sie deshalb?

Chile:

tion und die andere das konkrete Re- realisieren können, für alle verpaßten

Chile:

Kriegsgerichte verfassungskonform

Vor einigen Tagen sprach das höchste zivile Gericht Chiles, der Oberste Gerichtshof, das letzte Wort in einem Verfahren, in dem über die Verfassungsmäßigkeit der sogenannten Kriegsgerichte (consejos de guerra) verhandelt wurde.

Vor genau einem Jahr hatte derselbe Gerichtshof dem Antrag der Militärstaatsanwaltschaft auf Eröffnung eines bereits eingeleiteten Kriegsgerichtsverfahrens gegen fünf Mitglieder des MIR stattgegeben. Gegen diese Entscheidung hatten die Anwälte Widerspruch eingelegt und eine Entscheidung über die grundsätzliche Nichtzuständigkeit dieser Gerichte beantragt. Unter anderem die massenhaften Proteste gegen das Regime, eine teils sehr breite internationale Öffentlichkeit und Solidarität sowie Widersprüche innerhalb der Junta trugen dazu bei, daß im Mai 1984 die Kriegsgerichte suspendiert wurden, d.h. ihre Einsetzung bis zu einer grundsätzlichen Entscheidung durch die höchste Instanz des Gerichtshofes nicht möglich war.

Kriegsgerichte sind Teil der chilenischen Militärjustiz. Vor Militärgerichten werden alle Delikte verhandelt, die sich gegen Einrichtungen oder Personen des Militärs richten oder als Verstöße gegen das Waffenkontrollgesetz angesehen werden, das sehr weit ausgelegt werden kann und wird. Vor diesen „Militärgerichten in Friedenszeiten", deren Strafzumessung deutlich höher liegt als bei Zivilgerichten, sind seit längerem mehrere Verfahren gegen Militante des Widerstands angekündigt. Viele der nach der Verhängung des Belagerungszustandes Verhafteten haben mit einer Anklage vor Militärgerichten zu rechnen. Im September letzten Jahres wurden zwei Angeklagte von einem solchen Militärgericht zum Tode verurteilt.

Kriegsgerichte sind Ausnahmegerichte für den Fall des inneren oder äußeren Kriegszustandes. Die Grundprinzipien jeglicher Rechtsprechung sind außer Kraft gesetzt: So werden Ermittlungen und Verfahren bis auf eine Ausnahme ausschließlich von Militärs ohne juristische Ausbildung geleitet und durchgeführt. Die Möglichkeit einer angemessenen Verteidigung existiert nicht, sie ist auf die Formalität eines Plädoyers eingeschränkt. Gegen Entscheidungen eines Kriegsgerichts können keine Rechtsmittel eingelegt werden. In den meisten Anklageschriften, die im wesentlichen auf Unterlagen des Geheimdienstes CNI und durch Folter erzwungene Aussagen basieren, wird die Todesstrafe gefordert.

Im November 1984, kurze Zeit nach der erneuten Verhängung des Belagerungszustandes, wurde die Verhandlung über die Verfassungsmäßigkeit dieser „consejos de guerra" eröffnet. Die Anwälte der wegen der Ermordung des Bürgermeisters von Santiago angeklagten Miristen argumentierten unter anderem damit, daß die Verfassung von 1980 den Obersten Gerichtshof als höchste richterliche Instanz vorschreibt. Von daher verstießen Kriegsgerichte, gegen deren Entscheidung eine Berufung nicht möglich ist, gegen die Verfassung, weil sie diesen Artikel außer Kraft setzten. Weiterhin sei eine wesentliche Voraussetzung für die Einsetzung von Kriegsgerichten nicht gegeben, weil sich Chile nicht im Kriegszustand befände?

Am 30. Januar 1985 entschied der Gerichtshof negativ und erklärte Kriegsgerichte für zulässig und verfassungskonform. Um Zeit zu gewinnen, machten die Anwälte einen Tag später, direkt vor Beginn der Gerichtsferien eine Eingabe, die zwar an der Entscheidung nichts mehr ändern, aber zumindest den sofortigen Beginn eines Kriegsgerichtsverfahrens verhindern konnte. Ebenso stellten die Anwälte bei der Militärjustiz einen Antrag auf Nichtzuständigkeit und damit auf Aussetzung des Kriegsgerichtsverfahrens, dem die zuständige Stelle jetzt, am 29. März, zwei Tage nach dem jüngsten Protesttag zustimmte. Neben internen Widersprüchen hat für die Entscheidung sicher das große interationale Interesse eine Rolle gespielt. Unter anderem hatten die österreichische Regierung, das Europaparlament, der Weltgewerkschaftsbund AFL und einige belgische Parlamentarier formalen Protest bei der chilenischen Regierung erhoben. Auf diplomatischer Ebene war und ist Chile selten so isoliert gewesen; selbst die USA sahen sich genötigt, ihren Sonderbotschafter zu schicken und sich angesichts der Menschenrechtsverletzungen entrüstet zu gebärden.

Das Verfahren gegen die Angeklagten wird durch die Entscheidung der Militärjustizstelle neu aufgenommen werden; eine unmittelbare Lebensgefahr für die Gefangenen, wie sie noch vor kurzem zu befürchten war, scheint im Moment nicht zu bestehen. Auf der anderen Seite ist es durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes erleichtert worden, zum entsprechenden Zeitpunkt die Möglichkeit, schnell und völlig legal, Regimegegner zu ermorden, zu nutzen. Die Entscheidung des Obersten zivilen Gerichtes ist auch Ausdruck dafür, daß sich die Bourgeoisie, wenn auch ungern, mit Pinochet arrangiert; angesichts ihres im Verhältnis zur linken Opposition zurückgehenden Einflusses scheint sie wenig Alternativen zu sehen.

Für diese Vermutung spricht, daß damit dem neu geschaffenen Anti-Terroristen-Gesetz, das ausdrücklich Verhandlungen vor Kriegsgerichten vorsieht, ein verfassungsmäßiger Anstrich gegeben wird. Gleichzeitig kann man diese Entscheidung als eine Art Einverständniserklärung mit Pinochet verstehen, insofern auf der juristischen Ebene damit der Verhängung des Belagerungszustands entsprochen wird.

Unklar und schwer einzuschätzen bleibt, welche Konsequenzen dies für die betroffenen Gefangenen haben wird, zumal in diesem Fall die Militärbehörden „liberaler" entschieden haben. Während in dieser Hinsicht alles vorerst offen bleibt, demonstriert die Junta eine andere Variante, sich ihrer Gegner zu entledigen — ebenfalls am 29. März wurden drei Oppositionelle von Unbekannten, aller Wahrscheinlichkeit nach Angehörige des Geheimdienstes, entführt und ermordet. 15 Gewerkschaftsführer, ebenfalls nach dem letzten Protesttag entführt, sind seither verschwunden.

I., Lateinamerika-Kommission

Für die Unterstützung der politischen Gefangenen bitten wir weiter um Spenden auf das Konto
E. Hafner
Konto-Nr.: 570980-209
BLZ 200 100 20
Postscheckamt Hamburg
Stichwort: Libertad

Plan der Vereinigten Staaten gegen Nicaragua. Dieser Interventionsplan hat eine Grundlage und Bedingungen. Eine unter ihnen, und die wichtigste, ist die Existenz von konterrevolutionären Gruppen im Innern des Landes. Wir werden bereit sein, eine nordamerikanische Intervention zu bekämpfen, doch muß man verstehen, daß das ganze Land strategische Widerstandszonen hat. Diese strategischen Widerstandszonen sind genau die Regionen, die heute durch konterrevolutionäre Banden verseucht sind. Das Ziel von all dem ist das Schaffen von besseren Bedingungen für eine Intervention durch die Vereinigten Staaten und nicht, die Macht zu übernehmen, denn es gibt überhaupt keine Möglichkeit für die konterrevolutionären Banden, die revolutionäre Regierung in Gefahr zu bringen.

Aber sicher haben sich die Analytiker des Imperialismus selbst auch Erwartungen geschaffen. Es handelt sich nicht nur um eine militärische Aggression, sondern auch als Folge der durch die wirtschaftliche Krise nicht erfüllbaren Erwartungen durch die Inflation und die tiefen Löhne um eine Verschlechterung der populären Unterstützung für die Revolution. Doch wurde während der letzten Wahlen der Nachweis erbracht, daß das nicaraguanische Volk trotz allem die Revolution weiterhin unterstützt. Und das ist bereits ein Ziel, was sie nicht erreicht haben. Trotzdem verzichten sie auf die Möglichkeit einer Abnützung der populären und wirtschaftlichen Unterstützung der nicaraguanischen Revolution nicht.

Welche Konsequenzen hätte eine direkte militärische Intervention in Nicaragua für Zentralamerika?

Ich möchte darüber keine Literatur machen, denn ich denke, daß eine Intervention durch die Vereinigten Staaten in Nicaragua wie eine Erdbeben wäre, ein Wirbelsturm. Die Konsequenzen wären unvorhersehbar, weil wir selbstverständlich Widerstand leisten werden, und dies würde den Vereinigten Staaten sehr viele und große Verluste zufügen. Aber auch eine enorme Zahl von Toten und Verletzten für unser kleines Land. Was Zentralamerika und die Weltpolitik angeht, so ist eine Voraussage sehr schwierig. Man weiß es nicht.

In erster Linie würden die Grenzen in Zentralamerika aufgelöst. Wenn die USA intervenieren, so verschwinden die Grenzen in Zentralamerika und vielleicht sogar in Lateinamerika.

Bei einer nordamerikanischen Intervention rechne ich mit der vollständigen Zerstörung dieser Stadt Managua, einem populären Widerstand im ganzen Land und einem politisch unhaltbaren Krieg für die USA. Doch bin ich nicht sehr optimistisch, was die Verwandlung von ganz Zentralamerika in ein Vietnam betrifft. Ich glaube dies nicht.

Man hat häufig von einer Vietnamisierung des Konfliktes gesprochen.

Was wahrscheinlich ist, ist ein verlängerter Widerstandskrieg im Innern Nicaraguas mit der Unterstützung aller Völker der Welt. Dies ist möglich, doch kann ich nicht prophezeien, was passieren wird. Ich glaube, daß es sehr schmerzlich wäre und ein sehr hoher Preis von unserem Land gezahlt werden müßte.

Aber gleichzeitg auch sehr kostspielig, und man zweifelt nicht am Ausmaß für die USA.

Zögern sie deshalb?

Ja sicher, sonst hätten sie es bereits gemacht.

Sie haben einmal erklärt, doch kann ich mich nicht mehr daran erinnern, in welcher Rede, daß Nicaragua im Falle eines direkten nordamerikanischen Angriffes auf die moralische Unterstützung zahlreicher Völker und Bevölkerungsschichten der Erde zählen kann, aber daß sie im Inneren nur auf ihre eigenen Kräfte zählen können. Dies ist wichtig, betont zu werden, da man häufig vom Einfluß der Sowjetunion im karibischen Raum spricht und dies auch das Hauptargument der USA ist.

Für uns wäre es wunderbar, wenn bei einem Angriff der Vereinigten Staaten Truppen aus der ganzen Welt, auch der Sowjetunion, für die Verteidigung Nicaraguas ankommen würden. Dies wäre sehr viel besser, doch ist es unmöglich. Wir müssen pragmatisch sein. Der prekäre Frieden auf der Welt steht auf dem Spiel. Für uns ist dies wichtiger als das Überleben Nicaraguas.

Wenn die Existenz unseres Lands die Zerstörung der Menschheit kostet, werden wir ohne zu zögern sagen, daß man unser Land zerstören soll, damit die Menschheit überlebt. So glaube ich nicht an einen Krieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten als Folge einer nordamerikanischen Intervention in Nicaragua. Ich glaube es nicht. Es wäre wunderbar, wenn die französische Armee oder die Armee der Sowjetunion uns verteidigen würden oder die Armee Cubas. Doch dies wird nicht geschehen. Wir können der Bevölkerung keine Illusionen machen, indem wir sagen, daß sie militärisch von einem anderen Land unterstützt wird. Wir müssen sagen, daß wir uns selber mit unserer eigenen Haut verteidigen werden, mit dem Preis unseres Blutes. Das ist die einzige mögliche Verteidigung.

Ich stelle Ihnen die Frage als Europäerin, als Französin.
Wie können die Anstrengungen gerichtet und konzipiert werden, um die populäre sandinistische Revolution zu verteidigen?

Leider haben die Europäer Amerika noch nicht endeckt. Europa hat als

Fortsetzung nächste Seite

Guitarre und Gewehr

Interview mit salvadorianischen Musikern



Die salvadorianische Gruppe Cutumay Camones entstand vor drei Jahren. Sie hat seitdem Konzerte in zahlreichen Ländern Lateinamerikas und Europas gegeben, an mehreren internationalen Festivals teilgenommen, zuletzt im März dieses Jahres am Festival des politischen Liedes in Berlin (DDR), und zwei LP's aufgenommen: „Vamos Ganando la Paz" (Mexico, 1982) und „Por eso luchamos" (Niederlande, 1984). Ihre Lieder greifen Elemente der salvadorianischen Volksmusik auf, die sie mit neuen Impulsen, insbesondere aus der jüngeren lateinamerikanischen Musik, zu bereichern versuchen, während die Texte die politische Orientierung der FMLN widerspiegeln. Die Gruppe besteht aus einer Frau und vier Männern, die folgende Instrumente spielen: Marimba, Guitarre, Percussions, Guitarrón, Akkordeon und Mandoline. In diesem Monat treten sie in mehreren Städten der BRD und in West-Berlin auf. Das folgende Interview mit zwei Mitgliedern der Gruppe entstand im letzten Monat.

AK: Welche Ursprünge hat die salvadorianische Musik? Welche Einflüsse gibt es, und was für Unterschiede zwischen der Volksmusik und anderen künstlerischen Richtungen?

Paco: Unser Volk war immer Gesetzen unterworfen, die von anderen Ländern gemacht wurden. Das begann mit den Spaniern, und von da an gab es eine einzige Abfolge von Marionettenregierungen, die zu bestimmten Zeiten unser Land verkauften. Und dasselbe geschah mit unserer Kunst, unserer Kultur, unserem Volk selbst. Du kannst Dir von daher vorstellen, daß unsere kulturellen Ursprünge nahezu verschwunden sind, daß fast niemand sie kennt. Aber es gibt sie. Es gab einige Leute, die die Notwendigkeit sahen, etwas zur Sache des salvadorianischen Volkes beizutragen, und versucht haben, all das zu sammeln und zu studieren, was einmal unsere Kultur war, die Geschichte El Salvadors. Es hat eine Reihe von Ereignissen in El Salvador gegeben, die einen großen Teil dessen, was von unserer eigenen Kultur geblieben war, zerstört haben.

Man muß daher erwähnen, daß die lateinamerikanische Musik, die lateinamerikanische „nueva canción" (neues Lied) sowie das Protestlied einen sehr großen Einfluß gehabt haben. Es gab eine kulturelle Bewegung, und in den sechziger Jahren entstanden in El Salvador zahlreiche Gruppen von Künstlern, Theater-, Satire-, Mimen- und nicht zuletzt Musikgruppen, die von der Entwicklung der Künstlerbewegung im Cono Sur beeinflußt waren: von den Chilenen, den Argentiniern, aber auch von den Venezolanern, die gerade auf die Musik einen bedeutenden Einfluß hatten, unter dem auch in El Salvador Gruppen entstanden, die die Kunst für soziale Ziele einsetzten. Man darf dabei freilich nicht vergessen, daß die Künstler in El Salvador stets einem ungeheuren Kontrollapparat gegenüberstanden, wozu auch Fernsehen, Radio und Presse zählen, die immer unter Kontrolle derer standen, die gegen das Volk agieren, und in denen sie uns immer eine Kultur angedient haben, die nicht unsere war. Etwa die nordamerikanische, die in El Salvador den größten Einfluß hatte, eine entwürdigende, entfremdende Musik und alles, was von dort kommt.

Aus diesem Grund hat sich in El Salvador die kulturelle Bewegung in gewissem Maße an die Seite der revolutionären Bewegung begeben, hat begonnen, sich für soziale Ziele zu engagieren, weil es einfach notwendiger und dringender war, mit anderen Mitteln zu kämpfen: den Massenkämpfen, den gewerkschaftlichen, und auch mit dem bewaffneten Kampf. Insofern trat die Kunst aufgrund der Notwendigkeiten in den Hintergrund. Heute, mit der Entwicklung der revolutionären Bewegung, mit der Stärke, die wir erreicht haben ... ich meine, es gibt einfach kein anderes Mittel als die eigene Macht, die erlangt worden ist, die Voraussetzungen, die heute in den befreiten Gebieten bestehen, diese Gruppen zu unterstützen. Nur so läßt sich erklären, warum es heute ein enormes Wiederaufleben der Kultur gibt. Man kann hier die „Kulturbewegung Venceremos" erwähnen, eine Bewegung, die in den befreiten Gebieten entstanden ist und unter den Flüchtlingen im Ausland. Und die „Frente Cultural Salvadoreno", die Künstler höheren Niveaus vereint.

Aber in unserem Land kann man nicht genau sagen, was unsere Kultur, unsere authentische Musik ist. Es gibt sie noch in einigen Melodien, in den Instrumenten, aber es wäre notwendig, dieses Thema genauer zu untersuchen.

AK: Welche Rolle spielt die Musik im politischen, revolutionären Kontext? Welche revolutionären Impulse gibt es in der Musik?

Israël: Über Kunst zu sprechen heißt auch, über die Entwicklung des Krieges zu sprechen, den militärischen und den politischen. Der hat Einfluß auf das kulturelle und künstlerische Schaffen. Zur Erreichung der Ziele unseres Volkes ist es notwendig, alle greifbaren Kampfinstrumente einzusetzen. In diesem Rahmen entstehen Musik, Theater, Filme, Poesie. Das alles sind künstlerische Mittel, die zum Aufbau,
kes ist es notwendig, alle greifbaren Kampfinstrumente einzusetzen. In diesem Rahmen entstehen Musik, Theater, Filme, Poesie. Das alles sind künstlerische Mittel, die zum Aufbau,
zur Erziehung, zur Bildung unseres Volkes in den befreiten Gebieten gedient haben, der Kämpfer, und vor allem mit Hilfe von „Radio Venceremos", das aus den befreiten Gebieten sendet. Über dieses Radio werden künstlerische Programme ausgestrahlt, die die Teile des Volkes erreichen sollen, die bislang keine gründliche Bildung erhalten haben, weil sie unter totaler Kontrolle der Repression des Regimes stehen. Man kann sagen, daß insofern die Musik in ihrer Bedeutung herausragt, weil sie als Mittel dient, dem Volk die Positionen der FMLN zu erklären, sie ihm näherzubringen, ihre Kampagnen zu unterstützen, und das, was sie als fundamentales Ziel vertritt: die Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität El Salvadors.

AK: Ihr habt von den Organisationen in den befreiten Gebieten erzählt. Wie ist die Situation der Künstler, der Musiker in den noch vom Regime kontrollierten Zonen?

Paco: Man kann prinzipiell die Künstler oder die Kultur nicht losgelöst vom gesamten politischen Hintergrund betrachten, von dem Kampf in den vom Feind kontrollierten Gebieten, vor allem in der Stadt. Ich sage Dir das, weil die Repression selbst die Kämpfer für Menschenrechte miteinschließt, die Mütter, die für ihre gefangenen Kinder und die Gewerkschaften, die für soziale Forderungen oder Lohnerhöhungen kämpfen. Und hier reiht sich auch die Situation der Kulturschaffenden ein, deren Arbeit insofern sehr begrenzt ist. Sie stellen also fest, daß es, um sich künstlerisch entfalten zu können, beser ist, in die befreiten Gebiete zu gehen.
Situation der Kulturschaffenden ein, deren Arbeit insofern sehr begrenzt ist. Sie stellen also fest, daß es, um sich künstlerisch entfalten zu können, beser ist, in die befreiten Gebiete zu gehen.
In den vom Feind kontrollierten Gebieten oder den Städten gibt es praktisch nahezu keine künstlerische Arbeit mehr. Besser sie bauen eine Guerilla in der Stadt auf, was für sie eine Überlebensgarantie ist. Das ist vielleicht sicherer, als weiter zu singen, denn mit einer Guitarre kann man nicht töten.

Eine Guitarre hat ihre Kraft, wenn jemand sie unterstützt, zum Beispiel ein Gewehr.

Aber es gibt sie: in der Universität von San Salvador gibt es Solisten und Theatergruppen, die ihren Gefühlen, ihren Hoffnungen Ausdruck verleihen, aber in sehr eingeschränkter Form, weil die Repression so scharf, so ausgeprägt ist, daß es keine Chance gibt, sich zu entwickeln; das heißt eine Chance schon, ganz gewisse Aspekte zu entwickeln.

AK: Könnt Ihr etwas über Eure eigene Geschichte, die der Gruppe Cutumay Camones, erzählen?

Israël: Eigentlich ist es nicht Art der Gruppe, von ihrer eigenen Geschichte zu sprechen, sondern unser grundlegendes Anliegen ist vielleicht hier, von der Musikgruppe Cutumay Camones zu reden. Sie ist ein Projekt der FMLN, das dazu vorgesehen war, eine Arbeit auf internationaler Ebene zu machen und die Arbeit im Inneren zu fördern. In diesem Sinne ist das Kollektiv Cutumay als ein Projekt der FMLN zur Motivierung der verschiedenen Genossen entstanden, die in der Solidarität arbeiten. Um ihnen ein weiteres Kampfmittel auf internationaler Ebene zu geben, das sie benutzen können, um den übrigen Völkern der Welt mit Hilfe des Liedes die Realität des-
Solidarität arbeiten. Um ihnen ein weiteres Kampfmittel auf internationaler Ebene zu geben, das sie benutzen können, um den übrigen Völkern der Welt mit Hilfe des Liedes die Realität des-
sen, was in El Salvador geschieht, näherzubringen, zur Konkretisierung der Solidarität und zur Verdeutlichung der Fortschritte, der Siege, die das Volk von El Salvador täglich hat, seiner

Fortsetzung nächste Seite

Dafür kämpfen wir

Wir vergessen nicht die Kinder, die täglich
überall im ganzen Land sterben.
Wir vergessen nicht die Sorge der Arbeiterfamilien
in den Elendsvierteln um den täglichen Lebensunterhalt.
Wir vergessen nicht die Traurigkeit unseres so geliebten Volkes,
schriftunkundig und barfüßig, durstig nach Freiheit.

Wir vergessen nicht die Verzweiflung unserer Bauern,
die kein Land und nur Tortilla und Salz zu essen haben.
Wir vergessen nicht die Vergewaltigung der Würde der Frauen,
die in den Fabriken arbeiten oder in den Häusern der Reichen dienen.
Wir vergessen nicht die Massakrierten in den Straßen und auf dem Land,
die verschwundenen und gefolterten Wegbereiter des Friedens.

Im Namen dieses blutbefleckten und doch aufrechten und würdevollen Vaterlandes:
Wir werden die imperialistische Erpressung nicht akzeptieren!
Unsere Waffen, Garantie für eine Zukunft in Frieden,
Freiheit und Demokratie, werden wir niemals niederlegen.

Erheben wir die Fahnen! Es ist Zeit zu kämpfen.
Es wird keine Kraft wie das Morgen des Friedens geben.
Das schon entzündete Vaterland, Schimmer einer neuen Sonne
Aus dem Gewehr in deinen Händen wird die Freiheit entspringen.

(Cutumay Camones)

Fortsetzung von vorheriger Seite

kulturelles Ganzes beinahe seine eigene Kultur vergessen.

Europa hat sich fast ganz an eine abendländische Kultur angepaßt, die nichts mehr ist als die arme und traumatisierte nordamerikanische Kultur. Die Europäer lesen schon häufiger die riesigen und internationalisierten Publikationen, die aus den USA kommen, inbegriffen die Comics, als Goethe, Shakespeare oder Flaubert. Der Europäer wird kulturell vom Readers Digest versorgt und trotz der Entwicklung der Elektronik ist er weiter entfernt von Amerika und hat sich noch entfernt. Wenn ich all dies berücksichtige, dann bin ich nicht sehr optimistisch in bezug auf eine europäische Solidarität mit einem kleinen Land, das durch die USA angegriffen wird. Gewiß wird es einige wichtige Sektoren in der europäischen Bevölkerung geben, die sich mit uns solidarisieren werden. Doch glaube ich, daß der Ausdruck der politischen Parteien, die an der Macht sind, im allgemeinen sehr formalistisch sein wird, resigniert, unzusammenhängend und folgsam. Leider denke ich dies und fühle mich moralisch verpflichtet, es den Europäern zu sagen.

Ja, ich kann das gut verstehen. Meiner Meinung nach gelten die Hauptsorgen der Regierungsparteien heute in Europa vor allem wahltaktischen Manö-
Ja, ich kann das gut verstehen. Meiner Meinung nach gelten die Hauptsorgen der Regierungsparteien heute in Europa vor allem wahltaktischen Manö-
vern, und bevor sie sich zu irgendwelchen Stellungnahmen durchringen, werden sie genauestens die Auswirkungen der Erklärungen auf ihre Wählerschaft studieren. Was mich gegenwärtig am meisten beschäftigt, ist diese gigantische antikommunistische antisowjetische Kampagne, die breite Schichten der europäischen Bevölkerung zu überzeugen vermochte, sogar die intellektuellen, die doch theoretisch mehr nachdenken sollten. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich immer an den Ausspruch von Jean Ziegler, der da sagte, daß in unseren abendländischen und industrialisiertern Gesellschaften die analytische Vernunft verloren gegangen ist.

Genau, genau — Frankreich hat durch seine Theorien schon immer eine Ausstrahlungskraft. Die französischen Intellektuellen mögen mir verzeihen, daß ein lateinamerikanischer Indianer sich über ihre Themen äußert. Aber mir scheint erst einmal, daß ihre theoretische Brillanz der Vergangenheit verloren hat. Ich habe den Eindruck, daß sich vielleicht seit Sartre die analytische Fähigkeit in Frankreich zusehends verringert, obwohl noch mutige Intellektuelle in Frankreich überlebten. Doch, ich kannte und kenne immer noch einige französische Intellektuelle, die talentvoll, intelligent und politisch engagiert sind. Und so hoffe ich, daß ihr euch davon nicht betroffen fühlt.

Sie erklärten gestern, daß auf dem Gebiet der ideologischen Auseinandersetzung die Nicaraguaner gegenüber den USA im Vorteil sind, was auf militärischem Gebiet nicht der Fall ist.

Ja, ich sagte, daß wir die USA militärisch nicht werden besiegen können. Aber wir können die Intervention vorher oder nachher zum Scheitern bringen, d.h., den Willen zur Intervention brechen. Aber wir werden weder die Flugzeuge, die Raketen, die U-Boote noch die Feuerkraft der Nordamerikaner besiegen können. Wir können die Intervention auf dem Gebiet der ideologischen Auseinandersetzung bekämpfen. Vom europäischen Beobachtungsblick der abendländischen Kultur aus, um ihr einen Namen zu geben, redet man von Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechten. Und wir werden angeprangert als Feinde der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der Demokratie, usw.

Und unser Volk ist übersättigt von nordamerikanischer Propaganda, ausgestrahlt von Sendern unserer Nachbarschaft.

Und alle Kommunikationsmedien bombardieren Nicaragua unaufhörlich mit der „Stimme Amerikas".

Trotzdem hält unser Volk weiterhin an seiner Revolution fest. Das bedeutet, daß unser Volk den Werten der nordamerikanischen Demokratie und den Vorstellungen von Gerechtigkeit und Freiheit keinen Glauben schenkt. In diesem Sinne sind wir im Vorteil, weil wir das Bewußtsein des Volkes gewonnen haben.

Das nordamerikanische Gerede von Demokratie, Gerechtigkeit und Frei-
In diesem Sinne sind wir im Vorteil, weil wir das Bewußtsein des Volkes gewonnen haben.

Das nordamerikanische Gerede von Demokratie, Gerechtigkeit und Frei-
heit ist im Widerspruch mit den Tatsachen, und das Volk hält es für falsch. Das Volk weiß nämlich, was nordamerikanische Demokratie bedeutet. Weil es sie unter Somoza bereits erlebt hat. Für die Nordamerikaner war Somoza die Verkörperung eines Demokraten. Er war ein großer Freund der USA, und es gibt einen Ausspruch, ich glaube, er stammt von Roosevelt, der heißt: „Es stimmt, Somoza ist ein Hurensohn, aber er ist unser Freund."

Und das ist für sie das wichtigste, Freunde zu sein, und wenn sie von Freunden reden, meinen sie bedingungslose Jasager.

So haben schließlich all ihre Werte hier keinen Sinn mehr. Ihre traditionellen Werte hingegen werden von den Nicaraguanern geschätzt. Ihre Errungenschaften, die sie selber vergessen haben. Hier bei uns erinnert man sich besser an ihre großen Männer als bei den Nordamerikanern selber. Und wir studieren Lincoln fleißiger als sie.

Ich glaube, daß hier Eliot und die großen Novellisten häufiger gelesen werden. In den USA hat man die populärsten unter den eigenen Schriftstellern vergessen, wie z.B. Jack London. Hier in Nicaragua ist Jack London sehr bekannt.

Das nordamerikanische Volk ist das Hauptopfer des Yankeeimperialismus. Es wird getäuscht und ist abgestumpft, eben durch die Entwicklung der Kommunikationsmittel. Die Schule ist nicht mehr, weder in den USA noch in Europa, der Hauptfaktor für eine ideologische Ausbildung. Die Medien, die Massenkommunikationsmittel tragen am meisten zur ideologischen Ausbildung des menschlichen Wesens bei.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Hoffnungen. Wir halten diese Arbeit mit der Gruppe für sehr wichtig. Wir könnten, um verschiedene besonders wichtige Auftritte der Gruppe zu erwähnen, erzählen, daß die Gruppe an internationalen Festivals teilgenommen hat, zum Beispiel Festivals der „nueva canción" in Lateinamerika; auch hier in Europa hat sie an Festivals teilgenommen, und diesen kommt von sich aus eine große Bedeutung zu, weil aus ihnen ein großer Teil der europäischen Solidarität kommt. Um vielleicht den Namen der Gruppe zu erklären: Cutumay Camones ist ein Dorf in einer Landgegend westlich von San Salvador, wo am 17. Januar 1981 97 Genossen gefallen sind. Ihre Anstrengung, ihr Opfer haben seither dazu gedient, das aufzubauen, das zu schaffen, was heute die FMLN ist. Sie haben seit damals dazu gedient, das zu begründen, was heute im Sinne einer revolutionären Armee die stärkste Kraft Lateinamerikas ist ... Seitdem hat der Feind keine Siege mehr über uns erringen können, ganz im Gegenteil: Die Kräfte der FMLN haben ihn stets schlagen können, und das hat uns erlaubt, Siege nicht mehr nur auf militärischer, sondern auch auf politischer, auf diplomatischer Ebene zu erkämpfen. (...) Das halten wir für das wichtigste, was in Bezug auf die Geschichte der Gruppe zu erwähnen wäre.

AK: Eine letzte Frage: Was, meint Ihr, sind zur Zeit im politischen und militärischen Kontext El Salvadors die wichtigsten Perspektiven?

Paco: Die Entwicklung, Fähigkeit und Konsolidierung unserer Fronten sind international bekannt, ebenso wie sie unserem Volk bekannt sind. Die Nordamerikaner wissen genau, daß wir eine Bewegung geschaffen haben, die sie nicht mit einer Intervention wie in Grenada zerschlagen können. Es ist bekannt, daß unsere Positionen revolutionär sind, und eindeutig in bezug auf ein Niederlegen der Waffen zugunsten von Vorschlägen, die den Vorstellungen der Nordamerikaner entsprechen. Ich spreche von dem Vorschlag, den die Regierung Duarte gemacht hat: die Waffen niederzulegen und uns in einen Wahlprozeß zu integrieren, was sie „wieder in die salvadorianische Gesellschaft eingliedern" nennen. Es hat unsere Kraft gestärkt, politische Lösungen des salvadorianischen Konfliktes vorgeschlagen zu haben, weil wir meinen, daß es schon viel Blutvergießen gegeben hat und daß Verhandlungen, politische Lösungen ein geeigneter Ausweg sind, wenn die Menschenrechte respektiert werden, soziale Veränderungen stattfinden und eine Änderung der in El Salvador bestehenden Machtstrukturen erreicht wird. Aus diesem

rungen stattfinden und eine Änderung der in El Salvador bestehenden Machtstrukturen erreicht wird. Aus diesem

Grund sind die von der FMLN gemachten Dialogvorschläge weiterentwickelt und verbessert worden.

Die Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden, ist recht kritisch, weil die Ablehnung der von den USA gesteuerten Regierung Duarte gegenüber einer Fortsetzung des Dialogs mit uns insofern ein deutlicher Ausdruck der Machtkrise in El Salvador ist, als die beiden Gespräche vom Oktober und November eine klare Niederlage für die militaristischen und kriegstreiberischen Absichten der nordamerikanischen Position und der der Vertreter der salvadorianischen Regierung waren. (...) Die Situation ist recht klar: wir äußern weiterhin offen unsere Position und sind bereit, darüber zu reden, sie hingegen nicht mehr, weil ihr Plan im Prinzip immer ein militärisch war. Ihr Plan war im Prinzip, uns zu schlagen oder dazu zu bringen, die Waffen ihrem Vorschlag gemäß niederzulegen.

Im Moment kann man sagen, daß sich die Interventionspläne in dem Maße konkretisieren, in dem wir uns in militärischer, diplomatischer, politischer und jeglicher Hinsicht konsolidieren. (...) Die FMLN hat, während sie den Krieg verschärft und ihre Positionen in jeder Hinsicht ausgebaut hat, stets ihre Bereitschaft zum Dialog aufrechterhalten, die der Feind inzwischen nicht mehr akzeptiert, weil die Zeit, in der er sich einen solchen Anschein geben wollte, langsam vorbei ist. Denn wenn wir die Situation untersuchen, in die der erste Vorschlag fiel, den sie als Dialog bezeichneten, so war das eben in einem Moment, wo Reagan sich seinem Volk gegenüber verhandlungsbereit geben mußte, um wiedergewählt zu werden. (...)

Wir, ich sage das nochmal, sind entschlossen, der nordamerikanischen Intervention Widerstand zu leisten und sie zu besiegen, aber wir unternehmen weiterhin Initiativen, wir sind wirklich für eine Lösung des Konflikts durch Verhandlungen.

AK: Vielen Dank für dieses Interview!

Peru vor den Wahlen

Sieg der Linken möglich!

Hiermit drucken wir einen Beitrag zur Lage in Peru vor den Wahlen im April 1985 ab. Er ist von einem Genossen aus der Peru-Solidaritäts Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland geschrieben worden.

Die Jahre 1984 und Anfang 1985 waren von einer weiteren Verschärfung der ökonomischen, sozialen, politischen und moralischen Krise geprägt, die weite Teile der Bevölkerung ins absolute Elend gestürzt hat. Sogar größere Teile der Mittelschichten sind an den Rand des Existenzminimums gedrückt worden, da die nationale Industrie nicht mehr dem Konkurrenzdruck der Multis standhalten konnte und nahezu Bankrott ist. Die Repression hat extreme Ausmaße angenommen. Alle 2 Stunden wird ein Mensch umgebracht, fast jede Woche ein Massengrab entdeckt. Die Zahl der Verschwundenen liegt schon weit über 3.000, mehr als 7.000 Menschen sind im wesentlichen durch Armee und Polizei bei Massakern, durch Erschießungen und Folterungen zu Tode gekommen. Das Kriegsrecht wurde auf 26 Provinzen

rungen zu Tode gekommen. Das Kriegsrecht wurde auf 26 Provinzen

von sieben Departements ausgedehnt und die Regionen dem Politisch-Militärischen Oberkommando der Armee unterstellt. Die Praxis der „Entführung" hat sich aufs ganze Land ausgedehnt und betrifft legale und illegale Organisationen gleichermaßen. Doch dies alles konnte die Weiterentwicklung der Volksbewegung nicht bremsen.

Im letzten Jahr konnten wichtige Fortschritte in der gewerkschaftlichen Organisierung und in der Verbesserung der Menschenrechtsarbeit erzielt werden. Die Minenarbeitergewerkschaften haben sich zusammengeschlossen, die Lehrergewerkschaft SUTEP konnte ihre Anerkennung als Tarifpartner erreichen, es fanden zwei Nationale Gewerkschaftsversammlungen statt, an denen zum ersten Mal alle Gewerkschaften teilgenommen haben und die in dem Novembergeneralstreik mündeten. Trotz des Verbots und Ausnahmezustand fand in Lima eine Massendemonstration für die Einhaltung der Menschenrechte statt, die in einer Straßenschlacht endete. Im Bereich der Elendsviertel (Pueblos Jóvenes) wurden erbitterte Kämpfe gegen Polizei und Schlägerbanden geführt, die mehrere neu gegründete Elendsviertel in der Wüste abräumen wollten. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen mit mehreren Toten, Schwerverletzten und einigen verschwundenen Kindern.

Die Landbesetzung und Neugründungen wurden vom Gemeinderat der IU (Izquierda Unida, span. — Vereinigte Linke) in Lima unterstützt. Da die Polizei der Regierung unterstellt ist, konnte der Gemeinderat ihren Einsatz nicht verhindern.

Die Situation in den Urwaldgebieten hat sich verschärft, da die Öl- und Holzmultis und viele tausend Siedler mit den Indianern zusammenstoßen, die sich erbittert gegen das Eindringen in ihren Lebenraum wehren. Die Organisierung der verschiedenen Stämme hat sich besonders in den letzten beiden Jahren verbessert und verbreitert, bis hin zu Zusammenschlüssen auf lateinamerikanischer Ebene. Im Februar '85 fand in Lima die erste nationale Versammlung aller Menschenrechtsorganisationen statt. Die politischen Gefangenen haben sich in „Komitees der politischen Gefangenen" organisiert. Mit Unterstützung der IU Gemeinderäte haben viele „Volksversammlungen" stattgefunden, denen meist konkrete Kampfaktionen folgten. Die revolutionären Strömungen der IU haben die Organisierung der Selbstverteidigungsgruppen der Bauern und Elendsviertelbewohner vorangetrieben. Durch die Bandenüberfälle und Polizeiübergriffe haben viele neugegründete Pueblos Jóvenes von sich aus Selbstverteidigungsbrigaden gegründet.

Im Februar sind 400.000 Staatsangestellte in den Streik getreten. Dieser Streik dauerte sechs Monate und konnte nur durch die Drohung der Regierung, den Ausnahmezustand für die ganze Wahlzeit auszurufen, beendet werden. Die studentischen Kämpfe halten jetzt schon seit zwei Moanten an und die neuen extremen Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln und Transport haben eine explosive Stimmung geschaffen, die zur Zeit nur durch die anstehenden Parlamentswahlen nicht zum Ausbruch kommt.

Die Wahlen

Die Wahlen

Schaut man sich das Parteienparorama vor den Parlamentswahlen an, so muß man mit Erstaunen feststellen, daß es sich gegenüber den letzten Jahrzehnten gewaltig verändert hat. Zum ersten Mal treten die konservativen Kräfte völlig zersplittert an — mit sieben Parteien — und die Linke mit dem bisher größten Bündnis ihrer Geschichte: die IU. Die IU konnte nicht nur seit 1980 zusammenhalten, sondern auch einige Regional bedeutende Parteien, darunter die PADIN, die in Ayacucho die Bürgermeisterin stellt, und viele parteilose Persönlichkeiten aufnehmen. Die IU kann sich auf den größten Teil der organisierten Volksbewegung stützen: angefangen bei der Gewerkschaftszentrale CGTP, den klassenbewußten Einzelgewerkschaften, den beiden Bauerngewerkschaften CNA und CCP, den „Federaciones de Pueblos Jóvenes", den Volksversammlungen, den FEDIPS (Fronten zur Verteidigung der Interessen des Volkes) in den Departements und Provinzen, bis hin zu kleinbürgerlichen Berufsverbänden, kleineren Teilen der nationalgesinnten Industriellen und Militärs aus der ersten Phase der reformistischen Militärregierung von Velasco Alvarado.

Von den bürgerlichen Parteien ist die APRA (Partido Aprista Peruano) mit Abstand die stärkste. Die APRA sieht sich selbst als sozialdemokratische Partei und läßt sich gut von der SPD und Sozialistischen Internationalen aushalten. Sie stützt sich im Wesentlichen auf die Mittelschichten, ist aber immer in der Lage gewesen, sich als große Volkspartei zu profilieren. Verankert ist sie im Norden Perus, in einigen gelben Arbeiter- und Bauerngewerkschaften, sonst beim Provinzbürgertum, dem städtischen Kleinbürgertum, größeren Teilen der nationalen Industriellen und Teilen der Großbourgeoisie, die nach Europa orientiert ist. Die starken Volkskämpfe der letzten Jahre haben sie dazu gebracht, ihren faschistischen Flügel abzulegen und sich nach links zu profilieren. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die APRA mit ihrem lauen reformistischen Programm (es erreicht nichteinmal das Niveau der reformistischen Militärs von 1968) nachwievor eine pro-imperialistische und zutiefst antikommunistische Partei ist. Daran ändert auch ihr linker Flügel nichts, der punktuell mit der IU zusammenarbeitet.

Im rechten Spektrum ist ansonsten nur noch die CODE (Convergencia Demokrática) von Bedeutung, die sich aus der PPC (Christliche Volkspartei) und dem abgespaltenen faschistischen Flügel der APRA zusammensetzt. Dieses Bündnis vertritt in erster Linie die Interessen des US- und japanischen Imperialismus, der Großbourgeoisie, der Oligarchie und den ultrareaktionären Militärs in Marine, Heer und Luftwaffe. Die bisherige Regierungspartei, AP (Volksaktion) ist fast zur völligen Bedeutungslosigkeit verkommen und wird bei den Wahl kaum eine Rolle spielen.

Die eizige Partei, die den Wahlprozeß boykottiert und die Wahlen aktiv verhindern will ist „Sendero Luminoso". Obwohl diese Partei zahlenmäßig zugenommen hat, ist sie nach wie vor politisch weitgehend isoliert, und konnte nicht in der organisierten Volksbewegung Fuß fassen. Den Repressionsorganen ist es durch brutal-

Volksbewegung Fuß fassen. Den Repressionsorganen ist es durch brutal-

sten Terror gelungen, SL aus vielen Gebieten 'Ayacuchos zu verdrängen oder sie zumindest aktionsunfähig zu machen. Die neue, von SL durch schwere Fehler im Umgang mit Bauerngemeinden begünstigte Strategie der Armee, hunderte von Bauerngemeinden in Volksmilizen und paramilitärischen Verbänden zu organiseren — durch Versprechungen oder Terror — hat sich als sehr wirkungsvoll erwiesen. jetzt kämpfen Bauerngemeinden gegen Bauerngemeinden und die Armee kann Kräfte schonen. SL ist daher in letzter Zeit zunehmend auf Aktivitäten in Provinzstädten und in einigen Elendsvierteln Limas übergegangen. Diese Partei stützt sich vor allem auf bisher nicht von den Volksorganisationen erfaßten, unpolitisierten und in extremster Armut lebenden bäuerlichen und städtischen Randschichten.

Im letzten Jahr ist in Lima und Cuzco eine neue, kleinere fokistische Stadtguerilla aufgetaucht, die sich MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru) nennt. Sie trat bisher mit bewaffneten Propagandaaktionen in Erscheinung. Aus ihren Erklärungen läßt sich schließen, daß die MRTA sich an der Politik Cubas und Nicaraguas orientiert, sie distanziert sich von den Kampfmethoden SL und hat einige Kontakte zur IU.

Der Wahlprozeß und die Wahlchancen

Für den Fall, daß keine Partei 51 % der Stimmen auf sich vereinigen kann, ist in der peruanischen Verfassung ein zweiter Wahlgang vorgesehen, bei dem die beiden stärksten Parteien gegeneinander antreten. Aller Voraussicht nach wird es ein Kopf an Kopf-Rennen zwischen IU und APRA geben. Die IU hat reelle Chancen im ersten Wahlgang zu gewinnen. Beim zweiten Wahlgang wird dann mit größte Wahrscheinlichkeit die APRA siegen, da sie mit den Stimmen der rechten Parteien rechnen kann. Dies könnte die APRA aber vor eine große Zerreißprobe stellen, da sie den rechten Parteien Zugeständnisse machen müßte um mit deren Stimmen rechnen zu können. Dies würde der linke Flügel mit Sicherheit nicht akzeptieren, denn er ist eher an einer Zusammenarbeit — möglicherweise sogar an einem Bündnis — mit IU interessiert. Dies wiederum würde der rechter Teil unter Führung vom Präsidentenschaftskandidaten Alan Garcia niemals zulassen.

Sollte die IU wiedererwarten die Regierung stellen, wird sie ähnlich wie die APRA vor eine Zerreißprobe gestellt werden. Ein Teil der IU, gebildet druch die PSR (Revolutionäre Sozialistische Partei), der PCP „U" (Kommunistische Partei Perus; moskauorientiert), einigen Parteilosen und Alfonso Barrantes, dem Präsidentschaftskandidaten, würde die revolutionäre Strömung von UNIR und PUM mobilisieren, denen die Reformabsichten von Barrantes eh schon zu lau sind und die mit der APRA nichts am Hut haben. Die revolutionäre Strömung tritt für eine Radikalisierung der Volksbewegung ein, die in einem Volkskrieg münden und dem Volk zur tatsächlichen Machtübernahme verhelfen würde. Die großen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem reformistischen und dem revolutionären Flügel der IU kommen besonders in der Frage von Sendero Luminoso und der Lösung der Konflikts in Ayacucho zum Ausdruck. Einige Bereiche der reformistischen Strömung, darunter auch Barrantes selbst, halten den Einsatz der Armee gegen SL für nötig und wollen nur die „Exzesse" der Armee eindämmen. Die revolutionäre Strömung verlangt den sofortigen Abzug der Armee und der Repressionsorgane und UNIR erhebt die Forderung, daß SL an der im IU-Programm vorgesehenen Autonomen Regionalregierung von Ayacucho beteiligt wird. Nach einem Wahlsieg der IU könnte also das Bündnis sehr schnell in die Brüche gehen, sollte es der revolutionären Strömung nicht gelingen, den Großteil der IU auf ihre Seite zu ziehen. In der Frage der IU Strategie zur Machtübernahme hat sie sich formal durchsetzen können. Das Programm sieht eine Revolution zur Erreichung einer demokratischen Volksregierung auf dem Weg zum Sozialismus vor. Die konkreten Vorbereitungen werden aber von der IU als Bündnis kaum durchgeführt und sie wäre zur Zeit nicht in der Lage, sich gegen einen Putsch zu wehren.

Seit Ende 1984 versucht die revolutionäre Strömung wieder Boden gut zu machen. Dabei sind drei Ereignisse von großer Bedeutung: Der Nationale Kongreß des Bündnisses UNIR (Unión de Izquierda Revolucionaria), der im Untergrund stattgefundene 5. nationale Kongreß der PCdel P, Patria Roja (Kommunistische Partei von Peru) und — als stärkste Strömung in der UNIR

(Kommunistische Partei von Peru) und — als stärkste Strömung in der UNIR

— der Gründungskongreß des PUM (Partido Unificado Mariateguista), entstanden aus dem Parteienbündnis UDP (Unidad Democratica Popular) mit den Parteien „Vanguardia Revolucionaria", „MIR" und Teilen der „Revolutionären Kommunistischen Partei". Diese Kongresse haben zu einem weitreichenden ideologischen Klärungsprozeß geführt und machen nun eine Offensive in- und außerhalb der IU möglich. UNIR hat wegen der Kritik an den parlamentarischen Tendenzen im IU-Programm seinen parlamentarischen Spitzenkandidaten genommen. UNIR und PUM streben zur Zeit die Durchführung einer „Nationalen Versammlung der Fronten zur Verteidigung der Interessen des Volkes" an, auf der gemeinsame Kampfrichtlinien und Vorgehensweisen unabhängig vom Parlament beschlossen werden sollen. Auf einem solchen Kongreß können auch die Maßnahmen für den Fall eines Militärputsches nach einem Wahlsieg der IU beraten werden und unabhängig vom Wahlausgang wichtige Schritte zur Vorbereitung eines revolutionären Prozesses getroffen werden. Bei der rapiden Zuspitzung der ökonomischen Krise und der massiv zunehmenden Repression bleibt der Linken aber nicht mehr viel Zeit. Es ist abzusehen, daß mit oder ohne Parlament, noch in diesem Jahrzehnt die entscheidende Konfrontation beginnt.

Der Mythos vom »freien Welthandel«



Chicago Tribune

Nicht nur auf der 'monetären' Ebene verschärfen sich die krisenhaften Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern. Auch im weltweiten Konkurrenzkampf um Warenabsatzmärkte, also im Welthandel, gibt es mehr als deutliche Anzeichen dafür, daß die relativ 'harmonischen' Zeiten vorbei sind. Dies spiegelt sich in Schlagzeilen wie den folgenden wider: ,,*EG/USA: auf Kollisionskurs*''; ,,*Handelskonflikt mit den USA spitzt sich zu*''; ,,*EG-Getreideüberschüsse fordern die Amerikaner heraus*'' (,,FR'', 17.12. und 7.11.84); ,,*Großer Krach über US-Textilimporte entbrannt*'' (,,FR'', 25.8.84); ,,*Bangemann kritisiert Importstopp für Röhren*'', ,,*Bestürzung in Brüssel über Röhren-Importstopp der USA*''(,,FAZ'', 29.11.84). Die ,,International Herald Tribune'' meldete: ,,*Heißer US-Europäischer Handelskrieg befürchtet*'' und die ,,Financial Times'' sprach von einem ,,*Zusammenbruch des freien Handels mit Japan*'' (1).

André Gunder Frank (1) läßt den damaligen Vizepräsidenten der EG-Kommission zu Wort kommen, der sagte, daß ,,*Handelsprobleme zwischen Japan und dem Westen...Europa dazu bewegen könnten, einen vollständigen Bann über japanische Importe zu verhängen*''. Japan werde ,,*für äußerst verwundbar durch Handelspressionen gehalten...und könnte das erste Opfer von EG-Handelsbeschränkungen werden*''.

Nun neigt die bürgerliche Presse dazu, Handelskonflikte zwischen den imperialistischen Staaten zu übertreiben, aber die Aussagen spiegeln durchaus die Tatsache wider, daß der freie Welthandel so frei nun doch nicht (mehr) ist. Ein Grund ist die ungeheure Zentralisation und Konzentration des Kapitals. Rund 40% des Warenaustausches in den westlichen Ländern werden inzwischen schon innerhalb der großen multinationalen Konzerne abgewickelt. (2) Dies allein ist noch nicht sehr beunruhigend fürs Kapital. Entscheidender ist schon, daß **,,nach den Ermittlungen des GATT ... heute über 40% des Welthandels in irgendeiner Form von protektionistischen Maßnahmen offener oder versteckter Art betroffen''**sind. (3)

Die Maßnahmen der jeweiligen Nationen, die den freien Welthandel einschränken, werden gewöhnlich als Protektionismus bezeichnet; es handelt sich dabei in der Regel um Maßnahmen der jeweiligen Regierungen, die Einfuhren von Waren aus anderen Ländern zu begrenzen, um damit die eigenen nationalen Industrien zu schützen.

Vom ,,freien Welthandel'' zum Protektionismus

Unter der Führung der USA wurde nach 1945 eine neue Weltwirtschaftsordnung geschaffen, in deren Rahmen der US-Dollar zur internationalen Leitwährung wurde, und die den zukünftigen freien Welthandel gewährleisten sollte. Hauptinstrumentarium war das GATT, das internationale Zoll- und Handelsabkommen, das 1948 in Kraft trat. Wesentlicher Inhalt des GATT war

— die sogenannte Meistbegünstigungsklausel: Handelsbegünstigungen im Warenaustausch mit einem Land sollten auch für alle anderen Länder gelten;

— die tatsächlich erfolgten drastischen Senkungen der Zölle und

— der Verzicht auf Handels-Kontingentierungen, das heißt, Einfuhren und Ausfuhren sollten nicht durch Absprachen bzw. administrative Maßnahmen geregelt werden.

Bestandteil des GATT war allerdings auch, daß ein Land, sofern die eigene nationale Industrie von dem Abkommen stark betroffen ist, durchaus Handelsbeschränkungen auferlegen kann, diese aber umgekehrt durch anderweitige Zugeständnisse wieder auszugleichen habe.

Im übrigen hat der US-Kongreß das damalige GATT-Abkommen bis heute nicht unterzeichnet, die USA brauchten sich also schon damals überhaupt nicht daran zu halten.

In den fünfziger und sechziger Jahren funktionierte der freien Welthandel. In der Phase der Nachkriegsprosperität, die alle entwickelten kapitalistischen Länder erfaßte, lagen die Wachstumsraten des Warenexports jeweils über denen der nationalen Sozialprodukte. Erst etwa Mitte der siebziger Jahre kam dieser Prozeß ins Stocken, der Welthandel stagnierte fast. Ausschlaggebend dafür war zum einen die Überakkumulationskrise, die 1974/1975 und dann noch einmal 1980-82/83 alle imperialistischen Länder fast synchron erfaßte. Zudem verschoben sich die jeweiligen Konkurrenzpositionen der imperialistischen Länder, und zwar infolge der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Entwicklungen in den jeweiligen Ländern. Grob gesagt, haben die imperialistischen Konkurrenten der USA, vor allem die BRD und Japan, erheblich an Boden gewonnen und den USA ihre bis dahin führende Weltmarktposition streitig gemacht.

Die Disproportionen im Welthandel, die sich herausgebildet haben, beruhen letztlich auf realen Veränderungen der Produktion und Produktivität in den jeweiligen imperialistischen Metropolen. Die USA hatten in den siebziger Jahren die verhältnismäßig niedrigsten Wachstumsraten ihres Sozialprodukts, die EG lag leicht darüber und Japan holte kräftig auf, ohne aber an die BRD heranzukommen. Sowohl die BRD als auch Japan überholten die USA hinsichtlich der Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität (die Arbeitsproduktivität kann als ungefährer Gradmesser rationeller kapitalistischer Produktion herangezogen werden). (4) Nach Branchen aufgeschlüsselt, ergeben sich weitere und differenziertere Disproportionen. Im Investitionsgüter- und Maschinenexport zum Beispiel nimmt die BRD eine überragende Stellung auf dem Weltmarkt ein.

Zur Verschärfung des weltweiten Konkurrenzkampfes um Absatzmärkte trägt ebenfalls bei, daß rund drei Viertel des gesamten Welthandels unter den entwickelten kapitalistischen Staaten selbst abgewickelt wird — und zwar mit sinkender Tendenz. Ein Ausweichen auf Drittmärkte, etwa auf Märkte der Länder der ,,3.Welt'', kommt als Krisenlösung für die Imperialisten kaum in Betracht, da die Länder der ,,3.Welt'' unter der Last der Schuldenkrise ihre Warenimporte drastisch gedrosselt haben. Das heißt natürlich nicht, daß diese Länder keine Rolle spielen, im Gegenteil: die drei imperialistischen Machtzentren USA,

Rolle spielen, im Gegenteil: die drei imperialistischen Machtzentren USA,

Japan und die EG haben — infolge ihrer wechselseitigen protektionistischen Maßnahmen — den Konkurrenzkampf um die Märkte in Ländern der ,,3.Welt'' verschärft und versuchen, sich gegenseitig Märkte abspenstig zu machen oder neue zu erobern. Japan und die EG dringen verstärkt in Latein- und Mittelamerika — einer Domäne der USA — vor; die EG versucht, neue Absatzmärkte gegenüber der dominierenden Konkurrenz aus den USA und Japan in den Ländern Südostasiens zu gewinnen.

Die drei wichtigsten imperialistischen Länder USA, Japan und die BRD sind in unterschiedlichem Ausmaß von Gedeih und Verderb eines ,,freien Welthandels'' abhängig. Während der Warenexportanteil am Bruttosozialprodukt der USA bei 8% liegt und die USA über den weitaus größten Binnenmarkt verfügen sowie eine ganze Reihe von Rohstoffen, exportiert die BRD 34% des Bruttosozialproduktes und hat den vergleichsweise kleinsten Binnenmarkt, woraus eine enorme Aggressivität beim Vordringen auf die Weltmärkte resultiert. Von daher ist die zentrale Forderung des westdeutschen Kapitals, wie sie erst jüngst wieder in einem Memorandum auftauchte, nur allzu verständlich: das BRD-Kapital möchte zwecks Expansion lieber heute als morgen einen einheitlichen, gemeinsamen großen Binnenmarkt namens EG herstellen (daß zumindest Osteuropa folgen sollte, daraus macht der BRD-Imperialismus keinen Hehl); unter westdeutscher Führung versteht sich — und damit über dann noch bessere Positionen verfügen als die USA. Japans aggressive Vorstöße auf den internationalen Warenmärkten ergeben sich vor allem daraus, daß dieses Land hohe Agrareinfuhren aus den USA und zu 100% Öleinfuhren zu tätigen hat, die mit den Exporteinnahmen bezahlt werden müssen. Die hohen japanischen Handelsüberschüsse sowohl gegenüber den USA als auch der EG sind nicht allein Ergebnis der expansiven Exportstrategie und der hohen Konkurrenzfähigkeit der japanischen Industrie, sondern auch des Umstandes, daß sich Japan noch nicht genügend ,,geöffnet'' habe. Die Probleme fangen schon bei den international standardisierten Normen und Vorschriften an, so daß westeuropäische oder amerikanische Waren gar nicht in dem gewünschten Ausmaß eingeführt werden können. In gewisser Weise versucht Japan, analog der BRD im Rahmen der EG, in Südostasien einen erweiterten Binnenmarkt zu errichten. (5)

Gerade bezogen auf die BRD zeigt sich bei Betrachtung der nackten Zahlen, daß die sogenanne ,,gelbe Gefahr'' aus Japan ein Phantom ist. Bei den Einfuhren liegt Japan an 7. Stelle und bei den Ausfuhren an 14. Stelle (6).

Der Protektionismus, der immer weiter um sich greift, hat praktisch dazu geführt, das GATT-Abkommen wie ein Sieb zu durchlöchern. Mehr und mehr stellen sich die Abkommen über den freien Welthandel als ein Fetzen Papier dar; in den USA wird das GATT im wesentlichen als gescheitert angesehen. (7)

Im folgenden soll der Protektionismus — Ausdruck der verschärften Konkurrenz unter den imperialistischen Ländern — in den wichtigsten Branchen dargestellt werden.

1. Stahlindustrie

Seit etwa 1973 gibt es eine weltweite Stahlkrise. Preise und Nachfrage gingen zurück, die Kapazitäten waren nur zwischen 60 und 80% (USA: 42%)

gen zurück, die Kapazitäten waren nur zwischen 60 und 80% (USA: 42%)

ausgelastet. In den Industrieländern wurde eine Strategie der Modernisierung und Rationalisierung gefahren bei gleichzeitigem Abbau der Überkapazitäten — ein Prozeß, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Hinzu kam, daß einige Schwellenländer wie Brasilien und Südkorea den Weltmarkt mit billigem Stahl belieferten und als zusätzliche Konkurrenten auftraten. Japan wie auch die EG (und hier besonders die BRD!) konnten ihre Produktivität bedeutend steigern, während die US-Stahlkonzerne die Modernisierung ,,verschlafen'' haben. Um die geschrumpften Absatzmärkte für Stahl entbrannte ein heftiger Konkurrenzkampf, vor allem die EG-Länder traten mit vom Staat subventionierten Dumping-Preisen an. Die USA führten zwischen 1977 und 1982 ein Überwachungssystem zur Untersuchung der Stahleinfuhrpreise ein, um Stahlimporte zu Dumpingpreisen zu unterbinden. Tatsächlich sank der Anteil der Stahlimporte am Gesamtverbrauch in den USA von 18 auf 15%, kletterten 1981 jedoch wieder auf 19%. Daraufhin wurde die EG im Jahre 1982 von den USA gezwungen, ein sogenanntes Selbstbeschränkungsabkommen (eine häufig anzutreffende Form des Protektionismus) zu unterzeichnen. Außerdem leiteten US-Behörden gerichtliche Verfahren gegen sieben EG-Länder wegen der Dumpingpreise ein und erhoben höhere Zölle. Der EG gelang es, daß bis 1985 keine Dumping-Klagen erhoben werden, die USA zogen ihre diesbezüglichen Klagen wieder zurück.

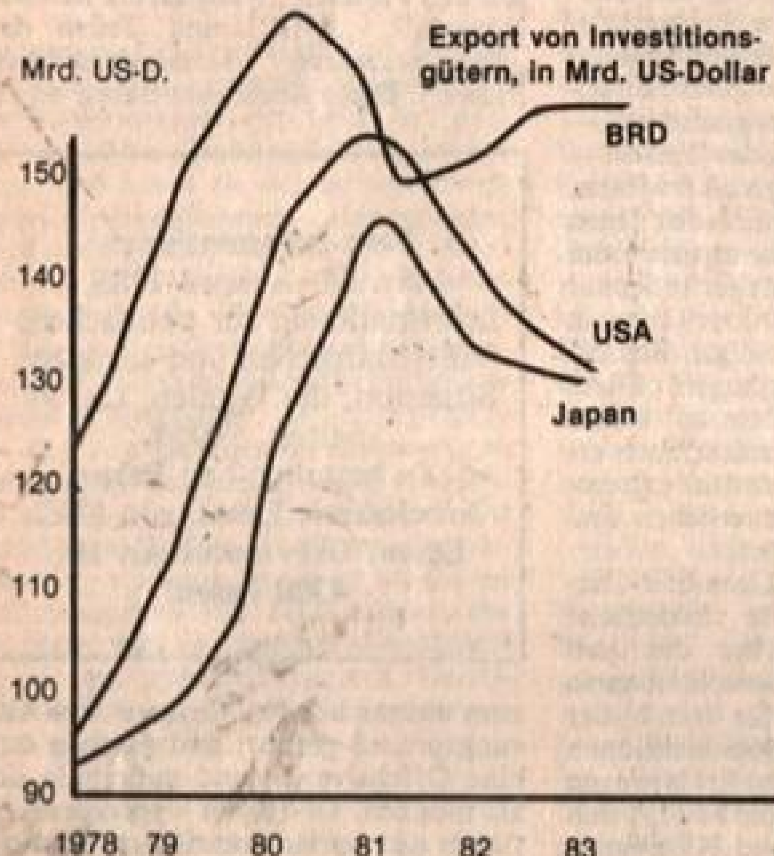
Im letzten Jahr flackerte der ,,Handelskrieg'' wieder auf. Die US-Stahlindustrie stellte insgesamt 200 Anträge bei der US-Regierung, um drastische Importbeschränkungen zu erreichen. Das Vorgehen der US-Industrie war verständlich, denn 1984 betrugen die Stahlimporte bereits 25% des Gesamtverbrauchs. Es kam zum Kompromiß: Reagan legte insbesondere die EG auf ein weiteres ,,Selbstbeschränkungsabkommen'' fest, was den 25%igen Anteil auf 18,5% senken sollte. Außerdem kündigte er an, gegen die Dumping-Einfuhren anzugehen. Diese Maßnahmen Reagans zielten außerdem darauf ab, die EG zu spalten, denn nicht die BRD war durch diese Maßnahme getroffen, sondern vor allem Italien und Frankreich. (Tatsächlich spricht sich die BRD im Rahmen

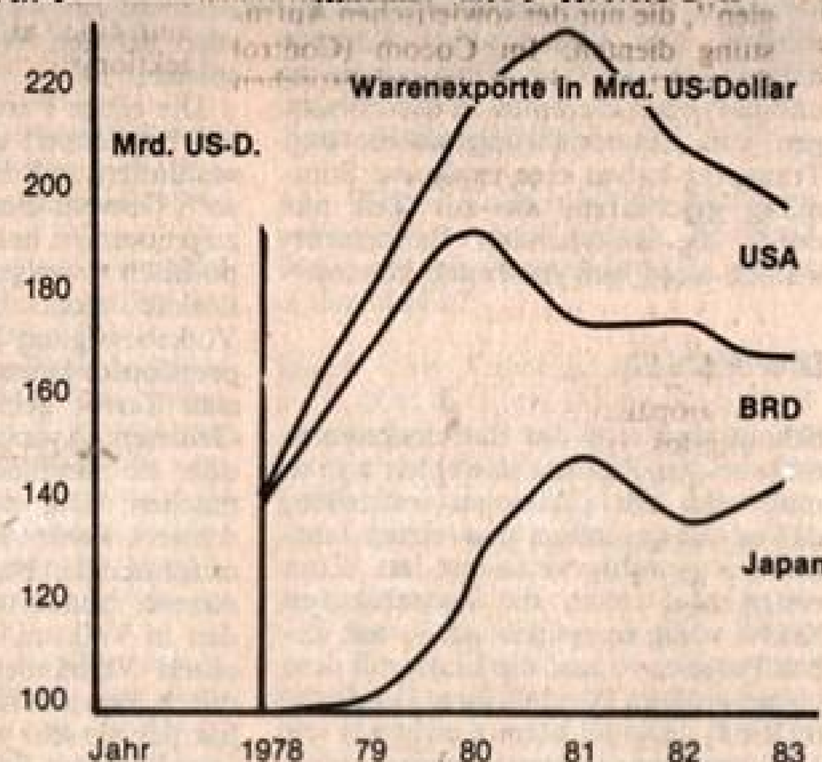
Fortsetzung nächste Seite

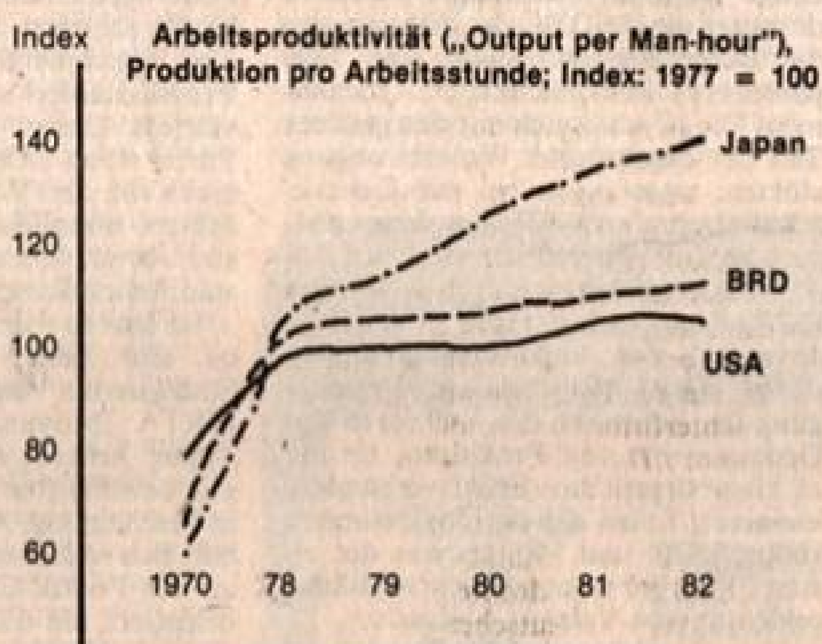
Veränderungen im Welthandel

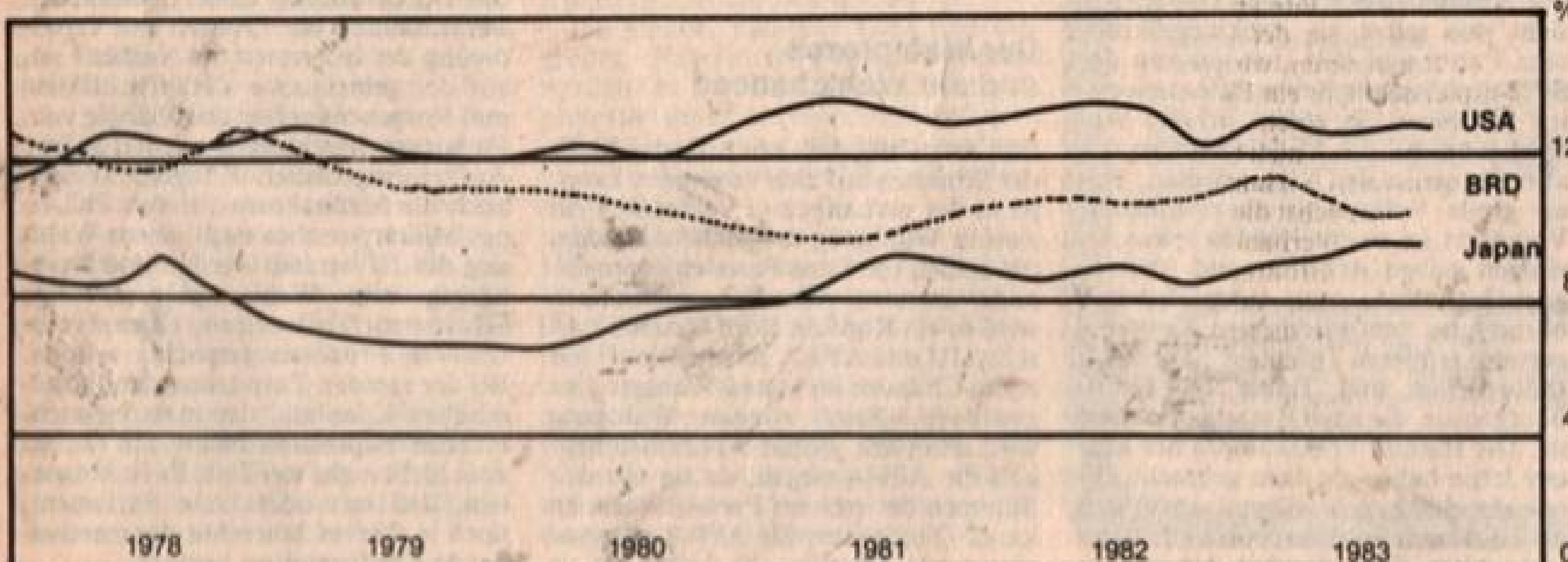
Veränderungen im Welthandel
(Angaben in Prozent)

	1950	1981
Großbritannien	11,0	5,7
BRD	3,4	9,6
Frankreich	5,3	5,8
Italien	2,1	4,1
übrige EG-Länder	6,9	8,1
USA	17,8	12,7
Japan	1,4	8,2
,,3. Welt'' (mit OPEC) und RGW	37,1	33,6









Imperialismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

der EG für einen Subventionsabbau in der Stahlindustrie aus, weil ihre Industrie inzwischen nach Verabreichung von Subventionen genügend gesundgeschrumpft ist, während die übrigen EG-Länder an der Subventionspolitik festhalten).

In einem weiteren Sektor der Stahlindustrie, den Stahlröhren, kam es erst kürzlich zum Krach. Laut Selbstbeschränkungsabkommen von 1982 durfte die EG nur einen Anteil von 5,9% Röhren am Gesamtverbrauch der USA liefern. 1984 jedoch betrug dieser Anteil bereits 14%, vor allem auch deshalb, weil der hohe Dollarkurs die Importe verbilligte. Im November verhängten die USA aus heiterem Himmel einen völligen Importstopp für Stahlröhren einschließlich der 200.000 Stück, die bereits in den USA lagerten. Die EG kündigte sofort das Röhrenabkommen und drohte den USA Gegenmaßnahmen an wie Kürzungen bei den Futtermittelimporten oder Zölle bei der Einfuhr von Chemikalien. Wirtschaftsminister Bangemann erklärte, die BRD sei von dieser Maßnahme der USA nicht betroffen, aber das Vorgehen der USA verstoße gegen das GATT und den Geist des freien Welthandels. Schließlich einigte sich die EG mit den USA auf ein neues Selbstbeschränkungsabkommen: der EG-Anteil von Röhren in den USA wurde auf 7,6% festgesetzt, bei Ölröhren auf 10%. Die BRD-Industrie war ohnehin zufrieden, denn sie liefern den USA Stahlröhren, die von keiner anderen Konkurrenz produziert werden können.

Welchen Rattenschwanz solche „Handelskriege“ nach sich ziehen können, kann exemplarisch am Beispiel des Stahlkonflikts durchgespielt werden. Einerseits: in den USA selbst muckten die Stahlimporteure, die lieber kostengünstig im Ausland einkauften, gegen die Stahlindustrie auf, ebenso die amerikanischen Farmer, die von den angedrohten Gegenmaßnahmen der EG hinsichtlich der Kürzungen von Futtermittelimporten betroffen gewesen wären. Andererseits: würden die EG-Staaten die Selbstbeschränkungsabkommen nicht akzeptieren und ihre Gegenmaßnahmen durchführen, wären weitere „Konter“ aus den USA zu erwarten, beispielsweise im Bereich der Agrarindustrie, indem die USA die EG-Exporte drastisch reduzieren würde usw. In diesen protektionistischen Maßnahmen steckt also immer die Gefahr einer erheblichen Eskalation, die nur durch imperialistisches Krisenmanagement und auch nur zeitweilig wieder in den Griff zu bekommen ist. (8)

2. Automobilindustrie

In dieser Branche spielt sich der Konkurrenzkampf hauptsächlich zwischen den USA und Japan ab. Wie in der Stahlindustrie haben die USA auch in der Automobilindustrie die Modernisierung (hier: die Umstellung auf kleinere, energiesparende PKWs) verschlafen und mußten es daher hinnehmen,

2. Automobilindustrie

In dieser Branche spielt sich der Konkurrenzkampf hauptsächlich zwischen den USA und Japan ab. Wie in der Stahlindustrie haben die USA auch in der Automobilindustrie die Modernisierung (hier: die Umstellung auf kleinere, energiesparende PKWs) verschlafen und mußten es daher hinnehmen,

daß sich zwischen 1978 und 1980 der Anteil ausländischer PKWs in den USA von 22,2% auf 34% erhöhte. Japan mußte daraufhin im Jahre 1981 ein Selbstbeschränkungsabkommen mit den USA abschließen; die entsprechenden Anteile ausländischer PKWs sanken auf 27,8%. Im Herbst 1983 wurde dieses Abkommen verlängert. Auch einige EG-Länder schotteten ihre Grenzen gegenüber japanischen PKWs ab. Frankreich z.B. begrenzte den Anteil japanischer Autos auf 3%, Großbritannien auf 11%. Und Italien beschränkt die japanischen Importe (auch über Drittländer) per Kontingentierung.

Hinzu kommen weitere „Feinheiten“ des Protektionismus. Die USA setzten z.B. durch, daß für bestimmte PKWs 90% der Teile in den USA hergestellt sein müssen. Um diese Beschränkung zu umgehen, produzieren japanische und auch westdeutsche Automobilkonzerne (VW) nun in den USA. (9)

3. Textilindustrie

Im Jahre 1974 wurde das Baumwolltextil-Abkommen durch ein Weltfaser-Abkommen (WFA) abgelöst, das vor allem dem Umstand Rechnung trug, daß insbesondere die Schwellenländer Südostasiens aufgrund niedriger Löhne zum Teil erhebliche Weltmarktanteile erlangten. Im Bekleidungsbereich beträgt der Weltmarktanteil dieser Länder bereits 36,4%. Bei den Textilien handelt es sich jedoch nicht um Waren, die von den nationalen Industrien in den Schwellenländern produziert werden, sondern größtenteils um Waren, die aus den verlagerten Produktionsstätten der Textilkonzerne aus den „reichen“ Ländern stammen, wenngleich auch die Bourgeoisien und in geringem Maße auch die Staaten dieser Schwellenländer davon profitieren. Die Frontenstellung sah entsprechend anders aus: hier die USA und die EG — dort die Schwellenländer. Die imperialistischen Staaten setzten im WFA-Abkommen schließlich durch, daß die Exporte aus den Schwellenländern limitiert werden konnten. Im Prinzip schlossen die USA und die EG-Länder mit den betreffenden Schwellenländern jeweils bilaterale Abkommen über die jährlichen Wachstumsraten der Importe. (10)

4. Der Agrarmarkt

Im Agrarsektor haben sich insbesondere die USA und die EG-Länder in der Wolle. In beiden imperialistischen Zentren fällt jährlich eine hohe Überproduktion an, die, koste es was es wolle, auf den Weltmärkten abgesetzt werden soll. Beide Zentren subventionieren den Export. Während z.B. die Verbraucher in der EG für ihre Nahrungsmittel Preise zahlen müssen, die zwischen 20 und 40% über denen anderer Industrieländer liegen, wodurch der EG-Agrarmarkt indirekt vom Verbraucher subventioniert wird, werden die Agrarüberschüsse bzw. ein Teil davon auf dem Weltmarkt zu Dumpingpreisen losgeschlagen. Die USA scheinen besonders allergisch auf die EG-Konkurrenz zu reagieren. Das ist aus der Sicht der USA nur verständlich, denn agrarische Produkte sind die wichtigsten Ausfuhrgüter der USA.

Die agressive Exportpolitik der EG habe — so heißt es in der offiziösen US-Zeitschrift des Außenministeriums, „Foreign-Policy“ — dazu geführt, daß die EG-Anteile an Nahrungsmittelexporten in der Welt von 8,3% (1976) auf 18,3 (1981) gestiegen sind, während die USA ihren Weltmarktanteil bei etwa 18% halten konnte (11).

Während in früheren Zeiten die EG-Länder von den Futtermittelimporten aus den USA abhängig waren, weicht die EG heute auf Brasilien aus, das über einen beträchtlichen Sojabohnen-Markt verfügt.

Auf einem GATT-Ministertreffen im November 1982 konnten die EG-Länder erfolgreich die amerikanischen Forderungen nach Subventionsabbau und Protektionismus abwehren. US-Agrarminister John Block drohte daraufhin: „*Wir haben nur eine Möglichkeit, nämlich zeitweise von unserer Haltung des freien Marktes abzuweichen und kostspielige kurzfristige Handelskriege zu unternehmen. Wenn das unabdingbar ist, um die Prinzipien freier Märkte zu erreichen, dann werden wir anfangen müssen, ernsthafter in diese Richtung zu denken und ganz massiv ein Drei-Milliarden-Dollar-Paket der umfangreichen amerikanischen Vorräte von Agrarprodukten auf den Weltmarkt zu werfen, bis die Europäer aufgeben*“ (12).

Im Klartext: der EG wird angedroht, daß die USA ihre Agrarexporte subventionieren und zu Dumpingpreisen

freier Märkte zu erreichen, dann werden wir anfangen müssen, ernsthafter in diese Richtung zu denken und ganz massiv ein Drei-Milliarden-Dollar-Paket der umfangreichen amerikanischen Vorräte von Agrarprodukten auf den Weltmarkt zu werfen, bis die Europäer aufgeben“ (12).

Im Klartext: der EG wird angedroht, daß die USA ihre Agrarexporte subventionieren und zu Dumpingpreisen

auf den Weltmarkt schleudern. Dies würde die EG nicht nur empfindlich hinsichtlich ihrer Exportanteile treffen, sondern auch auf den EG-Agrarmarkt zurückwerfen. Dieser müßte dann mangels Export-Ausweg intern noch stärker subventioniert werden, was schon jetzt erhebliche Schwierigkeiten bereitet. An nur zwei Beispielen soll dieser „Handelskrieg“ etwas näher beleuchtet werden.

Beispiel 1: Die USA scherten erst Ende letzten Jahres aus dem Milchabkommen mit der EG aus, weil die EG entgegen den GATT-Vereinbarungen über 100.000 Tonnen Butter zu Dumpingpreisen an die Sowjetunion verkaufte. Ein halbes Pfund Butter, das hierzulande im Laden in der unteren Preisklasse für etwa 2,50 DM zu haben ist, wurde an die Sowjetunion für 85 Pfennige abgegeben (13).

Beispiel 2: Die EG-Länder haben die USA im letzten Jahr erstmals in der Weizenproduktion überflügelt (USA: 70 Mio. Tonnen, EG: 75 Mio. Tonnen, davon die BRD: 26 Mio. Tonnen). In der EG werden maximal 45 Mio. Tonnen Weizen für den Eigenbedarf benötigt, einschließlic der Verfütterung an das Mast-Vieh. Noch beherrschen die USA und Kanada den Weltweizenmarkt mit Anteilen von 38 bzw. 20%, gefolgt von der EG mit 14%; die USA starteten rechtzeitig eine Exportoffensive in Afrika und dem Nahen Osten, aber die EG konterte in Ägypten, wo sie den USA Exportanteile wieder mit ihren Dumpingpreisen abluchste. Es liegt auf der Hand, daß die EG-Länder aufgrund ihrer riesigen Weizen-Überschüsse nichts unversucht lassen werden, den USA in Drittländern Paroli zu bieten.

US-Agrarminister John Block verkündete eine „neue US-Strategie“. Die Preise für Getreide, Fleisch und Milchprodukte sollen mittels Subventionen gesenkt werden, um — so Block — die EG in die Knie zu zwingen: die „*traditionellen Weltmarktanteile der EG ... würden ... nicht mehr anerkannt*“ (14). Das verspricht brisant zu werden, denn der Agrarmarkt ist die Achillesferse sowohl der USA (wichtigster Exportzweig) als auch der EG („gemeinsamer Markt“).

Der Ausgang dieses Handelskrieges, der offensichtlich von den USA gegen die EG-Länder vorbereitet wird, ist so gut wie sicher, da der gemeinsame EG-Agrarmarkt mit seinen enormen Überschüssen schon jetzt kaum noch zu finanzieren ist. Die USA hätten es also durchaus in der Hand, den EG-Agrarmarkt kaputtzumachen oder aber den EG-Ländern weitere hohe Kosten aufzubürden, wenn die geplante Exportoffensive der USA die EG-Agrarexporte empfindlich verringert.

5. Exportkontrollen der USA

Der Bereich der sogenannten „Neuen Technologien“ — also neue Kommunikationstechniken, Großrechner, Mikrochips, Software usw. — ist ein weiteres Feld, auf dem sich die Widersprüche zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern in der letzten Zeit verschärft haben.

Begonnen haben diese Auseinandersetzungen in einem anderen Bereich: vor allem beim westeuropäischen Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion torpedierten die USA die Lieferung bestimmter technischer Bestandteile und Ausrüstungen für die Erdags-Pipeline mit der Begründung, die Sowjetunion bekäme damit Zugang zu neuen Technologien, die sie auch militärisch nutzen könnten. Die USA hatten es unter Androhung von Strafen einigen US-Tochterfirmen untersagt, Zulieferungen für die Pipeline zu leisten. Großbritannien reagierte damals darauf postwendend mit einem eigenen Gesetz, das Ansinnen der USA wurde als Eingriff in die nationale Souveränität kritisiert. Bekanntlich haben die USA das Erdgas-Röhren-Geschäft nicht verhindern können.

Bis heute jedoch läuft die amerikanische Propaganda-Kampagne weiter; immer wieder warnt das Pentagon vor dem Handel mit „Neuen Technologien“, die nur der sowjetischen Aufrüstung dienten. Im Cocom (Control Committee), einem imperialistischen Kontrollgremium für den Osthandel, setzten die USA schärfere Bestimmungen durch. Seit 1980 liegen dem Cocom bereits 70.000 Anträge auf Export-Genehmigungen vor (15).

Imperialistische Politiker auch in den USA selbst weisen aber zurecht darauf hin, daß eine Embargo-Politik gegen die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen Länder praktisch wirkungslos ist: zu zahlreich sind die Schlupflöcher, zu groß ist das Eigeninteresse einzelner Firmen und Händler, das einer wirksamen Beschränkung und Kontrolle der Ausfuhr von „Neuen Technologien“ entgegensteht.

In der BRD geht man daher schon

den USA selbst weisen aber zurecht darauf hin, daß eine Embargo-Politik gegen die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen Länder praktisch wirkungslos ist: zu zahlreich sind die Schlupflöcher, zu groß ist das Eigeninteresse einzelner Firmen und Händler, das einer wirksamen Beschränkung und Kontrolle der Ausfuhr von „Neuen Technologien“ entgegensteht.

In der BRD geht man daher schon

längst davon aus, daß die US-Handelsbeschränkungen gegen die Sowjetunion ganz andere treffen sollen: die westeuropäischen Konkurrenten.

Das bundesdeutsche Außenministerium gab deshalb eine Untersuchung der US-Exportkontrollen in Auftrag. Die sogenannte Hein-Studie kommt denn auch zum Ergebnis, daß sich die „*Anzeichen und Fälle (mehren), die auf eine beabsichtigte Behinderung des West-West-Technologietransfers hindeuten*“ (16).

Und die BRD lief Sturm, als sie von der Absicht der USA erfuhr, die Exportkontrollen für hochtechnologische Waren auch auf ihre westeuropäischen Tochterfirmen auszudehnen. Bangemann: „*Das können wir nicht hinnehmen*“ (17). Graf Lambsdorff warnte die USA, die Souveränität der Verbündeten in der Handelspolitik einzuschränken und drohte mit einem Gesetz, das westdeutschen Firmen untersagt, sich diesen US-Kontrollen zu beugen (18).

Daß die USA ihre verschärften Kontrollen gegenüber der BRD in der Tat schon praktizieren, wird an folgendem Beispiel deutlich: ein Hamburger Institut bestellte einen amerikanischen Großrechner für meteorologische Forschungen, das US-Handelsministerium untersagte zunächst die Lieferung. Erst nach langen Verhandlungen bekam Hamburg den Großrechner, aber verbunden mit harten Auflagen. Die Mitarbeiter, die an diesem Großrechner arbeiten, werden einer Sicherheitsprüfung unterzogen und die gespeicherten Programme von US-Experten kontrolliert (19).

Inzwischen haben die USA per Gesetz die Exportkontrollen verschärft. US-Handelsministerium und Pentagon einigten sich darauf, daß das amerikanische Verteidigungsministerium künftig ein Mitspracherecht bei der Ausfuhr von „Neuen Technologien“ in 15 „nichtkommunistische Staaten“ besitzt. Reagans Direktive besagt, daß das Pentagon binnen 15 Tagen Einspruch gegen Warenexporte erheben kann. Bei einer Nichteinigung zwischen Pentagon und Handelsministerium entscheidet eine Kommission, bei der die Stimme eines Vertreters des US-Sicherheitsrates ausschlaggebend ist (20).

Den USA geht es jedoch nicht allein um die Kontrolle des Technologietransfers, sondern auch um die Einschränkung bei der Weitergabe von technischen Daten. Auch hier liegen — laut der bereits erwähnten Hein-Studie — schärfere Gesetze in den USA bereit.

Ziel dieser Exportbeschränkungsmaßnahmen der USA gegen die westeuropäischen Staaten ist es also, sich im weltweiten Konkurrenzkampf auf dem Gebiet der „Neuen Technologien“ den schon vorhandenen Vorsprung (21) zu sichern. Bei einer Befragung von 21 westdeutschen Unternehmen, die auf den Sektoren moderner Technologien produzieren und forschen, stellte sich heraus, daß die Maßnahmen der USA zwar Verzögerungen mit sich brächten, die Technologie-Transferbeschränkungen allerdings viel rigoroser ausfallen müßten, um die westdeutsche Industrie empfindlich zu treffen (16).

6. EG und Japan

Japan erzielte 1984 einen Handelsüberschuß von 10 Mrd. US-Dollar gegenüber der EG. In beiden Richtungen hat der Warenhandel ein relativ bescheidenes Ausmaß, nur 12% der gesamten japanischen Exporte flossen in die EG-Länder. Die „japanische Gefahr“ läßt sich so gut beim Volke verkaufen, weil die japanische Industrie hauptsächlich mit Komsumgütern präsent ist: Schreibmaschinen, Computer für das Heim, Fotoapparate, Videorecorder und andere elektronische Konsumartikel, sowie das Auto.

Der relativ geringe Stellenwert des Handels zwischen Japan und den westeuropäischen Ländern hat zwei Seiten. Zum einen ist der japanische Markt noch immer schwer zugänglich, was zum einen an den vielen, de facto protektionistischen Einfuhrvorschriften und Kontrollen der japanischen Behörden liegt; zum anderen daran, daß die technischen Standards und Normen noch nicht den Weltstandards entsprechen. Beide Handelshemmnisse sind schon seit Jahren Gegenstand öffentlicher Kritik der USA und der EG. Bei seinem kürzlichen Besuch drängte Bundeswirtschaftsminister Bangemann die japanische Industrie, diese Beschränkungen zügig abzubauen.

Die japanischen Waren könnten und würden — bei wirklich freier Konkurrenz — die westeuropäischen Märkte in den eingangs genannten Bereichen überschwemmen. Die EG-Länder haben deshalb ihre Binnenmärkte gegen die japanische Konkurrenz teilweise er-

seinem kürzlichen Besuch drängte Bundeswirtschaftsminister Bangemann die japanische Industrie, diese Beschränkungen zügig abzubauen.

Die japanischen Waren könnten und würden — bei wirklich freier Konkurrenz — die westeuropäischen Märkte in den eingangs genannten Bereichen überschwemmen. Die EG-Länder haben deshalb ihre Binnenmärkte gegen die japanische Konkurrenz teilweise er-

heblich abgeschottet.

Im Dezember letzten Jahres schloß die EG mit Japan beispielsweise ein neues Selbstbeschränkungsabkommen über Videorecorder. 1985 darf die westeuropäische Industrie 1,4 Millionen (bisher 1,3 Mio.) Geräte innerhalb der EG auf den Markt bringen; die japanische Industrie darf anstelle von 3,95 Mio. nur noch 2,25 Mio. Videogeräte in die EG liefern (22), was einer Kürzung von 43% entspricht. Im Bereich der Büromaschinen erhob die EG Anfang dieses Jahres Zölle, die um 6,9% bis 43,7% angehoben wurden. Die EG warf den japanischen Kapitalisten vor, mit Dumpingpreisen vorzugehen (22).

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die EG-Staaten (mit Abstrichen die BRD) mit erheblichen protektionistischen Maßnahmen gegen die japanische Konkurrenz vorgehen. Dabei wird teilweise recht schlitzohrig verfahren. Frankreich zum Beispiel hat offiziell keinerlei Handelsbeschränkungen bei der Einfuhr japanischer Videogeräte erlassen. Dafür ist aber im gesamten Frankreich ein einziges Zollamt für die Kontrolle und Abfertigung der importierten japanischen Geräte zuständig. So wird bei Dienst nach Vorschrift auch ohne offizielle protektionistische Maßnahmen der gleiche Effekt erzielt.

Ein kleiner Ausblick

Es ist davon auszugehen, daß sich die krisenhaften Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten in Zukunft noch verschärfen werden.

Auf der einen Seite spielt sich dieser Konkurrenzkampf auf der ‚monetären' Ebene ab. Vor dem Hintergrund aufgeblähter internationaler Kapitalmärkte und der Schuldenkrise haben sich die USA mittels ihrer Hochzinspolitik und ihres starken Dollar eine Hegemoniepostion verschafft, um die zu erwartende Kapitalentwertung/ -vernichtung infolge nicht einholbarer Kreditrückzahlungen aus den verschuldeten Ländern der „3. Welt“ auf ihre Konkurrenten abzuwälzen. Dieser Punkt ist so brisant, daß die Schuldenkrise derzeit noch in Form riesiger Kapital-Umschuldungen vor sich hergeschoben wird.

Die Kehrseite dieser ‚monetären' Widersprüche ist der Protektionismus. Gegenseitige Handelsbeschränkungen, „Handelskriege“ sind Ausdruck des verschärften Konkurrenzkampfs zwischen den drei imperialistischen Machtzentren USA, Japan und Westeuropa, des Bestrebens, sich die jeweils besten Ausgangspositionen zu verschaffen.

Ob „Reagonomics“ in den USA, „Thatcherismus“ in Großbritannien, Kohls „ Wende“ in der BRD und die noch krassere Wende in der Wirtschaftspolitik Frankreichs — alle diese Krisenlösungs-Rezepte weisen gemeinsame Merkmale auf: Es sind dies unter anderem die bewußte Schaffung einer industriellen Reservearmee und Lohnsenkungen, die den „Faktor Arbeit“ fürs Kapital verbilligen; Steuersenkungen für die Kapitalisten selbst; Abbau der Sozialleistungen bei den Haushaltsetats; Abbau von Subventionen in veralteten und nicht mehr konkurrenzfähigen Industriesektoren und Investitionen, die zur Modernisierung und Rationalisierung dienen — kurz: es geht um die Senkung der Produktionskosten.

Die genannten Beispiele für protektionistische Maßnahmen in verschiedenen Industriesektoren deuten darauf hin, daß die „Handelskriege“ gerade bei den Versuchen der jeweiligen Konkurrenten, sich bessere Ausgangspositionen zu verschaffen, noch an Schärfe zunehmen werden, denn das Land bzw. die Industrie, die national ins Hintertreffen gerät, wird wiederum mit Protektionismus antworten. Der auf diesem bevorstehenden Wirtschaftsgipfel wieder allseits beschworene freie Welthandel gründete in den einmalig günstigen Weltmarktbedingungen nach 1945 und dürfte damit der Vergangenheit angehören. Die weltweiten Strukturkrisen und Umbrüche lassen derzeit noch keine Rückschlüsse zu, welches der drei imperialistischen Machtzentren schließlich die Spitze einnehmen wird.

Anmerkungen:

(1) Zitiert nach Andre Gunder Frank, „Die europäische Herausforderung“, Alektor-Verlag
(2) Nach Angaben der UNO. Vgl. Fidel Castro, „Die ökonomische und soziale Krise in der Welt“ (1983), Verlag Zeit im Bild, Dresden, DDR
(3) Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, in: „Entwicklung und Zusammenarbeit“ 3/84, S. 15 ff.
(4) siehe Anm. 1 und nebenstehende Tabellen
(5) siehe auch Wolf/Capron, „Spätka-

„Die europäische Herausforderung“, Alektor-Verlag
(2) Nach Angaben der UNO. Vgl. Fidel Castro, „Die ökonomische und soziale Krise in der Welt“ (1983), Verlag Zeit im Bild, Dresden, DDR
(3) Wilfried Guth, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, in: „Entwicklung und Zusammenarbeit“ 3/84, S. 15 ff.
(4) siehe Anm. 1 und nebenstehende Tabellen
(5) siehe auch Wolf/Capron, „Spätka-

pitalismus in den achziger Jahren“, isp-Verlag
(6) FAZ, 12.12.84. Der japanische Anteil bei den Importen in die BRD liegt bei 4,1%, der Anteil der BRD an den Exporten nach Japan bei 1,4%.
(7) siehe „Foreign Policy“, Spring 1983: „War & Peace“ by Th. Graham. Graham hält das GATT für gescheitert.
(8) Quellen: WSI-Mitteilungen 4/84, S. 216 ff.; A.G. Frank (siehe Anm. 1); FAZ, 29.11.84 und 5.1.85; FR, 29.11.84
(9) WSI-Mitteilungen 4/84, S. 216 ff.
(10) WSI-Mitteilungen 4/84; FR, 25.8.84 und FAZ, 19.10.84
(11) siehe Anm. 7
(12) „Financial Times“, 23.11.82, zitiert nach A.G. Frank, siehe Anm. 1
(13) FAZ, 19.12.84
(14) FAZ, 17.12.84
(15) FAZ, 21.1.85
(16) „Zeit“, 33/84
(17) „Spiegel“, 34/84
(18) FR, 31.8.84
(19) FAZ, 17.12.84
(20) FR, 14.1.85
(21) Es ist hier nicht der Ort, sich näher mit dem Gerede vom Technologie-Vorsprung der USA und auch Japans gegenüber der EG bzw. der BRD auseinanderzusetzen, wo im Kern behauptet wird, Westeuropa würde in Zukunft auf die Position einer zweitrangigen ökonomischen Macht zurückfallen. Hierzu nur so viel: der Technologie-Vorsprung der USA und auch Japans beschränkt sich auf wenige Sektoren und läßt sich als generelle These nicht aufrechterhalten.
(22) FAZ, 11.12.84 und 17.1.85

Die Tabellen beruhen auf Daten, die der US-Zeitschrift „International Economic Indicators“, März 1984, entnommen und vom Autor graphisch übertragen worden sind.

D./Westberlin

Was ist los mit der Faschisierung?

Kritische Überprüfung der These von der »Schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft«

„Wohin soll die Reise gehen?" „Droht die Gefahr eines neuen Faschismus in der BRD?" Diese Fragen kennzeichneten u.a. die strategische Nach-APO-Diskussion nach Antritt der Regierung Brandt 1969. Der KB warnte vor der Gefahr einer „schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" und rief unter der Losung „Aktionseinheit dringend notwendig!" zum Kampf dagegen auf.

Obwohl nur als Diskussionsbeitrag vorgestellt, nahmen die „Faschisierungsthesen" im Zuge der Gründung des KB im Frühjahr 1972 doch quasi-programmatischen und sehr bald sogar dogmatischen Charakter an. Noch heute gilt die „Faschisierungsthese" als ein „essential" der KB-Politik, obwohl die Interpretationsmöglichkeiten ihrer Bedeutung inzwischen einen ziemlichen Beliebigkeitsgrad angenommen haben. Eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der „Thesen" an der Realität ist, besonders nach der bisher nicht eingetretenen „Wende" der CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik überfällig und dringend geboten, um die Frage „Wohin soll die Reise gehen?" wieder neu stellen zu können.

Zu diesem Zweck habe ich im vorigen AK an die historischen und theoretischen Wurzeln und an die Entstehungsbedingungen der „These" erinnert, sowie die „These" selbst vorgestellt und versucht, ihre Grundelemente systematisch herauszuarbeiten, damit wir alle wissen, wovon die Rede ist, wenn von „Faschisierungsthese" gesprochen wird. In diesem AK skizziere ich Entwicklung und Veränderung der „These " seit ihrer Entstehung bis heute. Der Teil ist länger geworden als vorausgesehen. Die systematische Überprüfung entlang der einzelnen Grundelemente der „These" wird daher entgegen meiner Ankündigung erst im 3. Teil erfolgen können. Sorry, aber ich denke, es geht nicht anders, wenn die Überprüfung nicht im luftleeren Raum stehen soll.
Und nun also wieder — hinein ...

F.

F.

Teil 2: »Beschleunigte Faschisierung und andere Veränderungen«

Nach der Wahl 72 konnte sich der KB in seiner Einschätzung der globalen wie auch der innenpolitischen Entwicklung in der BRD voll bestätigt sehen. Die wichtigsten Eckdaten und Grundlinien seien eingangs in Erinnerung gerufen.

Die wachsenden Erfolge der Befreiungskämpfe in der „3. Welt", vornehmlich in Vietnam, Kambodscha, Thailand, führten zu einer weiteren Schwächung des US-Imperialismus bis zu seiner Niederlage in Vietnam im Mai 1975. Das Beispiel Vietnams wirkte zudem als Fanal, „daß ein kleines Land ein großes besiegen kann", und ermutigte Befreiungskräfte auch in anderen Teilen der Welt.

Mit der Inszenierung des faschistischen Putsches in Chile am 11.9.73 setzte der US-Imperialismus stellvertretend für die übrigen Imperialisten seinerseits ein Fanal für seine Bereitschaft und Fähigkeit, dieser Entwicklung in blutigem Konfrontationskurs entgegenzutreten.

Die globale Krise des Imperialismus vertiefte sich u.a. durch Verfall des Dollars als Leitwährung zu einer allgemeinen Dauerkrise des imperialistischen Weltmarktsystems: Währungs-Destabilisierung, Inflation, Stagnation. Für den BRD-Imperialismus wurden die Jahre 73/74 zur schärfsten Krise seit Kriegsende. Durch allgemeine Senkung der Produktions-, d.h. der Lohnkosten versuchte der westdeutsche Imperialismus seine Stellung gegenüber der gewachsenen Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu behaupten. Mit rigider Lohnleitlinienpolitik und beginnenden Angriffen auf soziale Leistungen setzte die SPD/FDP-Regierung diesen Krisenkurs gegenüber der Arbeiterschaft durch. Eine Welle sponta-

gen setzte die SPD/FDP-Regierung diesen Krisenkurs gegenüber der Arbeiterschaft durch. Eine Welle sponta-ner Streiks, beginnend 1972, schwerpunktmäßig aber 1973, war die Antwort. Sie wurde vornehmlich getragen von den kampfbereiteren ausländischen Kollegen bei Hoesch und Mannesmann, in der VW-Produktion, bei Klöckner/Bremen und Hella/Lippstadt, bei Ford in Pierburg/Neuss. Die Streiks bei Hella und der Streik bei Ford wurden von Werkschutz und Polizei zusammengeschlagen, d.h. erstmalig in der neueren Geschichte der BRD wurde wieder Polizei, und zwar massiv, gegen Arbeitskämpfe eingesetzt.

Ein besonderes Kapitel war der Fluglotsen-„Bummel"streik im August 73. Der Streik wurde zum Anlaß für ideologische Hetze gegen die Streikenden als „Terroristen" und für eine Einschränkung des Streikrechts.

Insgesamt standen 1973 doppelt so viele Arbeiter/innen im Streik, gab es doppelt so viel Ausfalltage und achtmal soviel vom Streik betroffene Betriebe wie z.B. in den legendären „Septemberstreiks", der größte Teil davon „wilde", d.h. gewerkschaftlich nicht kontrollierte Streiks (1).

Im Rahmen der EG-Entwicklung mauserte sich die BRD sichtlich zur ökonomischen und auch politischen Führungsmacht Europas, die den anderen Mitgliedsstaaten ihre Bedingungen diktierte, sowie zunehmend in die inneren Verhältnisse anderer europäischer Länder eingriff. Ausdruck davon war zum einen, die unter unmittelbarer Beteiligung der westdeutschen regierenden Sozialdemokratie stattfindende politische Neuordnung des europäischen Südens (2), mit der entweder präventiv der Entwicklung neuer Klassenkämpfe vorgebeugt werden sollte, wie bei der kontrollierten Ablösung des Faschismus in Griechenland 1974, in Spanien 1975, oder entwickelte Klassenkämpfe wieder zurückgeschraubt wurden wie in Portugal. Sichtbarer Höhepunkt solcher Einmischungen wurde dann die Drohung Schmidts 1976, Italien die Wirtschaftshilfe zu entziehen, falls die PCI an der Regierung beteiligt werde.

Die CDU/CSU mischte auf ihre Weise mit, insbesondere F.J. Strauß. Wo es in diesen Jahren um rechte Putschversuche, Rechtesammlungsbewegungen oder auch nur Einmischung ging, hatte Strauß seine Hand mit im Spiel (3). Zu erinnern ist auch an die Gründung einer „christdemokratischen Internationale" im Jahr 1976, mit der ein Zentrum für die organisierte Einflußnahme der CDU/CSU im europäischen Rahmen geschaffen werden sollte.

Nicht unerwähnt bleiben darf die auf Drängen der BRD zustandegekommene Kooperation bei der Terroristen-Jagd, die 1975 offiziell zum Abschluß einer „europäischen Konvention gegen den Terrorismus" führte. Im Zuge dieser Kooperation wurde westdeutsches polizeistaatliches „know how" in die



Kundgebung bei „Rock gegen Rechts"

übrigen EG-Staaten exportiert — und nicht nur das: auch das Agieren westdeutscher Sonder-Polizeikommandos auf dem Boden europäischer Nachbarländer wurde erstmals nach 1945 wieder möglich.

Die „Neue Ost-" und „Entspannungs"politik entwickelte sich rasant: „Normalisierungsvertrag" zwischen BRD und CSSR, Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR, Beginn der sog. Europäischen Konferenz über Sicherheit und Abrüstung, Abschluß eines Atomwaffensperrvertrags zwischen Nixon und Breschnew, alles 1973. Breschnew ließ es sich nicht nehmen, den Kanzler Brand noch im selben Jahr in Bonn zu besuchen. Brandt ließ als freundliche Gegengeste die Demonstration von KPD/ML und „KPD" gegen den Breschnew-Besuch polizeilich zusammenknüppeln. Die Türen für den Tranfers von westdeutschem Kapital in die Länder des ‚Comecon' waren aufgestoßen!

Allem Entspannungsgesäusel zum Trotz kündigte der neue Bundeskanzler Schmidt bei Amtsantritt im Mai 74 an, in der „Westpolitik" (d.h. Stabilisierung der EG und stärkere Einbindung der BRD in die NATO) aktiver werden zu wollen, die „Ostpolitik" zwar „fortsetzen", aber „ohne finanzielle Zugeständnisse". Schon bei seinem Antrittsbesuch konnte Schmidt die weitere Kooperation von Zugeständnissen der Sowjets in der Berlin-Frage abhängig machen (4).

„Maßnahmen" und „Antiterror-Pakete" ...

Innenpolitisch setzte die SPD über die schon erwähnte scharfe Konfrontation zu klassenkämpferischen Teilen der Arbeiterschaft hinaus gezielt auf die Schwächung der Linken aller Schattierungen bis hinein in ihr eigenes Lager. Gleichzeitig steigerte sie ihre Bemühungen um die Aufrüstung des Herrschaftsinstrumentariums des westdeutschen Imperialismus gegenüber den ersten Jahren ihrer Regierungszeit enorm. Als willkommenes Vehikel für diese Politik benutzte sie wie schon vor der Wahl 72, aber in steigendem Maße die Existenz terroristischer Gruppen, in zunehmendem Maße aber auch militante Sektierer-Aktionen von „ML"-Gruppen — etwa den Versuch der KPD/ML im Mai/Juni 72, das Demonstrationsverbot anläßlich der Olympiade in München oder die Erstürmung des Bonner Rathauses durch die „KPD" anläßlich des Thieu-Besuches in Bonn April 73.

Die Vielzahl und Schwere der Maßnahmen, die die SPD/FDP-Regierung durchsetzte, sprengt für diejenigen, die es nicht erlebt haben und für die manches, was damals eingeführt wurde, heute Alltagsbestandteil dieses unseres westdeutschen Staates ist, vermutlich das Vorstellungsvermögen, ganz zu schweigen von dem Rahmen dieses Artikels. Da ist es sicher sinnvoll und sehr anregend, sich die paar Jahrgänge des „Arbeiterkampf" ab 72 und folgende — oder meinetwegen auch einer anderen vergleichbaren Zeitung — zur Hand zu nehmen und durchzustöbern, um so ein richtig sattes Bild jener Zeit zu bekommen (5). Einiges will ich aber kurz benennen:

— Zusätzlich zur Einschränkung der politischen Betätigung im Betrieb durch das neue Betriebsverfassungsgesetz vom Jahreswechsel 71/72 und den beginnenden Rausschmissen fortschrittlicher Kollegen und Kolleginnen, vor allem solchen, die als Mitglieder von Organisationen der „Neuen Linken" bekannt wurden, und zusätzlich zu der polizeilichen Niederschlagung der 73er spontanen Streikwelle faßte der DGB im Oktober 73 seinen berüchtigten „Extremistenbeschluß". Hunderte von Einzelausschlüssen oppositioneller Gewerkschafter/innen folgten, z.B. in der IG Chemie 569 von 72-75, 312 in der IGM von 73-76; die GEW warf gleich den ganzen Landesverband WLbn mit 13.000 Mitgliedern hinaus u.a.m. (6). Zusammen mit dem Berufsverboteerlaß von Anfang 72 waren damit die Weichen gestellt, die radikale Linke von ihrer z.T. schon erreichten, z.T. potentiellen Basis in der arbeitenden und lernenden Bevölkerung zu isolieren.

— Die nach der Wahl 72 eingeleitete Disziplinierung der Jusos sowie anderer Parteilinker und des linken Umfelds der SPD erreichte mit den Maulkorb-Beschlüssen vom April 74 ihren ersten Höhepunkt. Brandt verkündete ein 10-Punkte-Programm, wonach drei Punkte zum Ausschluß aus der SPD oder ihren Untergliederungen führen konnten: 1. Aktionseinheit mit Kommunisten. 2. Stellungnahmen gegen die SPD-Führung oder das Godesberger Programm. 3. „Verunglimpfung" von Regierungsmitgliedern, indem ihnen Verfassungsbruch oder Komplicenschaft mit Faschisten unterstellt wurde. Ausschlüsse linker Jusos folgten (7). Gegen Ende des Jahres wurden die Rechte der „Arbeitsgemeinschaften in der SPD" (Jusos, AfA, Frauen u.a.m.) noch weiter beschnitten. U.a. bekamen die örtlichen Parteivorstände das Recht auf Zensur aller „Arbeitsgemeinschaften", ihrer Organe und Mitglieder zugesprochen, sowie das Recht, widerborstige Funktionäre abzuberufen.

Damit sollte jeder Aktionseinheit zwischen organisierten Sozialdemokraten und der Linken ein Riegel vorgeschoben werden (8).

— Die Verbotsdrohungen und Kriminalisierungsmaßnahmen gegenüber der neuen „kommunistischen Bewegung", die Angriffe auf die Organisations- und Demonstrationsfreiheit spitzten sich nach der Wahl erheblich zu. Zu nennen ist u.a.:

— die Besetzung mehrerer Büros der „KPD" durch Polizei im Mai 73;

— die Verbotskampagne gegen den KSV, Studentenorganisation der „KPD", im Dezember 73;

— das generelle Demonstrationsverbot gegen die KPD/ML und die „KPD" in NRW, das anläßlich des Breschnew-Besuchs 73 und zum 1. Mai 73 brutal gegen die KPD/ML und die „KPD" in NRW, das anläßlich des Breschnew-Besuchs 73 und zum 1. Mai 73 brutal durchgesetzt wurde;

— die Einschränkung des Demonstrationsrechts in Frankfurt 73 anläßlich der Auseinanersetzungen bei der Räumung besetzter Häuser am Kettenhofweg;

— das Verbot einer Demonstration von KBW und „KPD" gegen den Schah wegen angeblicher Gefährdung der außenpolitischen Belange der BRD;

— die Kriminalisierung der Presse linker Organisationen, vor allem der „KPD" und des KBW, durch empfindliche Geldstrafen in Beleidigungs-, Verleumdungs- und Staats-Verunglimpfungsverfahren, später auch mehr als einjährige Knaststrafen ohne Bewährung für presserechtlich Verantwortliche dieser Organisationen. Behinderung des Straßenverkaufs linker Publikationen nach Paragrafen des Wegegesetzes, der Gewerbeordnung usw. Im Prinzip waren alle linken Organisationen von diesen Maßnahmen betroffen, so auch der KB (9). Im Konkreten aber wurde, im Interesse der Spaltung differenziert. Die DKP blieb von Gewerkschaftsausschlüssen, Pressebehinderungen, Demonstrationsverboten u.ä. weitgehend verschont, war dafür hauptsächlich Objekt der Berufsverbotsverfahren. Am härtesten traf es „KPD", KPD/ML und KBW, die mit Verboten, Verfahren und konkreten Behinderungen eingedeckt wurden.

— Obwohl durch die Verhaftung des „harten Kerns" im Juni 72 vernichtend getroffen, wurde die RAF weiter als „Staatsfeind Nr. 1" aufgepumpt, um mit der durch sie angeblich bedrohten „Inneren Sicherheit" die Aufrüstung des Staatsapparats zu legitimieren. Faktisch beschränkten sich die Aktivitäten der RAF 1973 auf die Durchführung des 1. und des 2. Hungerstreiks für die Aufhebung der Isolationshaft und Gleichstellung mit anderen Gefangenen. Am ersten Streik beteiligten sich 40, am zweiten 80 Gefangene. Im September 1974 begann ein 3. Hungerstreik, an dessen Ende Holger Meins am 9.1.74 durch Verschulden der Justizvollzugsbehörden zu Tode kam. Nach der mißglückten Entführung des Richters Drenkmann, der stattdessen erschossen wurde, demonstrierte erst die Entführung des Westberliner Spitzen-Kandidaten der CDU, Peter Lorenz im März 1975, daß in und um die RAF herum eine zweite Generation von Aktivisten nachgewachsen war.

Dem „Programm Innere Sicherheit", Teil I, folgte Teil II mit weiteren Ausbau- und Zentralisierungsmaßnahmen von BKA und Länderpolizeien, BGS, VS, sowie insbesondere der Schaffung eines Systems von verdeckt arbeitenden polizeilichen Sonderfahndungs-Kommandos. 1975 analysierte der KB diese Entwicklung als Herausbildung einer Neuen GeStaPo (10). Nicht minder schwerwiegend

war die Erweiterung polizeilicher Befugnisse durch die im „Programm Innere Sicherheit" 1975 endgültig beschlossene Neufassung der Bundes- und Länderpolizeigesetze. Die Polizei wurde auf MGs und anderes schweres Gerät umgerüstet. Der sog. finale Todesschuß wurde legitimiert, der Polizei über die Strafverfolgung hinaus neue Kompetenzen der allgemeinen Kontrolle und Vorbeugung zugesprochen. Dies alles ging einher mit einer sich überschlagenden Anzahl von gezielt und im Zuge der Legitimation fahrlässig erschossenen oder erschlagenen Opfern polizeilicher Fahndung.

Parallel dazu wurden Veränderungen der Strafprozeßordnung vorgenommen. Die sog. Lex-Baader-Meinhof Ende 1974 schränkte wesentlich die Rechte der Verteidigung ein, legitimierte die Verschärfung der Untersuchungshaft. Die Diffamierung linker Anwälte als „Terroristenhelfer", die Behinderung von Anwaltsbesuchen im Knast, die Durchsuchung von Anwaltskanzleien, Ehrengerichtsverfahren und Strafverfahren gaben die begleitende Praxis dazu ab. Weitere „Anti-Terror-Pakete" folgten.

Ich will diese Skizze hier beenden, soweit sie die Regierungspolitik betrifft.

Und wieder Strauß & Co

Bleiben als zweite Seite der Medaille noch die Formierungsbemühungen und politischen Kampagnen der Rechten von CDU/CSU bis hin zu einem sich neu entwickelnden militanten Neo-Nazismus rechts von der NPD. Sie wollten sich mit dem Wahlergebnis von 1972 nicht abfinden. Abgesehen davon, daß sie der SPD/FDP-Regierung durch ihren Druck die Legitimation für deren Rechtsruck lieferten, mobilisierten sie selbst auf ein erfolgreiches Comeback bei der Wahl 1976.

Nach der Wahl '72 bemühte sich die CDU/CSU erst einmal mit der Ablösung Barzels durch Kohl als neuem Parteivorsitzenden ihr angeschlagenes Image wieder zu polieren, insbesondere die im Zusammenhang mit der Wahl aufgeflogenen Bestechungsaffären des versuchten „Abgeordnetenkaufs" vergessen zu machen. Der biedermannsche Kohl-Kurs geriet allerdings sehr schnell in Polarität mit der von Strauß forcierten Sammlungsbewegung für eine „4.Partei" rechts von der CDU. Entsprechende Bestrebungen wurden schon bald nach der Wahl sichtbar, nachdem sich die Rechte zu einem neuen Anlauf aufzurappeln begann. Ab Mitte '74 wurde offen davon geredet. Im Oktober '75 wurde dann im Vorfeld der Wahlen die „Aktionsgemeinschaft 4. Partei" gegründet.

Mit seiner berüchtigten „Sonthofener Rede" vom November '74 gab Strauß für seine Parteigänger eine knallharte Konfrontationslinie aus: die Krise zur Staatskrise verschärfen, die SPD mit den angeblich „sozialistischen Experimenten" ihrer Regierungspolitik dafür verantwortlich machen, sich selbst als „starker Mann" anbieten, der das entstandene und drohende Chaos beseitigt und po-

schon bald nach der Wahl sichtbar, nachdem sich die Rechte zu einem neuen Anlauf aufzurappeln begann. Ab Mitte '74 wurde offen davon geredet. Im Oktober '75 wurde dann im Vorfeld der Wahlen die „Aktionsgemeinschaft 4. Partei" gegründet.

Mit seiner berüchtigten „Sonthofener Rede" vom November '74 gab Strauß für seine Parteigänger eine knallharte Konfrontationslinie aus: die Krise zur Staatskrise verschärfen, die SPD mit den angeblich „sozialistischen Experimenten" ihrer Regierungspolitik dafür verantwortlich machen, sich selbst als „starker Mann" anbieten, der das entstandene und drohende Chaos beseitigt und po-

litisch dabei mit der Linken so aufräumt, *„daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können. Aber den Eindruck müssen wir verkörpern."* (11)

So wie die Vorstellung der „4. Partei" am lebenden Vorbild der italienischen MSI anknüpfte, so verstanden — ebenfalls nach italienischem Muster — militante Rechte die Strauß-Rede ganz richtig als Aufforderung zum Handeln: Nur einen Monat nach der Rede detonierte in einem Schließfach des Bremer Hauptbahnhofs die erste Bombe. Es gab fünf Verletzte. Im September folgte ein zweiter Bombenanschlag derselben Machart auf dem Hamburger Hauptbahnhof, 13 Personen wurden verletzt. Im Oktober wurde eine Bombe in einem Schließfach des Nürnberger Hbf entdeckt. In einem Kölner Bahnhofsschließfach explodierte im November eine weitere Bombe. Die RAF und andere Gruppen distanzierten sich in allen Fällen. Verantwortliche wurden — selbstverständlich — nicht gefunden.

Linke gespalten ...

Die Linke begegnete der Einschränkung demokratischer Freiheiten, der staatlichen Repression und Aufrüstung, der differenzierenden Spaltungspolitik der SPD in der Verfolgung von terroristischen Gruppen sowie der von Strauß & Co ausgehenden Konfrontationsdrohung uneinheitlich. Eine gemeinsame Abwehrfront kam in den ersten Jahren nach '72 nicht zustande. Den Gewerkschaften gelang — im Verein mit den Polizeieinsätzen, Rausschmissen aus den Betrieben und auf Grundlage ihrer „Extremistenbeschlüsse" — die Disziplinierung der „Wilden Streiks" und „Säuberung" der gewerkschjaftlichen Basis von Vertretern der „Neuen Linken". Die Jusos und die übrige Parteilinke ließen sich widerspruchslos an die Leine legen. Die DKP versuchte sich mit ihrer „These 41" und dem wiederholten Beweis ihrer Grundgesetztreue ins Trockene zu bringen. Die von den Verfolgungsmaßnahmen am meisten direkt betroffenen Gruppen der „ML"-Bewegung wie die „KPD", KPD/ML, der KBW versuchten gar nicht erst eine Aktionseinheit gegen die Verbotsdrohungen zustandezubringen, sondern veranstalteten im eigenen Kreis mit 15.000 Menschen eine „zentrale" Demonstration in Bonn. Die RAF hatte sich bereits mit ihren '72er Aktionen von der übrigen Linken isoliert. Sie versuchte erfolglos ihre Isolation aus der Haft heraus mit den Hungerstreiks zu durchbrechen. Die politische Lage der Linken zu dieser Zeit (bis hinein in die SPD) war durch „Unvereinbarkeitsbeschlüsse", sektiererische Abgrenzungsmanie und — soweit es den Terrorismus betraf — politischer Distanzierung unterschiedlicher Grade, statt durch den Aufbau einer gemeinsamen Abwehrfront gegen diese Entwicklung bestimmt.

Die Spaltung fand in der theoretischen Zerstrittenheit um zentrale Fragen der Strategieund Taktik ihre traurige Entsprechung.

— Der KB verstand die Niederlage der revolutionären Kräfte in Chile als *„erneute Bestätigung"* alter Erfahrungen, *„daß die Arbeiterklasse sich nämlich nur auf dem Wege einer gewaltsamen Revolution befreien kann;"* als Signal, wozu der Imperialismus — auch in Westeuropa — heute bereit ist. Der KBW interpretierte die Niederlage zu einer neuen „Offensive" der Volkskämpfe in Chile um. Die DKP begriff den Putsch als Bestätigung für die Notwendigkeit eines „historischen Kompromisses". Mit der Warnung vor dem chilenischen Beispiel und mit einer kämpferischen Chile-Kampagne stand der KB schließlich unter den „Organisierten" allein da. (12)

— Die Entwicklung der „Neuen Ostpolitik", die Aufnahme der „KSZE"-Verhandlungen u.ä. wurde von der DKP weiterhin kräftig als Beweis der „Entspannung" verherrlicht. Der KB sah dagegen seine Erwartungen bestätigt. Im AK hieß es: *„Der Imperialismus wittert seine Chance ... um die Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der Sowjetunion zu forcieren."* (13) Gruppen wie die „KPD", KPD/ML, tendenziell auch der KBW verstiegen sich zur Theorie der zwei „Supermächte" — von denen die SU sogar noch die gefährlichere sei. In Fortsetzung der chinesischen „3 Welten-Theorie" bildete sich die Linie der linken „Vaterlandsverteidiger" heraus, die für ein starkes West-Europa unter Führung der BRD im Interesse der Auflösung der Blockkonstellation der „Supermächte" eintra-

weis der „Entspannung" verherrlicht. Der KB sah dagegen seine Erwartungen bestätigt. Im AK hieß es: „Der Imperialismus wittert seine Chance ... um die Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der Sowjetunion zu forcieren." (13) Gruppen wie die „KPD", KPD/ML, tendenziell auch der KBW verstiegen sich zur Theorie der zwei „Supermächte" — von denen die SU sogar noch die gefährlichere sei. In Fortsetzung der chinesischen „3 Welten-Theorie" bildete sich die Linie der linken „Vaterlandsverteidiger" heraus, die für ein starkes West-Europa unter Führung der BRD im Interesse der Auflösung der Blockkonstellation der „Supermächte" eintra-

ten. Für den KB entwickelte sich gewissermaßen ein Zwei-Fronten-Krieg gegen die „Entspannungs"-Verherrlichung der DKP und Co zum einen und gegen die entstehende Linie der linken „Vaterlandsverteidiger" zum anderen. (14)

— Die Entwicklung der VR-China wurde ebenfalls Gegenstand von Auseinandersetzungen. Der KB charakterisierte die Entwicklung unter Überschriften wie „Strauß in China: Zum Kotzen" oder „Rechtsputsch in der VR China" und mühte sich um kritische Aufarbeitung der Ereignisse. Der Großteil der übrigen „maoistischen" Linken wurde dagegen zum Nachbeter aller Windungen und Wendungen der neuen chinesischen Innen- und Außenpolitik.

— Eine langwierige Auseinandersetzung wurde (immer wieder) anläßlich der Verbotsdrohungen gegen „KPD", KPD/ML u.a. um die Notwendigkeit der Aktionseinheit und die Chancen der kommunistischen Bewegung ein solches evtl. Verbot zu überstehen geführt. Der KB wandte sich gegen sinnlose Stellvertreter-Aktionen der betroffenen Linken, die an den in dieser Frage relativ desinteressierten „Massen" vorbeiginge. „KPD", KPD/ML usw. argumentierten mit der „revolutionären Avantgarde", die nur ein Zeichen zu setzen brauche, um die „Massen" in Bewegung zu setzen. Dahinter stand die unterschiedliche Einschätzung des Standes der Klassenkämpfe, die in der schon zitierten Auseinandersetzung gipfelte, ob die Arbeiterklasse oder die Bourgeoisie gegenwärtig in der Offensive, bzw. Defensive sei. (15)

„Akute" Gefahr

Vor diesem Hintergrund betonte der KB in den Jahren 73/74 zunächst in wachsendem Maße die *„akute"* Gefahr des Faschismus (16), die *„aktuellen Aufgaben"* des Kampfes dagegen (17) stellte die *„Vorbereitung der Arbeiterklasse gerade auf diesen Weg der Entwicklung"* als *„zentrale Aufgabe der Kommunisten — unabhängig von taktischen Wendungen, die der Klassenkampf fordert ..."* heraus. (18) Mit Blick auf die Verbotsdrohungen '73 hieß es: zwar gehe der KB nicht davon aus, *„daß eine faschistische Zerschlagung der Arbeiterbewegung oder auch nur die totale Unterdrückung der Kommunisten u n m i t t e l b a r"* bevorstehe. Dennoch *„wäre es höchst gefährlich, sich in einen falschen Sicherheit zu wiegen."* Die Maßnahmen könnten *„v o n h e u t e a u f m o r g e n"* (gesperrt im Original — F.) kommen. (19) In der *„Erklärung des KB ‚Gegen die Kommunistenjagd'"* war die Rede von *„inzwischen ‚gleichgeschalteter'"* bürgerlicher Presse, und zwar *„(bis hin zur linksliberalen konkret)"*. Diese Berichterstattung demonstriere *„einen deutlichen Sieg der faschistoiden Hetze der Bourgeoisie"* und ihr *„Zusammenrücken"* eine *„stärkere Frontstellung dieser Kräfte gegen aufkeimende neue Elemente der Arbeiterbewegung in der BRD."* Die wirtschaftliche Entwicklung steuere international auf eine Krise zu. Das führe *„zwangsläufig ... zu immer breiteren Protestbewegungen ..."* die die Bourgeoisie *„schon heute ... auszuschalten"* versuche.

Bei aller Erwartung aktueller Zuspitzungen war die langfristige Einschätzung des KB zu der Zeit doch von klaren Hoffnungen auf die Entwicklung des revolutionären Proletariats getragen: So hieß es denn in derselben Erklärung: *„Längerfristig jedoch steht heute für die Kommunisten in der BRD die Situation günstiger als 1956 beim KPD-Verbot."* Die KPD sei *„mit einer abfallenden Linie der Klassenkämpfe konfrontiert"* gewesen. *„Heute dagegen ist eine Entwicklung sichtbar, die auf eine z.T. rosche Verschärfung aller gesellschftlichen Widersprüche und damit auf eine ansteigende Linie in der Entwicklung der Klassenkämpfe hinweist."* (20)

„Beschleunigte Faschisierung"

Angesichts des bevorstehenden Kanzlerwechsels von Brandt auf Schmidt modifizierte der KB seine Einschätzung in der „Mai-Plattform '74". Aus der *„schrittweisen Faschisierung"* wurde die *„beschleunigte Faschisierung und Militarisierung"*. Unter dieser Parole wurde in der „Mai-Plattform '74 mobilisiert. *„Der 1. Mai steht nicht im Zeichen von ‚Sozialpartnerschaft' und internationaler Entspannung, sondern sich weiter verschärfenden Widersprüchen und Klassenkämpfen"*, hieß es in der Plattform. Das bedeute: *„Verschärfung der Konkurrenz"*, *„Vormarsch der Befrei-*

Faschisierung"

Angesichts des bevorstehenden Kanzlerwechsels von Brandt auf Schmidt modifizierte der KB seine Einschätzung in der „Mai-Plattform '74". Aus der „schrittweisen Faschisierung" wurde die „beschleunigte Faschisierung und Militarisierung". Unter dieser Parole wurde in der „Mai-Plattform '74 mobilisiert. „Der 1. Mai steht nicht im Zeichen von ‚Sozialpartnerschaft' und internationaler Entspannung, sondern sich weiter verschärfenden Widersprüchen und Klassenkämpfen", hieß es in der Plattform. Das bedeute: „Verschärfung der Konkurrenz", „Vormarsch der Befrei-

ungsbewegungen". Das Beispiel Chile zeige *„erneut die tatsächliche Schärfe der Widersprüche in der Welt und die Entschlossenheit des Imperialismus, jede nationale und soziale Befreiungsbewegung mit brutaler Gewalt zu unterdrücken."* Besonders ernst sei die *„Gefahr eines imperialistischen Überfalls auf das sozialistische China"*, Aggressionsabsichten der SU, *„aber auch"* der USA. Der *„imperialistische Konkurrenzkampf um die Neuverteilung"* schlage sich für die Werktätigen der imperialistischen Länder in *„verstärkter wirtschaftlicher Auspressung und Verelendung, in einem Angriff auf die demokratischen Rechte ... und im Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats"* nieder — und zwar in allen imperialistischen Ländern, *„wenn auch unterschiedlich weit fortgeschritten."* *„Auch in den imperialistischen Ländern selbst"* seien die Kapitalisten mit *„verstärktem Widerstand konfrontiert"*, der allerdings *„noch nicht"* unter der Führung revolutionärer Parteien stehe. Nach einer Aufzählung der von der SPD durchgeführten Maßnahmen lautet das „Facit": Die SPD hat das Vertrauen verloren. Die Rechtsentwicklung schreitet voran: *„Die Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft wurden im letzten Jahr verstärkt vorangetrieben."* (21) Im regulären Mai-AK '74 begründete der KB unter der Überschrift *„Vormarsch der CDU — die SPD schlägt nach links"* die Modifizierung im Vorgriff auf den Kanzlerwechsel gründlicher: *„Die Bourgeoisie hatte der SPD vor allem zwei Aufgaben übertragen: Außenpolitisch mit der ‚neuen Ostpolitik' jene Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der Entwicklung von umfassenden Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des RGW, vor allem der Sowjetunion, im Wege standen. Dies konnte die SPD sicher besser als die berüchtigten ‚Kalten Krieger' der CDU/CSU. Zugleich ergab sich daraus die Möglichkeit des Spiels mit verteilten Rollen ... Innenpolitisch hatte die SPD die Aufgabe, die ersten Schritte zur Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft durchzuführen (angefangen bei der Zustimmung zu den ‚Notstandsgesetzen' 1968) und dabei durch ‚Reform'versprechungen die demokratische Bewegung zu lähmen, die sich — wovon die Massenbewegung gegen das CDU-Mißtrauensvotum ein Beispiel war — zweifellos breit entwickelt hätte, wenn diese Maßnahmen von der CDU/CSU hätten durchgeführt werden müssen. Inzwischen hat die SPD ihre Aufgabe weitgehend ausgespielt: In der nächsten Phase (spätesens nach den Bundestagswahlen 1976, falls nicht gar schon früher eine CDU/CSU/FDP-Koalition zustandekommt oder Neuwahlen durchgeführt werden sollen) soll es von der CDU/CSU übernommen werden, schärfere Einschränkungen der Organisationsfreiheit usw. auf dem von der SPD gebahnten Weg durchzusetzen. Damit soll sich zugleich der Charakter der Faschisierung ändern: von gezielten Schlägen gegen die kommunistischen Organisationen und kleinen Gruppen linker Gewerkschafter zu Schlägen, die unmittelbar die Arbeiterklasse insgesamt treffen (z.B. Einschränkung des Streikrechts) ... Die CDU/CSU verlangt klar eine wesentlich beschleunigte Gangart der Faschisierung und Militarisierung."* In diesem Zusammenhang wies der „Arbeiterkampf" auch auf das Konzept der „4. Partei" hin, das bei der von der CDU/CSU gewollten Faschisierung *„zwei Vorteile"* verspreche: *„1. Ein differenziertes und variantenreicheres Spiel mit verteilten Rollen im Rahmen der bürgerlichen Parteien und 2. eine Stärkung rechter Positionen im Zusammenhang der jetzigen CDU/CSU."* Bezogen auf das Zweiparteiensystem wurde erklärt: *„Hier sind Brüche unvermeidlich."* (22)

Nach dem Antritt Schmidts im Mai '74 hieß es dann: *„Mit Helmut Schmidt, der nicht zufällig mit dem Arbeiterschlächter Noske (Einer muß den Bluthund machen) verglichen wird, hat das Kapital einen Mann an die Stelle Brandts gesetzt, der für eine schärfere Gangart der Faschisierung einstehen soll ..."* Schmidt sei ein *„Kanzler des Übergangs zwischen dem zum gütigen, aber allzuweichen ‚Gottvater über den Wolken' stilisierten Brandt und den auf Abruf bereitstehenden Rechtsaußen von der CDU/CSU — Strauß, Dregger, Carstens, Kohl und Biedenkopf. Ob diesem Übergangskanzler mehr als nur ein paar Monate beschieden sein werden, ist ungewiß. Die Möglichkeiten von Neuwahlen sind sichtbar."* An dem Schmidt-Antritt zeige sich die *„Verschärfung und Zuspitzung aller gesellschaftlichen Widersprüche"* in der BRD, aber auch global. Der Staat sei in *„ständiger Regierungskrise ... als Dauereinrichtung. Nicht unregierbar allerdings werden heute schon die bürgerlichen Staaten, wie manch Berufsoptimist voreilig verkünden mag, aber doch s c h w e r e r regierbar ..."* Es folgte der Aufruf *„den sich verschärfenden Klassenkämpfen eine revolutionäre, nicht reformistische und erst recht nicht reaktionäre Alternative zu öffnen — dafür gilt es angesichts des beschleunigten Tempos der Faschisierung verstärkt zu kämpfen."* (23)

„1. Mai — Saigon ist frei!"

Der 1. Mai 75 stand unter dem Zeichen des Sieges der vietnamesischen Revolution, sowie der Befreiung Griechenlands und Portugals vom Faschismus. Das Franco-Regime wankte. In Italien schien die Regierungsbeteiligung der PCI in greifbare Nähe zu rücken. Andererseits kämpfte die chilenische Linke um ihr Überleben, rüstete der US-Imperialismus trotz, bzw. gerade wegen seiner Niederlage in Vietnam durch Umgruppierung seiner Bündnissysteme im asiatischen Raum, durch Forcierung der europäischen NATO-Aufrüstung usw. zu neuen Abenteuern (24). Schmidt hielt den Kurs namens der BRD voll mit. Das innenpolitische Klima verschärfte sich erheblich: auf der einen Seite das Neuaufflammen terroristischer Aktivitäten der RAF und anderer neuer Gruppen wie „2. Juni" und „Revolutionäre Zellen", die Lorenz-Entführung im März, die Besetzung der Stockholmer Botschaft im April, die beide die Befreiung der politischen Gefangenen der RAF, bzw. des „2. Juni" zum Ziel hatten; auf der anderen Seite die u.a. auch an diesen Aktionen gesteigerte antiterroristische Kampagne der BRD-Staatsorgane: Die Lorenz-Entführung wurde u.a. zum Anlaß vandalistischer Großfahndungen vor allem in Westberlin, in denen sich die Polizei hemmungslos an der ihr verhaßten „Szene" austobte. Die Botschaftsbesetzung gab westdeutschen „Experten" Gelegenheit, internationale „Kooperation" zu proben.



„Der Hafenarbeiter" 3/75

Im Mai wurde in Stammheim der Schauprozeß gegen den „harten Kern" der RAF eröffnet. Ebenfalls im Mai diskutierte der Bundestag erneut über ein „Antiterror-Paket" u.a. Vorschläge der CDU/CSU zum „Schutz des Gemeinschaftsfriedens", die weitere Einschränkung der Demonstrations-,

Versammlungs- und Organisationsfreiheit betreffend. Im Juni wurden die Anwälte Croissant und Ströbele verhaftet. Gegen Ende des Jahres zogen die Staatsanwaltschaften eine bundesweite Aktion gegen Buchläden, Verlage, Druckereien und WGs wegen des Vertriebs des Buches des im Untergrund verborgenen RAF-Aussteigers Bommi Baumann nach § 131 (Verherrlichung von Gewalt) durch. Die Verabschiedung des berüchtigten ,,Maulkorbparagraphen'' 88a wurde vorbereitet ...

Die Rechte verschärfte die in Sonthofen ausgegebene Konfrontationslinie. Sie diffamierte selbst SPD-Mitglieder als Helfershelfer von Terroristen usw. Von den Bombenprovokationen sprach ich schon weiter vorn.

Es kann kaum verwundern, daß der KB sich in seiner Einschätzung noch weiter bestätigt sah — wenn auch diesmal mit leicht euphorischem Einschlag. So hieß es in der unvermeidlichen ,,Mai-Plattform 75'' u.a.: ,,*Die Zeiten haben sich geändert: nicht nur in Indochina ... stößt der Imperialismus weltweit immer mehr auf seine Schranken und wird zurückgeworfen, setzt sich die Tendenz zur nationalen Befreiung und sozialistischer Revolution durch. Über Niederlagen und Rückschläge hinweg gehen die Völker einer Welt der Freiheit des Friedens und des Sozialismus entgegen.*'' Auch in Europa könne der Imperialismus ,,*die Zeit nicht aufhalten.*'' Erwähnt werden die Entwicklungen in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien. Aber ,,*mit dieser Entwicklung wollen sich die Imperialisten nicht abfinden*''. Sie ,,*wehren sich bis zum Äußersten gegen ihren unvermeidlichen Untergang. Je mehr die Imperialisten weltweit auf den Kampf der Völker für Freiheit und Sozialismus stoßen, je mehr sich ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärfen, je mehr sie auch im ,,eigenen'' Land mit Klassenkämpfen konfrontiert sind, verschärft sich die Gefahr militärischer Abenteuer der Imperialisten und eines neuen weltweiten imperialistischen Krieges.*''

Die Bilanz auch dieses Jahres: ,,*Die Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft ist im letzten Jahr weiter vorangeschritten.*''

Besonders registriert wurde über die Aufzählung der schon bekannten Fakten hinaus, ,,*die vom Staat bewußt vorangetriebene und voll gedeckte Faschisierung der Polizei, die die Fesseln des bürgerlichen ,Rechtsstaats' immer offener abstreif(e)*'' eine ,,*deutlichere faschistoide Formierung um Strauß, Dregger & Co*'' und eine ,,*Kampagne des Chauvinismus und des Rassismus*'' gegen die Völker der ,,3. Welt'', im Zuge der ,,Öl-Krise'', während der die Imperialisten den arabischen Staaten mit offener Invasion drohten.

Alles in allem habe sich die ,,*krisenhafte Entwicklung des Imperialismus selbst im zurückliegenden Jahr enorm beschleunigt.*'' Das kapitalistische Wirtschaftssystem sei ,,*immer weniger in der Lage, seine Versprechen auf wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit einzulösen ...*''

,,*Immer deutlicher*'' zeige sich daher auch die ,,*Notwendigkeit eines breiten organisierten Widerstands gegen Krisenpolitik, Faschisierung und Kriegsgefahr.*'' Aber die ,,*Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Linken bleibe hinter den objektiven Erfordernissen zurück, die sich vor allem aus der beschleunigten Entwicklung der imperialistischen Kriegs- und Bürgerkriegsvorbereitungen ergeben ...*'' Der revolutionären Linken sei es ,,*bisher nicht gelungen, dagegen Widerstandsbewegungen über die eigenen Reihen hinaus zu entwickeln.*''

Nichtsdestoweniger wurde dieser 1. Mai das rauschendste Fest, das die Linke seit langem — und auch seitdem — gefeiert hat, erreichte die revolutionäre Euphorie und internationalistische Solidarität Spitzenwerte, von denen mancher ,,alte Kämpfer'', manche ,,alte Kämpferin'' noch heute zehrt. Insbesondere für den KB war das Jahr 75 das der großen Solidaritäts-Kampagnen für Chile, für Portugal u.a.m., die sein politisches Ansehen sowie seinen politischen Einfluß erheblich vertieften. Es kennzeichnet die gesamte Situation, daß selbst der im Vergleich zu anderen linken Gruppen eher skeptische und gerade in solchen Dingen zurückhaltende KB Anfang 1976 auf einem Kongreß der revolutionären protugiesischen Gruppe MES zum Aufbau einer revolutionären Internationale als ,,ganz konkrete und aktuelle Aufgabe der revolutionären und kommunistischen Organisationen'' aufrief (25).

1975 war im übrigen auch das Entstehungsjahr der Antifa-Kommission des KB, die ihre Aktivitäten mit Enthüllungen über die Formierung der Rechten, insbesondere der Sammlungsbewegungen für die ,,4. Partei'' und beginnende Neo-nazistische Umtriebe, sowie über die ,,Faschisierung des Staatsapparats'' (,,Neue GeStaPo'', Legalisierung des Todesschusses, staatliche Deckung für Alt- und Neo-Nazis) begann. Obwohl noch zaghaft, begannen sich auch auf diesem Sektor gegen Ende 75 erst über den KB, ja Anfang 76 selbst die engere ,,ML''-Linke hinausgehende Ansätze zu antifaschistischen Aktionseinheiten herauszubilden.

,,Freiheit statt Sozialismus'' gescheitert — was soll das bedeuten?

Das Wahljahr '76 brachte entscheidende Veränderungen in die politische Landschaft — die in der Folge auch zu ersten Auseinandersetzungen um die richtige ,,Auslegung'' der ,,Thesen'' innerhalb des KB führten: Zum einen scheiterte der 2. Anlauf der Rechten, an die Macht zurückzukommen. Zum zweiten: der 1. ;,,Anti-Repressionskongreß'' in Frankfurt unter Beteiligung von 20.000 Menschen, der auf Initiative des linkssozialdemokratischen ,,Sozialistischen Büros'' zustandekam, die Forderung nach einem RUSSEL-Tribunal Ende '76 und die erste Massendemonstration in Brokdorf am 30.10., an der sich 30.000 Menschen trotz erwarteter brutaler Polizeieinsätze beteiligten, signalisierten den Beginn sich entwickelnder Massenkämpfe auf neuem Niveau.

Andere Ereignisse dieses Jahres, wenn auch wichtig, ordnen sich von heut aus gesehen diesen Hauptlinien unter: so die von Protesten der Frauenbewegung begleitete 2. Lesung zur Reform des § 218 und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Polizeiüberfälle auf Bremer Frauenzentren, so der angebliche Selbstmord von Ulrike Meinhof, der eine weitere Eskalation des staatlichen Vernichtungswillens gegen die übrigen politischen Gefangenen und der Terroristen-Hetze außerhalb der Knäste befürchten ließ, so die Massenausschlüsse aus der GEW, so Schmidt's Auftritt als ,,Zuchtmeister Europas'', der die EG-,,Partner'' der BRD Italien, England mit der ökonomischen Potenz der BRD zu erpressen suchte, so schließlich der ,,Rechtsputsch in der VR China'', der insbesondere die ,,ML''Linke verwirrte.

Kommen wir zu den Hauptlinien zurück: Nachdem er reichlich Druck erzeugt hatte, ließ Strauß das Konzept der ,,4. Partei'', das ja die Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU bedrohte, fallen. Im Gegenzug mußte Kohl unter dem von Strauß diktierten Motto ,,Freiheit statt Sozialismus'' entlang der taktischen Linie der ,,Sonthofener Rede'' antreten.

Die SPD kokettierte einerseits mit dem Sozialismus-Vorwurf, begnügte sich andererseits damit, darauf hinzuweisen, daß die CDU/CSU nicht das ,,Monopol'' auf Freiheit habe ... Im Unterschied zu 1972 wurde dieser Wahlkampf nicht von unterschiedlichen Programmen bestimmt. Die CDU/CSU hatte zur Krisenbewältigung im konkreten nichts anderes anzubieten als die SPD/FDP-Regierung und wollte es ja ausdrücklich auch nicht. Aber auch die ideologische Konfrontation im Sinne des Strauß-Mottos schlug nicht durch, Praktisch lief der Wahlkampf nur auf der Ebene, daß sich die SPD/FDP-Koalition gegenüber der CDU/CSU als das ,,kleinere Übel'' in Empfehlung brachte.

Der KB rief angesichts dieser Situation zur Stimmenthaltung, gegebenenfalls zur ,,*linken Protestwahl*'' auf. ,,*Weder CDU/CSU, noch SPD-Regierung vertreten die Interessen des Volkes*'', war im AK zu lesen. ,,*Die SPD heute zu unterstützen, ,wie ein Strick den Gehängten unterstützt', damit sich die Regierung noch weiter entlarvt, scheint uns nach den vorangegangenen vier Jahren Regierungspolitik keine glaubwürdige Taktik mehr zu sein. Heute muß vielmehr im Vordergrund stehen, umfassend die Regierungspolitik der SPD in den vergangenen Jahren ins Bewußtsein zu rücken, die Rolle der SPD als Wegbereiter der Faschisierung aufzuzeigen und so stark wie heute möglich den Protest dagegen auf Wahlebene zu organisieren.*'' (26)

Eine entsprechende Broschürenproduktion in Auflagen zwischen 4 und 6.000 war die Folge: im Oktober ,,*Kampf dem Antikommunismus — 1956-75 — 20 Jahre KPD-Verbot*'', so ,,*Modell Deutschland — Berufsverbote*'', so ,,*SPD — das ,kleinere Übel', das zu immer größeren Übeln führt.*''

Die CDU/CSU und die Sammlungsbestrebungen der Rechten wurden entsprechend aufs Korn genommen. Im September erschien die Broschüre ,,*Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion*'', Auflage ebenfalls 6.000. Darin wurde der Widerspruch zwischen der von Strauß





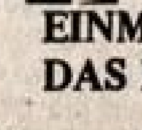
DEN FASCHISTEN KEINEN FUSSBREIT!











Handfeste Agitation

diktierten Wahlkampflinie, die ,,*selbst dem Wortlaut nach an die Propaganda der reaktionären Parteien der Weimarer Republik sowie an ihre eigene unter Adenauer betriebene kalte Kriegspolitik*'' anknüpfe und der konkreten Wahlkampfführung die ,,*anders als 1972 — bisher weitgehend auf die totale Konfrontation ,verzichtet'* '' dargestellt und als Schlußfolgerung daraus formuliert: ,,*Ein evtl. Wahlsieg dieser Partei bedeute(t) aber alles andere als das Hereinbrechen einer Ära deutscher Spießer-Gemütlichkeit.*'' Das ,,*Kohlsche Biedermanngesicht*'' sei nichts anderes als die ,,*aktuelle Maske*'' dieser Partei. Sie sei schon immer die Hauptstütze des Kapitals gewesen, die die demokratischen Hoffnungen nach '45 zerschlagen und die alten Faschisten rehabilitiert habe, deren Linie Strauß bereits 1966 mit seinem ,,Entwurf für Europa'' vorgegeben und durch seine ,,Sonthofener Rede'' aktualisiert habe. Darum komme es jetzt darauf an, ,,*die durch und durch menschenfeindliche Politik hinter der demokratischen Maske zu entlarven und ihr die einzig mögliche Alternative entgegenzusetzen: Sozialismus statt Barbarei!*''

Zur Bekräftigung wurde die Parole ,,Schlagt die CDU, wo ihr sie trefft ausgegeben; ein Zitat von Hitler, in dem er von der Notwendigkeit der demokratischen Verstellung spricht, wurde zur Illustration beigefügt. Im übrigen bedeutete ,,Entlarvung'' in der Broschüre folgerichtig, die CDU/CSU vor allem mit Sprüchen der NPD und auch mit Hitler zu vergleichen.

Unbeschadet der heutigen Beurteilung dieser ,,Entlarvungsstrategie'' bleibt festzuhalten, daß die CDU/CSU auf Programm- und Propaganda-Ebene seinerzeit bereits wesentliche NPD-Positionen integriert hatte — was sich im Niedergang der NPD einerseits und der Entstehung einer militanten neo-nazistischen Alternative rechts von der NPD (Neue NSDAP u.ä.) andererseits niederschlug. (27)

Amokläufer F.J. Strauß

Nach der Wahl erlebte die ,,Faschisierungsthese'', insbesondere ihre ,,beschleunigte'' Variante, ihre erste entscheidende Veränderung! In seiner Wahlauswertung, unter der Überschrift ,,*Nach der Wahl: Alles beim Alten!*'' konstatierte der KB eine ,,Stabilisierung'' der SPD trotz Stimmenverlusten bei der SPD um 3,2, bei der FDP um 0,4 und Stimmenzuwachs bei der CDU/CSU um 3,7 Prozent. Dann folgte die — nicht in dem Artikel entwickelte, aber knallhart vorgebrachte Schlußfolgerung: ,,*Das Wahlergebnis zeigt allen, die daran überhaupt Zweifel hatten die ungebrochene Stabilität des bürgerlich parlamentarischen Systems und damit letztenendes des Kapitalismus in der BRD.*'' ,,*Relativ unabhängig vom exakten Wahlergebnis*'' werde die Bourgeoisie ,,*ihren Angriff auf die politischen Rechte und die Lebenslage des Volkes verstärkt fortzusetzen versuchen.*'' (28)

Diese Einschätzung des Parlamentarismus und darüberhinaus des BRD-Kapitalismus selbst stellte gegenüber allen früheren Einschätzungen, die von einer baldigen Zerrüttlung des Imperialismus wie auch seines parlamentarischen Korsetts ausgegangen waren, doch eine erheblich neue Einschätzung dar. Sie wurde ergänzt und vertieft durch entsprechende Hintergrund-Analysen der Zeit wie ,,*Die Nach-Vietnam-Politik des US-Imperialismus*'' (29) die die Bestrebungen für eine neue Offensive des US-Imperialismus nach seiner Niederlage in Vietnam zeigen, wie die Analyse ,,*EG-Imperialismus auf dem Vormarsch*'' (30) die herausarbeitet, daß der BRD-Imperialismus aus der Krise 73/4/5 auf Kosten der übrigen EG-Staaten eher gestärkt hervorgegangen sei.

Einen Monat später hatte Strauß, unzufrieden über den Wahlausgang und aus CDU-Kreisen wegen seiner Konfrontationsstrategie verantwortlich gemacht für das Scheitern des 2. Come-back-Versuches, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU in den sogenannten Kreuther Beschlüssen aufgekündigt. Die Antifa-Kommission des KB schrieb unter dem Titel ,,*Strauß läuft Amok*'', der Wahlausgang habe gezeigt, daß die Strauß-Erwartungen ,,*für dieses Mal noch zu hoch gespannt waren. Die CDU/CSU als Wahlunion ging zwar mit der Parole ,Freiheit statt Sozialismus' los — durchgesetzt hat sich aber die andere Seite, nämlich die Konzentration auf Stimmen der ,bürgerlichen Mitte'* ''. Auch der ,,*Testballon*'' der ,,4. Partei'' sei wieder ,,*kläglich abgestellt*'' worden. Der Beschluß von Kreuth sei ,,*Ausdruck einer Situation der Schwäche, in der sich Strauß und seine Mannen befinden. Für Strauß könnte dieser Putschversuch der letzte seiner Karriere gewesen sein — für die CSU zunächst der Weg ins Abseits.*'' (31)

Es hagelte Kritiken. Ihre Grundtendenz war der Vorwurf einer ,,*leichtfertigen und gefährliche Unterschätzung der Pläne der Bourgeosie.*'' Der Kreuther Schritt von Strauß wurde entgegen dem Artikel der Antifa-Kommisssion als ,,*geschickter Schachzug*'' verstanden, die gestellte Frage polemisch umgekehrt an den AK zurückgegeben: ,,*Läuft die Antifa-Kommission Amok?*''

Es sei ,,*unbestritten*'', heißt es in der Antwort auf die Kritiken, ,,*daß die Bourgeoisie derartige Pläne* (einer ,,4. Partei'' nach Art der MSI — F.) *hat, wie ihre vielfältigen Versuche in den letzten Jahren zeigen. Diese Versuche zeigen aber auch, daß diese Pläne nicht ohne weiteres die erforderliche Resonanz in der Bevölkerung finden .. Eine faschistische Partei in der BRD würde mit Sicherheit über den vorhandenen Protest gegen Berufsverbote, Polizeistaat und (ansatzweise) faschistische Umtriebe hinaus antifaschistische Erinnerungen wecken, während der BRD-Imperialismus noch bestrebt ist, sein ,Modell Deutschland' als demokratisches ,Modell für Europa' zu verkaufen. Dieser heute von der Bourgeoisie vorgezogene ,ruhigere Weg'' ändert dabei überhaupt nichts daran, daß sie* l a n g f r i s t i g *den Aufbau einer faschistischen Partei ins Auge faßt: was hieran deutlich wird, ist die Tatsache, daß F.J.Strauß* a k t u e l l *einfach taktisch unklug vorgegangen ist.*''

Soweit zur rein sachlichen Seite des Problems. dann aber ging die Auseinandersetzung ans lange Eingemachte: ,,*Im Kern geht es darum, daß die Kritiker ein dogmatisches Verständnis vom Begriff des ,vorbeugenden Faschismus' haben, das sie zu einer im Grunde resignativen Haltung im antifaschistischen Kampf führt. So gehen alle Kritiker von einem Plan der Bourgeoisie aus, eine faschistische Massenpartei aufzubauen. Aus dem tatsächlichen Vorhandensein eines solchen Plans schließen sie aber, daß jeder Furz eines prominenten Politikers ein geplanter Schritt auf einem geralinigen Weg dazu sein* m ü s s e. *Die Genossen argumentieren, daß die Bourgeoisie langfristig und umsichtig plant (unbestritten) und daß sie deshalb auch keine Fehler macht*'' . Aus dieser Haltung heraus erkläre sich die Resignation, die letztlich zur Vernachlässigung des antifaschistischen Kampfes führe, statt die Fehler auszunutzen, wie es im Artikel der Antifa-Kommission gefordert worden sei. Von solchen ,,Fehlströmungen'' sei natürlich auch die Arbeit der Antifa-Kommission nicht frei, sie müßten aber entschieden bekämpft werden.

Damit war die eben aufflackernde Diskussion um eine Neubestimmung der ,,Faschisierung'' nach der Wahl zunächst einmal erledigt. Die Positionen blieben unausgetragen.

Zur zweiten Hauptlinie dieses Jahres nur eine knappe Bemerkung: An der Durchführung des ,,Antirepressionskongresses'' beteiligte sich der KB maßgebliich. U.a. hier zeigte die ,,These'' deutlich ihre praktische Relevanz. Der KB konnte — mehr als andere — fundierte Einschätzungen der BRD-Politik, Analysen er innenpolitischen Entwicklung und seine Aktionseinheitsansätze in die Arbeit des Kongresses einbringen — wenn auch in Form z.T. scharfer Auseinandersetzungen. Der KB sah im Zustandekommen des Kongresses eine Bestätigung seiner Einschätzung und Anlaß für die Hoffnung, daß die wesentlich von ihm in den Jahren zuvor immer wieder — und immer wieder nur mit Teil- oder gar keinem Erfolg — geforderte Aktionseinheit nun zustande kommen könne. In seiner ,,Grußadresse'' hieß es u.a.: ,,*Heute registrieren wir in Westdeutschland eine dermaßen rasante Rechtsentwicklung, daß in ganz Europa Demokraten und Antifaschisten immer energischer vor einer neuen faschistischen Gefahr warnen. .. Diese Stimmen aus dem Ausland sind eine wichtige Hilfe, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Dabei werden wir nur weiterkommen, wenn sich alle Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten in gemeinsamen Aktionen zusammenschließen. Voraussetzung dazu ist die Bereitschaft der linken Organisationen zur Aktionseinheit und die Überwindung schädlicher Unvereinbarkeitsbeschlüsse und des immer noch verbreiteten Sektierertums. Vom Anti-Repressionskongreß erhoffen wir uns Initiativen in dieser Richtung ..*'' (32)

Entsprechendes galt für Ende 76 öffentlich werdenden Initiativen für ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD. Zusammen mit der durch die Demonstration in Brokdorf im November sich ankündigenden Entstehung der Anti-AKW-Bewegung waren damit die Weichen für ein heißes Jahr 1977 gestellt.

,,Deutscher Herbst''

Es wurde ein heißer Sommer, der mit einem sehr kalten Herbst und Winter endete. Vieles muß ich als bekannt voraussetzen. Hier nur die notwendigsten Stichworte:

— Die Anti-AKW-Bewegung entfaltet sich: Auf ,,Brokdorf I'' folgt ,,Brokdorf II'', 30.000 durchbrachen das Demonstrationsverbot, im März demonstrieren 10.000 in Whyl; ebenfalls im März rütteln 20.000 am Bauzaun des geplanten AKW Grohnde. Die Demonstration zeichnet sich sich durch besonders gut organisierte Vorbereitung, relativ straffe Durchführung und gezielte Militanz aus. Die CDU fordert erneut das Verbot der ,,K''-Gruppen, festgemacht am KBW. Juni: Großdemonstration in Malville, Frankreich. Die französische Polizei greift brutal an; Ergebnis: ein Toter, viele Schwerverletzte. Während der Schleyer-Entführung: 50.000 demonstrieren in Kalkar trotz bundesweiten massivsten Polizeiterrors. Die Massivität sowie die unkontrollierbaren Willkürmethoden des Polizeieinsatzes hinterlassen in der Linken allerdings als nachhaltiges Trauma den sog. Kalkar-Schock. Diskussionen um gewaltfreie Aktionen kommen auf.

— eine antifaschistische Bewegung entsteht: Proteste gegen die Zusammenrottung einer neuen ,,NSDAP'' um den Nazi-Provokateur Röder und Co; Kampagne gegen die vom Bundestag beabsichtigte Beschlußfassung über die Verjährung von Nazi-Verbrechen. Mai: die erfolgreiche Besetzung des Curio-Hauses in Hamburg zur Verhinderung eines dort angesetzten Nazitreffs unter Führung des DVU-Vorsitzenden Frey gibt ein Signal für vergleichbare Aktionen in anderen Städten, ebenso die in diesem Zusammenhang vom KB begonnene ,,antifaschistische Fahndung'' nach der ,,Hansa-Bande'' und ihren organisierten ,,NSDAP''-Strukturen in der ganzen BRD. Am 17. Juni wird der NPD erstmals ihr Bundestreffen in Frankfurt streitig gemacht. U.a. aus der Empörung über den brutalen Polizei-,,Schutz'' kommt der Impuls für die erste ,,Rock gegen Rechts''-Aktion im folgenden Jahr und den Jahren danach.

— Im Januar wird der ,,Russell-

Diskussion

Initiativ-Ausschuß" gegründet. Er ruft die Linke zur Unterstützung des Tribunals auf. Um die Politik des Initiativausschusses gegenüber der „Unterstützerbasis" gibt es harte Clinche. Motto: sozialdemokratisch orientiertes SB gegen den Rest der (linken) Welt, insonderheit KB. Erste Kritikdurchbrüche im „bürgerlichen Lager": Der Abhör„skandal" gegen den Atomphysiker Traube wird im „Spiegel" aufgedeckt u.ä. KB-Kommissionen und Gruppen haben sich zentral und regional in die Unterstützerszene eingeklinkt und arbeiten fieberhaft an der Erstellung diverser Dokumentationen zu unterschiedlichsten Bereichen der „Faschisierung", die dem Tribunal vorgelegt werden sollen. Eine ganze Latte unterschiedlichster Veröffentlichungen ist das Ergebnis (33).



Beerdigung von Andreas, Jan-Carl und Gudrun auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof am 27. Oktober 1977 (in der Bildmitte Gudruns Vater, der Pfarrer Helmut Ensslin)

Foto: Angela Neuke-Widmann

— Nach Jahren der Agonie startet die RAF eine Offensive — allerdings ausschließlich im Rahmen ihrer eigenen Logik, der Kontroverse mit dem Staatsapparat, Polizei und Justiz. Einen Zusammenhang zu den übrigen Kämpfen stellt sie nicht her. Im April erschießt sie den Generalbundesanwalt Buback. Sein Tod, über den mancher „klammheimliche Freude" empfand, löst eine ungeheure Welle der „Sympathisanten-Hetze", Kriminalisierung und Massenfahndungen aus. Im Juli erschießt die RAF den Bankier Ponto. Im September entführt sie den BDA-Präsidenten Schleyer, um damit den „harten Kern" der RAF-Gefangenen freizupressen. Die Schmidt-Regierung an der Spitze eines Allparteien-Krisenstabs bleibt hart. Daran ändert auch die zur Unterstützung der RAF-Forderungen vorgenommene Geiselnahme des Passagierflugzeugs „Landshut" nichts, im Gegenteil: sie gibt der Bundesregierung Handlungsmöglichkeiten. In der Nacht vom 17. auf den 18.10., einen Tag nach der Geiselnahme, wird die Maschine auf dem Flughafen von Mogadishu von einer GSG9-Einheit gestürmt. Drei der vier Geiselnehmer/innen werden sofort erschossen. In derselben Nacht sterben die Stammheimer Gefangenen Gudrun Ennsslin, Jan Karl Raspe, Andreas Baader am sog. Selbstmord. Irmgard Möller überlebt. Einen Tag später schickt die RAF dem Krisenstab die Rechnung in Gestalt des erschossenen M. Schleyer. Im Knast von Stadelheim/München „selbstmordet" sich am 18.11. Ingrid Schubert. Große Teile der organisierten Linke beugen sich dem staatlich produzierten Distanzierungsdruck, übernahmen unkritisch oder zumindest durch Schweigen die staatliche „Selbst"mordversion. (34)

Der „deutsche Herbst", das war die knallharte Demonstration einer All-Parteien-Koalition des BRD-Imperialismus, das staatliche Gewaltmonopol unter allen Umständen zu erhalten und durchzusetzen — selbst wenn einer der seinen wie in diesem Fall Schleyer dabei mitdraufgehen mußte. Der „deutsche Herbst", das war aber nicht nur Stammheim-Mogadishu. Das war auch Kalkar. Das waren die Verbotsdrohungen gegen Kommunisten. Das war die „Überprüfung" beim BMI, ob das „RUSSELL-Tribunal" verboten

nur Stammheim-Mogadishu. Das war auch Kalkar. Das waren die Verbotsdrohungen gegen Kommunisten. Das war die „Überprüfung" beim BMI, ob das „RUSSELL-Tribunal" verboten

werden könne. Das war eine antidemokratische Verfolgungswelle im Stile des berüchtigten Mc Carthyismus. Das war der Spaltungs-, Einschüchterungs- und ideologische Fäulniseffekt, der damit in der organisierten Linken, wenn nicht erzeugt, so doch entscheidend vertieft und den soeben neu entstehenden Hoffnungen auf eine große antifaschistische Aktionseinheit und dem Aufschwung der neu entstehenden Bewegungen von vornherein mit auf den Weg gegeben wurden. Der „deutsche Herbst" war die Geburtsstunde eines neuen linken Legalismus, der sich auch von den derzeit schon traditionellen Formen außerparlamentarischen, auch revolutionäre Gewalt einschließenden Widerstandsformen tendenziell zu lösen begann. Keineswegs widerspruchsfrfei und keineswegs sofort, aber doch nachhaltig. Immerhin begann bereits zum Jahreswechsel 77/78 die Diskussion um die Bildung Grün-Bunter Listen, die bereits Anfang März '78 durch die Erfolge der „Bunten Liste" bei den Hamburger, der „Grünen Liste Umweltschutz" bei den niedersächsischen Wahlen entschieden nach vorn gepuscht wurde.

gegen die Fortsetzung wehren ...

Zur Verdeutlichung der tiefen Spuren, die der „deutsche Herbst" in der Einschätzung des KB hinterließ, zitiere ich zwei Kommentare des Jahres '77, die exemplarisch die Veränderung erkennen lassen. Nach dem Buback-Attentat, also ein halbes Jahr v o r dem „deutschen Herbst", schrieb der KB: „*Facit: Auch sieben Jahre nach Beginn der ‚Terroristenjagd' ist der Staat mit der gewünschten Zustimmung und Hilfe des 'Bürgers' noch keinen Schritt weiter. 'Der Bürger' glaubt mehrheitlich ganz einfach nicht an die Lüge, daß die Terroristen s e i n e Sicherheit bedrohen würden. Er weiß, daß es hier Bundesanwälten, Richtern, vielleicht auch mal Politikern an den Kragen gehen soll, aber bestimmt nicht dem 'einfachen Bürger'. Bombenanschläge auf Bahnhöfe sollten die gewünschte Verunsicherung des 'Bürgers' trotzdem schaffen. Auch das hat nicht funktioniert ... Das Vertrauen in die Polizei ist in den letzten Jahren nachhaltig erschüttert worden ... Wir haben in den letzten Jahren immer wieder hervorgehoben, daß es sich bei den rasch aufeinanderfolgenden Schritten der Faschisierung von Staat und Gesellschaft nicht um eine R e a k t i o n auf tatsächliche Massenkämpfe, auf einen 'Neuaufschwung der Massenbewegung' etc. handelte, sondern um v o r b e u g e n d e Maßnahmen, die die Voraussetzung zur Niederschlagung kommender Volkskämpfe schaffen sollten.*

Heute jedoch muß die Bourgeoisie bei einer kritischen Bilanz feststellen, daß sie zwar mit Polizei und Gesetzen weit vorgeprescht ist, aber daß sie ihr zweites Ziel — Zersetzung und Auflösung der Linken — nicht erreicht hat, sondern das Gegenteil bewirkt hat." (35)

Nach den Ereignissen von Kalkar — während der Schleyer-Entführung und noch vor den „Selbstmorden" von Stammheim/Stadelheim — hat sich der Tenor verändert: „*Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich das Klima der Hexenjagd und der Inquisition noch*

noch vor den „Selbstmorden" von Stammheim/Stadelheim — hat sich der Tenor verändert: „Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich das Klima der Hexenjagd und der Inquisition noch

weiter verschärfen wird. Das dürfte insbesondere dann der Fall sein, falls sich nach der Beendigung des Falles 'Schleyer' der endgültige Bankrott der SPD/FDP-Regierung erweist und sie durch eine CDU/CSU-Regierung abgelöst wird." An die Andresse der Linken, die durch „*teilweisen Rückzug*" sich glaube retten zu können, wird kritisch appelliert: „*Es steht ... heute weitaus mehr auf dem Spiel als nur das sozialistische Ziel. Auf dem Spiel stehen die primitivsten demokratischen Rechte. Sie zu verteidigen ... wäre die gemeinsame Aufgabe aller Demokraten.*" „*Unverzeihlich*" und „*makaber*" sei das „*Rette-Sich-Wer-Kann*" und die Zersplitterung. Das Facit klingt bitter: „*F. J. Strauß hat im November 1974 in seiner berüchtigten Sonthofener Rede gedroht: 'Wir räumen so auf, daß bis zum Rest des Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen'. Das ist ebenso ernst zu nehmen wie die seinerzeitigen fast identischen Ankündigungen Hitlers vor seiner 'Machtergreifung'. Niemand soll sich einbilden, wir hätten noch unbegrenzt Zeit, dieser Entwicklung Widerstand zu leisten. Den Anfängen haben wir schon nicht wehren können. Wehren wir uns jetzt wenigstens gegen die fortsetzung.*" (36)

Nach den „Selbstmorden" in Stammheim/Stadelheim war der KB eine der wenigen Gruppen, die unter der Parole „*Wir glauben nicht an Selbstmord*" der staatlichen Version der Vorfälle entgegentrat und sich zusammen mit Kritikern aus dem Ausland und den wenigen in der BRD dafür ansprechbaren Kräften während der Abhaltung des „RUSSELL-Tribunals" und noch danach — vergeblich — für die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission einsetzte. Ich verweise für weitere Einzelheiten dieser für die Selbstachtung der BRD-Linken, aber auch speziell des KB so wesentlichen Kampagne auf die entsprechende Literatur. (34).

„Schrittweise Faschisierung" seit '45 — oder „Liberalisierung"?

Selbstverständlich ist diese Alternative unsinnig. Sie bezeichnet allerdings die beiden Extreme, in denen sich die Auseinandersetzung in der Situation nach dem „deutschen Herbst" bewegte. Die Sozialdemokratie war keineswegs am Ende, sondern ging kurzfristig gestärkt aus der Staatskrise hervor. Neben der GSG 9 war ihr oberster Befehlshaber Schmidt der Held der Nation und die SPD stand stramm bei Fuß. Die SPD konnte es sich sogar leisten, u. a. als Antwort auf das „RUSSELL-Tribunal", von der Taktik der Konfrontation gegenüber der Linken auf eine, vor allem für die ausländischen Kritiker der BRD, zurechtgeschnittene Linie der „Liberalisierung" umzuschalten. Stichworte dazu: „geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und Extremismus" (37), scheinbare Einschränkung der Berufsverbote u. a. Nach Aufdeckung illegaler Schnüffelpraktiken des BGS und des BKA („beobachtende Fahndung": Befa 7) wurde der für den „deutschen Herbst" verantwortliche Innenminister Maihofer gegen seinen unverbrauchten

felpraktiken des BGS und des BKA („beobachtende Fahndung": Befa 7) wurde der für den „deutschen Herbst" verantwortliche Innenminister Maihofer gegen seinen unverbrauchten

Staatssekretär Baum ausgewechselt. Baum brachte sich u. a. sofort durch den „Dialog" mit Horst Mahler, zu der Zeit bereits konvertierter Ex-Terrorist der „ersten Stunde", spektakulär in Positur. Baum bot rückkehrbereiten Illegalen den „Dialog" und ein „faires Verfahren" an. Die sozialdemokratische Linke außerhalb der SPD nahm den Ball auf, u. a. durch SB-lancierte Versuche der Einflußnahme zur Verwässerung des „RUSSELL-Tribunals". Dieselben Kreise propagierten die öffentliche Aufkündigung linker Solidarität mit der RAF und anderen Befürwortern revolutionärer Gewalt in ihrer damals noch existierenden Zeitschrift „Langer Marsch" u. a. m.

Die radikale Linke wehrte sich gegen die von oben betriebene „*Entsolidarisierung und Gehirnwäsche*" — so K. H. Roth in einer Artikelserie im AK (38). Insbesondere der KB versuchte, im AK die Demagogie der sozialdemokratischen „Lieberalisierungs"kampagne zu entlarven. Er verwies z. B. auf die andere Seite des „Dialogs", mit dem offensichtlich erst die rechte Gesprächsbereitschaft bei den Abgetauchten hergestellt werden sollte: die nach wie vor praktizierte Liquidation auf offener Straße wie im Fall W. P. Stolls '78, E. v. Dycks '79, R. Heißler '78. Er verwies auf den tatsächlichen weiteren Ausbau des Staatsapparats durch neue „Antiterror-Gesetze", u. a. das „Razziengesetz", mit dem die Kompetenzerweiterungen des Polizeigesetzes von 1975 nun auf die StPo übernommen wurden. Er verwies auf die fortgesetzten Zusammenrottungen von NPD und Neo-Nazis unter zum Teil brutalstem Polizeischutz. 1978 erklärte ein Mannheimer Verwaltungsgericht die NPD für verfassungskonform — und also für polizei„schutz"würdig usw. usf.

In der Praxis orientierte der KB zu dieser Zeit — auf dem Höhepunkt seiner organisatorischen Entwicklung — mit allen Kräften auf die weitere Stärkung einer „antifaschistischen Abwehrfront", insbesondere auf die großen „Aktionseinheiten" wie das '78 erstmals mit 10.000 Menschen in Frankfurt durchgeführte „Rock gegen Rechts", an dessen Zustandekommen der KB sowohl 1978 als auch 1979 und 1980 einen starken politischen und organisatorischen Anteil hatte.

Praktisch war der KB in allen damaligen Bewegungen mit seinen Mitgliedern in diesem Sinne aktiv. Hierin lag allerdings zugleich auch eine Bedingung der seit Juni '78 auch im KB mit einer relativen Verspätung gegenüber der übrigen organisierten „ML"-Linken einsetzenden „Krisendebatte", in deren Folge Pfingsten 1979 ein „Vorkongreß" des KB einberufen wurde. Er hatte die Aufgabe, einen ersten „ordentlichen" Kongreß des KB zum Jahreswechsel 78/79 einzuleiten, auf dem über die weitere Politik des KB beraten werden sollte. Als der 1. Kongreß dann stattfand, besiegelte er bereits die Spaltung des KB, die mit dem Ausschluß der Gruppe „Z" durch den Kongreß ihren formalen Abschluß fand. Auf dem 2. Kongreß zum Jahreswechsel 80/81 beschloß der KB in Form einer „Resolution zur Zeitungsarbeit" eine Neubestimmung und Weiterentwicklung seiner Politik, die bis heute Grundlage der KB-Politik ist.

„Resolution zur Zeitungsarbeit" eine Neubestimmung und Weiterentwicklung seiner Politik, die bis heute Grundlage der KB-Politik ist.

Die Auseinandersetzungen um den zukünftigen Weg schlugen sich — der Bedeutung der „Thesen" für die Entwicklung des KB entsprechend — auch in heftigen Auseinandersetzungen um die „Thesen" nieder.

„Jeder KBler — 'Agent' der Antifakommission ..."

Auf dem sogenannten Vorkongreß Pfingsten 1978 wurde der Versuch unternommen, die seit der Wahlniederlage der CDU/CSU '76 und seit der überraschenden Stabilisierung der SPD/FDP-Regierung - nach dem „deutschen Herbst" vieldeutig und interpretationsanfällig gewordene „These" erneut zu festigen und zu „vereinheitlichen". Zum einen legte das „Leitende Gremium" des KB einen Rechenschaftsbericht vor, der sich u. a. mit der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft" als einem Schwerpunkt befaßte. Er hob besonders hervor, daß die These „*bereits bei der Gründung des KB vereinheitlicht*" gewesen sei. Sie habe auf der Einschätzung der besonderen Aggression des BRD-Imperialismus nach außen und innen basiert. „*Seinerzeit gemeint und vereinheitlicht*" sei dabei die „*Zusammenarbeit des BRD-Imperialismus mit den schlimmsten Diktaturen der '3. Welt'* ", sein „*Vormachtstreben in der EG*" und seine „*Roll-back-Strategie gegenüber dem RGW*", die „*Einschätzung der Neuen Ostpolitik als 'Unterwanderungsstrategie und Zersetzungspolitik gegenüber dem RGW, ein Etappenziel bei der Rückeroberung der DDR.*" Die Einschätzung der inneren Faschisierung habe auf historischen und aktuellen Faktoren basiert wie dem Anwachsen der NPD, „Aktion W" und Co., also dem „*massiven Wiederauftreten von Nazis und Faschisten*", den Versuchen der CDU/CSU, die FDP/SPD-Regierung zu stürzen, der „*immer weiter intensivierten Terroristenhetze*", der Erkenntnis, „*daß große Teile des Nazi-Apparats in den BRD-Staat übernommen worden sind.*"

In Abgrenzung zu anderen „*teilweise wortgleichen Parolen von DKP, AB (damals ABG) und dem KABD* (39), *die allesamt nicht von einem gesellschaftlichen Gesamtprozess ausgegangen sind, sondern vom Ringen verschiedener, meistens zweier 'Fraktionen' des Kapitals um die Macht im Staat*", sei der KB dagegen von „*einem gesellschaftlichen Gesamtprozeß ausgegangen, der planmäßig und zum Teil mit vorbeugendem Charakter von Staat und Kapital vorangetrieben wird. Dem zugrunde lag die Einschätzung der Bourgeoisie als bewußt handelnder Klasse.*"

Dieser Feststellung war eine Selbstkritik an die Seite gestellt, die faktisch an die abgebrochene Auseinandersetzung um die Bedeutung der „Kreuther Beschlüsse" anknüpfte — ohne diese allerdings zu erwähnen: „*Insbesondere in den ersten Jahren unserer Organisation hat es eine Reihe falscher Aussagen im Zusammenhang mit der Faschisierungsparole gegeben, falsche Aussagen, die vor allen Dingen eine Überschätzung der Möglichkeiten der westdeutschen Bourgeoisie beinhalten, die Annahme einer 'Almacht' der westdeutschen Bourgeoisie, eine Verwechslung von Willen und realer Möglichkeit der BRD-Bourgeoisie — die also die Grenzen der Bourgeoisie übersah. In diesem Zusammenhang wurden bestimmte Rückzuge der Bourgeoisie nicht als solche gesehen, sondern z. B. noch als 'ganz besonders geschickte Manöver' gewertet.*"

Im übrigen spiegelte sich nicht nur das Bemühen um die „Vereinheitlichung" der ursprünglichen „Thesen", sondern auch die im Zusammenhang mit „Rock gegen Rechts", dem „RUSSELL-Tribunal", der Kampagne gegen die „Hansa-Bande" (Kühnen, Hoffmann und Co.) relativ breit entwickelte antifaschistische Praxis des KB in dem Bericht wieder. Er schloß (in diesem Teil) mit der Aufforderung, daß es „*zur qualitativen Verbesserung unserer Antifa-Arbeit*", die in dem Bericht ohnehin als „*Pionierarbeit*" sehr hoch eingeschätzt wird, „*notwendig werden (wird) ..., daß sich praktisch jeder KBler, wo er steht und geht, gewissermaßen als 'Agent' der Antifa-Kommission begreift.*"

Im übrigen gab der Rechenschaftsbericht bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Klassenkämpfe eine eher zurückhaltende Prognose, nämlich daß die „*Proteste gegen die Faschisierung, gegen die Krisenpolitik der Bourgeoisie, gegen die Umweltverschmutzung, gegen die Entwicklung zum Polizei- und Zensurstaat weiter zunehmen (werden). Zunehmen werden allerdings auch die Versuche der Bourgeosie und ihrer zahlreichen Agenturen, diese Protestausbrüche wieder zu reintegrieren ...*" (40)

lerdings auch die Versuche der Bourgeosie und ihrer zahlreichen Agenturen, diese Protestausbrüche wieder zu reintegrieren ..." (40)

„Antifa-Resolution": jetzt „neue NSDAP"?

Zum zweiten legte die Antifa-Kommission einen Entwurf einer „Antifaschismus-Resolution" für die spätere Beschlußfassung auf dem anvisierten „ordentlichen" 1. Kongreß zur Jahreswende 79/80 vor. Darin leistete sie entgegen ihrer eigenen Kritik von 1976 unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse und in Abgrenzung gegen die Liberalisierungs-Demagogie der Sozialdemokraten nun selbst einem dogmatischen Verständnis der „These" Vorschub, indem sie die Geschichte der BRD nicht erst seit der „Großen Koalition" bzw. seit dem Taktikwechsel von CDU/CSU auf SPD/FDP 1969, sondern seit der Niederlage des Faschismus 1945 als zielstrebigen Prozeß einer langfristig geplanten Re-Faschisierung darstellte. Nach der Krise 66/67 sei dieser Prozeß mit neuem Schub vorangetrieben worden. Nunmehr steuere er angesichts sich global beschleunigt zuspitzender Widersprüche auf noch weitere Verschärfungen auf allen Gebieten der Entdemokratisierung, der unmittelbaren Repression und der Ideologisierung der Massen zu, nachdem die Reform des Herrschaftsapparats strukturell abgeschlossen und bereit für Einsätze zur terroristischen Niederhaltung von zu erwartenden Massenunruhen sei. In der Bewertung von integrativen und gezielt terroristischen Methoden der „vorbeugenden Faschisierung" verschoben sich die Gewichte zu einer relativ einseitigen Betonung der präventiven Aufrüstung des Staates und seiner aktuellen Repressionsmaßnahmen ein-

schließlich der in der Resolution geäußerten Erwartung, die Bourgeoisie strebe als aktuelle Aufgabe die Schaffung einer faschistischen Massenbas *„nach Art der NSDAP"* an. (41)

„Integrationistische Variante vernachlässigt"

Zum 1. KB-Kongreß 79/80 gab es heftige Auseinandersetzungen anläßlich des Resolutionsentwurfs, aber darüber hinaus auch um die „Faschisierungsthese" überhaupt und die dazugehörige Praxis. Der Resolutionsentwurf wurde als *„Verballhornung"* der ursprünglichen „These" kritisiert. Indem nur die Kontinuität einer schrittweisen Restauration nach 1945 herausgearbeitet werde, leiste der Entwuf damit *„Positionen Vorschub, daß 'sich seit dem Faschismus eigentlich gar nichts verändert'"* habe. Bezüglich der heutigen Situation — also 1978/79 — werde ein Bild gezeichnet, *„das stellenweise einer Horrorvision gleichkommt bzw. Entwicklungen, die sich zur Zeit vollziehen, schon als abgeschlossen darstellt."* Der Entwurf vernachlässige *„sträflich die integrationistische Variante der bürgerlichen Propaganda und spricht, wieder einmal, von der geradlinigen, bruchlosen Entwicklung einer neuen ‚Volksgemeinschaftsideologie'"*. Die gegenwärtige Propaganda der Bourgeoisie habe aber *„vor allem zum Ziel, die verschiedenen Bewegungen in 'friedliche' und 'gewalttätige' Teile zu spalten."* Der Resolutionsentwurf dagegen tue so, *„als würde hierzulande nur noch die Peitsche regieren."* Er betreibe einen *„inflationären Gebrauch des Wortes 'Terror'"* und schreibe *„die Situation und ein gesellschaftliches Klima, das vielleicht nach der Schleyer-Entführung vorherrschend war"*, fest. Im übrigen konstruiere er ein mechanistisches *„Etappenmodell"* nach dem Motto: *„Die Faschisierung ist apparativ abgeschlossen, jetzt muß eine neue NSDAP her!"*

Kern all dieser Aussagen des Entwurfs sei die Behauptung, *„daß die faschistische Formierung der bürgerlichen Klasse soweit vorangeschritten (sei), daß sie planmäßig die Errichtung einer terroristischen Diktatur anstreb(e): Die Bourgeoisie bereitet sich nicht nur auf den Eventualfall vor, sondern sie steuert ihn bewußt an ..."*

Ihre dagegenstehende eigene Position umrissen die Kritiker so: *„Unter Faschisierung habe ich bisher immer verstanden: Die planmäßige, wenn auch nicht von Brüchen und gegenläufigen Tendenzen freie, Schaffung von politisch-ideologischen Voraussetzungen, die es der Bourgeoisie in einer bestimmten historischen Situation leichter machen könnte, die faschistische Diktatur zu errichten. Es geht also darum, den dem Imperialismus immanenten Abbau demokratischer Rechte zusammen mit seinem möglichen Abschluß, der faschistischen Diktatur zu sehen. In diesem Sinne habe ich die Faschisierungsthese des KB niemals als eine Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD begriffen. Deshalb bestreite ich auch, daß die Bourgeoisie bereits heute mit der Errichtung der faschistischen Diktatur auch nur liebäugelt, also eigentlich ganz gern den Faschisierungsprozeß abschließen möchte. Es aber nur deshalb nicht kann, weil sie erst noch eine neue NSDAP schaffen muß. Ich behaupte ferner, daß es bei uns eine ganze Reihe von Leuten gibt, die die Faschisierung mit der schleichenden Machtergreifung des Faschismus verwechseln. Die richtige Analyse der Bourgeoisie als bewußt handelnder, zur langfristigen Planung fähigen Klasse so zu verballhornen, daß die Bourgeoisie zum Schluß als omnipotente Klasse dasteht, die die Wirklichkeit nach ihrem Belieben einfach ummodeln kann — womöglich mit Hilfe gut dotierter Schecks und Bund-Länder-Kommissionen."* (42)

„Die Faschisierungsthese ist ein schillernd Ding"

Auf dem Kongreß selbst traten die Kritiker mit einem Antrag in Erscheinung, in dem sie erstens die Ablehnung des Resolutionsentwurfs, darüber hinaus aber auch die Ablehnung des im Entwurf *„gebrauchten Begriffs der 'Faschisierung von Staat und Gesellschaft' als Kennzeichnung des gesamtimperialistischen Entwicklungsprozesses"* forderten. In ihrer Begründung zur Ablehnung der „These" nannten die Kritiker die „Faschisierungsthese" ein *„schillernd Ding." „Vereinheitlicht und geklärt"* scheine ihnen *„allenfalls"*:

— *„die bürgerliche Klasse befindet sich gegenüber der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung in der Offensive;*

der Abbau demokratischer Rechte und der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats sind nicht als Reaktion auf aktuelle Klassenauseinandersetzungen, sondern als präventive Politik der Bourgeoisie zu verstehen; die Bourgeoisie nutzt ihre momentane Stärke, um sich für kommende Klassenauseinandersetzungen zu rüsten;

— der westdeutsche Imperialismus versucht, über die EG-Integration sich die Vorherrschaft in Westeuropa zu erobern als 'Etappe' und Mittel im imperialistischen Konkurrenzkampf um die 'Neuaufteilung der Welt'."

Alles, was darüber hinausgehe, sei umstritten: *„Aktualität der faschistischen Gefahr; strebt die Bourgeoisie bewußt eine faschistische Diktatur an; gesellschaftliches Kräfteverhältnis; ‚Faschisierung' der SPD und Gewerkschaften?, Faschismus und Massenbewegung, Expansionsziele und Taktik des BRD-Imperialismus ... Über diese Fragen muß die Diskussion neu geführt werden und zwar vor der konkreten Formulierung einer Resolution."* (43)

Der Antrag wurde damals faktisch als Angriff auf dfie Identität des KB, in theoretischer wie praktisch-politischer Hinsicht verstanden, und entsprechend mehrheitlich vom Kongreß zurückgewiesen. Dies geschah auf dem Kongreß selbst und in der nachfolgenden schriftlichen Auseinandersetzung in fataler Schärfe, mit der den Kritikern formale Mängel ihres Vorgehens um die Ohren gehauen wurden, bei gleichzeitiger mangelnder Schärfe in der Sache, d. h. der konkreten Auseinandersetzung um den erreichten bzw. auch nicht erreichten Stand der „Faschisierung". Die Kritiker wurden darauf hingewiesen, daß es sich bei Entwicklujng der „These" eh nur um eine *„Arbeitshypothese"* und um eine *„Agitationsformel"*, *„im Wesen ein(en) Streit um den politischen Weg des KB und der anderen kommunistischen (bzw. mit diesem Anspruch operierenden) Organisationen und Gruppen"*, und nicht etwa eine exakt ausgearbeitete wissenschaftliche Theorie gehandelt habe. Insofern bleibe es auch heute ein müßiger und akademischer Streit um Begrifflichkeiten, *„ob wir es in der BRD mit Faschisierung, Rechtsentwicklung, Militarisierung, Entwicklung zum autoritären Staat zu tun haben, solange nur um Worte und nicht um praktische Schlußfolgerungen für die Aufgaben von Kommunisten und Demokraten gestritten wird."* Im übrigen habe der Begriff „Faschisierung" für den KB *„immer nur eine E n t w i c k l u n g s r i c h t u n g , miemals bestimmte Formen, in denen die Entwicklung sich vollziehen m u ß"*, bezeichnet. „Faschisierung" beschreibe einen *„P r o z e ß ... dessen E r g e b n i s nicht von vornherein festssteht."*

Wesentlich sei also die Auseinandersetzung um die konkrete Einschätzung und die Schlußfolgerungen für die praktische Politik. Diesbezüglich wurde den Kritikern konzidiert, daß die vom Resolutionsentwurf ausgesprochene Erwartung, die Bourgeoisie werde nun Anstrengungen zur Schaffung einer faschistischen Massenpartei „nach Art der NSDAP" unternehmen, falsch sei, *„insofern die verschiedensten stümperhaften in der kleinbürgerlichen Vereinsmeierei steckenbeblienenen Ansätze zu einer rechtsradikalen „Vierten Partei" bislang nicht als Ausdruck systematischer Anstrengungen d e s BRD-Imperialismus gewertet werden können. Die bisherigen Stümpereien beweisen eher, daß die Bourgeoisie insgesamt eine ‚Stütze nach Art der NSDAP' bisher nicht für dringend notwendig hält."*

Im übrigen aber wurden sie eher wegen „methodischer und politischer" Schnitzer in die Ecke verwiesen, als daß auf ihre Argumente eingegangen worden wäre („unzulässige Tricks" beim Zitieren bis hin zum Fälschungsvorwurf; sie „behaupten, aber sie beweisen nicht", es sei nicht zulässig, wegen einzelner Fehler, zunächst den ganzen Resolutionsentwurf und dann mit dem Entwurf gleich die ganze ‚Faschisierungsthese' zu kippen usw.).

Ob berechtigt oder nicht, wurden damit auch zugleich die in ihrer Kritik angelegten Anregungen zur kritischen Überprüfung und Weiterentwicklung der „These" zurückgewiesen. Die von ihnen (in ihrer Antwort auf die an ihnen geübte Kritik) schließlich noch erhobene Forderung, nun doch mal zu klären, ob denn *„neun Jahre akute Faschismusgefahr"* auch nach neun Jahren noch „akut" sei und bleibe, wurden jedenfalls seitdem nicht beantwortet — und zwar weder von der einen, noch von der anderen Seite der Kontrahenten.

Praktisch ist der Versuch, die „Faschisierungsthese" auf dem 1. KB-Kongreß durch Vorlage einer Antifa-Resolution auf einem neuen Niveau zu „vereinheitlichen", gescheitert, obwohl der Kongreß es ablehnte, dem Antrag auf Kippen des Entwurfs und der „These" zuzustimmen. Über eine endgültige Fassung des Entwurfs wurde kein Beschluß gefaßt. Er spielt heute — außer als ganz gewiß lesenswerte Übersicht über die Entwicklung er inneren Verhältnisse der BRD seit '45 — in der politischen Diskussion und Praxis des KB keine Rolle. So gesehen, hatten die Kritiker bis heute auf jeden Fall das letzte Wort.

Die „Faschisierungsthese" ist heute mehr denn je ein „schillernd Ding", das von dem Verständnis der „Faschisierung" als allgemeine Tendenz des Imperialismus über Polizeistaats- und Rechtsentwicklung bis hin zu dem einer unmittelbaren Vorbereitung der terroristischen Unterdrückung der Massen reicht. Die noch auf dem 1. KB-Vor-Kongreß hervorgehobenen Grenzen zu dem revisionistischen Verständnis der „Rechtsentwicklung", sowie zu dem sich seit 1978/79 herausbildenden linkssozialdemokratischen des wuchernden „Überwachungsstaats" u.ä. wurden tendenziell nivelliert — von beiden Seiten, muß hinzugefügt werden. In dem Maße, in dem die „Faschisierungsthese" des KB ihre Eindeutigkeit verlor, wurde andererseits das Verständnis von der ‚Rechtsentwicklung', dem drohenden ‚Überwachungsstaat' u.a.m. gewissermaßen zum Allgemeinplatz der politischen Einschätzung der Linken und demokratischen Kräfte in der BRD. Auf die Bedeutung dieser Tatsache will ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Ich komme darauf im dritten Teil zurück.

Festhalten, aber ja — nur woran?

Die Frage der Aktualität des Faschismus bzw. einer „Faschisierung" blieb auch auf dem 2. Kongreß des KB 81/82 eine der entscheidenden ungelösten Fragen. Zwar bekräftigte der Kongreß, in Abgrenzung zu den KB-Dissidenten der Gruppe "Z"/„Moderne Zeiten" wie auch anderen neueren Kritikern des „Marxismus-Leninismus" nicht sich enttäuscht. Das Wahlergebnis war durchaus zweideutig. Zwar durfte mensch sich freuen, daß Strauß als Kanzler abgeschlagen wurde. Andererseits kommenerte der AK nach der Wahl mit Recht: *„Daß rund 98 % der Wähler bereit waren, die Auswahl zwischen den unverschämtesten Angeboten seit Bestehen der Bundesrepublik zu akzeptieren, muß a l l e n Etablierten gefallen. Für sie stehen damit die Zeichen gut, in vier Jahren dem Wahlvolk erneut die Auswahl zwischen einem Teller Scheiße und einer Tasse Jauche anbieten zu können, ohne einen Einbruch in die etablierte 'Parteilandschaft' befürchten zu müssen."* Im übrigen sei bemerkenswert, *„daß immerhin 44,5 % der Wähler für einen Kanzler Strauß votierten, kann von der CDU/CSU als relativer Erfolg ihrer Provokation und Ermunterung zur Fortsetzung dfieses Kurses registriert werden. Hitler kam bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 (nach Reichstagsbrand und Verbot der Linken) nur auf 44 % ..."* (44)

[...] mit einer Verschärfung der Krisentendenzen und außenpolitisch mit einem *„dramatischen Anwachsen der Kriegstendenzen"* zu rechnen sei.

Andererseits konnte der Kongreß sich auf einen mit der Resolution zur Zeitungsarbeit zugleich vorgeschlagenen neuen Namen für die Zeitung, nämlich „5 vor 12", nicht einigen, u.a. eben wegen unterschiedlicher Einschätzungen zur „Aktualität" der skizzierten Entwicklung. (46)

Die vom 2. Kongreß erwartete Entwicklung ist inzwischen zum Teil vollzogen, d. h. wir haben inzwischen seit dem Koalitionswechsel der FDP im Herbst '82 und seit Bestätigung dieses Koalitionswechsels durch eine satte Mehrheit der Wähler/innen bei der Bundestagswahl am 6.3.83 in diesem Land wieder eine CDU/CSU-Regierung, die prompt mit der Ankündigung einer beabsichtigten „Wende" ihre Regierungsgeschäfte antrat. Insofern drückte der Kommentar im „Arbeiterkampf" nach der Wahl nur aus, was viele Linke, Sozialdemokraten oder auch nur Nicht-CDU/CSU-Wähler/innen bei Antritt dieser Regierung gedacht haben mögen: Die CDU/CSU habe *„ein Mandat zur 'Wende'"* erhalten und sie werde von diesem Mandat *„sehr schnell und sehr spürbar Gebrauch machen."* In der Übergangsregierung seit Ablösung der SPD im Herbst habe sie *„mit Blick auf die Wahlen nur zurückhaltend agieren mögen."* Diese *‚Hemmungen"* seien nun *„nach dem wahrlich berauschenden Wahlergebnis erledigt ..."*



Großkundgebung mit über 6.000 Teilnehmern zum Auftakt der RUSSELL-Unterstützungskampagne am 7.5.77 in Hamburg

Kontroversen um Strauß

Unausgetragen blieb auch die Kontroverse des Kongresses zur Bedeutung der Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß. Die eine Position, vertreten durch die Antifa-Kommission, strich heraus, *„daß die westdeutschen Imperialisten mit einem Kanzler Strauß der Schwelle zur terroristischen Unterdrückung nach innen und zur kriegerischen Auseinandersetzung nach außen ein bedeutendes Stück näher kommen würden ..."* Von der Gegenposition hieß es, *„daß es auf der politischen Ebene zwischen einer SPD/FDP-Regierung und einer CSU/CDU-Regierung keine b e s o n d e r e n Unterschiede gäbe. Die besondere Gefahr ginge von Strauß durch sein ideologisches Programm aus, mit dem es ihm gelingen könnte, die kleinbürgerlichen Schichten reaktionär bzw. faschistisch aufzuhetzen."*

Der konkrete Wahlausgang entschied die Kontroverse praktisch, indem er die zwar erhoffte, aber keineswegs erwartete Niederlage des Kanzlerkandidaten Strauß brachte und damit des dritten Anlaufs der CDU/CSU seit 1969, wieder an die Macht zu kommen. Aber wer Eindeutigkeiten im Sinne der Bestätigung oder Disqualifizierung der „Faschisierungsthese" und der vom KB vor der Wahl ausgesprochenen Erwartung, daß der Weg — ob weiter unter einer SPD-Regierung oder unter einem Kanzler Strauß — *„auf j e d e n Fall weiter in Richtung Polizeistaat nach innen und Kriegspolitik nach außen"* gehen werde, erwartet hatte, sah nur an der auf Lenins Theorie beruhenden Einschätzung des Imperialismus und seiner aggressiven Tendenzen nach innen wie nach außen festhalten zu wollen, sondern auch an der auf dieser Grundlage entwickelten Einschätzung der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft". Als „Faschisierung" wurde dabei allerdings nur die *„fortschreitende präventive Absicherung nach innen"* definiert. *„Wir sehen keinen Grund"*, hieß es im Rechenschaftsbericht der Leitung des KB, *„Abkehr von Lenins Imperialismustheorie zu betreiben und die erkennbaren Auswirkungen international wie auch im Lande zu leugnen, sondern wir sehen in der realen Entwicklung der letzten zehn Jahre eine Bestätigung der Grundlagen unserer Einschätzung ... Im Innern haben wir in den letzten Jahren eine zunehmende Faschisierung erlebt, die nach anfänglicher Praxis und Erprobung gegen die radikale Linke heute mit zunehmender Tendenz vom präventiven, vorbeugenden zu operativem Einsatz kommt ... Diese Tendenz zum staatlichen Terror gegen Massenaktionen wird mit Sicherheit im Hinblick auf die Absicherung der Kriegsvorbereitungen zunehmen ..."* (45) In der auf dem Kongreß verabschiedeten „Resolution zur Zeitungsarbeit" wurde u. a. die Erwartung formuliert, daß eine bald zu erwartende CDU/CSU-Regierung eine *„verschärfte Vortsetzung der 'Faschisierung von Staat und Gesellschaft'"* im Sinne des präventiven Polizei-Ausbaus, der wachsenden unmittelbaren Repression und es Versuchs zur Entwicklung faschistischer Massenbewegungen bringen werde, daß ökonomisch mit einer Verschärfung der Krisentendenzen und außenpolitisch mit einem *„dramatischen Anwachsen der Kriegstendenzen"* zu rechnen sei.

„Schlimm an diesem Wahlergebnis" sei ja nicht, *„daß eine so peinliche Gestalt wie Helmut Kohl Bundeskanzler bleibt, obwohl er auf dem Posten eines Faschingsprinzen eine weit bessere Figur machen würde. Sondern schlimm ist, daß hinter dieser Regierung eine satte Volksmehrheit steht, der man zu großen Teilen zutrauen muß, daß sie sich b e w u ß t für die von der CDU/CSU geforderte Wende entschieden hat. Das ist ein so großes Potential an politischer Dummheit und Verblendung, an Ignoranz auch gegenüber den einfachsten e i g e n e n Interessen, daß man für dieses Land wieder einmal das Allerschlimmste befürchten muß ... Wir werden mit dem Ergebnis leben müssen, das ja in erster Linie nur das dokumentiert, was in diesem Lande i s t . Leicht wird es nicht werden und groß sind die Chancen auch nicht. Wer ganz sicher gehen will, sollte lieber die Auswanderungsmöglichkeiten studieren."* (47)

Trotz Ankündigung der „Wende" und durchaus zügiger Fortsetzung der von der SPD/FDP-Regierung seit Jahren betriebenen krisen- und kriegsfördernden Außenpolitik und weiteren sozialen und politischen Verschärfungen nach innen hat die CDU/CSU bisher gegenüber der Arbeiterklasse, gegenüber verschiedenen Protestbewegungen und der Linken nicht die befürchtete Konfrontationslinie, sondern eine Konfliktdämpfungslinie entwickelt. Dies stellt die Aufgabe an uns, den Stellenwert dieser Strategie für die Bourgeoisie im Rahmen der langfristigen Perspektive ihrer Politik genauestens zu untersuchen, um uns von der aktuellen Taktik nicht einschläfern zu



Fortsetzung von vorheriger Seite

lassen und von eventuellen zukünftigen Wendungen so wenig wie möglich überrascht zu werden.

Im folgenden AK sollen deshalb die ,,essentials'' der ,,These'' von der heutigen Realität aus einer Überprüfung unterzogen werden.

Anmerkungen

1) nach Bergmann u.a., Soziologie der Gewerkschaften, edition Suhrkamp 79;
2) Von heute aus gesehen kann dieser Prozeß wohl als Sozialdemokratisierung bezeichnet werden. Aus damaliger Sicht war das nicht so eindeutig erkennbar, zumal ja auch die Christdemokratie, speziell F.J. Strauß die Finger auf ihre Weise mit im Spiel hatten.
3) AK 155, Juni 79: „Kanzlerkandidat Strauß — Morgenluft für Reaktionäre und Faschisten.
4) AK 44, S. 1 ff., Mai 74: „Schmidt — neuer Kanzler des Kapitals.
5) Von allen AKs, bis auf einzelne Ausnahmen, sind übrigens im AK-Vertrieb noch Exemplare vorrätig. Für die Jahre 73, 74, 75, 76 sind auch noch gebundene Jahrgangsbände vorrätig.
Eine gute Übersicht über die Jahre 72-76 gibt auch der 1976 im Reents-Verlag erschienene Band: „Droht ein neuer Faschismus". Bei diesem Buch handelt es sich um eine erweiterte Neuauflage der Anfang 1973 ebenfalls als Buch erschienenen Sammlung von AK-Nachdrucken unter dem Titel: „Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft."
6) Nach „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen", Reents Vlg., 1. Mai 1978, vorgelegt als Beweismaterial zum Thema beim „RUSSELL-Tribunal".
7) AK 43, S. 1, Mai 74: „Vormarsch der CDU — die SPD schlägt nach links."
8) AK 53, 54, 55 Dez. 74-Februar 75: „Die Jusos in der Zirkuskuppel — ratlos."
9) Der KB wurde derzeit reichlich mit Beleidigungsklagen eingedeckt, weil sich die neuaufgestellten MEK-Sondereinheiten, die bevorzugter Gegenstand der KB-Verbalinjurien waren, nicht als „Killer" und ihre Todesschüsse nicht als „Exekution" bezeichnen lassen wollten. Siehe dazu beispielhaft die Dokumentation: „Polizei der BRD — keine staatlichen Mörder? — Justiz legitimiert Todeskommandos der neuen GeStaPo."
10) Siehe die unter 9) erwähnte Broschüre, darin u.a. der Nachdruck aus AK Nr. 58/April
„RUSSELL-Tribunal".
7) AK 43, S. 1, Mai 74: „Vormarsch der CDU — die SPD schlägt nach links."
8) AK 53, 54, 55 Dez. 74-Februar 75: „Die Jusos in der Zirkuskuppel — ratlos."
9) Der KB wurde derzeit reichlich mit Beleidigungsklagen eingedeckt, weil sich die neuaufgestellten MEK-Sondereinheiten, die bevorzugter Gegenstand der KB-Verbalinjurien waren, nicht als „Killer" und ihre Todesschüsse nicht als „Exekution" bezeichnen lassen wollten. Siehe dazu beispielhaft die Dokumentation: „Polizei der BRD — keine staatlichen Mörder? — Justiz legitimiert Todeskommandos der neuen GeStaPo."
10) Siehe die unter 9) erwähnte Broschüre, darin u.a. der Nachdruck aus AK Nr. 58/April
75: „'Sonderkommandos der Polizei: Eine neue GeStaPo' " und andere Artikel zur Analyse der Polizeiaufrüstung. Die Artikel sind auch in „Droht ein neuer Faschismus enthalten".
11) aus „Sonthofener Rede", abgedruckt in „Strauß — nein danke!", Reents Verlag, Erstauflage Juni 79, 4. Auflage Februar 1980 (11.000-14.000).
12) Literatur: Unser Weg, Nr. 23 „Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz in Frankfurt"; Vor dem Putsch: AK 32, S. 10, 9/73: „Militärputsch in Chile"; eine Sondernummer von „Unser Weg": „'Friedlicher Übergang' zum Sozialismus", Aufl. 3.000, war bereits im September 73 vergriffen. Außerdem: AK 35: „Chile und die Qual des Jubelökonomismus" — eine Auseinandersetzung mit dem KBW.
13) siehe Anm.4)
14) siehe AK 60, S. 27, „Mai-Plattform" des KB 75: Dort wurde besonders hervorgehoben: „Eine besonders schwerwiegende Entwicklung im letzten Jahr ist die Herausbildung einer ‚sozial'-chauvinistischen Linie der ‚Vaterlandsverteidigung' unter dem Einfluß der chinesischen Außenpolitik gegenüber den westeuropäischen Imperialisten."
15) AK 31/32, August/Sept. 73: „Taktisches Wirrwarr"; außerdem Teil 1 dieses Artikels.
16) Siehe Vorwort zu „Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft", Reents Vlg. 72/73.
17) Siehe Vorwort zu „Kampf dem Faschismus — Nachdruck von Texten zur Faschismusfrage aus den 20er und 30er Jahren", Reents Vlg. 72/73.
18) AK 24/25 Dez. 72/Jan. 73: „Wie sich das Zirkelwesen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht".
19) AK 26, S. 11 ff., 3/73: „Schritt halten".
20) AK 29, S. 1 ff., 6/73: „Gegen die Kommunistenjagd: 'Erklärung des LG des KB' ".
21) Mai 74, AK-Extra.
22) AK 43, S. 1 ff., Mai 74: „Vormarsch der CDU ...".
23) AK 44, S. 1 ff., Mai 74: „Schmidt — neuer Kanzler des Kapitals".
24) AK 63, S. 3 ff., 7/75; AK 64, S. 19, 8/75: „Die sogenannte 'Nach-Vietnam-Politik' des US-Imperialismus — noch aggressiver.", Teil 1 und Teil 2.
25) AK-Extra, 3/76: „II. Kongreß des MES für die Volksmacht, für die Revolution." Einschränkend muß wohl gesagt werden, daß bzgl. der Situation in Portugal selbst gerade auf dem 2. MES-Kongreß nach dem versuchten Rechtsputsch vom September 75 und angesichts der Schwäche der Linken in den für April 76 bevorstehenden Wahlen wenig Grund für Euphorie vorlag. Nichtsdestoweniger ist die Publizierung eines solchen Aufrufs, gerade angesichts einer solchen konkreten Situation in Protugal, für das „feeling" der Linken derzeit, in diesem Fall des KB bezeichnend. Wer käme z.Z. auf einen solchen Gedanken?
26) AK 80, S. 1, 5/76: „CDU für Freiheit? SPD für Sozialismus? Parteien eröffnen den Bundestagswahlkampf".
27) „Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion", 9/76, Aufl. 6.000.
28) AK 90, S. 1 ff., 10/76: „Nach der Wahl: Alles beim alten!"
29) siehe 24
30) AK 73, S. 11, 2/76: „BRD-Imperialismus auf dem Vormarsch", Teil 1; AK 74, S. 9 ff., Teil 2, AK 75, S. 9 ff., Teil 3.
31) AK 94, S. 1 ff., 11/76: „Strauß läuft Amok"
32) AK 82, S.25, 6/76: „Frankfurt: 20.000 auf dem Anti-Repressionskongreß — jetzt Aktionseinheit notwendig."
33) Neben diversen, die „RUSSELL"-Aktivitäten begleitenden Sonder-Veröffentlichungen wie dem „Antirepressions-Info" (ab 5/55 bis Nr. 5 3/78) ist hier besonders die „antifaschistische „Russell-Reihe" zu erwähnen, die mit zehn Bänden zur Dokumentation nazistischer und polizeilicher Umtriebe in der BRD angekündigt war. 4 Bände erschienen tatsächlich rechtzeitig zum Tribunal: Band 1 — „Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945-77", Band 3 — „Dokumentation antisemitischer, antidemokratischer und offener NS-Provokationen der Roeder-Christophersen-Schönborn-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe", Band 4 — „Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1970", Band 5 — „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeStaPo". In denselben Zusammenhang gehört auch das „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen". Gegen Band 5 zur „Neuen GeStaPo" strengten BKA und einige LKAs einen umfänglichen Staatsverleumdungsprozeß an, der dem Buch eine Zweitauflage (3.-6.000) und öffentliche Aufmerksamkeit bescherte. Der Prozeß wurde angesichts der nicht zuletzt durch das „RUSSELL"-Tribunal entstehenden Öffentlichkeit zu den Praktiken der BRD-Geheimdienste und Polizei nach mehreren öffentlichkeitswirksamen Verhandlungstagen (im März/April 79) eingestellt. (Restposten aller von mir erwähnten Bücher sind übrigens noch zu beziehen).
34) Siehe dazu die Broschüre „Die ‚Wunder von Stammheim und Stadelheim' vor Gericht
In denselben Zusammenhang gehört auch das „Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen". Gegen Band 5 zur „Neuen GeStaPo" strengten BKA und einige LKAs einen umfänglichen Staatsverleumdungsprozeß an, der dem Buch eine Zweitauflage (3.-6.000) und öffentliche Aufmerksamkeit bescherte. Der Prozeß wurde angesichts der nicht zuletzt durch das „RUSSELL"-Tribunal entstehenden Öffentlichkeit zu den Praktiken der BRD-Geheimdienste und Polizei nach mehreren öffentlichkeitswirksamen Verhandlungstagen (im März/April 79) eingestellt. (Restposten aller von mir erwähnten Bücher sind übrigens noch zu beziehen).
34) Siehe dazu die Broschüre „Die ‚Wunder von Stammheim und Stadelheim' vor Gericht
— Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord", März 1979, in der wesentliche Texte zu den Ereignissen von Stammheim/Mogadishu nachgedruckt sind. Der Prozess gegen die Enthüllungen des „Arbeiterkampf" zu den Stammheimer „Wundern" begann parallel zu dem gegen das „Russel-Buch" zur „Neuen GeStaPo". Er hatte eine relativ große Öffentlichkeit. Er wurde am Tage seiner Eröffnung eingestellt. Der Prozeß gegen das „Russel-Buch" sowie in Bezug der Strammheimer „Selbstmord"-Enthüllungen des KB waren die bisher letzten schwerwiegenden Versuche, KB-Presse per Justiz zu unterbinden, bzw. einzuschränken.
35) AK 103, S. 1 ff, 7/77: „Nach dem Buback-Attentat: Der RECHTS-Staat marschiert."
36) AK 115, S. 1 ff, 10/77: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!"
37) AK 127, S. 37, 3/78: „Psychologische Kriegsführung — Teil der 'ausbauplanung Innere Sicherheit' 1978 - 81."
38) AK 148/149/151, Februar/März/April 79: „Moral, Gehirnwäsche und Verrat."
39) Siehe dazu Teil I, Entstehungsgeschichte der „These"
40) „Unser Weg" Nr. 26: „Rechenschaftsbericht des LG für den 1. KB-Kongreß"
41) „Unser Weg" Nr. 25: „1. KB-Kongreß für 1979 beschlossen"
42) „Unser Weg" Nr. 28: „Diskussionsbeiträge zum 1. KB-Kongreß" — Die Erwähnung der „Bund-Länder-Kommission" bezieht sich darauf, daß in dem Resolutionsentwurf diese Kommission als ein wichtiges Zentrum der Ideologisierungs-Kampagne der Bourgeoisie nach den Ereignissen von 1977 herausgearbeitet wurde. Ihre Aufgabe war, die „geistige Auseinandersetzung" mit dem „Extremismus und Terrorrismus" zu organisieren. Sie war politisch, organisatorisch und personell so gut wie identisch mit der „AG", in der u.a. das mögliche Verbot des „RUSSELL-Tribunals" erwogen wurde (siehe Anm. 37).
43) dito
44) AK 186, S. 1 ff, 7/80 und AK-Extra, Bundestagswahl: „Alles bleibt wie es ist."
45) AK 217, S. 26 ff, 1/82: „2. KB-Kongreß betont die Notwendigkeit ..."
46) AK 217, S. 29 ff, 1/82: „Thesen zur Perspektive des ‚Arbeiterkampf'."
47) AK 231, S. 1, 3/83: „Klare Mehrheit für — neue Atomraketen — Arbeitslosigkeit — Sozialabbau — Ausländerhetze."

Die Verbände des Kapitals

Teil 1

Bei der Ausübung und Sicherung imperialistischer Herrschaft in der BRD, der Bündelung von Klasseninteressen, der Konzipierung und Durchsetzung geeigneter politischer Strategien, haben sich die sogenannten Unternehmerverbände als ein wichtiges, für die Bourgeoisie ganz unverzichtbares Instrument erwiesen. Das politische Gewicht dieser Verbände — jedenfalls das der wichtigsten und mächtigsten — hat sich angesichts krisenhafter Entwicklung des BRD-Imperialismus nach Abschluß der vom ,,Wirtschaftswunder'' geprägten Nachkriegsära nur noch verstärkt.

Tiefgreifende innen- und außenpolitische Veränderungen seit Mitte der 60er Jahre zwangen die maßgeblichen Kapitalverbände, ihre Rolle und Aufgabenstellung im gesellschaftlichen Leben der BRD zu überprüfen, mit dem Ergebnis, daß sie ihre Aktivitäten inhaltlich und institutionell erheblich ausweiteten. Ein wesentlicher Anlaß für dieses erhöhte politische Engagement war die Niederlage der CDU/CSU von 1969, die als Hauptpartei der Bourgeoisie bis dahin 20 Jahre lang die Regierungsgeschäfte geführt hatte. Zwar waren sich zumindest die weitsichtigeren Kapitalvertreter von Anfang an der besonderen Möglichkeiten bewußt, die gerade eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung angesichts der veränderten innen- und außenpolitischen Situation bot: Mit dieser Partei konnte eine ,,neue Ostpolitik'' verwirklicht und damit neue Absatzmärkte und Einflußspähren erschlossen werden, konnten erfolgreich Versuche zur Integration der als bedrohlich empfundenen ,,Außerparlamentarischen Opposition'' (APO) unternommen und eine noch stärkere Anbindung der Gewerkschaften an staatliche Vorgaben erreicht werden. Andererseits wurde der Regierungswechsel in weiten Kreisen der Bourgeoisie als Signal für einen gefährlichen Linkstrend in der Gesellschaft begriffen, mit möglicherweise negativen, zumindest schwer kalkulierbaren Auswirkungen auf die kapitalistische Eigentumsordnung. Befürchtet wurden die Umsetzung sozialreformerischer Theorien zu Lasten des Kapitals (z.B. die ,,paritätische Mitbestimmung''), ein stärkerer Einfluß der Gewerkschaften auf staatliche Entscheidungen (Stichwort ,,Gewerkschaftsstaat'') sowie das weitere Anwachsen sozialistischer und kommunistischer Strömungen, die sich wesentlich als Produkt der zerfallenden APO herausbildeten, v.a. im Hochschulbereich, aber auch unter Jungarbeitern über Einfluß verfügten und in Form der Jusos sozialistische Ideen bis in das Potential der Regierungspartei hinein ausstrahlten.

Durchaus nicht gradlinig, im Ergebnis aber eindeutig, setzte sich in den führenden Kapitalistenverbänden in
Gewerkschaften auf staatliche Entscheidungen (Stichwort ,,Gewerkschaftsstaat'') sowie das weitere Anwachsen sozialistischer und kommunistischer Strömungen, die sich wesentlich als Produkt der zerfallenden APO herausbildeten, v.a. im Hochschulbereich, aber auch unter Jungarbeitern über Einfluß verfügten und in Form der Jusos sozialistische Ideen bis in das Potential der Regierungspartei hinein ausstrahlten.
Durchaus nicht gradlinig, im Ergebnis aber eindeutig, setzte sich in den führenden Kapitalistenverbänden in
der ersten Hälfte der 70er Jahre die Auffassung durch, dieser potentiellen Gefahr auf breiter Front mit eigenen strategischen Konzepten begegnen zu müssen. War die Einflußnahme der Unternehmerverbände bis dahin wesentlich auf die Verteidigung des Status quo, bestenfalls auf die Vertretung einzelner konzeptioneller Gedanken zu Teilgebieten orientiert, wurde nun darangegangen, stärker vorausschauend und umfassend eigene Gesamtkonzepte für die gesellschaftliche Entwicklung zu entwerfen und zu propagieren. Federführend erwies sich hierbei zunächst die **,,Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände''** (BDA), während der **,,Bundesverband der Deutschen Industrie''** (BDI) noch 1973 am bisherigen Modell unternehmerischer Verbandspolitik festhielt und durch seinen damaligen Präsidenten H.G. Sohl erklären ließ, Aufgabe der Organisation sei lediglich, *,,Maßnahmen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik''* nach ihrem Gehalt *,,abzuklopfen''* und *,,für oder wider politische Programme und Entscheidungen''* zu optieren (1). Dennoch setzte sich — auch im BDI — schließlich die im BDA entwickelte neue Linie durch, für deren Umsetzung sich insbesondere der damalige BDA-Präsident **Hanns Martin Schleyer** stark engagierte. Er forderte *,,befriedigende Antworten''* auf *,,Reformanliegen''*, die *,,aktive und überzeugende Fortentwicklung dieser Ordnung''*, um der linken Kapitalismuskritik auch ideologisch den Boden zu entziehen (2).

Die neue Aufgabenbestimmung in Richtung auf ein offensives Eingreifen, nicht nur zur Durchsetzung von verbandsspezifischen oder Teilforderungen, sondern mit geschärftem Blick für das gesellschaftspolitische Gesamtinteresse, fand auch Eingang in diverse Grundsatzerklärungen des BDA in jener Zeit. In einer Veröffentlichung unter dem Titel ,,Fortschritt aus Idee und Leistung'' von 1975 hieß es z.B.:

,,Heute richtet sich ihre Aktivität (gemeint sind die Kapitalisten, Anm. AK) *mehr und mehr auch auf das politische und gesellschaftliche Umfeld. Die Unternehmer gewinnen ein neues Verständnis von Politik. Im gesellschaftspolitischen Alltag beschränken sie sich nicht mehr darauf, das Für und Wider einzelner Probleme zu erwägen, ohne ihren ordnungspolitischen Zusammenhang zu berücksichtigen''* (3).

Schleyer selbst hatte vorher bereits gefordert:

,,Der Unternehmer darf der politischen Herausforderung nicht ausweichen, er muß sich ihr stellen. Dazu gehört Engagement in politischen Parteien und in Verbänden ebenso wie in regionalen Gremien. Es geht um die Beeinflussung der Diskussion von Anfang an, gewissermaßen an der Basis. Es geht um die Mitwirkung und Mitgestaltung gesellschaftlicher Veränderungen, politischer Reformen ebenso wie um die Auseinandersetzung und Abwehr systemüberwindender Ideologien und Strategien'' (4).
gefordert:
,,Der Unternehmer darf der politischen Herausforderung nicht ausweichen, er muß sich ihr stellen. Dazu gehört Engagement in politischen Parteien und in Verbänden ebenso wie in regionalen Gremien. Es geht um die Beeinflussung der Diskussion von Anfang an, gewissermaßen an der Basis. Es geht um die Mitwirkung und Mitgestaltung gesellschaftlicher Veränderungen, politischer Reformen ebenso wie um die Auseinandersetzung und Abwehr systemüberwindender Ideologien und Strategien'' (4).

Das **,,Institut der Deutschen Wirtschaft''** (IW) als Schaltstelle kapitalistischer Verbandspropaganda setzte ideologisch entsprechende Akzente: Ab 1971 veröffentlichte das IW eine Schriftenreihe ,,Die neue Linke'', die als Argumentationshilfe für Unternehmerverbände, Politiker und Journalisten diente. Bis 1976 erschienen hiervon 34 Ausgaben in einer Auflage von 8 Millionen Exemplaren. Auch die demagogische Debatte um einen angeblich drohenden ,,Gewerkschaftsstaat'' wurde von hier aus initiiert. 1974 erschien die Schrift ,,Auf dem Weg in den Gewerkschaftsstaat?'' mit 80.000 Exemplaren, ein Jahr später folgte das Buch ,,Die unbekannte Macht — Unternehmen DGB''.

Der KB hat sich damals wiederholt und z.T. ausführlich mit Bestrebungen aus dem kapitalistischen Verbandsspektrum auseinandergesetzt, eine offensive Gesamtstrategie zu etablieren ebenso wie mit dem aus diesem Lager inszenierten Propaganda-Feldzug gegen linke Ideen und Organisationen (5).

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen waren ein nicht unwesentlicher Bestandteil der damals von uns entwickelten ,,Faschisierungsthese'', sie waren mit Voraussetzung unseres damaligen Versuchs zu einer Arbeitshypothese zu gelangen, die die hauptsächlichen Tendenzen in der Entwicklung imperialistischer Politik und Herrschaftssicherung erfaßte. Daß dies mit der ,,Faschisierungsthese'' letztlich nur unvollkommen gelang und wir in wichtigen Punkten auch eindeutig daneben gelegen haben, ist Thema einer anderen Artikelserie in dieser Zeitung. Dennoch verdient die damals wie heute richtige Erkenntnis festgehalten zu werden, daß brauchbare Aussagen über die Entwicklungsrichtung und -perspektiven herrschender Politik schwerlich erarbeitet werden können, wenn nicht die strategischen Überlegungen zumindest der wichtigesten Führungsgremien und Schaltstellen kapitalistischer Verbandsmacht hierin einbezogen werden.

Dieser Aspekt ist im KB und im ARBEITERKAMPF in den letzten Jahren leider zu sehr in den Hintergrund getreten, trotz nach wie vor guter Analysen zu Teilgebieten, bei denen dieser Grundsatz noch beachtet wird.

Mit dem folgenden Beitrag soll daher ein Versuch unternommen werden, die bedeutende Rolle des kapitalistischen Verbandswesens im System der Herrschaftsausübung in der BRD erneut ins Gedächtnis zu rufen und ein Verständnis dafür zu erzeugen, daß eine befriedigende Analyse gegenwärtiger und zukünftiger Politik in der BRD nicht möglich ist, ohne diesen Einflußfaktor gebührend zu berücksichtigen.

Der Artikel zerfällt in zwei Teile: In diesem AK werden die wichtigsten Strukturen und Organisationen des kapitalistischen Verbandssystems vorgestellt. Im zweiten Teil, der in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung erscheint, sollen die Wege und Institutionen zur politisch-ideologischen Durchdringung
neut ins Gedächtnis zu rufen und ein Verständnis dafür zu erzeugen, daß eine befriedigende Analyse gegenwärtiger und zukünftiger Politik in der BRD nicht möglich ist, ohne diesen Einflußfaktor gebührend zu berücksichtigen.
Der Artikel zerfällt in zwei Teile: In diesem AK werden die wichtigsten Strukturen und Organisationen des kapitalistischen Verbandssystems vorgestellt. Im zweiten Teil, der in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung erscheint, sollen die Wege und Institutionen zur politisch-ideologischen Durchdringung
von Gesellschaft, Parteien und Staat beleuchtet werden.

H.C., KB/Gruppe Hamburg

Das kapitalistische Verbandssystem in der BRD

Die Zahl der Unternehmerverbände in der BRD kann nur geschätzt werden. Es sollen etwa 5.000 sein, möglicherweise aber auch 7.000, wobei in diesen Zahlen noch nicht einmal diejenigen Verbände berücksichtigt sind, deren Aktionsradius sich nur auf kleinere Ortschaften erstreckt — z.B. lokale Handwerker- und Gewerbevereine (6). Fast alle sind Bestandteil eines hierarchisch gegliederten Verbandssystems, das wesentlich auf drei Säulen von institutionell wie personell miteinander verflochtenen Organisationstypen beruht:

— Aufgabe der sogenannten **,,Wirtschaftsverbände''** ist es v.a., die gemeinsamen (wirtschafts-)politischen Belange ihrer Mitgliedsunternehmen oder -verbände gegenüber Staat und Gesellschaft zu vertreten. Es gibt mehrere hundert Organisationen dieses Typs, die sich größtenteils in den folgenden 13 wirtschaftspolitischen Dachverbänden organisiert haben:

+ Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V.
+ Bundesverband Deutscher Banken e.V.
+ Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.
+ Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenkassen e.V.
+ Zentralarbeitsgemeinschaft des Straßenverkehrsgewerbes e.V.
+ Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe e.V.
+ Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
+ Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.
+ Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels e.V.
+ Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.
+ Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V.
+ Centralvereinigung Deutscher handelsvertreter- und Handelsmaklerverbände
+ Verband Deutscher Reeder e.V.

Neben diesen Organisationen gibt es noch wirtschaftspolitische Dachverbände der Landwirtschaft (Deutscher Bauernverband) sowie der Kommunalwirtschaft.

— **,,Arbeitgeberverbände''** sind kapitalistische Zusammenschlüsse mit sozial- und tarifpolitischer Aufgabenstellung. Ihre wichtigste Aufgabe ist das Aushandeln von Löhnen, Gehältern und Arbeitsbedingungen mit den Gewerkschaften. Sie sind außerdem drittelparitätisch in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung vertreten.

In der BRD existieren über 800 solcher Arbeitgeberverbände, die sich größtenteils in jenen 46 Fachspitzen- und 11 Landesverbänden zusammengeschlossen haben, die ihrerseits wiederum in der **,,Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.''** (BDA) organisiert sind.

— Als dritte Säule des kapitalistischen Verbändewesens wären die **Kammern** zu nennen (Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern), regionale Zwangsvereinigungen mit dem Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Für jeden Landwirt, handwerker, Kaufmann oder sonstigen Gewerbetreibenden besteht ein Mitgliedszwang in der jeweils für seinen Wirtschaftszweig zuständigen Kammer. Aufgabe dieser Organe ist es, die regionalpolitischen Interessen der Betriebe des jeweiligen Kammerbezirks zu vertreten. Außerdem nehmen sie — mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet — verschiedene staatliche und halbstaatliche Aufgaben wahr (z.B. in der Berufsausbildung).

Die bundesweiten Dachverbände dieser regionalen Vereinigungen sind für die Industrie- und Handelskammern der **Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT)**, für die Handwerkskammern der Deutsche Handwerkskammertag und für die Landwirtschaftskammern der Verband der Landwirtschaftskammern.

Die wichtigsten Dachorganisationen dieser drei kapitalistischen Verbandssäulen haben sich im **,,Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerbli-**

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Verbände des Kapitals

chen Wirtschaft'' zusammengeschlossen (siehe Schaubild); Mitglieder des 1950 gegründeten Gemeinschaftsausschusses sind die o.g. 13 wirtschaftspolitischen Dachverbände, die BDA und der DIHT. Dieser Ausschuß hat wesentlich die Aufgabe eine gemeinsame Auffassung in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erarbeiten, sofern alle Wirtschaftszweige davon betroffen sind oder aber die Artikulierung politischer Grundsatzfragen ansteht. Anders als die in ihm vertretenen Dachverbände verfügt der Gemeinschaftsausschuß über keinen eigenen Apparat und tritt daher nur von Fall zu Fall in Erscheinung.

Neben Unternehmerverbänden, die einer der dargestellten drei Verbandssäulen zugeordnet werden können, gibt es noch solche Vereinigungen, die nicht in dieses Schema passen:

— So existieren z.B. Verbände, die bestimmte ständische Gruppen und Interessen des Unternehmertums vertreten. Als größte und wichtigste Standesorganisation wäre hierbei die **,,Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer''** (ASU) mit rund 6.000 Mitgliedern zu nennen. Ihm angeschlossen ist der ,,Bundesverband Junger Unternehmer'' (BJU). (Weitere Verbände dieser Kategorie sind: Der Bund katholischer Unternehmer, der Bundesverband jüdischer Gewerbetreibender, die Vereinigung der Unternehmerinnen u.a.). Diese allesamt eher ,,mittelständischen'' Vereinigungen haben aber nicht entfernt die Bedeutung, wie etwa BDI, BDA u.a. Spitzen- und Dachorganisationen aus dem dreigliedrigen System kapitalistischer Verbandsmacht.

— Eine weitere Gruppe innerhalb des Verbändesystems sind die sog. ,,Querschnittsverbände''. Sie gehören im engeren Sinne zwar zu den Wirtschaftsverbänden, nehmen anders als die oben aufgeführten Vereinigungen aber überfächliche Querschnittsaufgaben wahr. Hierunter fallen z.B. der Verband für industrielle Kraftwirtschaft, der Verband für Markenartikel, der Verein für Meerestechnik u. dgl. mehr.

— Außerdem gibt es noch eine große Gruppe unternehmerischer Sonderverbände, die bestimmte Detailaufgaben wahrnehmen, wie z.B. der Arbeitskreis zur Förderung der Aktie, der Bund der Steuerzahler, der Verband der Postbenutzer u.a.m.

Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft



Quelle: W. Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT

Organisationsgrad, personelle und finanzielle Ausstattung

Die Kapitalistenverbände verfügen über einen zumeist außerordentlich hohen Organisationsgrad. So sind etwa 80-90 Prozent aller in Privathand befindlichen Unternehmen in der BDA vertreten. Bei den Wirtschaftsverbänden liegt der Organisationsgrad zwischen 60 und fast 100 Prozent. Bei den Kammern sind aufgrund der Pflichtmitgliedschaft ohnehin alle Unternehmen zwangsorganisiert.

Die Zahl der h a u p t a m t l i c h e n Mitarbeiter von Kapitalistenverbänden wird auf etwa 120.000 (!) geschätzt, die sich auf rund 5.000 von den Verbänden getragenen Büros bzw. Verwaltungsstellen verteilen (7). Hinzu kommen noch zahllose ,,ehrenamtliche'' Funktionäre, die für diese Tätigkeit von ihren Unternehmen freigestellt werden. So sitzen z.B. allein in den Ausschüssen von BDA und DIHT über 1.600 solcher ehrenamtlicher Mitarbeiter, allein bei der Industrie- und Handelskammer in Hamburg wirken etwa 350 ehrenamtliche Verbandsexperten aus den örtlichen Unternehmen mit.

Über die Etatgröße der Kapitalistenverbände gibt es aus naheliegenden Gründen nur spärliche und lückenhafte Informationen. Die Beitragseinnahmen der dem BDI angeschlossenen Wirtschaftsverbände wurden für 1971 auf mehr als 200 Mio. DM geschätzt. Ein ,,Insider'' aus der unternehmerischen Verbandsszene schätzte 1968 das jährliche Beitragsaufkommen sämtlicher Kapitalistenverbände auf 800 Mio. bis 1,5 Milliarden DM, wobei hierin die außerordentlichen Haushalte (z.B. Wahlkampffonds) noch gar nicht enthalten waren (8).

Die Potenz der Unternehmerverbände läßt sich aus diesen Zahlen bestenfalls erahnen. Welche gesellschaftliche Macht beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie verkörpert, ist vielleicht annähernd aus der Tatsache abzulesen, daß bereits 1973 der Umsatz der damals etwa 100.000 Mitgliedsunternehmen 669 Milliarden DM betrug (9).

Monopolistischer Zentralismus

Die Kapitalistenverbände, jedenfalls die wichtigsten und darunter insbesondere die maßgeblichen Fachspitzen- und Dachverbände, befinden sich in der Regel fest im Griff der Monopolbourgeoisie. Und das, obwohl sie sich dort — was ihren Anteil an der Gesamtzahl der Verbandsmitglieder betrifft — fast durchweg in der Minderheit befindet. Dies ist nicht zuletzt der innerverbandliche Ausdruck der Tatsache, daß eine verschwindende Minderheit von Monopol- und Großunternehmen den Wirtschaftsprozeß dominiert und die in ihrem Kielwasser befindlichen Klein- und Mittelbetriebe oftmals weitgehend beherrscht. Eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen hängt in seiner ökonomischen Existenz unmittelbar oder mittelbar z.B. als Zulieferer von Großunternehmen ab. Als solche Zulieferer nennen z.B. Daimler-Benz 28.000, die Bayer AG 17.500, VW 11.600, BASF 10.000, Siemens, AEG und Standard Electric je 3.000 Betriebe (10).

Zur weiteren Illustration der ökonomischen Machtzusammenballung in der BRD mögen folgende Angaben genügen:

,,Verfügten die 15 bedeutendsten BRD-Industriekonzerne 1960 über rund 17 Prozent des Umsatzes der gesamten Industrie der BRD, so war dieser Anteil 1977 auf 21 Prozent gestiegen. Ihr in- und ausländisches Wirtschaftspotential umfaßte im gleichen Jahr bereits 250 Mrd. DM und mehr als zwei Millionen Beschäftigte. Hinzuzusetzen ist noch, daß diese 15 Konzerne in den fünf entscheidenden Wirtschaftszweigen tätig sind, und zwar in der chemischen, der elektrotechnischen und der Eisen- und Stahlindustrie sowie in der Fahrzeugindustrie und im Maschinenbau. In diesen Bereichen verfügten sie über 40 Prozent der Beschäftigten, 42 Prozent des Umsatzes und 48 Prozent des Exports.

Das Ausmaß der Konzentration von Kapital und Macht wird aber erst vollständig aufgedeckt, wenn man die Tatsache einbezieht, daß diese und Hunderte weiterer Industriekonzerne selber zu einer kleinen Anzahl von Finanzgruppen gehören, die sich aus der Verschmelzung von Industrie-, Handels- und Bankkapital gebildet haben. Sie scharen sich um die drei großen Monopolbanken, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank, und damit um die bedeutendsten Finanzimperien der BRD. Diese erzielten mit den zu ihnen gehörenden bzw. von ihnen kontrollierten Konzernen und Großunternehmen 1978 einen Umsatz von 450 Mrd. DM und beschäftigten drei Millionen Arbeiter und Angestellte.'' (11)

Neben direkter und indirekter ökonomischer Abhängigkeit von den Großen, auch dem geringen finanziellen Spielraum für die Freistellung ständiger Verbandsmitarbeiter, ist die Unterlegenheit kleinerer und mittlerer Unternehmen in den Kapitalistenverbänden außerdem satzungsmäßig begründet: Wie auf dem kapitalistischen Markt, gilt auch innerverbandlich das Recht des Stärkeren. Das jeweilige Stimmengewicht der einzelnen Mitglieder richtet sich entsprechend der Hauptrichtung der Verbandstätigkeit in der Regel nach der Zahl der Beschäftigten, dem Umsatz oder der Kapitalgröße. Darüber hinaus sind die führenden Konzerne und Finanzgruppen aufgrund der Breite ihrer Kapitalanlagsphären und ihrer regionalen Ausdehnung gleichzeitig nicht nur Mitglied eines wirtschaftspolitischen Fachverbandes und eines Arbeitgeberverbandes sowie einer Industrie- und Handelskammer, wie dies für annähernd jedes Unternehmen in der BRD gilt; sie gehören jeweils mehreren Verbänden der einzelnen Gruppen an und sind auch deshalb bei der Besetzung von Führungspositionen in den Spitzen- und Dachverbänden im Vorteil. Hinzu kommen weitere Satzungsbestimmungen, die die in den Verbandsspitzen potenzierte Macht der Monopolbourgeoisie zementieren. So steht es z.B. dem BDI-Präsidium nach der Verbandssatzung zu, zusätzlich zu den von der Mitgliederversammlung gewählten Präsidialmitgliedern *,,acht weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidialmitglieder hinzuzuwählen''* (12). Eine ähnliche Regelung gibt es in der BDA-Satzung, wobei es hier zwei Mitglieder sind, die auf diesem Weg ins Präsidium kooptiert werden können. Wissen muß man hierbei, daß die Präsidien die eigentlich entscheidenden Gremien dieser Verbände sind, während die Mitgliederversammlung eine deutlich untergeordnete Rolle spielt und meistens nur einmal jährlich zusammentritt.

Die Macht der jeweiligen Präsidien über Mitglieder und Mitgliedsverbände rechtfertigt von einem Verbandsprinzip des **monopolistischen Zentralismus** zu sprechen. So heißt es z.B. in der BDI-Satzung: *,,Die Mitglieder sind an die Entschließungen des Bundesverbandes gebunden ... Die Mitglieder sind verpflichtet, den Bundesverband in der Durchführung seiner satzungsgemäßen Aufgabe zu unterstützen''* (13). Eine fast gleichlautende Bestimmung findet sich auch in der Satzung der BDA: *,,Die Mitglieder der Bundesvereinigung sind an die satzungsmäßig zustande gekommenen Beschlüsse der Bundesvereinigung und ihrer Organe gebunden ... Sie sind verpflichtet, der Bundesvereinigung und deren Organe gewissenhaft und fristgerecht alle erforderlichen Auskünfte zu geben''.* Und weiter: *,,In wichtigen Angelegenheiten, die wegen ihrer Dringlichkeit keinen Aufschub dulden, ist das Präsidium berechtigt, Maßnahmen zu treffen''* (14).

Eine DGB-Untersuchung von 1971 kam zu dem Ergebnis, daß die Vertreter der Großindustrie und Großbanken gegenüber Vertretern mittlerer Unternehmen im BDI-Präsidium ein deutliches Übergewicht hatten, im BDA-Präsidium standen sich die genannten Gruppen im Verhältnis von 1:1 gegenüber; der damals 24-köpfige Vorstand des DIHT setzte sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Großunternehmen und der Mittel- und Kleinunternehmen zusammen, während die große Masse der in den IHK'n zusammengeschlossenen Kleinstunternehmen überhaupt nicht repräsentiert war (15).

An dieser Zusammensetzung der führenden Organe von BDI, BDA und DIHT hat sich seither nichts wesentliches geändert, wobei hieraus die tatsächliche Dominanz der Monopolbourgeoisie in diesen Dachverbänden in ihrem vollen Ausmaß noch gar nicht hervorgeht, wenn man z.B. berücksichtigt,

— daß die Aufnahme von Vertretern kleinerer und mittlerer Unternehmen in die führenden Organe vielfach rein taktische Gründe hat, um die Integrationsfähigkeit des Verbandes nicht aufs Spiel zu setzen (16);

— daß nur Großunternehmen in der Lage sind, Spezialisten mit der für die Verbandsarbeit erforderlichen Qualifikation in größerer Zahl freizustellen, die ihnen genehme Entscheidungen vorbereiten und ,,wissenschaftlich'' untermauern;

— daß sich unter den angeführten Mittel- und Kleinunternehmen in den führenden Verbandsorganen mit großer Sicherheit eine Reihe faktischer Tochterunternehmen von Groß-Konzernen und -Banken befinden oder vergleichbare Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnisse existieren.

Zusammenarbeit und Verflechtung unterschiedlicher Kapital-Verbandstypen

Die sich aus dem System dreier unterschiedlicher Unternehmerverbandstypen ergebende Arbeits- und Aufgabenteilung ist wegen des hohen Vergesellschaftungsgrades der Produktion, der erreichten Monopolisierung sowie aufgrund wechselseitiger Abhängigkeit und Auswirkungen wirtschafts-, sozial- und regionalpolitischer Entscheidungen in ihrer reinen Form immer weniger durchzuhalten. So kommt es häufig dazu, daß sich Kapitalistenverbände des einen Sektors auch Aufgaben eines anderen zuwenden; daß Kapitalistenverbände unterschiedlicher Verbandstypen an identischen Themen arbeiten und dabei mitunter auch um die Durchsetzung divergierender Vor-

Verbandstypen an identischen Themen arbeiten und dabei mitunter auch um die Durchsetzung divergierender Vorstellungen konkurrieren.

Um dennoch Reibungsverluste nach Möglichkeit zu vermeiden, stattdessen ein geschlossenes, effektives Handeln zu erreichen, um Interessensgegensätze auszugleichen und überall wo machbar mit einer Stimme sprechen zu können, wurde ein umfangreiches Geflecht interverbandlicher Ausschüsse und Arbeitskreise geschaffen. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang z.B. der bereits vorgestellte ,,Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft'', der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft, der Arbeitskreis für Berufsbildung, die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer, die Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der Gewerblichen Wirtschaft u.v.a.m.

Institutionell begegnen sich die Verbände außerdem im Institut der deutschen Wirtschaft, im Institut für Sozial- und Wirtschaftspolitische Ausbildung, in der Staatsbürgerlichen Vereinigung, im CDU-Wirtschaftsrat usw.

Besonders enge institutionelle Beziehungen zueinander unterhalten v.a. BDI und BDA. Wechselseitig haben ihre Spitzenfunktionäre Sitz und Stimme in den jeweiligen Präsidien. In den Satzungen beider Organisationen findet sich darüber hinaus die Vorschrift, nach der der jeweils amtierende Vorsitzende des Instituts der deutschen Wirtschaft in das Verbandspräsidium zu kooptieren ist.

Gleichermaßen in den Präsidien von BDI u n d BDA sind aktuell z.B. vertreten:

Rudolf von Bennigsen-Foerder (VEBA AG), **Richard Dohse** (Fa. R. Dohse & Sohn, Bielefeld), **Jochen F. Kirchhoff** (Fa. S. Witte GmbH & Co KG, Iserlohn), **Manfred Lennings** (Gutehoffnungshütte), z.Zt. Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft; **Arend Oetker** (Schwartauer Werke GmbH & Co.) sowie **Wolfram Thiele** (MAN, Gutehoffnungshütte) (17).

Außerdem gibt es einen **BDI/BDA-Kontaktausschuß**, dessen Aufgbe es ist, zu einem abgestimmten und einheitlichen Vorgehen beider Dachverbände in allen wesentlichen Frgen beizutragen. Gemeinsam vertreten sind BDA und BDI auch in der UNICE, dem Dachverband der wirtschafts- und sozialpolitischen Kapitalistenverbände der EG-Mitgliedsländer, der unmittelbar auf die Entscheidungen der EG-Kommission in Brüssel einwirkt.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie

Im Bundesverband der Deutschen Industrie sind die wichtigsten Wirtschaftsverbände der Industrie zusammengeschlossen. Obwohl neben ihm zwölf weitere wirtschaftspolitische Dachverbände der gewerblichen Wirtschaft sowie die BDA und der DIHT existieren (18), hat sich der BDI unstreitig *,,zur entscheidenden Schaltstelle für die Formierung und Durchsetzung der grundlegenden ökonomischen und politischen Machtinteressen des Monopolkapitals entwickelt''* (19).

Der BDI ist ein Verband von Verbänden. Ihm gehören z.Zt. 36 Fachspitzenverbände der Industrie an (siehe nebenstehenden Kasten), die sich auf der untersten Ebene wiederum aus ca. 500 Fachverbänden und Landesverbänden zusammensetzen. Im BDI waren nach dem Stand vom Januar 1980 etwa 80.000 private industrielle Unternehmen zusammengeschlossen, schätzungsweise 3/4 der gesamten westdeutschen Industrie.

Fortsetzung nächste Seite

Die 36 Mitgliedsverbände des BDI

Verband der Automobilindustrie e.V., Frankfurt (Main)
Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V., Köln
Wirtschaftsvereinigung Bergbau e.V., Bonn
Verband der chemischen Industrie e.V., Frankfurt (Main)
Verband der Cigarettenindustrie, Hamburg
Bundesverband Druck e.V., Wiesbaden
Wirtschaftsverband Eisen, Blech und Metall verarbeitende Industrie e.V., Düsseldorf
Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf
Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e.V., Frankfurt (Main)
Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung e.V., Hannover
Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V., Bonn 2
Verband der Deutschen Feinmechanischen und Optischen Indu-
Verband der Deutschen Feinmechanischen und Optischen Indu-
strie e.V., Köln
Bundesverband Bekleidungsindustrie e.V., Köln
Deutscher Gießereiverband, Düsseldorf
Bundesverband Glasindustrie und Mineralfaserindustrie e.V., Düsseldorf
Hauptverband der Deutschen Holzindustrie u. verwandt. Industriezweige e.V., Wiesbaden
Arbeitsgemeinschaft Industriegruppe, z.Z. Nürnberg
Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.v., Frankfurt (Main)
Arbeitsgemeinschaft Keramische Industrie e.V., Frankfurt (Main)
Gesamtverband kunststoffverarbeitende Industrie e.V., Frankfurt (Main)
Bundesverband der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie e.V., Bonn 2
Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V., Frankfurt (Main)-Niederrad
Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V., Düsseldorf
Mineralölwirtschaftsverband e.V., Hamburg
Verband Deutscher Papierfabriken e.V., Bonn
Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie e.V., Frankfurt (Main)
Vereinigung Deutscher Sägewerksverbände e.V., Wiesbaden
Verband der Deutschen Schiffbauindustrie e.V., Hamburg
Arbeitsgemeinschaft Schuhe/Leder, Offenbach
Wirtschaftsverband Stahlbau und Energietechnik, Köln
Wirtschaftsverband Stahlbau und Energietechnik, Köln
Wirtschaftsverband Stahlverformung e.V., Hagen
Bundesverband Steine und Erden e.V., Frankfurt (Main)
Gesamtverband der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland — Gesamttextil — e.V., Frankfurt (Main)
Deutsche Verbundgesellschaft e.V., Heidelberg
Wirtschaftsvereinigung Ziehereien und Kaltwalzwerke, Düsseldorf
Verein der Zuckerindustrie, Bonn

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Verbände des Kapitals

Laut Satzung vertritt der BDI die wirtschaftspolitischen Interessen der Industrie im Staat, gegenüber den Parteien, den Gewerkschaften, anderen gesellschaftlichen Gruppen und gegenüber den Gremien der Europäischen Gemeinschaft. Die Vertretung sozialpolitischer Belange ist ausdrücklich ausgeklammert und wird — jedenfalls in den meisten Fällen — der BDA überlassen. Die BDI-Jahresberichte geben Auskunft darüber, wie breit das Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet gestreut ist: Geld-, Kredit- und Währungspolitik, Verkehrswesen, Außenhandel, Industrieversicherungs-Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik, Öffentliches Auftragswesen, Verteidigungsfragen, Energie- und Atomwirtschaft, Raumordnungs- und Regionalpolitik, Entwicklungsländer, Agrarpolitik, Forschung, Technologie, Berufsausbildung, Kulturpolitik u.a.m.

Hauptadressat des BDI ist der Staat. Sichtbar wird dies auch daran, daß der BDI seinen zentralen Apparat thematisch analog zum Regierungsapparat gegliedert hat, so daß jedem Ministerium eine entsprechende Struktureinheit der BDI-Zentrale gegenüber steht.

„Der BDI beobachtet und beeinflußt alle wichtigen wirtschaftspolitischen Entwicklungen und Entscheidungen. Dazu stehen ihm über 40 eigene Arbeitskreise und Ausschüsse zur Verfügung. Darüber hinaus ist er in fast allen Beratergremien der Regierung und den ihr nachgeordneten Dienststellen vertreten. Er unterhält zusammen mit anderen Verbänden gemeinsame Institute, Stiftungen und Fördergesellschaften, die von der Analyse wichtiger Prozesse über die Konzipierung wirtschaftlicher und politischer Leitlinien bis hin zur finanziellen Förderung wissenschaftlicher Projekte und Parteien das breite Spektrum der politischen Einwirkung veranschaulichen" (20).

Darüber hinaus ist der BDI Mitglied in weiteren Ausschüssen, die von den bedeutendsten Spitzen- und Dachverbänden der westdeutschen Wirtschaft getragen werden (z.B. im Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft), außerdem in dem bereits erwähnten Zusammenschluß westeuropäischer Kapitalistenverbände UNICE, im Rat der Europäischen Industrieverbände (REI), sowie im „Business and Industry Commitee" (BIAC), das die Spitzenverbände aller kapitalistischen Länder umfaßt, die in der OECD (21) zusammengeschlossen sind.

Die Leitung der gesamten Tätigkeit des Verbandes liegt in den Händen des Präsidiums, in dem die Vertreter der Monopolbourgeoisie stets eine deutliche Mehrheit von etwa 2/3 der Präsidialmitglieder stellen. Präsident des BDI ist seit 1985 **Hans Joachim Langmann**, persönlich haftender Gesellschafter und Vorsitzender der Ge-
BDI ist seit 1985 **Hans Joachim Langmann**, persönlich haftender Gesellschafter und Vorsitzender der Ge-
schäftsleitung des Darmstädter **Chemie- und Pharmakonzerns E. Merck** (22). Darüber hinaus sitzen im BDI-Präsidium z.Zt. Abgesandte folgender Monopol- und Großunternehmen: Thyssen AG, Ruhrkohle AG, Siemens, Bayer, Hoechst, Daimler-Benz, VEBA, Volkswagenwerk, Gutehoffnungshütte, Aral AG, Bosch, Mannesmann, MBB, Bayernwerk AG, Preussag, Veith-Pirelli und MAN.

Die drei einflußreichsten Großbanken sind de facto ebenfalls direkt in diesem höchsten Entscheidungsgremium vertreten:

- Die **Deutsche Bank** durch ihr Aufsichtsratsmitglied **Hans L. Merkle** von der Robert Bosch GmbH sowie durch **Rudolf v. Bennigsen-Foerder** (Vorstandsvorsitzender der VEBA AG), **Herbert Grünewald** (Vorstandsvorsitzender der Bayer AG), **Egon Overbeck** (Aufsichtsratsmitglied der Mannesmann AG) und **Joachim Zahn** (Aufsichtsratmitglied bei Daimler-Benz), die dem Beraterkreis der Großbank angehören.
- Die **Dresdner Bank** durch ihr Aufsichtsratsmitglied **Dieter Spethmann** (Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG) und die
- **Commerzbank** mit ihrem Aufsichtsratsmitglied **Kurt Hansen** (Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bayer AG) (23).

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

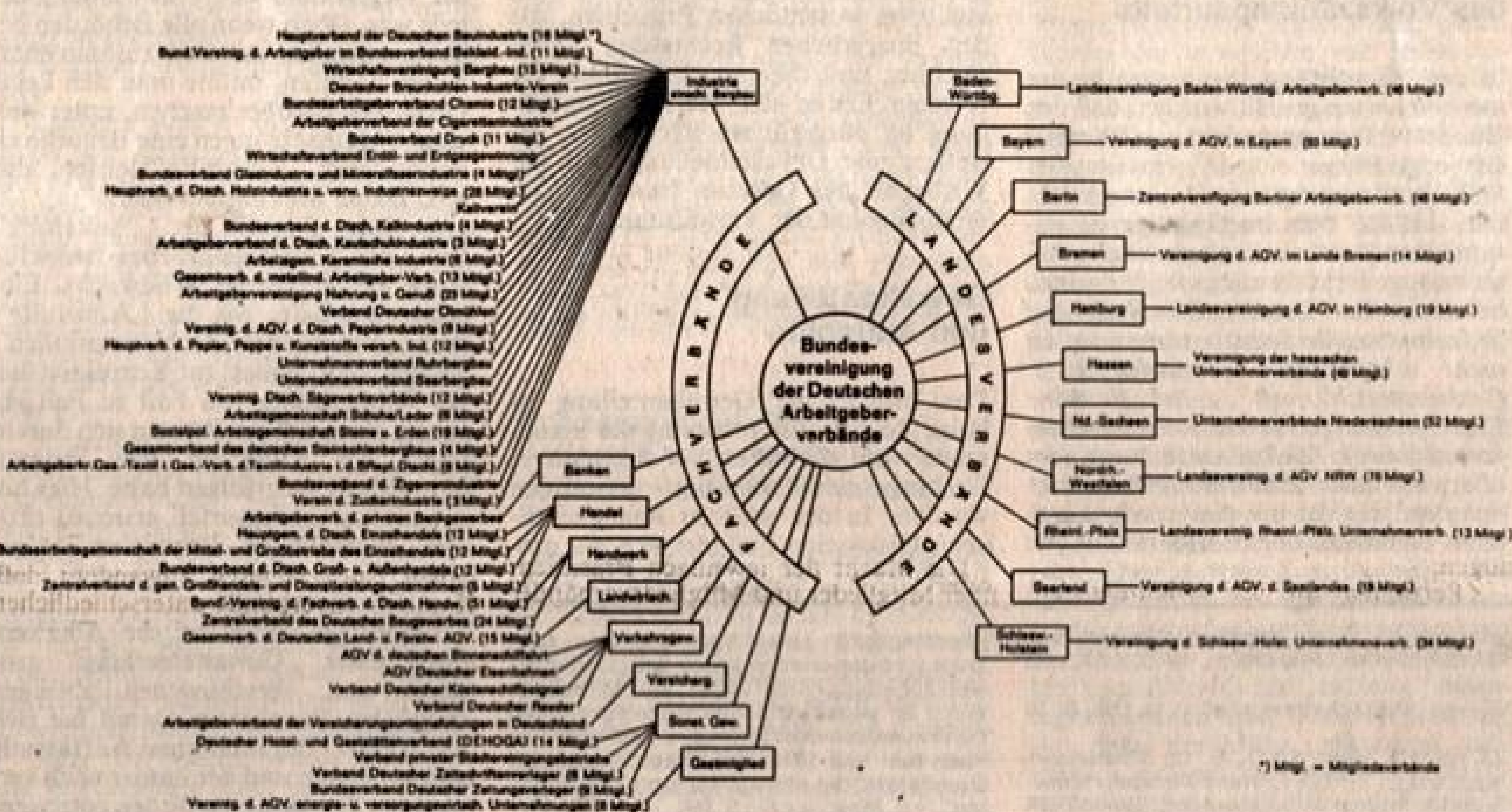
Die BDA vertritt als sogenannter sozialpolitischer Verband die Profitinteressen gegenüber Arbeitern, Angestellten und Gewerkschaften, wobei das Ziel verfolgt wird, eine möglichst hohe Ausbeutungsrate zu gewährleisten, gleichfalls aber den Ausbruch sozialer Konflikte möglichst zu begrenzen. Beides geschieht in enger Kooperation mit dem Staat, dessen Sozialpolitik von der BDA — in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden, insbesondere dem BDI — massiv beeinflußt wird.

Die BDA ist wesentlich breiter zusammengesetzt als z.B. der BDI. Dem Verband gehören private Betriebe aller Branchen an, die fremde Arbeitskraft ausbeuten: Industrie einschließlich Bergbau, Handwerk, Landwirtschaft, Groß- und Außenhandel, Einzelhandel, privates Bankgewerbe, private Versicherungsunternehmen, Verkehrsgewerbe und sonstiges Gewerbe.

Wie der BDI ist die BDA ein Verband von Verbänden. Zu ihren Mitgliedern zählen 46 Fachspitzen- und 11 überfachliche Landesarbeitgeberverbände, denen 851 Fach- und Regionalverbände angeschlossen sind.

Die Bundesvereinigung wirkt als Koordinierungszentrale aller durch sie vertretenen Arbeitgeberorganisationen. Ihre zentrale Aufgabe ist es, allgemeine Grundsätze und Richtlinien in sozialpolitischen, arbeitsrechtlichen, bildungspolitischen Fragen (z.B. „Vermögensbildung", „Mitbestimmung", berufliche Bildung, Sozialversicherung) und hinsichtlich der von den Kapitalisten einzuschlagenden Tarifpolitik zu entwickeln und gegenüber Gewerkschaften, Staat usw. durchzusetzen.

Mitglieder der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände



Quelle: BDA-Jahresbericht 1984

Die BDA unterhält neben einem umfangreichen Verbandsapparat, ver-
Die BDA unterhält neben einem umfangreichen Verbandsapparat, ver-
bandsinternen Ausschüssen, Arbeitskreisen usw., in denen weit über 1.000 Verbands- und Unternehmensvertreter mitarbeiten, auch mehrere wissenschaftliche Einrichtungen, die teilweise von ihr allein (z.B. die „Walter Raymond-Stiftung") und mit anderen Wirtschaftsverbänden getragen werden („Institut der deutschen Wirtschaft", „Institut für sozial- und wirtschaftspolitische Ausbildung e.V.", „Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung" u.a.).

Sie ist außerdem in diversen bereits o.g. interverbandlichen Ausschüssen vertreten (z.B. im Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft), in einer großen Zahl von staatlichen Organen (Beiräten) sowie in den öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaften der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung; sie entsendet Vertreter als ehrenamtliche Richter und Beisitzer an das Bundesarbeitsgericht, an das Bundessozialgericht und hat u.a. auch Sitz und Stimme im Fernsehrat des ZDF und im Rundfunkrat des Deutschlandfunks.

Laut Gesetz ist die BDA selbst nicht tariffähig; die Tarifpolitik wird von den Mitgliedsverbänden daher formell eigenverantwortlich geführt. Dennoch hat die Bundesvereinigung ihre Leitfunktion auch in Tariffragen in letzter Zeit soweit ausgebaut, daß praktisch kein Mitgliedsverband ohne Einverständnis der Zentrale bei den Tarifauseinandersetzungen handelt. *„Obwohl sie selber am Abschluß von Tarifverträgen nicht beteiligt ist, gibt der berüchtigte Tabu-Katalog (Katalog der zu koordinierenden lohn- und tarifpolitischen Fragen), der 1965 zusammengestellt und 1968, 1975 und 1978 verfeinert und ausgebaut wurde, der BDA die Mittel in die Hand — dort, wo dies im Interesse der Gesamtheit des Monopolkapitals zweckmäßig ist, auch entgegen den Profitinteressen einzelner Unternehmen, Monopole und Wirtschaftszweige —, die Tarifkämpfe im Sinne übergeordneter Gesichtspunkte, im Interesse der Erhaltung und Verbesserung der allgemeinen Verwertungsbedingungen, zu führen. Gestützt auf die einschlägigen Erfahrungen des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) wurde ein System von Grundpositionen, Zwangsmaßnahmen und finanziellen Kampffonds entwickelt, das es ermöglichte, die Aussperrungspraktiken in einem großen Maßstab und offensiv für gezielte Angriffe auf die Gewerkschaften einzusetzen. Dabei wird der Tabu-Katalog als Waffe zur Realisierung der antisozialen Strategie des Monopolkapitals für die 80er Jahre von der BDA planmäßig genutzt.*

Ein lohn- und tarifpolitischer Ausschuß bei der BDA, in dem fast alle Mitgliedsverbände vertreten sind, erörtert die Grundsatzfragen, ergänzt und verändert den Tabu-Katalog. Für das Zustandekommen schneller Übereinkünfte in taktischen Fragen hingegen sorgt ein 1974 gegründeter Informationskreis bei der BDA, der mindestens alle zwei Monate zusammentritt und nur 15 Mitglieder zählt; der BDI/BDA-Kontaktausschuß koordiniert auf Landes- und zentraler Ebene das gemeinsame Vorgehen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik" (24).

Um den BDA-Mitgliedsverbänden das Vorgehen auf einer gemeinsamen tarifpolitischen Linie zu erleichtern, andererseits aber auch, um das finan-
tarifpolitischen Linie zu erleichtern, andererseits aber auch, um das finan-
zielle Risiko für einzelne Unternehmen/Verbände zu erhöhen, aus der gemeinsamen Front der BDA auszuscheren, wurde ein dreistufiges System von Kampffonds geschaffen, das durch Zwangsabgaben der Unternehmer gespeist wird. Dazu gehören auf unterster Ebene die sog. **„Unterstützungsfonds"**, die auf BDA-Beschluß 1956 bei allen Tarifträgerverbänden eingerichtet wurden (25). Auf nächst höherer Ebene — bei den Fachspitzenverbänden — sind die Unterstützungsfonds zu sog. **„Gefahrengemeinschaften"** zusammengeschlossen. Rückerstattet werden beispielsweise von der Gefahrengemeinschaft der Metallindustrie in der Regel 70% der durch Arbeitskampfmaßnahmen ausgefallenen Bruttolohn- und Gehaltssumme.

Auf BDA-Ebene existiert schließlich die **„Schutzgemeinschaft"** als freiwilliger Zusammenschluß der einzelnen Gefahrengemeinschaften; auch die Verbände des BDI gehören dieser Schutzgemeinschaft an. Der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl, der der BDA nicht angehört, wurde ebenfalls in die Schutzgemeinschaft aufgenommen, nachdem er 1979 das gewerkschaftliche Kampfziel nach Einführung der 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie erfolgreich vereiteln konnte (26).

Das Kuratorium der bei der BDA angesiedelten „Schutzgemeinschaft" ist übrigens identisch mit dem bereits erwähnten BDI/BDA-Kontaktausschuß, *„der durch Aufnahme bzw. Ausschluß von Mitgliedern und durch die Zahlung oder Verweigerung von Unterstützungsgeldern die Mitgliedsverbände disziplinieren kann. Infolgedessen erhalten die Empfehlungen des Präsidiums und des Vorstandes der BDA den Charakter von Direktiven"* (27).

Derzeitiger Präsident der BDA ist **Otto Esser**, ebenso wie der amtierende BDI-Präsident Langmann persönlich haftender Gesellschafter des Darmstädter Chemie- und Pharma-Konzerns E. Merck. Neben Merck sind momentan u.a. noch folgende Großunternehmen unmittelbar im BDA-Präsidium vertreten: BASF, MAN, Karstadt, VEBA, Ruhrkohle AG, Gutehoffungshütte, Rheinische Braunkohlenwerke AG, Allianz Versicherungs AG, Siemens und Dresdner Bank.

Wie der BDI ist die Bundesvereinigung auch in diversen internationalen Gremien und Kapitalistenorganisationen tätig: So im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf, in der schon mehrfach erwähnten UNICE, im „Rat der Europäischen Industrieverbände" (REI), im BIAC bei der OECD sowie in mehreren wichtigen EG-Ausschüssen in Brüssel.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) ist der bedeutendste Spitzenverband in der von den Kammern gebildeten dritten Säule des kapitalistischen Verbändewesens. Der DIHT ist Dachverband sämtlicher Industrie- und Handelskammern der BRD und Westberlins sowie der westdeutschen Außenhandelskammern. Aufgabe der lokalen IHK'n ist es v.a., das regional-
politische Allgemeininteresse aller Betriebe und Branchen des jeweiligen Kammerbezirkes zu vertreten. Hierzu
politische Allgemeininteresse aller Betriebe und Branchen des jeweiligen Kammerbezirkes zu vertreten. Hierzu
sind sie nach § 1 des „Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern" von 1956 rechtlich verpflichtet. Während die lokalen Kammern diese Funktion für ihren Vertretungsbereich erfüllen sollen, sind die Arbeitsgemeinschaften der Industrie- und Handelskammern, die für jedes Bundesland bestehen, hierfür im Rahmen ihrer Landesgrenzen zuständig.

Dem DIHT als Dachverband obliegt es schließlich, aus den teilweise divergierenden Kammerinteressen ein wirtschaftliches Gesamtinteresse herauszubilden und dieses gegenüber den Bundesorganen und -behörden zu vertreten. Dies ist in der Vergangenheit allerdings nur teilweise gelungen. *„Dafür waren die Interessensunterschiede zwischen den konkurrierenden Branchen sowie zwischen monopolistischen und nicht monopolistischen Unternehmen einfach zu groß. Eine so allgemeine Aufgabe wie die Vertretung des Gesamtinteresses der Deutschen Wirtschaft griff auch in das ungeschriebene Recht des BDI ein, alleiniger Wortführer der bundesrepublikanischen Wirtschaft zu sein. Als beispielsweise der DIHT die Gründung einer bundesdeutschen Handelskammer in London beschloß, war der BDI dagegen, da er eine Konkurrenz seiner einflußreichen Londoner BDI-Außenvertretung befürchtete. Doch trotz solcher Bevormundung durch den BDI meldete sich der DIHT in den letzten Jahren mit eigenen Meinungsäußerungen zu Wort, die sich in wirtschaftspolitischen Detailfragen von den Positionen des BDI unterschieden"* (28).

Im Gegensatz zu den vorher dargestellten Unternehmerverbänden sind die Industrie- und Handelskammern „Körperschaften des öffentlichen Rechts". Damit einhergehend wurde ihnen das Recht eingeräumt, ein weites Spektrum staatlicher Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung zu übernehmen. Dazu gehören die berufliche Bildung und Ausbildung, die Aufsicht über das Börsenwesen, das Ausstellen von Handelsbescheinigungen und Ursprungszeugnissen, das Mitspracherecht bei der Ausstellung von Gewerbeerlaubnisbescheinigungen, das Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Handels- und Finanzrichter u.a.m. Der Einfluß der IHK'n auf die staatliche Wirtschaftspolitik ist dadurch institutionalisiert, daß die zuständigen Staatsorgane, Behörden und Gerichte gesetzlich verpflichtet sind, bei allen die regionale Wirtschaft betreffenden Maßnahmen Vorschläge, Gutachten und Berichte der Kammern einzuholen und gebührend zu berücksichtigen.

Nach dem IHK-Gesetz unterliegen alle zur Gewerbesteuer veranlagten Unternehmen einer Zwangsmitgliedschaft in der für ihren Bezirk zuständigen Industrie- und Handelskammer. Über die IHK'n gehören so dem DIHT rund 1,5 Mio. Mitglieder an; er ist damit der quantitativ stärkste Dachverband des kapitalistischen Verbändewesens, anders als seine Mitglieder jedoch keine Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern ein freiwilliger Zusammenschluß mit der Rechtsform eines eingetragenen Vereins.

Auch im DIHT ist, worauf an anderer Stelle bereits hingewiesen wurde, die Gesamtheit der Mitgliedsunternehmen keineswegs repräsentativ vertreten. Während Vertreter der großen Mehrheit von Kleinstbetrieben im Vorstand des Dachverbandes überhaupt nicht auftauchen, ist das Groß- und Monopolkapital deutlich überrepräsentiert, wenn auch nicht in einem derartigen Übergewicht, wie z.B. im BDI. Bei einer Untersuchung des 25-köpfigen DIHT-Vorstandes ergab sich Mitte der 70er Jahre z.B. folgendes Bild: *„Von den 25 Vorstandsmitgliedern entstammen 10 dem Großkapital. Dazu kommen noch 7 direkte Bankvertreter, während der mittelgroße Unternehmensbereich nur 8 Repräsentanten stellt"* (29). Langjähriger DIHT-Präsident ist der Großindustrielle **Otto Wolff von Amerongen**, Vorstandsvorsitzender des Otto-Wolff-Stahlkonzerns, Präsident der IHK zu Köln, Ver-
Wolff von Amerongen, Vorstandsvorsitzender des Otto-Wolff-Stahlkonzerns, Präsident der IHK zu Köln, Ver-
treter in zahlreichen Aufsichtsräten der Großindustrie und u.a. auch Mitglied des Beraterkreises der Deutschen Bank.

Der DIHT verfügt über einen ca. 200 Personen umfassenden Verbandsapparat, der sich auf den Unterbau der IHK'n und Außenhandelskammern stützen kann, in denen einige tausend Mitarbeiter angestellt sind. Darüberhinaus unterhält der DIHT zahlreiche Fachausschüsse und Abeitskreise, in denen hunderte von Unternehmern und Unternehmensvertretern ehrenamtlich mitarbeiten.

International gehört der DIHT der „Ständigen Konferenz der Industrie- und Handelskammern" der EG an sowie der Internationalen Handelskammer, in der die Kammern aus mehr als 80 kapitalistischen Ländern zusammengeschlossen sind.

wird fortgesetzt

Anmerkungen

1. BDI-Mitteilungen, Köln, 6/1973; zitiert bei Horst van der Meer, Politische Rolle und Funktion der Monopolverbände in der BRD, Berlin/DDR 1983, Seite 48

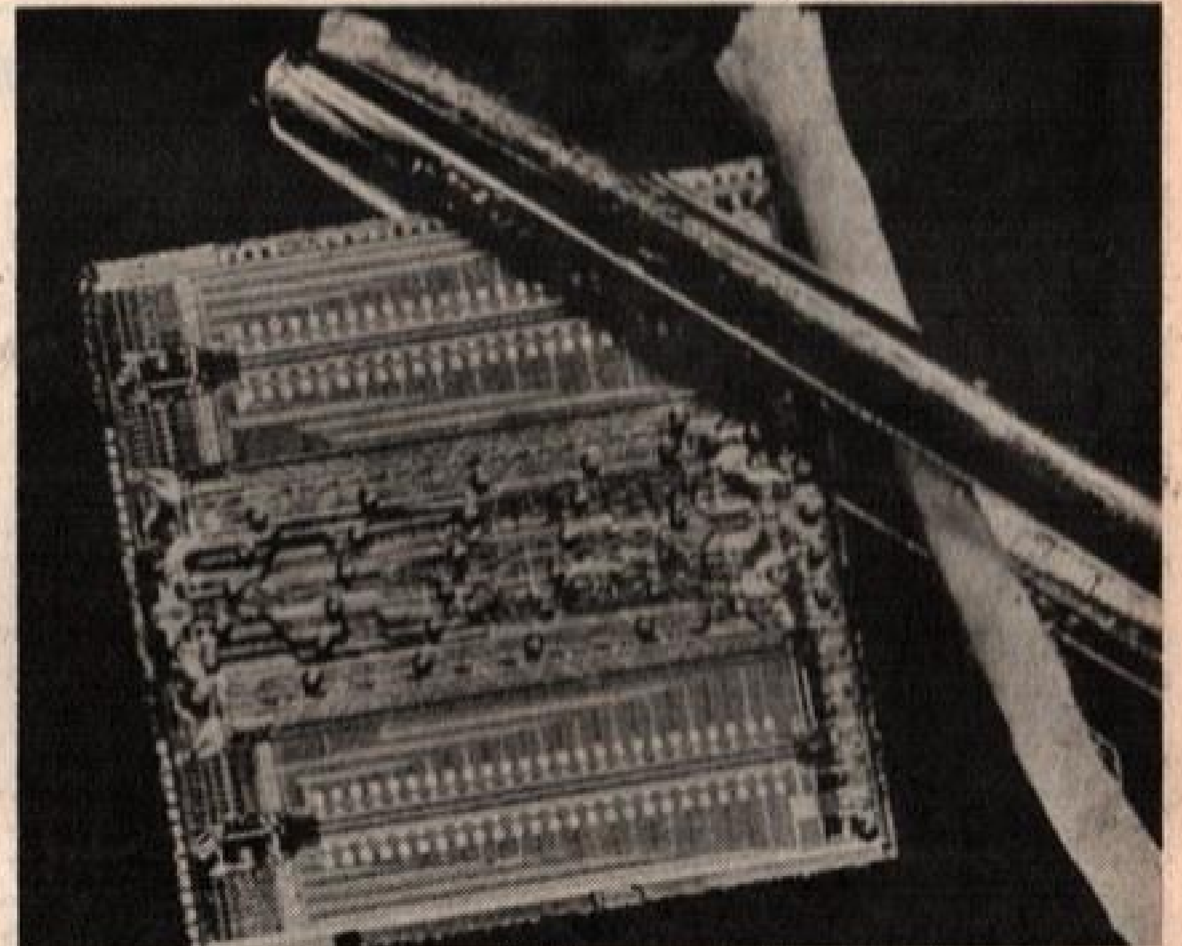
Fortsetzung nächste Seite

DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG
Vorstand 25 Mitglieder
Präsident
Internationale Handelskammer Generalsekretariat Paris
Deutsche Gruppe Köln
Vollversammlung Mitglieder: 83 Industrie- und Handelskammern in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin
Haupt-geschäftsführer
37 Auslands-handelskammern
17 Fachausschüsse
Geschäftsführung
60 Arbeitskreise

Quelle: W. Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT

Das neue Polizeigesetz

Die Abkehr vom rechtsstaatlichen Polizeirecht



1 x 1 cm: Platz für 3 Millionen Erfassungen

Im letzten AK haben wir den ,,Entwurf zur Änderung des Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz'' vorgestellt, den die Innenministerkonferenz als Reaktion auf das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vorgelegt hat. Im Vorspann dieses Entwurfs wird klargestellt, daß man sich im Bereich der ,,vorbeugenden Verbrechensbekämpfung'' von den *,,klassischen Begriffen wie ,konkrete Gefahr' und ,Störer' ''* lösen will. Diese Vokabeln bezeichnen scheinbar nur mehr oder weniger dehnbare juristische Begriffshülsen. Tatsächlich geht es den Schöpfern des Gesetzentwurfs um nichts geringeres als die offiziell verkündete Abkehr von den traditionellen Grundsätzen eines rechtsstaatlichen Polizeirechts.

Der ,,rechtsstaatliche Gewinn'', den das Volkszählungsurteil durch die Entwicklung von Grundsätzen über die Zulässigkeit von Datenerhebungen und Datenaustausch gebracht hat, wird dadurch in sein Gegenteil verkehrt.

Die These dieses Artikels laufet: Diese Bestrebung ist nicht das Resultat einer besonderen Dreistigkeit der Polizeioberhäupter. Jeder Versuch, auf dem Gebiet der polizeilichen Datensammlungspraxis die im Volkszählungsurteil aufgestellte Forderung nach gesetzlicher Regelung zu erfüllen, muß den Rahmen des traditionellen Polizeirechts, der durch die Begriffe ,,konkrete Gefahr'' und ,,Störer'' bezeichnet wird, sprengen ,.. es sei denn, die Tätigkeit der Polizei im Bereich der ,,vorbeugenden Verbrechensbekämpfung'' würde konsequent unterbunden werden.

Daß es im modernen Polizeirecht eine Tendenz zur Aufweichung dieses traditionellen Rahmens legaler polizeilicher Tätigkeit gibt, wird in der polizeikritischen Diskussion bereits seit Jahren erkannt und benannt. Beispielsweise die im ,,Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz'' eingeführten erweiterten Möglichkeiten, Razzien durchzuführen und die 1978 durch Änderung der Strafprozeßordnung geschaffene Befugnis zur Einrichtung von ,,Kontrollstellen auf Straßen und Plätzen'' (§ 111 StPO) sind als Ausdruck dieser Tendenz analysiert worden.

Das Volkszählungsurteil fordert nun für einen speziellen, aber zunehmend wichtigen Bereich staatlicher und damit auch polizeilicher Praxis, daß dieser endlich den klassischen rechtsstaatlichen Anforderungen unterstellt wird und sich nicht mehr wie bisher urwüchsig entwickelt. Damit setzt sich dieses Urteil mit seinen Anforderungen prinzipiell der Tendenz zur Abkehr von rechtsstaatlichen Prinzipien entgegen. Der von den Innenministern vorgelegte Gesetzentwurf geht formal auf dieses Urteil ein, indem die bisherige ungeregelte Praxis in gesetzliche Formen gegossen wird. In der Sache geht die Innenministerkonferenz aber in die Offensive, indem sie offen die Loslösung von den ,,klassischen Begriffen'' des Polizeirechts proklamiert — eine Entwicklung, die das Volkszählungsurteil trotz seiner grundsätzlich rechtsstaatlichen Orientierung durchaus eröffnet hat.

Der „rechtsstaatliche Gewinn" des Volkszählungsurteils

In der öffentlichen Diskussion ist am meisten herausgestellt worden, daß das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) für jeden Bürger ein ,,informationelles Selbstbestimmungsrecht'' anerkannt hat, das aus dem im Grundgesetz garantierten Persönlichkeitsrecht abgeleitet worden ist. Allerdings heißt es dazu bereits in dem Urteil: *,,Das Recht auf ,informationelle Selbstbestimmung' ist nicht schrankenlos gewährleistet ... Grundsätzlich muß ... der Einzelne Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Gemeininteresse hinnehmen''* (1). Ist mit diesen sehr allgemein gehaltenen Einschränkungen nicht der ganze Zauber schon wieder vorbei? Welchen Wert hat ein soeben kreiertes Grundrecht, wenn es aus ,,überwiegenden Allgemeininteressen'' jederzeit eingeschränkt werden kann, denn was solche ,,überwiegenden Allgemeininteressen'' sind, bestimmt allemal ,,der Gesetzgeber''? Und die Gesetzgebungsempfehlung der Innenminister läßt hier nur Schlimmes befürchten.

Aus diesen Fragen ergeben sich Zweifel, ob — abgesehen von dem konkreten Erfolg, der Verhinderung der Volkszählung 1983 — das Urteil überhaupt einen ,,rechtsstaatlichen Gewinn'' darstellt, noch dazu im polizeilichen Bereich. Denn außer den zitierten allgemeinen Aussagen finden sich im Volkszählungsurteil keine konkreten Aussagen über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit bestimmter Handhabungen auf polizeilichem Gebiet. Demzufolge hat das Urteil auch keine unmittelbaren Auswirkungen auf die polizeiliche Praxis gehabt. Der ,,rechtsstaatliche Gewinn'' besteht tatsächlich auch nicht vordergründig in der Kreation eines ,,neuen'' Grundrechts und daraus etwa direkt abzuleitenden Verboten beispielsweise bestimmter polizeilicher Praktiken. Es geht vielmehr um die Durchsetzung von zwei wesentlichen Prinzipien, die den bürgerlichen Rechtsstaat kennzeichnen und die zunächst einmal die formale Ebene der Herrschaftsausübung im bürgerlichen Rechtsstaat betreffen: die Gewaltenteilung und der Vorbehalt des Gesetzes bzw. die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Gewaltenteilung und Amtshilfe

Das Prinzip der Gewaltenteilung ist lange Zeit nur als Trennung der klassischen drei Gewalten — Legislative, Exekutive und Judikative - verstanden worden. In der neueren staatsrechtlichen Diskussion befindet sich ein umfassenderes Verständnis des Gewaltenteilungsprinzips im Vordringen. Danach soll darunter auch die Trennung der verschiedenen **sachlichen** Zweige der Verwaltung voneinander verstanden werden. (2) Damit soll eine Abgrenzung zum ,,totalen Staat'' hergestellt werden.

Erst aus diesem Verständnis ergibt sich überhaupt das Problem der ,,Amtshilfe'' im allgemeinen und des Datenaustausches (als spezieller Form der Amtshilfe) im besonderen, das u.a. der Gegenstand des Volkszählungsurteils war. Denn wenn alle Behörden beliebig mit allen anderen zusammenarbeiten könnten, müßte man sich keine Gedanken darüber machen, unter welchen Voraussetzungen eine Behörde einer anderen ,,Amtshilfe'' leisten, also z.B. Daten übermitteln darf.

In dem Bereich der ,,Amtshilfe'' bzw. des Datenaustausches herrschte lange Zeit schlichter Wildwuchs. Einzelne Skandale, wo die ,,Amtshilfe'' nach ,,allgemeinem Rechtsempfinden'' zu weit ging, haben zur Korrektur dieses Wildwuchses von Fall zu Fall geführt, ohne daß ein **Prinzip** sich durchsetzte, wie ,,Amtshilfe'' bzw. Datenübermittlung zu erfolgen habe. Hier hat das Volkszählungsurteil erstmals offiziell verbindliche Prinzipien aufgestellt. Das zentrale Prinzip ist das der Zweckbestimmung.

Grundlage dafür ist die Anerkennung einer ,,Gewaltenteilung'' zwischen den verschiedenen Zweigen staatlicher Bürokratie. Damit hat sich das BVerfG der modernen Auffassung

Zweckbestimmung.
Grundlage dafür ist die Anerkennung einer ,,Gewaltenteilung'' zwischen den verschiedenen Zweigen staatlicher Bürokratie. Damit hat sich das BVerfG der modernen Auffassung

angeschlossen und der immer noch vertretenen Position den Boden entzogen, wonach sich aus der Generalklausel in Art. 35 des Grundgesetzes ,,Alle Behörden ... leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe'' eine unbeschränkte Zulässigkeit der Amtshilfe ergeben soll.

Die Trennung der verschiedenen Verwaltungszweige bezieht ihren Sinn dadurch, daß die Tätigkeit jeder Behörde in zweifacher Weise Beschränkungen unterliegt: erstens durch die Bestimmung ihres Auftrages und zweitens durch die Festlegung ihrer Befugnisse (im Hinblick auf die Erreichung dieses Zwecks). Erst in dieser Kombination kann — zumindest theoretisch — der ebenfalls im Rechtsstaatsprinzip enthaltene Grundsatz der Verhältnismäßigkeit umgesetzt werden. Nach diesem Grundsatz ist es den einzelnen Staatsapparaten verboten, nach dem Motto: ,,Der Zweck heiligt die Mittel'' zu verfahren; d.h. ,,Zweck'' (= Auftrag) und ,,Mittel'' (= Befugnisse) müssen in einem bestimmten Verhältnis zueinanderstehen, es darf nicht ,,mit Kanonen auf Spatzen geschossen'' werden.

Unausgesprochen wird nun im Volkszählungsurteil anerkannt, daß auch die Datenerhebung als spezielle Tätigkeit einer Behörde — sei es die Polizei, sei es ein anderer Verwaltungszweig — den Beschränkungen unterliegt, die sich aus dem behördlichen Auftrag einerseits und den festgelegten jeweiligen Befugnissen einer Behörde andererseits ergeben. D.h. jede Behörde darf prinzipiell nur die Daten erheben, die sie zu **ihrer** Auftragserfüllung benötigt **und** zu deren Erhebung sie die Befugnis hat (Beispiel: nur die Polizei darf erkennungsdienstliche Maßnahmen durchführen, also die entsprechenden Daten erheben). Daher fordert das Volkszählungsurteil auch folgerichtig, daß bei jeder Datenerhebung gesetzlich festgelegt sein muß, zu welchen **Zwecken** diese erfolgt.

Daran knüpfen dann auch die Prinzipien für die Zulässigkeit der Datenweitergabe, sprich ,,Amtshilfe'' an. Die ganzen Beschränkungen wären nämlich sinnlos, wenn sie durch eine beliebig zulässige Amtshilfe umgangen werden könnten; also wenn eine Behörde, z.B. die Polizei, Daten bekommen wollte, die sie selber nicht erheben darf, dann könnte sie diese Beschränkung einfach durch ein Auskunfts- (= Amtshilfe-)ersuchen an diejenige Behörde umgehen, die aufgrund ihrer Befugnisse über die entsprechenden Daten verfügt. Daher macht es Sinn, wenn Daten prinzipiell nur zu den Zwecken verwendet werden dürfen, zu denen sie auch erhoben worden sind. *,,Die Verwendung der Daten ist auf den gesetzlich bestimmten Zweck begrenzt''* (3). Eine Übermittlung dieser Daten an eine andere Behörde, die damit ganz andere Zwecke verfolgt, wäre also unzulässig. Das ist das Leitprinzip des Volkszählungsurteils.

Die Entwicklung dieses Leitprinzips stellt in der Tat einen wesentlichen ,,rechtsstaatlichen Gewinn'' dar. In der polizeikritischen Öffentlichkeit wird seit Jahren gefordert, daß die ,,Sicherheitsapparate'' nicht ungehindert Zugang zu den Datenbeständen anderer öffentlicher Stellen, z.B. zu den Sozialdaten haben dürfen und daß auch die Datenbestände von Polizei und Geheimdiensten zu trennen sind (4). Indem das BVerfG uneingeschränkt anerkennt, daß ,,die Verwendung der Daten ... auf den gesetzlich bestimmten Zweck begrenzt'' ist und daß ein ,,amtshilfefester Schutz gegen Zweckentfremdung durch Weitergabe- und Verwertungsverbote erforderlich'' ist (5), haben diese Forderungen eine argumentative Abstützung durch die

ten Zweck begrenzt'' ist und daß ein ,,amtshilfefester Schutz gegen Zweckentfremdung durch Weitergabe- und Verwertungsverbote erforderlich'' ist (5), haben diese Forderungen eine argumentative Abstützung durch die

höchste Autorität, die es im System der Bundesrepublik gibt, erfahren.

Sofern die Innenministerkonferenz mit ihrem Gesetzentwurf ungeachtet dieser eindeutigen Aussagen des Volkszählungsurteils dennoch am Datenverbund aller ,,Sicherheitsbehörden'' festhält und der Polizei nach wie vor auch fremde Datenbestände z.B. zwecks Rasterfahndung nutzbar machen will, befindet sie sich nicht mehr im Einklang mit dem durch das BVerfG-Urteil neu definierten Rechtszustand. Daran ändern auch die im Volkszählungsurteil anerkannten Einschränkungen des ,,informationellen Selbstbestimmungsrechts'' nichts. Diese Einschränkungen betreffen nur die Zulässigkeit von Datenerhebungen. Daß die einmal erhobenen Daten nur zu dem gesetzlich bestimmten Zweck verwendet werden dürfen, gilt ohne Ausnahme, also auch für die Polizei.

Notwendigkeit gesetzlicher Regelung

Zum zweiten fordert das Vokszählungsurteil — und das ist der eigentliche Anlaß zur Novellierung der Polizeigesetze in diesem Bereich — daß Datenerhebungen über personenbezogene Daten stets gesetzlich geregelt sein müssen. Damit wird dem weiteren Gehalt des Rechtsstaatsprinzips, dem Vorbehalt des Gesetzes, endlich auch auf diesem praktisch immer wichtiger werdenden Sektor staatlicher Tätigkeit Gültigkeit verschafft.

Dieser Gesetzesvorbehalt besagt, daß die Exekutive nicht in eigener Kompetenz z.B. durch den Erlaß von ,,Verordnungen'' sich Befugnisse herausnehmen darf, sondern für ihre Maßnahmen eine gesetzliche Ermächtigung braucht: Der Grundsatz der ,,Gesetzmäßigkeit der Verwaltung''.

Dieses scheinbar formale Prinzip hat für die Herrschaftsausübung im bürgerlichen Staat durchaus wichtige Konsequenzen: ,,Verordnungen'', also von der Exekutive selbst erlassene Regelungen werden ohne vorangehende öffentliche Diskussion ,,von oben'' erlassen,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite
2. Der Arbeitgeber, 1/1974, S. 13; zit. ebenda
3. Fortschritt aus Idee und Leistung, Köln 1975, S. 18; zit. ebenda S. 50
wichtigsten kapitalistischen Staaten, u.a. Großbritannien, Frankreich, BRD, USA und Japan.
22. vgl. „Wirtschaftswoche" v. 11.1.85, S. 26 f.
rifvertraglichen Urlaubsregelung über- bzw. unterschritten werden sollen und (11) die Gewerkschaften Forderungen auf Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten durchzusetzen beabsichtigen. 1965 waren es

Fortsetzung von vorheriger Seite

2. Der Arbeitgeber, 1/1974, S. 13; zit. ebenda
3. Fortschritt aus Idee und Leistung, Köln 1975, S. 18; zit. ebenda S. 50
4. H.M. Schleyer, Das soziale Modell, Stuttgart 1973, S. 187; zit. ebenda S. 43
5. vgl. z.B. ARBEITERKAMPF Nr. 18 v. Mai 1972, Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft, darin den Abschnitt „Ausbeuter haben Angst" oder AK Nr. 19 v. Juni 1972, Gut verpackt/Propaganda-Offensive der Kapitalisten
6. vgl. Walter Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT, Köln 1976, S. 56
7. Ebenda, S. 62 f.
8. Ebenda, S. 65 f.; Simon bezieht sich hierbei auf einen Beitrag im „Industriekurier" Nr. 93 v. 19.6.1968
9. vgl. Jürgen Weber, Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1977, S. 227
10. vgl. v.d. Meer, a.a.O., S. 54
11. Ebenda, S. 21
12. Simon, a.a.O., S. 85
13. Ebenda
14. Ebenda, S. 85 f.
15. vgl. W. Höhnen/N. Koubek/I. Scheibe-Lange, Quantitative und qualitative Aspekte der ökonomischen Konzentration und gesellschaftliche Machtverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, in WWI-Mitteilungen, Köln, 8/9/1971; zit. b. Caspar Schirmeister, Verbände des Finanzkapitals, Zur Funktion der Unternehmerverbände im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem der BRD, Berlin/DDR 1972, S. 16 f.
16. So heißt es z.B. in einer vom Deutschen Industrieinstitut herausgegebenen Schrift: Um ein Ausbrechen einzelner Gruppen von Unternehmen aus der Verbandsdisziplin zu verhindern, weil sie ihre Interessen ungenügend vertreten sähen, sei in den meisten Fachverbänden „satzungsmäßig festgelegt, daß Vertreter der nach Leistungsaufgaben, Standort und Unternehmensgröße (meist gemessen an der Beschäftigtenzahl und/oder am Umsatz sowie an den Produktionsmengen) differenzierten Mitgliedergruppen in einem bestimmten Zahlenverhältnis in den Vorstand hineingewählt werden müssen ... Selbst dort, wo die Satzungen keine konkreten Angaben zur personellen Zusammensetzung des Vorstandes enthalten, wird eine paritätische Vertretung der Interessengruppen praktiziert." (A. Adels, Wie entscheiden Verbände? Köln 1969, S. 48/49), zit. b. Schirmeister, a.a.O. S. 13
17. vgl. Die Bundesrepublik Deutschland: Staatshandbuch, Teilausgabe ,Verbände, Vereinigungen, wissenschaftliche Einrichtungen, juristische Personen des öffentlichen Rechts, Köln, Bonn, München 1984, S. 198 f. und S. 556 f., S. 1201; Jahresbericht der BDA v. 1984, S. 155
18. vgl. die im „Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft" zusammengeschlossenen Wirtschaftsverbände
19. Simon, a.a.O., S. 90
20. v.d. Meer, a.a.O., S. 12
21. OECD = Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Mitglied der OECD sind die 24 wichtigsten kapitalistischen Staaten, u.a. Großbritannien, Frankreich, BRD, USA und Japan.
22. vgl. „Wirtschaftswoche" v. 11.1.85, S. 26 f.
23. vgl. v.d. Meer, a.a.O., S. 12; Staatshandbuch a.a.O., S. 198 f.; Hans Tammer, Monopole — Profite — Ausbeutung, Berlin/DDR 1983, S. 132 ff.
24. v.d. Meer, a.a.O., S. 97 f; Der genannte Ausschuß zur Koordinierung der Lohn- und Tarifpolitik im Rahmen der BDA existiert bereits seit 1955, gewann an Gewicht aber erst wieder mit Amtsantritt des 1977 verstorbenen BDA-Präsidenten Hanns Martin Schleyer, der das Gremium im Hinblick auf sich verschärfende arbeits- und sozialpolitische Auseinandersetzungen aktivierte. Dieser Koordinierungsausschuß hat die Aufgabe, das lohn- und tarifpolitische Verhalten der einzelnen Tarifträgerverbände zu koordinieren und darüber zu wachen, daß seine Empfehlungen eingehalten werden. „Von den allgemeinen Festlegungen des Tabu-Katalogs abweichende Regelungen bedürfen der vorhergehenden Konsultation mit dem Präsidium der BDA, wenn (1) die Tarife an die Preisentwicklung gebunden werden sollen, (2) die Gewerkschaften ,betriebsnahe Tarife' durchsetzen wollen, (3) es sich um allgemeine Freistellungen zu Bildungszwecken handelt, (4) die Arbeitszeit nicht wie auf bisher fünf, sondern auf weniger Tage aufgeteilt werden soll, (5) besondere Regelungen des Kündigungsschutzes für ältere Arbeiter und Angestellte zur Entscheidung stehen, (6) Grenzen für die Mehrarbeitszeit festgelegt werden sollen und (7) bei Versuchen der Gewerkschaften, eine Sonderstellung im Betrieb tarifvertraglich festzuschreiben. Der Vorstand der BDA muß vorher konsultiert werden, wenn (8) es um die Bevorzugung von Gewerkschaftsmitgliedern geht, (9) Grenzen der Wochenarbeitszeit (40-Stunden-Woche) und (10) der tarifvertraglichen Urlaubsregelung über- bzw. unterschritten werden sollen und (11) die Gewerkschaften Forderungen auf Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten durchzusetzen beabsichtigen. 1965 waren es noch drei und 1978 also schon elf solcher Grundsätze, die quasi als unumstößlich gelten" (v.d. Meer, a.a.O., S. 99).
25. Die regionalen Teilorganisationen der Fachspitzenverbände sind nach Tarifbezirken organisiert; sie sind die T a r i f t r ä g e r verbände des Kapitals.
26. Die Schutzgemeinschaft zahlte 1979 dem Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie, der zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht Mitglied war, 60 Mio. DM, weil er die IG Metall an der Durchsetzung ihres Streikziels hindern konnte.
27. v.d. Meer, a.a.O., S. 99
28. Simon, a.a.O., S. 123; zu partiellen, allerdings vorübergehenden Gegensätzen zwischen BDI und DIHT schreibt Schirmeister z.B.: „Die Widersprüche innerhalb des Unternehmerverbandssystems ... waren schließlich auch bei den Auseinandersetzungen im Frühjahr 1969 über Aufwertung oder Nichtaufwertung der BRD-Währung zu erkennen. Während sich der BDI massiv gegen eine Aufwertung der DM wandte, plädierten DIHT und Wirtschaftsrat der CDU dafür. Unter der Regierung Kiesinger/Brandt wurde die Aufwertung nicht vollzogen; sie erfolgte erst unmittelbar nach Bildung der Brandt/Scheel-Regierung. Hieran zeigt sich, daß die vom BDI vertretene strategische Variante der Außenwirtschaftspolitik zu jener Zeit weniger den für die BRD veränderten Bedingungen in der Systemauseinandersetzung und in der Konkurrenz mit anderen imperialistischen Ländern entsprach, als die von CDU-Wirtschaftsrat, DIHT und der sozialdemokratischen Parteispitze vertretene Variante" (Schirmeister, a.a.O., S. 20).
29. Ebenda, S. 126 f.



BDI-Chef Langmann



Die Zukunft der Polizei

Fortsetzung von vorheriger Seite

während das Gesetzgebungsverfahren durch seine zwingend vorgeschriebene formalisierte Form vor den Augen der Öffentlichkeit stattfinden muß. Die Gefahr, daß bestimmte Vorhaben zur Politisierung der Bevölkerung führen, so daß man seine Pläne womöglich sogar wieder fallen lassen muß (Volkszählung 1983!), will man natürlich möglichst vermeiden. Schon dadurch sind Gesetzgebungsvorhaben einem stärkeren Zwang ausgesetzt, mögliche ,,Akzeptanzprobleme'' vorwegzunehmen. Aber nicht nur von ,,der Bevölkerung'' oder von Bevölkerungsgruppen droht möglicher Widerstand, auch innerhalb des staatlichen Herrschaftsgefüges selbst können sich Widersprüche eher entzünden, wenn eine bestimmte Materie gesetzlich geregelt werden muß. Denn die Verabschiedung im Parlament setzt einen Konsensbildungsprozeß unter den politischen Parteien und der von ihnen repräsentierten Strömungen und Interessen auch innerhalb der staatlichen Bürokratie voraus, die über die vorbereitenden Ausschußberatungen auch bereits direkten Einfluß auf den Gesetzentwurf nehmen können. Dagegen ist bei verwaltungseigenen Regelungen mit bloßem Verordnungscharakter solche Konsensbildung nicht erforderlich. Dementsprechend gibt es dort auch kein ,,Verfahren'', daß diese Konsensbildung herstellt.

Voraussetzung dafür, daß der Grundsatz des Gesetzesvorbehalts zur Anwendung kommt, ist — nach herkömmlichem Verständnis — daß ein staatlicher ,,Eingriff'' vorliegt. Ein ,,Eingriff'' ist immer dann gegeben,

Voraussetzung dafür, daß der Grundsatz des Gesetzesvorbehalts zur Anwendung kommt, ist — nach herkömmlichem Verständnis — daß ein staatlicher ,,Eingriff'' vorliegt. Ein ,,Eingriff'' ist immer dann gegeben,

wenn ein gesetzlich festgelegtes oder sogar im Grundgesetz verankertes Recht eines Bürgers durch eine Maßnahme eingeschränkt wird. Kein ,,Eingriff'' ist also z.B. die Vergabe von Leistungen, da hier kein Recht eingeschränkt, sondern etwas gewährt wird. In der juristischen Diskussion war nun lange Zeit umstritten, ob die **Datenerhebung** als solche überhaupt einen Eingriff darstellt oder nicht. Durch die Proklamierung eines aus dem Grundgesetz abgeleiteten ,,informationellen Selbstbestimmungsrechts'' hat das Volkszählungsurteil hierauf eine Antwort gegeben: Da dieses individuelle Recht grundsätzlich geschützt ist, stellt jede Datenerhebung einen **Eingriff** in diese geschützte Rechtsposition dar. Durch das Erfordernis der gesetzlichen Regelung soll der Gesetzgeber gezwungen werden, sich Gedanken über die Realisierung des Verhältnismäßigkeitsprinzips zu machen, indem er festlegen muß, welche Behörde zu welchem Zweck mit welchen Methoden welche Daten erheben darf.

Bisherige Rechtslage für polizeiliche Datenerhebungen

Dadurch, daß die Datenerhebung als solche bisher offiziell nicht als Eingriff angesehen worden ist, gab es im polizeilichen Bereich bisher nur wenige einschränkende Befugnisnormen über die Datengewinnung. Die wichtigste Ausnahme ist das umfassende Verbot der Verwendung geheimdienstlicher Mittel und im Bereich der Strafprozeßordnung das Verbot bestimmter Vernehmungsmethoden sowie die nur eingeschränkte Zulässigkeit der heimlichen Überwachung des Fernmeldeverkehrs. Im übrigen sind die polizeilichen Befugnisse im Bereich der Strafverfolgung in zahlreichen Vorschriften **positiv** normiert und gehen ausgesprochen weit.

Dagegen sind in dem anderen Bereich der gesetzlichen Zuständigkeit der Polizei, der allgemeinen Gefahrenabwehr, kaum konkrete Befugnisse genannt. Die polizeiliche Generalklausel (6) in den Landespolizeigesetzen legt nur fest, daß die Polizei die Maßnahmen zu treffen hat, die zur Abwehr einer Gefahr oder Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich sind.

Bisher hat sich die Polizei darauf berufen, daß dies zugleich Auftrags- **und** Befugnisnorm sei. Nach dieser Logik war alles erlaubt, was zur Auftragserfüllung, d.h. zur ,,Gefahrenabwehr'' nötig erschien. Eine gesetzlich bestimmte Zweck-Mittel-Relation sollte es hier also nicht geben, sondern die Polizei konnte im eigenen Ermessen entscheiden, welcher Mittel sie sich zur Erreichung ihres Zwecks bedienen will.

Diese Uferlosigkeit wurde nun durch die Entwicklung einer speziellen polizeirechtlichen Dogmatik in gewissen Grenzen gehalten. Zu dieser traditionellen, allgemein anerkannten Dogmatik gehören zentral die Begriffe ,,konkrete Gefahr'' und ,,Störer''. Als Eingriffsvoraussetzung wurde gefordert, daß eine ,,konkrete Gefahr'' vorliegen müsse. D.h. die Polizei darf nicht ohne konkreten Anlaß tätig werden, nur weil sie in einer gegebenen Situation allgemein mit der Entstehung von Gefahren rechnet. Präventive Kontrollen wären danach unter keinen Umständen zulässig. Dieses Prinzip ist allerdings

konkreten Anlaß tätig werden, nur weil sie in einer gegebenen Situation allgemein mit der Entstehung von Gefahren rechnet. Präventive Kontrollen wären danach unter keinen Umständen zulässig. Dieses Prinzip ist allerdings

bereits durch die Razzienparagraphen im Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz und in der Kontrollstellenregelung der StPO durchbrochen worden. Außerhalb dieser gesetzlichen Ausnahmebestimmungen gilt das Prinzip aber weiterhin. Der Begriff des ,,Störers'' ist entwickelt worden, nicht um den Anlaß, sondern die **Richtung** der polizeilichen Maßnahmen zu beschränken. Grundsätzlich dürfen sich polizeiliche Maßnahmen der Gefahrenabwehr nur gegen den ,,Störer'' selber, d.h. den Verursacher der ,,konkreten Gefahr'' richten — nur in Ausnahmefällen auch gegen Unbeteiligte.

Es liegt auf der Hand, daß diese beiden Grundsätze den Bereich der legalen polizeilichen Zuständigkeit und Handlungsmöglichkeit gegenüber der weiten Fassung der gesetzlichen Generalklausel erheblich eingeschränkt haben. (Von den Verstößen gegen diese Prinzipien im polizeilichen Alltag soll hier keine Rede sein. Dieses Thema betrifft eine andere Ebene der Kritik, die — noch — geltende Rechtslage zum Ausgangspunkt hat, während es hier um die von den Innenministern beabsichtigte Veränderung dieses Ausgangspunktes selber geht).

Für die **Datenerhebung** und -verwendung waren diese Einschränkungen allerdings bisher nicht relevant. Wie gesagt gilt nach herrschender Auffassung der Vorbehalt des Gesetzes allgemein — und damit auch der ,,polizeilichen Generalklausel'' im speziellen — nur für Eingriffshandlungen. Soweit die Polizei also Maßnahmen ergreift, die keinen Eingriffscharakter haben, z.B. ,,Aufklärungs''arbeit in Medien, an Schulen, Einsatz von ,,Kontaktbereichsbeamten'' usw., fühlt sie sich an diese Einschränkungen nicht gebunden. In diesen Bereichen bestimmt sich die polizeiliche Tätigkeit also nach freiem Belieben. Da die Datenerhebung als solche bisher offiziell nicht als Eingriff qualifiziert worden ist, konnte die Polizei hierbei in der Tat unabhängig von dem Vorliegen einer ,,konkreten Gefahr'' und ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einen ,,Störer'' handelt oder nicht, schalten und walten wie sie wollte, und zwar **ohne** offen in Konflikt mit geltendem Recht und den traditionellen Grundsätzen des Polizeirechts zu kommen.

Konsequenzen des Volkszählungsurteils für die polizeiliche Datenerhebung

Damit könnte das Volkszählungsurteil nun Schluß machen: Für jede Form der Datenerhebung bedarf es einer gesetzlichen Ermächtigung. Dabei ist der ,,Verwendungszweck bereichsspezifisch und präzise'' zu bestimmen (7). Damit wird sogar gesagt, daß die polizeiliche Generalklausel, auf die sich sonst die Polizei bei Eingriffsmaßnahmen beruft, als Ermächtigung noch nicht einmal ausreicht, geschweige denn, daß polizeiliche Datenerhebungen noch hinter deren Anforderungen zurückfallen dürfen! Jede spezielle Ermächtigung hätte sich im Rahmen dieser polizeilichen Generalklausel zu bewegen.

Der Gesetzentwurf der Innenminister verkehrt diese Intention des Volkszählungsurteils in das genaue Gegenteil: Die Schaffung der speziellen Ermächtigungen zur Datenerhebung wird zum Anlaß genommen, sich im Bereich

Der Gesetzentwurf der Innenminister verkehrt diese Intention des Volkszählungsurteils in das genaue Gegenteil: Die Schaffung der speziellen Ermächtigungen zur Datenerhebung wird zum Anlaß genommen, sich im Bereich

der Datenerhebung offiziell und gesetzlich legitimiert von den Anforderungen der polizeilichen Generalklausel zu befreien, indem die ,,klassischen Begriffe wie ‚konkrete Gefahr' und ‚Störer' '' für ,,kaum anwendbar'' erklärt werden. Damit werden die zentralen Einschränkungen, die von der Polizeirechtsdogmatik seit der Verfestigung des bürgerlichen Rechtsstaatsgedankens entwickelt worden sind, über Bord geschmissen.

Die Ursache für diesen bemerkenswerten Vorgang liegt in der einfachen Tatsache, daß sich die bisherigen Praktiken polizeilicher Datenerhebung im Bereich der Gefahrenabwehr **wirklich** nicht mit den Anforderungen des Volkszählungsurteils in Übereinstimmung bringen lassen, ohne den Rahmen des bisherigen Polizeirechts zu sprengen.

Datenerhebung erfolgt — außerhalb des Bereichs der Strafverfolgung, also auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr — fast nie zur Abwendung ,,konkreter Gefahren'', sondern ganz überwiegend **präventiv**, oder — wie der polizeiliche Jargon lautet — zur ,,vorbeugenden Verbrechensbekämpfung''. Das Anlegen von Dateien und Speichern von Daten kann schon von der Natur der Sache her nicht zur Beseitigung einer ,,konkreten Gefahr'' dienen, sondern diese Dateien sollen zu beliebigen, noch nicht bestimmbaren Zeitpunkten aus beliebigen, noch nicht bestimmbaren Anlässen verwertet werden. Wenn die Polizei nunmehr auch im Bereich der Datenerhebung und -verwendung — da es sich nun anerkanntermaßen um Maßnahmen mit Eingriffscharakter handelt — an die Voraussetzungen der polizeilichen Generalklausel gebunden wäre, also nur zur Abwendung von ,,konkreten Gefahren'' und dabei nur die Daten des ,,Störers'' erheben dürfte, müßte sie fast sämtiche ihrer Dateien vernichten und ihre Datengewinnungspraktiken aufgeben.

Ein verstecktes Dilemma wird offenbar

Mit dem Volkszählungsurteil hat das BVerfG also — gewollt oder ungewollt — ein polizeirechtliches Dilemma ausgelöst: Entweder muß die polizeiliche Praxis auf den Stand der ,,alten'' anerkannten Prinzipien des Polizeirechts zurückgeschraubt werden oder die Rechtslage muß an die erreichte polizeiliche Praxis angeglichen werden, was einen Bruch in der rechtsstaatlich begründeten Polizeirechtsdogmatik bedeuten würde, die seit Jahrzehnten die polizeiliche Arbeit legitimiert hat.

Ursache dieses Dilemmas ist freilich nicht das Volkszählungsurteil, sondern eine längst geschaffene Realität polizeilicher Praxis, die bisher nur von polizeikritischer Seite als Entfernung von den gesetzlichen Voraussetzungen des Polizeirechts erkannt worden ist. Dagegen scheint es — seitdem die ,,**vorbeugende Verbrechensbekämpfung**'' in den polizeilichen Alltag eingedrungen ist — bis in die höchsten Kreise der Rechtsprechung bisher keinem Gericht aufgefallen zu sein, daß sich die Polizei bereits mit dieser **Zielbestimmung** von ihrem gesetzlichen Auftrag entfernt hat, also ganz unabhängig davon, ob sie zu diesem Zweck Maßnahmen mit Eingriffscharakter ergreift oder nicht. Bereits die inzwischen mit Selbstverständlichkeit aufgestellte und allerorten akzeptierte Behauptung, die Polizei sei zur ,,vorbeugenden Verbrechensbekämpfung'' zuständig, läßt sich aus keiner gesetzlichen Aufgabenzuweisung belegen (8). Maßnahmen zur ,,vorbeugenden Verbrechensbekämpfung'' stellen weder eine Abwehr ,,**konkreter** Gefahren'' noch eine Verfolgung von — bereits begangenen! — Straftaten dar.

Die Ignoranz der Rechtsprechung gegenüber dieser Entwicklung zeigt sich deutlich darin, daß die mittlerweile eingefleischten Methoden der ,,vorbeugenden Verbrechensbekämpfung'' — als da sind: heimliche Observationen, Einschleusen von Spitzeln, die sich ggf. auch als agent provocateur betätigen (dürfen), und von verdeckten Ermittlern — in den letzten Jahren bis hin zum BVerfG als ,,zulässig'' abgesegnet worden sind. Kein Gericht hat sich dabei der Mühe unterzogen, einmal zu prüfen, aus **welcher** gesetzlichen Regelung sich diese Zulässigkeit denn ergeben soll. So blieb es stets im Dunkeln, welchem der zwei polizeilichen Zuständigkeitsbereiche — der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung — diese Maßnahmen nun zuzuordnen sein sollen. Die **Notwendigkeit** dieser Zuordnung — die ja erst die Bestimmung ermöglicht, ob diese Maßnahme zu **diesem** Zweck zulässig war — konnte solange unter den Teppich gekehrt werden, wie diese Maßnahmen selber — Observationen usw. — nicht als an gesetzliche Voraussetzungen ge-

stimmung ermöglicht, ob diese Maßnahme zu diesem Zweck zulässig war — konnte solange unter den Teppich gekehrt werden, wie diese Maßnahmen selber — Observationen usw. — nicht als an gesetzliche Voraussetzungen ge-

bundene Eingriffe qualifiziert worden sind. Durch die Umgehung dieses Problems ist man bei den Gerichten auch nie auf die Frage gestoßen, ob die ,,vorbeugende Verbrechensbekämpfung'' überhaupt von den gesetzlich bestimmten Aufgabenfeldern der Polizei erfaßt wird.

In dieses Dunkel können sich Polizei und Gerichte nach dem Volkszählungsurteil nun nicht mehr hüllen. Es müssen nicht nur spezielle Ermächtigungen für die Datengewinnung geschaffen, sondern es muß außerdem gesetzlich der **Zweck** der Datenerhebung angegeben werden. Um diese Forderung zu erfülen, **muß** die Polizei, will sie nicht ihre ganze ,,vorbeugende Verbrechensbekämpfung'' aufgeben, in die Offensive gehen und nicht nur die gesetzliche Anerkennung bestimmter Befugnisse, sondern weitergehend auch die **gesetzliche Ausweitung ihres Aufgabenbereichs** auf die ,,vorbeugende Verbrechensbekämpfung'' verlangen. Damit ist **notwendig** die Loslösung von den ,,klassischen Begriffen'' des Polizeirechts wie ,,konkrete Gefahr'' und ,,Störer'' verbunden.

Fazit

Die Innenministerkonferenz versucht mit ihrem Gesetzentwurf das aufgezeigte Dilemma im Sinne einer offensiven Umgestaltung wesentlicher Teile des Polizeirechts zu lösen. Damit ist sicherlich das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die Innenministerkonferenz repräsentiert nur einen Teil der Staatsapparate; keineswegs ist ihrem Gesetzentwurf bereits der ,,Konsens'' gefunden, von dem weiter oben die Rede war.

Noch nicht einmal vertritt der Innenminister-Entwurf d i e Meinung d e r Polizei. Die Innenminister sind lediglich für den einen Bereich polizeilicher Aufgaben, die Gefahrenabwehr, zuständig, während die polizeiliche Tätigkeit im Bereich der Strafverfolgung in das Justizressort fällt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Generalbundesanwalt Rebmann für diesen Sektor offenbar eine andere Linie verfolgt als die Innenministerkonferenz. In einem unter dem Titel ,,Der Einsatz verdeckt ermittelnder Polizeibeamter im Bereich der Strafverfolgung'' im Januar 1985 veröffentlichten Aufsatz (9) vertritt Rebmann die Auffassung, daß ,,*das bloße Einschleusen von verdeckt ermittelnden Polizeibeamten in eine kriminelle Szene ... nicht über schlicht hoheitliches Handeln hinaus(geht). Auch dem ungezielten Sammeln von Informationen und dem generellen Beobachten von strafrechtsrelevanten Vorgängen ... kommt kein Eingriffscharakter zu ...*'' (10). Auf das Volkszählungsurteil bezogen schreibt er ausdrücklich: ,,*Diese Entscheidung wird man ... nicht so verstehen dürfen, daß sie auch eine bereichsspezifische Regelung für den in erster Linie der Informationsbeschaffung dienenden Einsatz von verdeckt ermittelnden Polizeibeamten fordert ... Fragen der justiziellen Informationserhebung, also vor allem der Aufklärung von Straftaten, sind dabei* (bei den im Urteil aufgestellten Forderungen, Anm. d. Verf.) *offensichtlich unberührt geblieben*'' (11).

Die Linie von Rebmann läuft also darauf hinaus, die im Volkszählungsurteil aufgestellte Forderung nach speziellen gesetzlichen Ermächtigungen für jede Form der Erhebung personenbezogener Daten einfach nicht einlösen zu wollen. Er hält die Entscheidung für irrelevant, soweit es um die ,,Aufklärung von Straftaten'' geht und kommt daher folgerichtig zu der Konsequenz, daß es gar keiner neuen gesetzlichen Ermächtigungen, wie sie die Innenministerkonferenz z.B. für Observationen vorschlagen, bedarf. Nur nebenbei sei bemerkt, daß es dabei durchaus Rebmanns Geheimnis bleibt, wieso er das ,,ungezielte Sammeln von Informationen'' und das ,,generelle Beobachten von strafrechtsrelevanten Vorgängen'' durch Observation bzw. ,,Einschleusen von verdeckt ermittelnden Polizeibeamten'' weiterhin nicht als ,,Eingriff'' in Persönlichkeitsrechte ansehen will. Die von ihm als Beleg zitierte Literatur stammt sämtlich aus der Zeit vor Verkündung des Volkszählungsurteils, kann also die neue Rechtslage gar nicht berücksichtigen (12).

Auch über den engen Bereich polizeilicher Tätigkeit hinaus hat das Volkszählungsurteil Anlaß gegeben, über gesetzgeberische Konsequenzen nachzudenken. So hat neuerdings auch die Diskussion um ,,Nachrichtendienst und Rechtsstaat'' (13) wieder neue Impulse bekommen. Seit 25 Jahren arbeitet der BND ohne gesetzliche Grundlage. Das ist angesichts des Volkszählungsurteils fragwürdiger denn je ge-

und Rechtsstaat'' (13) wieder neue Impulse bekommen. Seit 25 Jahren arbeitet der BND ohne gesetzliche Grundlage. Das ist angesichts des Volkszählungsurteils fragwürdiger denn je ge-

worden. Die Forderung nach einem BND-Gesetz, in dem dessen Funktion ,,vollständig präzise'' beschrieben werden müsse (14), wird wieder aktuell.

Das sei hier nur erwähnt, um zu zeigen, in welchem Maße das Volkszählungsurteil die Diskussion um Informationserhebung, Datenverarbeitung, polizeiliche und geheimdienstliche Befugnisse in Bewegung gebracht hat. Die Innenministerkonferenz will dieser Bewegung eine bestimmte Richtung geben. Gleichzeitig eröffnet die im Fluß befindliche Diskussion aber auch einer demokratischen Kritik neue Räume. Es gilt, den ,,rechtsstaatlichen Gewinn'', den das Volkszählungsurteil gebracht hat, von demokratischer Seite aus offensiv zu nutzen.

E. Anti-Repressions-Kommission, Hamburg

Anmerkungen:
1) BVerfGE 65, 43 f.
2) Zu diesem Verständnis und seinen Konsequenzen für die Amtshilfe im einzelnen: Bernhard Schlink, die Amtshilfe; ein Beitrag zur Lehre von der Gewaltenteilung in der Verwaltung, Berlin 1982
3) BVerfGE 65, 46
4) vgl. z.B. Schlink, FN 1
5) BVerfGE 65, 46
6) sie geht zurück auf das preußische Polizeiverwaltungsgesetz vom 1.6.1931
7) BVerfGE 65, 46
8) Lediglich im Zusammenhang mit den oben bereits erwähnten neuen Razzienvorschriften ist in § 10 des „Musterentwurfs" von „vorbeugender Verbrechensbekämpfung" die Rede
9) NJW 1985, S. 1 ff.
10) a.a.O., S. 3
11) a.a.O., S. 4
12) a.a.O., S. 3 FN 19 bis 21
13) Rieger, Zeitschrift für Rechtspolitik, Januar 1985, S. 3 ff.
14) a.a.O., S. 11

Betrachtungen der Geschichte der KPD(ml)

Die heutige KPD war 1967 die erste der ML-Parteien. Und in gewisser Weise war und ist sie auch einzigartig. In ihrer Geschichte spiegelt sich all das wider, was als charakteristisch für die ML-Bewegung gilt: blindes Hinterherirren hinter der chinesischen Linie, schaudernde Wechselbäder zwischen linkem Radikalismus und rechtem Opportunismus, sektiererisches und dogmatisches Organisationsverständnis und das absolute Unvermögen, mit der eigenen Politik auf die realen Gesellschaftsverhältnisse in der BRD einzugehen. Nun scheint auch diese letzte Bastion der ML-Bewegung zu wanken. Wie wir in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF berichteten, wird vom ZK der KPD gegenwärtig die Fusion mit der trotzkistischen GIM vorbereitet. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe des ARBEITERKAMPF den ersten Teil einer kritische Aufarbeitung der Parteigeschichte aus der Sicht eines derjenigen, der diese Geschichte selbst mitgestaltet hat. (Pauli-Papier) Hinzu kommt ein Text des ehemaligen Vorsitzenden der KPD/ML, Ernst Aust, der Symbolfigur dieser Partei. Vorweg geben wir einen ‚kurzen' Einblick in die Geschichte der KPD(ml) — aus unserer Sicht — und eine Zusammenfassung der ersten Teile des Pauli-Papiers.

Zur Gründung der Partei

Der Autor stellt zutreffend fest, die KPD/ML sei „*auf fremden Grundlagen entstanden*''. Das heißt, sie sei nicht aus den Klassenkämpfen in der BRD und nicht einmal aus inneren Auseinandersetzungen der seit 1956 in die Illegalität gezwungenen KPD hervorgegangen. „*Was ich mit der These von den fremden Grundlagen meine, ist, daß in einem Land eine wirkliche Kommunistische Partei nur entstehen kann, wenn es Genossen bzw. eine Fraktion gibt, die den Revisionismus in* d e n *Fragen angreift und entlarvt, um die es nicht nur im welthistorischen Großen geht, sondern um die es im jeweiligen Klassenkampf und dem politisch-wirtschaftlichen Gang der Dinge im jeweiligen Land geht. Die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus muß schon aktuell und lebendig an den Kämpfen und Problemen der Menschen geführt werden. Das Allgemeine muß angewendet diskutiert werden. In einem solchen Prozeß werden die richtigen Antworten auf anstehende Fragen gefunden, die von den Menschen auch verstanden werden und die sie interessieren.*''

Davon sei in der Entstehungsgeschichte der KPD/ML nichts zu erkennen. Stattdessen sei deren Sammlungsprozeß ausgelöst worden durch die Verbreitung der „Revisionismus-Kritik'' und der „Generallinie'' der KP Chinas, durch die chinesische Kulturrevolution und durch die gleichzeitige Jugendrevolte in mehreren Ländern Europas. „*Ich sehe nicht, daß dieser Prozeß mit der westdeutschen Arbeiterbewegung oder dem, was zu damaligen Zeiten nur da war, zu tun hatte. Die Gründer unserer Partei standen im wesentlichen nicht auf selbst erkämpften Grundlagen, sondern auf einer von außen übernommenen allgemeinen Linie, die man dann aber zwangsläufig nicht selbst verarbeitet haben kann.*''

Als nächstes setzt sich der Autor mit der KPD/ML-Legende auseinander, ihre Gründung habe in der „Tradition von Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann'' gestanden. Mühelos kann der Autor auf die historisch offensichtliche Tatsache verweisen, daß die Gründung der KPD 1918/19 in einer vergleichsweise revolutionären Phase erfolgte, sowohl in Deutschland selbst wie auch
mann'' gestanden. Mühelos kann der Autor auf die historisch offensichtliche Tatsache verweisen, daß die Gründung der KPD 1918/19 in einer vergleichsweise revolutionären Phase erfolgte, sowohl in Deutschland selbst wie auch
im internationalen Kontext (russische Oktoberrevolution!). Außerdem sei die KPD 1918/19 „*von jahrelang erprobten, mit allen Wassern der Politik gewaschenen Massenführern*'' gegründet worden. Im Gegensatz dazu sei die KPD/ML in der Phase der „Befriedung'' der Arbeiterklasse und an einem Tiefpunkt der kommunistischen Geschichte entstanden. „*Die wohl wichtigste, negative, zum damaligen Zeitpunkt nicht zu vermeidende Besonderheit der Herausbildung und Gründung der KPD/ML war, daß sie sich unabhängig, neben und unbemerkt von der Arbeiterbewegung abspielen mußte. Der Abspaltungsprozeß* (von der alten KPD) *hatte keinerlei Ausstrahlung auf die reformistisch versumpfte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Unsere Gründung war gewissermaßen ein exklusiver Vorgang ganz am Rande des gesellschaftlichen Geschehens...*''.

Zu den „Grundlagen der Parteigründung"

Die politisch-ideologische Basis der KPD/ML-Gründung sei, wie schon gesagt, die „Generallinie'' der KP Chinas und die Kulturrevolution gewesen. Hinzugekommen sei als weiterer Faktor „*das trotzige und plakative Anklammern an die alte Tradition der KPD unter Ernst Thälmann*''. „*Dieser Anspruch war nicht erworben, sondern behauptet und verkündet ... Überzeugen konnte die ‚legitime Nachfolgerin' sicher kaum jemanden von ihrer Abstammung*'', zumal zur gleichen Zeit die neugegründete DKP auf die selben Traditionen Erbanspruch geltend machte.

Als vierten „Grund- und Gründungszug'' der KPD/ML nennt der Autor das „*dogmatische und unhistorische Aufgreifen dessen, was man unter ‚Bolschewisierung' verstand*''. Historisch war das eine maßgeblich von Stalin formulierte Ausrichtung der KPD Ende der 20er Jahre, die einerseits zu einer Radikalisierung in der praktischen Politik (z.B. RGO-Politik, Sozialfaschismus-These) führte, andererseits auch zu einer weitgehenden Ausschaltung von Fraktionen in inneren Liniendebatten. Hinter der Berufung der KPD/ML auf die „Bolschewisierung'' stand ein Geschichtsbild, das der Autor so zusammenfaßt: „*Unter Stalin und Thälmann war die Arbeiterbewegung und die kommunistische Bewegung auf dem allseits richtigen Weg und korrekt. Da kamen die modernen Revisionisten heimtückisch von hinten herum hoch und entarteten, sozusagen im Auftrag des Weltimperialismus, unsere korrekten, kommunistischen, bolschewistischen Parteien. Unsere Aufgabe bei Neugründung und Neuaufbau der Partei bestehe darin, zu den korrekten Ursprüngen zurückzukehren und wieder solche Parteien zu schaffen, wie sie zu Stalins und der Komintern Zeiten existierten ... Dieses Konzept bedeutete, völlig unhistorisch und kaum geprüft etwas neu aufbauen zu wollen, was wohl bei genauerem Hinsehen soo unanfechtbar, wie man es gerne hätte, nicht war.*'' H e u t e sehe man in der KPD „*die Notwendigkeit, wissenschaftlich den Entartungsprozeß* (der Komintern-Parteien) *und seine Ursachen gründlich zu untersuchen und zu verarbeiten, um daraus programmatische und organisatorische Schlußfolgerungen zu ziehen.*'' Dann aber, so der Autor, müsse man sich endlich auch offiziell von der „Lebenslüge'' verabschieden, die KPD/ML sei „*auf korrekten Grundlagen gegründet*'' worden. „*Unabhängig von besten Motiven und ehrlichsten Absichten*'' sei mit der KPD/ML keine kommunistische Arbeiterpartei gegründet worden. Zur Gründung einer solchen Partei hätte damals auch gar keine Chance bestanden.

„Der maoistische, kleinbürgerlich-revolutionaristische Weg"

„Der maoistische, kleinbürgerlich-revolutionaristische Weg"

Der Autor, als erfolgreicher Legenden-Killer angetreten, sitzt nun jedoch selbst einer hartnäckigen KPD/ML-Legende auf: Daß sie eine „maoistische'' Organisation gewesen sei und daß diese Orientierung eine wesentliche Ursache von „kleinbürgerlichen'', „sektiererischen'' Fehlern in der Praxis gewesen sei. Eine zumindest ungefähr eingrenzende Interpretation des Begriffs „Maoismus'' wäre an dieser Stelle eigentlich nötig, wird aber vermutlich kaum jemanden heute noch interessieren. Tatsache ist jedenfalls, daß in den 70er Jahrn üblicherweise alle Organisationen als „maoistisch'' tituliert wurden, die sich im großen Kirchenstreit KPdSU kontra KP China positiv auf letztere bezogen. Tatsache ist andererseits, daß diese Art von „Maoismus'' nicht notwendigerweise eine Anlehnung an die politischen und praktischen Grundsätze bedeutete, mit denen die chinesische KP den Klassenkampf im eigenen Land über mehr als 20 Jahre hin zum Erfolg geführt hatte. Es kann sogar unterstellt werden, daß von diesen Grundsätzen die meisten europäischen „Maoisten'' kaum Ahnungen hatten. Ebenso bedeutete diese Art von europäischem „Maoismus'' nicht unbedingt, daß die betreffenden Organisationen sich inhaltlich an die Vorschläge anlehnten, die den Publikationen der KP Chinas (in erster Linie die Anfang der 60er Jahre in vielen Sprachen verbreiteten Artikelsammlungen „Revisionismus-Kritik'' und „Generallinie'') für eine revolutionäre Politik in Europa zu entnehmen waren. Man wird, um ein konkretes Beispiel anzuführen, in diesen chinesischen Publikationen kein Argument finden für das theatralische Sektierertum und die kindischen Avantgarde-Ansprüche, mit denen allerlanden ein ganzes Bündel konkurrierender ML-Parteien für extravagante Unterhaltung sorgte. Im Gegenteil fordern die chinesischen Texte auf zur Bildung demokratischer Einheitsfronten und zur Integration in die Klassenkämpfe im eigenen Land.

Was alles dies angeht, hat der Autor leider — im Gegensatz zu seinen eigenen Ansprüchen und seiner Praxis in anderen Punkten — keine Untersuchungsarbeit vorgenommen bzw. läßt zumindest keine erkennen. Insoweit folgt er einfach dem bequemsten Weg, nämlich der seit Ende der 70er Jahre geltenden KPD-Doktrin: Mao kein Klassiker, sondern nur ein schlimmer Kleinbürger; China alles große Scheiße.



„Kampf gegen den modernen Revisionismus"

Der Autor zitiert einen bekannten Lehrsatz aus dem Legendenschatz der KPD/ML: die Partei sei aufgebaut worden und müsse aufgebaut werden
Der Autor zitiert einen bekannten Lehrsatz aus dem Legendenschatz der KPD/ML: die Partei sei aufgebaut worden und müsse aufgebaut werden
„*im prinzipienfesten Kampf gegen den modernen Revisionismus, dem Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung*''. Dem hält der Autor ebenso richtig wie eigentlich banal entgegen, „*daß sich eine Kommunistische Partei grundsätzlich und vor allem im Kampf gegen das Kapital aufbaut. Sie baut sich auf, indem sie die Einheit der Arbeiter und übrigen kämpfenden Menschen eben in der gemeinsamen Auseinandersetzung mit der Kapitalistenklasse anstrebt. Sie baut sich auf, indem sie in dieser kämpferischen Tätigkeit vor allem Arbeiter für sich gewinnt, die die Sympathien für die Partei dadurch gewinnen, daß sie sich von ihr als einziger Partei wirklich vertreten fühlen, weil diese Partei wie sie denkt und handelt.*''

Stattdessen habe die KPD/ML in einer Weise die Polemik gegen die DKP in den Vordergrund gestellt, die erstens weit am Bewußtsein der Menschen vorbeiging und zweitens nicht dem Umstand Rechnung trug, daß nicht die DKP, sondern die Kapitalisten der Hauptfeind und „*unser aller gemeinsamer Gegner*'' hätten sein müssen. „*Wir erklärten jedes kämpferische Wort der DKP zu einem besonders abgefeimten und hinterhältigen Manöver. Wir machten jeden DKPler zu einem Achtgroschenjungen der Bourgeoisie. Wir schlugen ihnen öffentlich die Prinzipien der Generallinie ohne Rücksicht auf Verluste um die Ohren und verkündeten auf Deubel-kommraus unsere ehernen Prinzipien.*''

Übersehen habe die KPD/ML dabei auch, daß innerhalb der Arbeiterbewegung der BRD selbstverständlich nicht der „Revisionismus'' der DKP, sondern die Sozialdemokratie eindeutig die dominierende Kraft ist. „*Es war eigentlich nicht so schwer herauszubekommen, daß es bei der Gewinnung fortschrittlicher, kämpferischer Kollegen weniger darum ging, sie von revisionistischen Positionen herunterzubekommen, als von sozialdemokratischen und parlamentarischen ... Wenn 98% der Arbeiterklasse gar nicht die Notwendigkeit einer revolutionären Partei für ihre Interessenvertretung sehen, wenn 98% der Arbeiterklasse irgendwie ihren Burgfrieden mit dem herrschenden System gemacht haben, sich mit ihm abgefunden und irgendwie arrangiert haben, dann sind Fragen der Auseinandersetzung* i n n e r h a l b *der kommunistischen Weltbewegung für die Masse absolut uninteressant ...*''

Die KPD/ML sei ausgegangen von einer „*maoistischen kleinbürgerlich-arroganten Haltung*'', von „*kleinbürgerlichem Intelligenzlertum*'' gegenüber der Arbeiterbewegung, statt die notwendige Auseinandersetzung z.B. mit der DKP anhand ihrer politischen Praxis, anhand der Erfahrungen der Arbeiter selbst zu führen.

Kulturrevolution und Studentenbewegung

Und schon hat der Autor wieder die Parallele zur Entwicklung in China zur Zeit der Kulturrevolution gezogen: „*Dort wurde ohne Rücksicht auf die*
Und schon hat der Autor wieder die Parallele zur Entwicklung in China zur Zeit der Kulturrevolution gezogen: „Dort wurde ohne Rücksicht auf die
Arbeiterklasse, teilweise sogar gegen ihren direkten Widerstand und über die Köpfe der Arbeiter hinweg auf alles und auf jeden eingeschlagen, der im Verdacht stand, Anhänger irgendsoeines revisionistischen großen oder kleinen Machthabers zu sein. Schüler, Studenten, Jugendliche als Soldaten übernahmen blind die von Mao und anderen vorgegebenen Parolen und Sprüche. Jeder, der ihnen im Wege war, der nicht ihrer Meinung war (ob zu recht oder zu unrecht, spielt hierbei keine Rolle) wurde als Feind bekämpft und persönlich fertiggemacht, gedemütigt, zu triefenden, scheinheiligen Selbstkritiken gezwungen und ähnliches. Das war unser Vorbild für den antirevisionistischen Kampf ... Zugleich war die chinesische Praxis, im kleinbürgerlich-anarchistischen Eifer gleich die ganze, als entartet betrachtete Partei und ihre Massenorganisationen kaputtzuschlagen ... Dieses kulturrevolutionäre, kleinbürgerliche maoistische Gift steckte tief, sehr tief in unserer Partei drin. Es äußerte sich in einer überheblichen, massenverarschenden Politik der Partei. Es äußerte sich in der kritiklosen Übernahme vor allem chinesischer, aber auch albanischer Standpunkte. Es äußerte sich im fehlenden Gebrauch des eigenen Kopfes, wie wir später sagten, und im Vergöttern ferner Parteiführer ...''

Der Autor steckt hier anscheinend noch völlig in der Logik seiner Partei, die sich Ende der 70er Jahre dazu entschloß, einige sektiererische und übergeschnappte Jugendsünden zu verdammen — und die dafür bequemerweise den Einfluß der ehedem angebeteten „chinesischen Genossen'' als Hauptsündenbock verantwortlich machte. Daß diese Argumentation nicht unbedingt logisch ist, zeigt das Beispiel einer Reihe von linken Organisationen in verschiedenen Ländern — naheliegendes Beispiel ist der KB selbst —, die sich sehr wohl positiv auf Elemente der chinesischen Kulturrevolution bezogen, o h n e dabei in all die Extreme der Götzenverehrung und des besinnungslosen Nachplapperns zu verfallen, die für die ML-Parteien so typisch waren.

Zurück zum Autor. Neben dem „*chinesischen Einfluß*'' erklärt er auch den „*Einfluß der Studentenbewegung der damaligen Jahre*'' für schuldig an den frühen Irrungen der KPD/ML. Da sei vor allem der personelle Einfluß: Studenten, die in die KPD/ML eintraten und dann in die Betriebe geschickt wurden. (Der Autor selbst rechnet sich dazu). Diese Studenten seien, „*unabhängig von den lautersten Absichten*'', „*zweifellos geprägt von einem Führungsanspruch über die Arbeiter*''.

Was tun ? Hätte man die Studenten durch einen Aufnahmestopp aus der KPD/ML aussperren sollen, wie es damals D. Dickhut (heute Chef der MLPD) vorschlug ? Das Problem lag ganz anders, meint der Autor : „*Nicht weil die Studenten zur Partei kamen, hatte die Partei mit den Studenten Schwierigkeiten. Sondern weil die Partei maoistisch war, weil sie kulturrevolutionäre Grundhaltungen und politisches Gehabe hatte, war sie für Studenten überhaupt attraktiv!*'' Daß es da auch eine Wechselwirkung gab, übersieht der Autor. Für ihn ist letztlich wieder der „chinesische Einfluß'' ausschlaggebend, ohne daß erklärt würde, wie der so große Bedeutung gewinnen konnte. Der Gedanke, daß vielleicht der Hauptfehler nicht bei Mao lag, sondern beim Autor und seinesgleichen, die aus der Politik der KP Chinas eine Karikatur machten, weil sie sie bis heute nicht verstanden haben, scheint dem Autor noch nicht gekommen zu sein.

Mit dieser wichtigen Einschränkung ist dem Autor zuzustimmen, wenn er (be)schreibt : „*Unser Stil und Auftreten, unser Rumgetöse, unsere roten ‚Leuchtturmreden' im Betrieb, unsere lupenreinen 1.Mai-Demos mit uns selber, unsere öffentliche, propagandistische Begeisterung für die bewaffnete Revolution und der Mao-Spruch für jede Lebenslage, all das schaffte uns ein Image unterschiedlich von der DKP: Nämlich das Image superrevolutionärer Maoisten und weltfremder Spinner!*'' Richtig, und übrigens alles schon 1971 zu lesen in der KB-Broschüre „Was sind die Superlinken und wie schaden sie der Sache der Arbeiterklasse?''

„Die KPD/ML als Teil der ML-Bewegung"

Zu den „Lebenslügen'' der KPD (/ML) gehört nach Ansicht des Autors
als Teil der ML-Bewegung"

Zu den „Lebenslügen'' der KPD (/ML) gehört nach Ansicht des Autors
auch die tatsächlich haarsträubende Behauptung, die Partei habe eigentlich nie zur ML-Bewegung gehört. Die ML-Bewegung, so lautete Ende der 70er Jahre plötzlich die neue Sprachregelung, sei lediglich eine „*kleinbürgerliche Modeströmung*'' gewesen, die zwar auch stark in die KPD/ML „hineingewirkt'' habe (natürlich durch die Studenten), aber dort nicht vorherrschend geworden sei.

Diese Legende widerlegt der Autor mühelos, indem er auf die Namensgebung der Partei und auf ihre Entstehungsgeschichte verweist. Allerdings gebe es in diesem Rahmen auch einige Besonderheiten, die die KPD/ML ‚auszeichneten'. Diese nimmt er Punkt für Punkt aufs Korn.

1. Die Theorie des Parteiaufbaus. Die KPD/ML sei von allen westdeutschen Organisationen diejenige „*mit dem unverfälschtesten Führungsanspruch*'' gewesen. „*Im Gegensatz zum Rest*'' habe die KPD/ML „*einen anderen Weg des Parteiaufbaus*'' vertreten. Nämlich aufgrund der These, daß die „*Neugründung einer Partei unabhängig vom Stand der Arbeiterbewegung*'' erfolgen könne. Die übrigen linksradikalen Gruppen hätten hingegen „die Linie'' vertreten, „*eine neue Vorhutpartei der Arbeiterklasse entstehe durch die Verankerung von Zirkeln und arbeitenden Gruppen in den Massen, ... aus den spontanen Kämpfen heraus*''.

Fazit des Autor allerdings: Das sind sowieso alles nur Probleme „intellektueller Gruppen'' und „kleinbürgerlicher Studentenzirkel'', mit denen die Arbeiterklasse „*Gott sei dank*'' nichts am Hut hat. Daß diese westdeutsche Arbeiterklasse bis zum heutigen Tag keine sozialistische Partei hervorge-

bracht hat, sondern in der überwiegenden Mehrheit zäh an der SPD klebt, kriegt auf diese Weise geradezu den Heiligenschein politischer Weisheit. In Wahrheit ist es doch wohl so: Arbeiter, die ihre Interessen immer noch der SPD überlassen, sind kein bißchen weniger bescheuert als Studenten, die sich zur Avantgarde des Proletariats erklären. Eine Dummheit bedingt die andere. Die eine ist nur sehr viel extravaganter als die andere.

2. Die Berufung auf die Tradition der KPD. „*Die von uns betriebene Dogmatisierung der Geschichte verhinderte eine kritische Überprüfung der KPD-Geschichte. Eine ganze Reihe wichtiger Fragen waren tabu und mit dem Makel des Trotzkismus oder Brandlerismus behaftet.*" Die KPD/ML sei auch nicht über die Tatsache gestolpert, „*daß die Führer der DDR und die Parteiführer der revisionistischen KPD-/DKP zu großen Teilen die alten, gestandenen KPD-Führer waren*". „*Hätten wir wirklich ernsthaft an der Tradition und den Erfahrungen anzuknüpfen beabsichtigt*", dann hätte man sich auch mit den ‚Linienkämpfen' in der alten KPD, mit den Wandlungen der KPD-Politik usw. ernsthaft und wissenschaftlich befassen müssen. Stattdessen habe man sich aus der KPD-Geschichte „*das genommen und dogmatisiert, was wir gebrauchen konnten*", das Unbequeme, nicht ins Weltbild Passende hingegen totgeschwiegen und ignoriert.

3. „Anerkennung durch Albanien als Bruderpartei". Dies sei für die KPD/ML „*zweifellos ein wichtiges und stabilisierendes Element*" gewesen und habe ihr „*auch später, in der China-Frage etwa, geholfen*". — Aber ob der KPD/ML wirklich damit geholfen war, daß sie statt der Mao-Sprüche plötzlich die Anti-Mao-Sprüche Enver Hodschas pauschal nachbetete, ist doch eine große Frage? Am Punkt Albanien scheint der Autor die größten Hemmungen zu haben, mit dem historisch Überlebten und Widerlegten zu brechen: Einerseits kritisiert er „*die albanischen Genossen*", sie hätten sich leider international „*ganz schön zurückgehalten*", statt in den „ideologischen Kämpfen" der ML-Bewegung selbst „mitzumischen". Andererseits deutet er vorsichtig seine Zweifel an, ob „die albanischen Genossen" überhaupt den richtigen Durchblick haben. Und die „*Mehmet Shehu-Geschichte in Albanien*" verursacht dem Autor immerhin „Bauchschmerzen". Vielleicht dringt dieser Schmerz demnächst auch bis in den Kopf hinauf?

4. „*Ausrichtung auf das Industrieproletariat*". Das sei genau besehen gar keine Besonderheit der KPD/ML gewesen, sondern ebenso der Anspruch aller ml-Organisationen wie übrigens auch der DKP. Die Kernfrage sei vielmehr, „*mit welcher Linie, welchen Vorstellungen und welcher politischen Praxis*" diese Aufgabenstellung angepackt wurde. Gerade da sei das „ML-ertum" der KPD/ML „besonders deutlich" geworden. So etwa in der überheblichen und besserwisserischen Polemik gegen Politik und Praxis anderer Linker in diesem Bereich. Im Übrigen sei „*die Tatsache unserer Erfolglosigkeit bei der Gewinnung der ‚Vorhut des Proletariats für den Kommunismus'*" beweiskräftig genug.

5. „Einheit der Marxisten-Leninisten in einer Partei". In diesem kleinen Abschnitt kritisiert der Autor die diversen Versuche der KPD/ML, mit anderen ML-Organisationen ins Fusionsgeschäft zu kommen. Man habe sich mit dieser „exklusiven" Orientierung den „*Weg zu wirklicher 'Einheitsfrontpolitik' im Betrieb*" verbaut. Mit dieser Argumentation verwirft der Autor ebenso die „heutigen Einheitsbemühungen" der KPD/ML im Rahmen der sogenannten Revolutionären Sozialisten (d.h. in erster Linie mit dem BWK) wie auch die Fusionsverhandlungen mit der trotzkistischen GIM.

Die schlimme vaterländische Episode

Die schlimme vaterländische Episode

Als „*einen schlimmen Höhepunkt maoistischer Versumpfung*" sieht der Autor jene exzessiv vaterländische Episode der KPD/ML, die durch die berüchtigte ‚Kieler Rede' des damaligen Vorsitzenden Ernst Aust eingeläutet wurde. Damals, im März 1975, warf Aust das Steuerruder der Partei scharf nach rechts. Schaffung einer breiten Einheitsfront gegen die beiden Supermächte war nun angesagt. Die gefährlichere der beiden Supermächte sei, so Aust, die Sowjetunion. Dagegen sei, so Aust weiter, sogar das Bündnis mit den faschistoiden ‚Nationalrevolutionären' und ähnlichen „nationalistisch beeinflußten Gruppen" angemessen. Der Besuch von Strauß in China, gerade zu jener Zeit, wurde in der ‚Kieler Rede' selbstverständlich lebhaft begrüßt. „*Denn im Gegensatz zu den anderen Herren, die Peking besuchen, im Gegensatz zu den Exponenten der SPD/FDP, hat Strauß in China klipp und klar sich gegen das Vormachtstreben der zwei Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gewandt, ist er gegen die Entspannungsdemagogie und für die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sozialimperialismus eingetreten.*"

Damit hatte die KPD/ML, noch vor der Semler-KPD (die sich 1980 aufgelöst hat) und lange vor dem KBW, einen Kurs auf Vaterlandsverteidigung und hemmungslose Blockbildung gegen die Sowjetunion eingeschlagen. Diese neue Linie der KPD/ML wurde anderen Linksgruppen wie dem KB ein Jahr lang stolz um die Ohren geschlagen und verschwand dann plötzlich ohne selbstkritische Aufarbeitung wieder. Wenig später lobte sich die KPD/ML schon in Parteitagsreden (wieder von Aust!) als prinzipienfeste Kämpferin gegen die schlimme chinesische „Drei-Welten-Theorie". Zwar habe es da, so Aust 1979, „*vorübergehend eine kurze Schwankung*" gegeben, aber das könne den Ruhm der Partei nicht verdunkeln.

Für den Autor ist diese Episode wieder ein Grund, das schon bekannte Leitmotiv anzustimmen: **„Was waren wir bloß für vernagelte, borniert-dogmatische China-Nachäffer!"** In diesem Fall zweifellos wahr, aber ist das auch die ganze Wahrheit? Gibt es nicht gerade bei dieser Episode — der ganz harten Blockbildung gegen die Sowjetunion im Namen des bedrohten deutschen Vaterlands — auch hausgemachte Ursachen, die man nicht verschweigen sollte? Wird nicht mit dem scheinbar zutiefst zerknirschten „Was waren wir damals doch für idiotische Nachäffer!" eine tiefergehende, den Dingen an die Wurzel gehende Analyse elegant umschifft? Oder, um doch einmal Mao zu zitieren: Die äußeren Ursachen („der chinesische Einfluß") wirken vermittels der inneren.

nicht die falschen Antworten gegeben? War unsere bisherige Kritik an den revisionistischen Ländern überhaupt in der Lage, die Vorbehalte gegenüber dem revolutionären Sozialismus pro-

Der IV. Parteitag als Notbremse oder: Alter Wein in neuen Schläuchen

Den folgenden Beitrag entnahmen wir der Broschüre „Schluß mit den Lebenslügen. Ein Beitrag zur Entwicklung eines realistischen und historisch korrekten Selbstverständnisses der KPD". Die Broschüre erschien im Dezember 1984 in Hamburg und ist wohl die bisher vollständigste und genaueste Aufarbeitung der Geschichte einer ml-Organisation. Die ersten beiden, hier nicht abgedruckten Teile, behandeln die Gründungsphase der KPD/ML und Entstehung und Entwicklung der ml-Bewegung. Der abgedruckte Teil umfaßt den Zeitraum 77/78. In der nächsten Ausgabe des AK drucken wir den Teil vor dem V. Parteitag ab, d.h. die Entwicklung bis 1983.

AK-Redaktion

1. Die Abkehr von China und Mao Tsetung

Die entscheidende Zeit für die mehr oder weniger maoistischen ML-Organisationen waren die Jahre 77/78, also die Zeit nach dem Tode Mao Tsetungs. Es war die Zeit, in der chinesischer Revisionismus sich immer unverblümter zu zeigen begann. Es war ein wesentlicher Zug eben dieser Art von Revisionismus, daß sie, gestützt auf das scheinmarxistische Drei-Welten-Gerede, besonders kraß und reaktionär mit den schwärzesten Regimen und kältesten Kriegern des westlichen Imperialismus paktierte.

Die Kieler Rede (die berüchtigte Rede von Ernst Aust, in der die Festlegung auf die chinesische Linie propagiert wurde, Anm. AK) hatte gezeigt, wie weit wir schon in diesen Strudel geraten waren. Aber in dieser westdeutschen Anwendung der Drei-Welten-Theorie wollten wir immerhin noch „zwischenimperialistische Widersprüche ausnutzen" und hielten uns subjektiv für besonders gerissen und taktisch geschickt und konsequent.

China jedoch begrüßte immer unverhohlener die Nato-Aufrüstung. Da ging es offensichtlich nicht um Ausnutzung zwischenimperialistischer Wider-
China jedoch begrüßte immer unverhohlener die Nato-Aufrüstung. Da ging es offensichtlich nicht um Ausnutzung zwischenimperialistischer Wider-
sprüche, da ging es um Kriegshetze für Europa! Strauß und Co. wurde offen gegen den Vorwurf des Revanchismus in Schutz genommen.

Schließlich war der Punkt erreicht, an dem selbst das dickste Brett vor dem Kopf nichts mehr nützt! Wer d a s nachbeten wollte, mußte sich auch ganz persönlich und subjektiv und bewußt auf die Seite der CDU/CSU und deren Politik stellen. D a s aber brachte nun kein einziger Genosse unserer Partei fertig. Der Bruch mit China war unumgänglich.

Und so brachen wir mit China und der Drei-Welten-Theorie und kehrten auf den Boden der Generallinie und der klassischen Bestimmung der weltweiten Widersprüche unserer Epoche zurück. Wir maßen wesentliche Fragen der Ideologie und Theorie Mao Tsetungs an den vorliegenden, auf den alten Erfahrungen bauenden und von S t a l i n ausgearbeiteten Prinzipien. Wir gingen also auch hierbei durchaus traditionalistisch und dogmatisch vor. Den Mao strichen wir aus der Ahnengalerie der Klassiker des Marxismus-Leninismus.

An dieser Stelle möchte ich einmal abschweifen zu einem Gedankengang, der sich hier ergibt. Jawohl, ich habe bewußt ketzerisch „Ahnengalerie" geschrieben. Ich bin inzwischen der Meinung, wir sollten den ganzen Unsinn mit den „Klassikern des Marxismus-Leninismus" bleiben lassen. (Da staunt Ihr, was, Ihr Kieler Bolschewiken!) Diese ganze Beruferei auf „Klassiker" ist bisher doch meist nur mißbraucht worden und hat nur geschadet. Es frage sich doch jeder mal selbst. „Klassiker" bedeutet, daß jedes Wort erhaben ist; Klassiker waren für uns doch revolutionäre Übermenschen.

Unsere Art von Klassikergerede widerspricht im übrigen den Erkenntnissen des dialektischen Materialismus und des Menschenbildes des historischen Materialismus. „Klassiker des Marxismus-Leninismus" ist ein Widerspruch in sich. Wie kann man unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus unfehlbare, grundsätzlich nicht anzweifelbare Menschen konstruieren, die alle Erkenntnisse voll drauf hatten, die alles und jedes korrekt und für die Ewigkeit theoretisch und ideologisch zusammenfaßten?

Erstens ist jeder Mensch ein Produkt seiner Umwelt und seiner Zeit.

Und zweitens ist der Marxismus kein starres Lehrgebäude von drei bis fünf klassischen Köpfen. Er ist eine Weltanschauung, gewissermaßen eine wissenschaftliche Brille, durch die man seine Umwelt sehen sollte, um dem wirklichen Gang der Dinge Rechnung zu tragen. Eine Weltanschauung ist nie etwas Fertiges. Es wandelt sich ständig, erweitert sich, korrigiert sich, macht Vergangenes zur Episode.

Und drittens war unser „Klassiker"-gedöhns im Kern nichts als eine Form von Personenkult. Kritik an Klassikern, Anwendung bestimmter Erkenntnisse auf uns mit anderen Ergebnissen und Schlußfolgerungen als etwas bei Lenin durfte und konnte es nicht geben. „Klassiker" — das war oft nur eine Keule zum dogmatischen Totschlagen von Argumenten.

Für einen kleinbürgerlich-intellektuellen Dogmatiker ist jedes kritische Wort und jede historisch notwendige Weiterentwicklung des ML notwendigerweise „Revisionismus", d.h. **die Revision eherner Dogmen und Prinzipien überirdischer Klassiker.**

Ein typisches Beispiel sind diese Kieler Superbolschewiken um Gen. Fritz, für die Hotschis verdienstvolles Weiterdenken an vielen wichtigen Stellen und seine Versuche, Erfahrungen zusammenzufassen, sofort „Revisionismus" ist.

Ich kann dazu nur sagen, wenn Marx und Engels mit solcher Einstellung zu Werke gegangen wären, gäbe es keinen Marxismus. Der Streit darum, ob Stalin oder Mao „Klassiker" gewesen seien oder vielleicht doch „nur" große Revolutionäre oder was auch immer, muß jedem normalen Menschen absolut l ä c h e r l i c h vorkommen, — und ist es auch.

Ich sage jedem, der nun von Entsetzen geschüttelt vor dieser Lästerung zurückprallt: Ich bin felsenfest davon
vorkommen, — und ist es auch.
Ich sage jedem, der nun von Entsetzen geschüttelt vor dieser Lästerung zurückprallt: Ich bin felsenfest davon
überzeugt, daß ich mit meiner jetzigen Einstellung heute tausendmal mehr von Marx oder Lenin lernen kann und lerne als zu Zeiten, in denen ich als „gläubiges kommunistisches Mäxchen" mir die klassischsten Klassiker reingezogen habe — immer auf der Suche nach fertigen Antworten und Schablonen, die gut auf irgend ein Problem paßten!

Doch zurück zum Thema. Eines ist ziemlich klar. Jede damalige ml-Organisation, die an der Drei-Welten-Theorie und China hängen blieb, mußte kaputt gehen. Denn ungeachtet aller damaligen Anpinkeleien untereinander waren in allen Gruppen revolutionär gesonnene Menschen organisiert, für die eine Allianz mit Strauß und Co. nicht möglich war.

Sofern Organisationen nicht den politischen Dreh fanden, mußten sie an diesen Widersprüchen zerbrechen. Und so reduzierte sich die ml-Bewegung um einiges. Überhaupt war damit das Ende der klassischen Form der ml-Bewegung gekommen, die eigentlich untrennbar mit Mao Tsetung, China, Studentenbewegung und Kulturrevolution verknüpft war.

Es brach nun, auch wenn das erst viel später klar wurde und der Name dafür von Ernst erfunden wurde — es brach nun die Zeit der revolutionären Sozialisten an!

Wir sind heute immer noch sehr stolz darauf, daß wir nicht kaputtgingen. Diese simple Tatsache muß sehr oberflächlich und zweckdienlich für das Argument herhalten, daß wir schon eh die vorwärtsstrebende kommunistische Partei gewesen sind.

Wie argumentiert die „Resolution über die Entwicklung der Partei" an dieser Stelle und zu diesem Punkt?

Während sich die „ML-Bewegung" als politische Modeströmung auflöste, konnte unsere Partei nicht nur eine relative Stabilität wahren, sondern war in der Lage, heißt es auf S. 4, „eine Reihe wesentlicher ideologischer und politischer Fehlentwicklungen zu korrigieren und eine, wenn auch bescheidene Steigerung ihres Einflusses in der Arbeiterbewegung zu erreichen."

Nun wir wollen sehen, wie es sich damit verhielt.

Zunächst einmal ist das folgende von damals sehr auffällig. Das ZK schrieb einen interessanten Brief an das ZK der KPCh. (TO 1/78). Die Drei-Welten-Theorie und die Mao-Tsetung-Ideen wurden theoretisch gut und fundiert kritisiert. Zugleich, in der ersten Hälfte 1978, wurde in der Kieler-KPD/ML-Rede die KPD/ML zur Vorkämpferin gegen die neue internationale Strömung chinesischen Revisionismus, und wir fielen im TO 2/78 ganz wüst und „entlarvend" über den KBW her, der das alles nicht checkte.

Diese Verwandlungen, in einschlägigen linken Kreisen als „Linienschwenks" bekannt, waren schon eine ziemliche Spezialität unsererseits, wobei wir uns, wie wir noch sehen werden, der verschiedensten Variationen bedienten, — mit einem Höhepunkt vor 1 1/2 Jahren. Wir waren nicht fähig dazu, unsere theoretische Kritik am Maoismus zu verbinden mit einer selbstkritischen Anwendung der Untersuchung auf uns selber, auf die westdeutsche Linke und die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Wir waren nicht fähig, wirklich mit den tieferen Wurzeln und ideologischen Ursachen unseres Maoismus zu brechen. Nach dem Motto: „Was schert mich meine Linie von gestern" waren wir über Nacht Vorkämpfer *gegen* zuvor eisern vertretene Positionen, — nunmehr mit Positionen, die man *gestern* noch als trotzkistisch, opportunistisch etc. gebrandmarkt hatte. Bei Menschen außerhalb unserer Partei mußte das Mißtrauen hervorrufen. Egal, wie überheblich und zynisch etwa der „Arbeiterkampf" des KB uns damals behandelte, aber der KB hatte uns damals schon geraume Zeit als Vaterlandsverteidiger angegriffen. Nicht so ganz zu unrecht, denn genau in dieser Richtung war ja auch allerhand faul gewesen. Es dauerte nicht lange und schon waren w i r die Vorkämpfer gegen die Vaterlandsverteidiger der GRF. Daß aber etwa selbiger KB nach wie vor übelstes Zirkelgestrüpp war, dem wir haushoch überlegen waren, das war nach wie vor Satz!
terlandsverteidiger der GRF. Daß aber etwa selbiger KB nach wie vor übelstes Zirkelgestrüpp war, dem wir haushoch überlegen waren, das war nach wie vor Satz!

Ja, so waren wir, skrupellos und konsequent im Vertreten unserer jeweiligen Position und im überheblichen und unsolidarischen Reindreschen auf alle anderen. Nur von gründlicher Selbstkritik hielten wir nicht so viel.

Das hängt aber untrennbar mit dem Kernpunkt unserer ganzen Geschichte und ihrem Roten Faden zusammen: Unserer falschen Haltung! Denn unsere Haltung, unser unausgewiesenes Führertum, unsere selbsternannte Vorhutrolle stand für uns außerhalb jeden Zweifels.

Um nicht mißverstanden zu werden: Natürlich war die Abwendung von China eine sehr positive Sache und hat unser Zerbrechen verhindert. Aber an unserem dogmatischen, kleinbürgerlichen Kern hatte sich n i c h t s geändert. Im Gegenteil, in bestimmter Beziehung verhärtete er sich sogar noch. Ich kann mich im Rückblick leider nicht des Eindrucks erwehren, daß, trotz aller positiven Aspekte der damaligen Entwicklung, tatsächlich nur die Fassade neu getüncht wurde, nachdem der maoistische, ultralinke Lack ab war.

2. „Propaganda— oder Kampfpartei" — Warum die Partei nicht kaputt ging

Nach schweren, auch persönlichen Gegensätzen in der Führung griff im Juli 1978 Gen. Ernst Aust auf dem ZK-Plenum scharf den ultralinken, sektiererischen Kurs der Partei an. Unter der Fragestellung „Propaganda- oder Kampfpartei?" kritisierte er den haarsträubenden Zustand und die entsprechende Politik der Partei. (siehe TO 3/78)

Den ultralinken Kurs machte er an folgenden Punkten fest:

1) Der Vorstellung und Arbeit als „Propagandapartei", d.h. Propaganda als „Grundform der Arbeit";
2) Der Unterschätzung der Wichtigkeit der „parteilosen Massenorganisationen";



3) Der falschen, kleinbürgerlichen Vorstellung von der führenden Rolle der Partei, d.h.: die politische und ideologische Führung einer Bewegung ist wichtig, nicht das Zur-Schau-Stellen von Namen und Zeichen.
4) Der Ablehnung des Kampfes um Reformen als „ökonomistisch" und „reformistisch".

Entscheidend für die Einschätzung dessen, was sich damals vor und auf dem IV. Parteitag abspielte, sind die Maßstäbe, ist die Plattform, von der aus Ernst seine Kritik leistete.

Diese Plattform kann man in drei Punkten zusammenfassen:

a) Die Partei sei 1968/69 auf korrekter marxistisch-leninistischer Grundlage geschaffen worden. (118)
b) Es kann sich heutzutage relativ schnell eine revolutionäre Situation entwickeln. Der Sieg in der dann anstehenden Revolution „hängt weitgehend vom subjektiven Faktor ab, und der subjektive Faktor Nr. 1 ist nun mal die revolutionäre Partei des Proletariats, also die KPD/ML." (S. 104)
c) Für ihre Führerschaft muß die Partei eine klare, revolutionäre, marxistisch-leninistische Linie haben, die Vorhut gewonnen und „darüber hinaus tief in den Massen verankert sein, vor allem im Proletariat, aber auch in den Bündnisschichten." (S. 103)

Dieses auf den Punkt gebrachte, aus zwei Lebenslügen und zwei als Dogma angelesenen Erfahrungen der Arbeiterbewegung bestehende Weltbild saß tief in uns allen drin. Dieses Weltbild und die Tatsache, daß man es glauben und daran festhalten konnte, basierte auf der Grundlage einer unerschütterlichen zutiefst bornierten Einstellung, nach der es im Grunde scheißegal ist, was die Menschen in diesem Land von einem halten, — Hauptsache man selber wähnt sich in Übereinstimmung mit den „Lehrer der Klassiker"!!

Denn wie anders ist es sonst zu erklären, daß Ernst und wir alle von damals trotz all der negativen Erfahrungen mit China und mit uns selber n i c h t in der Lage waren, uns einigermaßen objektiv einzuschätzen, d.h. unsere wirkliche Rolle und Bedeutungslosigkeit zu analysieren, nach den Wurzeln des Maoismus zu fragen und nach unserer historischen Berechtigung, uns zum revolutionären Faktor Nr. 1 in diesem Land zu erklären. Welche Kämpfe, welche Massenverbundenheit berechtigen uns, hochtrabend über „tiefe Massenverbundenheit" zu schwätzen, wovon wir nun damals wirklich keine Ahnung hatten?

An der falschen Grundhaltung wurde nicht gerüttelt. Ernst überwand China in seiner damaligen Rede zwar ganz locker, aber doch nur scheinbar:

„Hier wie auch in anderen Schriften der Partei wird sich weniger auf die Klassiker des Marxismus-Leninismus, die langjährigen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung gestützt, sondern auf die großen Weisheiten der „Peking Rundschau" und des großen Lehrmeisters und genialen Steuermanns Mao in etwa nach dem Motto: „Wenn das Wasser den Berg

An der falschen Grundhaltung wurde nicht gerüttelt. Ernst überwand China in seiner damaligen Rede zwar ganz locker, aber doch nur scheinbar:

„Hier wie auch in anderen Schriften der Partei wird sich weniger auf die Klassiker des Marxismus-Leninismus, die langjährigen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung gestützt, sondern auf die großen Weisheiten der „Peking Rundschau" und des großen Lehrmeisters und genialen Steuermanns Mao in etwa nach dem Motto: „Wenn das Wasser den Berg

runterläuft, rauscht es." Genossen, es würde sich schon mal die Mühe lohnen, festzustellen, wie weit antimarxistisch-leninistische Auffassungen der KP Chinas auf unsere Partei Einfluß hatten. Ganz klare Auswirkungen hatten sie auf unsere falsche Einschätzung der chinesischen Außenpolitik, in der zeitweiligen Abweichung in der Frage des Hauptfeindes, im sogenannten Kampf zweier Linien, der Einheitsverhandlungen mit der GRF usw. Unser aller Fehler war die Haltung: „Der große Mao, die ruhmreiche KP Chinas wird es schon wissen", war der Fehler, sich nicht auf die eigenen Köpfe, den Marxismus-Leninismus zu stützen."

Hier sind von Ernst wichtige Fragen angesprochen worden, und man kann im Nachhinein nur sagen: Hätten wir das man alles gemacht, was Ernst hier als wichtig und lohnenswert erwähnt, und hätten wir man wirklich eine andere Haltung eingenommen. Nur, wie ich schon sagte, die falsche Grundeinstellung blieb, sie blitzt auch in diesem Zitat durch und sie verhinderte letztlich auch die Untersuchung, welchen Schaden der Maoismus nun tatsächlich bei uns angerichtet hat. Warum kann ich das behaupten, und warum ergibt sich das aus dem obigen, doch sehr richtigen Zitat?

Die Frage ist, haben wir damals auf dem IV. Parteitag wirklich unseren eigenen Kopf gebraucht? Ich sage nein. Passiert ist etwas ganz anderes, und das ging in etwa so:

China? Mao? — passé. Devise: Auf die **richtigen** Klassiker stützen! Also: Dogmatische Renaissance des großen Stalin, der ruhmreichen KPdSU, Lenins! Nicht der **falsche Marxismus-Leninismus Chinas**, nein, Genossinnen und Genossen, wir müssen uns wieder und ausschließlich auf den **richtigen Marxismus-Leninismus stützen.**

Nebenbemerkung: Da ist übrigens eine Parallele zu der jetzigen Situation in der Partei. Immer, wenn wir einen massiven Linienschwenk vollzogen haben, haben wir uns von etwas Falschem auf etwas Richtiges gestellt. Heute stellen wir uns nachdrücklich auf die reinen Ursprünge von Marx, Engels und Lenin. Nur, anders als damals, als wir den Maoismus kritisierten und damit unsere alte Linie, wird heute rumgedruckst mit der Kritik der Massenorganisations- / Transmissions- / revolutionärer Faktor Nr. 1-Linie, der Linie des IV. Parteitags, die, nachdem sie den qualvollen praktischen Tod gestorben ist, nun den leisen theoretischen Tod stirbt. Mehr davon später.

Ich meine, daß wir, da wir mit dem Dogmatismus nicht gebrochen hatten, da wir nur die Objekte und die Ansatzpunkte unserer dogmatischen Sichtweise veränderten, auf dem IV. Parteitag auch nicht wirklich einen Schritt vorangekommen waren. Denn ein wichtiger Schritt nach vorn hätte sich in der Überwindung des massenfeindlichen, kleinbürgerlich-überheblichen Führungsanspruchs ausgedrückt, weil dieser ausgedacht, **idealistisch** konstruiert, nicht jedoch aus der Arbeiterbewegung und dem Klassenkampf im Lande erwachsen ist. Wer jedoch mit idealistischer Selbstüberhöhung sich auf den wirklichen Marxismus-Leninismus stützt, wird sich in aller Regel in Wahrheit auf gar nichts stützen, da er mit dieser Grundeinstellung den Marxismus-Leninismus letztlich immer nur zu **Rechtfertigungszwecken** heranzieht.

Nun hat jedoch, wie alle Dinge, auch Ernst' Rede zur Propaganda- oder Kampfpartei mehrere Seiten, von der sie zu beurteilen ist.

Die Rede und auch der anschließende Parteitag war für den Bestand unserer

Lande erwachsen ist. Wer jedoch mit idealistischer Selbstüberhöhung sich auf den wirklichen Marxismus-Leninismus stützt, wird sich in aller Regel in Wahrheit auf gar nichts stützen, da er mit dieser Grundeinstellung den Marxismus-Leninismus letztlich immer nur zu **Rechtfertigungszwecken** heranzieht.

Nun hat jedoch, wie alle Dinge, auch Ernst' Rede zur Propaganda- oder Kampfpartei mehrere Seiten, von der sie zu beurteilen ist.

Die Rede und auch der anschließende Parteitag war für den Bestand unserer

Organisation und für die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung entscheidend. Die maoistische, kleinbürgerlich-revolutionaristische Linie von anderen ml-Organisationen führte in den ersatzlosen politischen Bankrott, ohne daß diese Genossinnen und Genossen durch die praktische Anwendung dieser Linie eines Besseren belehrt wurden.

Die Linie, die Ernst damals unter dem Stichwort „Kampfpartei" entwickelte, hatte tatsächlich den großen Vorteil, die Partei, wenn auch völlig falsch ausgerichtet, in die Kämpfe zu schicken. Diese falsche IV. Parteitag-Linie konnte man eigentlich n u r überwinden, indem man sie von *den praktischen* Erfahrungen her, die zwangsläufig aus ihrer Anwendung her resultierten, einer falschen Grundeinstellung überführte. Das klingt vielleicht reichlich kompliziert, ist es aber gar nicht. Ich meine ganz einfach, daß man einem Genossen, der mit der „Transmissionsriemen-Linie" des IV. Parteitags und viel Schwung im praktischen Kampf den Vorreiter spielen wollte und schließlich merkte, daß mehr als ein paar dogmatische Sprüche nötig sind, um hier im Lande etwas zu wuppen, — daß man also so einem erfahrenen Genossen nicht mehr mit einem neuen dogmatischen Dreh und Linienschwenk kommen kann! Klar? Mir geht es jedenfalls so! Die Praxis hat mich letztlich zu dieser Broschüre gebracht. Als Student hätte ich diese Sichtweise nie hinbekommen. Und da kann heute lange über die reinen Ursprünge des ML geredet werden und über Partei und Massen im Sozialismus. Das ist zwar sehr interessant. Aber darauf gehe ich nicht ab, solange nicht klipp und klar und selbstkritisch ohne Lebenslügen der Zweck und Nutzen für die heute existierende, linke, sozialistische Bewegung, für all die vielen Kampfgefährten in Betrieb und Initiative geklärt ist. Und ich weigere mich, über deren, nicht ganz unerfahrene Köpfe hinweg wieder irgend etwas auszubrüten! Und ich halte es für einen scheinheiligen Stil, über die Leserbriefspalte im RM an den Wunden zu rühren und auf eine sehr seltsame, unwissenschaftliche aber doch reichlich KPD-typische Art den Trotzkismus salonfähig zu machen. (Ihr merkt, der „Gegenwartsbezug" wird immer nachdrücklicher. Aber zwecks „Rotem Faden" mache ich weiter bei Ernst 1978).

Die positive Seite damals war die Entdeckung einer lebendigen Arbeiterklasse. Es kommt auch nicht von ungefähr, daß Ernst es war, der den Umschwung damals auf den Weg brachte. Denn im Gegensatz etwa zu den Oberführern der GRF war Ernst subjektiv ganz anders davor. Er war all die Jahre doch in der Partei immer wieder derjenige, der noch das unverkrampfteste Verhältnis zu den Menschen hatte und wohl am meisten *spürte*, daß wir schief lagen. Ich erinnere mich noch an Ratschläge seinerseits, man müsse die Gewerkschaftshäuser auch von innen kennen und wie er von den DKP-*Genossen* sprach, alles Dinge, auf die ich zu jenen Urzeiten selber nicht gekommen bin und die ich bei jedem anderen Genossen „scharf bekämpft" hätte. Bei Ernst habe ich das nicht getan und so hatte auch unser eigener kleiner Personenkult sein Gutes! Gelle!? Und den hatten wir, unseren kleinen „Hoch die Faust für Ernst Aust"-Kult, denn der Gen. Ernst war nun mal irgendwie das Denkmal für unsere „bolschewistische" Tradition!

Jedenfalls war seine Rede für die Partei 1978/79 die Rettung, und was er an der Partei kritisierte an Linkssektierertum, das war richtig. Nur in *entscheidenden* Punkten nicht gründlich und inkonsequent. Aber ich werde mich hüten, daß dem Ernst persönlich vorzuhalten. Denn erstens hat er damit

tan und so hatte auch unser eigener kleiner Personenkult sein Gutes! Gelle!? Und den hatten wir, unseren kleinen „Hoch die Faust für Ernst Aust"-Kult, denn der Gen. Ernst war nun mal irgendwie das Denkmal für unsere „bolschewistische" Tradition!

Jedenfalls war seine Rede für die Partei 1978/79 die Rettung, und was er an der Partei kritisierte an Linkssektierertum, das war richtig. Nur in *entscheidenden* Punkten nicht gründlich und inkonsequent. Aber ich werde mich hüten, daß dem Ernst persönlich vorzuhalten. Denn erstens hat er damit

auch meinen eigenen politischen Weg mitgeprägt, und zweitens hat er im Rahmen unserer Organisaation und unserer eingeschränkten damaligen Möglichkeiten einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ich sagte, „im Rahmen unserer Organisation". Für die Arbeiterbewegung, für den Kampf in diesem Land, für eine vorurteilsfreie, kameradschaftliche Aktionseinheit jedoch war die „neue" IV. Parteitag-KPD/ML nicht gerade eine Bereicherung.

Denn was sich nun als „Kampfpartei", als „revolutionärer Faktor Nr. 1" präsentierte, war weiterhin spalterisch, großmäulig und betriebsblind.

Zusammenfassend läßt sich die Frage, warum ging die Partei nicht kaputt, folgendermaßen beantworten:

Andere ML-Organisationen gingen damals kaputt, lösten sich auf, entdeckten, daß der Marxismus-Leninismus „überholt" sei. Sie gingen an ihren maoistischen Widersprüchen, gepaart mit Erfolgslosigkeit, kaputt.

Unser Überleben und das Entfachen eines „ML-Strohfeuers" auf dem IV. Parteitag hingen eng mit den schon ausführlich behandelten Besonderheiten von uns zusammen.

W i r konnten China, Mao und Mao Tsetung-Ideen relativ locker streichen, denn unser stark ausgeprägter Traditionalismus, unser „Erstgeburtsrecht" und unsere Albanienbeziehungen erlaubten es uns, **die Fiktion der korrekten Vorhutpartei** beizubehalten. Stalin und das unreflektierte Gerede von der bolschewistischen Kampfpartei traten auf dem IV. Parteitag stark in den Vordergrund und verdrängten mit dem traditionalistischen Flair das chinesische Flair. Und wer das nicht wahrhaben will, soll noch mal die IV. Parteitagsresolution „1979 — Jahr des Stalin-Aufgebots" studieren, und wer dann nicht einsieht, daß es sich bei dieser Resolution um einen Treppenwitz der Geschichte handelt, wird echte Schwierigkeiten mit mir und dieser meiner Broschüre haben, — nehme ich an!

3. Kampfpartei? Geänderte Methoden für Vortänzertum!

Nachdem ich sie am Anfang des letzten Abschnitts schlagwortartig skizziert habe, will ich nun genauer auf die Linie des IV., in unserer Geschichte so wichtigen Parteitags eingehen. Was verstanden wir unter einer Kampfpartei?

In der IV. Parteitags-Resolution „Über die nächsten Aufgaben der Partei" liest man:

„Gehen wir also im Bewußtsein unserer großen Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen daran, die bestehenden Mängel und Schwächen zu überwinden und unsere Partei als Vortrupp und höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats in Deutschland für die kommenden, scharfen Klassenkämpfe zu wappnen."

Genauso ehern wie unbescheiden wird hier der alte Pflock gesetzt. Denn bis dahin hatten wir eigentlich k o n k r e t nichts im Griff, — die Klassenentwicklung nicht, den Klassengegner nicht. Unsere Fehleinschätzungen der Bewußtseinsentwicklung und dem Heraufkommen von revolutionären Situationen bewiesen das. Sie bewiesen, daß nicht nur der Arbeiterklasse ihr „Vortrupp" gänzlich unbekannt war, sondern daß auch die „höchste Klasseorganisation" so hoch war, daß sie die Arbeiterklasse nur noch sehr vage erkennen konnte.

Ehern und dogmatisch stand für uns damals trotz aller irdischen Anfechtungen fest:

a) *Wir* waren der Vortrupp und *die* höchste Klassenorganisation;
b) *Ohne uns* muß eine zukünftige Revolution *scheitern;*
c) *Ohne uns* muß der Klassenkampf *spontan* bleiben und deshalb ist es unsere proletarische Pflicht, „führend und organisierend in die Klassenkämpfe einzugreifen. (Res. z. d. nächst. Aufg.)
d) „*Ohne* große Massenorganisationen, *mächtige Transmissionsriemen,* die die Partei eng mit den Massen verbinden, kann die Partei ihre Aufgabe, die Arbeiterklasse und die Werktätigen im Kampf für den Sozialismus zu führen, nicht erfüllen." (Res. z. d. nächst. Aufg.)

Lest es selber nach und stellt fest, daß ich mir leider nichts zusammenspinne, sondern so *waren wir!* Es springt unmittelbar ins Auge, wie die Vergangenheit als Ersatz für eigene, lebendige, in Auseinandersetzung mit anderen politischen Kräften gewonnene Einschätzungen und Erkenntnisse strapaziert wird; wie wir *blind* von früher *abgeschrieben* haben.

Immer wieder drängt sich einem eine

und die Werktätigen im Kampf für den Sozialismus zu führen, nicht erfüllen." (Res. z. d. nächst. Aufg.)

Lest es selber nach und stellt fest, daß ich mir leider nichts zusammenspinne, sondern so *waren wir!* Es springt unmittelbar ins Auge, wie die Vergangenheit als Ersatz für eigene, lebendige, in Auseinandersetzung mit anderen politischen Kräften gewonnene Einschätzungen und Erkenntnisse strapaziert wird; wie wir *blind* von früher *abgeschrieben* haben.

Immer wieder drängt sich einem eine

Frage auf. Im ganzen gesehen waren wir ein winziges Häuflein, eine Splittergruppe. 10 Jahre Politik hatten wir hinter uns. Unser Einfluß in Massenbewegungen, geschweige denn in der betrieblichen Linken und Arbeiterbewegung war Null. Wie ist es dabei möglich, sich dermaßene Luftschlösser ohne jeden praktischen und konkreten Bezug und Berechtigung aufzubauen und für sich zur Linie zu machen?

Ich komme immer wieder, nun schon 47 Seiten lang und egal, von wo aus ich es auch betrachte zu der gleichen Antwort: **Intellektualistische Massenverachtung!**

Denn immerhin haben wir alle in diesem Land gelebt und gearbeitet mit all den täglichen und grundsätzlichen Problemen. Es hat also niemandem an „Gelegenheit" zum Erfahrungen verarbeiten gemangelt (etwa durch Emigration oder so). Wenn dieses Verarbeiten und Sich-Kümmern um die Realität und das Leben im Land bei uns nicht stattfand, wenn wir uns so bombastisch über alle Kampferfahrungen in diesem Land und von anderen Organisationen hinwegsetzten und wenn man sich drittens in seinem Kopf eine „Arbeiterklasse" vorgaukelt, die so nicht existiert, dann ist das nur mit Massenverachtung und Sendungsbewußtsein zu erklären.

Dieses Sendungsbewußtsein fand seinen Ausdruck in einem Abgehobensein von der politischen Wirklichkeit der heutigen Arbeiterbewegung mit allen ihren Strömungen und politischen, ideologischen und organisatorischen Erfahrungen und mündete in die schwarz-weißen Kategorien von „spontaner Arbeiterbewegung" und „bewußter kommunistischer Vorhut".

Eine maoistische, kleinbürgerlich-revolutionaristische Organisation hatte sich gehäutet; hatte studentisches, kultur-revolutionäres Gehabe abgelegt; hatte sich gewandelt in einen vorrangig traditionalistischen, abgehobenen, sich an sich selber berauschenden Zirkel. Das Ganze bei gleicher Grundhaltung und gleichem Führungsanspruch.

Voilà — das war die Kampfpartei des IV. Parteitages! Die Arbeiterklasse jedenfalls hatte noch nicht — ohne es zu wissen — ihre Vorhut.

Es existieren bekanntlich heute ganz unterschiedliche Beurteilungen des IV. Parteitages. So wie ich es hier ausführe, war es in Ansätzen in einer Reihe von Papieren zum V. Parteitag vor einem Jahr enthalten. Die offizielle Lesart, wie sie im Tätigkeitsbericht des ZK an den V. Parteitag und in dem entsprechenden Resolutionsentwurf zur Entwicklung der Partei enthalten ist, sieht ganz anders aus. Diese offizielle Lesart gefällt sich in dem Versuch, die Dinge zu b e s c h ö n i g e n und h i n z u b i e g e n, um eine positive Aufwärtsentwicklung der Partei zurechtkitten zu können, — wobei sich, wie wir gleich sehen werden, horrende Widersprüche auftun. In Hotschis ZK-Tätigkeitsbericht an den V. Parteitag lesen wir:

„Der 4. Parteitag hat der Partei mit der Orientierung auf die reale Arbeiterbewegung eine Perspektive gegeben, wie der Einfluß der Partei in der Arbeiterklasse gesteigert werden kann.

Und weiter:

„Während der 4. Parteitag die Partei insgesamt auf den Boden des Materialismus zurückholte, machten wir zugleich idealistische Fehler. Die Ausrichtung der Partei auf den Klassenkampf, die realen Bewegungen der Massen, wurde dadurch weniger solide."

Die Einschätzung ist also: Nach 10 Jahren Existenz richtet sich die korrekt begründete, im Aufbau begriffene Vorhutpartei der Arbeiterklasse auf die reale Arbeiterbewegung aus? Vor dem 4. Parteitag stand die marxistisch-leninistische Vorhutpartei, deren Weltanschauung der dialektische Materialismus ist, auf dem Boden des Idealismus? Mußte auf den Boden des Materialismus zurückgeholt werden? Zurückgeholt? Also standen wir vorher doch schon mal auf dem Boden des Materialismus? Wann denn, ohne Orientierung auf die reale Arbeiterbewegung, die erst der 4. Parteitag brachte?

Und dann erinnere man sich: Derselbe Genosse, der hier im Tätigkeitsbericht feststellt, daß erst der 4. Parteitag die Orientierung auf die reale Arbeiterbewegung gebracht hatte, schrieb für denselben Parteitag eine „Resolution zur Entwicklung der Partei", in der als Begründung dafür, daß wir nie ML-Organisation, sondern immer Partei der Arbeiterklasse gewesen waren, angegeben wird: weil wir uns immer auf das Industrieproletariat ausgerichtet haben. Seltsam, seltsam. So, lieber Genosse Hotschi, geht es jedenfalls nicht! Hier wurde auf dem V. Parteitag Polit-Jonglieren geübt, da wurde mächtig mit gut klingenden Sätzen operiert, die einer Hinterfragung nicht standhalten.

die Orientierung auf die reale Arbeiterbewegung gebracht hatte, schrieb für denselben Parteitag eine „Resolution zur Entwicklung der Partei", in der als Begründung dafür, daß wir nie ML-Organisation, sondern immer Partei der Arbeiterklasse gewesen waren, angegeben wird: weil wir uns immer auf das Industrieproletariat ausgerichtet haben. Seltsam, seltsam. So, lieber Genosse Hotschi, geht es jedenfalls nicht! Hier wurde auf dem V. Parteitag Polit-Jonglieren geübt, da wurde mächtig mit gut klingenden Sätzen operiert, die einer Hinterfragung nicht standhalten.

Und das Wichtigste bei der ganzen Angelegenheit: E s i s t e i n f a c h n i c h t w a h r, daß der IV. Parteitag die Partei auf die reale Arbeiterbewegung orientiert hat! Er hat auf ein im Kopf zurechtgezimmertes Wunschgebilde ‚Proletariat' ausgerichtet, dem man „die Tore weit öffnen" wollte. Nein, um es mal etwas scharf zu formulieren: Ich würde eher sagen, wir, die bolschewistischen Kampfparteiaufbauer, brachen mit neuem Dreh und geänderten Methoden über die reale Arbeiterbewegung herein und kamen im Laufe der Zeit aus dem Staunen nicht heraus, wie das wirkliche Leben so arbeitet und was für Probleme einen dabei überkommen.

Zu Zeiten des IV. Parteitages in der zweiten Hälfte des Jahres 1978 jedoch änderten wir lediglich die Form, die Methoden, um für die Klasse zum Nabel der Welt zu werden, nachdem wir es für uns selber schon lange waren.

Denn, auf den Nenner gebracht lautete unser Weltbild, unser Anspruch so:

W i r müssen arbeiten und uns aufbauen als revolutionärer Faktor Nr. 1, dessen historische Bestimmung es ist, den gequälten Massen,, die nicht mehr so leben wollen und können wie bisher und in der revolutionären Situation spontan aufbegehren, den Sieg zu bringen.

Führt Euch das noch mal vor Augen und dann denkt an alle die vielen praktischen Erfahrungen und ihre Lehren aus den letzten Jahren. Dieses Konzept und dieses Herangehen war doch überirdischer Wahnsinn! Das war kein Angewandter Marxismus-Leninismus, das war ein idealistisches Heilskonzept!

Die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen und linken Massenbewegungen haben uns was gehustet. Noch haben die Menschen in diesem Land ein Wörtchen mitzureden bei der Frage, wem sie vertrauen, welche Organisationen und Organisationsformen sie bevorzugen und sich als führend im Kampf herausbilden und welche nicht. Das kann man nun endlich akzeptieren und als kämpfender Teil dieser Bewegung selbstlos auch an der organisatorischen Gestaltung selbiger mitarbeiten — oder man kann sich weiter selber in die Tasche lügen und, — wenn schon nicht als KPD — so doch wenigstens als Partei revolutionärer Sozialisten an seiner zukünftigen Vorhut-Rolle in der revolutionären Situation vorbereiten.

Mir wird man jetzt natürlich sagen, ich „bete die Spontaneität an", logisch (die Seitenangabe bei Lenin, „Was tun", und Stalin schenke ich mir) — und ich sage Euch, Genossinen und Genossen, wer es wirklich ernst meint mit dem Marxismus als Anleitung zum Handeln, mit der Linie, daß die Klasse, die Massen die Geschichte bestimmen, daß sich Führungen im Kampf aus der Klasse herausbilden, der muß sein Traum- und Vortänzertum aufgeben und endlich begreifen, daß **unsere Parteiaufbaukonzepte**, einschließlich das des IV. Parteitages, **historisch auf der ganzen Linie** gescheitert.

Bei der Orientierung auf die reale Arbeiterbewegung spielte damals eines eine große Rolle und ich versprach, darauf zurückzukommen, — das ist die Frage der Einheitsfrontpolitik, ohne die man diese Orientierung nicht verstehen kan.



4. Die sogenannte „Einheitsfrontpolitik"

4. Die sogenannte „Einheitsfrontpolitik"

Auf dem IV. Parteitag taten wir einen ganz tiefen Griff in den Zauberhut der Geschichte: „mächtige Transmissionsriemen schaffen, große Massenorganisationen aufbauen, die parteilosen Massen an die Partei heranziehen, Einheitsfrontpolitik betreiben, RGO und Volksfront aufbauen". Jedoch waren diese Vorstellungen nicht das Ergebnis einer genauen Zusammenfassung unserer Erfahrungen. Es war der historische Zopf, an dem wir uns aus unserem ultralinken Propagandapartei-Sumpf ziehen wollten, — mit Hilfe von Formeln, Lehrsätzen und Schemata.

Die Einstellung dahinter ist ein gebrochenes Verhältnis von Klasse und Partei, von „Spontaneität und Bewußtheit". Für uns war kennzeichnend, daß wir die Massenbewegung und den Klassenkampf schön und gut fanden, — im Hinblick auf unsere historische Mission nämlich, die bolschewistische Kampfpartei zu schmieden. D a z u brauchten wir Massenorganisationen und Transmissionsriemen, wie uns die Geschichte lehrte. Und da die Bewegung in diesem Land offenbar nichts Entsprechendes und Brauchbares hervorbrachte und nicht begriff, wie wichtig der Aufbau einer Kampfpartei ist, gründeten bzw. organisierten wir uns unsere Transmissionsriemen und Massenorganisationen selber.

Aber was hatte so etwas mit Einheitsfrontpolitik zu tun?

Man kann bei Dimitroff nachlesen, was Einheitsfrontpolitik war und welche Voraussetzungen sie hat. Ich glaube verstanden zu haben, daß die Taktik, die wir aus der Gesschichte als Einheitsfrontpolitik kennen, eine bestimmte, an historische Bedingungen geknüpfte Taktik war. Die Voraussetzungen waren die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei als Repräsentanten p o l i t i s c h e r M a s s e n s t r ö m u n g e n. Die Voraussetzungen lagen in Massenparteien und darin, daß es für die damalige Arbeiterklasse offenbar selbstverständlich war, politisch sich zu einer dieser beiden Grundrichtungen zu zählen und somit zum Anhänger der entsprechenden Partei zu werden. Einheitsfrontpolitik war eine Politik der A k t i o n s e i n h e i t der Menschen dieser beiden politischen Hauptströme durch Zusammengehen der beiden Massenparteien.

1978 könnte man nun wirklich nicht von solchen Voraussetzungen, nicht einmal von entferntesten historischen Parallelen ausgehen. Für den Rest der Welt muß es lächerlich wirken, wenn eine Gruppe von gut tausend Leuten, die niemanden außer sich selber repräsentieren, die absolut keine politische Strömung in der Arbeiterbewegung des Landes vertreten, die minimalen politischen Einfluß haben, — wenn also eine solche Gruppierung anfängt „Einheitsfrontpolitik" machen zu wollen.

Wir waren objektiv und subjektiv nicht in der Lage, „Einheitsfrontpolitik" zu machen. Nicht einmal die Idee von der Aktionseinheit, von gemeinsamen politischen Kämpfen mit andern politischen Kräften, wo man sich um der Sache willen einbringt, hatten wir im Kopf. Unsere Politik, unsere Einheitsfronttaten standen unter dem Motto: Wie baue ich die Volksfront auf? Wie gewinne ich RGO'ler? Daß ein solches Herangehen nicht unbedingt auf Gegenliebe stößt und der Einheit im Kampf nützt, dürfte eigentlich jeder von uns doch begriffen haben, oder?

Ich fasse somit das Kapitel über den IV. Parteitag in seinen Kernpunkten zusammen:

Gerade hatten wir durch die Erfahrungen mit China scheinbar eingesehen, daß man seinen eigenen Kopf gebrauchen muß, die Dinge und die Lage im eigenen Land selbständig zu durchdenken und zu entscheiden hat. Und was machten wir gleich danach?

Anstatt uns an diese Einschätzung zu machen und eingedenk unserer mangelnden Erfahrung entsprechend vorsichtig und bescheiden zu verfahren, benützten wir als Ersatz historische Erfahrungen, die wir aus ihrem Zusammenhang rissen und dogmatisch übertrugen. Dieser traditionalistische Dogmatismus diente als weitere Stütze für Lebenslügen und Fiktionen von der Vorhutrolle der KPD/ML.

Ich meine, daß wir bereits zu Zeiten des IV. Parteitages die Pflicht, die notwendige Erfahrung und damit die Möglichkeit gehabt hätten, unsere Partei mit ihren Ansprüchen, Selbstbeweihräucherungen und ihrer Borniertheit in Frage zu stellen.

Aber die Lebenslügen saßen zu tief. Und so gingen wir für die nächsten 5 Jahre einen quälenden Weg. Einen Weg der Eiertänze, der Rückzüge, der enttäuschten Hoffnungen und der nicht erfüllten Ertwartungen. Jede positive Erkenntnis, jeder kleine Schritt herunter von dem hohen Roß kostete Mühe. Mehr oder weniger im Selbst-

nicht erfüllten Ertwartungen. Jede positive Erkenntnis, jeder kleine Schritt herunter von dem hohen Roß kostete Mühe. Mehr oder weniger im Selbst-

lauf änderten die Genossinnen und Genossen in den Betrieben und den Bewegungen ihre Meinungen und Einstellungen, — sofern sie nicht resigniert die Löffel abgaben.

Richtige Selbstkritik an den Ursachen wurde nicht geleistet. Und so ging die Linie des IV. Parteitags den Bach hinunter. Aber um der Vorstellung von der Kontinuität der Parteientwicklung willen wurde immer wieder eine positive Entwicklungslinie konstruiert, dergemäß der IV. Parteitag als richtige Weichenstellung angesehen wurde und die nachfolgenden 5 Jahre als Konkretisierung und positive Korrigierung der IV. Parteitagslinie.

Ich halte das für eine weitere, recht verspätet gestrickte **Lebenslüge**, denn in Wahrheit hat der IV. Parteitag, wie ich es darzulegen versucht habe, **falsche, dogmatische, massenfeindliche Konzepte vertreten.**

Die Kampfpartei- und Einheitsfront-Linie des IV. Parteitages hat uns behindert und gebremst. Sie hat viele in die Resignation getrieben. Sie hat uns außerhalb der Partei viel Mißtrauen eingebracht. Sie hat die Partei zu einem Siechtum verurteilt.

Gegendarstellung

Betr.: AK 256, »Trotzki und Stalin ...«

Im Artikel „Trotzki und Stalin — Das Paar des Jahres" (AK 256) wird behauptet „(...) mehrere Fraktionen der anarchistischen FAU (...)" würden sich an der sogenannten „Gemeinsamen Beilage" verschiedener ML-Organisationen beteiligen. Diese Behauptung ist unrichtig.

Richtig ist, daß sich die FAU nicht an der „Gemeinsamen Beilage" beteiligt. Allerdings beteiligt sich eine sogenannte „fau/r" an der „Beilage". Diese sog. „fau/r" hat weder organisatorisch noch politisch irgendetwas mit der FAU gemeinsam. Es gibt in der FAU zwar teilweise unterschiedliche Ansichten, jedoch keine „Fraktionen". Wenn nun jemand unseren Namen benutzt, ist die daraus resultierende Verwirrung zwar bedauerlich, jedoch nicht von uns zu verantworten.

FREIE ARBEITER-UNION

Quelle: »Der Kommunist« Nr. 2/85 (internes Organ der KPD)

»Die Partei soll alles wissen«

Der ehemalige KPD-Vorsitzende Ernst Aust zum Zustand der Partei

Liebe Genossinnen und Genossen,

manchem mag aufgefallen sein (oder auch nicht, weil er bzw. sie den Termin nicht kannten), daß das ZK nach seinem Plenum vom 12./13. Januar von seiner nach dem V. PT üblichen Praxis abwich, nach dem Plenum einen Bericht darüber im Roten Morgen zu veröffentlichen. — Warum? War es den verantwortlichen Genossen peinlich, der Parteibasis mitteilen zu müssen, daß ich auf diesem Plenum gefordert hatte:

1. die ungekürzte Veröffentlichung der vorliegenden Diskussionsbeiträge der Genossen Pauli „Schluß mit den Lebenslügen" und D.M. „Trotzki, Tito und Horst-Dieter Koch gegen das Programm der KPD" im parteiinternen Organ „Der Kommunist" sowie
2. angesichts des durch die liquidatorische Politik des Politbüros und ZKs hervorgerufenen desolaten Zustandes der Partei, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags.

Beides wurde vom Politbüro und der Mehrheit des ZKs abgelehnt. Begründung zu eins: Man sei halt an die Zeilenbegrenzung im „Kommunist" gebunden, es könne ja sonst jemand herkommen und einen Roman schreiben, außerdem werde das ZK beide Beiträge im Kommunist beantworten und, man wolle die Parteibasis nicht mit solchen Papieren belasten, wer wolle, könne sie ja bei der Zentrale anfordern. Zu zwei: Solch ein Parteitag müsse ja gründlich, durch ausführliche Diskussion über die anstehenden Probleme in der Partei vorbereitet werden, das sei in so kurzer Zeit (von Zeit und Termin hatte ich überhaupt nichts gesagt) nicht möglich.

So etwas nennt man schlicht Manipulation oder zu deutsch: Machenschaften. Da ist man einerseits für eine breite, ausführliche Diskussion in der Partei über die anstehenden Probleme,

schaften. Da ist man einerseits für eine breite, ausführliche Diskussion in der Partei über die anstehenden Probleme,

andererseits aber, wenn Genossen Gebrauch davon machen und sich einmal grundsätzlich und damit zwangsläufig länger äußern, dann gibt es Einschränkungen, Zeilenbeschränkungen etc. Man selbst nimmt für sich in Anspruch, in seitenlangen Artikeln und Beiträgen im Roten Morgen und Theorethischen Organ den neuen Kurs der Partei zu begründen, wenn aber Genossinnen und Genossen in Kurzbeiträgen von „zunehmender revisionistischer Entartung" sprechen, dann heißt es, das sei durch nichts begründet bzw. bewiesen, immerhin sei man noch für die Diktatur des Proletariats und die führende Rolle der Partei. Fragt sich nur, was man darunter versteht.

Immerhin wurden auf dem Januar-Plenum zwei Genossen des Politbüros beauftragt, eine Antwort, eine Erklärung des Zentralkomitees zu den Beiträgen der Genossen Pauli und D.M. zu erarbeiten und sie dem ZK-Plenum am 8./9. Februar zur Beschlußfassung vorzulegen. Da ich es für einen Witz halte, auf etwas zu antworten, was die Mehrheit der Genossinnen und Genossen der Partei gar nicht kennt, legte ich dem Februar-Plenum nachstehenden eigenen Vorschlag für eine Erklärung des Zentralkomitees vor: Vorschlag für eine

Erklärung des Zentralkomitees der KPD

• Das ZK der KPD stellt fest, daß sich die Partei in der tiefsten politischen, ideologischen und organisatorischen Krise seit ihrer Gründung befindet, in einem Zustand der Schwäche, Zerrissenheit und Zersetzung. Die Partei tritt kaum noch öffentlich in Erscheinung. Parteizellen treffen sich immer seltener oder lösen sich ganz auf. Revolutionäre Genossinnen und Genossen, Arbeiter, die teilweise seit über zehn Jahren in der Partei sind, treten aus oder beginnen sich — heute noch — im Rahmen der Partei zu organisieren. Es besteht die akute Gefahr einer Spaltung der Partei.

• Angesichts dieser für die Partei entstandenen ernsten Lage, deren tiefere Ursachen es schonungslos aufzudecken und zu korrigieren gilt, angesichts der in weiten Teilen der Partei herrschenden Verunsicherung zahlreicher Genossinnen und Genossen über den weiteren Kurs der Partei, fordert das Zentralkomitee im Sinne Lenins:

„Mehr Licht! Die Partei soll alles wissen, der Partei soll das gesamte, entschieden das gesamte Material zur Beurteilung aller Meinungsverschiedenheiten, aller Rückfälle in den Revisionismus, aller Verstöße gegen die Disziplin usw. zur Verfügung gestellt werden. Mehr Vertrauen zur selbständigen Urteilskraft der ganzen Masse der Parteiarbeiter...

Auf die Frage: 'Was man nicht tun darf' (was man im allgemeinen nicht tun darf, und was man nicht tun darf, um keine Spaltung hervorzurufen), würde ich vor allem antworten: Der Partei die entstehenden und sich verstärkenden Anlässe zur Spaltung nicht verhehlen, nichts von den Umständen und Vorgängen verhehlen, die solche Anlässe darstellen. Ja, mehr als das, sie nicht nur der Partei, sondern nach Möglichkeit auch dem außenstehenden Publikum nicht verhehlen. Ich sage 'nach Möglichkeit' mit Rücksicht auf das, was aus Gründen der Konspiration geheim bleiben muß — aber bei unseren Spaltungen spielen Umstände solcher Art die geringste Rolle. Breite Öffentlichkeit— das ist das sicherste und das einzig zuverlässige Mittel, um Spaltungen, die vermieden werden können, zu vermeiden, und um den Schaden der Spaltungen, die bereits unvermeidlich geworden sind , auf ein Minimum herabzumindern."
(Lenin, Bd. 7, S. 106/7)

• Das Zentralkomitee hebt hiermit den Beschluß der Zeilenbeschränkung für das parteiinterne Organ „Der Kommunist" auf und wird die vorliegenden unveröffentlichten Beiträge sowie alle noch eingehenden unverzüglich, vollständig, d.h. ungekürzt veröffentlichen.

Das gleiche gilt für die Leserbriefseite bzw. -seiten des „Roten Morgen". Die Beiträge sollen sich mit der Entwicklung der Partei, ihrem Grundverständnis, ihrer Strategie und Taktik und den bestehenden Widersprüchen beschäftigen. Das ZK bittet alle Genossinnen und Genossen, sich dabei jeder unsachlichen Polemik, jeglicher Beleidigung und Diffamierung anderer zu enthalten. Dieser Beschluß gilt bis zum nächsten Parteitag.

• Um der Forderung verschiedener Genossen nach Einberufung eines außerordentlichen Parteitags entgegenzukommen, beschließt das ZK die Einberufung des VI. ordentlichen Parteitags für Oktober dieses Jahres. Dieser Parteitag soll nach ausführlicher, offener, grundlegender Diskussion aller vorliegenden Beiträge und Materialien (Statut und Programm) das Ergebnis der Parteidiskussion zusammenfassen und die notwendigen politischen, ideologischen, organisatorischen und personellen Konsequenzen ziehen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden alle laufenden Vereinigungs- bzw. Bündnisverhandlungen mit anderen Organisationen ein- bzw. zurückgestellt, was natürlich die Einheit in der Aktion gegen den Klassengegner nicht ausschließt.

*****

Wie auch nicht anders zu erwarten, wurde dieser Vorschlag — ohne ihn auch nur zu diskutieren — gegen meine Stimme vom Zentralkomitee abgelehnt. Gleichzeitig wurde mir der berechtigte Vorwurf gemacht, daß ich mich bisher nicht offen und grundsätzlich zum neuen Kurs der Partei geäußert habe.

Da mich inzwischen auch mehrere Genossen anriefen und baten, zwecks Verteidigung der marxistisch-leninistischen Grundlagen unserer Partei in die derzeit stattfindenden Auseinandersetzungen einzugreifen, werde ich mich an die Arbeit machen und hoffe, bis Mitte März eine grundsätzliche Stellungnahme vorlegen zu können, die sich sowohl mit der Parteigeschichte, besonders zwischen dem IV. und V. Parteitag beschäftigt als auch mit dem neuen Kurs der Partei, denn eines ist ohne das andere nicht zu verstehen. Ob allerdings dieser Beitrag, da er mit Sicherheit die Zeilenbeschränkung im „Kommunist" überschreiten wird, veröffentlicht wird, vermag ich nicht vorauszusagen.

Mit revolutionären Grüßen an alle Genossinnen und Genossen, die heute noch wissen, warum sie in die Partei eintraten.

Ernst Aust.

Zur Person

Zur Person



Der Autor der hier dokumentierten Stellungnahme, Ernst Aust, ist der eigentliche Gründervater der KPD/ML, die sich seit ein paar Jahren nur noch KPD nennt. Aust war von Anfang der 50er bis Mitte der 60er Jahre Chefredakteur und Herausgeber der norddeutschen KPD-Wochenzeitung „blinkfüer". Für süddeutsche Leser übersetzt: „Leuchtturm". Gemeint ist die alte KPD, die mit der Partei heutigen Namens nichts zu tun hat. Das „blinkfüer" war eine von ganz wenigen KPD-Zeitschriften, die nach dem Verbot von 1956 legal weiter herausgebracht wurden. (Natürlich nicht mehr offiziell im Namen der Partei).

Im Juli 1967 meldete sich Aust mit einem anfangs noch anonym verschickten kleinen Blatt namens „Roter Morgen" zu Wort: die ersten Ausgaben einfach hektographiert im A 4-Format. Mit einem kleinen Kreis von Anhängern, die auf dieses Signal einer ausgeprägt „maoistischen" Stimme nur gewartet zu haben schienen, steuerte Aust zielstrebig und schnell auf die Parteigründung zu. In der Neujahrsnacht 1968 auf 1969 (alle Gäste waren von Aust ebenso geheimnisvoll wie stilgerecht zu einer „Silvesterfeier" eingeladen worden) war es endlich soweit.

Die KPD/ML überstand in ihren ersten Jahren 1970-1972 gleich mehrere schwere Krisen. Die erste davon führte 1970 zur Abspaltung einer eigenen Partei mit gleichem Namen, die eine Zeitung „Rote Fahne" herausgab und deren Reste 1972/73 wieder integriert werden konnten. Die zweite Krise Ende 1971 sah Ernst Aust zunächst in einer scheinbar hoffnungslosen Minderheitsposition. Am Ende war er noch einmal Sieger, weil sich die diversen oppositionellen Fraktionen nicht zusammenraufen konnten, zum Teil auch an einer Fortsetzung der Partei gar nicht interessiert waren. Aust's erhebliches Talent, solche Situationen durchzustehen und selbst seine kapitalsten Fehlleistungen mit Bravour zu überstehen, trug ihm den Beinamen „Das Stehaufmännchen" ein.

Auf dem 5. Parteitag der KPD/ML, im Dezember 1983 — vom „Maoismus" hatte man sich schon einige Jahre vorher gründlichst distanziert —, schlug schließlich doch die Stunde des sichtlich gealterten Parteigründers: Er trat vom Posten des Parteivorsitzenden zurück, blieb aber Mitglied des ZK. In dieser Runde scheint er der Einzige zu sein, der an den guten alten Zeiten festhalten will.

Das ZK der KPD zum Beitrag von Ernst Aust

Der Beitrag des Genossen Ernst Aust „Die Partei soll alles wissen" wurde in der Woche nach dem Februar-Plenum des ZK als Leserbrief an die Redaktion des Roten Morgen geschickt. Das Politbüro hat beschlossen, den Beitrag nicht im Roten Morgen zu veröffentlichen, sondern im „Kommunist", wo laut Beschluß des Februar-Plenums der Antrag, den Genosse Ernst Aust dort gestellt hatte, sowieso veröffentlicht werden sollte. Wir halten es nicht für korrekt, wenn ein ZK-Mitglied, das eine Abstimmungsniederlage erleidet, sich anschließend mit seinem Anliegen an die Öffentlichkeit wendet. Zumal die Mitglieder des ZK den Antrag des Genossen Ernst Aust schriftlich gar nicht vorliegen hatte — der Antrag war mündlich gestellt worden — und der Genosse Ernst aufgefordert worden war, dem ZK seinen Antrag — für das Protokoll und für die Veröffentlichung im „Kommunist" zur Verfügung zu stellen. Wir möchten zu einigen Punkten des Beitrags kurz Stellung nehmen.

1. Im RM wurde deshalb nicht über das Plenum des ZK am 12./13.1.85 berichtet (übrigens nicht zum ersten, sondern zum zweiten Mal), weil wir es nicht für sinnvoll hielten, einen Bericht zu schreiben, der lediglich vermelden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

kann, daß das ZK ausführlich und mit zahlreichen Änderungsvorschlägen über die erste Fassung eines Pro grammentwurfs diskutiert hat und 2. über die Situation in der Partei diskutiert hat. Mit dem Antrag des Genossen Ernst hatte das nicht das geringste zu tun.

2. Zum Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags: Tatsächlich stellte der Genosse Ernst den Antrag, einen außerordentlichen Parteitag im März, auf jeden Fall aber so schnell wie möglich einzuberufen. Begründet wurde dieser Antrag (der ebenfalls nicht schriftlich vorlag) bei dieser ZK-Sitzung zwar mit dem „desolaten Zustand der Partei", wie Genosse Ernst in seinem Beitrag auch schreibt. Davon, daß dieser Zustand durch die „liquidatorische Politik des Politbüros und des ZK" hervorgerufen sei, war bei dieser ZK-Sitzung allerdings nicht die Rede.

Das ZK sprach sich gegen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags aus, weil es der Meinung war und ist, daß der „desolate Zustand" der Partei nur zu beheben ist, wenn die Einheit der Partei gestärkt wird. Um das zu erreichen, muß die politische Auseinandersetzung, die gegenwärtig in der Partei stattfindet, weitergeführt und zu greifbaren Ergebnissen gebracht werden. Das muß in der Vorbereitung und Durchführung des Sonderparteitags im Herbst geschehen. Einzelne ZK-Mitglieder waren darüberhinaus der Meinung, daß die Forderung nach einem außerordentlichen Parteitag zum jetzigen Zeitpunkt nur dann einen politischen Sinn ergibt, wenn ihm die Aufgabe zugedacht ist, die politische Vorbereitung des Sonderparteitags durch das ZK zu stoppen (z.B. durch die Abwahl des ZK). Die jetzige Begründung des Antrags auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags durch den Genossen Ernst spricht für diese Überlegungen.

3. Zum Antrag auf Einberufung des VI. Parteitages für Oktober dieses Jahres: Das ZK hat sich auch gegen diesen Antrag des Genossen Ernst, der auf dem Februar-Plenum gestellt wurde, ausgesprochen. Erstens konnte das ZK hier gar nicht anders entscheiden, weil der letzte Parteitag beschlossen hatte, daß der Sonderparteitag vor dem VI. Parteitag stattfinden soll. Und zweitens halten wir es aus den oben erwähnten Gründen auch für den einzig vernünftigen Weg.

4. Das ZK ist der Meinung, daß es heute in der Partei tatsächlich alle Möglichkeiten für eine ausführliche und breite Diskussion gibt und daß diese Möglichkeiten auch genutzt werden. Wieso eine Zeilenbegrenzung auf 300 Schreibmaschinenzeilen für Beiträge im „Kommunist" die freie Diskussion und die Demokratie in der Partei in Frage stellen, ist uns nicht einsichtig. Zumal, wie der Genosse Ernst ja auch erwähnt, jede Genossin und jeder Genosse in der Partei die Papiere der Genossen D. und P., um die es im Moment geht, ja bei der Zentrale bekommen kann.

Unverständlich ist uns allerdings auch, wie der Genosse Ernst als Mitglied des ZK schreiben kann: „Man selbst nimmt für sich in Anspruch, in seitenlangen Artikeln und Beiträgen im Roten Morgen und im Theoretischen Organ den neuen Kurs zu begründen ..." Mal ganz abgesehen davon, daß auch der Genosse Ernst einer Veröffentlichung der Thesen des ZK im Roten Morgen keineswegs widersprochen hat: wir halten es für selbstverständlich, daß das ZK politische Beschlüsse, die es faßt, auch umsetzt und veröffentlicht. Das ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des ZK, wenn es seiner Aufgabe, als auf dem Parteitag gewählte politische Führung der Partei zu handeln, gerecht werden will.

Genauso wie es das Recht — aber wie wir meinen, auch die Pflicht — des Genossen Ernst wäre, inhaltlich Stellung zu beziehen, statt einen formalen Streit um Demokratie zu führen. Daß dem Genossen Ernst als Mitglied des ZK dafür so viel Raum im „Kommunist" zur Verfügung steht, wie er haben will, steht außer Frage.



Die »Friedensliste«

Chance oder Flop?



Im März 1984 wurde sie gegründet, zu den Europa-Wahlen im Juni 1984 trat sie erstmals an, jetzt kandidiert sie zu den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai: die Friedensliste. Nach eigenen Bekundungen ein pluralistisches, sagenhaft breites Personenbündnis, in dem unterschiedlichste Weltanschauungen und die ganze Bandbreite außerparlamentarischer Bewegungen sich widerspiegeln. In der Wirklichkeit ein Wahlbündnis der DKP und ihrer Vorfeld-Verbände mit den Demokratischen Sozialisten (SPD-Abspaltung um Coppik/Hansen) als Juniorpartner. Hat dieses Bündnis eine Chance, seinen bei den Europa-Wahlen erreichten Stimmenanteil (1,3 % im Bund und in NRW) wesentlich auszubauen? Will und kann dieses Bündnis sich verbreitern? Bietet die Friedensliste Ansätze für die Entwicklung einer Alternative links von den Grünen? Die Friedensliste selbst sieht das sehr optimistisch: „Wir stehen hervorragend mit unseren politischen Aussagen da". (1) Und man rechnet sich „gute Wahlchancen" aus: Ein Institut in Köln sei zu dem Ergebnis gekommen, daß der FL in NRW „ein Wählerpotential von 800.000 Stimmen zur Verfügung steht." Das wären mehr als 8 mal soviel wie bei der Europa-Wahl (95.000) (2).

Die künftige Friedensliste meldete sich erstmals am 17. Januar 1984 mit einer Zeitungsanzeige („Aufruf zur Diskussion über ein Personenbündnis") öffentlich zu Wort. Die Friedensbewegung, so war dort zu lesen, gehe über SPD und Grüne hinaus. „*Eine gemeinsame Kandidatur, insbesondere von engagierten Personen aus der Friedensbewegung, würde der Bedeutung des Friedens und des gemeinsamen Handelns gerecht werden.*" Der Aufruf-Text wollte noch den Anschein erwecken, als sei die Bildung eines Wahlbündnisses zunächst nur eine Idee und ein Vorschlag an die Friedensbewegung. In Wirklichkeit waren die Karten bereits verteilt: von den 4o Erstunterzeichnern der Anzeige treffen wir über die Hälfte, 21, wenig später als Europa-Kandidaten der Friedensliste wieder. Unter den 4o Unterzeichnern war nur ein einziger prominenter DKPler: Uwe Knickrehm, ehemaliger Vorsitzender des DKP-Studentenverbands MSB, jetzt im DKP-Parteivorstand. Er ist, wie sich inzwischen gezeigt hat, d e r DKP-Repräsentant in der Friedensliste: Er ist einer der Bundessprecher der FL, wichtigster FL-Sprecher in NRW und überdies auch noch Chefideologe und Chef-organisator der Friedensliste nach innen.

Am 25.2. 84, gut einen Monat nach Erscheinen des „Aufrufs zur Diskussion", traf sich ein Kreis von 7o Menschen, um den breiten demokratischen Diskussionsprozess nun endlich erfolgreich abzuschließen und bekanntzugeben, daß am 18.3. der Gründungskongreß der Friedensliste stattfinden werde. Schon am 15.2.84 hatte der „Vorbereitungsausschuß" der FL (ein achtköpfiges Männergremium, dessen Zustandekommen im Dunkeln liegt) in einer Presse-Erklärung aller Welt verkündet: „*Die Friedensliste kommt. Eine Liste, keine neue Partei. Ein Bündnis von Einzelpersonen, Aktive der Friedensbewegung, Kollegen aus Betrieben und Gewerkschaft. Die Friedensliste will — auch im Wahlkampf — für das gemeinsame politische Handeln, für die Bündnisidee werben. Das mag bei einer weiteren Kandidatur neben der SPD und den Grünen zunächst widersprüchlich erscheinen. Aber die Friedensbewegung ist eben mehr als nur SPD und Grüne. Die Friedensliste wird kooperationsbereit und offen sein, aber solange auf der Wahlebene eine breitere Zusammenarbeit nicht möglich ist, ist es das selbstverständliche Recht der Menschen, die sich durch die SPD und die Grünen nicht vertreten fühlen, auch ihre friedenspolitische Arbeit im Wahlkampf fortzusetzen.*"

Am 18.3.84 fand der Gründungskongreß der FL statt. Ein auffallend dürftiges, oberflächliches Programm wurde verabschiedet und die Kandidaten zu den Europa-Wahlen wurden offiziell nominiert — nachdem zweifelsfrei alles Wesentliche vorher bestens im Vorbereitungsausschuß geregelt worden war. Auf die genaue Zusammensetzung dieser sagenhaft breiten Bündnisliste „*aus der Bewegung für die Bewegung*" (3) wird noch einzugehen sein.

Die Europa-Wahlen am 17.6.84 brachten der Friedensliste 1,3 %. Wie vorher versprochen stellte die FL aus der Wahlkampfkosten-Erstattung pro Stimme eine Mark für Nicaragua zur Verfügung. Insgesamt also rund 300.000 Mark. Ein Beispiel, das finanziell weit besser Gestellten wie den Grünen auch sehr gut angestanden hätte.

Die 1,3 % sind ein kümmerliches Ergebnis, wenn man es am Anspruch der FL mißt, nicht nur eine relevante Strömung der Friedensliste zu repräsentieren, sondern überhaupt die einzige authentische Vertretung der Friedensbewegung auf Wahl-Ebene zu sein. Aber ein ganz stattliches Resultat, wenn man es nicht am breiten Bündnis-Anspruch der FL, sondern am bisherigen Abschneiden der DKP mißt. Die hatte bei den Europa-Wahlen 198o nur 0,3 % bekommen. Klar, daß die DKP aus ihrer Sicht das 1,3 %-Ergebnis geradezu enthusiastisch feierte. Uwe Knickrehm, offiziell im Namen der FL: Die FL habe „*ein beachtliches Ergebnis erreicht*", habe „*erstaunlich gut abgeschnitten*". „*Das gute Wahlergebnis für die Friedensliste ist ein Ergebnis der durch die Friedensbewegung in den letzten Jahren eingeleiteten Entwicklung, ja der Umwälzungen in der politischen Landschaft und politischen Kultur der Bundesrepublik.*" — „*Der 17.6. markiert für uns eine neue Situation.. Mehr als 312.000 Stimmen kennzeichnen einen neuen Tatbestand sowohl in der Auseinandersetzung der Friedensbewegung mit den Stationierern als auch in der Forderung der entschiedensten Kräfte der Friedensbewegung... Freund und Feind müssen mit dem Wahlergebnis zur Kenntnis nehmen, daß mit der Friedensliste spätestens seit der Wahlnacht eine völlig eigenständige Formation existiert...*". Die FL sei „*jetzt ein bekannter und mit beachtlichem Erfolg angetretener Faktor*", der auch über die Europa-Wahlen hinaus als Wahlbündnis konsolidiert werden solle. „*Vor allem in Nordrhein-Westfalen*" müsse die FL „*die Möglichkeit einer Kandidatur gründlich prüfen und diskutieren*". Für eine Kandidatur im Saarland hingegen sei es vermutlich schon zu spät. (4)

Ein erstaunliches Argument, denn bis zur Wahl im Saarland wären es immerhin noch 8 Monate gewesen, während es vom Gründungkongreß der Friedensliste bis zur Europa-Wahl nur gerade 3 Monate gewesen waren.

Sei es wie es sei: Nach dieser Vorgabe durch den DKP-Beauftragten Knickrehm konnte es kaum noch überraschen, daß die zweite Bundeskonferenz der Friedensliste am 6.10.84 wunschgemäß beschloß, und das sogar einstimmig: Die bisherige Arbeit der FL war erfolgreich, die FL wird weiter zu Wahlen antreten, jedoch ohne Automatismus. Also nicht unbedingt zu a l l e n Wahlen. (Tatsächlich kandidierte kürzlich zu den saarländischen Landtagswahlen wieder die DKP allein. Auch bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und Hessen trat fast ausnahmslos nicht die FL, sondern die DKP allein oder im Rahmen örtlicher Bündnisse an.)

Der erste Test der Friedensliste nach den Europa-Wahlen war die Kommunalkandidatur in Freiburg am 28.1o.84. Hier langte es für die FL bei 2 % sogar zu ihrem ersten (und bisher einzigen) parlamentarischen Mandat. Die Stimmung war entsprechend ausgelassen, obwohl die FL gegen das Ergebnis der Grünen (17,5 %) ausgesprochen blaß wirkte. Das wäre vielleicht nicht weiter tragisch, wenn sich die FL nicht ausgerechnet auf die These versteift hätte, sie sei im Unterschied zu den Grünen ein beispiellos breites Bündnis. Im Übrigen war zu registrieren, daß die FL in Freiburg leicht unter ihrem Europa-Ergebnis (2,2 %) blieb.

In Schwäbisch-Hall langte es für die Friedensliste nur zu 1,2 %. Insgesamt gab es bei den baden-württembergischen Kommunalwahlen in 19 Orten oder Gemeinden Wahlbündnisse, an denen die DKP beteiligt war. Für 6 dieser Bündnislisten reichte es zu insgesamt 14 Mandaten, von denen 2 an DKPler fielen. (5) Das zeigt, daß die Friedensliste für die DKP nur eine Option neben anderen ist, und auf Kommunalebene bisher sicher nicht die wichtigste. Sowieso hört die vielbesungene Bereitschaft der DKP zu Wahlbündnissen immer dort auf, wo die DKP historisch über ihre vereinzelten „Hochburgen" verfügt. Wo die DKP schon in der Vergangenheit eigenständig Mandate gewinnen konnte, wird sie den Teufel tun, diese eigene Stärke in Bündnisse einzubringen und zugunsten der Friedensliste oder irgendeiner anderen Kombination auf ihre Kandidatur zu verzichten.

Der nächste Test der Friedensliste fand bei den hessischen Kommunalwahlen im März 85 in Giessen statt: mit 2,8 % gab es ein respektables Ergebnis, das jedoch — wie schon in Freiburg — hinter dem der Europa-Wahl (3 %) leicht zurückblieb. Anscheinend mit weniger Erfolg kandidierte die FL auch in Wetzlar (Ergebnis unbekannt). Insgesamt gab es bei den hessischen Kommunalwahlen im März 15 Bündnislisten, an denen die DKP beteiligt war. Einige dieser Listen — mindestens 3, allerdings in kleineren Gemeinden — gewannen Mandate.

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang noch die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 3o.9. 84. Zwar kandidierte dort nirgends die Friedensliste selbst, wohl aber einige örtliche Wahlbündnisse, die wesentlich von DKP und DS getragen oder mitgetragen wurden. Einige davon mit beachtlichen Ergebnissen. So die Bunte Liste Oberhausener Demokraten, an der sich sogar die Grünen beteiligten (6,7 % - 4 Mandate), die GAL in Kamen (5,2 % - 2 Mandate) und Bergkamen (3,6 %), die Alternative Liste in Radevormwald (6,1 % - 2 Mandate). (6) In Erkrath kam ein DKP-DS-Bündnis unter dem Namen Grün-Alternative Bürgerliste/GAB auf fast 1o %. Die DKP triumphierte: „*Das Ergebnis von DKP-Mitgliedern auf Bündnislisten in Oberhausen, Erkrath und Steinhagen hat gezeigt, daß Kommunisten auch in Bündnissen überdurchschnittliche Erfolge erringen können. Diese Erfahrungen sind eine Ermutigung für alle Bündnispartner, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten und mit ihnen in Zukunft Wahlbündnisse zu qualifizieren.*" (7)

Knapp zwei Wochen nach den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen wurde ein „Diskussionsaufruf" zur Kandidatur der Friedensliste bei den NRW-Landtagswahlen im Mai 1985 veröffentlicht. (6) Wieder einmal taten die FL-Macher so, als gäbe es daran überhaupt noch irgendetwas zu diskutieren. Am 18.11.84 wurde es dann auf einem Landeskongreß der FL in NRW offziell beschlossen: Kandidatur zu den Landtagswahlen.

An die Grünen wurde am 3.12. 84 ein Offener Brief gerichtet: sie sollten „*eine Form organisierten Zusammenwirkens — wie ein Wahlbündnis*" zu den NRW-Landtagswahlen „ernsthaft prüfen". Auf jeden Fall sollten sich Grüne und FL nicht als Gegner betrachten, sondern in einen „fairen Wettstreit" miteinander treten. „Diffamierende und unfaire Umgangsformen" sollten unterbleiben. Ob beispielsweise die auf populäre Vorurteile spekulierende Häme der UZ, die NRW-Grünen würden wochenlang über Sexualität mit Kindern schwätzen, statt sich mit den Problemen des Volkes zu befassen, ein Beispiel an Fairness ist ?

Im Februar 85 folgte ein Kongreß, auf dem ein Wahlprogramm beschlossen und die Kandidatenliste für die Landtagswahl abgesegnet wurde.

Dichtung und Wahrheit über die Friedensliste

Die Friedensliste definiert sich an erster Stelle ständig als „**parteienübergreifendes Personenbündnis von Aktiven aus der Friedensbewegung** ". In ihr seien „*Personen unterschiedlicher Weltanschauung*" (8), Menschen „*aus sehr verschiedenen politischen Strömungen*" (9), sogar „*Menschen unterschiedlichster Auffassung und Herkunft*" (10), also kurz und gut das ganze politische Spektrum der Friedensbewegung, zu gemeinsamem Handeln solidarisch vereint. Zwar behauptet man gelegentlich, die FL erhebe keinen Alleinvertretungsanspruch für die Friedensbewegung (10). Trotzdem besteht man darauf, daß in der FL „*die konsequentesten Friedenskräfte*" (11), „*die konsequentesten und aktivsten Friedenskämpfer*" (12), vereint seien. Mindestens aber sei die FL „*Bestandteil des konsequentesten Teils der Bewegung*" (13).

"*Wie keine andere Kraft widerspiegelt die Friedensliste die Haupteigenschaften der Friedensbewegung*", nämlich deren pluralistische Bündnisbreite und Vielfalt. (14) Überhaupt sei die Friedensliste die einzige Kraft, die die Forderungen der Friedensbewegung „uneingeschränkt" und „vorbehaltlos" vertritt. Daher behauptet die FL gern, ihr ganzes Tun und Lassen sei „*nicht Selbstzweck, sondern steht im Dienste außerparlamentarischen Handelns*" (14); die Wahlbeteiligung der FL sei „*Bestandteil des außerparlamentarischen Kampfes*" (15). Folglich sei „*die Wahl der Friedensliste eine Unterstützung für die außerparlamentarische Bewegung*" (16).

Die Zitate ließen sich noch lange fortsetzen, denn bei der Friedensliste rangiert wie übrigens bei a l l e n DKP-Produkten die vollmundige, aber auf die Dauer herzlich eintönige Selbstanpreisung weit vor den inhaltlichen Aussagen. Der Begriff der „außerparlamentarischen Bewegungen" als angeblicher Ausgangspunkt und Partner der FL spielt dabei eine ganz besondere Rolle. Politischen Sinn macht der Begriff, genau besehen, überhaupt nicht: „Bewegungen" sind selbstverständlich i m m e r außerparlamentarisch. Das liegt in der Natur der Sache. Anscheinend soll der häufige Gebrauch des Wortes „außerparlamentarisch" in der FL-Reklame eine Art Solidarität herstellen zwischen den politischen und sozialen Bewegungen einerseits und der FL andererseits, die ja ebenfalls (wenn auch unfreiwillig) außerparlamentarisch ist und vermutlich bleiben wird.

Die in der FL vereinte sagenhafte Bündnisbreite wird mit Formeln wie diesen beschrieben:

+ **„Bündnis von Parteilosen, Liberalen, Sozialdemokraten, Alternativen, Sozialisten und Kommunisten, von Vertretern der Kirchen und von gewerkschaftlichen Funktionsträgern...". (16)**
+ **„Christen, Liberale, Sozialisten, Kommunisten und Parteilose".** (14)
+ **„....ein Personenbündnis, in dem Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zusammenarbeiten — genau wie in der Friedensbewegung. Mehrheitlich sind es Parteilose, es sind Mitglieder der SPD, Liberale, einige Mitglieder auch der Grünen Partei, Christen, Sozialisten und eben auch Kommunisten." (17)**



Westdeutsche Linke



+ **,,Die Friedensliste, ein Personenbündnis von Christen, Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern sowie Liberalen verkörpert in sich das gemeinsame Handeln von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung.''** (18)

Zum Abschluß dieses kleinen Blicks auf die FL-Selbstdarstellung noch ein Zitat der FL-Spitzenkandidatin Uta Ranke-Heinemann : *,,Die Friedensliste ist keine Partei. Sie ist eine Stimme und Forderung von Menschen aus allen Parteien an alle Parteien. In ihr wird nicht wie bei Parteien auf Vordermann geredet, hier wird nicht aus zweiter Hand gedacht. Parteien kann man aus Gewohnheit oder aus Trägheit wählen. Jeder, der die Friedensliste wählt, hat dabei gedacht.''* (19) Auf die Behauptung, in der FL werde ,,nicht aus zweiter Hand gedacht'' wird noch zurückzukommen sein. Mit Sicherheit wird in keiner anderen Partei so total ,,auf Vordermann geredet'' wie in der Friedensliste. Dem Anspruch nach müßte es in der FL *,,Menschen unterschiedlichster Auffassung und Herkunft''* (10) geben, aber wo zeigen sich im öffentlichen Auftreten und in Diskussionen der FL diese Unterschiede? In der Friedensbewegung, deren pluralistische Bandbreite die FL angeblich widerspiegelt, gibt es Meinungsverschie-

sche Bandbreite die FL angeblich widerspiegelt, gibt es Meinungsverschie-

denheiten und kontroverse Debatten über praktische und programmatische Fragen. Debatten, bei denen gerade die DKP äußerst beharrlich und streitbar engagiert ist. Woher also nimmt die Friedensliste ihre erstaunliche Nuancenlosigkeit und absolute Einmütigkeit auf allen Ebenen und in jeder Situation? Offenbar aus dem Umstand, daß hier das Prinzip ,,Minimalkonsens'' bis ins Extrem getrieben wird. Das bedeutet, in praktische Politik umgesetzt, daß in der Friedensliste keine Idee, keine Aktion passieren kann, die nicht die Zustimmung der DKP als stärkstem Einzelfaktor im Bündnis hat. Was ist das denn anderes als totale Politik ,,aus zweiter Hand'' ?

Tatsachenfeststellungen wie diese werden von der DKP und ihren etablierten Bündnispartnern gern mit allgemeinen Tiraden über die Schädlichkeit des Antikommunismus gekontert, der bekanntlich schon immer ein Instrument der Herrschenden zur Spaltung war. In der Friedensliste gebe es eben keine Ausgrenzungen, da seien unter den Partnern Kommunisten ebenso wie Christen, Sozialdemokraten usw. Die DKP also lediglich als ein Farbtupfer unter vielen anderen auf einer kunterbunten Palette? Zur Überprüfung dieser Selbstdarstellung leistet ein Blick auf die Kandidatenlisten der FL gute Dienste. Zunächst die Europa-Wahl. Unter insgesamt 88 Kandidaten war nur bei Dreien die Parteizugehörigkeit angegeben : Hansen und Coppik vom DS-Bundesvorstand und Irmgard Bobrzik vom DKP-Präsidium. Insgesamt waren unter den 88 Namen auf der Europa-Liste aber mindestens 16 DKPler, und zwar mehrheitlich bekannte DKP-Abgeordnete und Spitzenfunktionäre. So waren unter den Europa-Kandidaten der FL 6 Mitglieder des DKP-Parteivorstands, davon 2 unter den ersten 8 Listenplätzen. Weitere 17 Kandidaten gehörten dem traditionellen, vorbehaltlos loyalen Umfeld der DKP an (DFU, DFI, VVN, SHB), viele davon wiederum als Spitzen-Funktionäre (z.B. 7 Mitglieder des DFU-Bundesvorstands oder von DFU-Landesvorständen). 9 Kandidaten waren eindeutig den DS zuzuordnen, und weitere 4 anderen Parteien. Die übrigen 42 Kandidaten sind aufgrund ihrer sonstigen Funktionen (z.B. Betriebsräte, Sprecher örtlicher ,,Friedensplenen'', Vertreter bundesweiter Berufsinitiativen ,,gegen Atomraketen'') in der Mehrzahl höchstwahrscheinlich auch nicht gerade parteilos. Eine vorsichtige Gesamtschätzung ergibt, daß von den 88 Kandidaten insgesamt mindestens 5o der DKP oder dem von ihr dominierten Vorfeld-Spektrum zuzuordnen sind.

Zur Landtagswahl in NRW wurden von der Friedensliste 86 Kandidaten nominiert. Aus der Erfahrung mit der Europa-Liste hatte man gelernt und diesmal ausführlicher über die Organisationszugehörigkeit der Kandidaten Auskunft gegeben. Daraus geht hervor: Mindestens je 8 Kandidaten gehören der DKP und den DS an, mindestens 21 gehören zum DKP-Umfeld, 9 kommen aus sonstigen Organisationszusammenhängen (mehrheitlich ex-SPDler). Die übrigen Kandidaten sind

zusammenhängen (mehrheitlich ex-SPDler). Die übrigen Kandidaten sind

zu einem großen Teil ,,Sprecher'' von örtlichen und beruflichen Friedensinitiativen, die bekanntermaßen der (DKP-dominierten) KOFAZ-Richtung zuzuordnen sind. Nur mit diesem Vorbehalt sollte man die Selbstdarstellung der FL genießen, ihre Kandidaten in NRW seien *,,mehrheitlich parteilose Bürger''*.

Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß die DKP mit dem allzu strengen Stallgeruch der FL-Kandidatenlisten offenbar selbst nicht glücklich ist. Und solange Parlamentsposten sowieso nicht in Reichweite der Friedensliste sind, würden sich einige bekanntermaßen DKP-kritische Namen unter den Kandidaten gar nicht schlecht machen. So ist es vermutlich zu interpretieren, daß die DKP sich im Vorjahr einige Mühe machte, zwei KB-Vertretern ,,gute'' Listenplätze für die Europa-Wahl anzubieten.

Die Friedensliste ist alles andere als ein *,,Personenbündnis von Aktiven aus der Friedensbewegung''*, denn die dort an der Spitze agierenden Personen sind zu einem hohen Prozentsatz Berufspolitiker und Funktionäre anderer Parteien und Verbände. Diese Personen sind keine frei assoziierten Individuen, die sich zufällig in der Friedensbewegung getroffen haben, sondern Repräsentanten und Beauftragte ihrer Verbände. Besonders für die in der Friedensliste tätigen DKP-Funktionäre bedeutet das, daß sie gegenüber ihrer Partei weisungsgebunden und rechenschaftspflichtig sind. Das wird in der DKP immer noch äußerst ernst genommen : Erinnert sei an den Parteiausschluß mehrerer DKPler vor einigen Monaten wegen unerlaubter Mitarbeit an der von der DKP unabhängigen, aber keineswegs DKP-feindlichen Zeitschrift ,,Debatte''. Es ist vor diesem Hintergrund nur natürlich, daß in der Friedensliste überhaupt nichts von dem Pluralismus zum Ausdruck kommt, der kennzeichnend für ein echtes Bündnis wie die Friedensbewegung ist.

Völlig unter die Räder geraten dabei die DS, die eigentlich noch einen eigenständigen Beitrag neben der DKP und teilweise kontrovers zu dieser zu leisten hätten (20), aber sich inzwischen fast völlig in die FL aufgelöst haben. Die DS hatten zuvor bei einigen örtlichen Test-Kandidaturen mit Ergebnissen zwischen Nullkommanullfünf und 0,2 % äußerst trostlos abgeschnitten. In dieser Situation setzte sich der damalige DS-Vorsitzende Manfred Coppik mit dem Argument durch, *,,daß eine Nichtbeteiligung an Wahlen in der Konsequenz eine Auflösung der Partei bedeuten würde, weil damit die Möglichkeit, Positionen der Partei in der Öffentlichkeit darzulegen, verschenkt würde.''* (26)

Ob Coppik aber ernsthaft behaupten will, die Friedensliste sei ein Rahmen, in dem noch eigenständige DS-Positionen dargestellt werden können? Oder handelt es sich nicht eher um einen klassischen Fall von ,,Selbstmord aus Angst vor dem Tod'' ?

Friedensliste — Minderheitsströmung der Friedensbewegung

Die Friedensliste zeigt die versprochene sagenhafte Bündnisbreite weder in ihrer personellen Zusammensetzung noch in ihrem politischen Erscheinungsbild. Sie ist nicht viel mehr als ein Parteienbündnis von DKP und DS, bei dem schon von den Größenordnungen her die Gewichte eindeutig verteilt sind. Ohne die Unterstützung der DKP wäre die FL zu keinem eigenständigen Schritt fähig. Würde die DKP die taktische Option ,,Friedensliste'' fallenlassen, wäre die FL sofort tot — und mit ihr vermutlich die DS, für die die FL der einzige praktisch-organisatorische Zusammenhalt zu sein scheint.

Ihrer Zusammensetzung und ihrem politischen Profil nach repräsentiert die FL keineswegs die gesamte Bandbreite der Friedensbewegung, sondern nur eine Minderheitsströmung. Das zeigt sich auch in den bisherigen Wahlergebnissen der FL. Wenn die FL sich selbst definiert als Zusammenschluß derjenigen, die sich *,,durch die SPD und die Grünen nicht vertreten fühlen''* (21), so zeigen die Wahlergebnisse, daß sich die übergroße Mehrheit der Friedensbewegten sehr wohl durch SPD oder Grüne immer noch eher vertreten sieht als durch die Friedensliste.

Nun wäre es trotzdem völlig legitim, wenn irgendwelche Minderheitsströmungen, die sich politisch in den Grünen nicht hinreichend wiedererkennen, sich separat als Wahlbündnis formieren und eigenständig kandidieren. (Ob das zur Zeit auch politisch klug ist, ist eine andere Frage). Zum erheblichen Ärgernis wird es aber, wenn so eine Minderheit sich selbst als das Gewissen und Druckmittel der Friedensbewegung und sämtlicher anderen ,,außerparlamentarischer Bewegungen'' ge-

und Druckmittel der Friedensbewegung und sämtlicher anderen ,,außerparlamentarischer Bewegungen'' ge-

genüber SPD und Grünen aufspielt. Genau das ist die zentrale politische Aussage der Friedensliste. Sie behauptet nämlich keineswegs, daß sie irgendwelche besonderen Anschauungen zur Friedenspolitik vertritt, die vielleicht zweckmäßiger und zutreffender sein könnten als die der Grünen. Sondern sie beansprucht, daß sie als einzige von allen Parteien ,,die Forderungen der Friedensbewegung'' schlechthin vertritt: *,,Die Friedensliste vertritt die wesentlichen Forderungen der Friedensbewegung uneingeschränkt. Ihre Unterstützung ... kann dazu beitragen, SPD und GRÜNE an die Friedensbewegung zu binden, anstatt umgekehrt.''* (10) Die FL übernehme (als erste und einzige Partei !) *,,die wesentlichen Forderungen der großen außerparlamentarischen Bewegungen unseres Landes''* (22). Nur durch die Friedensliste könnten *,,die Forderungen der Friedensbewegung und anderer außerparlamentarischer Bewegungen in den Wahlkampf eingebracht werden.''* (23) *,,'Europa darf kein Euroshima werden!' Diese Losung — nur von der Friedensliste zur Hauptwahlaussage erhoben — stärkt die Front gegen die Raketenbefürworter und gibt der Friedensbewegung neuen Auftrieb.''* (12)

,,Weder von der SPD noch von den Grünen wird erwartet, daß in ihren Wahlaussagen die Friedensfrage eine entscheidende Rolle spielt. Ohne einen Alleinvertretungsanspruch für das Friedensthema anzumelden, sieht sich die Friedensliste gerade deshalb aufgefordert, in den Landtagswahlkampf einzugreifen. Es geht ihr dabei auch darum, 'SPD und Grüne Partei an die Friedensbewegung zu binden'.'' (24) *,,Für die Grüne Partei abgegebene Stimmen sind als Stimmen für die Friedenspartei zumindest nicht so deutlich erkennbar, wie die für die Friedensliste''*, behauptet Uwe Knickrehm, Bundessprecher der Friedensliste und Vertreter des DKP-Parteivorstands. (25)

Die Friedensliste sei also, kurz gesagt, die Lobby der Friedensbewegung, die an Wahlen teilnimmt, um gegen SPD und Grüne ,,Druck von unten zu entfalten'' im Sinne der von diesen beiden Parteien vernachlässigten allgemeinen Forderungen der Friedensbewegung. Bemerkenswert ist auch, daß die Friedensliste dabei ganz konsequent keinerlei Unterschied zwischen SPD und Grüner Partei macht. Es wird so getan, als wären die Grünen ganz genau wie die SPD eine Partei, die sich nur unter dem Druck von Massenbewegungen einzelne friedenspolitische Ziele aneignet, aber im Grunde doch immer schwankend und halbherzig bleibt.

Niemand wird ernsthaft behaupten wollen, die Forderungen der FL wie etwa Stopp und Rückgängigmachung der Raketen-Stationierung, ,,allseitiger Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen'', ,,Abbau der Massenvernichtungsmittel in Ost und West'', ,,Drastische Reduzierung der Rüstungskosten'' würden nicht auch von der Grünen Partei ohne Einschränkung vertreten. Und zwar schon lange bevor irgendwelche Parteivorstände sich Gedanken über die Bildung einer speziellen Friedensliste machten. Die Defizite der Grünen Partei müßten schon etwas genauer, mit etwas mehr analytischer Sorgfalt, bezeichnet werden. Außerdem kann man mit Grund die Frage stellen, ob es nicht demnächst die Friedensliste sein wird, die wesentliche bisherige Inhalte der Friedensbewegung modifiziert oder reduziert. Das gilt programmatisch für das offensichtliche Bestreben der DKP, der Friedensbewegung einen neuen Minimalkonsens aufzuzwingen. (Weltraumwaffen als neue ,,Kardinalfrage''; für die Mittelstreckenraketen mehr und mehr nur noch die Forderung, keine weiteren Raketen mehr zu stationieren). Das gilt ebenso in der praktischen Politik für den penetranten Versuch der DKP, der Friedensbewegung unsinnige Hoffnungen auf die Genfer Verhandlungen aufzudrängen.

Also : nichts dagegen, die Politik und Ideologie der Grünen Partei vom radikalsozialistischen Standpunkt aus einer gründlichen Kritik zu unterziehen. Aber alles gegen ein Mini-Bündnis, das nicht mit eigenen programmatischen Positionen auftritt, sondern sich stattdessen zum einzigen Anwalt von Massenbewegungen erklärt, ohne dafür irgendeine Art von Legitimation zu haben. Eine Friedensliste, die angeblich die gesamte Bündnisbreite der Bewegung repräsentiert, aber bei Wahlen schon über eine 1 vor dem Komma in Jubel ausbricht, kann allenfalls dazu dienen, den Begriff Frieden und die darum entstandene Bewegung zu diskreditieren. Es gibt in der Bevölkerung immer noch eine Mehrheit, die sich mit den zentralen Forderungen der Friedensbewegung identifizieren kann. Die Friedensliste bringt diese Mehrheit auf die Größenordnung einer Sekte herunter. Die DKP behauptet in der UZ : **,,Bis auf die Friedensliste — unterstützt von der DKP, von vielen Aktiven der Friedensbewegung — artikuliert keine Kraft im nordrhein-westfälischen Wahlkampf die Friedenssehnsucht der Menschen.''** (27) Wäre das wirklich so, dann müßten sich aus dem voraussagbaren Ergebnis der Friedensliste schlimme Schlußfolgerungen ergeben. Irgendetwas kann doch wohl nicht stimmen, wenn die Bevölkerungsmehrheit für Frieden ist und diesem Ziel die Priorität einräumt, andererseits aber die einzige Partei, die diesem Friedenswillen entspricht, schwerlich über 2 % kommen wird.

Kt., Hamburg

Anmerkungen:
1) Karl-Heinz Hansen, Mitglied des DS-Bundesvorstands; nach UZ, 19.3. 85
2) UZ, 28.3. 85
3) Pressemitteilung NRW, 17.1. 85
4) Deutsche Volkszeitung/DVZ, 13.7. 84
5) Unsere Zeit/UZ, 3.11. 84
6) linke Zeitung (DS), 12.10.84
7) Stellungnahme der DKP-Bezirksvorstände Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen; UZ, 20.11. 84
8) z.B. UZ, 24.11.84 und 23.3. 85
9) zentrale Wahlzeitung der FL; vermutlich April 84
10) aus den 10 „Thesen zur Diskussion" des LV NRW der FL; nach UZ, 3.1. 85
11) UZ, 17.1. 85
12) Europa-Kandidat und DFU-Spitzenfunktionär Horst Bethge in der zentralen Wahlzeitung der FL; vermutlich April 84
13) Broschüre „Frieden — Ein Programm für NRW ?!", S.2
14) „Diskussionsaufruf" der FL zur Kandidatur in NRW, in „linke Zeitung", 12.1o. 84
15) U. Knickrehm in DVZ, 8.2. 85
16) aus dem Aufruf zur Wahl der FL bei den Europa-Wahlen 1984
17) U. Knickrehm in UZ, 23.3. 85
18) UZ, 17.1. 85
19) DVZ, 1.2. 85
20) So veröffentlichte das DS-Blatt „linke Zeitung" mehrere kritische Stellungnahmen zum Ausschluß der „Debatte"-Leute aus der DKP.
21) Presse-Erklärung des Vorbereitungsausschusses, 15.2. 84
22) NRW-Kandidat Ewald Lienen in der UZ, 8.2. 85
23) Presse-Mitteilung NRW, 15.1. 85
24) DVZ, 23.11. 84
25) UZ, 23.3. 85
26) DVZ, 20.1. 84. Mit dieser Argumentation begründete Coppik auf dem 2.Bundeskongreß der DS die Beteiligung an der Friedensliste. Um diese Entscheidung gab es Streit : „Ein Teil der Delegierten wollte das Bündnis zwar inhaltlich unterstützen, nicht aber die personelle und organisatorische Kraft der Partei in den Europawahlkampf investieren. Ergebnis war ein Kompromißantrag, in dem der Aufruf zur Bildung eines Personenbündnisses begrüßt wird, die Form der Unterstützung aber den Ortsgruppen überlassen bleibt. Die Delegierten aus NRW lehnten eine Beteiligung an der Europawahl überhaupt ab und wollen sich stattdessen auf die Kommunalwahlen im September konzentrieren." (DVZ, 20.1. 84)



Chagall
Von grünen Geigen und roten Kühen



1887 — vielleicht aber auch 1885 — kommt Marc Chagall im weißrussischen Witebsk zur Welt. „Habt ihr manchmal auf Florentiner Bildern einen von diesen Leuten gesehen, mit nie geschorenem Bart, mit Augen, braun und zugleich wie Asche, mit einem Gesicht von gebranntem Ocker, mit Runzeln und Falten bedeckt? Das ist mein Vater."

Er arbeitete in einem Heringslager. „Er hob schwere Tonnen, und mein Herz krümmte sich wie eine türkische Brezel, wenn ich ihn diese Lasten heben und mit seinen eisigen Händen in kleinen Heringen wühlen sah. Sein dicker Chef stand daneben wie ein ausgestopftes Tier."

„Meine Mutter war die älteste Tochter meines Großvaters, der die Hälfte seines Lebens auf dem Ofen, ein Viertel in der Synagoge und den Rest im Fleischerladen verbrachte."

„Sie war nicht allein unsere Mutter, sondern auch die ihrer eigenen Schwestern. Wenn eine von ihnen heiraten sollte, entschied meine Mutter, ob der Bräutigam der richtige war. Sie beurteilte, erkundigte sich, prüfte. Wenn der Bräutigam in einer anderen Stadt wohnte, ging sie hin und, sobald sie seine Adresse wußte, begab sie sich in den gegenüberliegenden Laden, kaufte etwas und fing ein Gespräch an. Und am Abend versuchte sie sogar, durch das Fenster in das Haus des Verlobten zu gucken."

Es gab über ein halbes Dutzend Onkel, „alle waren sie gute Juden. Manche mit einem recht dicken Bauch und einem recht leeren Kopf, die einen mit schwarzem Bart, die anderen mit braunem." Mit dem einem, dem Onkel Neuch, wurde auf die Felder, auf einem holperigen Karren, auf Viehsuche hinausgefahren. Der Onkel Neuch spielt Geige, „wie ein Schuster". Onkel Juda sitzt ständig auf dem Ofen. „Er betet zu Hause, vor dem Fenster. Er murmelt leise, und sein gelbes Gesicht steigt über den Fensterrahmen, geht auf die Strasse, legt sich über die Kirchenkuppel. Er gleicht einem Holzhaus mit durchsichtigem Dach." Onkel Sussi ist Friseur, „er könnte sogar in Paris Friseur sein".

„Als ich sein Portrait malte und es ihm anbot, warf er einen kurzen Blick auf das Bild, betrachtete sich dann im Spiegel, überlegte ein wenig und sagte zu mir: 'Also weißt du, behalt es!'."

Auf der Schule hatte er Geometrie am liebsten, „Linien, Winkel, Dreiecke, Quadrate entrückten mich in verführerische Fernen. Und während der Zeichenstunden fehlte mir nur noch ein Thron". Der Jargon der Straße war ihm vertraut, „aber das Wort 'Künstler', so ein phantastisches, literarisches Wort, ein Wort wie aus einer anderen Welt, ja vielleicht hatte ich es schon gehört, aber in meiner Stadt hatte es noch keiner je ausgesprochen."

Er besucht die „Mal- und Zeichenschule des Malers Pen" in Witebsk. Er malt als einziger mit violetter Farbe, was als solche Sensation gilt, daß er kostenlos die Schule weiter besuchen darf.

Er beginnt seine Lehre bei einem Photographen. „Ich haßte die Retuschierarbeit. Ich kam nie damit zu Rande. Ich sah nicht ein, warum man unbedingt diese Punkte, Runzeln und Fältchen unterdrücken und all die verschiedenen, leblosen Gestalten verjüngen mußte."

1907 zieht er nach der damaligen Hauptstadt Petersburg, dort studiert er. „Was machte ich da? Ich weiß es kaum zu sagen. Unzählige Gipsköpfe griechischer und römischer Bürger kamen aus allen Ecken hervor, und ich armer Provinzler mußte mich in die schauderhaften Nasenlöcher Alexanders von Makedonien oder eines anderen Gipsidioten vertiefen."

Er lebt und studiert dort mit der Unterstützung von Mäzenen, zwischendurch muß er sich mit Zimmerecken begnügen und sein Bett mit weiteren Mietern teilen. „Da begriff ich, daß in Rußland nicht nur die Juden kein Lebensrecht hatten, sondern ebensowenig viele Russen, die zusammengepfercht waren wie das Ungeziefer im Haar." Um weiter eine Wohnberechtigung in der Hauptstadt zu erhalten, beginnt Chagall eine Lehre bei einem Schildermaler.

„Mit Befriedigung sah ich auf dem Markt, über der Schwelle einer Fleischerei oder eines Gemüseladens meine ersten Schilder hängen, in deren Nähe sich zärtlich Schweine und Hühner rieben, während Wind und Regen sie achtlos beschmutzten."

Später besucht er die Schule vom Maler und Bildhauer Leon Bakst und von 1910 bis 1914 hält er sich erstmals in Paris auf, dank zweier verkaufter Bilder in Petersburg. „Während in den russischen Ateliers ein gekränktes Modell schluchzte, bei den Italienern Lieder und Gitarrenklänge ertönten, bei den Juden Diskussionen, war ich ganz allein in meinem Atelier vor meiner Petroleumlampe."

Von den Kubisten (Picasso, Braque...) hält er nicht viel: „Sollen sie nur an ihren dreieckigen Tischen ihre quadratischen Birnen essen, bis sie satt sind!"

Er lernt Apollinaire kennen (1880-1918, französischer Dichter, der die kubistische Malerei bekanntgemacht hat) und meint, wissenschaftliche Bestrebungen seien der Kunst nicht dienlich. „Kunst scheint mir vor allem ein Seelenzustand zu sein...Die Kunst der Primitiven besaß schon die technische Vollendung, um die sich die heutigen Generationen bemühen, wobei sie jonglieren und sogar ins Stilisieren verfallen.

Ich vergleiche dieses formale Gepäck mit dem Papst in Rom, der prunkvoll gekleidet neben dem nacktem Christus steht, oder mit einer reich geschmückten Kirche neben dem Gebet auf freiem Feld. Apollinaire setzt sich. Er errötet, schnauft, lächelt und murmelt: 'Übernatürlich'."

1914 kehrt er nach Rußland zurück, 1915 heiratet er seine erste Frau, Bella. „Die Mutter meiner Braut sagte zu ihrer Tochter: 'Hör mal, ich glaube, er legt sich sogar Rouge auf die Backen. Was wird das für einen Ehemann abgeben, dieser Knabe, der so rosig ist wie ein Mädchen? Er wird niemals sein Brot verdienen können'."

Nach der Oktoberrevolution wird ein Ministerium für Kunst geschaffen. Chagall wird selber zum Kommissar für Kunst ernannt und leitet die Malschule in Witebsk. Er trifft Lunatscharskij, Volkskommissar für Erziehungswesen. Chagalls Kenntnisse vom Marxismus beschränken sich darauf zu wissen, „daß Marx Jude war und daß er einen langen weißen Bart hatte. Jedenfalls war ich mir darüber klar, daß meine Kunst auf keinen Fall zu ihm paßte.

Ich sagte zu Lunatscharskij: 'Vor allem fragen sie mich nicht, warum ich in Blau oder in Grün gemalt habe, und warum das Kalb im Bauch der Kuh zu sehen ist und so weiter. Übrigens, wenn Marx so weise war, soll er nur wieder auferstehen und es Ihnen erklären. Ich habe nichts dagegen'."

Einige Zeitlang arbeitet er beim Jüdischen Theater in Moskau mit, 1922 verläßt er die Sowjet-Union, hält sich mit seiner Familie kurz in Berlin auf und zieht letztlich nach Paris. 1941 will mit seiner Familie kurz in Berlin auf und zieht letztlich nach Paris. 1941 will ihm die Vichy-Regierung in Frankreich die französische Staatsbürgerschaft aberkennen, aufgrund der auch dort geltenden sogenannten „Judengesetze". Von 1941 bis 1947 lebte seine Familie in den USA, vor allem in New York. Danach lebte sie in Frankreich, wo Chagall im Alter von 97 Jahren jetzt starb.

"Nur das Land ist mein
Das in meiner Seele liegt
Ich betrete es ohne Paß
Wie mein eigenes Heim
Es sieht meine Trauer
Und Einsamkeit
Es gibt mir Nachtruhe
Und deckt mich mit einem duftenden
Stein zu
In mir blühen Gärten
Meine Blumen sind erfunden
Die Straßen gehören mir
Aber es gibt keine Häuser
Sie wurden schon in der Kindheit zerstört
Die Einwohner treiben sich in der Luft
herum
Um eine Unterkunft zu finden
Sie wohnen in meiner Seele
Deshalb lächle ich
Obgleich meine Sonne kaum scheint
Oder ich weine
Wie ein stiller Regen
In der Nacht.
Es gab eine Zeit da hatte ich zwei Köpfe
Es gab eine Zeit da waren diese beiden
Gesichter
Vom Tau der Liebe bedeckt
Und schmolzen wie der Duft einer Rose
Jetzt scheint es mir
Daß auch wenn ich rückwärts gehe
Gehe ich vorwärts
Zu einem hohen Portal
Hinter dem sich Mauern ausbreiten
Wo erloschene Gewitter
Und zerbrochene Blitze schlafen
Nur das Land ist mein
Das in meiner Seele liegt."

(Gedichte, Marc Chagall, 1945-1972.)

E.

(Sämtliche Zitate stammen aus: Marc Chagall, „Mein Leben", Chagall schrieb es noch während seines Lebens in Moskau, in den Jahren 1921/22. 1931 erschien die französische Übersetzung seiner Frau Bella.
Von Bella Chagall stammt das Buch „Brennende Lichter", das sie auf jiddisch geschrieben hatte.
„Mein Leben", Verlag G. Hatje, Stuttgart.
„Brennende Lichter", rororo 1223.)

Inhalt

Europa
Frankreich: Vierter Wahlsieg der Rechten .... S. 7



„Diese ständige Panikmache vor der grünen Gefahr! Wo ist denn hier was Grünes?"